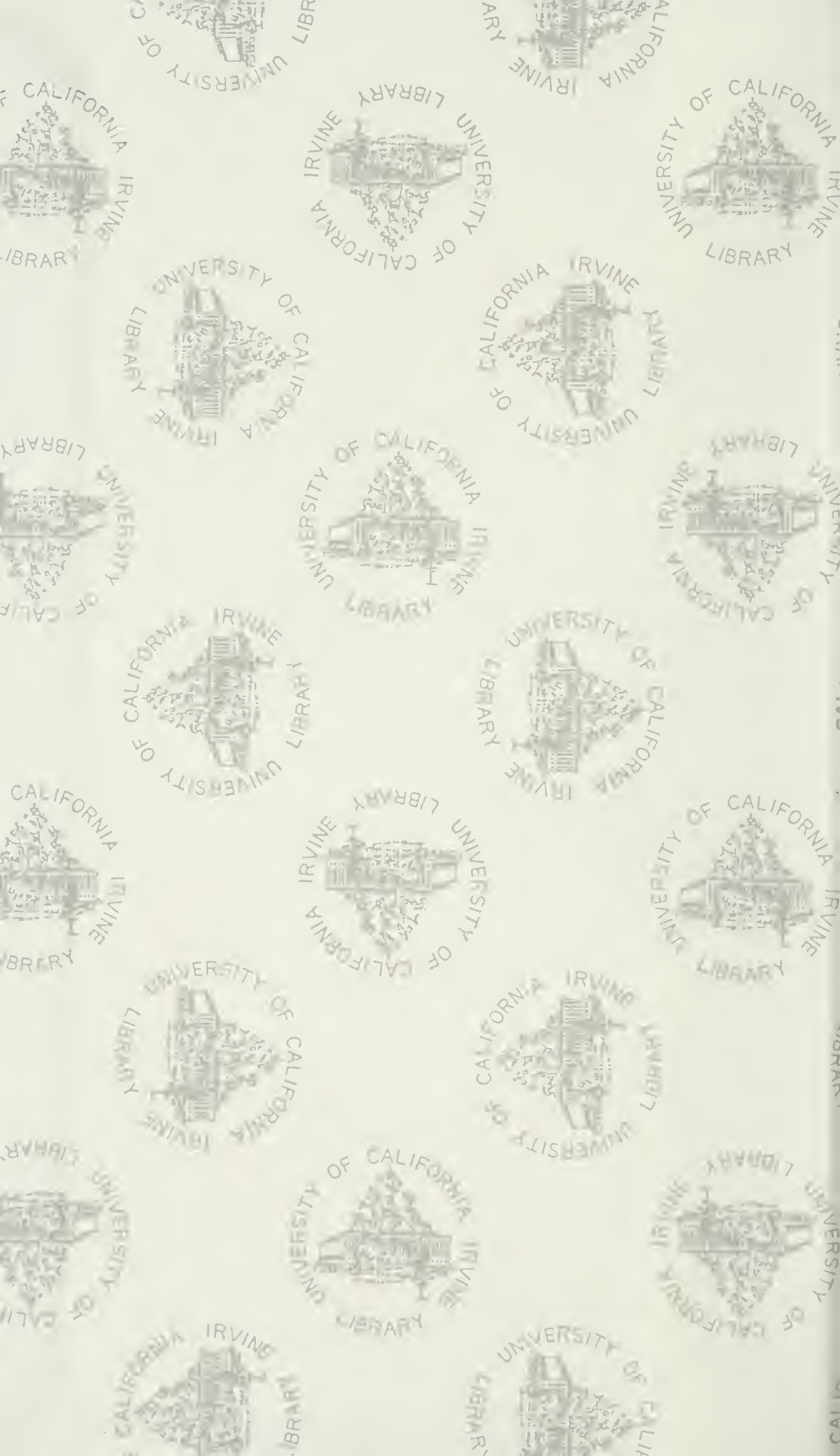



UNIVERSITY OF CALIFORNIA IRVINE LIBRARY


UNIVERSITY OF CALIFORNIA IRVINE LIBRARY

CHESTER W CLARK

LONDON, GASTEIN UND SADOWA

1864—1866

LONDON

GASTEIN UND SADOWA

1864–1866

DENKWÜRDIGKEITEN

VON

KARL FRIEDRICH GRAF VITZTHUM VON ECKSTÄDT

DAMALS: K. SÄCHSISCHER WIRKLICHER GEHEIMER RATH, AUSSERORDENTLICHER GESANDTER
UND BEVOLLMÄCHTIGTER MINISTER AM K. GROSSBRITANNISCHEN HOFE.

To be or not to be, that is the question.
Hamlet III. 1.



STUTTGART
VERLAG DER J. G. COTTA'SCHEN BUCHHANDLUNG NACHFOLGER
1889.

Druck von Gebrüder Kröner in Stuttgart.

Vorwort.

Die wohlwollende Aufnahme, welche meine Aufzeichnungen aus den Jahren 1845—1852 und 1852—1864 gefunden, ermuthigt mich, nunmehr auch meine Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1864—1866 zu veröffentlichen. Es waren dies die letzten Jahre, in welchen ich der k. sächsischen Gesandtschaft am k. grossbritannischen Hofe vorstand.

Der Umschwung, der sich damals in Deutschland vollzog, ist von weltgeschichtlicher Bedeutung. Sachsen hielt in jenen Jahren, wie Bayern und die meisten mittleren und kleineren Staaten, fest an dem alten Bundesrechte und war dadurch in Opposition mit beiden deutschen Grossmächten gekommen. Hatten sich doch Oesterreich und Preussen bei Beginn des dänischen Krieges ausschliesslich auf ihren europäischen Standpunkt gestellt und den Bundestag in Frankfurt mehr oder weniger ignorirt.

Dieser Antagonismus musste sich selbstverständlich in den amtlichen Berichten, wie in den politischen Privatbriefen eines sächsischen Gesandten abspiegeln. Es würde jedoch ungerecht sein, daraus auf den jetzigen Standpunkt des Verfassers schliessen zu wollen, dem jede preussenfeindliche oder gar reichsfeindliche Tendenz fern liegt.

Jeder deutsche Vaterlandsfreund kann sich nur von Herzen darüber freuen, wenn es gelungen ist, Deutschlands Einheit, Macht und Grösse auf sicheren Grundlagen wiederherzustellen. Oesterreicher wie Deutsche fühlen sich dem genialen Staatsmanne, welcher beinahe ein Menschenalter hindurch die Geschicke des Vaterlandes leitet, zu aufrichtigstem Danke verpflichtet. Denn Fürst Bismarck hat Deutschland zum Friedenswart Europas gemacht und seiner Schöpfung die Krone aufgesetzt durch das Bündniss, welches Oesterreich und Deutschland vereinigt. Dieser Bund, der beiden Reichen zur Ehre und zum Heile gereicht, wird hoffentlich noch lange, wie bisher, den Weltfrieden gewährleisten.

Deutschland hat seit 1866 äussere wie innere Krisen so siegreich bestanden, dass es unbedenklich erscheint, den Werdeprocess und die Geburtswehen des neuen Reiches im Lichte der historischen Wahrheit darzulegen.

Unsere Absicht ist es nicht, die Geschichte jener Tage zu schreiben. Dazu ist die Zeit noch nicht gekommen. Auch wollen wir nicht die Geheimnisse des sächsischen Cabinets aus den Jahren 1864—1866 enthüllen. Das ist schon geschehen, und zwar von competenterer Seite. Der damalige k. sächsische Minister des Auswärtigen, Freiherr von Beust, und der mit den Berliner Friedensverhandlungen beauftragte Finanzminister, Freiherr von Friesen, haben Memoirenwerke hinterlassen, welche die *arcana domus* ausführlich blosslegen.

Es handelt sich in den nachstehenden Blättern um keine Apologie, am allerwenigsten um eine retrospective Polemik gegen vollendete Thatsachen. Es handelt sich einfach um die sachliche Beleuchtung des causalen Zusammenhanges weltbekannter Ereignisse.

Zu diesem Zwecke habe ich meine Privatcorrespondenz aus jenen Jahren durchmustert und diejenigen vertraulichen

Berichte und Briefe ausgewählt, die historisches Interesse haben können. Um diese Bruchstücke geniessbarer zu machen, habe ich dieselben durch einen erläuternden Text verbunden.

Im Anhange sind einige Actenstücke beigefügt, auf welche in dieser Schrift Bezug genommen worden.

Baden-Baden, im Juni 1889.

Inhalt.

Zweites Buch.

Sadowa.

Januar bis Juli 1866.

Anhang.

Einleitung.

Ueberblickt man vorurtheilsfrei den Gang der Ereignisse, die nach drei blutigen Kriegen zur heutigen Lösung des deutschen Problems geführt, so wird man auf Räthsel stossen, welche für den Realpolitiker der Gegenwart wie für den Historiker der Zukunft das höchste Interesse haben. Hauptsächlich sind es drei Fragen, von deren Beantwortung das objective Urtheil beeinflusst werden wird:

1. Wie und warum ist es Preussen gelungen, im Jahre 1866 das mit dem übrigen Deutschland verbundene Oesterreich in einer einzigen Schlacht zu überwinden und den Kaiserstaat zu zwingen, seine vertragsmässige Stellung in Deutschland und in Italien gleichzeitig aufzugeben?
2. Wie und warum war es möglich, durch diese selbe Schlacht dem neutral gebliebenen Anstifter des Krieges, Napoleon III., die seit 1856 thatsächlich ausgeübte europäische Hegemonie zu entreissen und Frankreich dermassen zu schwächen, dass es vier Jahre später in einem Nationalkriege unterlag, der dem Kaiser der Franzosen Krone und Freiheit, seinem Reiche zwei Provinzen kostete?
3. Wie ist es zu erklären, dass eine so durchgreifende Staatsumwälzung im Herzen Europas sich vollziehen

konnte, ohne dass die neutralen Mächte, insbesondere England und Russland, dagegen reagirten und gegen die Zerreissung der Verträge von 1815, insoweit dieselben Deutschland betrafen, Einsprache erhoben?

Wir hoffen in den nachstehenden Aufzeichnungen einiges Licht auf diese Probleme werfen zu können. Das Leibniz'sche *pourquoi du pourquoi* wird man jedoch darin nicht suchen dürfen. Denn wenn der Verfasser auch Gelegenheit gehabt hat, die wechselnden Phänomene der Tagespolitik in den Jahren 1853 bis 1866 von dem höchsten Observatorium Europas, von dem Londoner Leuchtthurme aus zu beobachten, so war er doch nur Zuschauer und nicht berufen, selbstthätig in die Ereignisse einzugreifen.

Bevor ich meine Erlebnisse während der letzten zwei Jahre meiner Londoner Mission aufzeichne und das in meinen Privatacten aufbewahrte Material sichte, sei es gestattet, einen Rückblick zu werfen auf die Entwickelungsstadien, welche das deutsche Problem seit Auflösung des heiligen römischen Reiches bis zum Frieden mit Dänemark (30. October 1864) durchlaufen hat.

Es wird vor Allem nothwendig sein, sich daran zu erinnern, dass bis zu dem Tage, an welchem Franz II. die deutsche Kaiserkrone niederlegte, kein einziger deutscher Fürst rechtlich im Besitze der vollen Souveränität war. Durfte sich doch selbst der Kurfürst von Brandenburg nur in seinen ausserhalb des deutschen Reichsverbandes liegenden Besitzungen König nennen, wie der Kurfürst von Sachsen in Polen und der Kurfürst von Hannover in Grossbritannien und Irland. Souverän, *supremus,* kann in einem und demselben Reiche oder Staate eben nur Einer sein. Diesen Superlativ auf Mehrere oder gar auf Alle ausdehnen zu wollen, ist ein Irrthum, der in unseren Tagen zu entsetzlichen Verwirrungen geführt hat. „Die Idee der Volkssouveränität," sagt Ranke, „bekam zuerst in Amerika, als sich die Colonien gegen den König und gegen das Parlament setzten, Realisation und wurde zur Grundlage der Republik. Der Nach-

ahmungstrieb von Europa bewirkte, dass man bei den ersten Stürmen diese Idee aufnahm, ohne jedoch ihre ganze Consequenz zu begreifen, und sich überredete, das Königthum dabei festhalten zu können." Wie verhängnissvoll der aus dem ganz aus der Luft gegriffenen *„Contrat social"* J. J. Rousseau's abgeleitete Begriff der Volkssouveränität namentlich für Frankreich geworden, hat Taine nachgewiesen, indem er aus den Acten die Gräuel der zehnjährigen Anarchie geschildert hat, welche den Despotismus der Jacobiner und dann den des modernen Cäsar hervorriefen. Von diesen Gräueln ist das deutsche Volk zwar verschont geblieben, aber die Nachwehen dieser Pöbelherrschaft sind bis auf den heutigen Tag fühlbar. Napoleon hatte das Gift der französischen Revolution durch seine Kriege verbreitet [1]) und Deutschland verdankt ihm u. A. die gewaltsame Zertrümmerung des Reichsverbandes und das Danaergeschenk der illusorischen vollen Souveränität derjenigen deutschen Fürsten, die sich im Rheinbunde dem Welteroberer gegenüber zur Heeresfolge verpflichten mussten. Haben die Könige von Bayern, Sachsen und Württemberg — von den kleineren Fürsten ganz zu schweigen — jemals jene volle, wie Ranke sie nennt, imperialistische Souveränität thatsächlich ausgeübt, welche ihnen Napoleon zugestanden hatte? Niemand, der die Geschichte einigermassen kennt, wird dies zu behaupten vermögen. Die früheren Vasallen von Kaiser und Reich waren zu Schleppträgern eines fremden Eroberers geworden, dessen eiserne Hand schwerer auf ihnen und ihren Völkern lastete als das „Reichsgespenst", wie

---

[1]) Wir freuen uns, in der Denkschrift Leopold von Ranke's von Anfang Juli 1848 (zum ersten Male abgedruckt auf Seite 589—591 v. Ranke's Werke: Zur Geschichte Deutschlands und Frankreichs im neunzehnten Jahrhundert, Leipzig 1887) analogen Auffassungen zu begegnen:

„Wenn man seine Augen erhebt," sagt der berühmte Geschichtsschreiber, „so sieht man das ganze Gebiet, welches einst Napoleon überwunden, von revolutionären Convulsionen ergriffen. Man könnte eine Parallele ziehen zwischen den Siegen der Franzosen von 1792—1812 und dem Fortschritt ihrer Ideen von 1818—1848."

Friedrich II. das Reich zu nennen beliebte. Als der Augenblick kam, das fremde Joch abzuschütteln, beging Oesterreich den sehr begreiflichen, aber nicht minder verhängnissvollen politischen Fehler, Bayern im Vertrage von Ried jene volle Souveränität zu gewährleisten, welche die deutschen Fürsten auf dem Papiere besassen. In dieser Anerkennung liegt die Wurzel der deutschen Zerrissenheit und Kleinstaaterei, unter welchen wir zwei Generationen hindurch zu leiden gehabt haben. Denn der Vertrag von Ried blieb massgebend für Deutschlands Neugestaltung, welche durch den Wiener Congress festgestellt wurde.

Es ist heute aus den Berichten des Ritter von Gentz [1]) sattsam bekannt, wie gering der Einfluss war, welchen Fürst Metternich auf die Beschlüsse des Wiener Congresses auszuüben vermochte. Zwei Mächte hatten im Jahre 1814 in Paris thatsächlich den Frieden dictirt: England, welches die Coalition gegen Napoleon besoldet, und Russland, welches in Moskau und an der Beresina den Welteroberer zuerst besiegt und dann die Leitung des grossen Krieges übernommen hatte. Bei dem geringen Interesse, welches das britische Inselreich an der Neugestaltung des Festlandes nahm, entfiel dem russischen Czaren in den meisten Fällen in Wahrheit die Entscheidung. Frankreich, das besiegte und noch von den Alliirten theilweise besetzte Land, hatte es nur dem Talente Talleyrand's, der allen seinen Collegen geistig überlegen war, zu danken, wenn seine Stimme während des Wiener Congresses einiges Gehör fand. Im Interesse dieser drei Mächte lag es nun, die Zerrissenheit Deutschlands thunlichst zu erhalten. Desshalb konnten Metternich und Hardenberg auf die Unterstützung des Auslandes rechnen, wenn sie vor allen Dingen die Grossmachtsstellung

[1]) Oesterreichs Theilnahme an den Befreiungskriegen. Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1813—1815 nach Aufzeichnungen von Friedrich v. Gentz. Herausgegeben von Richard Fürst Metternich-Winneburg, Wien 1887.

Oesterreichs und Preussens innerhalb des neuen deutschen Bundes zu sichern beflissen waren. Für das Ausland konnte es nur erwünscht sein, Oesterreich und Preussen europäisch zu neutralisiren, indem eine Anzahl kleinerer Staaten unter den Schutz zweier Mächte gestellt wurde, die nur mit einem Theile ihrer Provinzen dem deutschen Bunde angehörten und auf ihre europäische Stellung nothwendig grösseren Werth legten als auf ihre deutsche.

So entstand der deutsche Bund, ein Bund souveräner Fürsten und Städte. Völkerrechtliche Fictionen und falsche Voraussetzungen lagen dem Bundesvertrage zu Grunde. Nach demselben hatte jeder der vier Könige von Sachsen, Hannover, Bayern und Württemberg ebenso viele Stimmen als der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen. In der europäischen Wagschale wogen jedoch in Wahrheit sämmtliche deutsche Fürsten und Städte nicht soviel als eine jede der beiden Vormächte. Was Wunder, dass weder Oesterreich noch Preussen sich majorisiren lassen, d. h. sich der Mehrheit unterwerfen wollten? Von den falschen Voraussetzungen wollen wir nur zweier gedenken. Der Bund, der nach seiner Verfassung unauflöslich sein sollte, konnte dies nur bleiben, wenn die heilige Allianz und die Eintracht zwischen Oesterreich und Preussen unauflöslich gewesen wären. Diese Voraussetzungen erfüllten sich nicht und der deutsche Bund wurde eine politische Missgeburt, welche den Todeskeim in sich trug. Um das Maass der Anomalien voll zu machen, hatte man auch ausser den zwei europäischen Grossmächten zwei fremde Souveräne zweiten Ranges in den Bund eingeschachtelt: den König von Dänemark für Holstein und Lauenburg und den König der Niederlande für Luxemburg. Keiner von beiden hatte das geringste Interesse an dem Fortbestande des Bundes. Der Bund war nicht entwickelungsfähig. Metternich selbst hatte dies erkannt und u. A. in Brühl im Jahre 1845 dem Könige Friedrich Wilhelm IV. von Preussen auseinandergesetzt. Der Bund gehörte sonach zu den Institutionen, von denen es heisst: *aut*

sint ut sunt, aut non sint. Nicht entwickelungsfähig ist aber gleichbedeutend mit nicht zeugungsfähig und in Wahrheit war der deutsche Bund von vornherein zur politischen Impotenz verurtheilt.

Das gewaltige Deutschland, welches in den Befreiungskriegen seine Macht gezeigt hatte, wurde dadurch mundtodt und im Rathe der fünf Grossmächte *une quantité négligeable,* oder wie noch vor wenigen Jahren Fürst Gortschakoff zu sagen wagte, *une combinaison purement défensive.* Es wäre ein Irrthum zu glauben, dass diese politische Entmannung Deutschlands ganz ohne Widerspruch der Betheiligten vollzogen worden sei. Vielmehr protestirten Fürsten und Völker dagegen schon während des Wiener Congresses. Die Fürsten bestürmten den Kaiser Franz mit Bitten, die im Jahre 1806 niedergelegte deutsche Krone wieder anzunehmen; aber vergebens. Das k. k. Cabinet, von dem Gedanken dominirt, vor allen Dingen die habsburg-lothringische Hausmacht nach so vielen Kriegen und Schiffbrüchen wiederherzustellen, hatte kein Ohr weder für die Wünsche der deutschen Fürsten noch für die wahren Bedürfnisse ihrer Völker. An die Stelle der geträumten, lebendigen und greifbaren Einheit trat ein trauriges Surrogat, der deutsche Bund, an die Stelle des Kaisers eine permanente Diplomatenconferenz, die in der ehemaligen Krönungsstadt ein bescheidenes Unterkommen fand. Nur mit Widerstreben fügten sich einzelne Regierungen, wie die bayerische, den Anforderungen, welche selbst dieses lose Einheitsband an des Grafen Montgelas Souveränitätsschwindel stellte. Die Völker waren bitter enttäuscht, aber durch die napoleonischen Kriege zu sehr erschöpft, um dieser Enttäuschung ernsten Ausdruck zu geben. Es blieb bei Kindereien wie die Burschenschaft. Als diese Kindereien zu blutigen Thaten führten und der russische Staatsrath Kotzebue von einem deutschen Studenten auf deutschem Boden ermordet wurde, als sich überall, in Piemont wie in Süditalien, in Frankreich wie in Spanien, Auflehnungen gegen die Wiener Congressacte vorbe-

reiteten, da berief sich Fürst Metternich auf die heilige Allianz und sicherte in einer Reihe von Congressen das Zusammengehen der Grossmächte gegen die drohende Revolution. In Deutschland kam es zu den Karlsbader Beschlüssen, welche den Bundestag mit Polizeimassregeln belasteten und nicht wenig dazu beitrugen, die Autorität und die Popularität dieser Centralbehörde zu untergraben. Oesterreich schloss sich mehr und mehr ab und begnügte sich damit, Preussen einzuschüchtern und die übrigen deutschen Regierungen durch Bundesbeschlüsse zu massregeln. Dennoch wäre es ungerecht, zu verkennen, dass unter den obwaltenden Umständen kaum etwas anderes zu thun war, als die deutschen Bundesgenossen zu bewegen, der passiven Politik zu huldigen, in welcher man in Wien, ruhebedürftig, den Triumph der Staatsweisheit erblickte.

Die Juli-Revolution, welche Fürst Metternich allerdings vorausgesehen, erschütterte das doctrinäre Gebäude seiner Staatskunst. Diese Eruption des Pariser Vulkans, welche eine durchgreifende Reform der altenglischen Staatsverfassung einleitete, ging für Deutschland anscheinend spurlos vorüber. Friedrich Wilhelm III. fuhr fort, sich in allen europäischen Fragen Russland und Oesterreich unterzuordnen [1]). Denn noch lebte Kaiser Franz und seine Autorität reichte hin, um in Münchengrätz das geheime Bündniss (15. October 1833) zu Stande zu bringen, welches einem Schutz- und Trutzbündnisse der drei nordischen Mächte gegen die Revolution gleichzuachten ist. Kaiser Nikolaus, der in Person erschien, überwand alle Bedenken des ängstlichen Ancillon und befestigte in Münchengrätz jene europäische Hegemonie, die er bis zum Krimkriege ausgeübt hat. Trotz des im Jahre 1835 erfolgten Todes des Kaisers Franz

---

[1]) Graf Redern erzählte mir im Jahre 1846, als Fürst Wittgenstein ihn einmal mit einer vertraulichen Sendung an den Wiener Hof betraut, habe der König Friedrich Wilhelm III. ihm folgende Weisung mit auf den Weg gegeben: „Fürst Metternich sagen, ich ihn immer auch als meinen Minister des Auswärtigen betrachten.“

blieben, dank dem Bündnisse von Münchengrätz, die Dinge in Deutschland bis zum Tode Friedrich Wilhelm's III. in den gewohnten Geleisen. Es war dies um so leichter, als die Gefahr eines allgemeinen Krieges nicht hervortrat und der von Laffitte & Cie. zum König der Franzosen erwählte Herzog von Orleans es für gerathen fand, eine bürgerliche Friedenspolitik zu befolgen. Nur einmal während dieser achtzehnjährigen Regierung hatte der kleine Thiers grosse Politik machen wollen. Diese von Louis Philippe schnell beseitigte Velleität hatte jedoch die Folge, das deutsche Nationalgefühl stark zu erregen. Aus allen Kehlen erscholl: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein.“ Das Erwachen des Geistes von 1813 musste der k. k. Staatskanzlei um so bedenklicher erscheinen, als zu eben dieser Zeit in Berlin ein Thronwechsel eintrat, welcher nöthigte, einen unberechenbaren Factor, ein romantisches, aber darum nicht minder bedenkliches X in die Rechnung aufzunehmen. Der Enthusiasmus, mit welchem Friedrich Wilhelm IV. bei seiner Thronbesteigung begrüsst worden war, hielt freilich nicht lange vor, hatte jedoch als Zeichen der Zeit eine hohe Bedeutung. Denn Preussen hatte durch Stiftung des Zollvereins die materiellen Interessen Deutschlands unter seinen Schutz gestellt und dadurch den Einfluss Oesterreichs, in soweit er sich durch den Bundestag geltend machen konnte, in folgenschwerer Weise paralysirt. Je mehr sich Handel und Gewerbe durch die um diese Zeit in Angriff genommenen Eisenbahnen und die technischen Erfindungen aller Art hoben und kräftigten, desto segensreicher wirkte die Beseitigung der Zollschranken innerhalb des deutschen, ausser-österreichischen Gebietes. Man wird wohl heute kaum mehr in Zweifel stellen, das es die materiellen Interessen hauptsächlich sind, welche die preussische Herrschaft über Deutschland gesichert haben. Der Zollverein war mit einem Worte die einzige praktische, politische That, die im Interesse Gesammt-Deutschlands in dem Zeitraume von 1815 bis 1848 in die Annalen unserer Geschichte zu verzeichnen ist.

War die Juli-Revolution nur eine unbeachtete Warnung geblieben, so wirkte die Februar-Eruption zerstörend auf die bestehenden Staatseinrichtungen in allen deutschen Bundesstaaten. Metternich und der Frankfurter Bundestag verschwanden fast gleichzeitig von der Bühne. In Wien und Berlin herrschte eine mehr oder weniger gemüthliche Anarchie. Ein doctrinäres Professoren-Parlament versammelte sich in Frankfurt, beschloss auf dem geduldigen Papier allerhand unpraktische Verfassungsparagraphen, erwählte einen österreichischen Erzherzog zum Reichsverweser und mit sehr geringer Majorität den König von Preussen zum erblichen deutschen Kaiser. Als dieser die mit allerhand Grund- und anderen Rechten verbrämte Krone wohlweislich ablehnte, stieg die Verwirrung auf's Höchste. Endlich ermannten sich die Armeen, *res ad triarios parvenit*, die Bassermann'schen Gestalten verschwanden von der Strasse und der revolutionäre Teufelsspuk machte ernsteren Verwickelungen Platz.

Leider hatte sich der Kaiser von Oesterreich auf Grund des Münchengrätzer Vertrages genöthigt gesehen, russische Hilfe anzunehmen, um in Ungarn Ordnung zu schaffen. Dies war gelungen und der Czar hielt es nun an der Zeit, auch in Deutschland den Frieden zu gebieten. Wie es damals in Berlin aussah, weiss man aus Alexander von Humboldt's Indiscretionen, die Varnhagen von Ense gebucht und commentirt; man weiss es auch aus den Memoiren des Herzogs von Coburg, der wahrheitsgetreu an jene schwachen Stunden erinnert hat.

Niemals ist wohl Deutschland so tief erniedrigt worden, als an dem Tage von Olmütz, wo beide deutsche Grossmächte, nicht etwa, wie man in der Regel annimmt, Preussen allein dem Machtspruche des Czaren sich beugen mussten. Es ist in München und Dresden damals nur zu oft beklagt worden, dass Fürst Schwarzenberg überhaupt nach Olmütz gegangen sei, anstatt es dem Feldmarschall Radetzky zu überlassen, mit dem gerüsteten österreichischen Heere das ungerüstete Preussen zu überfallen

und in Berlin den Frieden zu dictiren. Dieser Vorwurf ist ungerecht. Nach den übereinstimmenden Zeugnissen des damaligen Prinzen von Preussen, des Ministerpräsidenten von Manteuffel und des Kriegsministers von Stockhausen ist es allerdings als historisch festgestellt zu betrachten, dass die damalige preussische Armee nicht in der Lage war, den Marsch des Siegers von Custozza und Novara nach Berlin aufzuhalten. Aber einmal in Berlin, was dann? Preussen hat Oesterreich nach der Schlacht von Sadowa aus Deutschland herausgeworfen. Oesterreich konnte im November 1850 nach einem noch so siegreichen Feldzuge nicht daran denken, ein einiges Deutschland ohne Preussen zu reconstituiren. Die einzige praktische Lösung wäre die Zerstückelung des preussischen Staates gewesen. Gegen diese Lösung hatte jedoch Kaiser Nikolaus im Voraus sein Veto eingelegt. Nicht ein preussisches Dorf hätte der Czar gestattet, seinem Herrn Schwager zu entreissen. Und so lange der Bestand des preussischen Staates gesichert, dessen Entfernung aus Deutschland aber ein Ding der Unmöglichkeit war, was sollte der Krieg? „Der Krieg,“ sagte Fürst Schwarzenberg von Olmütz heimkehrend, „wäre vielleicht vorzuziehen gewesen; wenn man nur kein Gewissen hätte.“ Einen zwecklosen Krieg den ohnedies erschöpften Völkern zuzumuthen, konnte Felix Schwarzenberg seinem Kaiser nicht rathen. Der Kelch war bitter, bitterer noch als jener, den Maria Theresia und Joseph II. leeren mussten, als Katharina in Teschen den Frieden dictirte. Auch die Folgen der von Baron Meyendorff in Olmütz erzwungenen Verständigung waren vorauszusehen. Die Dresdener Conferenzen konnten nur ein Compromiss schaffen und das einfachste und natürlichste Compromiss war die Reactivirung des Bundestages. In der Hauptsache war Alles beim Alten geblieben, Kaiser Nikolaus hatte den Dualismus der deutschen Grossmächte aufrecht erhalten. Das Uebrige war Nebensache. „Das schätzbare Material“, welches die Dresdener Conferenzen eine Zeit lang beschäftigt hatte, wurde einfach *ad acta* gelegt und die halbvergessene

Bundesacte wieder hervorgesucht. Das alte Lied gefiel freilich Niemand, weder Oesterreich noch Preussen, weder den Mittelstaaten noch den kleinen, welche ihre politische Impotenz hinreichend documentirt hatten, indem sie Alles angenommen, was ihnen geboten worden, die Professoren-Verfassung zuerst und dann die Radowitz'sche Union „mit Vielen oder mit Wenigen".

Bald jedoch sollte es sich zeigen, dass die Wiederherstellung des gemüthlichen Metternich'schen Bundestages unmöglich geworden war. Fürst Schwarzenberg starb und seine Nachfolger zeigten sich unfähig, die von ihm empfohlene Politik praktisch durchzuführen. Der Taxis'sche Palast in der Eschenheimer Gasse wurde in ein Ballhaus verwandelt und Herr von Bismarck-Schönhausen, der improvisirte Diplomat, zeigte bald, wie trefflich er das Ballspiel verstand. Die im Jahre 1848 in den Strassenkoth geworfene Bundesacte war zwar wieder zusammengeflickt worden, konnte aber den systematischen Angriffen des preussischen Bevollmächtigten um so weniger widerstehen, als dessen Gegner sich der Vertheidigung nicht gewachsen zeigten. Freilich wird es immer gut sein, sich daran zu erinnern, dass wir in Poschinger's interessanter Sammlung nur die eine Seite des Conflicts besitzen und dass die Berichte der Grafen Thun, Prokesch und Rechberg bisher noch nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen sind. Indessen geht doch schon aus den einseitigen Berichten soviel zur Genüge hervor, dass der wiederhergestellte Bundestag, mehr denn je zur Impotenz verurtheilt, für die nationale Sache Deutschlands nichts thun konnte. Die Bundesverfassung hatte, wie bereits oben bemerkt, auf der stillschweigenden Voraussetzung beruht, die beiden europäischen Grossmächte würden sich immer im Voraus verständigen, ehe irgend eine Frage in Frankfurt zur Berathung gelangte. Der Bundestag entbehrte daher jeder Initiative und war thatsächlich nichts als eine Behörde, welche die Beschlüsse der beiden Grossmächte zu Protokoll nahm und dadurch die übrigen Bundesglieder verpflichtete.

Als nun im Jahre 1853 die Streitigkeiten der lateinischen und griechischen Mönche, die das Grab des Erlösers in Jerusalem bewachten, den Vorwand boten zu der ersten ernsten Krisis, die in Europa seit dem Wiener Congresse eintrat, zeigte es sich, dass sämmtliche Cabinete ohne Ausnahme die Gefahr unterschätzten und nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe standen. Der Einzige, der vielleicht wusste, was er wollte, war Louis Napoleon: im Trüben fischen und für sich die Hegemonie erobern, welche Nikolaus seit einem Menschenalter auf dem Festlande ausgeübt.

Es ist hier nicht der Ort, die Fehler zu verzeichnen, welche man in jener Zeit in Petersburg und London begangen hat. Wir wollen nur an diejenigen erinnern, die man damals allenthalben in Deutschland beging.

Mitten im inneren Aufbau durch die Orientkrisis überrascht, hatte unter den deutschen Cabineten die k. k. Staatskanzlei in Wien vielleicht allein eine Ahnung von der Sachlage. Leider war Graf Buol nicht der Mann, die schwierige Aufgabe zu lösen, die ihm zugefallen. Nur soviel erkannte er, dass es im Interesse Oesterreichs sei, den Frieden zu wahren und zugleich den masslosen Uebergriffen des russischen Uebermuthes einen Riegel vorzuschieben. Der Idiosynkrasie des Czaren gegenüber gab es zur Erreichung dieses Doppelzweckes nur ein Mittel: ganz Europa musste einstimmig den russischen Truppen, die den Pruth überschreiten sollten, Halt gebieten und so den drohenden europäischen Krieg im Keime ersticken. Schlecht unterrichtet, hatte Kaiser Nikolaus es für ganz unmöglich gehalten, England werde sich zu einem Bündnisse mit Frankreich oder gar zum Kriege bewegen lassen. Dieser falsche Calcul des russischen Cabinets hat den Bruch herbeigeführt, welchen zu verhindern in Deutschlands wahrem Interesse gelegen hätte. Das begriff man nirgends, weder in Berlin noch in Dresden und München. Die jammervolle Politik schwankender Unentschlossenheit, die man in Berlin damals befolgte, ist von Niemand bitterer beklagt worden als von dem damaligen Prinzen

von Preussen. Er allein hatte erkannt, dass die persönliche Freundschaft, die er seinem Schwager, dem Czaren, gewidmet, nicht in Frage kommen konnte, wenn es sich um das Interesse des preussischen Staates und Deutschlands handelte. Darüber mussten ihm die vertraulichen Berichte Sir Hamilton Seymour's die Augen öffnen. Die Geringschätzung des Czaren für die deutschen Mächte war dem Prinzen schwer auf die Nerven gefallen. Hätte man seinem Rathe gefolgt, so würde man dem Kaiser von Russland selbst den grössten Dienst erwiesen haben. Die Briefe, welche der nachmalige deutsche Kaiser Wilhelm I. damals an den Herzog von Coburg gerichtet, beweisen nicht nur den staatsmännischen Blick des Schreibers, sondern vervollständigen zugleich das Bild, welches man sich aus anderen Quellen von der Schwäche der preussischen Politik machen konnte. Am Verhängnissvollsten für Deutschland war es aber, dass die Mittelstaaten, wie von Blindheit geschlagen, in diesem entscheidenden Augenblicke ihre bisher befolgte Politik verliessen und Front gegen Oesterreich machten. Die Bamberger Conferenz war ein Fehler, den Sachsen und Bayern schwer gebüsst haben. Man hatte bisher seit Wiederherstellung des deutschen Bundes ganz richtig erkannt, dass die Unabhängigkeit der Mittelstaaten einzig und allein von Oesterreich geschützt werden konnte. Keine europäische Macht hatte sonst das geringste Interesse daran, Preussen zu verhindern, diese Staaten zu mediatisiren. In der Politik beruht aber Alles auf Gegenseitigkeit. Schutz konnten die Mittelstaaten von dem Kaiser von Oesterreich nur erwarten, solange er in europäischen Fragen unbedingt auf deren Unterstützung rechnen durfte. Wenn nicht, wurde die Existenz dieser Staaten für Oesterreich gleichgültig. Es lag aber auf der Hand, dass Preussen, falls sämmtliche übrige deutsche Staaten einmüthig zu Oesterreich gestanden hätten, im Jahre 1853 gezwungen worden wäre, dieselbe politische Linie zu befolgen. Hätte aber Deutschland bei Beginn dieser Krisis einmüthig gesprochen und gehandelt, so wäre dieser

unheilvolle Krieg vermieden, Oesterreichs Prästigium in Europa nicht erschüttert und der italienische Krieg von 1859 ebenso verhindert worden als der deutsche von 1866.

Je unzufriedener man in Petersburg wie in London mit den Resultaten des Krimkrieges war, desto mehr verdachte man es Deutschland und insbesondere Preussen und den Mittelstaaten, denselben herbeigeführt zu haben. Regierungen zweiten Ranges werden immer weise daran thun, sich über auftauchende europäische Fragen thunlichst auszuschweigen. Dieselben besitzen weder die erforderlichen Kanonen und Bajonette, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen, noch die nöthige Sachkenntniss. Ihre bestunterrichteten Agenten an grossen Höfen empfangen die Nachrichten nur aus zweiter Hand und vermögen die Sachlage, die in unseren Tagen häufig durch ein einziges Telegramm verändert wird, im Zusammenhange rechtzeitig selten zu überblicken.

Der damalige preussische Bundestagsgesandte theilte die Auffassung des Prinzen von Preussen nicht. Aus seinen Berichten, sowie aus den Enthüllungen, welche Martens in seinem jüngst erschienenen VIII. Bande des „*Recueil des Traités conclus avec la Russie*“ aus den Petersburger Archiven geschöpft hat, ist bekannt, mit welcher Energie Herr von Bismarck in den Jahren 1853 und 1854 für die Aufrechterhaltung der Neutralität Preussens und des deutschen Bundes eingetreten ist. Von seinem Standpunkte aus hatte er auch vollkommen Recht. Man weiss, dass er kurz nach seinem Eintritte in den Bundestag dem Grafen Thun unumwunden erklärte, die „preussische Fregatte“ werde sich genöthigt sehen, den Kampf mit dem österreichischen „Orlogschiff“ aufzunehmen. Man weiss auch, dass sein politisches Ideal damals ein Dreibündniss war zwischen Preussen, Frankreich und Russland. Er erblickte das Heil Preussens in der Sprengung des Bundes und in dem Ausschlusse Oesterreichs aus demselben. Erreicht hat er diesen Zweck, wenn auch nicht durch die Triple-Allianz, die ihm vorschwebte, so doch dadurch, dass er sich der

wohlwollenden Neutralität Russlands und Frankreichs versicherte. Mit solchen Hintergedanken war die specifisch preussische Politik, die er empfahl, verständlich und logisch. Aber je verständlicher und je logischer für Preussen, desto unverständlicher und unlogischer war diese Politik für die deutschen Mittelstaaten. Das Schreckbild des allgemeinen Krieges, mit welchem Bismarck sie einschüchterte und seinen Zwecken dienstbar machte, verschwand, wenn der Krimkrieg unmöglich gemacht wurde. Die Mittelstaaten wollten die Erhaltung des Bundes und die Erhaltung Oesterreichs in demselben; denn nur darin erblickten sie mit Recht die Garantie für ihre eigene Souveränität und Existenz. Ihre Interessen waren daher gerade die entgegengesetzten Preussens. Dieses konnte nur gewinnen, wenn die Elemente in Fluss kamen, England, Frankreich und Russland sich in einem unsinnigen Kriege abschwächten, vor allen Dingen aber Oesterreich in Verlegenheiten gerieth, durch welche seine Macht und sein Ansehen die schwersten Einbussen erleiden mussten. *Divide et impera.* Bismarck hatte richtig gerechnet. Es gelang ihm, die Mittelstaaten von Oesterreich zu trennen und das war der Anfang vom Ende des deutschen Bundes und der vollen Souveränität, auf welche Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg so grossen Werth legten.

Nicht viel glänzender als während des Krimkrieges war die Rolle, welche Preussen während des italienischen Feldzuges spielte. Man weiss heute, mit wie geringen Mitteln und wie leichtsinnig Napoleon III. diesen ruchlosen Angriff auf die bestehenden Verträge gewagt hat. Es ist namentlich bei der Haltung, welche das conservative englische Ministerium anfangs annahm, nicht zu bezweifeln, dass ein energisches *quos ego* Preussens und ein rechtzeitiges Vorschieben zweier deutscher Armeecorps nach Tyrol diesen Krieg im Keime erstickt haben würden. Die Franzosen hatten etwa 150 000 Mann und keine Reserven. Die sogenannte Armee Malakoff's, welche die Ostgrenze schützen sollte, bestand nur aus wenigen Divisionen und aus

Rekruten. Damit hätte man den Marsch auf Paris nicht einen Augenblick aufhalten können. Dass man in Wien den Kopf verloren, ist gewiss. Aber man vergisst, dass die Geduld des k. k. Cabinets auf harte Proben gestellt worden war.

Trotz des unglücklichen Ausganges dieses Krieges war jedoch im Jahre 1860 das Ansehen Oesterreichs in Deutschland noch keineswegs gebrochen, während die Unpopularität Preussens durch seine Passivität den Franzosen gegenüber nur zugenommen hatte. Die öffentliche Meinung würde damals trotz des Nationalvereins und der Gothaner eine thatsächliche Einigung ganz Deutschlands unter dem Scepter des Kaisers von Oesterreich allen übrigen Combinationen vorgezogen haben.

Von den beiden Parteien, die sich seit 1848 gebildet, war die grossdeutsche der kleindeutschen numerisch entschieden überlegen. Erstere suchte die Einheit Deutschlands unter der Hegemonie Oesterreichs, letztere unter der Preussens zu verwirklichen; erstere verlangte den Eintritt sämmtlicher Provinzen des Kaiserstaates, letztere den Ausschluss desselben aus Deutschland. Je schwächer sich Deutschland während der Kriege von 1854 und 1859 thatsächlich gezeigt hatte, desto mehr schien es gerathen, auf die Gesammtmacht Gewicht zu legen. Leider begriff man in Wien nicht, dass Wortgezänk und kleinliche Eifersüchteleien zu nichts führen konnten. Eine organische Neugestaltung war das, was Noth that. Man hatte bisher das Siebzig-Millionenreich Schwarzenberg's als eine Chimäre verspottet, ohne zu bedenken, dass, wie die Folge gelehrt hat, Deutschland allein nicht stark genug ist, um seine östlichen und westlichen Nachbarn gleichzeitig in Schach zu halten und den Weltfrieden zu gebieten. Der preussische Staatsmann, der nach drei überaus glücklichen Kriegen das deutsche Reich begründet, ist sich dessen Schwäche am besten bewusst gewesen, wie seine Allianzverträge mit Oesterreich und Italien sattsam beweisen.

Im Jahre 1860 leiteten Politiker zweiten und dritten Ranges nach bureaukratischer Routine die Geschäfte, und Ideen waren

in Berlin ebensowenig zu finden als in Wien. Graf Bernstorff hatte sich zwar im Dezember 1861 den bevorstehenden preussischen Wahlen gegenüber veranlasst gesehen, den Beruf Preussens für die Lösung des deutschen Problems in einer sensationellen Depesche zu betonen. Dieser Anlauf scheiterte an den „identischen Noten“, in welchen Oesterreich und die Mittelstaaten diese Prätensionen zurückwiesen.

Ebenso erfolglos blieb ein späterer Versuch Beust's, das deutsche Sphinx-Räthsel zu lösen. Es entspann sich darüber ein Schriftenwechsel, in welchem der sächsische Reformvorschlag begraben wurde.

In dieser Sachlage hielt ich es an der Zeit, das bisher höchst nebelhaft gebliebene grossdeutsche Programm einmal zu formuliren. Man hatte immer nur von Mediatisirungen der mittleren und kleineren Staaten gesprochen und darin das Heil Deutschlands zu finden geglaubt. Ich versuchte es, den Spiess umzudrehen und nachzuweisen, dass die Mediatisirung Oesterreichs und Preussens die *conditio sine qua non* einer monarchisch-parlamentarischen Lösung des deutschen Problems sein würde. So fremdartig auch dieser Gedanke heute erscheinen mag, so nehme ich doch keinen Anstand, an diesen meinen Vorschlag zu erinnern, wäre es nur, um zu beweisen, dass ich für meine Person mir niemals über die Macht Bayerns, Sachsens und der übrigen Octav- oder Duodez-Staaten die geringste Illusion gemacht, an die Möglichkeit, die unpraktische Trias-Idee durchzuführen, niemals geglaubt, und von Bamberger oder Würzburger Conferenzen das Heil des Vaterlandes nie erwartet habe.

In der That war die Trias-Idee eine todtgeborene Chimäre. Es fehlte den deutschen Staaten, die ausserhalb Oesterreichs und Preussens lagen, nicht bloss an Macht, sondern an geographischem Zusammenhange. Von Bayern bis Liechtenstein herab gab es keinen Staat, stark genug, sich selbst zu schützen. Der Krieg von 1866 hat dies sattsam bewiesen. Die Contingente des südwestlichen Deutschland erinnerten an die Reichsarmee Rossbach-

schen Andenkens. Bayern selbst liess in Betreff der Zahl, der Ausrüstung und Kriegsbereitschaft seiner Truppen geradezu Alles zu wünschen übrig. Staaten, die nur von der Eifersucht ihrer mächtigeren Nachbarn leben, sind fortwährend in ihrer Existenz bedroht. Einigermassen vermindert wird diese Gefahr, wenn dieselben, wie die Schweiz, Belgien und Luxemburg, völkerrechtlich entmannt d. h. neutralisirt und unter den Schutz aller europäischen Mächte gestellt werden. Die deutschen Staaten zweiten und dritten Ranges entbehrten jener internationalen Neutralität und standen ausschliesslich unter dem Schutze der beiden deutschen Grossmächte. „Wer sich nicht selbst zu schützen vermag,“ sagt Ranke, „erklärt sich insofern unfähig, die volle Souveränität zu besitzen, und muss einen Theil davon demjenigen abtreten, der ihm Schutz und Schirm gewährt.“ Jede praktische Reform des deutschen Bundes musste daher von Oesterreich und Preussen ausgehen und dort, nicht in der dritten Gruppe, mussten die Hebel angesetzt werden, sollte sich die Möglichkeit einer wirklichen Einheit ergeben. Nicht an der Kleinstaaterei, sondern an dem unversöhnlichen Gegensatze der beiden Grossmächte ist der deutsche Bund zu Grunde gegangen. Der Keim dieses unheilbaren Zwiespaltes lag in der Gestaltung, die der Wiener Congress Oesterreich und Preussen gegeben hatte. Das deutsche Centrum des Kaiserstaates zeigte sich zu schwach, um die ausserdeutschen Elemente zusammenzuhalten und das Ehrenrecht des Präsidiums einer Diplomaten-Conferenz konnte keinen Ersatz bieten für den historischen Glanz der deutschen Kaiserkrone. Preussen dagegen war kein gesättigter Staat und musste naturgemäss dahin streben, die mangelnde territoriale Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Provinzen um jeden Preis herzustellen.

Auf ähnlichen Erwägungen beruhte das im Jahre 1861 entworfene, mit der Jahreszahl 1862 veröffentlichte Programm [1]),

[1]) Oesterreichs und Preussens Mediatisirung die *conditio sine qua non* einer monarchisch-parlamentarischen Lösung des deutschen Problems. Leipzig 1862.

dessen Hauptpunkte wir im Anhange unter dem Titel: „Ein Lösungsversuch des deutschen Problems aus dem Jahre 1861“ wiedergeben.[1])

Hiernach sollte das deutsche Reich bestehen aus dem bisherigen Bundesgebiete und sämmtlichen ausserhalb desselben liegenden österreichischen Kronländern und preussischen Provinzen. Jedes einzelne Kronland der österreichischen Monarchie und jede der acht Provinzen der preussischen sollte zur deutschen Centralgewalt in dasselbe Verhältniss treten wie jeder der übrigen deutschen Bundesstaaten. Der Kaiser von Oesterreich würde seiner Krone entsagt, dagegen die deutsche Kaiserkrone übernommen und die einheitliche Spitze des auf föderativer Grundlage beruhenden Reiches gebildet, seine Macht aber mit dem Reichsparlamente, aus einem Fürsten- und Staatenhause bestehend, getheilt haben.

Will man sich in das Jahr 1861 zurückversetzen, in welchem dieses Programm aufgezeichnet wurde, so wird jeder Unparteiische zugeben müssen, dass die Durchführung der öffentlichen Meinung des Tages entsprochen und die Bedürfnisse wie die Wünsche der Bevölkerungen befriedigt haben würde. Was das deutsche Volk wollte, war klar: Einheit und Macht. Beides hätte die obgedachte Lösung in vollem Maasse gewährt. Der cisleithanische Reichstag würde darin allerdings ebensowenig Platz gefunden haben, als der preussische Landtag, aber für beide hätte das deutsche Parlament ausreichenden Ersatz geboten. Nicht nur das deutsche, auch das österreichische Staatsproblem wäre so gelöst worden. Als Kaiser von Deutschland wäre Kaiser Franz Joseph mächtig genug gewesen, die centrifugalen Elemente seiner Erbmonarchie, Ungarn und Böhmen, Mähren und Schlesien, die deutsch-österreichischen Provinzen wie die südslawischen Dependenzien der Stephanskrone zusammenzuhalten und den verhängnissvollen Kaiserschnitt der

---

[1]) Siehe Anhang Nr. III.

Zweitheilung zu vermeiden. An die Stelle der Delegationen wäre der deutsche Reichstag getreten, stark genug, um die Ergebnisse der jahrhundertelangen Arbeit der deutschen Cultur in dem bunten Völkergemische der habsburgischen Monarchie zu erhalten und im Interesse des Gesammtvaterlandes zu verwerthen. Nur ein Fürstenhaus, glänzender und historisch begründeter als das britische *House of Lords,* würde gestattet haben, dem deutschen Reiche die Segnungen einer in Wahrheit parlamentarischen Regierung zu sichern und dasselbe vor den Nachtheilen dieser Staatsform zu bewahren. Daneben hätten die Völker und Stämme ihre Eigenthümlichkeiten in thunlich grösster Freiheit entwickeln können. Ein so mächtiges Reich hätte dem Einzelnen so nachhaltigen Schutz nach Innen wie nach Aussen gewährt, dass es gefahrlos gewesen wäre, allen eigenartigen Sonderinteressen einen weit grösseren Spielraum zu gönnen, als dies in einem Reiche von geringerem Umfange im Interesse der Gesammtheit möglich ist.

Fragt man nun, warum diese oder ähnliche Ideen Träume geblieben sind, warum deren Durchführung nicht einmal allen Ernstes versucht worden ist, so liegt der Grund zunächst in dem österreichischen und in dem preussischen Particularismus.

In Oesterreich waren die Grundfesten der habsburg-lothringischen Hausmacht erschüttert, die stolzen Traditionen der genialen Maria Theresia verloren, toll gewordene Nationalitäten hatten in der babylonischen Sprachverwirrung jener Tage vergessen, dass sie sämmtlich den Bildungsgrad, den sie erreicht, der deutschen Gesittung und Sprache sowie dem deutschen Herrscherhause verdankten, welches das einzige Einheitsband bildete und noch bildet. In seinem Radetzky-Liede hatte Grillparzer die Wahrheit gesagt, als er ausrief: „In deinem Lager ist Oesterreich, wir Anderen sind nur Trümmer.“

In Preussen war andererseits nach der Katastrophe von Jena während der deutschen Befreiungskriege die Zukunftssaat auf-

gegangen, welche thatkräftige Regenten, wie der grosse Kurfürst und Friedrich II., ausgestreut hatten. Ein eigenartiger zäher Particularismus war unter der militärischen Zucht einer eisernen Disciplin erstarkt.

Nächst diesen auf der Hand liegenden Gründen würde jedoch Carlyle noch einen anderen betont haben. Der schottische Seher und Hohepriester des Heroencultus würde den Hauptgrund, warum Preussen den Sieg davontrug, in dem Umstande gesucht haben, dass der einzige Staatsmann, den unsere Zeit geboren, in Preussen und nicht in Oesterreich das Licht der Welt erblickt hat.

Dieser Staatsmann stand im Jahre 1861 noch hinter den Coulissen der Weltbühne. Er war in Petersburg kalt gestellt worden und Niemand konnte ahnen, dass ihm die Hauptrolle in dem Umwandlungsprocesse Europas und Deutschlands zugedacht war. Das Programm der Paulskirche, welches er zu dem seinen machte, war nur mit Blut und Eisen durchzuführen. Aber auch das grossdeutsche konnte kaum ohne Bürgerkrieg verwirklicht werden.

Ich hatte die obgedachte kleine Schrift mit folgenden Sätzen geschlossen:

> Wir fragen: wenn heute Kaiser Franz Joseph einen Deutschen Fürstentag ausschriebe und seine hohen Bundesgenossen einlüde, in Regensburg oder in Frankfurt in Person zu erscheinen, um mit Sr. K. K. Apostolischen Majestät die Gegenwart und die Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes zu berathen, wer würde ausbleiben? — — Der König von Preussen? — — Vielleicht; — aber wie lange? — —
>
> Der Tagesbefehl für die deutschen Staatsmänner lautet: „Das Mögliche wollen, das Nothwendige thun.“ Die Parole heisst: *Viribus unitis Suum cuique!* — — —
>
> Ist denn kein Dalberg da?“

Graf Rechberg war kein Dalberg. Als er sich zwei Jahre darauf entschloss, seinen Kaiser zu bewegen, dem angeregten Gedanken eines Fürstentages Folge zu geben, war es zu spät. Graf Bismarck hatte mit kräftiger Hand die Leitung des preussischen Staates übernommen und König Wilhelm, dem Rathe seines neuen Ministerpräsidenten folgend, erschien nicht nur nicht in Frankfurt, sondern vereitelte durch sein Veto die matten Reformbestrebungen des kaiserlichen Cabinets.

Für die Genesis des neuen deutschen Reiches wie für das Verständniss unseres Lösungsversuches aus dem Jahre 1861 ist die Kenntniss einiger Actenstücke unentbehrlich, welche wir im Anhange wiedergeben und einer anonymen Broschüre entlehnen, die im October 1866 geschrieben und längst vergriffen ist[1]).

Wir geben zunächst eine Aufzeichnung des damals noch nicht dreissigjährigen Prinzen Albert d. d. Buckingham Palast, 28. März 1848 [2]), und die eigenhändigen „Bemerkungen", welche der König Friedrich Wilhelm IV. von Preussen diesem Schriftstücke beifügte [3]). So unpraktisch „die Grundzüge eines deutschen Reichsverfassungs-Entwurfes" des Prinzen und so romantisch die kritischen Randglossen des Königs uns auch heute erscheinen mögen, so ist es doch höchst lehrreich zu sehen, dass diese beiden deutschen Fürsten und Patrioten mitten im Märzsturme von 1848 in der einheitlichen Spitze die Lösung des deutschen Problems suchten, und dass der König von Preussen gegen den Ausschluss Oesterreichs mit Entschiedenheit protestirte. Der Einwand, der gegen unseren Lösungsversuch erhoben werden könnte: Preussen würde niemals dem Kaiser von Oesterreich gestattet haben, die

---

[1]) Die Broschüre: „Zum Verständniss der deutschen Frage. Mit zahlreichen, theilweise bisher ungedruckten Actenstücken. Stuttgart 1867" soll von dem damaligen württembergischen Staatsminister Varnbüler inspirirt, von dem ehemaligen hanseatischen Minister-Residenten am grossbritannischen Hofe R. Schleiden verfasst sein.

[2]) Siehe Anhang Nr. I.

[3]) Siehe Anhang Nr. II.

deutsche Kaiserwürde wieder zu übernehmen, wird durch dieses königliche Autograph widerlegt.

Historisch denkwürdiger erscheinen jedoch die amtlichen Schriftstücke aus dem Jahre 1863. Wir lernen daraus, dass man sich in Wien noch immer denselben Illusionen hingab, welche dem Bundesvertrage von 1815 zu Grunde gelegen hatten. Ein sechsköpfiges Directorium, ein künstlicher, den wirklichen Machtverhältnissen nicht entsprechender Abstimmungsmodus und die beschränkte Betheiligung einer aus allen Kammern der einzelnen Staaten hervorgegangenen Delegirtenversammlung, das war in der Hauptsache Alles, was Rechberg zu bieten hatte, um die Wünsche der deutschen Nation zu befriedigen. In Wahrheit, man machte es Herrn von Bismarck nur allzu leicht, diese Trümpfe zu übertrumpfen. Es war der Bundestag *redivivus* mit einer noch complicirteren, schwerfälligeren Organisation. Hätte Rechberg die Sache ernstlich erwogen und vorbereitet und, zum Handeln entschlossen, gewagt, den Kaiser damals auszuspielen und sofort zu erklären, Oesterreich werde ein Fürsten- und ein Volkshaus nach Frankfurt berufen, um mit dem deutschen Kaiser die Reichsverfassung zu berathen, vielleicht würde er mit einiger Energie und Consequenz den Ausschluss Oesterreichs aus Deutschland noch verhindert haben. Jedenfalls würden die deutschen Fürsten und Völker gewusst haben, woran sie waren und Arndt's Wort: „Das ganze Deutschland soll es sein" würde zu Ehren gekommen sein. Was konnte es helfen, dass vierundzwanzig deutsche Regierungen diesem lahmen Reformprojecte [1]) ihre Zustimmung gaben? König Wilhelm sagte nein und Rechberg's Lösung blieb ein todtgeborenes Kind. Das Resultat aber dieses vergeblichen Versuches war in doppelter Hinsicht ein beklagenswerthes. Oesterreich selbst hatte den Bund in seiner damaligen Gestalt für hinfällig und unhaltbar erklärt, also die alte Maschine zerbrochen, ehe

---

[1]) Siehe Anhang Nr. V.

eine neue hergestellt worden war. Oesterreich hatte noch mehr gethan, es hatte, wie der amtliche Schriftenwechsel beweist, die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes officiell constatirt, welcher die beiden deutschen Grossmächte von einander trennte. Ein Blick auf das österreichische Promemoria vom 3. August [1]), auf den Bericht des preussischen Staatsministeriums vom 15. September [2]), auf das Schreiben des Königs von Preussen vom 22. desselben Monats [3]) und auf das österreichische Memorandum vom 30. October 1863 [4]) wird für jeden Einsichtigen hinreichen, um dies zu erkennen. Bemerkenswerth ist, dass Preussen schon damals, also drei Jahre vor der Krisis von 1866, die Ueberzeugung aussprach, nur ein aus directen Wahlen hervorgegangenes Parlament werde den Wünschen der deutschen Nation entsprechen. Es war also ein prämeditirter Schachzug, keineswegs ein improvisirter, wie man häufig geglaubt hat, mit welchem Graf Bismarck im Jahre 1866 die Partie auf dem politischen Felde für Preussen gewann. Und Oesterreich hat es nicht sowohl Benedek als Rechberg zu verdanken, wenn es matt gesetzt wurde.

Wie dem auch sei, Rechberg, weit entfernt, den Grund des Misserfolgs in der eigenen Schwäche zu suchen, benutzte die Erfahrung, dass ohne Preussen nichts zu Stande gekommen, als Vorwand, sich nunmehr mit Aufopferung des Bundes von Preussen in das Schlepptau nehmen zu lassen. Der österreichische Minister erwarb sich dadurch in Europa den Spottnamen des *nègre de Mr. de Bismarck*, und die schleswig-holsteinische Angelegenheit, welche die Gemüther lebhaft erregte, wurde gleich von Hause aus gründlich verfahren. Herr von Bismarck, der im Interesse des von ihm geleiteten Staates klare Zwecke verfolgte, hatte von seinem Standpunkte aus wiederum vollkommen Recht, die dänische Frage als eine europäische, nicht als eine

---

[1]) Siehe Anhang Nr. IV.
[2]) Siehe Anhang Nr. VI.
[3]) Siehe Anhang Nr. VII.
[4]) Siehe Anhang Nr. VIII.

rein deutsche zu behandeln. Rechberg aber hatte im Interesse Oesterreichs Unrecht, den Bundestag, der ja ein österreichisches Institut war, preiszugeben und in die preussische Falle zu gehen. Als jedoch Oesterreich und Preussen, nachdem sie die Angelegenheit als europäische Grossmächte in die Hand genommen, daran erinnert wurden, wie sie im Jahre 1852 als solche einen Vertrag unterzeichnet hatten, der die Integrität der dänischen Gesammtmonarchie garantirte, fand sich zum Glück, dass dieser europäische Vertrag dem Bundestage niemals mitgetheilt und von diesem niemals genehmigt worden war. Kriegerische Drohungen, welche in Petersburg wie in London laut wurden, veranlassten nun die deutschen Grossmächte, sich des Bundes zu bedienen, um die Kastanien aus dem Feuer zu holen und den unbequem gewordenen Londoner Vertrag zu zerreissen. Wie dieses gelungen, habe ich an einem anderen Orte erzählt[1]). Die Londoner Conferenz, die erste und letzte, an welcher ein Bevollmächtigter des deutschen Bundes theilgenommen, verlief resultatlos, da die dänischen Bevollmächtigten die Friedensvorschläge der Neutralen verwarfen. Deutschland konnte jedoch mit diesem negativen Ergebnisse zufrieden sein. Die sächsische Diplomatie hatte, wie die Maus in der Fabel, das Netz zernagt, welches Palmerston und Brunnow gesponnen. Dennoch wäre es wahrscheinlich zu einem europäischen Kriege gekommen, hätte der Kaiser der Franzosen es nicht an der Zeit gefunden, England und Russland daran zu erinnern, dass sie ohne Frankreich nicht in der Lage waren, Dänemark zuliebe einen Kampf mit dem gesammten Deutschland aufzunehmen. Für Preussen, nachdem es von jeder europäischen Complication befreit war, hatte der dänische Krieg den dreifachen Vortheil: einmal seinem neu eingeführten Zündnadelgewehr die Probe bestehen zu lassen, dann zwei Provinzen sowie insbesondere den hochwichtigen Kieler Hafen zu erobern, end-

[1]) St. Petersburg und London 1852—1864, 2 Bde. 1886. Bd. II, Seite 203 u. ff.

lich aus dem Streite über die leicht errungene Beute einen Vorwand zu gewinnen, um den Bruch mit Oesterreich und die Sprengung des Bundes herbeizuführen.

Herr von Bismarck hatte keine Wahl. König Wilhelm bestand mit eiserner Consequenz auf der Nothwendigkeit, seine Armee zu reorganisiren. Der Landtag verweigerte die dazu erforderlichen Mittel. Vergebens war derselbe wiederholt aufgelöst worden, immer hatten die Wähler dieselben Abgeordneten wieder in die zweite Kammer gesendet. Der Conflict zwischen Krone und Volk, zwischen der alten preussischen Königsmacht und der neu eingeführten parlamentarischen Verfassung war acut geworden. An einen Staatsstreich war nicht zu denken. Für die budgetlose Regierung gab es daher nur einen Ausweg: den Bürgerkrieg. Nur wenn in einem siegreichen Feldzuge durch die That bewiesen werden konnte, dass der König Recht gehabt, die Wehrkraft des Staates zu stärken und zu entwickeln, konnten die Minister hoffen, für die ohne Genehmigung der Kammern verausgabten Gelder die Indemnität zu erhalten.

Wie dieser preussische Verfassungsconflict zu einem deutschen wurde, da Bismarck im entscheidenden Augenblicke die Karte der Bundesreform mit preussischer Spitze ausspielte, das wird sich aus den nachstehenden Blättern ergeben.

Noch hielten Sachsen und Bayern, Württemberg und Baden, Hannover und die beiden Hessen fest an dem Bundesrecht. Die Frankfurter Diplomatenconferenz tagte noch und der deutsche Bund fristete sein Dasein, obgleich beide Vormächte sich thatsächlich von demselben losgesagt hatten. Der Bundestag hatte in jener Zeit die grosse Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich, welches immer noch für Schleswig-Holstein schwärmte und in dem Erbprinzen Friedrich von Augustenburg den legitimen Erben der Elbherzogthümer erblickte.

So ungefähr lagen die Dinge, als Oesterreich und Preussen ohne Betheiligung des Bundes zu Wien am 1. August 1864 die Friedenspräliminarien mit Dänemark unterzeichneten. Die Her-

zogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg wurden dadurch den beiden Grossmächten, nicht dem deutschen Bunde, abgetreten. Die eigentliche Rechtsfrage blieb daher ungelöst und der auf Grund dieser Präliminarien am 30. October 1864 vollzogene Friedenstractat [1]) änderte nichts an dieser Sachlage, aus welcher zwei Jahre später der deutsche Bürgerkrieg erwuchs.

Bei Beginn desselben hatte Graf Bismarck, wie wir sehen werden, geradezu Alles gegen sich. Er wusste jedoch, dass das *to be or not to be*, das Sein oder Nichtsein Preussens und Deutschlands seit 1848 in Frage stand. Schon im September 1848 hatte Friedrich Wilhelm IV. diese Thatsache constatirt, indem er ironisch dem Kaiser Nikolaus schrieb:

> „La glorieuse révolution allemande est entrée dans une phase où il s'agit sans autres *(sic)* de l'existence d'une couronne en Prusse ou plutôt de l'existence de la Prusse, de l'Allemagne. Les représentants de la république „rouge" qui par toute l'Allemagne ne forment qu'un seul corps, bien discipliné pour leur but, ont porté le 7. du mois courant l'assemblée de la Singacademie de Berlin (les cris de la populace aidant) à décider, *‚qu'elle a le droit de donner des ordres à mes ministres'*. Or c'est la république et si vous voulez même davantage, c'est *l'anarchie*" [2]).

Diese Ueberzeugung des Königs theilten Viele. Bismarck allein hatte erkannt, — und darin liegt die wahre Bedeutung dieses Staatsmannes — dass diese schwere Krankheit des Staates nicht durch Palliativmassregeln, durch kleine allöopathische oder homöopathische Arzneimittel geheilt werden konnte. Die chirurgische Operation des Krieges allein gab die Möglichkeit

---

[1]) Siehe Anhang Nr. IX.

[2]) F. de Martens, Recueil des Traités conclus avec la Russie. Petersbourg 1888. Tome VIII. p. 376.

der Rettung. So bedenklich nun auch vom Standpunkte der Privatmoral die Mittel sein mögen, die angewendet werden mussten, um den Patienten zu narcotisiren, und so gewaltsam auch die Operation selbst erscheinen mag, so wird doch das Urtheil der Geschichte sich hauptsächlich an das Ziel zu halten haben, welches erreicht worden ist. Und dieses patriotische Ziel hoffen wir in der nachstehenden Darlegung nicht aus dem Auge verloren zu haben. Erreicht wurde dasselbe, weil Graf Bismarck jederzeit „das Mögliche gewollt, das Nothwendige gethan hat". Vor Staatsmännern dieses Schlages beugt sich die Mitwelt und die Nachwelt vergisst es über ihren Erfolgen, wenn sie in der Hitze des Gefechtes, blinder Parteileidenschaft gegenüber, Juvenal's *hoc volo, sic jubeo: sit pro ratione voluntas* zuweilen scharf und entschieden betont haben.

Erstes Buch.

Gastein

1864—1865.

Erstes Kapitel.

Dresden.

August bis Dezember 1864.

Der Verfasser auf Urlaub. — Stimmungen und Verstimmungen. — Geheime Sendung nach Hannover. — Vertraulicher Bericht *d. d.* Dresden 26. August 1864: Unterredungen mit dem hannoverschen Staatsminister Grafen Platen: Dualistische Bundesorganisationspläne; die schleswig-holsteinische Successionsfrage; Candidatur des Grossherzogs von Oldenburg; das Interim; Rendsburg; Reduction der Executionstruppen. — Zerfahrenheit und Verwirrung der deutschen Zustände im Herbste 1864. — Die offene Grenze Sachsens. — Zweifelhafte Kriegsbereitschaft der Armee. — Analogie der Lage mit der von 1756. — Archivarische Studien über den Beginn des siebenjährigen Krieges. — Entstehung des Buches „Die Geheimnisse des sächsischen Cabinets 1745—1756.“ — Patriotischer Zweck dieser Arbeit.

Kurz nachdem sich Lord Palmerston unter die *furculae caudinae* des von Cobden dictirten Friedens-Amendements gerettet und so die Unmöglichkeit anerkannt hatte, den deutsch-dänischen Krieg durch thatsächliches Eingreifen fremder Mächte zu verhindern oder aufzuhalten, erfolgte am 30. Juli der Schluss des englischen Parlamentes. Die Session war für mich interessant, aber auch ermüdend gewesen, da ich meinen Chef, den Freiherrn von Beust, während der Verhandlungen der Londoner Conferenz zu secundiren gehabt hatte. Die Parlamentsferien boten willkommenen Anlass zur Erholung und ich brachte den grössten

Theil meines Urlaubes in Dresden zu. Ich war Zeuge der Ovationen und Dankadressen, mit welchen der von London zurückgekehrte sächsische Minister begrüsst wurde in Anerkennung der Dienste, die er der deutschen Sache geleistet hatte. So erfreulich diese Popularität auch sein mochte, so konnte man sich doch nicht über den Ernst der Sachlage täuschen. Die preussische Regierung dachte nicht daran, dem deutschen Bunde und dessen Vertreter in London thatsächlich Dank zu wissen für die Zerreissung des Londoner Vertrages. Die Vorgänge in Rendsburg und die nicht eben rücksichtsvolle Behandlung des sächsischen und des hannoverschen Bundescommissars in Holstein liessen darüber keinen Zweifel. Der sächsische General von Hake, der im Namen des Bundes Rendsburg besetzt hielt, hatte sich genöthigt gesehen, den preussischen Generalen diese Festung zu überlassen, um einen bewaffneten Conflict zwischen dem Bundes-Contingent und der preussischen Armee angesichts des gemeinsamen Feindes zu vermeiden. Wie ich meiner Regierung von Anfang an vorausgesagt, stellte es sich immer mehr heraus, dass wir in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit dem Schicksale nicht entgehen würden, *d'avoir travaillé pour le roi de Prusse.* Denn dass Herr von Bismarck dem Candidaten des deutschen Bundes, dem Erbprinzen von Augustenburg, die Elbherzogthümer und namentlich den Kieler Hafen anvertrauen würde, erschien damals schon jedem Einsichtigen mehr wie unwahrscheinlich. Als Bundestags-Gesandter hatte Bismarck, wie man weiss, mit den Augustenburgern verhandelt und er wusste, dass er von dieser Seite auf übergrosse Zähigkeit und Entschlossenheit nicht zu zählen haben würde. Friedrich der Sachte, wie man ihn nannte, hatte sich ausserdem mit einem Generalstabe doctrinärer Politiker und liberaler Zeitungsschreiber umgeben, die seiner Sache nicht eben förderlich sein konnten. Ernster war die Befürchtung, dass die bevorstehende preussische Annexion wahrscheinlich die Handhabe bieten würde zu einem Conflicte mit den deutschen Bundesstaaten und mit Oester-

reich, welches Rechberg leider in eine falsche Stellung gebracht hatte.

Die in Wien mit Dänemark abgeschlossenen Friedenspräliminarien, bei welchen der Bund ganz ignorirt worden war, hatten begreiflicher Weise die Hoffnungen auf eine gedeihliche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage sehr verringert. Im mittelstaatlichen Lager herrschte die grösste Aufregung und Beust empfand wieder einmal das Bedürfniss, sich mit seinen Leidensgefährten auszusprechen und zu verständigen. Hannover war in dieser Frage seinen eigenen Weg gegangen. Im Anfang hatte man leidenschaftlich für die Herzogthümer Partei ergriffen, später sich abgekühlt und eine Politik befolgt, deren Verständniss nicht eben leicht war. Beust beschloss daher, mich in das Welfenreich zu senden, um endlich zu erfahren, was man dort wolle und in wie weit Sachsen und Bayern auf Hannover rechnen könnten. Ich war ermächtigt, wenn nöthig, dem Könige Georg in Norderney aufzuwarten, ganz besonders aber beauftragt, den Minister des Auswärtigen zu einem vertraulichen Gedankenaustausche zu bewegen. Ich kannte denselben seit Jahren, da Graf Adolf von Platen-Hallermund in Berlin und in Wien als Legationssecretär mein College gewesen und ich ihn auch später in Paris mehrfach begegnet hatte. Auch war ich mit ihm in geschäftliche Verbindung gekommen, da ich von London aus während der Abwesenheiten des dortigen hannoverschen Gesandten eine Privatcorrespondenz mit ihm unterhalten hatte. Die Reise nach Norderney zeigte sich als unnöthig, da mir Graf Platen im vollsten Vertrauen über die Zielpunkte der hannoverschen Politik umfassende Auskunft geben konnte. Von diesem kurzen Ausfluge zurückgekehrt, erstattete ich meinem Chef den nachstehenden vertraulichen Bericht, den ich hier *in extenso* wiedergebe, da er Einblick gewährt in die Sachlage, wie sie sich nach der Londoner Conferenz und nach Beendigung des dänischen Krieges gestaltet hatte, Einblick auch in die Verlegenheiten der Mittelstaaten und in die Illusionen,

denen man sich in jenem Augenblicke, in Hannover namentlich, hingab.

Dresden, den 26. August 1864.

Ew. Excellenz Befehlen gemäss habe ich mich am 23. nach Hannover begeben und bin gestern Nacht wieder hierher zurückgekehrt.

Mit gewohnter Liebenswürdigkeit von meinem alten Freunde, dem k. hannoverschen Staatsminister Grafen Platen empfangen, habe ich mit demselben am 24. und 25. zwei ausführliche Unterredungen gehabt, in welchen die Aufrichtigkeit und Offenheit des Freundes den entschiedensten Sieg über die officielle Zurückhaltung des Ministers davontrugen. Ich beehre mich, die Ergebnisse in ihren Hauptzügen zusammenzustellen.

Dualistische Bundes-Organisationspläne.

Ohne Umschweife hatte ich sofort den Hauptpunkt betont, über welchen unserer Ansicht nach trotz der sonst gebotenen Passivität eine Verständigung zwischen den vier Königreichen dringend nothwendig erscheine. Ich hatte die Frage, über welche Ew. Excellenz, angesichts der bevorstehenden Besprechungen mit den süddeutschen Ministern, mit dem hannoverschen Staatsmanne Fühlung zu nehmen wünschten, dahin formulirt: „Können wir, falls die beiden Grossmächte mit Bundes-Organisationsplänen von dualistischer Färbung und Tendenz hervortreten sollten, auf Hannovers energischen Widerstand zählen?“

Nach seinen jüngsten Nachrichten aus Wien bezweifelte Graf Platen, dass dergleichen zu befürchten stehe. Oesterreich könne und werde nie darein willigen, zu einer dualistischen Lösung des deutschen Problems die Hand zu bieten und Mainlinien-Ideen Vorschub zu leisten. Das würde den Interessen wie den Traditionen des k. k. Cabinets entschieden widersprechen. Bei alledem hätten jedoch Oester-

reich und Preussen leider den Wunsch, an ihrer bundesfeindlichen Allianz festzuhalten. Beide aber wüssten, dass es kein sichereres Mittel gäbe, diese Allianz zu sprengen, als den Versuch, sich über eine Bundesreform zu verständigen. Er vertraue daher unbedingt auf Oesterreich. Ich erinnerte an die am 28. Mai eingetretene Frontveränderung. Platen bemerkte hierauf: „Sollte sich das k. k. Cabinet Preussen gegenüber nachgiebiger zeigen als zu erwarten steht, so wird Hannover seine bisherige Politik, es mit Wien nicht zu verderben, aufgeben und zum Aeussersten schreiten, um sich nicht borussificiren zu lassen und seinem entschiedenen Nein Geltung zu verschaffen. Unter preussisches Commando wird der König, mein Herr, seine Truppen nun und nimmermehr stellen. Auch haben ja die Verhandlungen über die Flotte den Beweis geliefert, wie wenig der passive Widerstand zu unterschätzen ist. Nach Norderney brauchen Sie desshalb nicht zu gehen. Denn es besteht hierüber das vollste Einverständniss zwischen dem Könige und seinen Ministern. Seine Majestät würde Ihnen nur wiederholen können, was Sie von mir vernommen."

Successionsfrage.

Ein zweiter Punkt, über welchen wir uns sehr eingehend ausgesprochen haben, ist die schleswig-holsteinische Successionsfrage. Graf Platen bezeichnete den officiellen Standpunkt der hannoverschen Regierung als den der freien Hand nach allen Richtungen hin. Im Sinne des letzten Bundesbeschlusses halte man daran fest, dass der Bund trotz der Gutheissung der in der Londoner Conferenz am 28. Mai zu Gunsten des Prinzen Friedrich von Augustenburg abgegebenen Erklärung berufen sei, die Rechtsansprüche beider jetzt in Frage stehender Candidaten zu prüfen und sich für den Bestberechtigten zu entscheiden. Hannover betrachte sonach die Successionsfrage als eine offene.

Ueber die Anschauungen des Wiener Cabinets sei er ganz im Dunkeln. Verhehlen wolle er mir jedoch nicht, dass er für seine Person unsere warme Parteinahme für den Erbprinzen von Augustenburg nicht begreife. Die Rechtsfrage sei, gelinde gesagt, zweifelhaft. Keiner von beiden Candidaten habe wahrscheinlich ein unbedingtes Recht auf das Ganze. Der Grossherzog von Oldenburg komme spät, wenn nicht zu spät. Dennoch scheine S. K. Hoheit wirklich Nova zu bringen, welche die der Erklärung vom 28. Mai zu Grunde liegende Rechtsanschauung nothwendig modificiren würden. So beruhten z. B. die Verhandlungen von 1767—1773, welche zur Verzichtleistung der russischen Branche geführt, allem Anscheine nach auf der rechtsgültigen Ausschliessung der Sonderburger Linie von der Regierungsnachfolge. Alles dies sei Gegenstand der Prüfung, für welche sich Hannover volle Freiheit bewahrt habe. Vom höchsten Interesse für einen Nachbarstaat seien jedoch die politischen Garantien, die jeder der beiden Candidaten zu bieten habe. Hannover wünsche und müsse wünschen, dass der neu zu gründende Bundesstaat weder ein preussischer Vasallenstaat, noch ein zweites Grossherzogthum Baden an der Nordsee werde, d. h. unheilbaren, anarchischen Zuständen anheimfalle. Darüber habe er sich dem preussischen Gesandten gegenüber unumwunden ausgesprochen. Der Erbprinz von Augustenburg sei der Candidat des Nationalvereins, eine blosse Drahtpuppe in der Hand seiner Umgebungen. Nun habe zwar der Nationalverein aus Hass gegen Bismarck die einheitliche Spitze momentan eingezogen, werde dieselbe jedoch bald wieder hervorkehren. Der Nationalverein wolle nichts Anderes, als die deutschen Fürsten diplomatisch und militärisch unter Preussens Vormundschaft stellen. Für Preussen sei der Augustenburger der beste Candidat. Eine *annexion pure et simple* werde vorläufig nicht durchzusetzen sein. Mit der Verfassung von

1849 sei aber Schleswig-Holstein nicht zu regieren. Der Augustenburger, der diese Verfassung angenommen, werde daher fortwährend fremde Hilfe und fremde Einmischung geradezu verlangen müssen, um sich unhaltbarer anarchischer Zustände zu erwehren. Wenn der Herzog Friedrich Bismarck gegenüber den Souverän spiele, so erkläre sich dies daraus, dass dieser Minister nun einmal die *bête noire* des Nationalvereins sei. Mit dem Kronprinzen von Preussen sei jedoch der Augustenburger handelseins und gelange er zur Regierung, so werde er Preussen sowohl die diplomatische Vertretung als die militärische Führung überlassen. Die beklagenswerthe Adresse der Prälaten und Ritterschaft erkläre sich einfach aus der Furcht vor anarchischen Zuständen, vor welchen die Besitzenden Schutz durch den Anschluss an Preussen zu finden hofften. Lasse man den Holsteinern nur die Wahl zwischen Anarchie und Preussen, so sei es nicht zu verwundern, wenn sie in der Anlehnung an diese Macht von zweien Uebeln das kleinere erblickten. Für das benachbarte Hannover sei es jedoch ein bedenkliches *précédent*, wenn in Schleswig-Holstein jene verkappte Mediatisirung thatsächlich eintrete, welche der Nationalverein anstrebe. Denn nicht zwei Jahre würde es dauern, bevor die hannoverschen Stände selbst die Initiative ergreifen würden, um die Nachahmung dieses Beispieles zu empfehlen und nach Befinden zu verlangen. Sei aber Hannover borussificirt, wie lange werde Sachsen widerstehen? Im gemeinsamen Interesse der vier Königreiche liege es daher, um Mainlinien-Ideen vorzubeugen, die politischen Garantien nicht zu unterschätzen, welche der Grossherzog von Oldenburg in weit höherem Maasse darbiete als der Erbprinz von Augustenburg. Der Grossherzog habe Hannover gegenüber die Verpflichtung übernommen, die Verfassung von 1849 keinesfalls anzunehmen. S. K. Hoheit habe zugleich dem preussischen Gesandten mit der Ermächtigung,

es seinem Hofe zu melden, unumwunden erklärt, er werde niemals in eine Militär-Convention willigen, er sei ebenso entschlossen, wie der König von Preussen, seine Souveränität zu behaupten und werde daher für die diplomatische Vertretung seiner Lande selbst Sorge zu tragen wissen. Die Vereinigung des jetzigen Grossherzogthums Oldenburg mit den drei Elbherzogthümern würde einen fünften Mittelstaat von zwei Millionen Einwohnern an der Nordsee schaffen, einen Staat, der den Widerstand gegen Mainlinien-Gelüste weit kräftiger unterstützen würde als ein von dem schwachen Augustenburger mit der Verfassung von 1849 regiertes Schleswig-Holstein. Die Errichtung eines solchen lebensfähigen Staates würde die krankhaften Schein-Sympathien im Keime ersticken, die sich in der obgedachten ritterschaftlichen Adresse Luft gemacht hätten.

Die Bedenken, welche ich vom europäischen Gesichtspunkte aus gegen die oldenburgische Candidatur scharf betonte, wollte Graf Platen nicht gelten lassen. Er wiederholte, wie er in der Erklärung, welche die Bevollmächtigten Oesterreichs, Preussens und des deutschen Bundes in der Londoner Conferenz vom 28. Mai abgegeben, trotz der Ratificirung des Bundestages eine endgültige Entscheidung der Rechtsfrage nicht erblicken könne. Ebenso wenig sei darauf Gewicht zu legen, wenn England und Frankreich hinter der oldenburgischen Bewerbung eine russische Intrigue wittern wollten. An die Tendenzlüge von der heiligen Allianz glaube Niemand mehr. Mit Bestimmtheit könne er auch versichern, dass von einer Abtretung des neu zu errichtenden Staates an den am russischen Hofe lebenden Prinzen Peter keine Rede sei.

Mein fernerer Einwand, die Wünsche der Bevölkerung — was namentlich in Paris schwer in das Gewicht falle — hätten sich für den Augustenburger ausgesprochen, führte zur Besprechung des dritten Punktes.

Das Interim.

Graf Platen bemerkte, wenn Oesterreich, Preussen und das übrige Deutschland einig, so würde es ein Leichtes sein, während eines etwa sechsmonatlichen Interims die Wünsche der Bevölkerung auf den Grossherzog von Oldenburg zu lenken. Beruhe doch die Popularität des Erbprinzen von Augustenburg nicht auf dessen persönlichen Eigenschaften, sondern lediglich auf der Hoffnung, in ihm das Mittel gefunden zu haben, von Dänemark loszukommen. Graf Platen hält ein Provisorium für geboten und erblickt in dem angeblichen österreichischen Vorschlage einer dreiköpfigen Interimsverwaltung die Lösung, welche den Interessen der Mittelstaaten am besten entsprechen würde. Werde nämlich ein Bundes-Commissar dem österreichischen und dem preussischen beigegeben, so erlange dadurch der Bund das Recht, auch in Schleswig mitzusprechen. Sei dies erreicht, so würde der österreichische Mandatar sich nothgedrungen in der Lage sehen, mit dem Bundes-Commissar gemeinschaftlich gegen den preussischen zu manövriren. Graf Platen hält es für unabweislich, dass dieser dritte Commissar, ganz wie der Bevollmächtigte bei der Londoner Conferenz, vom Bundestage gewählt und bestellt werde. Denn das Verhältniss zum Bundestage der von Sachsen und Hannover ernannten Commissare sei ein incorrectes und trage die Schuld an der schiefen Stellung, unter welcher dieselben laborirten. Diese schiefe Stellung der Commissare und der die Executionstruppen commandirenden Generale sei natürlich von Preussen ausgebeutet worden. Die beklagenswerthen Vorgänge in Altona und Rendsburg würden unmöglich gewesen sein, hätten sich die Herren von Könneritz und Nieper von vornherein als Organe des Bundes, als Repräsentanten Gesammt-Deutschlands gefühlt und als solche gehandelt. Graf Platen rühmt sich auf diese Ano-

malie aufmerksam gemacht zu haben, es sei ihm jedoch geantwortet worden, der Geschäftsgang habe sich nun einmal so geordnet.

Rendsburg.

Graf Platen betonte, der König, sein Herr, lege persönlich das grösste Gewicht darauf, es möge seinen Truppen die Satisfaction gewährt werden, nach Rendsburg zurückzukehren. Das von dem Prinzen Friedrich Karl zurückgewiesene Arrangement des Generals von Hake scheine allerdings praktisch nicht durchführbar gewesen zu sein. Platen glaubt in Wien die grösste Bereitwilligkeit zur Beilegung des leidigen Zwischenfalles voraussetzen zu dürfen. Er hält es für gerathen, den Weg zu betreten, welchen das k. k. Cabinet vorgeschlagen oder in Vorschlag zu bringen im Begriffe stehe, den Weg einer vertraulichen Verständigung zwischen Oesterreich, Preussen, Sachsen und Hannover, den vier mit der Execution ursprünglich betrauten Regierungen. Nach der Ansicht des hannoverschen Ministers würde dieser Weg schneller zum Ziele führen als schleppende Verhandlungen am Bundestage. Er bat mich dringend, diese Auffassung bei Ew. Excellenz zu befürworten. Eine solche vertrauliche Vernehmung, welche man in Wien wünsche, würde ja der principiellen Entscheidung des Bundes nichts vergeben. Bei diesem Anlass hob Graf Platen die musterhafte Haltung und die tadellose Disciplin unserer Truppen rühmend hervor. Die Anerkennung, welche Se. Majestät der König, U. A. H., seinen braven Truppen am 23. ausgesprochen, finde in allen Theilen Holsteins den freudigsten Widerhall. Alle seine Verwandten in Holstein priesen mündlich und schriftlich die feine Bildung und den guten Geist der sächsischen Offiziere, sowie die Einfachheit und Anspruchslosigkeit der Mannschaften. Auch nicht eine Klage sei ihm zu Ohren gekommen.

Reduction der Executions-Truppen.

Ein fünfter Punkt, welchen Graf Platen zur Sprache brachte, betraf die Reduction der Executionstruppen. Die Commissare wollen dieselbe in Vorschlag bringen, um dem Lande einige Erleichterung zu verschaffen. Da ich über diesen Punkt ohne Instruction war, so konnte ich nur hervorheben, wie Ew. Excellenz bisher an der Ansicht festgehalten, wir müssten die unliebsame schwierige Stellung, so lange als der Bund nicht anders verfüge, behaupten. Graf Platen theilte diese Ansicht, hob jedoch hervor, dass, wenn Preussen Gewalt brauchen wolle, 12000 Mann ebensowenig wie 6000 Widerstand zu leisten in der Lage sein würden. Uebrigens könne eine derartige Reduction nur durch eine Revision der Convention vom 19. November v. J. bewirkt werden. Obgleich er die speciellen Befehle seines Königs darüber noch nicht eingeholt, könne er mir versichern, Hannover werde die Hand im Spiele behalten und in die Abberufung seines Commissars nicht willigen, so lange der sächsische bleibe. Das bisherige Abkommen, wonach die Hannoveraner als Reserve betrachtet würden, könne jedoch immerhin dahin modificirt werden, dass neben etwa 3000 Sachsen 3000 Hannoveraner in Holstein verblieben.

Graf Platen gab mir beim Abschiede einige neuere Schriften des von ihm sehr protegirten Onno Klopp mit auf den Weg und bemerkte lachend: „Die Zeitungen fabeln, Herr von Beust sei unter die Demokraten gegangen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass ich daran ebensowenig glaube, wie an die Feindschaft, die zwischen uns Beiden bestehen soll, einer Feindschaft, von welcher ich wenigstens nicht das Geringste weiss.“

Zwischen den Zeilen dieses Berichtes tritt das Bild der Zerfahrenheit und der Verwirrung hervor, welche die deutschen

Zustände im Herbste 1864 kennzeichneten. Ueberall unversöhnliche Gegensätze und Widersprüche. Oesterreich und Preussen hatten anfangs für den Londoner Vertrag von 1852 und die Integrität Dänemarks die Waffen ergriffen, dann in der Londoner Conferenz die Annullirung dieses Vertrages gutgeheissen und im Einverständnisse mit dem Bundesbevollmächtigten am 28. Mai den Erbprinzen von Augustenburg für den bestberechtigten Erben der Elbherzogthümer erklärt. Trotzdem hatten sie sich am 1. August, nach beendigtem Kriege, Schleswig, Holstein und Lauenburg von dem Könige von Dänemark, welchem der deutsche Bund jedes Recht auf diese Länder abgesprochen hatte, cediren lassen. An die Stelle der altverbrieften Rechte und Privilegien, über welche die deutschen Professoren Ströme von Tinte und Druckerschwärze vergossen, war so das nackte Eroberungsrecht vertragsmässig getreten. Der deutsche Bund glich einer Festung, welche, von den Commandanten verlassen, von einer schwachen, unter sich uneinigen Garnison vertheidigt wurde. Wenn dieselbe darin Schutz suchte, so übersah sie, dass die halb verfallenen Wälle und verwitterten Bollwerke dem ersten ernsten Angriffe erliegen mussten.

Ich vermochte daher für meine Person den Optimismus nicht zu theilen, welchen die sächsische Regierung zur Schau trug. Die papierenen Paragraphen der von Oesterreich selbst als unhaltbar aufgegebenen Bundesacte konnten meiner Ansicht nach ebensowenig Schutz gewähren, als die goldene Bulle im verflossenen Jahrhundert gewährt hatte. Unsere Grenze war offen, denn es war bekanntlich den tardiven Bemühungen des Fürsten Metternich im Jahre 1814 nicht gelungen, der kleineren Hälfte der sächsischen Lande, die dem Könige Friedrich August verblieb, die Festung Torgau zu retten. Ich suchte mir daher vor allen Dingen über die Zustände der sächsischen Armee einiges Licht zu verschaffen. Die Aufklärungen, die mir wurden, lauteten nicht trostreich. General von Rabenhorst, der während des Mai-Aufstandes von 1849 Muth und Entschlossen-

heit gezeigt und mit einer Hand voll braver Truppen den Kampf mit der internationalen Revolution aufgenommen hatte, die Dresden zum Schlachtfelde gewählt, war alt geworden und die sächsische Armee litt unter dem Schlendrian eines ächt bureaukratischen Schlummers. Auf dem Papiere war Alles in Ordnung, aber wenn die Armee damals plötzlich hätte ausrücken müssen, so würde es überall gefehlt haben: an Lafetten für die Kanonen, an Pferden für die Cavallerie und Artillerie und an einer dem preussischen Zündnadelgewehre gewachsenen Bewaffnung der Infanterie. Auf meine Frage, was denn geschehen solle, wenn wir einmal plötzlich von Preussen überrumpelt werden sollten, erhielt ich zur Antwort, das könne nicht geschehen, weil die Bundesacte den Krieg zwischen Bundesgenossen verböte; schlimmsten Falles, fügte man hinzu, gehen wir heraus. Das hiess mit anderen Worten, wir geben das Land preis und der König marschirt an der Spitze seiner Armee nach Böhmen oder nach Bayern. Aber auch dieses bescheidene Programm war nur auszuführen, wenn die Armee im gegebenen Augenblicke marschfertig gemacht werden konnte. Unter diesen Umständen schien es mir geboten, die königlich sächsische Regierung an das *aide-toi et Dieu t'aidera* zu erinnern. Ich betrachtete die uns durch die Verträge nun einmal gesicherte staatliche Unabhängigkeit als ein Depot, welches wir wohl auf den Altar des Gesammtvaterlandes legen, jedoch nicht ohne Weiteres preussischen Mainlinien-Gelüsten preisgeben durften.

Nun hatte ich im vergangenen Jahre in unserem Familienarchive im Schlosse Wölkau Actenstücke gefunden, die auf die Genesis des siebenjährigen Krieges und die damaligen sächsischen Zustände unerwartete Streiflichter warfen. Hauptsächlich hatte ein Convolut eigenhändiger Briefconcepte meine Aufmerksamkeit gefesselt. Diese Autographen stammten von meinem Grossoheim, Johann Friedrich Graf Vitzthum von Eckstädt, der im sächsischen Lager bei Pirna im Jahre 1756 unter Rutowski commandirt und Jahre lang als Oberster der Gardes du Corps

der Person des Monarchen nahegestanden hatte. Seine Familienverbindungen wie seine amtliche Stellung gaben diesem Augenzeugen, der ein ebenso intelligenter wie rechtschaffener Mann war, eine besondere Bedeutung. Wahrscheinlich waren die Briefe, deren Concepte sich in Wölkau erhalten haben, an den Bruder des Generals, meinen Grossvater, Ludwig Siegfried Graf Vitzthum von Eckstädt, gerichtet, welcher bei Ausbruch des siebenjährigen Krieges als Gesandter in Paris beglaubigt war. Ich liess diese Autographen abschreiben und übergab die Abschrift dem Director des sächsischen Hauptstaatsarchives Herrn von Weber zur Prüfung. Als ich denselben im Herbste 1864 wieder aufsuchte, hatte er ein Jahr lang Zeit gehabt, diese unter dem frischen Eindrucke der Ereignisse zu Papier gebrachten Aufzeichnungen zu prüfen.

„Diese Briefe," sagte mir Herr von Weber, „haben den höchsten Werth für die Geschichte. Die bisher landläufige Vorstellung über die Ursachen des siebenjährigen Krieges und namentlich über die Verantwortlichkeit, welche man bisher der damaligen sächsischen Regierung zugeschoben, wird dadurch über den Haufen geworfen. Sie sollten diesen Fund nicht für sich behalten, sondern sofort veröffentlichen."

„Mein Grossoheim," erwiederte ich, „war nach Allem, was wir von ihm wissen, ein wahrheitsliebender, ehrlicher Mann. Ob er aber die Wahrheit allenthalben erkannt hat, vermag ich nicht zu sagen und ohne davon überzeugt zu sein, möchte ich den alten Herrn in seinem Grabe nicht compromittiren."

„Das hat keine Gefahr," meinte Herr von Weber. „Die bestehenden Vorschriften gestatten mir zwar nicht, die Acten des achtzehnten Jahrhunderts von den Geschichtsforschern benutzen zu lassen, Ihnen aber, als activem sächsischem Gesandten, habe ich nichts zu verweigern und ich werde Ihnen mit Vergnügen Alles senden, was wir hier besitzen."

Er führte mich nun zu den Actenschränken und zeigte mir die Fascikel, die Friedrich II. nach der gewaltsamen Eröffnung

des Dresdener Archives nach Berlin gesendet und nach dem Hubertusburger Frieden zurückgegeben hatte.

„Seitdem Hertzberg,“ sagte mir Herr von Weber, „sein *Mémoire raisonné* aus diesen Acten geschöpft, hat keine menschliche Hand dieselben berührt. Es ist also ein jungfräulicher Boden und wir werden hundertjährigen Staub aufwirbeln müssen, wenn wir Ihnen diese Papiere übersenden. Hier ist die Registratur, sehen Sie dieselbe durch und streichen Sie die Acten an, die Sie brauchen.“

Als ich diese Masse undurchforschter Papiere überblickte, gab ich die Hoffnung auf, dass es möglich sein würde, während eines dreimonatlichen Urlaubes eine solche Arbeit durchzuführen. Ich wollte jedoch den trefflichen Archivbeamten nicht ganz umsonst behelligt haben und strich daher in dem mir vorgelegten Verzeichnisse etwa zwanzig Actenvolumina an, deren Rubra mir besonders interessant erschienen. Gleich das erste Fascikel, welches ich aufschlug, enthielt die Correspondenz, welche August III. während der ersten Wochen des siebenjährigen Krieges mit Friedrich II. gewechselt hatte. Sämmtliche Concepte zu den Briefen des Königs von Polen waren von dessen eigener Hand paraphirt, sämmtliche Antworten des Königs von Preussen von diesem eigenhändig unterzeichnet worden. Preuss in seinen „*Oeuvres de Frédéric le Grand*“ hatte zwar diese Correspondenz grossentheils schon veröffentlicht, es ergab sich jedoch bei näherer Vergleichung, dass dieser Historiograph etwas leichtsinnig mit diesen Urkunden verfahren war. Kein einziger dieser königlichen Briefe stimmte vollkommen mit den Acten und es fand sich bei näherer Untersuchung, dass Preuss diese Urkunden keineswegs aus dem Berliner Staatsarchive entnommen, sondern einfach nach der Version nachgedruckt hatte, welche sich im Anhange zu der „*Histoire de la guerre de Sept ans*“ vorfindet. Der königliche Geschichtsschreiber selbst hatte sich mit einer Rückübersetzung aus dem Deutschen begnügt. Die Originalien waren sämmtlich in fran-

zösischer Sprache abgefasst, Brühl hatte jedoch das *Mémoire raisonné* in einer sächsischen Staatsschrift beantwortet und derselben eine deutsche Uebersetzung der Correspondenz beigefügt. Später war diese Staatsschrift nebst Anlagen in das Französische übersetzt worden und diese Uebersetzung dürfte die Quelle gewesen sein, deren sich Friedrich II. bei Abfassung seines Geschichtswerkes bediente. Erst in neuester Zeit brachte der XIII. Band der „Politischen Correspondenz Friedrich des Grossen“ den correcten Text des grössten Theiles dieser Briefe, die, dem Berliner Staatsarchive entnommen, vollkommen mit denen übereinstimmen, welche im Dresdener Staatsarchive aufbewahrt werden und von mir benutzt worden sind.

Da es meine Absicht nicht war, eine Geschichte des siebenjährigen Krieges zu schreiben, sondern nur aus den sächsischen Acten und den in Wölkau aufgefundenen Familienpapieren die Genesis dieses für Deutschland so verhängnissvollen Kampfes darzulegen, so genügte es vollkommen, die Correspondenz zwischen beiden Königen zum Leitfaden zu wählen und die Umstände actenmässig zu schildern, welche jeden dieser Briefe veranlasst hatten. Ich vertiefte mich nun in das Studium dieser vergilbten Blätter, während mir die reiche k. Bibliothek die gesammte Literatur über diese Periode zur Verfügung stellte. Die Arbeit ging schnell von der Hand. Ende Dezember überreichte ich das Manuscript dem Gesammtministerium, welches die Erlaubniss zum Drucke ertheilte. Leider verzögerte sich jedoch derselbe, da der gelehrte und gewissenhafte König Johann das Manuscript nebst den Acten selbst einzusehen wünschte und, erst nachdem dies geschehen, persönlich die Veröffentlichung dieser „ganz actenmässigen Darstellung“, wie Seine Majestät sich ausdrückte, gern genehmigte. Das Werk erschien auf Beust's Wunsch anonym bei Cotta unter dem Titel: „Die Geheimnisse des sächsischen Cabinets. Ende 1745 bis Ende 1756. Archivarische Vorstudien für die Geschichte des siebenjährigen Krieges“. Der erste Band wurde in den letzten Monaten des

Jahres 1865 versendet, der zweite fiel mitten in den Krieg, der im Jahre 1866 ausbrach. Wie zu erwarten, missfiel der erste Band in Berlin höchlich. Die Zeitungen fielen darüber her, beschuldigten den Verfasser „angestammter Preussenfeindschaft", vermochten aber thatsächlich die actenmässige Geschichtserzählung nicht anzugreifen. Spätere archivarische Forschungen haben im Ganzen und Grossen die Thatsachen nur bestätigen können, welche aus den sächsischen Acten geschöpft waren. Neu war damals die Auffassung des österreichisch-französischen Vertrages vom 1. Mai 1756. Hatte man doch allgemein dem königlichen Verfasser der *„Histoire de la guerre de Sept ans"* bereitwillig Glauben geschenkt und in dem Versailler Bündnisse nichts als eine Caprice der angeblich von Maria Theresia bestochenen Marquise von Pompadour erblickt. Auch in Frankreich war dieses durch das Bündniss, welches Preussen mit England vorher abgeschlossen, hervorgerufene *revirement* der europäischen Allianzen als einer der grössten Fehler Ludwig's XV. in das Schuldbuch der Bourbons verzeichnet worden. Erst die Memoiren und Correspondenzen des Cardinals Grafen von Bernis, welche F. Masson 1878 veröffentlichte, und Arneth's „Geschichte Maria Theresia's während des siebenjährigen Krieges" haben die Versailler Verhandlungen von 1756 sachgemäss dargelegt. Für mich ergab sich aus diesen Veröffentlichungen die Genugthuung, dass die Pariser und Wiener Archive die Berichte der damaligen sächsischen Diplomatie und insbesondere die meines Grossvaters nur bestätigt haben. Arneth hat „die Geheimnisse des sächsischen Cabinets" mehrfach citirt und namentlich hervorgehoben, wie vollkommen begründet der Nachweis war, dass das sächsische Cabinet von den Planen des Grafen Kaunitz, insoweit dieselben Preussen beunruhigen konnten, nicht unterrichtet war, dass also die angeblichen *„noirs complots"* des Grafen Brühl nur auf Erfindungen beruhten. Auch hat man in Berlin in den gewaltsam entführten sächsischen Acten vergebens Beweise dafür gesucht. Ranke

hat in seiner interessanten, nach dem Feldzuge von 1870—71 verfassten kleinen Schrift: Zur Geschichte von Oesterreich und Preussen zwischen den Friedensschlüssen zu Aachen und Hubertusburg (Leipzig 1875) — mein Buch zwar mehrfach angezogen, aber nicht widerlegt.

Ich kann daher diese archivarische Erstlingsarbeit nicht bereuen, so sehr mir deren Veröffentlichung auch verdacht worden sein mag. Es war durchaus meine Absicht nicht, in jener aufgeregten Zeit Oel in das Feuer zu giessen und Saint-René Taillandier hat sich in seiner Besprechung meines Buches in der „*Revue des deux Mondes*" geirrt, wenn er mir eine Tendenz unterschob, die mir durchaus fremd war. Was ich wollte, war als Sachse eine patriotische Pflicht erfüllen, indem ich an Ereignisse erinnerte, die sich hundert Jahre vorher wirklich zugetragen und die sich jetzt in einer ähnlichen Sachlage wiederholen konnten. Desshalb wurde die sächsische Politik jener Tage mit demselben objectiven Freimuthe blossgelegt als die preussische. Wenn Brühl von dem Vorwurfe, durch seine Intriguen den Krieg heraufbeschworen zu haben, freigesprochen werden musste, so konnte andrerseits nicht verhehlt werden, dass der sächsische Minister Unterlassungssünden begangen hatte, welche den Ausbruch der Feindseligkeiten beschleunigt haben und dass er in Folge seiner gewissenlosen Finanzwirthschaft es zu verantworten hat, wenn Sachsen damals ungerüstet überfallen wurde. Auch das ist nicht verhehlt worden, dass Brühl durch seine an Feigheit grenzende Unentschlossenheit den rechten Augenblick versäumte, um die Armee nach Böhmen zu retten und mit der österreichischen zu vereinigen. Wenn, wie man mir versichert, meine Schrift dazu beigetragen hat, das sächsische Kriegsministerium zu bewegen, das Versäumte nachzuholen, so kann ich mich darüber nur freuen. Denn jedenfalls war es für Sachsen ehrenvoller, von den Ereignissen nicht überrascht zu werden wie Bayern, Hannover und Württemberg, sondern mit seiner kleinen, aber tapferen Armee am Tage

der Entscheidung auf dem Schlachtfelde nicht zu fehlen. Wir sind bei Sadowa geschlagen worden, hatten aber, wie Franz I. nach der Schlacht von Pavia, das volle Recht auszurufen: *Tout est perdu fors l'honneur*, ein Recht, welches die Geschichte den übrigen deutschen Mittelstaaten kaum einräumen wird.

Meine Arbeit trug nothwendig die Spuren der Zeit, in welcher sie entstanden war. Für Sachsen wie für Preussen handelte es sich damals um einen Kampf um das Dasein. Am Vorabende und im Vorgefühle des Sturmes ist es schwer, jene nüchterne Objectivität allenthalben zu bewahren, welche das nicht immer erreichte Ideal des Historikers ist. Dieser Mangel, der auch in den Schriften der Gegner aus jenen Tagen bemerkbar, beeinträchtigt jedoch den Werth der Urkunden nicht, ohne welche die Geschichte des siebenjährigen Krieges in Zukunft nicht geschrieben werden kann. Es gilt davon Ranke's Ausspruch (Zur Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Seite 343):

„Zeitgenossen pflegen einander doch nur äusserlich zu kennen. Die wirksamen Männer folgen allezeit ihren eigenen Impulsen und suchen dieselben so viel als möglich zur Geltung zu bringen. Von den inneren Antrieben Anderer, besonders derer, mit denen man in Gegensatz geräth, bildet man sich gewöhnlich nur einen sehr oberflächlichen Begriff. Und die Missverständnisse, die hieraus entstehen, hören nicht mit dem Leben auf; sie gestalten sich vielmehr nicht selten zu einer Tradition, welche in die historische Auffassung eindringt und dieselbe so lange beherrscht, bis der Forscher auf Documente stösst, welche ihm in dem Gewirre der einander widersprechenden Ueberlieferungen ein sicheres Urtheil an die Hand geben".

Zweites Kapitel.

Paris.

Januar 1865.

Dunkele Gewitterschwüle. — Französische Intriguen. — Ueberschätzung der realen Macht des zweiten Kaiserreiches. — Die September-Convention. — Oesterreichs und Preussens Rivalität. — Verlegenheiten der deutschen Staaten. — Depesche des Herrn Drouyn de Lhuys. — Der Verfasser beauftragt, dieselbe mündlich zu beantworten. — Vertraulicher Bericht vom 26. Januar 1865: Unterredungen mit dem bayerischen Gesandten Herrn von Wendland, dem französischen Minister Drouyn de Lhuys und dem österreichischen Botschafter Fürsten Metternich, Frankreichs und Oesterreichs Politik Schleswig-Holstein betreffend.

Diese archivarischen Studien hatten mich nicht verhindert, während meines mehrmonatlichen Aufenthaltes in Dresden der Tagespolitik zu folgen. Von den dort beglaubigten Diplomaten war wenig zu erfahren, da sie selbst von ihren Regierungen nur nothdürftig unterrichtet wurden, aber Beust hatte keine Geheimnisse für mich und theilte mir gern die Berichte mit, welche von meinen Collegen eingingen. Im Allgemeinen hatte man das Gefühl einer Gewitterschwüle und die Zukunft war überall von dichten Nebeln verhüllt. Das Tuilerien-Cabinet glich einer grossen Kreuzspinne, welche allseits ihre Fäden ausspannte. Wie bald sich die Spinne selbst in diesem Netze fangen sollte, ahnte Niemand. Es ist heute schwer zu verstehen, wie blind damals die meisten europäischen Cabinete waren und wie sehr überall die Macht überschätzt wurde, welche den französischen Intriguen thatsächlich zu Grunde lag. Napoleon III. hatte den Ausgang des Kampfes mit Dänemark nicht abgewartet, ohne zu versuchen, Kapital daraus zu schlagen. Er warf überall sein Senkblei aus, *jetait des plombs,* so lautete der Kunstausdruck.

Er munterte unter der Hand Preussen auf, zuzugreifen und sich der Herzogthümer zu bemächtigen, hetzte in Wien wiederum unter der Hand gegen Preussen, variirte das alte Thema: *l'empire c'est la paix,* und säete Wind, um Sturm zu ernten. Er hatte im September 1864 Italien zur Unterzeichnung einer viel besprochenen Convention genöthigt, welche die Verlegung der Residenz Victor Emanuel's von Turin nach Florenz veranlasste, und in der Absicht, den Papst zu schützen, das Centrum Jung-Italiens bis nahe an die Thore Roms vorschob. Daneben tröstete er die Italiener mit dem Versprechen, Rom in zwei Jahren zu verlassen, sowie in Wien und Madrid die Anerkennung des jungen Königreiches durchzusetzen. Zugleich versprach er dem Kaiser von Oesterreich, Frankreich werde keinen Angriff auf Venetien unternehmen noch unterstützen. Alle diese Kreuz- und Querzüge auf dem Felde der grossen Politik verhüllten in London wie in Petersburg die Schwäche des zweiten Kaiserreiches. Während der durch unsaubere Geldspeculationen genährte Luxus der Metropole wie eine Eiterbeule an dem Mark des Landes zehrte, hatte das mexikanische Abenteuer die ohnehin vernachlässigte Militär-Organisation auf harte Proben gestellt.

In Deutschland stieg die Spannung von Tag zu Tag. Kaum waren die Friedenspräliminarien mit Dänemark unterzeichnet, als sich überall Symptome der alten Rivalität zeigten, welche Oesterreich und Preussen, nachdem sie den gesetzmässigen Bundesweg verlassen, um so weniger unterdrücken konnten. Hatte sich Rechberg von Bismarck in das Schlepptau nehmen lassen, so musste jeder Einsichtige erkennen, dass die Nachgiebigkeit des k. k. Cabinets nur zu Uebergriffen reizen würde. Je mehr man in Wien zeigte, wie sehr man den Krieg fürchtete, desto mehr musste man sich in Berlin mit dieser *ultima ratio* befreunden. Die Verlegenheiten der mittleren und kleineren Regierungen wuchsen von Stunde zu Stunde und die Mittel, die man anwandte, um diesen Verlegenheiten zu entgehen, dienten nur dazu, dieselben zu steigern. Sachsen war mit seinem ursprünglichen

Antrage auf Occupation von Holstein in Frankfurt nicht durchgedrungen. Die beliebte Bundes-Execution war aber gegenstandslos geworden, seitdem Oesterreich und Preussen die Elbherzogthümer in Besitz genommen hatten. Als Preussen nun den Rückzug der Executionstruppen verlangte, fügte sich Hannover, Sachsen jedoch bestand darauf, trotz nicht misszuverstehender Drohungen, seine Truppen nur auf Grund eines Bundesbeschlusses zurückzuberufen. Als dieser erfolgte, wurde der Rückzug über Hannover und Bayern angeordnet, um das preussische Gebiet zu vermeiden. Nach dem, was vorausgegangen, war diese Massregel wohl zu erklären, erbitterte aber den mächtigen Nachbar und steigerte das Misstrauen und die Eifersucht.

Um diese Zeit theilte der französische Gesandte in Dresden Herrn von Beust eine vertrauliche Depesche mit, in welcher Herr Drouyn de Lhuys [1]) in einigen vorsichtigen Phrasen das Interesse durchschimmern liess, welches Frankreich an dem deutschen Bunde und an der Erhaltung des Friedens zu nehmen fortfahre, Andeutungen, welche man nicht näher formuliren könne aus Besorgniss sich zu compromittiren. Diese im Grunde nichtssagende Depesche war ein sogenannter Fühler. Herr von Beust trug mit Recht Bedenken, schriftlich darauf zu antworten, wollte jedoch die immerhin freundschaftliche Eröffnung nicht ganz unerwiedert lassen. Er beauftragte mich daher, über Paris auf meinen Posten zurückzukehren und Herrn Drouyn de Lhuys vor allen Dingen darauf aufmerksam zu machen, dass die Zeiten des Rheinbundes für immer vorüber und dass es keinen deutschen Staat mehr gäbe, der daran denken könne, fremde Hilfe gegen seine deutschen Nachbarn und Bundesgenossen anzurufen. Ich war zugleich ermächtigt, den französischen Staatsmann, der Sympathien für Oesterreich an den Tag gelegt hatte, daran zu erinnern, wie ein festes Defensivbündniss im Interesse Frank-

---

[1]) Drouyn de Lhuys, geb. 1805 gest. 1881, war viermal (1848, 1851, 1852—1855, 1862—1866) Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

reichs wie Oesterreichs liegen und wie darin zugleich die beste Garantie für die Erhaltung des Weltfriedens zu finden sein würde.

Ein zehntägiger Aufenthalt in Paris bot wenig Tröstliches, aber immerhin mehr Licht als in Dresden zu finden gewesen war. Die Umgebungen des Kaisers Napoleon waren sehr erregt über eine Ohnmacht, die denselben in dem Hause einer Courtisane befallen hatte. Er war bewusstlos nach den Tuilerien geschafft worden und sollen sich damals die ersten Symptome des Steinleidens gezeigt haben, welchem er acht Jahre später erlag. Jedenfalls war auch die geistige Kraft, welche niemals sehr hoch anzuschlagen gewesen, in Folge der fortwährenden politischen und sinnlichen Aufregungen bedeutend erlahmt. Hierin mag der Grund zu suchen sein für die Unsicherheit und die krankhaften Schwankungen der französischen Politik während der letzten Jahre des zweiten Kaiserreiches. Der altgewordene Carbonaro, der sich in einen Cäsar verwandelt hatte, war von jeher ein Träumer, der seine Hirngespinnste für Wirklichkeiten, seine Illusionen für Ideen hielt. Er hatte, wie man sagt, mehr Glück als Verstand gehabt und ebenso Viele getäuscht als geblendet. Bald sollten ihm die Dinge über den Kopf wachsen und seine Unfähigkeit sich in seiner Rathlosigkeit kennzeichnen. Im Januar 1865 hielt er sich noch für den mächtigsten Herrscher Europas und wurde von Anderen nur zu häufig dafür gehalten. Ein festes, ehrliches politisches System zu befolgen war seine Sache nicht, dazu fehlte ihm die Ausdauer, die geistige und die moralische Energie.

Um die Sachlage zu schildern, wie sie sich mir damals in Paris darbot, kann ich nichts Besseres thun, als den vertraulichen Bericht wiederzugeben, in dem mehrere meiner Unterredungen gewissermassen stenographirt worden sind.

Schon rollte der Donner, schon zuckten die Blitze des Gewitters, welches sich im darauffolgenden Jahre über Deutschland entladen sollte.

London, den 26. Januar 1865.

Ew. Excellenz wollen mir gestatten, die Eindrücke zusammenzufassen, welche ich während meines kurzen Aufenthaltes in Paris empfangen habe.

In der Nacht vom 14. d. angekommen und am 25. Morgens abgereist, hat mir die kurz bemessene Frist meines Aufenthaltes nicht gestattet, Gesellschaften zu besuchen und mich über die Sachlage gründlich zu unterrichten. Am Tage nach meiner Ankunft führte mich die Abgabe einer Depesche, welche mir der französische Gesandte in Dresden anvertraut, auf das Ministerium des Aeusseren. Ich liess meine Karten für Herrn Drouyn de Lhuys und dessen Gemahlin zurück. In Erinnerung einer früheren Begegnung beantwortete der Minister diese Aufmerksamkeit, indem er mir an demselben Tage eine Einladung, am 17. bei ihm *en petit comité* zu speisen, übersandte. Ich benutzte die Zwischenzeit, um mich vor diesem Diner bei einigen deutschen Diplomaten über die Sachlage zu orientiren. Herrn von Seebach's Auffassungen kannte ich aus dessen Berichten. Der Besuch, den ich ihm am 15. machte, brachte nichts Neues. Ich hatte nicht das Glück, weder den Fürsten Metternich, noch den preussischen Botschafter, ebensowenig den württembergischen Gesandten zu Hause zu finden. Dagegen hatte ich mit Herrn von Wendland am Morgen des 17. eine längere vertrauliche Unterredung.

Ich sagte dem bayerischen Gesandten, dass wir mit seinem Hofe vollkommen einverstanden und dass er daher nichts zu fürchten habe, wenn er mir mit voller Aufrichtigkeit begegne. Ich bemerkte bald, dass dieser Vertraute des Königs Max von dem *dessous des cartes* der vorjährigen diplomatischen Campagne nicht unterrichtet war. Er schien sehr überrascht über die Details, welche ich ihm über das, was sich hier zugetragen, geben konnte und ging

mit der grössten Offenheit darauf ein. Ganz darüber einverstanden, dass Frankreich, indem es die Politik der Mittelstaaten während der Londoner Conferenz unterstützte, einen entschiedenen diplomatischen Erfolg gesichert habe, haben wir uns bemüht, uns die Ursachen klar zu machen, welche bisher verhindert haben, die Früchte zu ernten und durch die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg der einzigen Lösung zum Siege zu verhelfen, welche der öffentlichen Meinung Deutschlands Genugthuung gewähren könnte. Herr von Wendland hat mir versichert, die französische Regierung habe mit Herrn von Bismarck während dessen letzten Aufenthalts in Paris einen Handel abzuschliessen versucht. Man habe die Herzogthümer Preussen angeboten, zugleich aber zu verstehen gegeben, dass dies nur unter der Bedingung einer Grenzberichtigung geschehe, da Frankreich eine Vergrösserung Preussens ohne Compensation nicht zugeben werde. Diese Besprechungen hätten jedoch zu nichts geführt, da Herr von Bismarck kategorisch erklärt habe, der König, sein Herr, könne nicht in die Abtretung eines einzigen deutschen Dorfes an Frankreich willigen, ohne sich in Deutschland unmöglich zu machen. Er werde es niemals thun, es sei nicht daran zu denken. Hierauf hätten die französischen Staatsmänner ihre Ansichten wie ihre Sprache modificirt, ohne jedoch der Gleichgültigkeit zu entsagen, die sie bisher bezüglich der Zukunft der Herzogthümer zur Schau getragen.

Wendland war überzeugt, die Blicke des Kaisers Napoleon seien wiederum auf Italien gerichtet und die Verlegung der Residenz Victor Emanuel's nach Florenz deute hinreichend das Schicksal an, welches Turin und Piemont erwarte. Ich konnte nicht umhin, dagegen zu bemerken, Kaiser Napoleon sei in ein Lebensalter getreten, in welchem der Gedanke, noch einmal zu Pferde steigen zu müssen, um einen zweiten Feldzug in Italien zu unternehmen, an Reiz verloren haben dürfte.

„Täuschen Sie sich nicht,“ erwiederte der bayerische Gesandte. „Wenn dies das einzige Mittel ist, eine Gebietsvergrösserung im Süden zu erlangen, so wird man die Italiener auf Venetien hetzen, ihnen beistehen und dann von ihnen einen höheren Preis verlangen als Nizza und Savoyen. Sollte es jedoch in Deutschland zum Bruche kommen, so würde man vielleicht diese Idee fallen lassen.“

Herr von Wendland hat mir dann mit der Versicherung, keinem seiner Collegen ein Wort davon gesagt zu haben, anvertraut, Herr Drouyn de Lhuys habe ihm vor Kurzem eröffnet, die französische Regierung sei sehr geneigt, sich mit den deutschen Mittelstaaten zu verständigen, fürchte jedoch sich zu compromittiren, da man voraussehe, alle derartige Eröffnungen würden in Berlin denuncirt werden, falls ernste Verwickelungen sämmtliche deutsche Staaten dahin führen sollten, sich auf die Seite der beiden Grossmächte zu stellen. Herr von Wendland versichert hierauf erwiedert zu haben, Bayern sei vor allen Dingen deutsch und eine Erneuerung des Rheinbundes eine politische und moralische Unmöglichkeit, was des Nachweises nicht bedürfe.

„Ich wiederhole den Franzosen fortwährend,“ fügte der bayerische Gesandte hinzu, „nichts könne es rechtfertigen, wenn eine deutsche Regierung nur daran denken wollte, fremde Hilfe gegen einen Bundesgenossen herbeizurufen, solange der Bund besteht. Dennoch bin ich fest überzeugt, Kaiser Napoleon würde auch ungerufen in Deutschland eingerückt sein, falls Herr von Bismarck seinen Drohungen gegen die sächsische Regierung Folge gegeben oder durch irgend einen Gewaltact Frankreich einen Vorwand gegeben hätte, sich in unsere Angelegenheiten einzumischen und unsere Institutionen unter seinen Schutz zu nehmen.“

Ich habe mich begnügt, nur in allgemeinen Ausdrücken diese Confidencen zu beantworten und von der französischen Depesche an Baron Forth-Rouen keine Erwähnung gethan.

Herr von Wendland bat mich, bei ihm zu speisen. Ich erwiederte, ich sei bereits eingeladen, ohne ihm zu sagen wo, um jedem *qui pro quo* vorzubeugen, welches aus einer mir angedichteten Mission hätte entstehen können.

Herr Drouyn de Lhuys hat mich mit grosser Zuvorkommenheit empfangen und mir über Sie allerhand Schönes gesagt. Ich hatte die Hausfrau zu Tisch geführt, sass also dem Minister gegenüber, was ihn nicht hinderte, die Unterredung fortzusetzen und so auch seine übrigen Gäste, unter denen sich einige Mexikaner befanden, zu Zeugen dieser Freundschaftsversicherungen zu machen. In den Salon zurückgekehrt, fragte er mich, ob ich rauche und führte mich dann in sein Cabinet. „Jetzt," bemerkte er, „können wir uns zeugenfrei unterhalten."

Ich sagte ihm, am Tage vor meiner Abreise hätte Baron Forth-Rouen Ew. Excellenz eine Depesche mitgetheilt, welche Sie schriftlich zu beantworten Bedenken getragen, da, wenn Frankreich Compromissionen fürchte, wir umsomehr auf unserer Hut sein müssten. Sie hätten daher geglaubt, sich auf die dem französischen Gesandten in Dresden ertheilte mündliche Antwort beschränken zu sollen, mich aber zugleich ermächtigt, falls ich auf meiner Durchreise durch Paris dem Autor der Depesche begegnen sollte, ihm davon zu sprechen. Ich bäte ihn jedoch, meine Worte als die Aeusserungen eines Reisenden aufzufassen, der jeden officiellen oder officiösen Charakters entbehre.

Herr Drouyn de Lhuys versicherte, keine schriftliche Antwort erwartet zu haben und den Aeusserungen des Reisenden gern Gehör schenken zu wollen.

„Frankreich," begann ich, „hat im vergangenen Jahre einen diplomatischen Sieg errungen, indem es sich auf die Seite der deutschen Staaten stellte, welche die öffentliche Meinung Deutschlands für sich hatten. Der Londoner Vertrag ist zerrissen worden ohne Schwertstreich, ohne dass

Frankreich genöthigt gewesen wäre, einen einzigen Mann marschiren zu lassen. Dieser Sieg war um so glänzender, als Russland und, bis auf einen gewissen Punkt, England sich in Erinnerung der polnischen Angelegenheit davon betroffen fühlten und als der Londoner Vertrag das Ergebniss eines im Jahre 1850 zwischen England und Russland verabredeten, mit der Pacifico-Affaire in Zusammenhang stehenden geheimen Abkommens war. Die Interessen Frankreichs und die Interessen Deutschlands, welche die Mittelstaaten vertraten, haben sich daher begegnet. Wie kommt es nun, dass wir, nachdem die Schlacht gewonnen, die Früchte des Sieges nicht haben einheimsen können? Das fragt man sich in Deutschland und man ist so ziemlich einig über die Antwort. Es ist die Schuld Frankreichs, sagt man, welches seine Bundesgenossen im Augenblicke des Sieges im Stiche gelassen. Wenn die französische Regierung es weniger laut ausgesprochen hätte, dass das Schicksal der Herzogthümer ihr gleichgültig, möge nun Preussen sich derselben bemächtigen oder der Prinz von Augustenburg eingesetzt werden, so hätten die Holsteiner schon längst den Herzog ihrer Wahl. Wir begreifen bis auf einen gewissen Punkt diese Gleichgültigkeit in materieller Hinsicht. Die Annexion der Herzogthümer würde Preussens Macht Frankreich gegenüber nicht wesentlich stärken, aber wir glauben nicht, dass es in Hinblick auf die Zukunft in Frankreichs wohlverstandenem Interesse lag, seine Gleichgültigkeit, so zu sagen, zur Schau zu tragen. Denn was war die Folge? Dass in Preussen die annexionslustige Partei sich Illusionen gemacht hat und jetzt auf die stillschweigende Unterstützung Frankreichs rechnet, um eine Annexion durchzuführen, die gewiss nicht den Wünschen der Bevölkerung entspricht."

Herr Drouyn de Lhuys räumte die Thatsache des diplomatischen Sieges ein, bemerkte jedoch, dass es ein Sieg sei, der nur den Politikern von Fach, nicht aber dem

grossen Publicum einleuchte. Letzteres erblicke darin weder einen Sieg des Nationalitätsprincipes, — denn hätten Dänen früher über Deutsche geherrscht, so herrschten Deutsche heute über Dänen in Nordschleswig, — noch einen Triumph des allgemeinen Wahlrechts, da die Wünsche der Bevölkerungen schliesslich nicht befragt worden seien.

Ich habe mich bemüht, dieses Argument mit Ihrer Note vom 1. Juni zu bekämpfen, in welcher Sie es ausgesprochen haben, dass Deutschland durchaus nicht fürchte, die Bevölkerungen zu befragen und zu stark und zu liberal sei, um den wenigen Dänen in Nordschleswig die deutsche Herrschaft aufzuzwingen.

Herr Drouyn de Lhuys hat der Kühnheit volle Gerechtigkeit widerfahren lassen, welche das erwähnte Schriftstück dictirt hatte. Aber er behauptet dabei, dass dieser Versuch resultatlos geblieben und dass das Publicum in der Lösung, welche die Frage gefunden, den Triumph der napoleonischen Ideen nicht erblicken könne. „Frankreich," bemerkte er, „hat in dieser Sache nichts zu gewinnen. Ob die Ansichten der Mittelstaaten oder die der deutschen Grossmächte zur Geltung gelangen, was kümmert's uns? Wir haben kein Interesse dabei. Wir sind in der Lage, ich will nicht sagen, uns zu sammeln (*recueillir*), aber die Ereignisse abzuwarten. Solange sich die Ereignisse nicht klarer entwickelt haben, fürchten wir nur uns zu compromittiren, wenn wir Stellung nehmen wollten in einer Frage, die wir als eine rein deutsche betrachten."

„Gewiss ist," erwiederte ich, „und es ist nicht nöthig, einem Staatsmanne von Ihrem Scharfblicke es weiter zu begründen, dass Alles, was an eine zweite Auflage des Rheinbundes erinnern könnte, heutzutage ein Anachronismus sein würde. Die Schlachten von Austerlitz und Jena hatten den Rheinbund möglich gemacht. Heute würde sich eine jede deutsche Regierung, die auf dergleichen der Vergangenheit ange-

hörende Ideen zurückgreifen wollte, unrettbar selbst aufgeben. Wir haben es vor Kurzem bewiesen. Sie wissen, dass wir eine ziemlich ernste Krisis bestanden haben. Man hatte versucht, uns einzuschüchtern. Auf unser gutes Recht gestützt, haben wir einem mächtigen Gegner gegenüber es darauf ankommen lassen. Der König und seine Minister, das Volk und die Armee waren überzeugt, dass die Bundesgesetze hinreichen würden, uns vor jedem Gewaltakte zu schützen, und Niemand hat daran gedacht, die Hilfe des Auslandes gegen einen deutschen Bundesgenossen in Anspruch zu nehmen. Unsere Stärke liegt in dem guten Recht, das wir vertheidigen und für dessen Vertheidigung wir immer Alles auf das Spiel setzen werden. Wir ziehen es vor, mit Ehren unterzugehen, als unsere Existenz zu verlängern auf Kosten unserer Unabhängigkeit und unserer Bundestreue. Solange die öffentliche Meinung der deutschen Nation ihre Segel schwillt, bilden die Mittelstaaten eine Macht, mit welcher Bundesgenossen und Gegner zu rechnen haben werden. Aber wenn wir nicht daran denken, unseren Bundespflichten untreu zu werden, wenn wir nicht die Ersten sein wollen, den Bund zu zerstören, der heute die Schutzwehr unserer Unabhängigkeit bildet, so folgt daraus durchaus nicht, dass wir in einem gegebenen Augenblicke Frankreich nicht nützlich sein könnten. Die Löwen haben zu jeder Zeit gut daran gethan, die Mäuse nicht zu vergessen. Das Studium einer Zeit, die viel Aehnliches mit der unserigen hat, der Zeit welche dem siebenjährigen Kriege vorausging, hat mir von Neuem die alte Wahrheit bestätigt, dass, wenn auch Regierungssysteme und Dynastien wechseln, die Interessen immer massgebend bleiben. Es handelt sich nur darum, die letzteren gut zu verstehen und man wird häufig ungeahnte Annäherungen und eine Gemeinsamkeit der Interessen da entdecken, wo die Menge nur unversöhnliche Gegensätze

sieht. Fürst Schwarzenberg, Ihnen brauche ich das nicht zu sagen, verstand seine Zeit jedenfalls besser, als seine beiden unmittelbaren Nachfolger. Sie wissen, — und die geheime Correspondenz, welche der Senator Heeckeren in den Jahren 1851—1852 mit seinem Oheim, dem niederländischen Gesandten in Wien, unterhalten, wird es Ihnen bewiesen haben — dass Fürst Schwarzenberg für den Kaiser Napoleon von Anfang an das aufrichtigste Interesse an den Tag gelegt hat. An dem Fürsten hat es wahrlich nicht gelegen, Taktlosigkeiten zu verhindern, in welchen, wenn ich nicht irre, die Quellen der beiden Kriege zu suchen sind, die seit Napoleon's III. Thronbesteigung Europa erschüttert haben."

Hier gab ich die Analyse der geheimen Depesche, welche Schwarzenberg wenige Wochen vor seinem Tode an den Grafen Nesselrode gerichtet hatte, jene Ihnen bekannte prophetische Depesche, deren ich seiner Zeit in meinen Petersburger Berichten gedacht habe [1]). Dieses zeitgenössische Schriftstück war dem französischen Minister unbekannt und erregte seine höchste Aufmerksamkeit. Ich fügte hinzu, dass Sie in diesem Schwarzenberg'schen Schreiben die Ideen wiedergefunden hätten, welche Sie selbst dem Kaiser Nikolaus entwickelt, als Sie ihm dargelegt, der Prinz-Präsident werde als Napoleon III. Europa grössere Garantien bieten, wie als Ludwig I.

„Fürst Schwarzenberg's früher Tod allein erklärt es," fuhr ich fort, „wenn diese seine Auffassung nicht massgebend geblieben. Man hätte dem Manne, der die Revolution in Frankreich besiegt hatte, aufrichtig die Hand gereicht und ihm die Wiederaufrichtung seiner Dynastie erleichtert, und man wäre sehr wahrscheinlich ohne Erschütterungen, ohne Sebastopol und ohne Solferino dahin

[1]) Siehe darüber „St. Petersburg und London". Band I, Seite 9.

gelangt, wohin man gelangen muss, wenn der Kaiser Napoleon sein Werk vollenden und, bevor er die Augen schliesst, seinem Sohne den Thron sichern will. Aber wäre es denn zu spät? Wäre es nicht hohe Zeit, zurückzukommen auf die Ideen des Fürsten Schwarzenberg, welche im Grunde genommen keine anderen waren, als diejenigen des Fürsten Kaunitz? Der grosse Minister der Kaiserin Maria Theresia hatte den Hass zu bekämpfen, welcher die Häuser Habsburg und Bourbon seit Jahrhunderten trennte. Er liess sich jedoch nicht entmuthigen. Er hatte begriffen, dass die englische Allianz für Oesterreich nicht ausreiche, um einen dauernden Frieden zu schaffen, und dass eine Allianz mit Frankreich das einzige Mittel sei, diesen Zweck zu erreichen. Er arbeitete seit dem Frieden von Aachen und sogar vorher daran. Die Frucht zehnjähriger Arbeit war der Tractat von Versailles vom 1. Mai 1756, ein diplomatisches Meisterwerk, welches mit einem Federstriche die bösen Leidenschaften eines Jahrhunderts auslöschte. Hat die Durchführung auch dem ursprünglichen Gedanken nicht entsprochen, so bleibt dieser doch gross und schön. Kaunitz predigte dem französischen Hofe immer wieder dasselbe Thema: „Ihr könnt, sagte er, zu einer wirklichen Pacification des Festlandes nur gelangen durch die Lösung der drei Fragen, deren Schlüssel, dank seiner geographischen Lage, in Oesterreichs Hand liegt. Allein vermag Oesterreich jedoch diese Frage nicht zu lösen. Helft uns! Wir haben fünfzig Jahre lang Krieg geführt, was haben wir dabei gewonnen? Nichts als neuen Eifersüchteleien Nahrung zu geben und die Zaunkönige (*roitelets*) von Preussen und Sardinien auf unsere Kosten zu vergrössern, mit unserer Beute zu bereichern. Diese Zaunkönige werden in ihr Nichts zurückfallen am Tage, wo wir uns aufrichtig verständigen. Die orientalische, die italienische und die deutsche Frage können dauernd nur durch eine Verständigung zwischen

Oesterreich und Frankreich gelöst werden. Vergessen wir unseren Hass und denken wir einmal an unser Interesse.' So lautete die Sprache des Fürsten Kaunitz und zwei Jahre vor dem Aachener Frieden hatte der Marschall von Sachsen schon in demselben Sinne gewirkt. Ludwig XV. war ganz mit dem Sieger von Fontenoy einverstanden. Die Minister beugten sich vor dem Willen des sieggekrönten Feldherrn, aber es galt ein Mittel zu finden, die Verhandlungen einzuleiten, ohne sich gegenseitig zu compromittiren. Keine der beiden Mächte wollte der anderen die ersten Vorschläge machen. Da fiel man auf den Ausweg, einen Vermittler zu suchen und man fand ihn. Was veranlasste Ludwig XV., den Widerspruch des Königs von Spanien, seines Alliirten, unbeachtet zu lassen und den Dauphin mit jener sächsischen Prinzessin zu vermählen, die Frankreich drei Könige geboren hat? Nichts anderes als die Erkenntniss, dass Sachsen in der Lage war, der Sache des Friedens gute Dienste zu leisten, ohne darum seinen Reichspflichten ungetreu zu werden. Und Sachsen hat diese Dienste geleistet. Die sächsische Diplomatie[1]) hat den Boden geebnet, den Frieden von Aachen vorbereitet, wie auch lange vorher die Verträge von Versailles. Diese Lehren der Geschichte werden nicht verloren sein für Staatsmänner, die nicht von der Hand in den Mund leben, sondern, die Zukunft im Auge, etwas Ernstes und Dauerndes schaffen wollen."

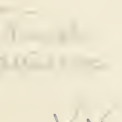
Herr Drouyn de Lhuys war dieser Darlegung mit wohlwollender Aufmerksamkeit gefolgt und fasste seine Erwiederung beiläufig in folgenden Worten zusammen:

„La France sous le régime actuel n'a eu que des alliances

---

[1]) Siehe über die geheimen Verhandlungen des von Maria Theresia bevollmächtigten sächsischen Botschafters Grafen Loss in Paris (1746 u. ff.) des Verfassers „Geheimnisse des sächsischen Cabinets" und dessen „Maurice Comte de Saxe et Marie-Josèphe de Saxe, Dauphine de France. Lettres et Documents inédits des Archives de Dresde. Leipzig 1867."

de chance, de hasard je dirais. La France ne demanderait pas mieux que de trouver dans l'alliance avec une grande puissance le moyen d'une pacification sérieuse du continent. Elle irait jusqu'au bout. Elle s'allierait à la vie, à la mort et on la trouverait toute prête à prendre au sérieux un engagement sérieux. Mais nous pouvons attendre. Des alliances platoniques ne nous conviennent pas. Il nous faut des avantages. Cela vous paraîtra cynique. Que voulez-vous? c'est la vérité. Quand je dis avantages, je ne parle pas exclusivement d'avantages territoriaux, mais d'avantages réels. Nous avons eu pour un temps donné l'alliance anglaise. La guerre de Crimée a été faite avec vigueur. Nous avons reconnu que l'Angleterre, quand elle s'y met, peut être une alliée sérieuse. Il a été question de l'alliance russe. Mais la base y manque et la Pologne est entre nous. De toutes les alliances celle, qui nous aurait le mieux convenu, c'est l'alliance autrichienne. C'était mon rêve. J'y ai tenu si bien, que j'ai perdu le pouvoir pour avoir rêvé trop longtemps ce rapprochement sérieux, qui nous aurait permis de résoudre les trois grandes questions, que vous venez de désigner avec raison comme les grands problèmes de l'avenir. Mais l'Autriche, il faut bien le dire, depuis la mort du Prince Schwarzenberg, n'a eu qu'une politique négative. Lorsque nous avons cru pouvoir marcher avec elle, elle nous a échappé; elle marche jusqu'à un certain point, puis elle se cabre devant des obstacles créés par elle-même. Si jamais des idées comme celles que vous venez d'énoncer allaient germer à Vienne et y prendre racine, si des propositions sérieuses allaient éclore de ces idées, nous les écouterions avec plaisir, nous les examinerions et s'il y avait une chance de nous entendre, certes il y aurait de grandes choses à faire. Mais pour le moment nous ne voyons rien qui puisse nous faire espérer pareille chose. Nous suivrons donc les événements. La



seule question, qui soit sur le tapis en ce moment, est celle des Duchés. Il va sans dire que, si d'autres allaient s'agrandir, la France devrait réclamer des compensations pour maintenir l'équilibre. L'alliance avec la Prusse nous paraît assez difficile. Nous avons jeté des plombs, comme on dit. Mais rien n'est fait. Je n'ai pas besoin de vous le dire. Car si cela était, je ne vous parlerais pas maintenant, comme je vous parle. Si la question des Duchés allait sortir de la discussion, à laquelle nous ne voulons pas prendre part et assumer des proportions sérieuses; si l'Autriche allait reprendre sa position et si elle réussissait à grouper autour d'elle les états secondaires dont les intérêts sont identiques avec les siens, il y aurait là une puissance dont l'alliance pourrait devenir très désirable pour la France. Pour le moment nous ne voyons pas encore assez clair, pour ne pas craindre des compromissions, si nous voulions accentuer davantage notre politique et considérer comme européenne une question, qui pour le moment est restée allemande et en conséquence ne nous regarde pas. Quant aux pourparlers avec Monsieur de Bismarck je n'ai pas besoin de vous dire, qu'ils n'ont pas eu le caractère qu'on leur a prêté."

Im Vorstehenden habe ich die Unterredung, welche ich am 17. d. mit dem französischen Minister gehabt, so treu und vollständig als möglich wiedergegeben. Sie werden die Zurückhaltung, die ich beobachtet, nicht missbilligen. In einer zeugenfreien Unterredung mit dem Kaiser Napoleon selbst hätte ich vielleicht Mittel gefunden, die Karte auszuspielen, die ich seinem Minister nur gezeigt habe, und die Vortheile näher zu entwickeln, welche eine Allianz mit Oesterreich im Interesse des Friedens gerade jetzt für Frankreich haben würde. Man beschuldigt Herrn Drouyn de Lhuys, die volle Wahrhaftigkeit in seinen politischen Besprechungen nicht immer zu beobachten. Ich habe ihn

nur zweimal in meinem Leben gesprochen und habe daher kein Urtheil darüber. Aber ich muss sagen, dass mir die Sprache des Ministers den Eindruck der Aufrichtigkeit gemacht hat. Eine vertrauliche Besprechung mit dem Fürsten Metternich hat mir übrigens gestattet, die Auslassungen des Herrn Drouyn de Lhuys einigermassen zu controliren. Es versteht sich, dass ich dem österreichischen Botschafter von meiner Begegnung mit dem Minister des Auswärtigen nichts gesagt habe.

Der Fürst hat mir mit grosser Offenheit von der Lage der Dinge in Wien gesprochen. Es ist, wie es scheint, weit ernster, als die fremden Diplomaten es geahnt haben, die Rede davon gewesen, dem Fürsten Metternich die Erbschaft des Grafen Rechberg anzuvertrauen. Metternich hat mir geradezu gesagt, er habe unsere Sache, d. h. die Sache Deutschlands, vertreten und dem Kaiser Franz Joseph gerathen, allen halben Massregeln zu entsagen und in der Frage der Herzogthümer entschieden Stellung zu nehmen. „Aber ich bin überstimmt worden,“ fügte der Botschafter hinzu. „Es sind die im Jahre 1863 in Frankfurt gemachten Erfahrungen, die uns in die Sackgasse der preussischen Allianz getrieben haben. Jedesmal wenn ich das Zusammengehen mit dem deutschen Bunde befürwortete, erhielt ich die Antwort, die deutschen Fürsten hätten damals erklärt, ohne Preussen nichts thun zu können. Das habe verstimmt und jetzt wolle nun Oesterreich auch lieber mit Preussen gehen.“

Mit dem Freimuthe eines alten Freundes hat mir Metternich nicht verhehlt, dass Alles dies zu nichts führen werde, höchstens zu einem Aufschub des unvermeidlichen Bruches. Ein eigentliches Engagement existire nicht, nichts Schriftliches, dazu sei Bismarck viel zu vorsichtig gewesen; nur das Wort des Königs, der persönlich gegen die Annexion der Herzogthümer sei und die Eroberungsgelüste seines

Ministers bekämpfe. Dieser letzere habe Kaiser Franz Joseph durch zweierlei gewonnen. Einmal weil man in ihm den Vorkämpfer der Reaction, den Bezwinger der Revolution erblicke und dann weil man davon durchdrungen sei, dass er den Krieg nach einem Bruche sofort erklären werde. Und den Krieg wolle man nicht. Das sei die Wahrheit und man müsse nicht *midi à quatorze heures* suchen.

Ich sagte dem Fürsten, er gelte mit Recht oder Unrecht für den Vertreter der französischen Allianz und allem Anscheine nach sei in dieser Richtung etwas zu machen, wenn man es geschickt anfinge und es verstände, Frankreich und Oesterreich auf die Ideen des Fürsten Kaunitz zurückzuführen. Ich habe ihm diese Ideen entwickelt und die Broschüre des verstorbenen Grafen Schulenburg mit dem Bemerken gelassen, dass die darin veröffentlichten geheimen Actenstücke, insoweit dieselben den österreichischen Archiven entnommen worden, dem Verfasser offenbar von dem Fürsten Metternich Vater mitgetheilt worden seien.

Der Botschafter hat mir versprochen, diese Broschüre zu lesen und, wenn möglich, davon Gebrauch zu machen.

„Vor der Hand," bemerkte er, „ist hier nichts zu thun als zuzuwarten. Die orientalische Frage schläft in diesem Augenblicke. *Ne réveillons pas le chat qui dort.* Die deutsche Frage kümmert mich hier nicht, die italienische ist nicht reif. Ich habe in Compiègne vergebens versucht, zu einer Lösung zu gelangen. Ich bin mit meiner persönlichen Stellung sehr zufrieden, sowie auch mit den mündlichen Zusicherungen, die mir der Kaiser Napoleon gegeben hat. Ich bin fest überzeugt und ich stehe, wenn nöthig, dafür ein, dass wir in Venetien keinen französischen Angriff zu befürchten haben, aber eine definitive Lösung, ein Abkommen, welches uns befriedigen, d. h. den Besitz Venetiens sichern würde, ist vor der Hand unmöglich zu erlangen. Soweit sind wir noch nicht. Ich hoffe, man wird dazu kommen,

aber vorläufig ist, wie gesagt, nichts zu thun als abzuwarten.“

Ich habe mich damit begnügt, den Fürsten daran zu erinnern, dass Oesterreich, solange es diesen italienischen Dorn mit sich fortschleppe, nicht daran denken könne, seine Stellung in Deutschland zurückzugewinnen und dass die Zukunft des Kaiserstaates von der Lösung der deutschen Frage abhängen werde. Ueber den Werth der preussischen Allianz für die Erledigung der italienischen Schwierigkeiten Oesterreichs macht sich übrigens Fürst Metternich keine Illusionen. Er gab vollkommen zu, dass Herr von Bismarck sich wohl hüten werde, einen Mann marschiren zu lassen, falls es zur *quarta riscossa* kommen sollte. Er wiederholte dabei, der preussische Minister-Präsident sei viel zu klug, um sich durch förmliche Engagements die Hände zu binden.

Was die Herzogthümer anlangt, so ist der Fürst der Meinung, Oesterreich, da es bisher die Zähne nicht habe zeigen wollen, werde am besten thun, seinen Bevollmächtigten abzuberufen und Preussen allein die volle Verantwortlichkeit für alle Gewaltakte zu überlassen. Frankreich thue Alles, um das österreichisch-preussische Bündniss zu zerreissen. Das sei ebenso evident, als der Wunsch des Tuilerien-Cabinets, Preussen möge sich die Herzogthümer annectiren. Je mehr sich diese Annexion wider den Willen der Bevölkerungen vollzöge, desto angenehmer werde es den Franzosen sein, welche einfach von diesem Präcedenzfalle Act nehmen würden, um im gegebenen Augenblicke davon Gebrauch zu machen.

Die in diesem Berichte verzeichneten Aeusserungen des sächsischen Reisenden hatten Herrn Drouyn de Lhuys keinen Zweifel darüber gelassen, dass es unmöglich sein werde, Rheinbunds-Ideen wieder aufzuwärmen. Sachsen, Bayern und die übrigen mittleren und kleineren Staaten wollten nichts als die

Aufrechterhaltung des *status quo,* des Friedens und der Verträge von 1815. Es war daher nichts mit ihnen anzufangen, denn Frankreich wollte den Krieg, ohne sich daran zu betheiligen, und die Zerreissung der Verträge. Auch eine französisch-österreichische Allianz konnte die Pläne Napoleon's nicht fördern, denn dieser wollte vor Allem sein in Mailand gegebenes Wort einlösen und Venetien dem Kaiser von Oesterreich entreissen. Es blieb daher nichts übrig als eine Verständigung mit Preussen und Italien, den einzigen Mächten, welche wie Frankreich die Vernichtung der Verträge von 1815 anstrebten. Nur durch diese liess sich die Krisis heraufbeschwören, in welcher Frankreich Compensations-Objecte zu erlangen hoffte.

Ich war nun hinreichend orientirt und die Phänomene, welche auf dem Felde der französischen wie der österreichischen Politik hervortraten, konnten mich fortan nicht mehr überraschen.

Drittes Kapitel.

London.

Januar bis Juli 1865.

Rückkehr nach London. — Privatbrief vom 26. Januar 1865: Lady X. über die Stimmung in Osborne und am kronprinzlichen Hofe in Berlin; Erste Unterredung mit Lord Russell; Hof und Regierung für den Herzog von Augustenburg und gegen die Bismarck'sche Annexionspolitik. — Eröffnung des Parlamentes am 7. Februar. — Lord Palmerston's Hinfälligkeit. — Privatschreiben vom 12. März 1865: Die Anerkennung der provisorischen Flagge der Herzogthümer; Unterredung mit dem französischen Botschafter; Die preussische Depesche vom 22. Februar; Die österreichische Antwortsdepesche vom 5. März; Kritik derselben und der Begleitsdepesche vom 9. März. — Privatschreiben vom 4. April 1865: Mittheilungen eines geheimnissvollen Staatsrathes über Oesterreich, Belgien und Frankreich. — Privatschreiben vom 22. April 1865: Unterredung zwischen dem k. k. Botschafter und Lord Russell, welcher Oesterreich das Festhalten an der preussischen Allianz empfiehlt und, seinen bisherigen Ansichten entgegen, der Bismarck'schen Annexions-Politik das Wort redet; Der französische Botschafter bestätigt dieses *revirement complet* in den Auffassungen der englischen Regierung. — Die Neuwahlen fallen ungünstig für die Tories und die Whigs aus und verstärken die radicale Partei, die schon in Gladstone einen Führer zu erblicken beginnt. — Hofnachrichten. — Zur damaligen Weltlage.

Nach einer glücklichen, aber kalten Ueberfahrt war ich am 25. Januar Abends nach London zurückgekehrt. Meine erste Sorge war, den in Paris vorbereiteten, im vorstehenden Kapitel wiedergegebenen vertraulichen Bericht durch sichere Gelegenheit zu befördern. Ich benutzte dazu den englischen Courier, der allwöchentlich Berlin und Wien versorgte und auf meine Bitte, nicht wie früher über Breslau, sondern über Dresden ging.

Derselben Expedition lag ein Privatbrief an Herrn von Beust bei, in welchem ich die Rückkehr auf meinen Posten

meldete und die Stimmung andeutete, in welcher ich Hof und Regierung in England wiedergefunden.

Die Pariser und die Londoner *chronique scandaleuse* ist von diesen Aufzeichnungen absichtlich ausgeschieden worden. Wenn in dem nachstehenden Briefe Einzelnheiten über die schon erwähnte kaiserliche Ohnmacht gegeben werden, so geschieht dies, weil dieser Vorgang in doppelter Hinsicht politische Folgen gehabt hat. Einmal datirt von dieser Ohnmacht die täglich wachsende Unfähigkeit Napoleon's III., die Dictatur auszuüben, welche ihm sein Halbbruder Morny, der Urheber des Staatsstreiches vom 2. Dezember, errungen hatte. Dann aber gab diese Ohnmacht Veranlassung zur Aussöhnung mit dem Prinzen Napoleon, dessen verhängnissvoller Einfluss auf seinen kaiserlichen Vetter in dem Maasse stieg, als dessen physische und moralische Kräfte abnahmen.

London, den 26. Januar 1865.

. . . . Die liebenswürdige Lady X., eine der Damen der Königin Victoria, ist soeben von einer wohl kaum zu ihrem Vergnügen unternommenen Reise nach Berlin und Darmstadt über Paris heimgekehrt. Ihr verdanke ich die nachstehenden vertraulichen Notizen.

In Osborne ist man entschieden augustenburgisch und ebenso entschieden anti-Bismarckisch. Die Kronprinzessin von Preussen und deren Gemahl theilen diese Gesinnung. Von einer Aussöhnung mit dem Machthaber sei nicht die Rede, dessen Herrschaft das Leben Wilhelm's I. kaum überdauern werde. Die Kronprinzessin sei von der Gefahr durchdrungen, welche die jetzige Richtung der preussischen Politik für die Zukunft ihrer Kinder haben könnte. Sie betrachte den Gewalthaber als *„the blind tool of the German radicals“*. Sie klage, dass bei *„the infatuation of the poor king“* ihr eigener und des Gatten Widerstand auf Kosten der Popularität Beider erfolgen müsse. Man habe die Augen

vollkommen offen, lobe im Stillen unsere Haltung und zähle auf den Vetter Alexander (Mensdorff) . . . . . .

. . . . In Paris hat Lady X. die Kaiserin Eugenie sehr betrübt gefunden. Sie habe ihr ihr Herz ausgeschüttet über Margot (Marguerite Bellanger), welche den Kaiser affichire und bestätigt, dass Napoleon neulich bei Margot, die in der Nähe des Arc de l'Étoile wohnt, von einer Ohnmacht befallen, bewusstlos nach den Tuilerien geschafft worden sei und mehrere Stunden gebraucht habe, um wieder zu sich zu kommen. Dies habe Eugenie so erschreckt, dass sie selbst zu Margot gefahren, um dieser Paris zu verbieten, nicht als Gattin, sondern als Mutter und Kaiserin. Die Betreffende soll hierauf wirklich nach Brüssel und von da nach dem Haag gegangen sein, um dem *Prince Citron* die Zeit zu vertreiben. Man sagt jedoch, sie habe es dort nicht lange ausgehalten und sei nach Paris zurückgekehrt. Die Versöhnung mit dem Prinzen Napoleon soll eine Folge dieser Ohnmacht sein. Viel Dauer verspricht man sich jedoch davon nicht, obgleich auch Walewski mit dem Prinzen wieder ausgesöhnt ist. Gräfin Walewska steht jetzt hoch in der Gunst der Kaiserin. Der Kaiser soll sie jedoch sehr kühl behandeln. Uebrigens steht das kaiserliche Ehepaar selbst auf dem besten Fusse trotz aller Margots. Ich begegnete Beiden in den Champs Elysées *bras dessus bras dessous* ganz *bourgeoisement* spazieren gehend. Mit dem Gehen geht es freilich nicht zum Besten, doch sah Er ganz wohl aus. Sie grüsste holdselig, auch Er schien mich zu erkennen . . . .

. . . . Lord Russell hat mir in der ersten Unterredung, die ich soeben mit ihm hatte, die obstehenden Notizen der *diplomatie féminine* bestätigt. Er ist wohlauf und guter Dinge und grüsst Sie herzlich. Ich sagte ihm, Sie gedächten der Liebenswürdigkeit des Conferenz-Präsidenten nur um so dankbarer, weil Sie nicht immer seiner

Meinung hätten sein können. „*Of course,*“ erwiederte er, „*we could not be of Baron Beust's opinion, but I must say, in putting myself in his place, I quite understand the line he has taken.*“ Unsere Haltung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit hat seine volle Anerkennung. Auch Lord Russell glaubt, Bismarck arbeite der Demokratie in die Hände. So lange der König lebe, sei jedoch an keine Lösung der constitutionellen Frage in Preussen zu denken. Der junge Hof sei in entschiedener Opposition, ganz für den Augustenburger und gegen jede Annexion. Man zähle auf Mensdorff. „*I have read his last despatch* (wohl die vom 21?) *with pleasure, he is quite the gentleman. I think poor Rechberg was really too weak and quite unfit for the position he had assumed. Well, let us hope for the best. I am glad to see your constitution working so well. Yours is a happy country and I quite understand that the people do not want to become Prussian.*“ Darüber habe ich ihn beruhigt und bemerkt, wenn Oesterreich aus seiner Lethargie erwache, werde sich Alles von selbst finden. . . . . . .

. . . . Um meinen Bericht nicht ungebührlich zu verlängern, habe ich die interessanten Reminiscenzen nicht erwähnt, in welchen sich Drouyn de Lhuys erging. So sagte er mir u. A., der gewisse „Times“-Artikel, in welchem der Rhein Frankreich angeboten wurde, habe ihn veranlasst, einem englischen Staatsmanne die Stelle aus „Othello“ zu citiren: *Should I want to fight, I do not want any prompter.*

Zum Verständnisse dieses Privatbriefes sei nur daran erinnert, dass in der Londoner Conferenz nicht nur der Vertreter des deutschen Bundes, sondern auch die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preussens den Herzog von Augustenburg für den bestberechtigten Erben der Elbherzogthümer erklärt und dass

ein Bundesbeschluss diese Erklärung ratificirt hatte. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn Herr von Bismarck mit seinen Annexions-Ideen überall auf Widerstand stiess. Es wird jedoch andererseits immer daran festzuhalten sein, dass der Erbprinz Friedrich, indem er die Bedingungen Preussens zurückwies, die Schuld seiner Ausschliessung sich selbst grossentheils zuzuschreiben hat. Herr von Bismarck konnte von seinem Standpunkte aus den wichtigen Kieler Hafen nur den Händen eines preussischen Vasallen anvertrauen. Im Grunde genommen verlangte man von dem Augustenburger nicht mehr, als was man nach den Schlachten von Sadowa und Sedan von allen übrigen deutschen Fürsten erlangt hat. Aber im Jahre 1865 waren die Würfel der Entscheidung noch nicht gefallen.

Die Vorliebe der Königin Victoria für das Augustenburger Haus bethätigte sich noch im Laufe des Jahres in der Vermählung der Prinzessin Helena mit dem Prinzen Christian von Schleswig-Holstein.

Wie in Paris war auch in London Zuwarten die Parole des Tages. Das Unterhaus, welches am 7. Februar seine Sitzungen begann, stand vor den Neuwahlen, da die Legislaturperiode nahezu abgelaufen war. Der Führer desselben, der mehr als achtzigjährige Lord Palmerston, war von der Gicht so mitgenommen, dass er nur noch zum Scheine die Sitzungen leitete. Er erschien nur auf wenige Augenblicke, nahm zuweilen das Wort, aber seine kurzen, kaum mehr verständlichen Ansprachen schienen nur für die Zeitungen bestimmt und sollten das Land nur daran erinnern, dass der alte „Pam“ noch am Leben. Unter diesen Umständen war von ernsten Parteikämpfen nicht die Rede und wenn das Gouvernement auch zuweilen eine Schlappe erlitt, so hatte das nichts zu bedeuten, da alle Parteien sich für die Neuwahlen rüsteten und von einem Ministerwechsel vorher nicht die Rede sein konnte. Auch die auswärtige Politik, soweit England dabei betheiligt war, schlummerte. Der Bürgerkrieg in Amerika neigte sich zu Ende, die Conföderirten des

Südens verloren mehr und mehr an Terrain und die Ermordung des Präsidenten Lincoln konnte den Sieg des Nordens nicht aufhalten.

Aus meiner Correspondenz hebe ich nur die wenigen Briefe hervor, die heute noch einiges Interesse haben können.

London, den 12. März 1865.

Die in der Hauptsache analogen Noten des österreichischen und preussischen Botschafters in Betreff der Anerkennung der provisorischen Flagge von Schleswig-Holstein sind nicht identisch. Oesterreich beantragt diese Anerkennung bis zur Constituirung einer definitiven Regierung, Preussen die Anerkennung überhaupt. Da es sich nur um eine provisorische Flagge handelt, so würde diese Nüance ohne Belang sein und ich erwähne derselben nur, weil Lord Russell in seiner Erwiederung dieselbe festhält. England gewährt die Anerkennung, aber unter der ausdrücklichen Reserve der Rechte des deutschen Bundes und der Herzogthümer selbst. Während Apponyi und Bernstorff auf diese Antwort noch harrten, war der französische Botschafter bereits in der Lage, heute Morgen einen Courier mit dieser Nachricht nach Paris zu expediren. Die Westmächte scheinen sich daher über diese Nebenfrage verständigt zu haben. Auch über den Stand der Hauptfrage war Fürst La Tour d'Auvergne vortrefflich unterrichtet. Er wiederholte mir, Oesterreich habe die Verhandlungen mit Preussen keineswegs abgebrochen und scheine weniger denn je gewillt, die Dinge auf die Spitze zu treiben oder in Frankfurt auf die Spitze treiben zu lassen. Der Fürst ist übrigens überzeugt, Mensdorff werde die erste Gelegenheit ergreifen, um das ungern übernommene Portefeuille einem anderen zu überlassen und in die Reihen der Armee zurückzutreten. Im Interesse des Generals und der Sache des Friedens ist nur zu wünschen, dass dieser Rücktritt je eher, je lieber erfolge.

Ich habe Gelegenheit gehabt, heute Abend sowohl die preussische Depesche vom 22. v. Mts. mit ihren beiden Anlagen, als auch die österreichische Erwiederung vom 5. d. Mts. zu lesen. Beide Pièçen werden Ihnen vorliegen. Ich verschone Sie daher mit meinen Betrachtungen.

Wenn man die männliche Sprache, mit welcher Graf Karolyi angewiesen worden ist, die Scheingründe der preussischen Ländergier zu widerlegen, als eine Wendung zum Bessern begrüssen darf, so kann man sich doch nicht verhehlen, dass der österreichische Erlass vom 5. d. bedenkliche Widersprüche enthält. Einmal werden gewisse Dinge, wie die Besitzergreifung des Kieler Hafens, als Punkte künftiger Verhandlungen hingestellt. Dann aber kommt Graf Mensdorff wieder auf das Aequivalent zurück, auf welches Oesterreich bestehen müsse, falls Preussen im Widerstreit mit dem Bundesrecht auf seinen Forderungen beharre. Dieser letzteren Eventualität wird auch in der Depesche vom 9. d. gedacht, mittelst welcher dem hiesigen k. k. Botschafter die obgedachten Pièçen abschriftlich mitgetheilt werden. Diese Begleits-Depesche ist weder zur amtlichen noch zur vertraulichen Mittheilung bestimmt und wird Ihnen daher wahrscheinlich nicht bekannt sein. Mensdorff wiederholt darin in französischer Sprache die in dem deutschen Erlasse an den Grafen Karolyi entwickelten Widerlegungen der preussischen Staatsschrift. Er bemerkt, dass die preussischen Forderungen zurückgewiesen worden seien, weil sie sich weder mit der *indépendance* des zu creirenden Staates noch mit dem *pacte fédéral* vereinigen liessen. Trotzdem, so wird Apponyi belehrt, lasse man *la porte ouverte, parce qu'on espérait, que la Prusse modifierait ses déterminations, ou bien, si elle persistait à vouloir retirer des avantages de la guerre, qu'elle offrirait des équivalents à l'Autriche.* Also, wenn Oesterreich entschädigt wird, dann sind die preussischen Forderungen dennoch mit der

Unabhängigkeit der Herzogthümer und der Bundesacte in Einklang zu bringen! Graf Mensdorff fügt zwar in der Begleitsdepesche noch hinzu, man werde, falls es die Ehre und Würde Oesterreichs erheische, die preussische Allianz aufgeben, bemerkt jedoch ausdrücklich, man wolle daran festhalten so lange als möglich, um nicht in eine *situation encore plus incertaine* zu gerathen und zu *combinaisons encore plus hasardées* seine Zuflucht nehmen zu müssen.

Das bekannte Sprichwort: Wasch' mir den Pelz, doch mach' mich nicht nass — kam mir nicht aus dem Sinn, als ich mich in das Studium dieses Eiertanzes widersprechender Redewenden vertiefte. Wenn der k. k. Botschafter schliesslich eingeladen wird, sich aus diesem Arsenale die Waffen zu wählen, um das k. k. Cabinet gegen den Vorwurf der Schwäche zu vertheidigen, so wird man dadurch unwillkürlich an ein anderes Sprichwort — an das französische: *qui s'excuse s'accuse* — erinnert. Aus diesen widersprechenden Prämissen und unlogischen Conclusionen der österreichischen Staatsweisheit liegt der einzige Ausweg in einer rettenden That. Was Preussen will, wissen wir nun; was Oesterreich will, scheint es selbst noch nicht zu wissen.

Man sieht aus dieser Analyse der in den ersten Monaten des Jahres 1865 zwischen den Wiener und Berliner Cabineten gewechselten Schriftstücke deutlich den Keim des Zerwürfnisses, welches im darauf folgenden Jahre den Krieg und den Umschwung der Dinge herbeiführte.

Um das Bild der allseits gespannten Situation zu vervollständigen, füge ich den Bericht über die Auslassungen eines damals allen grossen Höfen bekannten geheimen Allerwelts-Agenten bei, Auslassungen, welche selbstverständlich *cum grano salis* zu lesen sein werden. Man wusste, dass die oft pikanten Beobachtungen des Geheimnissvollen, wie Beust ihn nannte, der Wahrheit nicht immer genau entsprachen *et qu'il mangeait à tous*

les râteliers. Der Staatsrath hatte jedoch eine seltene Begabung und schrieb Denkschriften, welche unter der Controle amtlicher Berichte zuweilen wirklichen Werth hatten. Lord Palmerston unter Anderen soll diese *exposés* häufig liberal honorirt haben. Fürst Metternich und Guizot, der Kaiser von Russland und der Kaiser der Franzosen, der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen, der alte König von Württemberg wie König Leopold I. von Belgien, Gortschakoff und Morny, ja selbst Herr von Bismarck gehörten, wie der Staatsrath sich rühmte, zu denen, die ihn zuweilen durch die Hinterthür empfingen.

London, den 4. April 1865.

Der *ancien conseiller d'état* ist wieder einmal hier. Er kramte mir seine Weisheit aus. Ich habe ihn geduldig angehört und in vielen Punkten vortrefflich unterrichtet gefunden.

Seine geheime Mission nach Berlin, seine Unterredungen mit dem Könige und Herrn von Bismarck über die Herzogthümer, Besprechungen, bei denen nichts herauskam, werden Ew. Excellenz bekannt sein. Der Staatsrath rühmt sich, dem Wiener Hofe vor Monaten geschrieben zu haben, die preussische Allianz würde ihm nicht das Geringste nützen. Bismarck sage, Preussen nehme die Herzogthümer in Besitz als Entschädigung für Krakau und Savoyen. Es stehe daher weder Oesterreich noch Frankreich zu, Einsprache dagegen zu erheben.

Mit Geringschätzung sprach der Geheimnissvolle von Buol und von Rechberg. Mensdorff werde nächstens Schmerling geopfert werden, den man nicht entbehren könne. Lord Palmerston sage, von Regierung könne in Oesterreich nicht die Rede sein, da der Kaiser nichts thue als zwischen seinen eigenen Ministern zu vermitteln. Mensdorff sei im Grunde anti-preussisch, erblicke jedoch in der preussischen Allianz einen Popanz, der den Westmächten imponiren und Russ-

land für Oesterreich gewinnen solle. Das alte Dreibündniss der nordischen Mächte sei Mensdorff's Schiboleth.

Sehr fabelhaft klang eine Enthüllung, welche der jetzt in Brüssel lebende Staatsrath verbürgen zu können glaubte. Er selbst will mit Morny zwischen dem König Leopold und dem Kaiser Napoleon einen geheimen Leibrentenvertrag, wie er es nannte, vorbereitet haben, der in Vichy zum Abschluss gekommen sei. Dass der greise König der Belgier seit Jahren *sub terrorem* Napoleon's lebt, ist allerdings richtig und es wäre daher nicht unmöglich, dass er versucht habe, sich für die Dauer seines wahrscheinlich kurz bemessenen Lebens einige Sicherheit zu verschaffen. An einen Vertrag ist jedoch nicht zu glauben. Die Version des Staatsrathes ist: König Leopold habe für den Fall eines Krieges das befestigte Antwerpen und die belgische Armee Frankreich zur Verfügung gestellt, Kaiser Napoleon dagegen versprochen, Belgien mit Köln und Aachen für die an Frankreich abzutretenden Provinzen zu entschädigen. König Leopold werde daher auf dem Gebiete der europäischen Politik seinem geheimen Alliirten unter der Hand zu nützen suchen, wenn er dies nicht offen thun könne. Er schmeichle den Engländern und Franzosen, hüte sich aber wohl den ersteren einzugestehen, dass er eventuell die Neutralität seines Landes und Antwerpen preiszugeben versprochen habe.

Der Staatsrath versicherte, von Lord Granville veranlasst worden zu sein, herüberzukommen. Dieser hoffe nämlich, den König Leopold zu bestimmen, etwas zu thun, um das unerfreuliche Verhältniss zwischen der Königin Victoria und deren gegenwärtigen Ministern in ein besseres Geleis zu bringen.

Wenn man in Wien und in Berlin, hier und in Petersburg dem Gesundheitszustande des Kaisers der Franzosen übertriebene Aufmerksamkeit schenke, so sei dazu kein genügender Grund vorhanden. Es gehe ihm freilich nicht

zum Besten, aber so nahe, wie man glaube, sei die Auflösung nicht und sein Leben sei nicht nach Monaten, sondern nach Jahren zu berechnen. Alle Erwartungen derjenigen, welche auf ein nahe bevorstehendes Zusammenbrechen des Bonapartismus speculirten, entbehrten der Begründung. Von den persönlichen Fähigkeiten Napoleon's III. spricht der Staatsrath mit auffallender Geringschätzung. Freilich habe er den Vorzug vor allen anderen Souveränen, dass er das Leben kenne und nicht in fürstlichen Vorurtheilen auferzogen sei. Aber er besitze nicht die geringste Initiative und sei immer nur das Werkzeug Anderer gewesen. Morny habe den Staatsstreich, Palmerston den Krimkrieg, Cavour den italienischen Feldzug von 1859 gemacht. Morny sei für den Kaiser ein grosser Verlust, welchen der ganz unfähige La Valette nicht ersetzen werde. An die Befestigung seiner Dynastie glaube der Kaiser selbst nicht mehr.

Pour tâter le terrain, warf ich die Frage hin, ob König Leopold nicht dazu zu brauchen sein könnte, eine Anknüpfung an die Kaunitz'schen Ideen zu vermitteln. Der Staatsrath versicherte, die Metternich'schen Traditionen in dieser Richtung nie aus den Augen verloren zu haben, aber die Zeit sei noch nicht gekommen. Vielleicht könne Fürst Richard mit diesem Programm einmal eintreten. Bevor dies jedoch geschehen könne, werde die k. k. Staatskanzlei erst durch Bismarck mürbe gemacht werden müssen. Dann aber dürfte ein Augenblick kommen, wo sich Oesterreich nur zu rückhaltlos in Frankreichs Arme werfen werde. Jetzt verhinderten in Wien wie in Paris persönliche Vorurtheile jede ernste Verständigung. Soviel sei allerdings richtig, dass Napoleon und seine Armee Niemand aufrichtiger hassten als den König von Preussen. Auch zwischen Wien und London sei jetzt nichts zu machen, obgleich Mensdorff wie die englischen Minister Bismarck nicht liebten. Mit Palmerston dürfe man von Wien gar nicht sprechen. Er

habe die Leute ganz aufgegeben und solange man ihm nicht beweisen könne, dass Oesterreich entschlossen sei, activ gegen Preussen vorzugehen, werde er gar nichts anhören. Ebenso sei König Leopold mit dem Wiener Hofe zerfallen. Er habe keine Correspondenz mehr und kein Vertrauen. Er sage oft, den Leuten in Wien sei nicht zu rathen und nicht zu helfen.

Zum Schlusse bemerkte der Geheimnissvolle: „Morny's Tod ist ein Ereigniss. Er bezog eine russische Pension und betrieb die russisch-französische Allianz-Chimäre. Inzwischen haben die Russen in Asien tüchtig zugegriffen. Gortschakoff hat die Westmächte darüber zu trösten gesucht. Wenn sie sich durch russische Phrasen beschwichtigen lassen, so kann man sie nur bedauern. Die Wahrheit ist, dass die Furcht vor Amerika in diesem Augenblicke die englische Regierung dominirt."

Musste ich meinem Chef überlassen, die mehr oder weniger gewagten Aeusserungen des ihm hinlänglich bekannten Staatsrathes zu controliren, so war ich kurz darauf in der Lage, ihm aus bester Quelle von einem Umschwunge der im englischen Ministerium über die brennende Tagesfrage herrschenden Ansichten zu berichten.

London, den 22. April 1865.

Apponyi ist heute auf einige Tage nach Paris gegangen. Der Wunsch, vor diesem Ausfluge Lord Russell zu sprechen, den er seit drei Wochen nicht gesehen, führte zu einer Unterredung, die vorgestern in Pembroke Lodge stattgefunden hat.

Nicht ohne Ueberraschung hat der k. k. Botschafter eine völlige Umwandelung der Ansichten Lord Russell's über die preussische Politik den Elbherzogthümern gegenüber zu constatiren gehabt. Anstatt, wie bisher, Oesterreich zum Be-

harren auf dem bundesrechtlichen Standpunkte zu ermahnen, hat sich der Staats-Secretär des Aeussern gemüssigt gesehen, im europäischen Interesse das Festhalten an der preussischen Allianz zu empfehlen. Er erblickt darin das einzige Mittel, den Bürgerkrieg in Deutschland und vielleicht einen allgemeinen Krieg zu vermeiden. Herr von Bismarck habe mit grosser Aufrichtigkeit Lord Napier versichert, Preussen könne und werde den Kieler Hafen nur in Folge eines unglücklichen Krieges aufgeben. Oesterreich habe die Vorschläge zur Lösung der Frage verworfen, jetzt sei es an Oesterreich, Gegenvorschläge zu machen. Diese werde man in Berlin ruhig abwarten.

Man schwanke, habe Lord Russell hinzugefügt, in Berlin zwischen zwei Schachzügen und Herr von Bismarck sei noch nicht mit sich darüber einig, ob es Preussens Interesse besser entspreche, die schleswig-holsteinischen Stände zu berufen oder den Grossherzog von Oldenburg als Bestberechtigten anzuerkennen. Letzteres würde eine blosse Komödie sein, da man im Voraus weiss, dass dieser Fürst die preussischen Bedingungen ebenso wenig annehmen würde als der Herzog von Augustenburg. Unter diesen Umständen habe Lord Russell gerathen, mit Gegenvorschlägen hervorzutreten, die in Berlin annehmbar erscheinen könnten. Habe England das Vorgehen der deutschen Grossmächte im vorigen Jahre getadelt, so liessen sich doch geschehene Dinge nicht ändern. Da Preussen Kiel ohne Krieg nicht aufgeben wolle, Oesterreich aber offenbar den Krieg zu vermeiden wünsche, so könne die englische Regierung nur eine baldthunliche Verständigung empfehlen.

Apponyi hat als gewissenhafter Vertreter einer Politik, die er vielleicht persönlich nicht allenthalben billigt, seinen Instructionen gemäss die Argumentation Lord Russell's nicht bekämpfen können. Er hat nur davon Act genommen, dass sich der edle Lord plötzlich zu Ideen bekehrt habe, an denen

man in Wien seit Jahresfrist festgehalten. Oesterreich wünsche Aufrechterhaltung der preussischen Allianz, aber innerhalb des Bundesrechts. In einem Bunde souveräner Fürsten und Städte finde ein preussischer Vasallenstaat nicht Raum. Wolle Oesterreich einen solchen Präcedenzfall gutheissen, so würden Oldenburg, Mecklenburg, Hessen und Hannover bald das Schicksal der Elbherzogthümer theilen. So sehr Oesterreich auch im Hinblick auf die geographische Lage den specifisch preussischen Interessen in Norddeutschland gerecht zu werden wünsche, so sei doch eine gewaltthätige und rechtswidrige Lösung, wie solche Preussen anstrebe, mit dem Fortbestande des Bundes unvereinbar.

Lord Russell hat dagegen daran erinnert, dass alle englischen Minister, mit denen Apponyi zu thun gehabt, Lord Clarendon, Lord Malmesbury ebensowohl wie er selbst, dem Botschafter stets wiederholt hätten, England könne nichts sehnlicher wünschen als ein festes Zusammengehen der beiden deutschen Grossmächte in allen europäischen Fragen. Diesem obersten Interesse müsse die jetzige Differenz geopfert werden. Der Machtzuwachs sei nicht der Rede werth. Preussen werde durch die Annexion der Herzogthümer seine Stellung in Deutschland eher schwächen als stärken.

In dem Berichte, welchen der Botschafter heute mit nach Paris nimmt, constatirt derselbe, dass das *revirement complet dans les idées et le langage de Lord Russell* eingetreten sei, *sans que l'on puisse savoir ni comment ni pourquoi.* Apponyi fügt hinzu, *que les idées et conseils d'un homme d'état aussi versatile* kaum danach angethan sein würden, Eindruck zu machen.

Der beifolgende Leitartikel der heutigen „Times“ predigt diese Politik *du laisser faire* und bestätigt die jetzt hier vorherrschende Stimmung.

Lord Russell hat übrigens Lord Napier ausdrücklich angewiesen, sich jeder Einmischung zu enthalten, *de s'abstenir,* wie Fürst La Tour d'Auvergne sich ausdrückte, der eben von Lord Russell kommend bei mir vorsprach.

„Je vous l'ai toujours dit,“ bemerkte der französische Botschafter, der die Berliner Zustände aus eigener Anschauung kennt und genau studirt hat, „je vous l'ai toujours dit. Bismarck est maître de la situation et il le sait. De jour en jour il s'affermit dans son projet d'annexion, de jour en jour on faiblit davantage à Vienne. On laissera faire ici. Si la Prusse prend soin de consulter les populations, l'Angleterre n'aura rien à redire à l'annexion. On se gardera bien de le proclamer officiellement, mais c'est tout comme.“

Nur mit Mühe hielt der erkrankte Premier-Minister sein gespaltetes Cabinet zusammen und jede Frage fern, welche am Vorabend der Neuwahlen eine ernste Krisis hätte heraufbeschwören können. Die Wahlreform hatte Palmerston sechs Jahre lang todt zu schweigen gewusst. Die Versetzung Lord Russell's in das Oberhaus hatte jedoch die radicale Agitation nicht beschwichtigt. Das Feuer glimmte unter der Asche und Gladstone brannte vor Ungeduld, dasselbe durch demokratische Reden zu hellen Flammen anzublasen. Anfang Mai schien die Frage über die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die sogenannten Sechspfünder, d. h. auf die Hausbesitzer, die in den Burgflecken sechs Pfund Sterling Miethe zahlten, eine bedenkliche Wendung für die Regierung herbeiführen zu sollen. Indessen verlief die Sache im Sande und hat heute nach den ausgedehnten Wahlreformen Disraeli's und Gladstone's, welche thatsächlich dem conservativen England die Krankheit des allgemeinen Stimmrechts eingeimpft haben, nur geringe Bedeutung für die Geschichte. Wir übergehen daher diese parlamentarischen Scharmützel mit Stillschweigen und bemerken nur, dass nach Auflösung des Parla-

mentes die Neuwahlen in der ersten Hälfte des Juli allenthalben beendet waren. Das Resultat hatte den sanguinischen Hoffnungen der Conservativen keineswegs entsprochen. Dieselben hatten fünfzehn Sitze verloren und befanden sich vorläufig nicht in der Lage, eine lebensfähige Regierung zu bilden. Auch die Whigs hatten keine Ursache, mit den Neuwahlen zufrieden zu sein, welche nur die von Bright und Cobden geleitete radicale Partei in bedenklicher Weise verstärkt hatten.

Die Königin Victoria, welche seit dem Tode ihres Gemahles zum grossen Missfallen der Londoner Krämer eine strenge Zurückgezogenheit beobachtet und dem Prinzen und der Prinzessin von Wales die Repräsentation ausschliesslich überlassen hatte, entschloss sich, wenn auch nicht wie früher in St. James, aber in Buckingham Palast einen kleinen Kreis Auserwählter zu empfangen. Die zu Prinz Albert's Lebzeiten so trefflich geschulten Hofbeamten fanden sich nur schwer in diese Neuerung. Als das *Corps diplomatique* zum ersten Male empfangen werden sollte, wurde auf den Einladungskarten ein Ausdruck gebraucht, der allgemeine Heiterkeit erregte. Das diplomatische Corps „*male and female*“ wurde nach Hof entboten. Die ungewöhnliche Fassung fiel um so mehr auf, als die Bezeichnung „*mâle et femelle*“ in französischer Sprache nur für Thiere üblich ist. Zu einem anderen Empfange wurden nur die Botschafter und Familien-Gesandten geladen. Zu den letzteren war der sächsische Gesandte seit zwölf Jahren immer gezählt worden. Dieses Mal erhielt ich keine Einladungskarte. Ich schrieb an Sir Charles Phipps, den alten Vertrauten des Prinzen Albert, damals die Privatgeschäfte der Königin führend, nicht um mich zu beschweren, sondern einfach um ihm die Ursache meines Nicht-Erscheinens mitzutheilen. In Folge davon erhielt ich nachstehendes Billet, in welchem mir Sir Charles mittheilte, er sei von der Königin beauftragt, mir zu sagen, sie sei immer stolz darauf, eine Herzogin zu Sachsen zu sein und hoffe bald Gelegenheit zu haben, mich zu sehen.

Sir Charles Phipps an den Verfasser.

Windsor Castle, June 20th 1865.

My dear Count Vitzthum,

The Queen is very much annoyed at the oversight which has taken place, by which you did not receive an invitation to be present at Her Majesty's last reception. It was entirely a mistake. The Queen had directed besides the Ambassadors the Family Ministers to be asked, and certainly had not the intention that the Saxon Minister should be omitted, for both on Her own account, and for all that is most dear to Her the Queen is very proud of being a Duchess of Saxony.

I have the Queen's own commands to say all this to you, and to add that Her Majesty hopes shortly to have the pleasure of seeing you.

I do not know, as yet, how the oversight occurred, but I shall make immediate enquiry.

Always sincerely Yours
C. Phipps.

Ich antwortete:

Der Verfasser an Sir Charles Phipps.

3. Hobart Place, June 21st 1865.

My dear Sir Charles,

Many thanks for your kind note of yesterday.

If I may ask a favour, it is, to let by-gones be by-gones. Pray do not trouble you with an enquiry about an oversight, which is so easily explained by the mere fact, that the Queen's Court has taken place a very few hours after Her Majesty's return from Scotland. I should be very sorry, if anybody should suffer on my account.

I need not say, how touched I am by the Queen's graceful message. I am tempted to bless an oversight which will give me shortly, as you say, an opportunity of thanking Her Majesty from the bottom of my heart for remembering so graciously the evergreen leaves of the ancient „Rautenkränzlein“ which encircles Her Royal brow.

Believe me, my dear Sir Charles,

Yours very truly
Vitzthum.

Wenige Tage darauf erhielt ich eine Einladung nach Windsor, wo im engsten Familienkreise die Taufe des am 5. Juni geborenen zweiten Sohnes des Thronerben gefeiert wurde. Die Königin war sehr liebenswürdig. Ich habe sie damals zum ersten Male seit des Prinzen Tode gesprochen.

Kein menschliches Auge vermochte den Schleier zu durchdringèn, der die Zukunft verhüllte. Soviel wird jedoch aus den vorstehenden Bruchstücken meiner Correspondenz klar geworden sein, dass sich die unversöhnbaren Gegensätze zwischen Preussen und Oesterreich täglich verschärften, während die übrigen Bundesstaaten sich auf das Bundesrecht steiften und gegen das Vorgehen der beiden hadernden Grossmächte im Stillen protestirten. Wir standen mitten in einem weltgeschichtlichen Drama. Hatte der erste Act mit dem Wiener Frieden von 1864 geschlossen, so bezeichnet die Convention von Gastein das Ende des zweiten Actes, die Schlacht von Sadowa den Schluss des dritten, der Compromiss über die Luxemburger Frage und der Versuch, das französische Kaiserthum durch parlamentarische Institutionen zu retten, den des vierten, während der Vorhang nach dem fünften Act erst fiel, als der König von Preussen, in Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen, den Friedensvertrag ratificirt hatte, welcher dem besiegten Frankreich in Frankfurt dictirt worden war.

Viertes Kapitel.

Wien, München, Dresden.

August und September 1865.

Urlaubsgesuch telegraphisch bewilligt. — Der Verfasser begleitet den Minister von Beust nach Wien. — Unterredung mit Graf Mensdorff. — Diner in Weidlingau. — Memorandum über die schwebende Tagesfrage. — Graf Moritz Esterhazy, Minister ohne Portefeuille. — Beust's Audienz. — Der Verfasser beauftragt, nach Tegernsee und München vorauszugehen, um dem Könige von Sachsen Vortrag zu erstatten und Pfordten das Memorandum mitzutheilen. — Einverständniss des Königs. — Pfordten beruft den Ministerrath und macht Versprechungen, die nicht gehalten werden sollten. — Memorandum vom 6. August 1865 nebst Pfordten's Randglossen. — Beust's Billet aus Salzburg vom 12. August 1865. — Rückkehr nach Dresden über Stuttgart, Darmstadt, Frankfurt und Gotha. — Unterzeichnung der Gasteiner Convention am 14. August. — Kritik derselben. — La Marmora's Darlegung. — Enthüllung des Denkmals, welches dem Prinzen Albert in Coburg errichtet worden. — Beabsichtigte Mission unterbleibt. — Ein nicht gehaltener Trinkspruch.

Mitte Juli war das politische Leben in London erloschen und gegen Ende desselben Monates bat ich um Urlaub. Derselbe wurde mir auf telegraphischem Wege gewährt. Das Telegramm meines Chefs vom 29. Juli lautete:

„Ich reise nächsten Sonnabend ab. Sie können sich sofort hierher begeben.“

Da die Regierungen in der Regel dic elektrischen Drähte nicht in Bewegung setzen, um Urlaubsgesuche zu beantworten, so war es unschwer zu errathen, dass mein Chef mich vor seiner Abreise zu sehen wünsche. Ich schloss daher mein Haus sobald als thunlich, nahm von Lord Russell in Pembroke Lodge Abschied und eilte auf directem Wege nach Dresden. Am 3. August

dort eingetroffen, erfuhr ich im Ministerium, es sei eben wieder ein Telegramm nach London gegangen, um zu fragen, wann ich käme. Der Minister reise morgen und habe verboten, ihn zu stören. Ich traf ihn in seiner Privatwohnung. Er empfing mich sofort und ersuchte mich, ihn zu begleiten. Er gehe nach Gastein, aber auf Wunsch des in Tegernsee weilenden Königs über Wien. Mein Bündel war schnell geschnürt und am 4. Abends dampften wir nach der Kaiserstadt. Unterwegs setzte mir Beust die Sachlage auseinander, die sich sehr ernst gestaltet hatte. Die Rivalität der deutschen Grossmächte hatte sich verschärft und die Möglichkeit des Bruches war trotz der Friedensliebe Oesterreichs nahe herangetreten. Der König Johann hatte in Bayern von Versuchen gehört, die Herr von Bismarck mache, um das k. k. Cabinet zu einem Separat-Abkommen zu bestimmen. Seine Majestät hatte daher Beust befohlen, den Weg über Wien zu nehmen, um dort wo möglich den Kaiser zu sehen. Der sächsische Gesandte am österreichischen Hofe war gerade in Ischl auf Urlaub und so wurde ich ausersehen, dessen Stelle zu vertreten. In früher Morgenstunde am 5. August in Wien eingetroffen, fuhr ich sofort nach der Staatskanzlei, um den Grafen Mensdorff, den ich seit Jahren kannte, von Beust's Ankunft zu unterrichten und ihn um die Stunde zu bitten, die dem General für eine Unterredung mit meinem Chef genehm sein würde. Mensdorff war in Uniform, im Begriffe zu seinem Kaiser zu gehen, konnte daher nur die Stunde bestimmen und mir sagen, er erwarte uns nach der Unterredung Abends zum Diner auf seinem Landsitze in Weidlingau. Der Hauptzweck der Unterredung war, Mensdorff zu ersuchen, Beust eine Audienz bei Seiner K. K. Apostolischen Majestät zu erwirken.

Bevor er sich nach der Staatskanzlei begab, ersuchte mich Beust, dasjenige, was wir in der Nacht besprochen, aufzuzeichnen. Ich that dies *currente calamo* unter dem Eindrucke, es handele sich um ein blosses *aide-mémoire* für den Minister. Nach seiner Rückkehr las er die Aufzeichnung und bat mich, ohne ein Wort

daran zu ändern, dieselbe sofort auf der Gesandtschafts-Kanzlei abschreiben zu lassen. Es habe Eile, fügte er hinzu, da er die Pièce mit nach Weidlingau nehmen und Mensdorff ersuchen wolle, dieselbe dem Kaiser zu unterbreiten.

Das improvisirte Diner, an welchem wir theilnahmen, brachte uns mit allen bei der Tagesfrage betheiligten österreichischen Diplomaten in Berührung. Die Frau vom Hause war die einzige Dame. Die k. k. Gesandten an dem preussischen, dem bayerischen, dem sächsischen Hofe, Graf Karolyi, Graf Blome und Baron Werner, waren zugegen. Auch Graf Moritz Esterhazy fehlte nicht, der jetzt, wie unter Graf Rechberg, als Minister ohne Portefeuille die auswärtige Politik Oesterreichs in Wahrheit leitete. Graf Esterhazy, „der heimliche Moritz“ genannt, stand damals in seinem achtundfünfzigsten Lebensjahre. Den massgebenden Einfluss, den er ausübte, verdankte er dem Staatskanzler Fürsten Metternich, als dessen Schüler er betrachtet wurde. Man hatte jedoch vergessen, dass der Fürst sich häufig über die Saumseligkeit Esterhazy's zu beschweren gehabt hatte und ihn von Rom abrufen wollte, weil er monatelang ohne Ursache seine Berichterstattung aussetzte und gar nichts von sich hören liess.

Als ich Jahre nach der Katastrophe von Sadowa Mensdorff an die verhängnissvolle Rolle erinnerte, die Moritz Esterhazy in jener Zeit gespielt, erwiederte er: „Niemand hat das schwerer empfunden als ich. Aber was wollen Sie, ich verstand von der Politik gar nichts, hatte es auch dem Kaiser wiederholt gesagt. Ich war jedoch General der Cavallerie, mein Kriegsherr hatte mir befohlen, den Ministerposten zu übernehmen und so musste ich es denn mir wohl oder übel gefallen lassen, dass mir ein geschulter Diplomat zur Seite gestellt wurde, der den Muth nicht hatte, die volle Verantwortlichkeit selbst zu übernehmen.“

Dass sich in unseren Tagen grosse Reiche nicht mehr auf diese Weise regieren lassen, hat die Folge deutlich genug be-

wiesen. Die Frage, ob Graf Moritz damals in vollem Besitze seiner geistigen Fähigkeiten gewesen, ist später aufgeworfen worden, als sich seine nervöse Aufregung bis zur Tobsucht steigerte und der Unheilbare unter die Aufsicht eines Irrenarztes gestellt werden musste.

Bei Tisch war von Schleswig-Holstein wenig die Rede. Ich erinnere mich, dass man von einem eben in der „*Revue des deux Mondes*“ erschienenen Artikel einer damals oft genannten Dame sprach und dass mich die Wichtigkeit, welche Esterhazy dieser oberflächlichen Causerie beilegte, einigermassen erstaunte.

Im Laufe des Abends hatte ich eine vertrauliche Unterredung mit dem Hausherrn, welchem ich die Rathschläge dringend ans Herz legte, die Beust ihm entwickelt hatte. Ich that dies nicht vom sächsischen, sondern vom europäischen Standpunkte aus, und da Mensdorff wusste, dass ich Oesterreichs Sache seinem Vetter, dem verstorbenen Prinzen Albert gegenüber bei jeder Gelegenheit warm vertreten hatte, schienen meine Worte einigen Eindruck zu machen. Ich sagte ihm u. A.: „Wenn Ihr jetzt in die Falle geht und Euch verführen lasst, den deutschen Bund ganz zu opfern, so wird Oesterreich vielleicht auf kurze Frist den Frieden erkaufen, aber dann um so sicherer den Krieg heraufbeschwören und vielleicht in Folge davon seine Stellung in Deutschland ganz verlieren.“

Mensdorff, der immer etwas Pessimist war, schien von der Wahrheit dieser Sätze durchdrungen und für seine Person ganz geneigt, unserem Rathe zu folgen, die k. k. Truppen aus Holstein herauszuziehen und sich fest auf den Bundesstandpunkt zu stellen. Es war dies die Orientirung, welche Richard Metternich schon vor Monaten empfohlen, als er, wie er mir anvertraute, überstimmt ward. Auch Mensdorff sollte überstimmt werden. An Intelligenz und Charakter seinem Doppelgänger hoch überlegen, würde der durchaus edle und vornehme General unschwer durchgedrungen sein, hätte er nur eine kleine Dosis Selbstvertrauen mehr besessen.

Als Kaiser Franz Joseph den Minister von Beust am darauffolgenden Tage empfing, lag, wie dieser mir gleich darauf mittheilte, unsere Denkschrift auf dem Schreibtische Seiner Majestät. Allerhöchstderselbe hörte mit Aufmerksamkeit die Ausführung der Gründe an, welche zu Gunsten der empfohlenen Politik entwickelt wurden. Eine bestimmte Rückäusserung war selbstverständlich nicht zu erwarten und scheinen sich die Auslassungen Seiner Majestät in vorsichtig allgemeinen Ausdrücken bewegt zu haben. Die Denkschrift brachte Beust aus der Audienz zurück und beauftragte mich, dieselbe mit nach Tegernsee zu nehmen, wo sich der König damals befand, mündlich über das in Wien Geschehene Vortrag zu erstatten und dann in München auch dem bayerischen Ministerpräsidenten von der Pfordten die Pièce lesen zu lassen. Da ein schriftliches Abkommen zwischen Oesterreich und Preussen noch nicht vorlag, wie wir constatirt hatten, so wollte Beust selbst noch einige Tage in Wien den Erfolg seines Schrittes abwarten und gab mir Rendez-vous in München.

Am 8. August überraschte ich die sächsischen Majestäten in Tegernsee, wo sie im Palais des Prinzen Karl von Bayern verweilten. Nach der Tafel fuhr ich mit den Herrschaften nach München zurück, von wo aus diese sich nach Possenhofen begaben. Unterwegs erstattete ich dem Könige zeugenfrei Vortrag und las ihm die Denkschrift vor, mit deren Inhalt er sich einverstanden erklärte.

In München suchte ich zunächst Pfordten auf, dessen Bekanntschaft ich eigentlich damals erst machte, da ich ihn nur einmal flüchtig im Jahre 1855 in Paris im Salon der Gräfin Walewska gesehen hatte. Ich gestehe, dass ich ein gewisses Vorurtheil gegen diesen früheren sächsischen Staatsminister nicht überwinden konnte. Hatte doch dieser jetzige Vertreter der bayerischen Reaction im Jahre 1848 wider seine bessere Ueberzeugung aus blosser Feigheit einer von den damaligen Demagogen mit rothen Fahnen in Scene gesetzten Todtenfeier Robert Blum's als Staatsminister beigewohnt. Seine Stellung als baye-

rischer Ministerpräsident schien ihm gewaltig zu imponiren. Der ehemalige Leipziger Professor war kein Weltmann, sprach weder französisch noch englisch, hatte von europäischen Verhältnissen nur sehr dunkele, aber von der Bedeutung der Grossmacht Bayern sehr übertriebene Vorstellungen. Er schimpfte gewaltig auf Preussen, beschwerte sich aber fast noch mehr über Oesterreich und über das hochfahrende Wesen, wie er es nannte, des k. k. Gesandten Grafen Blome. Was dieser ihm gethan, erinnere ich mich nicht, nur weiss ich, dass die kleinstädtischen Klatschereien, mit denen mich Pfordten nicht verschonte, mir den Eindruck nur verschärfen mussten, dass dieser Minister weder ein Weltmann noch ein Staatsmann war. In der Sache selbst betheuerte er mir sein volles Einverständniss mit unserer Auffassung, studirte die Aufzeichnung und stellte sie mir dann mit einigen Randglossen versehen zurück. Im Laufe unseres Gespräches hatte ich daran erinnert, dass Bayern gut reden habe, da es, fern vom ersten Schuss, volle Zeit haben werde, sich zu rüsten, falls der unvermeidlich scheinende Krieg ausbreche. Wir in Sachsen seien jedoch weit schlimmer daran als im Jahre 1756, da unsere offenen Grenzen der preussischen Armee gestatten würden, das ganze Land sofort zu besetzen.

„Sie irren sich," rief der bayerische Staatsminister, „die Zeiten von 1756 können nicht wiederkehren. Der deutsche Bund besteht zu Recht. Sobald der erste preussische Soldat die sächsische Grenze überschreitet, werden 100,000 Bayern von der anderen Seite einrücken und Ihnen helfen, sich des Friedensbrechers zu erwehren. Sie werden jedoch vorziehen, anstatt meiner persönlichen Meinung die Ansicht der k. bayerischen Regierung zu vernehmen. Ich werde sofort meine Collegen berufen und, wenn Sie in einigen Stunden wieder hier vorkommen wollen, Ihnen das Ergebniss dieses Ministerrathes mittheilen."

Als ich mich wieder bei Pfordten einfand, bestätigte er mir

im Namen der bayerischen Regierung das Versprechen, welches er mir schon gegeben.

Was dieses Versprechen zu bedeuten hatte, sollten wir im darauf folgenden Jahre erfahren. Am Entscheidungstage fehlten die Bayern auf dem Schlachtfelde. Anstatt 100,000 Mann, die in Sachsen einrücken sollten, kamen mit Ach und Krach kaum 30,000 bis 40,000 auf die Beine und diesen erging es, wie es nach des Prinzen Albert Schilderung dem bayerischen Bundes-Contingente im Jahre 1859 ergangen war: den Kanonen fehlten die Lafetten, der Cavallerie die Pferde und der Infanterie die Monturen. Wie tapfer sich die Bayern schlagen können, wenn sie gut geführt werden, hat der Feldzug von 1870—1871 bewiesen. Dass sie 1866 weder politisch noch militärisch ihrer Aufgabe gewachsen waren, ist aus der Geschichte jenes Jahres weltkundig.

Wir geben nun den vollen Text der mehrgedachten Aufzeichnung und fügen in den Anmerkungen Pfordten's Randglossen an den betreffenden Stellen hinzu:

„Die gegenwärtige Sachlage wird beherrscht von der Vorfrage: ob Oesterreich in seinen zu Gastein angeknüpften Verhandlungen zu einer directen Verständigung mit Preussen gelangt ist, oder zu gelangen bestimmte Aussicht hat?

Ist die Frage zu bejahen, so entfällt für die Mittelstaaten vorläufig jede Nothwendigkeit sich auszusprechen. Sie würden abzuwarten haben, welche Eröffnungen über das getroffene oder zu treffende Arrangement an sie gelangen und sich etwaige Auslassungen darüber in Frankfurt vorbehalten.

Ist jedoch eine Verständigung noch nicht erfolgt und in den nächsten Tagen nicht zu gewärtigen, sind mit Einem Worte die angeknüpften Verhandlungen des k. k. Cabinets mit Preussen als gescheitert oder als aussichtslos zu be-

trachten, so würde sich die Frage: Was nun? in folgender Weise beantworten lassen.

Es könnte sich hiernach:

1. die Frage aufwerfen lassen, ob durch Fortsetzung der directen Verhandlungen mit Preussen — selbst in dem Falle, dass sich die principielle Unversöhnlichkeit der beiderseitigen Standpunkte bis zur Evidenz herausgestellt hätte — eine Verständigung über das Provisorium, über die Einrichtung des Condominiums nicht anzustreben wäre? [1])

Ohne dem k. k. Cabinet irgend einen Rath in dieser Richtung aufdringen zu wollen, kann man sich doch die Gefahren nicht bergen, welche eine auf das *interim fit aliquid* basirte Politik für Deutschland im vorliegenden Falle nach sich ziehen würde.

Man würde offenbar die Karten des Herrn von Bismarck spielen, wenn man ihm den Gefallen thäte, ihn in die Lage zu setzen, einen günstigeren Augenblick für die Inscenesetzung des Bruches mit Oesterreich abzuwarten, als der jetzige es offenbar für Preussen ist.

Die jetzige europäische Constellation ist eine solche, dass die öffentliche Meinung Englands und Frankreichs sich entschieden gegen den Friedensstörer erklären würde. Mit Erstaunen hat man in London, nicht ganz ohne Schadenfreude vielleicht in Paris, die Geduld und Langmuth Oesterreichs den preussischen Zumuthungen gegenüber wahrgenommen. Rissen die straff gespannten Fäden dieser Geduld, so würde man darüber in Europa weniger Ueberraschung empfinden, als darüber, dass dieselben so lange gehalten haben. Ein starkes, von der öffentlichen Meinung Deutschlands getragenes Oesterreich, wenn es für das gute Recht, für den Frieden, für die Vertheidigung der Verträge, trotz

[1]) Randglosse des Ministers von der Pfordten: Nein! Entweder Verständigung definitiver Natur oder keine.

aller Schwierigkeiten der inneren Lage, in die Schranken tritt, hat unbedingt darauf zu rechnen, die öffentliche Meinung der Welt für sich zu haben. *Audaces fortuna juvat.* Nur ein muthiges Oesterreich hat auf Freunde zu rechnen.

Wie die europäische, so ist auch die deutsche Constellation in diesem Augenblicke so günstig, dass eine günstigere kaum zu erwarten.

Die Exasperation der Herzogthümer gegen die preussischen Proceduren hat ihren Höhepunkt erreicht; jedes Einschreiten Oesterreichs würde mit Jubel als ein Act der Befreiung von dem preussischen Joche — schon weit verhasster als das dänische — in den Elbherzogthümern begrüsst werden.

Ebenso ist die „budgetlose“ Regierung des Herrn von Bismarck gerade jetzt nicht bloss in Berlin und Köln, sondern überall, wo sich in Deutschland patriotische Gesinnung und Gefühl für Recht und Gerechtigkeit erhalten haben, verhasst, wie noch niemals. Die Blicke der deutschen Nation sind auf Oesterreich gerichtet.

Wird diese Stimmung durch eine temporisirende Politik abgekühlt, so dürfte sich ein gleich einmüthiger Enthusiasmus für die nationale Sache nicht so leicht in der Stunde der Entscheidung wieder anfachen lassen. *Bis dat, qui cito dat.* Will Oesterreich Deutschland von den Folgen der Bismarck'schen Annexions-Politik befreien, so thue es heute, was heute mit Jubel, morgen vielleicht mit Gleichgültigkeit, wenn nicht mit Misstrauen, begrüsst werden würde. Nur keine halben Massregeln!

Schlügen diese Erwägungen durch und fände sich das k. k. Cabinet veranlasst, aus den angeführten Gründen von der Fortsetzung directer Verhandlungen mit Preussen abzustehen, so könnte

2. die Frage hervortreten, ob eine directe diplomatische

Verhandlung mit den Mittel- und Kleinstaaten zu empfehlen wäre? [1])

Auch diese Frage ist unmassgeblich zu verneinen. Die Situation ist zu ernst, als dass eine Verhüllung der Wahrheit angezeigt erschiene. Keine mittelstaatliche Regierung ist in der Lage, die Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, über Krieg und Frieden allein zu entscheiden. Diplomatische Correspondenzen würden daher bei dem grössten Theile voraussichtlich nur nichtssagende, matte, auf Schrauben gestellte, von Furcht und Misstrauen dictirte Antworten provociren, welche „die Dunkelheit nur noch dunkler machen würden“ — wie man in England sagt, — die Situation nicht klären, jedes Handeln lähmen und die Verwirrung steigern.

Also: keine Separatverhandlungen, weder mit Preussen, noch mit den Mittelstaaten. Was dann?

3. Was kann Oesterreich thun, um entweder mit Ehren seine Truppen aus den Herzogthümern zu ziehen und diese und Deutschland ihrem Schicksale zu überlassen, oder aber die deutschen Regierungen moralisch zu zwingen, Farbe zu bekennen und alle ihre Kräfte an Geld und Truppen Oesterreich und der von Oesterreich, wenn nöthig, mit den Waffen in der Hand zu vertretenden nationalen Sache opferfreudig zur Verfügung zu stellen?

Die Antwort liegt auf der Hand. Oesterreich trete offen an dem Bundestage mit einer Erklärung hervor, ungefähr des Inhaltes:

„Das k. k. Cabinet ist von Anfang an den in den Elbherzogthümern eingetretenen Verwickelungen mit Aufmerksamkeit gefolgt; es ist genöthigt gewesen, zu den Waffen zu greifen, es hat einen Krieg geführt, diesen Krieg in Ge-

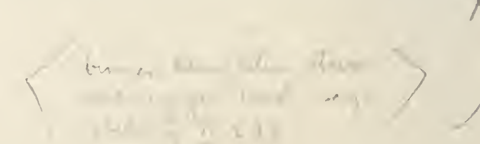
---

[1]) Randglosse des bayerischen Staatsministers von der Pfordten: „Nein! Aber Verständigung mit den zuverlässigen!“

meinschaft mit dem Könige von Preussen siegreich beendet durch einen Frieden, der Oesterreich vorläufig den Mitbesitz der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein übertragen hat. Oesterreich hat Alles dies gethan nicht für sich, nicht für specifisch österreichische Interessen, sondern als deutsche Bundesmacht, um das gute Recht des deutschen Bundes und der deutschen Nation fremden Uebergriffen gegenüber zu wahren und um die Oesterreich von Gottes- und Rechtswegen in Deutschland zukommende Stellung zu behaupten, sowie die Pflichten zu erfüllen, welche diese Stellung ihm auferlegt. Oesterreich hat in diesem Sinne den ihm durch den Wiener Frieden übertragenen Mitbesitz ausgeübt, es ist bestrebt gewesen, die Herzogthümer in ihrer verfassungsmässigen Unabhängigkeit zu constituiren, die Einsetzung des von Oesterreich und Preussen sowie von dem Bundesbevollmächtigten auf der Londoner Conferenz, und nachträglich auch vom Bunde selbst, als Bestberechtigten anerkannten Landesherrn, des Herzogs Friedrich von Augustenburg, in Uebereinstimmung mit den offen ausgesprochenen Wünschen der Bevölkerungen zu erwirken, zugleich auch diejenigen Zugeständnisse zu vermitteln, welche Preussen nach Massgabe der geographischen Lage mit Uebereinstimmung des Bundesrechtes von dem einzusetzenden Souverän Schleswig-Holsteins zu verlangen in der Lage ist.“

„Das Festhalten an diesem Programm hat bei Ausübung des Condominiums zu Verwickelungen geführt, welche die Fortsetzung desselben erschweren, wenn nicht unmöglich machen, ja den inneren Frieden Deutschlands bedrohen könnten.“

„In dieser Lage ist die k. k. Präsidial-Regierung nicht länger gewillt, die Verantwortung, welche aus dem Festhalten an ihrem bisherigen Programm erwachsen könnte, allein zu übernehmen; dieselbe wendet sich daher hiermit an den Bund mit der Aufforderung, durch Bundesbeschluss



zu erklären, ob der Bund Willens ist, das eben gedachte Programm zu dem seinigen zu machen und dafür einzustehen. In diesem Falle ist Oesterreich entschlossen, für dessen Behauptung einzutreten."

„Entgegengesetzten Falles würde die k. k. Regierung zu ihrem Bedauern genöthigt sein zu erklären, dass sie ihre Aufgabe in den Herzogthümern für beendet ansehen, ihre Truppen zurückziehen und die Verantwortlichkeit für alle weiteren Folgen dem deutschen Bunde und den deutschen Regierungen allein überlassen müsse" [1]).

Auf diesem Wege allein ist zu erreichen, dass Oesterreich entweder den Frieden mit Ehren erhalten oder den Krieg mit Aussicht auf Erfolg beginnen könnte. Verneint die Majorität der deutschen Regierungen die gestellte Frage, so opfert Oesterreich sein Ansehen weder im eigenen Lande noch in Deutschland. Es ist aber mit voller Sicherheit anzunehmen, dass die Majorität der deutschen Regierungen die Frage nicht verneinen kann und nicht verneinen wird und dass der einstimmige Ausspruch der öffentlichen Meinung in Deutschland für die österreichische Interpellation dem Bundesbeschlusse vorausgehen wird. Es wird daher der letztere mehr als ein gewöhnlicher Bundesbeschluss, er wird der Ausspruch der deutschen Nation sein. Eben desshalb werden unter diesen Umständen die deutschen Regierungen verlässig sein.

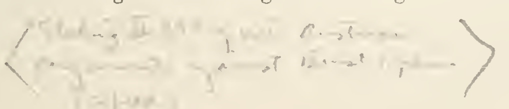
Hätte sich Herr von Bismarck in der Lage erhalten, einem solchen Beschlusse gegenüber zuwartend und gleichgültig bleiben zu können, so wäre es denkbar, dass hieraus

---

[1]) Randglossen des bayerischen Staatsministers von der Pfordten: „Antrag:

1. Anerkennung des Herzogs Friedrich mit voller Souveränität.
2. Zulassung seines Gesandten [am Bundestage in Frankfurt].
3. Aufforderung an Preussen, Holstein an ihn herauszugeben.

NB. Lauenburg und Schleswig blieben im gemeinschaftlichen Besitze."



eine Verlegenheit entstände. Dies ist aber, Dank seinem Vorgehen, nicht möglich. Jetzt muss er sich entweder auf das aufgestellte Programm einlassen oder zu Gewaltacten übergehen. Unternimmt er letzteres gegen die so unzweideutig ausgesprochene, in Uebereinstimmung mit den Herzogthümern erfolgte Kundgebung der deutschen Regierungen, beziehentlich der deutschen Nation, so würde er in Preussen selbst auf ungeahnte Schwierigkeiten stossen und schlimmsten Falles einen Krieg hervorrufen, der nicht ein österreichisch-preussischer, nicht ein Bundeskrieg, sondern ein Nationalkrieg sein würde.

Wie England und Frankreich sich dazu stellen würden, bedarf nach Obigem keiner weiteren Ausführung."

Wien, den 6. August 1865.

Beust traf am 9. August Abends in München ein. Er hatte nichts Bestimmtes zu erfahren vermocht, aber bemerkt, dass Graf Blome von Wien gleichzeitig mit ihm abgereist und nach Salzburg weitergefahren sei. Wir warteten noch einige Tage in München vergebens auf Nachrichten. Wenige Stunden nach Beust's Abreise erhielt ich die folgenden Zeilen:

Salzburg, 12. August 1865.

Ich hätte, da Sie einmal über Frankfurt gehen, zu wünschen, dass Sie Bose aufsuchen und ihn informiren möchten. Er kann die Aufzeichnung lesen, dieselbe ist aber, wie überall, von Ihnen nicht aus der Hand zu geben.

Wiener Nachrichten lassen baldigen, matten Abschluss über Provisorium erwarten. Ich gehe eben nach Gastein.

Herzlichen Gruss

Beust.

Beust hatte mich nämlich beauftragt, über Stuttgart und Darmstadt nach Dresden zurückzukehren und dem württembergischen Minister des Auswärtigen, wie Herrn von Dalwigk

in Darmstadt, von unserer Wiener Verhandlung vertraulich Kenntniss zu geben. Nachträglich ermächtigte er mich nun, unseren Bundestags-Gesandten Herrn von Bose gleichfalls *au fait* zu setzen. Ich vollzog den Auftrag und kehrte über Stuttgart, Darmstadt und Gotha am 16. August nach Dresden zurück.

Während dieser Courierreise durch das südwestliche Deutschland waren die Würfel in Gastein gefallen. Unser letzter Versuch, Oesterreich vor dem Abgrunde zu warnen, an dessen Rande es stand, war gescheitert. Der Köder eines chimärischen Aequivalents hatte Esterhazy verleitet, sich unter das caudinische Joch zu begeben, welches Bismarck in Gastein aufgestellt hatte. Am 14. August 1865 unterzeichnete er mit dem Grafen Blome die nur allzu berüchtigte Convention von Gastein [1]. Die Tinte der Namensunterschrift des österreichischen Bevollmächtigten war noch nicht trocken, als der preussische Minister-Präsident mit gewohnter Aufrichtigkeit dem Grafen Blome zurief:

„Nun, das hätte ich auch nicht geglaubt, dass ich einen österreichischen Diplomaten finden würde, der mir das unterzeichnete.“

So erzählte Blome kurze Zeit darauf in Paris.

Wenn ich nach den mir vorliegenden Briefen und Notizen diese Episode ausführlich dargelegt habe, so geschah dies nicht sowohl, um die irrthümlichen Aufzeichnungen des sächsischen Staatsministers Richard Freiherrn von Friesen richtig zu stellen und diejenigen zu ergänzen, welche Beust selbst in hohem Alter darüber zurückgelassen, sondern weil das Actenstück, welches zufällig meiner Feder entflossen, das hellste Licht auf die Lage der Dinge wirft, aus welcher der Vertrag von Gastein und die Katastrophe von Sadowa hervorgewachsen sind.

Würde der Krieg von 1866 vermieden, beschleunigt oder verzögert worden sein, wenn man in der elften Stunde in Wien unsern wohlgemeinten Rath befolgt hätte? Würde Oesterreich seine Stellung in Deutschland gewahrt und den unvermeidlichen

---

[1]) Siehe Anhang Nr. X.

Kampf unter günstigeren Auspicien begonnen haben als im darauffolgenden Jahre? Diese Fragen gehören in das Bereich der retrospectiven Conjectural-Politik, welche für den Staatsmann wie für den Historiker nur dann einiges Interesse hat, wenn sich dadurch der Causalnexus wirklich eingetretener Phänomene geschichtlich erklären lässt. Der Realpolitiker wird sich dabei jedoch immer der Worte Bürger's zu erinnern haben:

. . . . Vortrefflicher Haber!
Ihr füttert die Pferde mit Wenn und mit Aber.
Der Mann, der das Wenn und das Aber erdacht,
Hat sicher aus Häckerling Gold schon gemacht.

Thatsache jedoch ist, dass Preussen im August 1865 noch nicht gerüstet, sich weder der Neutralität Frankreichs noch der Allianz Italiens versichert hatte und kaum in der Lage war, den Handschuh aufzuheben, den Oesterreich ihm damals hinwerfen konnte. Darüber lässt La Marmora's Commentar zu der von ihm veröffentlichten Depesche Nigra's vom 13. August 1865 keinen Zweifel. Der italienische Minister-Präsident schreibt:[1])

„Dieser letzten Erklärung des französischen Ministers musste ich um so mehr Rechnung tragen, als wenige Tage darauf zwischen Preussen und Oesterreich die Convention von Gastein geschlossen wurde.

Dies traf gerade ein, als ich mich für einige Tage nach Piemont begab, um mit Sr. Majestät über unsere auswärtige Politik zu conferiren, und es wird meinen Plan nicht überschreiten, wenn ich erwähne, dass ich bei meiner Rückkehr in Florenz meinen Generalsecretär an der Station traf; dieser erzählte mir, dass er während meiner kurzen Abwesenheit verschiedene Conferenzen mit dem preussischen Gesandten gehabt, welcher ihm versichert habe, von Berlin seien die besten Nachrichten eingetroffen; die Einigung mit

[1]) La Marmora, Etwas mehr Licht. Mainz 1873. S. 45 und 46.

Oesterreich sei unmöglich, ja der Bruch stehe nahe bevor und der Krieg könne nicht ausbleiben, wenn Italien seine Allianz zusagte. Dann fügte der gute Mann bei, indem er sich die Hände rieb: ‚Theurer General, die Erwerbung Venetiens ist in Ihre Hand gegeben. Von Ihnen hängt Alles ab, sagte mir Graf Usedom.‘ — ‚Sie irren sich,‘ antwortete ich meinem Generalsecretär, ‚Preussen und Oesterreich stehen auf dem Punkte, sich ins Einvernehmen zu setzen.‘

‚Unmöglich,‘ erwiederte jener freimüthige Beamte. ‚Nach Allem, was mir der preussische Gesandte in diesen Tagen sagte und versicherte, würde es ein Verrath sein etc.‘

Am folgenden Tage erhielt ich die Nachricht, dass Oesterreich und Preussen die Gasteiner Convention geschlossen hatten.

Der preussische Gesandte verliess Florenz und liess sich zwei Monate lang nicht mehr sehen.“

In Coburg sollte am 26. August 1865 in Gegenwart der Königin von England, der Kronprinzessin von Preussen und deren Schwestern das Denkmal enthüllt werden, welches dem verstorbenen Prinzen Albert in seiner Vaterstadt errichtet worden war. In München kam Beust auf den Gedanken, mich dazu hinzusenden. Er sprach dem Könige davon in Possenhofen und Seine Majestät genehmigte den Plan. Ich wusste, dass die Königin Victoria, wenn sie bei ihren Verwandten in Deutschland weilte, nicht gern durch Besuche und Audienzen gestört zu werden liebte, ich bat daher um die Erlaubniss, mich vor allen Dingen über die Sache zu orientiren. Da ich von Frankfurt aus nur über Gotha nach Dresden gelangen konnte, so benutzte ich dort die Zeit zwischen zwei Schnellzügen, um den Minister von Seebach aufzusuchen. Dieser, ein früherer sächsischer Beamter, war mir von Alters her bekannt. Er gab mir die gewünschte Auskunft. Auf die Frage, ob der Herzog Ernst meine Sendung billigen würde, konnte er nicht antworten, da der Herzog in Coburg war. Er telegraphirte mir am 17. August, die

ausserordentliche Mission sei Sr. Hoheit genehm, er bäte jedoch wegen Ihrer Majestät der Königin anzufragen. Sir Charles Murray, der britische Gesandte in Dresden, vermittelte die Anfrage bei Lord Granville, der die Königin begleitete. Die bejahende Antwort liess nicht lange auf sich warten. Ich entwarf daher die erforderlichen königlichen Handschreiben, sandte dieselben nach Possenhofen und in Folge des nachstehenden Telegrammes:

Possenhofen, den 20. August 1865.

Die Ausfertigung ab hier expedirt schriftlich noch Mehreres. Johann.

und eines Privatschreibens Seiner Majestät gelangten die Handschreiben unterzeichnet an mich zurück.

Es erübrigte nunmehr nur noch, mich für den 25. August in Coburg zu melden und ich schrieb desshalb an Lord Granville und an Herrn von Seebach. Kaum waren diese Briefe zur Post befördert, als ich nachstehendes Telegramm erhielt:

Possenhofen, den 23. August 1865.

Sendung nach Coburg unterbleibt. Werde an die Königin meine Gesinnungen mittelst Privatschreibens ausdrücken.

Johann.

Da ich leicht in den Fall hätte kommen können, während des Coburger Festes zu sprechen, so hatte ich nachstehenden Trinkspruch entworfen, welcher, obgleich derselbe nie gesprochen worden, als Ausdruck des dankbaren Andenkens, das ich dem Prinzen Albert bewahrt hatte, hier folgen mag:

„Lasst das Rautenkränzlein fliegen!“ das war das Losungswort unserer Altvordern, wenn sie, die Feldzeichen mit grünen Rautenkränzen geschmückt, sich zur Schlacht ordneten, wenn sie den tapferen Herzogen aus dem Hause

Wettin freudig folgten in Kampf und Tod. ‚Lasst das Rautenkränzlein fliegen!‘ so jubelten sie, wenn, heimgekehrt nach blutiger Arbeit, der Sieg ihre Fahnen gekrönt hatte.

Auch sonst bei festlichen Anlässen war es Brauch, das Rautenkränzlein fliegen zu lassen, mochte eine Herzogin zu Sachsen die immer grünen Blätter der Raute in den Brautkranz winden oder ein Sprosse aus dem Stamme Wittekinds, nicht mehr wie sein Ahnherr gezwungen, durch die heilige Taufe aufgenommen werden in die Gemeinschaft der christlichen Kirche.

Seit jenen Tagen ist das Rautenkränzlein weit und hoch über die Länder der Erde geflogen. Es grünt und blüht die Raute nicht nur, wie vor Jahrhunderten, in den alten Stammsitzen der Wettiner, in Thüringen, Franken und im Meissener Lande; sie blüht und grünt an den Ufern des Tajo, an Camoëns' Geburtsstätte, und die Söhne der ersten Weltumsegler huldigen einem Herzoge zu Sachsen als ihrem Könige. Königlich waltet ein anderer Herzog zu Sachsen an den Gestaden der Nordsee. Brabant und Flandern, die altehrwürdigen Kleinode der burgundischen Erbschaft, sind neu aufgeblüht unter dem Schatten der Raute. Endlich trägt auch eine Herzogin zu Sachsen, von Allen die Mächtigste, die stolzeste Krone der Welt. Schon längst hat die Sonne in Ihren Reichen unterzugehen vergessen; der vierte Theil des Menschengeschlechts gehorcht Ihrem Scepter; Ihr Banner weht an Siegen und an Ehren reich auf allen Meeren des Planeten; des Grossmoguls Thron dient, umgestürzt, zum Schemel Ihrer Füsse und an den Ufern des heiligen Ganges beugen sich die Könige des Morgenlandes als Vasallen vor dem Rautenkränzlein der Königin Victoria.

So ‚lasst denn das Rautenkränzlein fliegen‘ zur Feier des heutigen Tages. Denn diese mächtige Königin ist unter uns getreten, um hier, wo die Wiege Ihres Gemahls

gestanden, zu bezeugen, wie stolz Sie darauf ist, eine Herzogin zu Sachsen zu sein.

Es gilt, das Andenken zu feiern eines Herzogs zu Sachsen, der das Rautenkränzlein zu Ehren gebracht hat wie Wenige. ‚Treu und fest' hat er, Seiner Königin zur Seite, Ihr das Staatsruder zu führen geholfen, ‚treu und fest' und selbstvergessen wie keiner.

‚An ihren Werken sollt ihr sie erkennen', heisst es in der Schrift. Und an seinen Werken ist Prinz Albert erkannt worden.

Dem Prinzen Albert zu Ehren lasst das Rautenkränzlein fliegen!"

Fünftes Kapitel.

Florenz und Rom.

October und November 1865.

Eindruck der Gasteiner Convention. — Urlaubsreise nach Italien. — Ueber Wien, Mailand und Stresa nach Florenz. — La Marmora. — Sein Versuch, sich direct mit Oesterreich über Venetien zu verständigen. — Graf Malaguzzi's Sendung nach Wien. — Befürwortung der Abtretung Venetiens. Der wahre Grund für Esterhazy's Ablehnung des La Marmora'schen Vorschlages. — Tod Lord Palmerston's. — Zur Charakteristik desselben. — Abreise nach Rom. — Erste Eindrücke. — Zur Charakteristik der ewigen Stadt und der weltlichen Priesterherrschaft. — Privatbrief vom 25. October 1865: Unterredung mit dem Cardinal Antonelli; Peterskirche und Transfiguration; Der *modus vivendi* mit Italien; Vegezzi; Wiener Zustände; Der Fehler von Gastein; Castelfidardo; Italien und Frankreich; Gesundheit des Papstes; Usedom's Urtheil über Bismarck. — Privatbrief vom 31. October 1865: Audienz bei Pius IX.; Directe Interpellation über die Anerkennung des Königs von Italien; „*En Italie le fait accompli c'est le vol*“; Urtheil des Papstes über Victor Emanuel und das italienische Parlament; Pius IX. über Lord Palmerston und Lord Russell. — Der Tag der Seelen in der Sixtina. — Heidnische Kirchengebräuche. — Kunstschätze und Antiquitäten. — Rossi. — Gregorovius. — Pompejus-Statue. — Raphael und Leo X. — Die Engelsburg und Villa Madama. — Das diplomatische Corps: Bach, Sartiges, Arnim, Odo Russell. — Ein Diner bei Carolus mit Merode. — Heimkehr. — Schlussbericht in gebundener Rede: Rom im November 1865.

Als Beust aus Gastein nach Dresden zurückkehrte, waren inzwischen die Stipulationen des Gasteiner Vertrages bekannt geworden und wir konnten aus allen Theilen Deutschlands den tiefen, aber für Oesterreich nicht schmeichelhaften Eindruck constatiren, den dieses verhängnissvolle Abkommen hervorgerufen hatte. Das Urtheil des Auslandes war nicht minder hart. In Petersburg wie in Paris hatte das Ansehen des Kaiserstaates in bedenklicher Weise gelitten. Eine fulminante Circular-

Depesche des Herrn Drouyn de Lhuys vom 29. August liess darüber keinen Zweifel und erregte anfangs auch in Berlin nicht geringe Bestürzung. Auch Lord Russell fand sich veranlasst, in einer Circular-Depesche vom 14. September im Namen des Völkerrechts und der bestehenden Verträge gegen die Gasteiner Convention zu protestiren. Alle Welt fühlte, dass der Krieg unvermeidlich und dass es nunmehr einzig und allein von Preussen abhänge, aus den Stipulationen von Gastein den *casus belli* zu schmieden.

Unter diesen Umständen wollte ich die kurze Spanne Zeit, welche dem Frieden noch gesichert schien, benutzen, um einen alten Wunsch, Florenz und Rom zu sehen, zu erfüllen. Mein Chef hatte nichts dagegen, bat mich nur die Augen überall offen zu halten und nicht bloss auf die Kunstschätze Italiens, sondern auch auf die politische Lage der Dinge meine Aufmerksamkeit zu richten.

Ich hatte mich in London mit Apponyi verabredet, ihn im October in Wien zu treffen, um die Reise nach Italien mit ihm zu machen. In Mailand trennte ich mich von ihm, um der Herzogin von Genua in Stresa aufzuwarten und im Fluge die reizenden Ufer des Lago Maggiore, sowie die Borromeischen Inseln zu bewundern. Am 17. October traf ich wieder mit Apponyi in Florenz zusammen und widmete den Kunstschätzen dieser einzigen Stadt nur zu kurz bemessene Tage. Die Politik verlor ich dabei nicht ganz aus den Augen.

Der Minister-Präsident Graf La Marmora und dessen Gemahlin, eine Engländerin von Geburt, waren alte Bekannte. Noch intimer war dieses Ehepaar mit Apponyi befreundet, der nach der Schlacht von Novara als österreichischer Gesandter in Turin beglaubigt gewesen war. La Marmora, ein Piemontese von altem Schrot und Korn, verschmähte schon als Soldat die Ränke und Schliche, die der verstorbene Cavour so einseitig begünstigt hatte. Selbstverständlich konnte von eigentlichen politischen Unterredungen nicht die Rede sein, denn unsere Höfe

hatten das Königreich Italien noch gar nicht anerkannt und weder Apponyi noch ich hatten irgend einen Auftrag an den Minister-Präsidenten. Aber gerade weil wir nur als Touristen in Florenz lebten, machte uns der ehrliche Piemontese kein Hehl aus dem Misstrauen, mit welchem er und sein König die französische wie die preussische Politik beobachteten. Die Aeusserung Victor Emanuel's: „*Si l'Empereur d'Autriche me déteste, c'est qu'il ne me connaît pas*“ hatte eine tiefere Bedeutung. Sohn einer österreichischen Erzherzogin, Gemahl einer anderen, hatte Victor Emanuel im tiefsten Grunde seines Herzens dem Kaiserhause Sympathien bewahrt, von denen er freilich greifbare Beweise zu geben bisher nicht in der Lage gewesen war. La Marmora für seine Person hatte einen grossen Respect vor der Armee Radetzky's und vor dem Festungsviereck. Wenn es nach ihm gegangen wäre, so hätte er Alles daran gesetzt, um sich sowohl mit Oesterreich als mit dem Papste zu verständigen. Als Minister konnte er sich jedoch über die Tendenzen des Landes und der von Garibaldi und Mazzini beeinflussten öffentlichen Meinung keine Illusion machen. Die immer drohende Revolution war nur zu besiegen, wenn es der Regierung gelang, die Einheit Italiens herzustellen und Venetien dem jungen Königreiche einzuverleiben. Die *quarta riscossa*, von welcher Garibaldi fortwährend flunkerte, bedrohte das Haus Savoyen mehr noch als Oesterreich. Gelang es nicht, diese Freischaaren im Zaume zu halten und wurde Victor Emanuel mitfortgerissen, so wusste er, dass Frankreich ihn seinem Schicksale überlassen und höchstens einschreiten werde, wenn das siegreiche Oesterreich die Stipulationen des Züricher Friedens verletzen und die Lombardei zurückerobern wolle. Der preussische Gesandte, der früher den Ausbruch des Krieges von dem Zustandekommen einer Allianz mit Italien abhängig gemacht und unter der Hand gegen Oesterreich gehetzt hatte, war nach der Gasteiner Convention aus Florenz verschwunden. Napoleon III. hatte zwar seine Verwendung für die Anerkennung des König-

reiches Italien in Wien, an den kleineren deutschen Höfen, wie in Madrid in Aussicht gestellt, aber bis jetzt ohne Erfolg. Die den Italienern unleidige September-Convention hatte sonach praktische Erfolge zu Gunsten des jungen Staates nicht gehabt. In dieser Verlegenheit entschloss sich La Marmora zu einem Versuche, sich direct mit Oesterreich zu verständigen. Er selbst hat später in seiner kleinen Schrift: „*Un poco piu di luce*“ die Einzelnheiten darüber dargelegt und das vertrauliche Schreiben vom 9. October 1865 veröffentlicht, welches einen in Modena geborenen Italiener, der in Wien Verbindungen hatte, zu einer geheimen Verhandlung mit dem k. k. Cabinet ermächtigte. Das negative Resultat war noch nicht bekannt, als ich in Florenz eintraf. La Marmora beobachtete selbstverständlich das tiefste Stillschweigen über diese delicate Angelegenheit. Dennoch konnte es nicht fehlen, dass dunkele Gerüchte zu meinen Ohren drangen, die mich veranlassten, Beust zu schreiben, er möge Alles aufbieten, um die Bemühungen des italienischen Agenten, Grafen Malaguzzi, in Wien zu unterstützen. Ich begriff vollkommen, dass der ritterliche Kaiser Franz Joseph eine seiner Provinzen nicht verschachern wolle und dass die Milliarde Lire, welche Victor Emanuel für die Erwerbung Venetiens zu spenden bereit war, die Bedenken nicht heben würde, welche gegen die Cession sprachen. Ich machte daher einfach darauf aufmerksam, dass hier höhere politische Gesichtspunkte betont werden müssten. Der Krieg mit Preussen schien unvermeidlich. Die Gasteiner Convention hatte Herrn von Bismarck mehr denn je zum Herrn der Lage gemacht. Von ihm allein hing es nunmehr ab, den für Preussen günstigsten Augenblick für den Bruch zu wählen. Nun war es klar, dass die *quarta riscossa* einer preussischen Kriegserklärung auf dem Fusse folgen werde. War Oesterreich politisch und militärisch in der Lage, gleichzeitig einen Kampf im Süden mit Italien, im Norden mit Preussen aufzunehmen? Ich glaubte, diese Frage unbedingt verneinen zu müssen. Venetien schien dann in jedem Falle verloren. War

es nicht politisch klüger, eine unhaltbare Position rechtzeitig aufzugeben? War es nicht für Oesterreich wichtiger, seine Stellung in Deutschland zu behaupten, als die tief erschütterte Hegemonie, die es vor dem Feldzuge von 1859 in Italien ausgeübt hatte? War es bei den entschieden sympathischen Gesinnungen La Marmora's und seines Königs für das Kaiserhaus nicht möglich, die freiwillige Cession Venetiens an die *conditio sine qua non* eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Italien zu knüpfen? Lag es nicht im Gebiete der Möglichkeit, Frankreich zum Beitritte zu bewegen und an der Donau Compensationen zu erringen, welche schon bei Beginn des Krimkrieges in Aussicht gestellt worden waren? Würde endlich in einem Schutz- und Trutzbündnisse zwischen den drei katholischen Mächten Oesterreich, Frankreich und Italien nicht die beste Garantie sowohl für den Papst als für den Weltfrieden zu finden sein? Das waren die Gesichtspunkte, die mich im October 1865 veranlassten, für die Aufopferung Venetiens einzutreten. Mehrere Jahre später erst habe ich erfahren, aus welchem Grunde Graf Moritz Esterhazy die von La Marmora angeknüpfte geheime Verhandlung ablehnen zu sollen geglaubt hat. Wie allen Schülern Loyola's lag diesem ungarischen Diplomaten das Interesse des Papstes mehr am Herzen als das seines Kaisers. Der ostensible Grund der Ablehnung war: der Kaiser halte es unter seiner Würde, eine seiner Provinzen für Geld abzutreten. Der wahre Grund, welchen Esterhazy bei seinem Monarchen geltend machte, lässt sich in dem Satze aussprechen: Wenn wir Venetien abtreten und auf jeden Einfluss in Italien verzichten, so geben wir den Papst preis und das kann der Apostolische Kaiser und König nicht verantworten. Die Folge hat gelehrt, dass man nicht nur Venetien ohne Entgelt, sondern auch den Papst hat preisgeben müssen, freilich erst nach einem blutigen, Oesterreich in seinen Grundfesten erschütternden Kriege. Die Kritik dieser Politik liegt auf der Hand. Man hatte übersehen, dass alle menschliche Weisheit darauf hinaus-

läuft, im gegebenen Augenblicke von zwei Uebeln das kleinere zu wählen.

Am 19. October brachte uns La Marmora die telegraphisch eingegangene Nachricht vom Tode Palmerston's. Der einundachtzigjährige englische Premier-Minister war am Tage vorher auf seinem Landsitze Brocket sanft verschieden. Wie er es sich immer gewünscht hatte, starb er im Amte — *in harness*, wie die Engländer sagen — abgesehen von seiner Familie und einigen Freunden, wenig betrauert. Der eigenwillige, eigenmächtige, um nicht zu sagen eigensinnige Minister wurde von seinen Collegen wie seinen Untergebenen gefürchtet und gehasst. Seit fünfzig Jahren fast ohne Unterbrechung auf der politischen Bühne, hatte er immer, wie Prinz Albert mir einmal sagte, das Staatsinteresse dem seinigen hintangestellt. Langjährige Erfahrung, genaue Kenntniss des Triebwerks, welches die Parteien im Unterhause in Bewegung setzt und im Zaume hält, hatten dem alten Tory gestattet, den Radicalen durch patriotische Rodomontaden zu imponiren und ihnen die Meinung beizubringen, Niemand sei liberaler, Niemand kenne das Getriebe der europäischen Politik genauer und Niemand vermöge daher das Ruder des britischen Staatsschiffes sicherer zu leiten als der joviale Spassmacher und *bottle-holder*. Der Pact, den er hinter dem Rücken seiner Collegen mit den Conservativen geschlossen, erklärt die Gewalt, die er seit dem Krimkriege bis an sein Lebensende ausgeübt hat. Unter der Bedingung, der radicalen Reformbewegung zu widerstehen, hatte ihm Lord Derby freie Hand nach Aussen gegeben. Diese freie Hand benutzte Palmerston, um seinem Hasse gegen Oesterreich, sowie seiner Vorliebe für das revolutionäre Italien Luft zu machen. Seine hochtönenden Worte entzückten die öffentliche Meinung in England, aber im Grunde genommen haben seine platonischen Sympathien Italien thatsächlich weniger genützt als die Menge glaubt. In Florenz machte die Todesnachricht dieses Freundes Jung-Italiens nur geringen Eindruck. Die Wahrheit ist, dass sich der alte Herr

schon längst überlebt hatte. Die oft seichten Witze, die im Unterhause belacht und beklatscht wurden, erinnerten nur zu häufig an einen für sein Handwerk zu alt gewordenen Clown. Die Geschichte wird Lord Palmerston trotz seines unleugbaren Talentes nicht zu den Staatsmännern ersten Ranges rechnen und weder mit Lord Chatham, noch mit William Pitt auf dieselbe Linie stellen. Er war ein geschickter Gaukler, aber ein Politiker zweiten Ranges. Es fehlte ihm nicht an Muth, der sich nur zu oft zum Uebermuth steigerte, wohl aber an Ruhe und Besonnenheit. Eine so ausgesprochene Selbstsucht ist nur zu oft zu kleinen Mitteln verurtheilt und beeinträchtigt den Nachruhm. Napoleon I. fragte einmal, was man von ihm sagen werde, wenn er todt sei? Die Umstehenden ergossen sich natürlich in Schmeicheleien. Der Kaiser liess sie ausreden und sagte dann: „*Vous n'y êtes pas; on dira: Ouf!*“ Das ist die Leichenrede, die auch dem alten Palmerston von Freund und Feind geworden ist. Diejenigen, welche dieses Urtheil über einen so populären Staatsmann zu hart finden sollten, verweisen wir auf die Memoiren Charles Greville's, eines Zeitgenossen, der Palmerston von Jugend auf kannte und zu den vertrauten Freunden seiner Gemahlin gezählt wurde.

Niemals habe ich mich in einer fremden Stadt so schnell heimisch gefühlt als in Florenz. Die im Palazzo Pitti, in den Uffizi wie auf den Strassen und Plätzen dieser einzigen Stadt aufgehäuften Kunstschätze übten eine solche Anziehungskraft auf mich aus, dass es mir wahrhaft schwer wurde, mich loszureissen, aber die Tage meines Urlaubes waren gezählt und Rom zu sehen, wollte ich denn doch nicht versäumen. Zur Kapitale eines grossen Staates war Florenz nicht geeignet. Man hätte es gründlich verderben müssen, um es dafür einzurichten, denn der Reiz und der Zauber dieses Brennpunktes der Renaissance würden verschwinden in den Dimensionen einer Weltstadt.

Die Reise nach Rom war noch unerquicklich genug, da die Eisenbahnen noch nicht vollendet und der grösste Theil des

Weges zu Wagen zurückgelegt werden musste. Den Eindruck, den ich auf der Grenze des Kirchenstaates empfing, vermag ich kaum wiederzugeben. Da in Neapel die Cholera ausgebrochen war, wurden auch die von Norden her kommenden Reisenden, wie Hamburger Rauchfleisch und westphälische Schinken, antediluvianischen Proceduren unterworfen, welche ebenso unangenehm als zwecklos waren. Nachdem wir diesen blödsinnigen Räucherungen entgangen, fielen die päpstlichen Zöllner über uns her und zerwühlten ohne Rücksicht auf unsere diplomatischen Pässe unsere harmlosen Koffer auf das Unbarmherzigste. Es war als trete man plötzlich aus dem neunzehnten Jahrhundert in das sechzehnte oder siebzehnte zurück. Diese kleinstaatlichen Plackereien verminderten jedoch nicht den imponirenden Eindruck, welchen die ewige Stadt selbst auf den Nordländer immer ausüben muss.

Dank der Gefälligkeit der k. k. Botschaft in einem guten Hotel auf dem spanischen Platze untergebracht, war meine erste Sorge, mir eine Unterredung mit dem Cardinal Antonelli auszuwirken. Tags darauf erhielt ich den Bescheid, Seine Eminenz erwarte mich nach dem Ave Maria.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, die Sachlage eingehend zu schildern, in welcher sich Rom und das päpstliche Regiment damals befanden. Der Papst, von Hause aus *Italianissimo,* war seit seiner Flucht nach Gaëta von den liberalen Illusionen, die ihn in den ersten Jahren seines Pontificats beherrscht hatten, vollkommen geheilt. Die Jesuiten hatten sich des alternden Pontifex Maximus bemächtigt und übten thatsächlich in seinem Namen die geistige Gewalt über die römisch-katholische Christenheit aus. Politisch besass der Cardinal Staatssecretär Antonelli eine dictatorische Allgewalt, die sich freilich nur auf die Person des Papstes und den auf enge Grenzen reducirten Kirchenstaat erstreckte. Antonelli, welchen Pius IX. mehr fürchtete als liebte, hatte soeben den leidenschaftlichen Monsignore Merode, der hoch in der Gunst Seiner Heiligkeit stand, gestürzt, da

dieser Belgier nur zu oft die Zirkel des Staatssecretärs gestört hatte. Antonelli stand daher auf der Höhe seiner Macht. Die Hauptstütze derselben war freilich die französische Besatzung, denn so tief herabgekommen war die Regierung, dass sie nur mit fremder Hülfe ihre Unterthanen vor inneren und äusseren Feinden zu schützen vermochte. Das Prästigium des heiligen Stuhles hatte schwere Einbusse erlitten durch die Herrschaft der Rothhemden Garibaldi's, welche nur durch die französische Intervention und Belagerung beseitigt worden war.

Antonelli war von bäuerlicher Herkunft. Sein Oheim soll, wie man sagte, das in Süd-Italien damals nicht für ehrlos geachtete Räuberhandwerk betrieben haben. Er selbst erzählte mir, als er das erste Mal mit seinem Vater nach Rom gekommen, habe er den Palast bewundert, den er kürzlich erworben. Den laut ausgesprochenen Wunsch des Knaben, dieses schöne Haus zu besitzen, habe der Vater mit einer Strafpredigt beantwortet, es sei sündhaft, Unmögliches zu wünschen. Hoch gewachsen und schlank, war der Cardinal eine vornehme Erscheinung. Er huldigte den Frauen und wurde von ihnen gewaltig verzogen. Ein gebildeter, kunstsinniger Weltmann, genoss er als Staatsmann einen übertriebenen Ruf. Sein politischer Horizont reichte nicht weit, *mais dans le royaume des aveugles le borgne est roi.*

Die Priester haben Mühe, die einseitigen Vorurtheile ihres Standes mit modernen Anschauungen in Einklang zu bringen. Antonelli war vielleicht damals in Rom der Einzige, der dies vermochte und wenigstens bis auf einen gewissen Punkt die Gegenwart verstand. Die übrigen Mitglieder des heiligen Collegiums lebten nur in der Vergangenheit und die Vergangenheit ist allerdings mächtig in Rom. Hier nur wird es auf Schritt und Tritt klar, dass die culturgeschichtliche Entwickelung des Christenthums sich nicht kreisförmig, sondern in elliptischer Bahn vollzogen hat. Nicht das von Titus zerstörte Jerusalem bildete das Centrum der neuen Lehre, die zu

einer Weltreligion wurde. Dieselbe hatte zwei culturgeschichtliche Mittelpunkte: Rom und Alexandria. Hier wurden semitische Ueberlieferungen durch die Ideen der hellenischen Weltweisheit vergeistigt, dort theokratische Reminiscenzen mit cäsarischen Traditionen verquickt und verweltlicht. Die Spuren dieser Centren haben sich erhalten bis auf den heutigen Tag in der griechisch-orthodoxen und in der römisch-katholischen Kirche. Letztere wurde beherrscht von der Illusion, die schon Dante vergebens bekämpft hatte, dass territoriale Macht als Grundlage der obersten Kirchengewalt unentbehrlich sei. Ist der Papst der Stellvertreter Christi auf Erden, so ist er logisch gezwungen, sich der Worte des Herrn zu erinnern: Mein Reich ist nicht von dieser Welt. Wenn man die geistliche Gewalt, die der Vatican kosmopolitisch heute noch ausübt, in Erwägung zieht, so ist es kaum begreiflich, dass man daneben noch Werth legen kann auf den Besitz einiger Quadratmeilen, welche heutzutage nach theokratischen Grundsätzen nicht mehr zu regieren sind. Denn wie tief jene veralteten Traditionen der Theokratie in die Rechtsverhältnisse des modernen Lebens eingreifen, wird jedem klar geworden sein, der Rom im Jahre 1865 besucht hat. Wollte ein Hausbesitzer einen zahlungsunfähigen Miether entfernen, so ging dieser zu seinem Beichtvater. Der Beichtvater aber gehörte nach altrömischer Sitte zu den Clienten eines Cardinals und dieser vermochte den Hausbesitzer moralisch zu zwingen, gegen alles Recht und Gesetz, aus christlicher Liebe, seinen Miether auch ohne Zahlung zu behalten. Die Ehe ist nach katholischen Begriffen ein unauflösliches Sacrament, aber es giebt keine Ehe, welche nicht vom Papste annullirt werden könnte. „Die hiesigen Verhältnisse,“ sagte mir ein alter Diplomat, der viele Jahre in Rom gelebt hatte, „die hiesigen Verhältnisse sind nur dann zu verstehen, wenn man sich immer daran erinnert, dass zweimal zwei im Vatican nicht wie überall vier sind, sondern je nach Befinden drei, fünf oder sieben machen können.“

Unter solchen Umständen war an die Durchführung der von den katholischen Mächten wiederholt empfohlenen zeitgemässen Reformen nicht zu denken. Der päpstliche Kleinstaat hatte sich überlebt und musste wie eine reife Frucht dem Könige von Italien zufallen, sobald äussere Verhältnisse Napoleon III. zwangen, seine Truppen aus Rom zurückzuziehen. Merkwürdig, wie wenig klar man sich darüber war, dass diese Truppen einzig und allein Leben und Eigenthum der Bewohner beschützten. Antonelli namentlich seufzte über das französische Joch und zitterte dabei vor dem Cäsar in Paris.

Es war ein eigenthümliches Gemisch von Hochmuth und Demuth in diesen Priestern. Für mich war das Alles Gegenstand psychologischen Studiums. Ein grösserer Contrast liess sich kaum denken als der zwischen London und Rom. Dort das regste und modernste Leben, hier der Verwesungsprocess mittelalterlicher Grösse.

Nur wenige meiner Briefe aus jener Zeit sind an mich zurückgelangt. Ich gebe dieselben, da das unter dem frischen Eindrucke geschriebene Wort ein klareres Bild giebt als spätere Erinnerungen. Ueber meinen ersten Besuch bei Cardinal Antonelli schrieb ich an Beust:

Rom, den 25. October 1865.

Vorgestern hier eingetroffen, habe ich heute eine erste, fast einstündige Unterredung mit dem Staatsmanne gehabt, der mehr wie je, seit Merode's Rücktritt, die Geschicke dieses Landes leitet. Ich erspare Ihnen die Schilderung der Räucherungen und antiquirten Plackereien, denen der Reisende beim Uebertritt der Grenze des Kirchenstaates ausgesetzt ist. Ich sage Ihnen nichts von der verfallenen Pracht, nichts von dem Hauche der Verwesung, der den Ankommenden aus heidnischen und christlichen Ruinen anweht. Das Ueberwältigende der Contraste, Alles hatte ich vergessen in dem *tête-à-tête,* welches ich dem Empfehlungs-

schreiben des Prinzen Georg verdanke. In Abwesenheit Arnim's hatte es der bayerische Gesandte Verger übernommen, mir die Wege zu bahnen. Nach dem Ave Maria war die mir festgesetzte Stunde. Um exact zu sein, hatte ich mein Hotel Piazza di Spagna um fünf Uhr verlassen. Auf dem Wege begegnete ich zweimal dem von seiner täglichen Spazierfahrt heimkehrenden Papst. Dicht hinter Seiner Heiligkeit fuhr ich über die Engelsbrücke und um St. Peter herum in den innern Hof des Vaticans. In demselben Augenblicke kam auch der Cardinal Antonelli daselbst an. Seine Eminenz bewohnt die zweite Etage über den Gemächern des Papstes. Man bedarf einiger Zeit, um die 161 Marmorstufen zu erklimmen, die zu ihm führen. Obgleich meine Stunde noch nicht gekommen war, führte mich der dienstthuende Kaplan sofort durch eine Reihe mit Gemälden und Kunstschätzen aller Art geschmückter Salons in das Cabinet des Cardinals. Dieses von zwei dunkel brennenden römischen Lampen matt erleuchtete Gemach bot einen prächtigen Rahmen für die vornehme Erscheinung des liebenswürdigen Kirchenfürsten. Nach römischer Sitte musste ich auf einem engen, nur für zwei Personen berechneten Sopha Platz nehmen. So ehrten schon die alten Römer den Gastfreund. Bequem ist die Sitte nicht für eine Unterredung, vielleicht aber zieht man hier vor, demjenigen, mit dem man spricht, nicht in die Augen zu sehen. Der Cardinal erbrach sofort das Schreiben des Prinzen, stand auf, näherte sich einer der Lampen, um den Brief mit Aufmerksamkeit zu lesen. Ich konnte während dieser Lecture den interessanten Kopf des Lesenden beobachten. Die bedeutende Stirn und das interessante Profil contrastirten mit den festen, aber zu einem skeptischen Lächeln verzogenen Lippen. Diese Lippen erinnerten mich an die Büste Machiavelli's, die ich unlängst in den Uffizi in Florenz bewundert hatte. Derselbe Ausdruck, derselbe menschen-

verachtende Zug, wenn auch die Bildung des Kopfes im Allgemeinen edler ist als die des Florentiners.

Der Cardinal eröffnete sodann die Unterredung mit Versicherungen seiner Verehrung für den Prinzen, welchen er hier oft bei der verstorbenen Prinzessin Louise zu sehen Gelegenheit gehabt; „*et qui a l'honneur de le connaître,*“ bemerkte er, „*doit l'aimer et l'adorer. Sa lettre m'a fait le plus grand plaisir, elle ne restera pas sans réponse.*“

Zur Politik führte uns die Kunst, deren einsichtsvoller Patron der Cardinal hier ist. Ihm verdankt die Gemälde-Galerie des Vaticans ihre jetzige geschmackvolle Einrichtung. Seine erste Frage war, welchen Eindruck die Peterskirche auf mich gemacht habe? Ich antwortete freimüthig, der Dom von Sevilla entspreche meinem Ideale eines christlichen Gotteshauses besser als dieser Riesenbau, und die Transfiguration Raphael's habe mir mehr imponirt als dieser. Aus der Peterskirche gelangten wir nach Florenz.

Ich erwähnte des Gerüchts, welches mir dort zu Ohren gekommen: man rüste sich zu einer neuen Sendung Vegezzi's. Dies schien sehr zu interessiren. Da ich diesen Unterhändler, durch welchen La Marmora einen *modus vivendi* mit dem Vatican zu erlangen hofft, vor Jahren in Turin kennen gelernt, so konnte ich ihn als einen überaus ängstlichen, aber durchaus ehrlichen Mann empfehlen.

„Je crois Vegezzi honnête,“ bemerkte der Cardinal, „parce qu'ils n'ont jamais osé publier ses rapports. J'en conclus qu'il a écrit la vérité à son gouvernement. Or la seule pièce qu'ils aient osé livrer au public sur la mission Vegezzi, la lettre de La Marmora au roi Victor Emmanuel, ne contient pas la vérité. Vegezzi, du reste, m'a fait un tableau frappant de la confusion qui règne dans ce gouvernement. Je lui ai conseillé de faire appel au roi, puisque c'est le roi au fond qui nous a envoyé Vegezzi. Il l'a fait; alors le roi s'est retranché derrière son constitutionalisme.

Vegezzi a eu le courage de dire à Sa Majesté que, puisque la constitution reconnaissait un roi, celui-ci avait non seulement le droit, mais le devoir d'agir comme tel."

Das Gerücht von geheimen Verhandlungen, welche La Marmora über die Abtretung Venetiens in Wien angeknüpft haben soll, scheint nicht nach dem Vatican gedrungen zu sein. Wenigstens versicherte der Cardinal, nichts davon gehört zu haben. Mit homerischem Gelächter begrüsste er die Aeusserung Victor Emanuel's, die ich ihm referirte: „*Si l'empereur d'Autriche me déteste, c'est qu'il ne me connaît pas.*"

Ueber Wien würden Sie sich sofort mit dem Cardinal verständigen können. Er theilt Ihre Auffassung über die Fehler der inneren und äusseren Politik und erkennt mit seltener Objectivität die Quelle derselben. Unter diesen Umständen schien es unbedenklich, die Hauptzüge des von Ihnen am 6. August ertheilten Rathes vertraulich mitzutheilen.

„Mais c'est cela," rief der Cardinal. „Voilà ce qu'il fallait faire. Il n'y avait pas à hésiter un instant. Jamais je ne comprendrai la politique de l'Autriche et l'immense faute de Gastein. Sacrifier ses amis en Allemagne, s'effacer complètement! et pourquoi? pour se mettre à la merci des Hongrois, pour tenter de nouvelles expériences et pour augmenter de gaîté de coeur la confusion dans un moment où tout est si incertain en Europe."

Seine Eminenz gab deutlich zu verstehen, dass er nichts von Oesterreich, nichts für Oesterreich erwarte. Seit dem Tage von Castelfidardo hat der Cardinal den Kaiserstaat aufgegeben. Seiner Ansicht nach hat die unbegreifliche Schwäche Rechberg's im Jahre 1860 eine Gelegenheit versäumt, die niemals wiederkehren wird. Mit dreissig- bis vierzigtausend Mann gut geführter Truppen hätte Oesterreich damals die Legationen, Toscana, Parma, Modena und

vielleicht Neapel der italienischen Revolution entreissen und die Ordnung in Mittel- und Süd-Italien wiederherstellen können. Ein solcher Offensivstoss wäre die einzig erfolgreiche Defensive Venetiens gewesen [1]). Der Cardinal ist fest überzeugt, Louis Napoleon, welchem die Italiener über den Kopf zu wachsen begonnen, würde nicht einen Mann ihnen zu Hülfe gesandt und die Politik des *laisser faire* so lange beobachtet haben, als Oesterreich die Züricher Stipulationen nicht geradezu umgestossen hätte. Zu schwach, sich selbst zu retten, habe Oesterreich damals den Papst und alle Sympathien, die der Kaiser noch in Italien besessen, in unverantwortlicher Weise geopfert. Antonelli bezeichnete sehr entschieden die Karte, welche Sie längst auszuspielen gerathen, als die einzige, die Oesterreich noch retten könne, wenn es nicht zu spät sei. Es beweist eine seltene Objectivität seitens des Cardinal Staatssecretärs, dass er mit Ihnen Oesterreich für unrettbar verloren hält, wenn es nicht persönliche Abneigungen und Vorurtheile dem wohlverstandenen eigenen Staats-Interesse und dem Frieden Europas zu opfern, sowie die dynastischen Velleitäten Louis Napoleon's zu verwerthen versteht.

Ich verschone Sie mit weiteren Details. Mein Eindruck ist, dass Antonelli eine Verständigung mit Florenz wünscht,

---

[1]) Die Passivität Oesterreichs im Jahre 1860 war bekanntlich die Folge der Warschauer Conferenz, an welcher die Kaiser von Oesterreich und Russland, sowie der Prinz-Regent von Preussen, Graf Rechberg, der Fürst von Hohenzollern, Herr von Bismarck als preussischer Gesandter in St. Petersburg u. A. theilgenommen hatten und welche durch die Agonie der Kaiserin-Mutter unterbrochen wurde. Ueber diese vertraulichen Besprechungen der drei nordischen Höfe beeilte sich Fürst Gortschakoff dem fransösischen Botschafter alle Einzelheiten mitzutheilen. Die Depesche, in welcher der Herzog von Montebello über diese Unterredung mit dem russischen Kanzler Bericht erstattet, d. d. Petersburg 3. November 1860, ist erst neuerdings veröffentlicht worden. Siehe *Thouvenel, Le Secret de l'Empereur.* Paris 1889. vol. I. p. 283.

daran arbeitet und nur desshalb den leidenschaftlichen Merode entfernt hat.

Die französische Politik scheint hier vorläufig sehr hinter dem Berge zu halten. Sartiges soll nach Merode's Sturz hingeworfen haben: *Je n'ai plus de conseils à vous donner, puisque nous retirons nos troupes.* Dies scheint eine blosse Boutade zu sein, wenigstens deutet nichts auf eine Abberufung der französischen Besatzung. Ueberall wimmelt es von Rothhosen und das schmetternde Signalhorn der Zouaven übertönt das Glockengeläute. Civita Vecchia würden die Franzosen auf jeden Fall behaupten, daran zweifelt Niemand.

Beim Abschiede fragte mich der Cardinal, was er hier für mich thun könne. Ich erinnerte an das Sprichwort: *qu'on ne pouvait pas avoir été à Rome, sans avoir vu le pape*, und bat mir eine Audienz auszuwirken.

„*Je m'en chargerai moi-même avec le plus grand plaisir*," lautete die Antwort.

Die Gesundheit des Papstes lässt nichts zu wünschen übrig. Gestern, als ich von der Galerie des Vaticans kommend in den Hof trat, bildeten die Schweizer Spalier und salutirten. Dann schritt Pius IX. festen, fast schnellen Schrittes direct an mir vorüber, um, von Monsignore Talbot begleitet, die auf dem Petersplatze wartenden Wagen zu erreichen. Ich bemerkte unter dem Volke viele französische Soldaten auf den Knieen. Sie drängten nach, um den Papst einsteigen zu sehen und wurden nur mit Mühe von den Schweizern zurückgehalten.

Usedom scheint in Florenz schlechte Geschäfte gemacht zu haben. Er schiebt die Schuld auf seinen Chef, der, in der Diplomatie ein Neuling, kein anderes Mittel kenne als die Gewalt und nach seiner Heimkehr von Gastein den Verheissungen, die er Launay bezüglich des Handelsvertrags gemacht, nicht entsprochen habe. Von anderer Seite höre ich, Usedom habe den Kopf verloren und die schlauen

Italiener misstrauisch gemacht durch einen Vertragsentwurf, der ausschliesslich preussische Waaren begünstigen sollte. Man soll ihm geantwortet haben, nur mit dem Zollverein, nicht mit Preussen allein, wolle man verhandeln. Diese Antwort habe in Berlin verstimmt, man mache Usedom dafür verantwortlich und dieser sei in Berlin wie in Florenz missfällig geworden.

Am 30. October empfing mich Pius IX. Der Brief, welchen ich kurz nach der Audienz an Beust richtete, hat, wie ich aus einer Bleistiftnotiz des Ministers entnehme, auch dem Könige Johann vorgelegen.

Rom, den 31. October 1865.

Cardinal Antonelli hat keine Zeit verloren, mir die Audienz bei Seiner Heiligkeit auszuwirken. Ich bin gestern 11 $^{1}/_{2}$ Uhr im Vatican empfangen worden. Die Octoberferien waren noch nicht zu Ende. Die *Anticamera* war leer. Der Papst empfing mich in einem kleinen Cabinet dicht am Thronsaale. Ein Crucifix, der Armstuhl, auf welchem der Papst sitzt, ein schmaler Tisch davor und hinter diesem eine Bank, dem päpstlichen Sessel gegenüber, bilden das Mobiliar. Auf dieser Bank musste ich Platz nehmen und ich hatte so während der Audienz, die eine volle halbe Stunde währte, Gelegenheit, die ehrwürdigen Züge des greisen Kirchenfürsten in nächster Nähe zu betrachten. Wohlwollen und Resignation haben das Feuer der zuweilen noch jugendlich aufblitzenden, nussbraunen Augen des ehemaligen Cavallerie-Offiziers gedämpft. Pius IX. war von Kopf zu Fuss weiss gekleidet, sein Talar, einem Mönchsgewande gleichend, fiel herab bis über die Knöchel und eine schneeweisse Kappe bedeckte die Tonsur. Er spricht geläufig französisch, wenn auch nicht ohne Accent. Er fragte zuerst sehr einfach, wer ich sei. Auf dem Blatte, das vor

ihm lag, standen nur der Reihe nach die Namen derer, die er empfangen sollte. Nachdem ich die Frage: *êtes-vous Français?* verneint und die nöthigen Erläuterungen gegeben hatte, erinnerte sich der Papst sofort der Personalien des vor ihm sitzenden Fremden. Mit einem liebenswürdigen Lächeln begann er:

„J'ai lu la lettre du prince Georges. Le cardinal me l'a apportée en demandant l'heure de votre audience. J'ai été enchanté d'avoir des nouvelles du prince que j'aime de tout mon coeur. Il nous promet de nous amener un jour la princesse; mais, par le temps qui court, voyager est difficile. Vous avez vos affaires en Allemagne: l'Autriche, la Prusse et les autres états, chacun tire de son côté et nul ne sait ce qui arrivera demain. Nous, nous avons ici nos affaires italiennes, qui sont tout aussi embrouillées que les vôtres. Je l'ai toujours dit: il est impossible de créer une nation en vingt-quatre heures. Du reste, sans parler de la difficulté des voyages en ce moment, vous pouvez dire au prince que le pape se fait vieux. Le pape va bientôt s'en aller. Mais s'il ne trouve pas le pape actuel, il trouvera son successeur."

Das Gespräch nahm dann eine Wendung, die mich einigermassen in Verlegenheit brachte durch die unerwartete directe Interpellation über unsere Anerkennung des Königreiches Italien.

„On m'écrit," sagte der Papst, „que la Bavière faiblit et va bientôt reconnaître l'Italie. Et vous, que comptez-vous faire?"

Ich hielt es für angezeigt, aufrichtig zu antworten:

„Votre Sainteté connaît trop bien le roi, mon maître, pour qu'il soit nécessaire d'assurer que son gouvernement n'a pas pu approuver les voies de fait, qui ont amené les choses au point où elles en sont. En face des insinuations prussiennes nous avons toujours maintenu que la reconnais-

sance de l'Italie ne devait pas se faire séparément par tel ou tel état, mais à Francfort par la Diète. L'embarras, que cette question nous donne, s'explique par des causes purement matérielles. Dans un pays aussi industriel que la Saxe les affaires de commerce jouent de nos jours un grand rôle en politique. Dès que l'estomac du peuple est en jeu, les gouvernements ont beau faire, ils pourront retarder une décision, mais non l'empêcher. Je pense que c'est une question de temps, mais qu'en définitive on ne pourra pas se soustraire à la nécessité de faire comme tout le monde dans un siècle, qui subit le joug du fait accompli."

— „Mais le fait accompli," erwiederte der Papst, „en Italie c'est le vol." Machte sich das Gefühl jahrelang erduldeten Unrechts in diesen Worten Luft, so wurden dieselben doch nicht im Tone der Bitterkeit, sondern in dem innigen Bedauerns ausgesprochen. Ueberhaupt machte die Objectivität der Auffassung den Eindruck eines über den Jammer der Zeit erhabenen Geistes.

Mit dem Resultate der letzten Wahlen war der Papst nicht zufrieden. Im Turiner Parlament, sagte er, habe er nur zwei Stimmen für sich gehabt und er hob dabei mehrmals den Zeigefinger und den Mittelfinger seiner rechten Hand. Jetzt seien noch einige wenige Stimmen hinzugekommen, aber von irgend welchem Erfolge könne bei dieser verschwindenden Minorität nicht die Rede sein.

„Du reste," fügte er hinzu, „tous ces députés me sont entièrement inconnus. Il n'y a parmi eux pas un seul nom, qui ait quelque célébrité en Italie. Les Corsini, les Borghese y brillent par leur absence. Quant au Roi, je le plains et je ne lui en veux pas. Il a été entraîné bien au délà de sa volonté. Tout cela est bien triste. On n'aime pas les Piémontais à Florence, on n'y comprend pas même leur patois. Je ne parle pas de Naples où l'antagonisme est patent. Tout cela sont des peuples différents de race

et de moeurs; on ne peut pas en faire, je le répète, une nation en vingt-quatre heures.“

Der Papst kam dann auf den Tod Lord Palmerston's zu sprechen.

„Je ne le regrette pas,“ sagte er scharf, „j'aime bien mieux encore Lord Russell.“

Ich wagte nicht zu fragen warum, aber in Erinnerung an den Brief Russell's an den Bischof von Durham war ich einigermassen verwundert über die Vorliebe, welche Pius IX. für einen so entschiedenen Protestanten zu hegen schien.

„Vous savez,“ erläuterte der Papst, „que nous sommes peu informés ici de ce qui se passe dans le monde politique. Nous avons des affaires plus graves à traiter, mais, d'après ce qui me revient, Lord Russell, bien que malheureusement pour lui dans l'erreur, est un homme pieux, qui dit ses prières et remplit ses devoirs religieux selon la manière de son pays, tandis que Palmerston était un mécréant, qui ne croyait ni à Dieu ni au diable.“

Diese feine Nüance in der Beurtheilung der beiden leitenden englischen Staatsmänner lässt darauf schliessen, dass man im Vatican auch über weltliche Dinge besser unterrichtet ist, als man eingestehen möchte. Freilich sind die Informationen, die hierher gelangen, oft sehr lückenhaft und einseitig. Eine gewisse Naivität war weder beim Papste noch bei dem Cardinal Antonelli zu verkennen. Sie leben in einer anderen Welt als wir.

Fast pathetisch war der Schluss der Unterredung. Der Papst fragte, ob ich direct auf meinen Posten zurückzukehren gedenke. Ich erwiederte, ich würde zunächst nach Dresden gehen.

„Voilà ce que je voulais savoir,“ rief Pius IX. „Alors, puisque vous verrez votre Roi que j'aime bien, dites-lui que je vous ai chargé d'apporter à Sa Majesté, à la Reine, au Prince Georges et à toute la famille royale ma bénédiction

et mes compliments. Dites-leur que je leur souhaite tout le bonheur qu'on peut rencontrer sur cette terre au milieu de toutes les misères de notre époque, si bien faite pour nous rappeler que notre patrie n'est pas ici bas, mais là-haut auprès de Dieu qui est le père de nous tous."

So einfach diese Worte, so gab der sanfte melodische Klang der Stimme, welche an die eines verklärt Sterbenden erinnerte, denselben einen feierlichen Ausdruck. Der Papst hatte sich erhoben, die hohe weisse Gestalt stand vor mir, mit der linken Hand nach der Klingelschnur greifend, die rechte machte das Zeichen des Segens. Mit seinem früheren freundlichen Tone sagte der Papst: *Addio, mon cher comte*, und die Audienz war zu Ende.

Das Befinden scheint übrigens gut. Nach dem Aussehen zu urtheilen, dürfte der welthistorische Balcon des Quirinals, von welchem herab dem Volke der Name des neuen Papstes verkündet wird, noch einige Jahre geschlossen bleiben.

Dass sich eine Annäherung an Italien vorbereitet, wird mir von mehreren Seiten bestätigt. Es handelt sich um einen *modus vivendi*. Sartiges scheint im Allgemeinen zufrieden, der französische Botschafter klagte jedoch über Antonelli persönlich: *c'est un homme charmant, mais d'une banalité terrible; il ne fait rien, absolument rien.* Der Papst soll den Cardinal nicht lieben, aber dennoch in die Entfernung Merode's gewilligt haben, weil diese beiden Gegner sich gegenseitig völlig neutralisirten und ein Geschäftsbankerott zu befürchten stand.

Von Märtyrerthum und von Verlegung des päpstlichen Stuhles in ein anderes Land ist keine Rede mehr. In dieser Beziehung ist in den letzten vier Wochen ein völliger Umschwung eingetreten.

Am Fest der Seelen hatte mir Antonelli einen Platz in der Sixtina verschafft und ich hatte Gelegenheit, den Papst *in ponti-*

ficalibus zu sehen. Von allen in Rom anwesenden Cardinälen umgeben, erschien Pius IX. höher von Gestalt, imposanter und ehrwürdiger als in seinem Hausgewande. Die Melodien Palestrina's unter dem Deckengemälde des letzten Gerichtes von Michel Angelo, der Glanz der Uniformen, die Würde einer Feier, die seit Jahrhunderten durch die Tradition geregelt ist, Alles dies liess die *mise en scène* vollkommen erscheinen. Wenn man sich trotzdem des Eindruckes nicht erwehren kann, dass dieser Pomp mehr heidnisch als christlich ist, so kann dies nicht verwundern. Für den Italiener und namentlich für den Römer ist die Religion nun einmal keine Herzenssache, sondern eine bloss äusserliche Gewohnheit. Oft bin ich in den Kirchen, die ich besuchte, an jenen Juden erinnert worden, der sich taufen liess, weil er überzeugt war, dass eine Religion, die trotz der Missbräuche, welche in Rom geübt werden, nicht untergegangen, die wahre sein müsse. Ich habe Priester gesehen, die, wie König David, aber nicht mit dem Psalter, sondern mit einem chinesischen Sonnenschirme den Altar umtanzten und die *Belle Hélène* von Offenbach diente dabei als Kirchenmusik.

Die an allen Ecken und Enden der ewigen Stadt zerstreuten Kunstschätze waren geradezu überwältigend. Glücklicherweise hatte ich eine gewisse Praxis erlangt und niemals zu denen gehört, die es für eine Pflicht halten, Alles gesehen zu haben, was Murray oder Bädeker empfehlen. Nachdem mir der päpstliche Beamte, der die Ausgrabungen für Pius IX. leitete, im antiken Rom zum Wegweiser gedient, hatte Rossi die Güte, mir den von ihm im Auftrage Napoleon's III. blossgelegten Cäsarenpalast zu zeigen. Mein liebster Cicerone war jedoch Gregorovius, dessen erste Bände der Geschichte Roms vor kurzem erschienen waren.

Eine colossale Statue des Pompejus war eben gefunden worden, eine Bronzestatue von ganz ungewöhnlichen Dimensionen. Der eine Fuss fehlte und Antonelli hatte Tenerani, den damals berühmtesten Bildhauer, beauftragt, den fehlenden Fuss zu er-

setzen. Die Statue war daher für das Publicum nicht zu sehen und es bedurfte einer besonderen Erlaubniss, um in das improsivirte Atelier zu dringen, welches sich im Vatican befand. Es traf sich, dass ich gerade eintrat, als der Meister das Gemach verlassen hatte und so konnte ich in Musse das Tonmodell betrachten, welches eben fertig geworden war. Neben der herrlichen Antike schien dieses Modell geradezu abscheulich. Als ich Abends bei einem grösseren Diner Antonelli begegnete, fragte er mich, was ich heute gesehen. Ich erzählte es ihm und ersuchte ihn dringend, den Fuss, den Tenerani angefertigt, anzusehen, bevor derselbe der Giesserei übergeben werde.

„Je l'ai déjà vu," bemerkte der Cardinal, „c'est horrible et j'ai dit à Tenerani que c'était un travail à refaire, car ce pied-là paraît être modélé sur celui du Saint-Père quand il a l'érésipèle."

Ich gedenke dieser Aeusserung, weil sie charakteristisch ist für die nach unseren Begriffen wenig ehrerbietige Gleichgültigkeit, um nicht zu sagen *nonchalance,* mit welcher man in Rom von der Person des Papstes spricht.

Als Knabe schon hatte ich die Dresdener Gemälde-Galerie fleissig besucht, die Namen der italienischen Meister wie die charakteristischen Kennzeichen ihrer Schulen waren mir geläufig und ich kannte die Kunstwerke Roms grossentheils schon aus Büchern und Kupferstichen. Trotz dieser Vorschule wurde ich dennoch durch die Originale dieser Meisterwerke überrascht. Raphael ist ja nur hier zu verstehen, wie Andrea del Sarto in Florenz, Tizian in Venedig, Murillo in Sevilla. Eigenartig in Allem, was er unternahm, ausgezeichnet als Maler, Dichter, Bildhauer und Baumeister, repräsentirt Sanzio vielleicht noch besser als der gewaltige Titan Buonarrotti die Glanzepoche der italienischen Renaissance. Er hatte das Glück, in Leo X. einen Mäcen zu finden, der seinen Genius verstand und seiner würdige Aufgaben stellte. Dieser kunstsinnige Mediceer war ein prachtliebender Weltmann, dem die Götter des Olympos näher standen als die Mysterien der Kirche, deren Oberhaupt er war.

Pontifex Maximus und Freidenker wie Julius Cäsar, thronte er zwar auf Petri Stuhle, aber von christlicher Askese ist weder in den Loggien noch in den anderen für ihn gemalten Fresken die geringste Spur zu entdecken. Diese Loggien, die Katharina II. für den Winterpalast copiren liess, haben auch Giulio Romano bei Ausschmückung der Gemächer der Engelsburg zum Muster gedient, ebenso bei der Decoration der reizenden Villa Madama, deren Grundriss ein Werk Raphael's ist. Aber in welchem Zustande fand ich hier und dort die Ueberreste jener Wandmalereien Romano's! Die Engelsburg war in eine französische Kaserne verwandelt worden. Das Publicum wurde nicht hineingelassen und nur ein besonderer Befehl des französischen Botschafters ermöglichte den Eintritt. Ein Sergeant führte mich herum und zeigte mir mit Wohlgefallen namentlich die losen und übermüthigen Scherze, welche der Schüler Raphael's in seine wundervollen Arabesken verwebt hatte. Ueberall lagerten rothgehoste Soldaten, kochten ihre Suppe und verunreinigten auf das Unverantwortlichste diese ehemaligen Prunkgemächer des Papstes. Als ich Antonelli den Eindruck schilderte, welchen diese Profanation der Kunst auf mich gemacht, zuckte er die Achseln, warf einen wehmüthigen Blick gen Himmel und sagte: „Que voulez-vous, ce sont des barbares, nous subissons leur joug, mais hélas! nous ne pouvons pas nous passer d'eux.“ —

In der Madama, welche zum Fideicommiss des neapolitanischen Königshauses gehörte, stand es nicht minder schlimm, doch aus anderen Ursachen. Diese Villa mit ihrer wunderbaren Aussicht auf Rom war, halb verfallen, in einen Meierhof verwandelt worden. Der Pächter und seine Familie, Kühe und Schafe stritten sich mit Unkraut und wilden Rosen um den Besitz dieses Juwels. Sehr freundlich gestattete man mir, in den Zimmern, die zum Theil zu Schüttböden dienten, dasjenige zu bewundern, was die Zeit, die Sonne und der Regen an diesen unersetzlichen Kunstwerken übrig gelassen hatten. Es war ein wehmüthiger Anblick.

Ich will jedoch diese politischen Denkwürdigkeiten nicht zu einer Reisebeschreibung machen. Die Zeiten, in denen Winckelmann und Goethe Rom und seine Kunstschätze für uns Deutsche so zu sagen entdeckten, sind längst vorüber.

Ein Diplomat, der eine Reihe von Dienstjahren hinter sich und an den meisten europäischen Höfen zu thun gehabt hat, ist überall zu Hause. So ging es mir in der ewigen Stadt, wo es an alten Bekannten nicht fehlte. Das diplomatische Corps war im Ganzen trefflich zusammengesetzt.

Der Freiherr von Bach, den ich in Wien zuerst als liberalen Advocaten, dann unter Schwarzenberg als conservativen Minister des Innern gekannt hatte, war damals österreichischer Botschafter und hatte sich in dem colossalen venetianischen Palast einen Winkel ausgesucht, um sich dort kleinbürgerlich einzurichten. Das lebensgrosse Portrait Franz Joseph's I. und der Parasol, ein Privilegium der beim Papste beglaubigten Botschafter, verriethen allein den Rang des Hausherrn. Die Prunkgemächer waren verschlossen, halb verfallen und beherbergten Ratten und Fledermäuse. Die Zeiten waren vorüber, in denen die Botschafter Venedigs, deren Berichte so vorzügliche Geschichtsquellen bilden, in diesen Räumen die Pracht und den Reichthum entfalteten, welche uns die Meisterwerke Tizians und Paul Veronese's verrathen. Ein trauriges Zeichen von der Vergänglichkeit der menschlichen Dinge, dieser Palast, der einer Insel im römischen Häusermeere gleicht und dessen Dimensionen viel zu gross sind für unsere heutigen nüchternen Verhältnisse. Bach, der Intelligenz und Energie bewiesen, schien diesem Ruheposten nicht gewachsen, wenn es auch hart wäre, das Urtheil des Prinzen Albert über Bunsen auf ihn anzuwenden und zu sagen, er habe aller Eigenschaften entbehrt, die für seinen Posten nöthig gewesen. Er stand übrigens im Begriffe, denselben aufzugeben und sein Nachfolger, Baron Hübner, war schon eingetroffen, um die Erbschaft anzutreten.

Graf Sartiges, der französische Botschafter, um nicht zu

sagen Proconsul, hielt im Palaste Colonna ein gastfreies Haus. Noch lag im Vestibüle auf einer beschädigten Marmorstufe eine Granate, welche aus der Zeit stammte, als Oudinot die von Garibaldi vertheidigte ewige Stadt belagerte. *In perpetuam rei memoriam* hatten die Erben des dermaleinst mächtigen Geschlechtes der Colonna diese französische Granate dort liegen lassen, wo sie hingefallen.

Harry Arnim, damals noch nicht in Ungnade, bewohnte als preussischer Gesandter den Palast Caffarelli dicht am Capitol. Er war in zweiter Ehe mit einer meiner Cousinen verheirathet und ich sah ihn öfter. Am meisten verkehrte ich mit Odo Russell, dem britischen Geschäftsträger, demselben, der später als Lord Ampthill englischer Botschafter in Berlin war und seinen zahlreichen Freunden zu früh durch den Tod entrissen wurde. Er war trefflich unterrichtet und beobachtete ohne Vorurtheil und ohne Leidenschaft den unvermeidlichen Verfall des weltlichen Regimentes in dem *dominium Petri.* Der belgische Gesandte Carolus, den ich einige Jahre vorher in Lissabon kennen gelernt hatte, verschaffte mir die Bekanntschaft seines Landsmannes, des vor kurzem entlassenen Kriegsministers Monsignore Merode. Bei einem kleinen Diner, welches uns Carolus gab, zeigte sich der gestürzte Minister in seiner vollen Leidenschaftlichkeit. Als Minister hätte er für Julius II. besser gepasst als für Pius IX. Feuer und Schwert, das waren die Waffen, die er, wenn er nur vermocht hätte, anwenden wollte, um die Legationen zurückzuerobern und den Teufelsspuk zu vernichten, den Cavour über Italien heraufbeschworen. Der treffliche Herr war offenbar mehrere Jahrhunderte zu spät auf diese Welt gekommen.

Die unerbittliche Zeit mahnte zur Heimkehr. In den letzten Tagen des November traf ich wieder in Dresden ein. Ich war von Rom mit der festen Ueberzeugung geschieden, dass die weltliche Regierung des Papstes unter dem Schutze fremder Bajonette nicht länger als höchstens einige Jahre aufrecht er-

halten werden konnte. Diese Auffassung, welche damals noch für pessimistisch galt, liegt meinem Schlussberichte zu Grunde, den ich im Waggon in gebundener Rede redigirte und Beust übergab. Derselbe liess das Gedicht im „Dresdener Journal" abdrucken und ich will es hier wiedergeben, da es mir kaum möglich sein würde, mich nach vierundzwanzig Jahren in die Stimmung zurückzuversetzen, der ich in diesen Trochäen in Erinnerung an eine schöne Abendstunde auf der Plattform der Engelsburg Ausdruck zu geben versucht habe.

Rom im November 1865.

Wer doch zaubern könnte, zaubern, Canaletto, wie du kannst
Und dies Bild in Worten malen, wie du's auf die Leinwand bannst!
Sieh! wir steh'n am Fuss des Engels, auf dem Grabmal Hadrians:
Rechts die Kuppel von Sanct Peter und das Dach des Vaticans!

Ueber uns die weisse Villa auf dem Monte Mario,
Und der Torso der Madama, ein Legat des Sanzio!
Vor uns: schlichte Häusermassen, morsch und lässig, buntgescheckt,
Oft gar wunderlich bewimpelt, längs der Tiber hingestreckt!

Lasst uns gleich den Pinsel tauchen in die Fluth des gelben Stroms:
Gelbgrau, das ist just der Grundton für die Trümmerhaufen Roms.
Nur vergesst des Sonnengottes tiefe Gluth im Süden nicht:
Schärfer zeichnet sie die Linien als Venedigs Mondenlicht.

Die Sabiner Berg' und jene, wo Albano still sich sonnt,
Kränzen — magisch lila schillernd — duftig rings den Horizont.
Palmen, Pinien und Cypressen grüssen grün vom Pincio,
Schatten leihend der verwaisten *Piazza* dort *del Popolo!*

Thürme, Kirchen und Paläste, Lateran und Quirinal
Tauchen greifbar aus dem Chaos, wundersam monumental.
Wie gespenstisch dort die Bäder Caracalla's fernab steh'n!
Und der Thurm hier, wo einst Nero Roma's Brande zugeseh'n!

Welch' ein Buch im Lapidarstyl gruben hier in Schutt und Stein
Dreimal tausend Menschenjahre auf die sieben Hügel ein!
Lest! Ein Fetzen Weltgeschichte hängt an jedem Säulenknauf
Und an jedem Peristyle flammen Runenschriften auf!

Jupiter Capitolinus! Deine Blitze sind verbraucht
Und die Tempel längst zertrümmert, wo dir Opfer einst geraucht!
Drei der letzten Säulen tragen noch das Wort: RESTITUER ....
Ironie! Was hier zerfallen, restituirt kein Cäsar mehr! —

Nur von Marmor-Dioscuren wird das Capitol bewacht;
Auf die *Via sacra* geben heil'ge Gänse nimmer Acht;
Käuzchen schreien im Gemäuer, welches einst das Rostrum war;
Und im öden Tabularium wühlt der Sturm als Archivar!

Auf dem Forum weiden Büffel! Ewig feiert der Senat.
Rothgehoste Brennus-Söhne schützen väterlich die Stadt!
Stadt der Todten! Stadt des Todes! *Vanitatum vanitas!*
Unter des Severus Bogen triumphirt nur noch — das Gras! —

Sei's! — Und ist in Staub zerfallen Götzen- und Cäsarenthum,
Triumphirt darob die Kirche nicht zu ihrem höchsten Ruhm?
Triumphirt auf Petri Stuhle nicht der Greis im Vatican?
Sind dem „Knecht der Knechte Gottes" nicht die Kaiser unterthan?

In den Kirchen und Kapellen — zahllos wie der Heil'gen Heer —
Beten sie nicht zur Madonna, nicht zur Reinempfangnen mehr?
Droht nicht noch in der Sixtina Michel Angelo's Gericht?
Singen sie am Tag der Seelen dort das „*Dies irae*" nicht? —

Ja, sie singen; ja, sie beten: Priester, Mönche, weit und breit,
Und sind selber doch nur Schatten einer längst vergang'nen Zeit! —
Denn wo Sixtus einst gewaltet, segnet jetzt ein frommer Mann,
Der, den Fischerring am Finger, lösen, nicht mehr binden kann.

Das „*Non possumus*" der Ohnmacht, ja der Bannfluch schreckt nicht mehr!
Halbverödet sind die Kirchen und des Papstes Säckel — leer!
Die im Ghetto einst gefangen, dünken sich schon Herrn der Welt,
Die nur aus Gewohnheit, scheint es, scheinbar noch zusammenhält.

„*Morituri te salutant! Ave Cæsar!*" jammern heut'
Cardinäl' und Monsignori, wenn der Franken Cäsar dräut! —
Nicht bloss in den Katakomben athmet man hier Leichenduft!
Und das letzte „*De profundis*" dröhnt schon leise durch die Luft!

Stadt der Todten! Stadt des Todes! *Vanitatum vanitas!*
Auch im Vorhof von Sanct Peter triumphirt nur noch — das Gras!
Stolze Roma! *Caput mundi!* zweimal Weltbeherrscherin!
Trotze nicht mehr auf dein „Ewig": Macht und Ehre sind dahin!

Sieh! dein Ebenbild, dort steht es, Colosseum nennen sie's,
Wo der Cäsar von den Bestien Christen einst zerfleischen liess.
Stolze Bogen! Riesensäulen! wie ihr keck gen Himmel stürmt! —
Und doch nur ein Trümmerhaufen, den ein hölzern Kreuz beschirmt.

Was die Väter einst verehrten, dient den Kindern oft zum Spott:
Städte werden Trümmerhaufen, und zum Götzen wird der Gott.
Doch es spriessen unter Trümmern Keime neuen Lebens auf,
Tod wird Leben, Leben — Tod! Das ist des ird'schen Wechsels Lauf.

Zweites Buch.

Sadowa

Januar bis Juli 1866.

Erstes Kapitel.

London.

Januar und Februar 1866.

Sachlage in Paris und London. — Graf Bismarck und Mr. Seward. — Lord Russell, Premier-Minister. — Lord Clarendon, Staats-Secretär des Aeusseren. — Vertraulicher Bericht vom 31. Januar 1866: Frankreich und Amerika; Rückzug der Franzosen aus Mexiko wahrscheinlich; Rückschläge auf Europa zu befürchten; Nur ein Dreibündniss zwischen Oesterreich, England und Frankreich könnte den drohenden Sturm beschwören. — Parlaments-Eröffnung am 6. Februar. — Vertraulicher Bericht vom 17. Februar: Depeschenwechsel zwischen Oesterreich und Preussen; Kritik des preussischen Erlasses vom 26. Januar und des österreichischen vom 7. Februar. — Vertraulicher Bericht vom 2. März: Enthüllungen des Staatsraths über die Arcana der inneren und äusseren Politik Oesterreichs, Belgiens und Frankreichs.

Anfangs Januar war mein Urlaub abgelaufen und ich kehrte über Paris auf meinen Posten zurück. Während der wenigen Tage, die ich in der französischen Hauptstadt zubrachte, drehte sich das Tagesgespräch namentlich um Bismarck und Seward. Graf Bismarck war im October in Biarritz gewesen und von dort über Paris nach Berlin zurückgekehrt. Ueber seine Verhandlungen mit dem Kaiser Napoleon waren nur vage Gerüchte im Umlauf, dagegen trug man sich viel mit Aeusserungen, die der preussische Ministerpräsident in Paris hatte fallen lassen. Man wollte wissen, er habe dem italienischen Gesandten Nigra

unumwunden von dem unvermeidlichen Bruche mit Oesterreich und mit seltener Siegeszuversicht von dem Ausgange des Krieges gesprochen. Kaiser Napoleon selbst hat mir mehrere Jahre später gesagt, Bismarck habe ihm in Biarritz allerhand Entschädigungen versprochen, zu schriftlichen Abmachungen darüber sei es jedoch nicht gekommen. Dass es sich um eine Grenzregulirung, vornehmlich auf Kosten Belgiens, gehandelt haben möge, ist aus den Besprechungen zu vermuthen, in denen sich Benedetti später so empfindlich compromittirt hat. Man wird jedoch kaum fehlgreifen, wenn man annimmt, Graf Bismarck habe vor Allem den Kaiser Napoleon über Gastein trösten, über Italien sondiren und über Frankreichs Haltung aushorchen wollen. Es wird in Zukunft kaum begreiflich erscheinen, dass trotz der steigenden Flut innerer und äusserer Verlegenheiten Napoleon III. damals noch immer jene durch den Pariser Congress von 1856 erworbene, durch die Schlacht von Solferino befestigte, europäische Hegemonie ausübte, die er dem Czaren Nikolaus entrissen hatte.

Jene zehn Jahre (1856—1866), während welcher der Schwerpunkt Europas, scheinbar wenigstens, in den Augen der Diplomatie in Paris lag, bilden eine denkwürdige Episode der Geschichte. Für einen klarblickenden Realpolitiker und einen Menschenkenner wie Bismarck konnte jedoch schon im October 1865 kein Zweifel darüber bestehen, dass der Patient, dessen Puls er damals fühlte, weder physisch noch moralisch, weder im Innern noch nach Aussen, der Aufgabe gewachsen war, die ihm zugefallen. Von diesem unentschlossenen, durch Aufregungen aller Art erschöpften Träumer stand nichts mehr zu befürchten. Zu Pferde steigen, noch einmal das Geschick herausfordern wie im Feldzuge von 1859, dazu schien Napoleon nicht mehr fähig. Mit der festen Ueberzeugung, Frankreich werde eine stricte Neutralität beobachten, verliess Bismarck Biarritz und konnte daher ungescheut die Unvermeidlichkeit des Bruches in Paris betonen.

Wenn es aber noch irgend Jemand in Frankreich gegeben hätte, der daran gedacht haben könnte, den Kaiser Napoleon zu neuen Wagnissen zu elektrisiren, so musste die bedenkliche Wendung der Dinge in Amerika zur höchsten Vorsicht mahnen. Grant hatte dem Bürgerkriege ein Ende gemacht. Die Vereinigten Staaten waren siegreich und kraftbewusst aus dieser schweren Krisis hervorgegangen. Die Constitution war auch durch die Ermordung Lincoln's nicht erschüttert worden. Es konnte daher nicht fehlen, dass Seward die erste Gelegenheit ergreifen werde, um die Franzosen an die Monroe-Doctrin zu erinnern. Die Depeschen Seward's, in welchen der Rückzug der französischen Truppen aus Mexiko unverblümt gefordert wurde, verblüfften das Tuilerien-Cabinet gewaltig. Als ich Paris passirte, gab man sich jedoch noch den Anschein, achselzuckend über die Unverschämtheit der Yankees zu lächeln, und ich ging unter dem Eindrucke nach London, dass ein französischer Krieg mit den Vereinigten Staaten keineswegs ausser dem Bereiche der Möglichkeit liege.

Nach einer stürmischen Ueberfahrt erreichte ich das schneebedeckte London am 11. Januar. Der Tod Palmerston's, von Niemand betrauert, war bereits vergessen. Lord Russell war als Premier-Minister vielleicht mehr an seinem Platze denn als Staats-Secretär des Auswärtigen. Selbstverständlich hatte Clarendon diesen letzteren Posten wieder übernommen und seine Rückkehr in das Foreign Office war von den dortigen Beamten mit Jubel begrüsst worden. Das Ministerium war übrigens schwach und uneinig. Russell hatte vergebens versucht, Bright in das Cabinet zu berufen, aber einstimmig hatten seine Collegen sich eine solche Verstärkung verbeten.

Aus den Privatbriefen, die ich damals an Beust richtete, wähle ich zunächst den nachstehenden, der Streiflichter auf die damalige Weltlage wirft und auf vertraulichen Unterredungen beruht, welche ich im Laufe des Januar mit den tonangebenden Staatsmännern Englands gehabt hatte.

London, den 31. Januar 1866.

Ich verschone Sie mit Conjecturen und Speculationen über den Eindruck, welchen die französische Thronrede in Washington hervorbringen kann. Ich darf jedoch einige Betrachtungen nicht verschweigen, welche hier über die europäischen Rückschläge angestellt werden, die eintreten könnten, falls die transatlantische Intervention Frankreichs der Monroe-Doctrin geopfert werden müsste. Eines ist gewiss: Napoleon III. hat sich seit seinem Regierungsantritte oder mindestens seit Villafranca nie in einer so peinlichen Verlegenheit befunden als heute. Montholon scheint, wie Sir Frederick Bruce, die Anzeichen des nahenden Sturmes übersehen zu haben und die französische wie die englische Diplomatie ist in Washington entweder systematisch dupirt oder gründlich überrascht worden. Bis zum Eintreffen der impertinenten Note Seward's vom 16. December 1865 war Clarendon's Sprache ganz so optimistisch als die Drouyn de Lhuys'. Der preussische Gesandte Herr von Gerold soll jedoch schon längst in seinen Berichten betont haben, wie er den westmächtlichen Optimismus mit seinen eigenen Wahrnehmungen durchaus nicht in Einklang zu bringen vermöge. Ich selbst habe keine Gelegenheit gehabt und auch absichtlich nicht gesucht, mich mit dem französischen Botschafter über diese delicate Frage auszusprechen. Ich weiss jedoch, dass Fürst La Tour d'Auvergne mit gewohntem Freimuth in vertrauten Kreisen sein unabhängiges Urtheil nicht verhehlt hat. Seine persönliche Ansicht geht dahin, man habe in Paris durch zu langes Zuwarten, unverantwortliche Sorglosigkeit und Indolenz die Gefahr selbst heraufbeschworen, die man heute unterschätze.

Jetzt liegt die Sache einfach so: Frankreich muss entweder seine Truppen aus Mexiko zurückziehen und den Kaiser Max seinem Schicksale überlassen, oder sich auf einen

unabsehbaren Krieg mit den Vereinigten Staaten gefasst machen. Nun sagt man zwar, die Amerikaner wollten den Krieg entschieden nicht. Man weiss auch, dass Napoleon denselben ebenso entschieden nicht will. Unter diesen Umständen würde eine Verständigung sehr leicht sein. Gewiss; aber, wohl bemerkt, nur dann, wenn man es mit einer starken, wohlgeordneten Regierung zu thun hätte. Ist eine solche heute in Washington zu finden? Haben die Amerikaner nicht Pièccn veröffentlicht, welche im französischen Gelbbuche geflissentlich weggelassen wurden, weil dieselben schwebende Verhandlungen betrafen? Ist nach dieser Erfahrung daran zu zweifeln, dass das Weisse Haus in Washington einem Glashause gleicht, in welchem sich auch nicht der kleinste Winkel findet, um ein Actenstück, wäre es auch nur acht Tage lang, geheim zu halten? Ist es möglich, einer solchen Regierung Concessionen zu machen? Auf offenem Markte lässt sich über Staatsgeschäfte nicht verhandeln, am wenigsten vermag dies eine europäische Regierung mit den Ministern des ehemaligen Schneidergesellen, der jetzt die Rolle des Präsidenten zu übernehmen genöthigt gewesen ist. Da liegt die Schwierigkeit. Das Ding lässt sich nicht packen. Nun fehlt es bekanntlich niemals an Leuten, die immer an das glauben, was sie wünschen. So ist z. B. hier ein neuer mexikanischer College aufgetaucht, ein Oberst Durand, der es unternommen hat zu beweisen, Mexiko könne bestehen und Kaiser Max, der Erwählte eines freien Volkes, ruhig weiter regieren trotz des Rückzuges der Franzosen. Der vortreffliche Mann fügt jedoch wohlweislich immer ein „wenn nur“ hinzu. „Wenn uns nur die Amerikaner zehn Jahre Zeit lassen wollten, um das Land zu organisiren.“ Da liegt es eben. Die Amerikaner werden sich hüten. Die Argumentation des ehrlichen Durand bestrebt sich den Satz zu beweisen, die Monroe-Doctrin gewähre Mexiko den besten Schutz. Die freie Wahl habe

die jetzige Staatsform geschaffen. Es habe aber jeder Amerikaner das Recht, sich eine Staatsform zu wählen. Die Bewohner Mexikos seien entweder Amerikaner oder sie seien es nicht. Wenn Ersteres, so riefen die jetzigen Royalisten die Monroe-Doctrin zu ihrem Schutze an; wenn Letzteres, so habe die Monroe-Doctrin mit Mexiko überhaupt nichts zu thun. — Das wäre Alles recht schön, wenn nur die Amerikaner ein Interesse daran hätten, in Mexiko eine geordnete Regierung, wie die monarchische Staatsform vielleicht schaffen könnte, in ihrer Nähe aufkommen zu lassen. Das Gegentheil ist der Fall. Denn gelänge das Experiment, so würde es Nachahmung finden und dann könnte das glorreiche Sternenbanner verschwinden und die gemüthliche Anarchie aufhören, in welcher Johnson, Seward & Cie. das Endziel aller Staatsweisheit, das *non plus ultra* menschlicher Glückseligkeit erblicken. Mit einem Worte, die Vernichtung der Monarchie in Mexiko ist für die Union Lebensfrage und eben darum werden die Yankees *nolens volens* auf der Forderung bestehen, die Seward formulirt hat.

Fragt man nun: Was dann? so erhält man hie und da die Antwort: Napoleon werde sich endlich doch zum Kriege entschliessen in der Voraussicht, England werde dann genöthigt sein miteinzutreten. Zu Gunsten dieses Raisonnements wird angeführt, über lang oder kurz sei ein Krieg zwischen England und den Vereinigten Staaten unvermeidlich. Je länger man ihn aufschiebe, desto gefährlicher werde derselbe für England werden, einmal wegen der Stimmung im eigenen Lande, dann auch weil die transatlantische Republik jeden Tag stärker werden müsse, den man ihr gönne, sich von den Nachwehen des kaum beendigten Bürgerkrieges zu erholen. Sei aber Frankreich einmal engagirt, so könne England keinen günstigeren Augenblick finden, um diesen unvermeidlichen Krieg mit Nachdruck zu beginnen und mit einiger Aussicht auf Erfolg zu führen. Alles dies

hat viel für sich. Man vergisst dabei nur Eines: dass Napoleon III. gerade desshalb den Krieg nicht beginnen wird, weil die etwaigen Vortheile desselben nicht Frankreich, sondern England zufallen müssten.

Das Wahrscheinlichste ist, dass die neueste Sprache Drouyn de Lhuys' aufrichtig und dass der Rückzug der Franzosen beschlossene Sache ist. Aber wie wird sich dieser Rückzug vollziehen? *That is the question.* Und diese Frage geht uns weit mehr an als die Eventualität eines westmächtlichen Kreuzzuges gegen den transatlantischen Mob. Man macht geltend, Thron, Dynastie, Alles in Frankreich stehe auf dem Spiele, wolle man die Truppen aus Mexiko zurückziehen, um sie auf Friedensfuss in ihren Kasernen still liegen zu lassen. Napoleon werde daher gezwungen sein, er möge wollen oder nicht, zu handeln und zwar schnell genug, damit der Kanonendonner einer gewonnenen Schlacht oder mindestens die Aussicht auf einen drohenden europäischen Conflict zum Deckmantel dienen könnten, um der heissblütigen Nation die in Mexiko verbrannten Finger zu verbergen.

Wie dem auch sei, voreilig würde es jedenfalls sein, wollte man in Wien die mühsam eingefädelten Verhandlungen nur unter dem Eindrucke abbrechen, Napoleon habe in Mexiko sein Spanien gefunden. Nichts könnte in Paris mehr verletzen. Man vergesse nicht, dass der Kaiser der Franzosen noch immer die Wahl hat, entweder mit Oesterreich gegen Preussen oder mit Preussen gegen Oesterreich zu gehen, wenn es ihm für unabweislich erscheinen sollte, ein Spectakelstück in Europa aufzuführen. Möge man die geschlossene Macht, welche das centralisirte Frankreich noch immer in die Wagschale zu werfen vermag, in Wien nicht unterschätzen. Es handelt sich nicht darum, sich mit dieser oder jener Dynastie, sondern darum, sich mit Frankreich zu verständigen. Dieser Verständigung bedarf man dringend, will man den Sturm bestehen, der

aus dem Golf von Mexiko aufsteigt und sich schneller, als unsere Wetterweisen es sich träumen lassen, über Rhein und Weser entladen kann. Nur ein Mittel giebt es, den drohenden Sturm zu beschwören und den europäischen Frieden zu wahren: die Offensiv- und Defensiv-Allianz Oesterreichs mit beiden Westmächten, mögen dieselben nun in einen Krieg mit Amerika verwickelt werden oder nicht. Diese Allianz würde nicht nur Preussen, sondern auch Frankreich in Schach halten und alle Bismarck'schen Velleitäten paralysiren. Es hiesse Eulen nach Athen tragen, wollte ich dieses Thema weiter ausführen und auf die Schwierigkeiten hinweisen, welche dem Abschlusse eines solchen Dreibundes, insbesondere hier in England, entgegenstehen.

Am 6. Februar erfolgte die feierliche Eröffnung des Parlamentes. Zum ersten Male seit dem Tode des Prinzen Albert hatte sich die Königin entschlossen, diesen Staatsact in Person vorzunehmen. Die acht Isabellen, welche fünf Jahre lang gefüttert und gepflegt worden waren, wie der Apis der alten Egypter oder die weissen Elephanten der Könige von Siam, erschienen wieder zur Freude des Volkes vor dem von Horse Guards umgebenen Staatswagen, in welchem die Königin sich von Buckingham Palast nach Westminster begab. Ich habe sie einmal besucht in ihrem Marstalle, diese *cream-coloured horses,* die, in Hampton Court gezüchtet, nur zu feierlichen Gelegenheiten ein oder zwei Mal im Jahre mit den rothen, reich mit Gold beschlagenen juchtenledernen Geschirren belegt werden, um in feierlichem Schritte den kurzen Weg durch den Park zurückzulegen. Seit Karl II. soll kein Parlament ohne *cream-coloured horses* eröffnet und geschlossen worden sein. In der That erinnern diese Riesenthiere an die Hengste, welche die niederländischen Schlachtenmaler zu porträtiren liebten. Die Königin hatte die Ceremonie zu vereinfachen befohlen. Sie war am Eingange des House of Lords abgestiegen, um den Weg

bis zu ihrem Throne thunlichst abzukürzen. Auch der Königsmantel, welchen sie bei diesen Gelegenheiten anzulegen pflegte, schien zu schwer für die Schultern der Wittwe. Die Obersthofmeisterin musste denselben auf den Thronsessel ausbreiten, bevor die Königin darauf Platz nahm.

Wie in der Regel waren uns Diplomaten die Sitze, welche sonst die Bischöfe einnehmen, rechts vom Throne angewiesen worden. Das Haus war überfüllt, die Peers in ihren scharlachrothen Roben und die Peeresses waren zahlreich erschienen. Die Königin, nachdem sie auf dem Throne Platz genommen, sprach nur die üblichen drei Worte: *Mylords be seated.* Dann gab sie dem ersten Beamten des Hauses, dem *usher of the black-rod,* das Zeichen, die Gemeinen herbeizurufen. Rückwärts schreitend durchmass der Beamte die Länge des Hauses und bald ertönte in dem Corridor der herkömmliche Lärm, der die Ankunft der vom *speaker* geleiteten *commoners* anzukündigen pflegt. Sie dürfen bekanntlich nicht in das Haus selbst, sondern harren vor der Barrière *(bar)* der königlichen Worte. Diese wurden dieses Mal vom Lord Kanzler verlesen und die Ceremonie war beendet. Es bedarf nicht der Bemerkung, dass die Thronrede sich, wie die früheren oder späteren, durch farblose Banalität auszeichnete und Frieden athmete.

Inzwischen hatten sich die Nebel und Dünste verdichtet, welche aus der Pandorabüchse der Gasteiner Convention aufgestiegen waren und bald standen drohende Gewitterwolken rings am Horizonte Deutschlands. Der Federkrieg zwischen Wien und Berlin verbitterte sich von Tag zu Tag. Obgleich nur wenige der gewechselten Schriftstücke amtlich zu meiner Kenntniss gelangten, so kannte ich doch die meisten aus vertraulichen Mittheilungen und konnte privatim darüber berichten:

London, den 17. Februar 1866.

Ich habe gestern Abend Gelegenheit gehabt, die Depeschen zu lesen, welche in neuester Zeit zwischen Oester-

reich und Preussen über die Gasteiner Convention und deren Ausführung gewechselt worden:

1. den Erlass des Grafen Mensdorff an den Grafen Karolyi vom 10. Januar;
2. den Erlass desselben an den Grafen Chotek vom 6. Januar, auf welchen die erstgedachte Depesche Bezug nimmt;
3. die Depesche des Grafen Bismarck an den Freiherrn von Werther d. d. Berlin 26. Januar (metallographirt, acht enggeschriebene Folioseiten);
4. die Antwort darauf, welche Graf Mensdorff an den k. k. Gesandten in Berlin, d. d. Wien 7. Februar, gerichtet; endlich
5. die Begleitsdepesche an den hiesigen k. k. Botschafter, d. d. Wien 9. Februar.

Demselben werden die obgedachten Pièceu zu seiner persönlichen Information mit der Weisung mitgetheilt, falls die Angelegenheit „*du retentissement*" haben sollte, seine Sprache nach Anleitung des österreichischen Erlasses an Karolyi vom 7. d. zu bemessen.

Ich verschone Sie mit einer Analyse dieser umfangreichen Pièceu. Ich will meinen Collegen in Wien und Berlin nicht vorgreifen, auch würde es mir nach einmaliger, durch Zwischenfragen gestörter Lesung kaum gelingen, ein vollständiges Bild dieses Schriftenwechsels zu entwerfen. Um Ihnen jedoch Gelegenheit zu geben, meine Auffassung nach Befinden zu rectificiren, stehe ich nicht an, den ersten Eindruck, den diese unerquickliche Correspondenz auf mich gemacht hat, aufzuzeichnen. Ich thue dies mit den Worten, mit denen ich der freundschaftlichen Aufforderung, mich darüber auszusprechen, nachgekommen bin. Selbstverständlich handelte es sich dabei nur um einen ganz vertrau-

lichen Gedankenaustausch zwischen zwei langjährigen politischen Freunden.

Die preussische Depesche vom 26. Januar ist für die Zukunft wie für die Vergangenheit bei weitem die lehrreichste. Es wird darin mit der bekannten eigenartigen Aufrichtigkeit das ganze Arsenal jener kleinen Schreckmittel wieder durchmustert, welche in Gastein und Salzburg so erfolgreiche Anwendung gefunden. Der Kaiser von Oesterreich und seine Minister werden daran erinnert, wie der gemeinsame Feind, die Revolution, erfolgreich nur dann bekämpft werden könne, wenn Oesterreich und Preussen mit Aufbietung aller ihrer Mittel gegen dieselbe Front machen. Mit Bedauern wird dabei hervorgehoben, dass die wider Frankfurt verabredeten Massregeln nicht zur Ausführung gelangt seien, weil der Wiener Hof die anfangs zugesagte Unterstützung im entscheidenden Momente verweigert habe. Aber nicht nur dem rebellischen Frankfurt gegenüber habe Oesterreich das conservative Preussen im Stiche gelassen, es habe auch in Altona Massenversammlungen süddeutscher und holsteinischer Demokraten geduldet, denen ähnlich, gegen welche in Frankfurt einzuschreiten man sich in Salzburg versprochen habe. So scharf auch dem k. k. Cabinet der Text gelesen und die Beschuldigung, augustenburgische Intriguen zu begünstigen, betont wird, so möchte doch darin der eigentliche Zweck dieses Schriftstückes nicht zu suchen sein. Dasselbe ist offenbar, wie die Engländer sagen, *for home consumption* geschrieben und auf den König von Preussen berechnet, dessen bittere Enttäuschungen in so schwungvollen Klagetönen geschildert werden. Vielleicht hoffte man auch durch diese Jeremiaden persönlich auf den Kaiser Franz Joseph zu wirken, da Werther ermächtigt wird, eine Abschrift zurückzulassen, falls Mensdorff den Wunsch hege, die Depesche zur Kenntniss seines Kaisers zu bringen.

Die Drohung, Preussen werde genöthigt sein, seine eigenen Interessen zu Rathe zu ziehen, contrastirt allerdings seltsam mit jenen sentimentalen Anspielungen auf bekannte Idiosynkrasien.

Jedenfalls haben die Mittheilungen, welche mir der alte Staatsrath seiner Zeit über die in Salzburg vorherrschende Stimmung gemacht hat, an dieser preussischen Depesche einen unerwarteten Probirstein gefunden. Der Mann hat uns damals die volle Wahrheit gesagt und das verdient constatirt zu werden.

Das heraufbeschworene Schreckbild der Revolution scheint jedoch diesmal den gewünschten Effect nicht gehabt zu haben. Mensdorff's Antwort ist männlich und fest. Er stellt sich ganz logisch auf den Standpunkt des Gasteiner Vertrages und interpretirt dieses unselige Abkommen in der Weise, welche den Interessen Deutschlands mit denen der Herzogthümer selbst am besten entsprechen möchte. *Il tourne cependant toujours dans un cercle vicieux* und ich habe mir erlaubt zu bemerken, dass ich in den Erlassen vom Januar wie in dem vom 7. Februar das *compelle* vermisste, nämlich die praktische Spitze einer Drohung. Diese wäre sehr leicht zu formuliren gewesen, wenn man dem Schlusssatze der letztgedachten Depesche einfach hinzugefügt hätte: „Oesterreich ist an das Gasteiner Abkommen nur so lange gebunden, als Preussen dasselbe seinerseits respectirt; geht Preussen in Holstein und in Schleswig mit Annexionsprojecten vor, so kann Oesterreich nur mit der Einsetzung Friedrich's VIII. als Herzog von Holstein im Einverständnisse mit dem Deutschen Bunde antworten.“ — Oder hätte Graf Bismarck eine derartige Drohung provociren wollen, um damit die bekannte Friedensliebe seines Herrn zu bekämpfen? Eine solche Befürchtung würde allerdings die in der Form scharfe, in der Sache selbst übertrieben vorsichtige Sprache des k. k. Cabinets einigermassen

erklären. So lange die Lage der Dinge in Ungarn noch nicht gestattet, das Schwert zu ziehen, thut man in Wien wohl daran, nicht mit demselben zu rasseln.

Fast komisch klingt es, wenn in dem österreichischen Erlasse vom 7. als Beweis, wie fest Oesterreich an Preussen halte, das getrübte Verhältniss zu den Mittelstaaten hervorgehoben wird, welche durch die Anerkennung Italiens eine Wiedervergeltung geübt hätten. Ist doch jene Wiedervergeltung einzig und allein das Werk Preussens. Weiss man denn in Wien nicht, dass sich der preussische Gesandte, als er dem Könige Victor Emanuel den schwarzen Adlerorden überreichte, sagen lassen musste, die Interessen Preussens seien identisch mit denen Italiens? Es hat nichts verlautet, dass Graf Usedom gegen diese Gleichstellung sich verwahrt oder Graf Bismarck sich darüber beschwert habe. Und doch ist es nicht wohl zu begreifen, wie die Interessen Preussens im gegenwärtigen Augenblicke gleichzeitig mit denen Oesterreichs und mit denen Italiens identisch sein können.

Es bedarf wohl nicht der Bemerkung, dass der vorstehende Brief nicht *in usum Delphini* d. h. nicht für den k. k. Gesandten in Dresden geschrieben ist.

Wenn Stürme drohen, bleiben die Sturmvögel nicht aus. So war auch in den letzten Tagen des Februar der mehrerwähnte Staatsrath aus Brüssel wieder einmal nach London gekommen. Er war in Wien und in Paris gewesen und hatte allerhand zu erzählen. Der Skepticismus, mit welchem ich seine Mittheilungen damals aufnahm, war, wie die Folge mich belehrt, nicht allenthalben gerechtfertigt. Der alte Mann war vielleicht ebensowenig wie Heine's Atta Troll ein Charakter, aber jedenfalls ein Talent. Wer ausschliesslich hinter den Coulissen lebt, weiss besser, was dort vorgeht, als die Schauspieler auf der Bühne. Wilderer sind oft bessere Schützen, als die herrschaftlichen Förster und Jäger. Dennoch wird man den

ersteren darum nicht die amtliche Verwaltung eines Forstbezirkes anvertrauen.

Da es mir darum zu thun ist, die Entwickelungsgeschichte des Krieges von 1866 möglichst klar zu stellen, so nehme ich keinen Anstand, den Privatbrief zu veröffentlichen, in welchem ich die Mittheilungen des Alten gewissermassen zu Protokoll gebracht hatte. Die späteren Ereignisse haben bewiesen, dass mein Gewährsmann über die Rathlosigkeit, welche damals in Wien herrschte, sowie über die Anarchie, welche der abgetragene französische Kaisermantel vor den Augen der Menge wie vor denen der fremden Höfe verhüllte, nicht zu schwarz gesehen hat.

Merkwürdig ist auch, dass der ungarische Ausgleich im Keime schon vor dem Kriege vorlag und dass die Krönung Franz Joseph's als König von Ungarn anfangs 1866 bereits beschlossen war.

London, den 2. März 1866.

Der Staatsrath ist wieder einmal aus Brüssel herübergekommen. Was er eigentlich will, weiss ich nicht. Sein alter Gönner Palmerston, der seine *exposés* freigebig honorirte, ist todt. Ebenso der König Leopold I., der sich des Alten zuweilen als eines Zwischenträgers bediente. Russell und Clarendon haben, soviel ich weiss, keinen Verkehr mit ihm. Disraeli und Lord Robert Cecil hören ihn zuweilen an, scheinen aber seinen Enthüllungen kein grosses Gewicht beizulegen. Uns hat er im vorigen Jahre über die Salzburger Verhandlungen reinen Wein eingeschenkt und in Erinnerung daran habe ich ihn geduldig angehört. Sie wissen jedoch, wie schwer es ist, ihm zu folgen. Er kommt von dem Hundertsten auf das Tausendste, vermengt die Gegenwart mit der Vergangenheit und seinen pessimistischen Ausblicken auf die Zukunft. Ich will jedoch versuchen, einige Methode in diesen *rambling talk* zu bringen, seine Mittheilungen zu gruppiren und kurz zusammenzufassen. *Relata refero, et sous toute réserve.*

I. Oesterreich.

Im Innern dauere das Intriguenspiel fort. Moritz Esterhazy sei Herr der Lage, leite hinter den Coulissen die Marionetten. Er allein habe das Ohr des Kaisers. Er allein wähle aus den Berichten der Botschafter und Gesandten diejenigen, welche Seiner Majestät vorgelegt werden. Wird er sich entschliessen, als Premier-Minister amtlich hervorzutreten? Das sei ungewiss. Vor der Hand habe er sich geständigermassen absichtlich mit Nullitäten und mit dienstwilligen Werkzeugen umgeben. . . . .

Als Ausgang aller dieser Intriguen sei der Dualismus im Kaiserstaate, d. h. ein zwischen Wien und Pesth hin- und herschwankendes Regiment, unvermeidlich. Die Ungarn dächten nicht daran, Concessionen zu machen. Nur von ihren Prätensionen. nicht von ihren Gegenleistungen sei die Rede. Wie die dualistische Regierung praktisch zu gestalten sein werde, davon habe man noch keine Idee. Der Staatsrath rühmt sich, beauftragt worden zu sein, ein Mémoire über diese Frage aufzusetzen. Das sei geschehen. Eine wandernde Commission, die das eine Jahr in Wien, das andere in Pesth zu tagen haben werde, scheine die beste Chance zu haben. Auswärtiges Amt und Armee wünsche man als Reichsangelegenheiten in der Hand zu behalten. Vom Kaiser allein solle es abhängen, ob er die in seiner jeweiligen Residenz weilenden ungarischen Minister zu Reichsministern machen wolle oder nicht. Man tappe übrigens ganz im Dunkeln, habe nichts Positives vorzuschlagen und wenn diese Rathlosigkeit andauere, so stehe der Zerfall der Monarchie zu befürchten.

Anlangend die äussere Politik, so ergaben sich folgende Hauptgesichtspunkte:

1. Stellung zu Preussen. Informant war hierüber schlecht unterrichtet. Er hatte von dem neuesten Depeschen-

wechsel keine Ahnung. Es konnte selbstverständlich nicht meine Aufgabe sein, ihm davon sprechen. Er behauptet, im Auftrage Esterhazy's ein Mémoire verfasst zu haben, um gewissen Aeusserungen die Spitze abzubrechen, welche bei Verleihung des schwarzen Adlerordens an den Fürsten de Ligne gefallen sein sollen. Er will in diesem Schriftstücke betont haben, die Freundschaft sei einseitig. Solange Oesterreich, wie in Gastein und Salzburg, Concessionen mache, werde dieselbe dauern. Dass Preussen kein Opfer dafür zu bringen gedenke, wisse der Kaiser aus des Königs Munde, welcher in Salzburg jede territoriale Entschädigung in Schlesien als unmöglich perhorrescirt habe. Dies habe die Wirkung nicht verfehlt. Esterhazy sei ganz zufrieden mit dem Eindrucke, welchen das Mémoire hervorgebracht. Esterhazy sei jetzt ganz antipreussisch, wünsche aber den *status quo* in den Herzogthümern zu erhalten, solange die innere, ungarische Frage noch nicht gelöst sei. Es könnte dieselbe jedoch Europa gegenüber thatsächlich durch die Krönung des Kaisers als König von Ungarn sofort gelöst werden; man könnte dann in einer Circulardepesche die vollendete Thatsache der Versöhnung verkündigen, ohne den Mächten zu sagen, auf welchen Grundlagen dieselbe erfolgt sei. Wichtiger als die Aussöhnung mit Ungarn sei die Aussöhnung mit Deutschland. Hier sei Entschlossenheit dringend geboten und der Augenblick zum Handeln gekommen. Die Entschädigungssumme von vierzig Millionen, welche Preussen für Holstein offerirt, habe man in Wien abgelehnt. Territoriale Compensationen seien nicht zu erlangen. Sonach bleibe nichts übrig, als Schleswig, wo die Bundes-Competenz zweifelhaft, *protestando* liegen zu lassen, aber in Holstein energisch voranzugehen, die Stände zu berufen, Friedrich VIII. einsetzen zu lassen und den Bundestag zu reactiviren. In diesem Sinne habe er nach Wien geschrieben und wolle er jetzt dort wirken. Die Frage sei

nur, ob Oesterreich in Frankfurt auf eine Majorität rechnen könne.

Dass der König von Preussen den Grafen Bismarck fallen lassen werde, wenn dies das einzige Mittel den Frieden zu erhalten, sei unzweifelhaft.

2. Stellung zu Frankreich. Diese habe sich seit der letzten Anleihe gebessert, bei welcher man das Haus Rothschild glücklich hinausmanövrirt.

Esterhazy halte den Fürsten Richard Metternich für einen *homme à expédients,* der ganz unter dem persönlichen Einflusse Napoleon's stehe und in Wien kein Gewicht habe. Er schreibe vortrefflich und sei geistreicher als seine Collegen. Seine Berichterstattung laufe jedoch darauf hinaus: „Allianzen mit Napoleon seien unmöglich; Napoleon werde Oesterreich nicht angreifen und wenn er das nicht thue, wer könne daran denken? Ueber Italien sich mit Napoleon zu verständigen, sei *out of question.*"

In seiner letzten Unterredung mit Esterhazy habe dieser dem Staatsrath versichert, Metternich's Garantie genüge ihm nicht, um ihn über die Gefahr eines französischen Angriffes zu beruhigen. Informant will dann dem Grafen zu Gemüthe geführt haben, Europa und insbesondere Oesterreich und Preussen lebten von dem Staatsstreiche vom 2. December. Die Regierung Napoleon's III. bilde den einzigen Damm gegen die Revolution und sei trotzdem und trotz alledem conservativer als jede andere in Frankreich denkbare. Dagegen habe Esterhazy nichts einzuwenden gehabt, Metternich's negative Politik jedoch desshalb getadelt, weil er nur an das Heute, nicht an das Morgen denke und seine ganze Argumentation auf zwei Augen beruhe. Wenn diese sich schlössen, was solle werden?

3. Stellung zu England. Esterhazy theile Metternich's Abneigung gegen England. Mit den Leuten hier sei nichts anzufangen. Von moralischer Unterstützung könne man

nicht leben. Unglücklicherweise habe Esterhazy von den diplomatischen Fähigkeiten seiner beiden ungarischen Landsleute, welche Oesterreich hier und in Berlin vertreten, keine sehr hohe Meinung. Ihre Berichte, namentlich die des Ersteren, gelangten meist ungelesen in die Acten. Neue Ideen würden freilich daraus nicht zu holen sein, denn der nur erwähnte österreichische Diplomat habe dem Staatsrath ganz im Geiste der alten Schule die naive Frage vorgelegt, ob ein Botschafter überhaupt eigene Gedanken haben dürfe.

„Nun, wenn er welche hat," will der Alte geantwortet haben, „so kann dies weiter nichts schaden."

Der Staatsrath fragte mich dann, was er unter diesen Umständen Esterhazy über England sagen solle? Ich konnte nur erwiedern, so uneinig die englischen Minister über innere Fragen seien, so einig seien sie über die äussere Politik. Auch sei es vollkommen gleichgültig, wer an das Ruder gelange. In der Auffassung der continentalen Zustände im Allgemeinen werde ein Ministerwechsel nichts ändern. Mit Recht oder Unrecht betrachte man nun einmal hier Paris als die Hauptstadt des Continents und Frankreich als die einzige Macht, von welcher man etwas zu fürchten oder zu hoffen habe. Innerhalb dieses Credo's seien Lord Russell und Lord Clarendon persönlich gut für Oesterreich disponirt. Letzterer sei glücklich darüber, seine Amtsführung mit dem Abschlusse des Handelsvertrages begonnen zu haben. Bezüglich Ungarns bewiesen sie dem k. k. Cabinet ihre Sympathie durch den vernünftigen Rath, der Kaiser möge ja die Armee und die Auswärtigen Angelegenheiten ungetheilt in der Hand behalten. Man möge sonach Englands *moral support* nicht unterschätzen und versichert sein, dass der alte Palmerston'sche Hass mit Palmerston im Grabe modere. Vor allen Dingen möge man bedenken, dass ein exclusives österreichisch-französisches Schutz- und Trutzbündniss Eng-

land nöthigen werde, eine Annäherung an Russland und Preussen zu suchen. Für Italien habe Clarendon nie sehr warme Sympathien gehegt; diejenigen, die Russell, als er noch im Unterhause war, den Radicalen zuliebe zur Schau getragen, seien längst abgekühlt. Wäre es also möglich, die insulare Abneigung gegen alle continentalen Allianzen zu überwinden, so würde, wie die Dinge heute lägen, eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen Oesterreich, England und Frankreich diejenige Combination sein, welche die beste Gewähr für den Weltfrieden bieten und zugleich den wohlverstandenen Interessen Oesterreichs und Frankreichs am meisten entsprechen könnte. Eine solche Allianz würde den wilden französischen Elephanten zwischen den beiden zahmen in Schach halten und den drei Mächten gestatten, auf dem Continente geradezu Alles zu thun, was sie nur wollten, um den Frieden zu sichern und sogar eventuell an eine allgemeine Entwaffnung zu denken.

Der Staatsrath will diese Gedanken in einem Mémoire zu Papier bringen und Esterhazy dafür zu gewinnen suchen, da dieselben jedenfalls den Vorzug vor der von Richard Metternich empfohlenen negativen Politik verdienten. Indessen seien Esterhazy's Vorurtheile in dieser Richtung schwer zu überwinden und Napoleon scheine auch einer intimeren Annäherung an England dermalen abgeneigt. „*Je ne veux rien de l'Angleterre,*" habe der französische Kaiser vor wenigen Tagen dem Staatsrath gesagt, „*nous sommes en bonnes relations, mais sans aucune intimité. Je n'ai pas besoin d'eux et je ne leur demande rien.*"

4. Stellung zu Italien. Jede Verständigung mit Florenz sei, sowie die Anerkennung des Königreiches Italien, ein Ding der Unmöglichkeit. Man habe in Oesterreich die Hoffnung, nach Napoleon's Tode Mailand zurückzuerobern, keineswegs aufgegeben. Esterhazy spiele den ferventen Katholiken und hoffe dadurch seinen kaiserlichen



Herrn immer mehr für sich zu gewinnen. Unter vier Augen gestehe er jedoch ein, dass das Concordat ein Fehler gewesen. Unlängst habe dieser ungarische Staatsmann den abenteuerlichen Gedanken gehabt, die französischen Truppen in Rom durch österreichische und spanische zu ersetzen [1]), um dem Papste ein *modus vivendi* zu sichern. Bevor man den amtlichen Weg betreten und eine Anfrage darüber nach Paris gerichtet, habe Esterhazy glücklicherweise den Staatsrath beauftragt, das Terrain zu sondiren. Dies sei geschehen und Kaiser Napoleon habe mit ihm in einer längeren Unterredung sehr aufrichtig über die römische Frage gesprochen. Völlig gleichgültig über das Schicksal Italiens wie über die Zukunft Roms, habe Napoleon eine gewisse Schadenfreude durchblicken lassen über die Verlegenheiten, welche die September-Convention dem Papste und den Cardinälen bereite. Er habe lange genug den Gendarmen gespielt und schlechten Dank geerntet. Der Papst sei ein alter, schwacher Mann, Antonelli ein Intrigant; an beiden sei nichts gelegen, sie möchten nur sehen, wie sie mit den Römern fertig würden. Ob das *pouvoir temporel* aufrecht erhalten werden könne, sei Nebensache. Die September-Convention habe im Grunde keinen anderen Zweck gehabt, als die thatsächliche Unterstützung unmöglich zu machen, welche andere katholische Mächte dem Papste gewähren könnten. Den Gedanken einer österreichischen Intervention, um dem jetzigen Papste ein *modus vivendi* zu gewähren *quitte à s'entendre avec son successeur*, habe Napoleon für unpraktisch erklärt, da der Kaiser der Franzosen nicht dulden könne, dass seine Truppen durch österreichische abgelöst würden.

---

[1]) Dieser Gedanke stammte nicht von Esterhazy, sondern von dem Herzog von Gramont, französischer Botschafter in Wien. Siehe dessen Privatbrief vom 15. September 1862 in: Thouvenel, Le Secret de l'Empereur. vol. II, pp. 390—404.

II. Belgien.

Der junge König habe alle väterlichen Velleitäten der Selbstregierung über Bord geworfen und sei *roi constitutionnel dans la force du terme.* Er habe sofort ein Rundschreiben an die grossen Höfe erlassen, um zu erklären, dass er sich von allen Massnahmen und Verabredungen seines Herrn Vaters lossage, welche mit der Neutralität Belgiens nicht in Einklang zu bringen seien. Die geheime Verabredung, welche die belgische Armee eventuell Frankreich zur Disposition gestellt, bestehe daher nicht mehr und Leopold II. habe auch alle und jede Betheiligung an dem mexikanischen Abenteuer perhorrescirt.

III. Frankreich.

Ueber die innere Lage Frankreichs liess sich der Staatsrath folgendermassen vernehmen:

„Für Napoleon dominirt im gegenwärtigen Augenblicke die innere Lage alle auswärtigen Sorgen. Er kann sich nicht verhehlen, dass ihm das Wasser bis an die Kehle steht. Er gleicht dem Kranken, der genug von der Medicin versteht, um das Maximum seiner eigenen Pulsschläge zu kennen. Seine Uhr geht nach; aber er weiss die Stunde, in welcher sie abgelaufen sein wird; er sucht nach dem Uhrschlüssel, ohne ihn zu finden.

Die Bildung eines *tiers parti* ist seit 1815 jedem französischen Gouvernement verderblich geworden. Er weiss es.

Morny ist todt. Walewski ist kein Morny.

Er wird in Mexiko nachgeben. Er kann keinen Krieg mit den Vereinigten Staaten führen und überhaupt kein Spectakelstück mehr in Scene setzen wie 1859, um den Virus der Revolution nach Aussen zu werfen. Er ist kein Feldherr. Solferino hat ihm gelehrt, dass er nicht noch einmal ein solches Wagniss unternehmen kann. Er hat

keine Generale, und denen, die sich dafür ausgeben, traut er nicht. Seine Minister sind uneinig, keiner traut dem andern. In Wahrheit herrscht die Anarchie.

Girardin, des Prinzen Jerôme Napoleon Vertrauter, hat durch seinen Rücktritt von dem Journal „La Presse“ dem Kaiser einen schlimmen Streich gespielt.

Bisher hatte Napoleon III. seinem unlogischen Volke gegenüber die Logik für sich. Jetzt ist die Logik der Thatsachen gegen ihn. Ob sich Napoleon, wenn er sich zu liberalen Concessionen entschliesst, noch einige Jahre halten kann? — möglich, aber nicht wahrscheinlich.

Er ist krank, sehr krank.

Von alledem ahnen die in Paris accreditirten Diplomaten nichts.“

Zweites Kapitel.

London.

März bis Mai 1866.

Preussisch-italienische Verhandlungen. — Privatbrief vom 4. März 1866: Oesterreich, wenn nöthig, entschlossen den Krieg mit Preussen und Italien zugleich aufzunehmen, beharrt bei seiner Interpretation des Gasteiner Vertrages; Anfrage, was von England zu erwarten, falls Preussen angreife. — Privatbrief vom 7. März 1866: Unterredung zwischen dem k. k. Botschafter und Lord Clarendon; Englands Neutralität; Nahe bevorstehender Zusammentritt der Pariser Conferenz über die Donaufürstenthümer. — Privatbrief vom 8. März 1866: Drohende Unsicherheit der Sachlage in England wie in Europa. — Brief vom 11. März an den Herausgeber der „Times“: *Pax vobiscum.* — Tod der Königin Amelie, Wittwe Louis Philipp's. — Gladstone's Reform Bill. — Dreimonatliches Bündniss zwischen Preussen und Italien vom 8. April. — Preussischer Bundesreform-Vorschlag in Frankfurt eingebracht. — Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich über die Cession Venetiens. — Privatbrief Gladstone's an den Verfasser vom 18. April 1866, Venetien betreffend. — Privatbrief vom 2. Mai 1866: Lord Russell's Empfehlung, Venetien abzutreten, von Mensdorff ablehnend beantwortet; Die Verlegenheiten des k. k. Cabinets nur in Paris zu lösen, Napoleon jedoch will den Krieg. — Nigra's Telegramm an La Marmora vom 5. Mai. — Privatbrief vom 7. Mai 1866: Die preussische Mobilisirungs-Ordre; Der französische Botschafter leugnet das Bestehen eines Bündnisses zwischen Preussen und Italien und versichert, die Congress-Idee sei aufgegeben; Thiers' Rede; Ansprache von Auxerre.

Wir haben in dem vorstehenden Kapitel anzudeuten versucht, wie zu Anfang des Jahres 1866 in London, Paris, Wien und Berlin die Dinge lagen.

In Italien hatte der Rücktritt des Finanzministers Sella zu einer bedenklichen Krisis geführt, welche der König Victor Emanuel beendete, indem er den General La Marmora wiederum mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraute. Niemand besser als dieser vermochte ein Bild der Verwirrung zu ent-

werfen, die damals im neuen Königreiche herrschte, und es wird nicht unwichtig sein, an die eigenen Worte dieses Gewährsmannes zu erinnern:

„Manche behaupten," sagt La Marmora in seiner schon erwähnten Schrift, „dass ich diese Aufgabe (nämlich die Bildung eines neuen Ministeriums), obwohl es zur Genüge bekannt war, dass ich mich nicht um sie beworben, nur darum übernommen habe, um das Einverständniss mit Preussen, für den Krieg mit Oesterreich, zu beschleunigen, der uns in den Besitz Venetiens setzen sollte. Obwohl diese Annahme für mich schmeichelhaft ist, kann ich sie doch nicht ganz zugeben, und ich gestehe, dass ich in jenen Tagen mich weit mehr mit unserer höchst schwierigen inneren Lage, als mit der noch sehr problematischen preussischen Allianz ernstlich beschäftigte. Die Erbitterung der Parteien, sowie die Verwirrung der Ideen und der Principien waren bis zu dem Grade gediehen, dass, während nicht Wenige an unseren Finanzen verzweifelten, Andere, gewichtige Männer, einander zuflüsterten: es sei unmöglich, mit dieser Kammer zu regieren."

Diese Worte lassen keinen Zweifel darüber, dass La Marmora nicht daran dachte, eine Initiative Preussen gegenüber zu ergreifen. Und doch wusste er schon seit Anfang December 1865, dass die directe Verständigung mit Oesterreich, welche Graf Malaguzzi in Wien versucht hatte, gescheitert war. Kaum war nun der Handelsvertrag mit dem deutschen Zollverein am 3. März 1866 unterzeichnet, als Graf Bismarck, ohne die erst am 14. desselben Monats erfolgte Auswechselung der Ratificationen abzuwarten, das italienische Cabinet mit der Aufforderung überraschte, einen General in geheimer Sendung nach Berlin zu schicken. Victor Emanuel, der seine eigene Diplomatie hatte, und namentlich mit Napoleon III. durch persönliche

Vertrauensmänner ausserhalb des officiellen gesandtschaftlichen Weges zu verhandeln liebte, sandte zunächst den Grafen Arese nach Paris, um anzufragen, ob man der preussischen Einladung entsprechen solle. Man hätte sich diese Anfrage ersparen können. Napoleon III. hatte inmitten der inneren und äusseren Verlegenheiten, die die Freiheit seiner Action hemmten, nur einen Gedanken und diesen hatte mir Drouyn de Lhuys schon im Januar 1865, wie er selbst sagte, mit cynischer Offenheit verrathen. Der Kaiser der Franzosen hoffte im Trüben zu fischen und, ohne das Wagniss eines eigenen Krieges auf sich zu nehmen, in der europäischen Krisis, die sich vorbereitete, etwas für sich zu lucriren. Konnte er zugleich sein im Jahre 1859 übereilt gegebenes Wort einlösen und die Abtretung Venetiens von Oesterreich erlangen, so war ihm dies nur erwünscht, solange man nicht von ihm verlangte, sich bei der *quarta riscossa* zu betheiligen. Die preussisch-italienische Allianz begünstigte er daher im Stillen um so mehr, als er Oesterreichs Streitkräfte überschätzte und überzeugt war, der Kaiserstaat werde Preussen eine empfindliche Niederlage beibringen. Napoleon hoffte dann als *Deus ex machina* Preussen vom Untergange zu retten und sich für seine Intervention durch die Rheingrenze bezahlen zu lassen; Alles dies ohne nöthig zu haben, selbst zum Schwerte zu greifen. Dieser falsche Calcul, welcher auf einer damals auch in England sehr verbreiteten Unterschätzung der preussischen Armee beruhte, erklärt alle Schach- und Winkelzüge des Tuilerien-Cabinets vor und nach der Schlacht von Sadowa.

Arese wurde mit dem Bescheid entlassen, Victor Emanuel möge ja einen General nach Berlin senden und thunlichst bald ein Schutz- und Trutzbündniss mit Preussen abschliessen.

Von alledem besass man in Wien jedoch noch keine sichere Kunde, als man sich entschloss, dem Federkriege mit Preussen ein Ende zu machen und die Zähne zu zeigen.

Die nachstehenden Privatbriefe enthalten einige Andeutungen über die damalige Stimmung des k. k. Cabinets.

London, den 4. März 1866.

Das k. k. Cabinet hat, wie bereits bekannt sein wird, endlich die Wahrheit der Sätze begriffen, welche wir am Vorabende von Gastein in Wien entwickelt hatten. Oesterreich ist an die äusserste Grenze seiner negativen Politik gelangt. Es hat erkannt, dass ein unglücklicher Krieg für den Kaiserstaat kaum schlimmere Folgen haben würde, als ferneres Nachgeben. Man wird in Wien nichts thun, um den Bruch mit Preussen zu provociren, man ist jedoch fest entschlossen, es darauf ankommen zu lassen. Definitive Lösungsvorschläge in Sachen der Elbherzogthümer werden gewissenhaft geprüft werden. Man wird jedoch alle und jede Annexion oder Personal-Union der Herzogthümer mit Preussen verwerfen und fest bei der Interpretation beharren, welche der Gasteiner Convention im Erlasse vom 7. Februar gegeben worden ist. Der Kaiser rechnet dabei weniger auf die Unterstützung Deutschlands als auf sein gutes Recht und die opferwillige Treue seiner Unterthanen.

Man glaubt zu wissen, dass Graf Bismarck wiederum, wie im verflossenen Sommer, geheime Verhandlungen in Florenz angeknüpft hat, um Victor Emanuel zu einem Offensiv-Bündnisse zu bewegen. Man will sich jedoch durch die Gefahr, nach beiden Seiten hin Front machen zu müssen, nicht abhalten lassen, gleichzeitig den Krieg mit Preussen und mit Italien aufzunehmen.

Dies der Hauptinhalt eines Erlasses, welchen ein eben eingegangener Courier dem hiesigen k. k. Botschafter überbracht hat. Derselbe wird angewiesen, diese Entschliessungen seines Hofes zur Kenntniss der britischen Regierung zu bringen und damit die vertrauliche Anfrage zu verbinden, was England im Falle einer preussischen Aggression zu thun gedenke?

Es wäre voreilig, wollte ich mit Bestimmtheit die Antwort Lord Clarendon's voraussagen. Die Unterredung soll morgen stattfinden. Von der kriegerischen Depesche soll hier keine Abschrift gelassen werden und ich habe dieselbe selbst nicht gelesen.

London, den 7. März 1866.

Die vorgestrige Unterredung zwischen dem k. k. Botschafter und Lord Clarendon ist gerade so ausgefallen, wie ich vorausgesehen hatte. In Wahrheit hätte sich Apponyi die Mühe ersparen können, den ersten Staatssecretär aufzusuchen, um die Depesche zu beantworten, die ich in meinem Briefe vom 4. zu analysiren mich beeilt hatte. „Wohlwollende Neutralität“ hatte ich dem Grafen sofort geantwortet, als er mich fragte, was Oesterreich von England zu erwarten habe. Clarendon hat eine definitive Erwiederung selbstverständlich von der Entscheidung des Cabinets abhängig gemacht, dabei jedoch nicht verhehlt, wie er für seine Person nicht abzusehen vermöge, in welcher Weise sich England überhaupt in diese Angelegenheit einmischen könne. Bekannt sei, dass die Abneigung des englischen Volkes, sich in continentale Verwickelungen hineinziehen zu lassen, täglich zunehme; bekannt auch, wie sehr die öffentliche Meinung von vornherein das Vorgehen Oesterreichs und Preussens gegen Dänemark beklagt habe. Bei allen Sympathien für Oesterreich und bei allen Antipathien gegen die Bismarck'sche Politik werde daher den englischen Ministern, falls die gegenwärtige Differenz zum Kriege führe, nichts übrig bleiben als die Einhaltung einer stricten Neutralität. Bei alledem will Apponyi constatirt haben, dass Clarendon den neuesten Entschliessungen des k. k. Cabinets vollen Beifall schenkt und ganz davon durchdrungen ist, Oesterreich könne nicht anders handeln, als es nach der erwähnten Depesche zu handeln entschlossen ist.

Graf Bernstorff bestrebt sich vergebens, sich und Anderen einzureden, Preussen könne sich der fortwährenden Provocationen seitens Oesterreichs nicht erwehren. Es ist ihm noch vor kurzem von sehr einflussreicher Seite zu Gemüthe geführt worden, wie sehr es, wenn dem so sei, für Preussen zu bedauern, dass Deutschland und Europa die Provocationen nicht in Wien, sondern in Berlin suchten.

Die Donaufürstenthümer anlangend, so bestrebt sich Russland, die neueste türkische Circular-Depesche zu verwerthen, um die Conferenz in Paris zu hintertreiben und den Sitz derselben nach Constantinopel zu verlegen. Diese Bestrebungen dürften keinen Erfolg haben. Nach vorläufiger Verständigung mit dem Wiener Hofe sind die amtlichen Einladungsschreiben von Paris bereits abgegangen und der Zusammentritt der Conferenz wird dort binnen acht bis zehn Tagen erwartet. Ist die Conferenz einmal constituirt, so könnte jede Frage, welche eine Störung des Weltfriedens involvirt, vor diesen in Paris tagenden europäischen Areopag gebracht werden.

Am Tage darauf skizzirte ich die Sachlage in wenigen Worten, die ich an meine Mutter richtete.

London, den 8. März 1866.

Die Wellen gehen wieder einmal hoch genug und zu schreiben gäbe es viel, wenn die Post nur eine sichere Gelegenheit wäre. Noch leben wir in Erwartung der Dinge, die da kommen sollen. Wie wir jedoch ohne Krieg aus dieser Verwirrung herauskommen werden, das weiss Gott allein. Die Sache ist gründlich verfahren. England lebt auch von der Hand in den Mund. Man hält die Tage des Ministeriums für gezählt und Niemand weiss, was das Ende der Krisis sein wird. Die orientalische Frage steht ebenfalls wieder auf der Tagesordnung und in Frankreich wer-

den die Kammern unangenehm. Ueberall liegt Zündstoff, ein Funke — und Europa steht in hellen Flammen. Die dünne Lavakruste, die uns das Chaos verhüllt, wird dünner und immer dünner und das unterirdische Feuer schlägt überall durch unsere staatlichen und kirchlichen Zustände. Gott gebe es gnädig!

Die Besorgniss eines nahe bevorstehenden Bruches ergriff inzwischen in Deutschland alle Friedensfreunde. Letztere glaubten in dem XI. Artikel der Bundesacte einen Rettungsanker entdeckt zu haben und die deutschen Zeitungen verbreiteten mit Behagen diese Entdeckung. Obgleich ich fest überzeugt war, die Bundesacte werde im Jahre 1866 ebensowenig wie die goldene Bulle im Jahre 1756 die Ereignisse aufhalten, so schien es doch angezeigt, diesen XI. Artikel zur Kenntniss des englischen Publicums zu bringen. Denn da die Regierung nun einmal von der öffentlichen Meinung abhängig ist, so konnte es nichts schaden, letztere in ihrem Wunsche, den Frieden zu bewahren, zu bestärken. Ohne irgend Jemand etwas zu sagen, sandte ich den nachstehenden Artikel an Delane, Chef-Redacteur der „Times", auf dessen Discretion ich unbedingt rechnen durfte. Dieser nahm den Artikel nicht nur auf, sondern gab demselben auch in seiner Nummer vom 13. März eine in die Augen springende Stelle:

The Times. Tuesday, March 13. 1866.

Austria and Prussia.

To the Editor of the Times.

Sir, — Whether Schleswig and Holstein will become Prussian provinces, or whether they will finally be restored to the Prince whom the people claim as their legitimate Sovereign, and whom the representatives of Austria, Prussia, and the German Confederation have proclaimed as the

rightful heir in the Conference held in London on May 28. 1864, is a matter of utter indifference to England. No British interest is involved in the settlement of that much-vexed question, and the object itself is too petty to influence the balance of power. Still, England has a paramount interest in preserving the peace of Europe, and the question is whether England has no means of preserving that peace without interfering in any way in the special question at issue. I think she has. England can, if she chooses, prevent the outbreak of a war, which, once begun, would soon become general. She can do this without lifting a finger, simply by pointing out to Austria and Prussia that a war between them would be legally impossible according to international law as it now stands. The fact is that Austria and Prussia do not enjoy the same freedom of action as England and France. The German Powers have waived their *jus belli* to a certain extent; they have done so by a European transaction to which England has become a party. For the fundamental law, the Act of the German Confederation of 1815, is not a mere German, it is an international compact; it has been signed, not only by the German Powers, but by France, by Russia, by England, &c., and the 11th Article of this European arrangement runs thus: —

„The members of the German Confederation pledge themselves never, under any pretext, to make war upon each other; never, on any account, to recur to force for the arrangement of their differences, but to submit the same to the Diet. It is the duty of the Diet to endeavour a settlement of such differences by a committee, and should mediation fail and a judicial decision become necessary, to appoint a Tribunal of Arbitration, to whose decision both the contending parties are bound to submit."

This law is absolute. It binds all the members of the Confederation; it binds Austria and Prussia, not only as

German, but as European Powers; for it bears upon all differences, whatever they may be, which may arise between them.

By going to war, by setting aside the 11th Article of the Federal Act, Austria and Prussia would violate a European compact, break up the German Confederation, and destroy with their own hands the title-deeds of all those possessions which they hold under the Treaties of Vienna of 1815; for they would liberate *ipso facto* the other Powers from the engagements which these have entered upon with reference to the territorial settlements of Germany, and all the special guarantees given by England, for instance, to Prussia would become a dead letter.

The consequences would therefore strike home and be too serious to be overlooked by the Crown lawyers of Berlin, and even by a politician so daring and reckless as Count Bismarck.

I am, Sir, your obedient servant,

London, March 11. Pax Vobiscum.

Der momentane Eindruck, welchen dieses *Pax vobiscum* hervorbrachte, überstieg meine Erwartung. Als ich am Nachmittag des 13. März Apponyi aufsuchte, fragte er mich, ob ich den Artikel gelesen. Denn seit den frühesten Morgenstunden sei er von Besuchern förmlich überlaufen worden, die sich bei ihm nach dem Autor dieses Briefes erkundigt hätten. Abends war Lady Clarendon *at home* und in den Salons des Ministers des Auswärtigen war auch viel von *Pax vobiscum* die Rede. Die „Pall Mall Gazette“ hatte freilich nicht verfehlt, an demselben Abende zu bemerken, Oesterreich und Preussen hätten sich durch das Bundesrecht nicht abhalten lassen, Dänemark mit Krieg zu überziehen und so werde sich Graf Bismarck auch jetzt durch den XI. Artikel nicht gehindert sehen, zu den Waffen zu greifen.

Die letzte überlebende Enkelin der Kaiserin Maria Theresia, die Königin Amélie, Wittwe Louis Philippe's, entschlief am 24. März im Schlosse zu Claremont in ihrem vierundachtzigsten Lebensjahre. Sie war der gute Genius ihres Hauses gewesen und hatte wie Wenige die Wandelbarkeit menschlicher Dinge erfahren. Elfjährig hatte sie ihre Tante, die Königin Marie Antoinette, auf dem Schaffot verloren und war während der Zeit der napoleonischen Herrschaft ihren von Neapel vertriebenen Eltern nach Sicilien gefolgt. Mit dem Herzog von Orleans vermählt, hatte sie diesem fünf Söhne und drei Töchter geboren, dann achtzehn Jahre auf dem schwankenden Juli-Throne in steter Sorge um ihren Gemahl, endlich wiederum achtzehn Jahre im Exile verlebt. Ich habe sie ein einziges Mal begegnet, drei Jahre vor ihrem Tode. Prinz und Prinzessin Georg von Sachsen, welche ich auf ihrer Heimreise von Scarborough nach Dover begleitete, sprachen bei dieser Grosstante in Tunbridge Wells vor und wir speisten bei Ihrer Majestät. Sie war eine ebenso ehrwürdige als anmuthige Erscheinung. Am 3. April fand in dem melancholischen Schlosse von Claremont die Leichenfeier statt, welcher ich, einer Einladung der Orleans'schen Prinzen folgend, mit einigen meiner Collegen beiwohnte.

Während die englischen Minister die wachsende Verwirrung auf dem Festlande mit rathloser Aufmerksamkeit verfolgten, waren sie auch durch innere Fragen sattsam beschäftigt. Gladstone hatte am 12. März eine Reform Bill eingebracht, welche die Städte auf Kosten der Grafschaften begünstigen sollte. Die grossen Grundbesitzer der Whigpartei waren damit ebenso unzufrieden als die Tories. Es erfolgte eine Scission in den Reihen der Liberalen. Mr. Lowe und Lord Grosvenor, der älteste Sohn des Marquis von Westminster, bekämpften Gladstone's demokratische Vorschläge. Nur mit einer Majorität von fünf Stimmen gelang es diesem, die zweite Lesung im Unterhause durchzubringen (28. April).

In Berlin hatte man inzwischen, nach mehrwöchentlichen

vergeblichen Verhandlungen mit dem General Govone, mit dem Grafen Barral ein geheimes Schutz- und Trutzbündniss auf drei Monate abgeschlossen. Dasselbe wurde am 8. April unterzeichnet und Tags darauf stellte der preussische Bundestagsgesandte in Frankfurt den Antrag auf Bundesreform und Berufung eines deutschen Parlamentes. Dieses Atout, welches später so bedeutsam wurde, blieb anfangs fast unbeachtet, da selbst die liberalen Parteien darin nur ein Manöver sahen, um die Verwirrung zu steigern und die Annexion der Elbherzogthümer zu maskiren.

In London und Paris blieb das preussisch-italienische Bündniss mehrere Wochen lang ein Geheimniss. Kaiser Napoleon scheint seinen Ministern nichts davon verrathen zu haben. In Wien jedoch glaubte man den Zeitpunkt gekommen, sich Frankreichs Neutralität zu versichern und zugleich den Kaiser Napoleon zu vermögen, Italien von jeder Verbindung mit Preussen abzuhalten. Man opferte Venetien, d. h. man versprach es dem Kaiser Napoleon abzutreten, falls der Krieg mit Preussen die Möglichkeit einer Entschädigung gewähre. Aus La Marmora's Aufzeichnungen ist bekannt, dass sich der Kaiser der Franzosen wirklich am 5. Mai bemühte, Italien zum Rücktritte von dem preussischen Bündnisse zu bewegen. Bekannt ist auch, dass diese Bemühungen scheiterten, da La Marmora anfangs Bedenken trug, den kaum geschlossenen Vertrag mit Preussen zu kündigen und Venetien als ein Gnadengeschenk aus französischen Händen anzunehmen. Aus diesen geheimen Verhandlungen entsprang die Idee eines nach Paris zu berufenden Congresses.

Inzwischen rüsteten Oesterreich und Italien und die brennende Frage war Mitte April die Zukunft Venetiens. Die Elbherzogthümer und die Bundesreform standen in zweiter Linie. Gelang es, Italien zurückzuhalten, so war alle Hoffnung vorhanden, der König von Preussen werde den Krieg vermeiden. Es war daher natürlich, dass ich mich im Interesse des Friedens veranlasst sah, die venetianische Frage mit Gladstone zu besprechen. Es

geschah dies auf einem Spaziergange im Hyde Park, wo ich dem Schatzkanzler begegnet war. Derselbe war damals noch nicht *the great old man* und der irische *home ruler* unserer Tage, aber er galt schon, obgleich Tory von Geburt, für den einflussreichsten Führer der sogenannten radicalen Partei. Die Reform Bill, die er eben eingebracht, sprach dafür. Für Italien hatte er von jeher warme Sympathien an den Tag gelegt. Es war daher doppelt interessant, seine Auffassung zu vernehmen. Ich vermag dieselbe mit seinen eigenen Worten wiederzugeben, da er mir einige Tage nach dieser Unterredung das Nachstehende schrieb:

11. Carlton-House-Terrace, April 18. 1866.

Dear Count Vitzthum,

After our conversation on Saturday, I cannot help asking you to read the article in to-day's „Daily News" on the relations of Austria to Venice. It is the most constitutional and highminded of all our daily journals.

I should be very sorry to see the Italians give their aid to the designs of Prussia on the Duchies, and whatever further aggressive designs she may in her ill-starred ambition entertain. Yet I confess I can hardly expect, after all that has happened, but that the Italian Government would be forced by the people into the war. There are degrees of self-denial, which it is vain to expect from human nature in the mass.

On the other hand I am well aware what immense magnanimity it would require for Austria to surrender her mastery over Venice. It is one of those cases when one should lament rather than blame, if the right course is not pursued. But until it is resolutely taken, Austria will never be at rest. And if an outbreak now come, the strong sympathy of this country (whatever it may be worth) with

her as to the German aspects of her cause, will be broken and checked by the recollection that it is her unhappy position in Venetia which prevents the consolidation of Italy and the immense conservative results upon Europe which that consolidation will entail. I remain, dear Count Vitzthum, with much regard and consideration,

faithfully yours

W. E. Gladstone.

Dass auch Lord Russell diese Auffassung Gladstone's theilte, ergiebt sich aus dem nachstehenden Briefe, den ich wenige Tage darauf an Beust richtete.

London, den 2. Mai 1866.

Lord Russell hatte sich vor einiger Zeit veranlasst gesehen, in einem Privatbriefe an den Grafen Apponyi die Abtretung Venetiens in einer Weise zu empfehlen, die geringen Erfolg versprach. Graf Mensdorff hat nun ebenfalls in einem Privatbriefe an Apponyi diese Insinuation eingehend, aber ablehnend beantwortet. Der k. k. Botschafter bezeichnet diese ihm gestern durch den englischen Courier zugegangene Antwort als ebenso logisch wie zuversichtlich. Mensdorff beginnt damit, Oesterreich könne dem Nationalitätsprincipe unmöglich Opfer bringen, ohne seine Existenz aufzugeben. Nur in zwei Fällen sei die Cession eines so kostbaren Besitzes denkbar: nach einem unglücklichen oder nach einem überaus glücklichen Kriege. Letzterer müsste jedoch zu einer so durchgreifenden Umgestaltung der Karte Europas führen, dass Oesterreich preiswürdige Entschädigungsobjecte geboten werden könnten. Venetien würde übrigens nicht genügen; entschlösse man sich, dasselbe abzutreten, so würden Süd-Tyrol, Friaul, Dalmatien und Triest eben so dringend zur Consolidirung Italiens gefordert werden. Vom adriatischen Meere könne

sich Oesterreich nicht abdrängen lassen, mindestens nicht ohne Compensationen, die heutzutage niemand zu bieten in der Lage sei.

Ich habe den Brief nicht gesehen, den Apponyi an Russell gesendet hat, nachdem er denselben Clarendon vorgelesen. Clarendon, der von vornherein die Demarche des Premier-Ministers nicht gebilligt hatte, hat sich auf keine sachliche Discussion eingelassen und sich darauf beschränkt, Mensdorff's Erwiederung als klar und logisch zu bezeichnen. Als mir Apponyi diese Mittheilung machte, konnte ich nicht umhin, die Hoffnung auszusprechen, Metternich werde diese Frage zum Gegenstande eingehender Erörterungen mit dem Kaiser der Franzosen selbst gemacht haben. „Kein Freund Oesterreichs," sagte ich, „könnte zu einer trockenen Abtretung rathen, aber sollte es denn nicht möglich sein, sich mit Frankreich zu verständigen? Wäre es nicht thunlich, die Cession in Aussicht zu stellen als Preis für einen mit Hilfe Frankreichs glücklich geführten Krieg? *Donnant donnant* sich eines kostbaren, aber thatsächlich werthlos gewordenen Besitzes zu entäussern, ist jedenfalls weiser als sich der Gefahr auszusetzen, denselben nach einer unglücklichen Schlacht ohne Entgelt zu verlieren."

Lord Clarendon hat den englischen Botschafter in Paris beauftragt, sich darüber Gewissheit zu verschaffen, ob Kaiser Napoleon wirklich die Garantie dafür übernommen, dass Italien Oesterreich nicht angreifen werde. Apponyi hat an Metternich eine ähnliche Aufforderung gerichtet. *Quaeritur* was eine solche Garantie werth ist? Weniger jedenfalls als eine Offensiv- und Defensiv-Allianz. Denn wenn Italien trotz dieser Garantie angreift, an wen hält sich Oesterreich? Und was hilft die Garantie ohne die Verpflichtung, Italien den Krieg zu erklären, sobald es Frankreich zum Trotz zum Schwerte greift? *C'est la mer à boire.*

Apponyi hat übrigens einen heute expedirten Courier benutzt, um sein Herz auszuschütten und Mensdorff über den Eindruck aufzuklären, welchen die österreichische Nachgiebigkeit Preussen gegenüber in Europa hervorbringe. Er hat es offen ausgesprochen, dass das überall zu Tage tretende Mitleid ein Gefühl sei, welches der Ehre und Würde des Kaisers Franz Joseph nicht entspreche.

Erfolg ist von dieser Mahnung kaum zu erwarten. Die Sache engagirt sich wieder einmal in der unglücklichsten Weise. Die französische Evolution im „Constitutionnel" ist bezeichnend. Auf England ist nicht zu rechnen. Die einzige Möglichkeit, aus der Sackgasse herauszukommen, liegt in Paris. Aber der Kaiser Napoleon wünscht offenbar den Krieg.

Dass der Berichterstatter die damalige Sachlage richtig beurtheilt hatte, beweist das nachstehende Telegramm, welches La Marmora drei Tage später von dem italienischen Gesandten am französischen Hofe empfangen hat. Dasselbe lautete:

Paris, 5. Mai 1866.

Entziffern Sie es selbst.

Der Kaiser hat mich heute rufen lassen. Er hat mir gesagt, Oesterreich habe ihm den förmlichen Vorschlag gemacht, Venetien abzutreten, unter der Bedingung, dass man Oesterreich frei gewähren lassen würde, sich an Preussen zu entschädigen. Die Cession würde an Frankreich geschehen, welches es ohne Bedingung an Italien retrocediren würde. Der Kaiser hat mich gefragt, ob wir unser Engagement mit Preussen brechen könnten. Ich sende Ihnen einen Courier, um Ihnen die Einzelheiten zu erklären. Indessen wollen Sie absolutes Geheimniss beobachten und recht reiflich überlegen, denn es ist wohl der Mühe werth. Ich bitte Sie, Ihren ersten Eindruck mir

zu telegraphiren. Ich habe den Kaiser vertraulich über unsere letzten Beziehungen zu Preussen auf das Laufende gesetzt.

Nigra [1]).

Von alledem wusste man in London nichts. Selbst mein italienischer College hatte damals keine Ahnung von der peinlichen Verlegenheit, welche diese Ueberraschung und ein gleichzeitig aus Berlin eingegangener Bericht des Generals Govone dem italienischen Minister-Präsidenten bereiteten.

Unsere Aufmerksamkeit war damals ganz auf die Vorgänge in Paris gerichtet. Um diese zu verstehen, sind die Daten von höchster Wichtigkeit, denn am Tage nachdem die obgedachte Unterredung mit Nigra stattgefunden, welche als eine Bemühung für die Aufrechterhaltung des Friedens gedeutet werden könnte, beeilte sich Napoleon III., seine Abscheu vor den Verträgen von 1815 öffentlich auszusprechen. Die kaiserliche Ansprache in Auxerre beunruhigte die Friedensfreunde um so mehr, als, wie man bald darauf erfuhr, die ominösen Worte: „*je déteste comme vous les traités de 1815*“ gar nicht gesprochen, sondern dem Texte eingefügt worden waren, der im „Moniteur“ zur Veröffentlichung gelangte. Ueber den ersten Eindruck, welchen dieser elektrische Schlag des französischen Zitteraals in London hervorbrachte, gab ich Beust in dem nachstehenden Briefe einige Andeutungen.

London, den 7. Mai 1866.

So schwer es auch ist, inmitten der Verwirrung widersprechender Telegramme den Faden der sich überstürzenden Ereignisse festzuhalten, so will ich doch nicht verfehlen, folgende Thatsachen hervorzuheben.

Nach langem Widerstreben ist die preussische Mobilisirungs-Ordre bekanntlich am 4. d. M. früh in Berlin

---

[1]) La Marmora, Etwas mehr Licht. Mainz 1873. Seite 192—193.

unterzeichnet worden. Der „Staatsanzeiger" vom 5., der am Vorabende ausgegeben wird, brachte die Nachricht am 4. Abends zur Kenntniss des Berliner Publicums. Im Reuterschen Bureau, wo die Nachricht von Berlin Abends nach dem Erscheinen des „Staatsanzeigers" einlief, hatte man dieselbe bereits Nachmittags 1 Uhr von Florenz erhalten, wie die Anlage beweist. Das geheime Einvernehmen des Grafen Bismarck mit dem italienischen Gouvernement steht daher ausser Zweifel. Dennoch versicherte mir der französische Botschafter gestern Abend, es bestehe kein Allianz-Vertrag zwischen Preussen und Italien. La Tour d'Auvergne that dies in den positivsten Ausdrücken. Ich kann daher nur annehmen, dass die französische Regierung, officiell wenigstens, von einem solchen Bündnisse keine Kenntniss hat. Der Botschafter ging so weit, die bestimmte Vermuthung auszusprechen, die Italiener würden sich am Ende den Oesterreichern gegenüber allein finden, denn der Widerwille des Königs von Preussen, seinen abenteuernden Minister gewähren zu lassen, scheine nach Allem, was er aus Berlin höre, unüberwindlich.

Gestern Vormittag versicherte mir Baron Brunnow, er glaube nun und nimmermehr an den Ausbruch eines Krieges in Deutschland. Der Kaiser der Franzosen wolle einen Congress in Paris, ohne denselben jedoch selbst vorzuschlagen. Jetzt, da Palmerston todt, würden die Engländer darein willigen. Der Congress sei gesichert. Aus dem Congresse könne freilich der Krieg hervorgehen, wenn man die Wünsche des Kaisers Napoleon nicht erfülle.

Als ich den französischen Botschafter über diese Auffassung befragte, sagte er sehr entschieden: „Brunnow kommt immer einen Posttag zu spät. Der Congress ist aufgegeben. Wir haben, Lord Clarendon und ich, die Frage erörtert und gefunden, dass es an allem und jedem Berathungsgegenstande fehlen würde. Denn Preussen würde

Schleswig-Holstein, Oesterreich Venetien, Russland Polen und den Orient von vornherein ausschliessen.

Auch Lord Russell hat gestern einem meiner Collegen versichert, die Congress-Idee scheine unausführbar. Ein förmlicher Antrag habe übrigens niemals vorgelegen.

Thiers' Rede ist ein Ereigniss, welches die nichtssagende Erklärung Rouher's (die hier begreiflicherweise nicht befriedigt hat) ganz in den Schatten stellt. La Tour d'Auvergne nahm keinen Anstand, Thiers' Rede für die beste zu erklären, welche „der kleine Mann" je gehalten habe. Jedenfalls hat Thiers die kaiserliche Regierung *au pied du mur* gestellt und von der Unmöglichkeit überzeugt, sich offen mit Preussen zu verbünden.

Gesprächsweise warf ich dem französischen Botschafter die Frage hin, ob sein Kaiser der gegenwärtigen Krisis nicht sofort ein Ende machen könne durch die Erklärung: der Friedensstörer habe es mit Frankreich zu thun?

La Tour d'Auvergne erwiederte sehr ernst: *en mon âme et conscience, il ne le peut pas. Peut-être l'aurait-il pu il y a trois mois. Mais aujourd'hui il ne le peut pas.* Er sprach diese Worte im Tone aufrichtiger Besorgniss. *Il ne le peut pas* heisst keineswegs *il ne le veut pas.* Es lag darin vielmehr das Geständniss der Impotenz, das Geständniss, dass die Dinge, nämlich die inneren und die äusseren Verlegenheiten, dem Kaiser Napoleon über den Kopf gewachsen sind. Der alte Staatsrath drückte dasselbe drastischer mit den Worten aus: das Wasser steht ihm bis an die Kehle.

PS. Im Augenblicke diesen Brief zu schliessen, sendet mir Reuter das soeben eingegangene Telegramm, welches die im heutigen „Moniteur" veröffentlichte Rede, die Napoleon III. gestern in Auxerre gehalten, wiedergiebt [1]). Ist das Telegramm correct, so hat der Kaiser der Franzosen die Ver-

[1]) Siehe Anhang Nr. XI.

träge gekündigt, deren Aufrechterhaltung die Vorbedingung bildete, unter welcher er von den europäischen Mächten anerkannt worden. Ist dieser unerwartete Schachzug die Antwort auf Thiers' Rede? Ist Napoleon fest entschlossen *va banque* zu spielen und Europa herauszufordern? Dann stehen wir am Vorabende eines Weltkrieges und einer neuen französischen Revolution. Freilich könnte die folgenschwere Erklärung das Gute haben, in der elften Stunde den Ausbruch des Bürgerkrieges in Deutschland zu verhindern und eine allgemeine Coalition gegen Frankreich hervorzurufen. Auf die Unterstützung der französischen Bourgeoisie könnte letztere zählen. Es würde jedoch dazu vor Allem in England eines Pitt bedürfen und ein solcher ist nicht vorhanden. Das jetzige Ministerium ist unfähig und machtlos; sein Sturz steht nahe bevor.

Die wahre Bedeutung der Ansprache von Auxerre ist heute klar. Napoleon dachte nicht daran *va banque* zu spielen, aber er war besorgt, Thiers' staatsmännische und prophetische Rede vom 3. Mai könnte in Berlin und in Florenz stutzig machen und die Friedenspartei hier wie dort ermuthigen. In dieser Besorgniss wählte der Kaiser Napoleon den harmlosen Maire von Auxerre zu seinem Vertrauten, um Bismarck und La Marmora nicht direct zurufen zu müssen: „Lasst Euch durch den alten Thiers nicht stören. Zerreisst die Verträge von 1815. Ich habe nichts dagegen." Hätte er die Aufrechterhaltung des Friedens gewünscht, so würde ein Wort an den König Victor Emanuel genügt haben, um diesen zu bewegen, sich von dem mit Preussen am 8. April abgeschlossenen Allianz-Vertrage loszusagen. Dieses Wort wurde nicht gesprochen, weil Kaiser Napoleon wusste, dass Preussen ohne die Garantie der französischen Neutralität, welche das Bündniss mit Italien gewährleistete, den Krieg nicht beginnen werde.

Drittes Kapitel.

London.

Mai 1866.

Hermann Freiherr von Friesen an den Verfasser, 12. Mai 1866: Beust geht nicht nach Oesterreich; Stimmung des sächsischen Hofes und des Landes. — Bamberger Conferenz 14. Mai 1866. — Privatbrief vom 15. Mai 1866: Englands Besorgnisse; Stimmung gegen den Friedensstörer; Aufgabe der Mittelstaaten; Preussisch-italienische Punctation; Bismarck in Biarritz. — Bestrebungen Russlands und Englands, den König von Preussen zur Entlassung Bismarck's zu bewegen. — Privatbrief vom 21. Mai 1866: Unterredung mit Lord Russell: Einladungen zum Congress bereit; Brief des Königs von Preussen an die Königin Victoria; Missstimmung gegen die Bismarck'sche Politik; Unterredung mit dem französischen Botschafter: Englands Pression auf das Berliner Cabinet; Der Congress; Die beste Taktik Oesterreichs; Delicate Stellung Frankreichs Italien gegenüber. — Ein Wort des Grafen Bismarck. — Friedrich Freiherr von Friesen. — Friedrich Freiherr von Friesen an den Verfasser, Rötha 21. Mai 1866: Friedenshoffnungen; „Die Geheimnisse des sächsischen Cabinets.“ — Hermann Freiherr von Friesen an den Verfasser, Pillnitz 29. Mai 1866: Landtags-Eröffnung; Aeusserung des Königs von Preussen. — Derselbe an denselben, Pillnitz 31. Mai 1866: Berliner Gerüchte; Preussische Truppenbewegungen. — Vertraulicher Bericht vom 3. Juni 1866: Die österreichische Erwiederung auf die Congress-Einladung; England und Frankreich erblicken darin eine Ablehnung; Unterredungen mit Lord Clarendon und dem französischen Botschafter.

In solchen Zeiten waren Briefe aus der Heimath, an denen es nicht fehlte, eine wahre Wohlthat. Trotz aller Kriegsdrohungen hatte der König Johann sein Hoflager, wie üblich, anfangs Mai nach Pillnitz verlegt und von dort erhielt ich den nachstehenden Brief, welcher die Stimmung am Hofe und im Lande skizzirt.

Hermann Freiherr von Friesen[1]) an den Verfasser.

Pillnitz, den 12. Mai 1866.

Dein Brief vom 7. d. Mts. hat mich wesentlich erbaut und erquickt.

Zunächst die Antwort auf die Schlussfrage: Nach meiner festen Ueberzeugung ist nicht ein wahres Wort an dem Gerede, Beust sei an Mensdorff's Stelle nach Wien berufen. Mindestens ist soviel gewiss, dass er nicht hingeht. Ich habe eben Gelegenheit gehabt, ein paar flüchtige Worte im Vorzimmer des Königs mit ihm zu wechseln.

Das Beste, was ich von ihm vernommen habe, ist, dass die Haltung unserer Regierung unfehlbar die Pläne jenseits insofern wesentlich durchkreuzt hat, als ein Benehmen im Sinne der schmachvollen Leipziger Adresse Preussen ohne allen Zweifel veranlasst haben würde, unter dem Vorwande eines „ohnschädlichen Durchmarsches“ die böhmischen Bergpässe zu besetzen und bei dieser Gelegenheit ähnlich wie 1806 die sächsische Armee zu einer Militär-Convention zu nöthigen.

Ferner steht fest, dass trotz der hochberühmten und wahrscheinlich auch guten Militär-Organisation in Preussen für die factische Mobilmachung der ganzen Armee dennoch viel und namentlich an Pferden sehr viel fehlt.

Ohne sich über die grosse Gefahr zu täuschen, in der wir schweben, muss man den Muth nicht sinken lassen. In diesem Sinne schreibt auch mein Bruder Fritz[2]). Als

[1]) Hermann Freiherr von Friesen, der jüngere Bruder meiner Mutter, geboren 1802, gestorben 1882, war damals Hausmarschall und wurde nach dem Kriege zum Oberhofmarschall ernannt. Der Brief, auf welchen er antwortet, hat sich nicht erhalten. Merkwürdig, dass schon damals von Beust's Berufung nach Wien in London die Rede war.

[2]) Friedrich Freiherr von Friesen, geboren 1796, gestorben 1871, der älteste Bruder meiner Mutter, war damals Präsident der ersten sächsischen Kammer.

ich dies dem König sagte, antwortete Seine Majestät: „das ist recht, schreiben Sie ihm, dass auch ich den Muth nicht verloren habe.“

Von einer Localisirung des Krieges kann nicht mehr die Rede sein.

Ferner hat sich, mancher entgegengesetzten Symptome ungeachtet, die Antipathie gegen den Krieg in Preussen mehr manifestirt als früher. Die Landwehr-Krawalle mögen nicht so bedeutend gewesen sein, als einzelne Gerüchte sie schildern, aber sie sind wahr. Auch ist es unzweifelhaft, dass die jüngste Auflösung der Kammern in Berlin einen sehr üblen Eindruck gemacht hat und dass die nächsten Wahlen auch nicht anders ausfallen werden als früher. Bei uns ist dagegen, mit Ausnahme einiger Leipziger Krämer, ein vollkommen guter Geist in der Bevölkerung. Unsere Urlauber und Reservisten treffen mit der grössten Bereitwilligkeit ein. Auch in Oesterreich ist der Geist gut, freilich macht sich der Mangel an Geld für den Moment fühlbar.

Ueber die Rede von Auxerre sprach sich Beust sehr befriedigt aus.

Der Landtag ist, wie Du weisst, für den 22. berufen.

Am 14. Mai fand in Bamberg eine mittelstaatliche Conferenz statt, in welcher Pfordten seine bei der Begegnung von Augsburg auffallend zweideutige Sprache modificirte und, wie Beust und Dalwigk, ein einmüthiges Zusammengehen am Bundestage befürwortete. Ich wusste, dass diese Conferenz im Werke war, kannte jedoch das Datum nicht und kam daher mit dem nachstehenden Briefe zu spät.

London, den 15. Mai 1866.

Die widersprechenden und oft erlogenen Telegramme häufen sich dergestalt, dass es in Deutschland jetzt schwerer

sein muss als im Auslande, einen objectiven Ueberblick über die Tagesereignisse zu gewinnen. Gestatten Sie mir daher, Ihnen von dieser europäischen Warte aus einige Möglichkeiten anzudeuten, ohne mich in politische Wetterprophezeiungen zu verlieren.

Duobus litigantibus tertius gaudet. An den Ufern der Themse darf man jedoch heute jenen schadenfrohen „Dritten" nicht suchen, der sich an dem in Deutschland drohenden Bürgerkriege freut. England ist tief bekümmert den Phasen gefolgt, welche uns an den Abgrund geführt haben, an den Abgrund eines Krieges, welchem jede Berechtigung abgeht. Lord Clarendon hat noch neulich im Oberhause constatirt, wie in Wahrheit es an jedem *casus belli* fehle. Anfangs mögen freilich die hiesigen Danophilen die steigenden Verwickelungen mit Schadenfreude beobachtet und darin die gerechte Nemesis für die „Beraubung" Dänemarks erblickt haben. Diese oberflächliche Auffassung ist jedoch längst der Ueberzeugung gewichen, dass ein deutscher Bürgerkrieg leicht einen Weltbrand hervorrufen könnte, welcher für England selbst gefahrdrohend sein würde. Ganz abgesehen von den Handelsinteressen könnte Englands Machtstellung eine gleichgültige Zuschauerrolle verbieten. England bedarf des Friedens, könnte jedoch in den Fall kommen, die Erhaltung desselben erzwingen zu müssen, auch wenn Malta und Gibraltar nicht unmittelbar bedroht wären. So gehört z. B. Antwerpen in die britische Machtsphäre. Kein britischer Minister, wer immer an das Ruder käme, würde die Pflicht der Selbsterhaltung versäumen dürfen. Lord Russell hat es neulich deutlich genug ausgesprochen: „die Nicht-Einmischungstheorie hat ihre Grenzen in den englischen Interessen".

Es ist sonach nicht zu verwundern, wenn die öffentliche Meinung Englands in dem Grafen Bismarck den eigentlichen Friedensstörer erblickt und als solchen verdammt,

da der Friedensstörer leicht sich als das Werkzeug dunkeler, in letzter Instanz gegen Englands Machtstellung gerichteter Pläne entpuppen könnte. Man lässt ihn gewähren in der Hoffnung, er werde in sein eigenes Verderben rennen. Man ist hier überzeugt, er werde in der elften Stunde den Einflüssen weichen müssen, welche allseits gegen ihn wirken, da sein ehrgeiziger Plan die Existenz des preussischen Staates auf das Spiel setze. Alle Bemühungen sind in diesem Augenblicke darauf gerichtet, dem Könige von Preussen klar zu machen, dass er den preussischen Staat nur retten kann, wenn er seinen ehrgeizigen Minister fallen lässt und dessen abenteuerliche Politik aufgiebt. Gelingen diese Bemühungen, so ist die Kriegsgefahr in Deutschland mit einem Schlage beseitigt und gleichzeitig verschwindet das Gaukelspiel in Italien.

Hiernach ist die Linie, welche die deutschen Mittelstaaten einzuhalten haben, klar vorgezeichnet. Sie haben das Glück, keine Wahl zu haben, wie mir noch gestern ein eminenter britischer Staatsmann sagte. Sie müssen festhalten am Rechte, einmüthig, unerschütterlich die in Frankfurt genommene Stellung behaupten. Sie müssen jede preussische Drohung einfach mit den Artikeln der Bundesacte zurückweisen, jede Bismarck'sche Finte pariren und sich solidarisch hinter jenen europäischen Transactionen verschanzen, welche, was man in Auxerre auch sagen möge, tiefe historische Wurzeln geschlagen haben. Wenn der seit sechs Wochen drohende Krieg noch nicht zum Ausbruche gekommen, so ist dies, wie man hier glaubt, einzig und allein den Mittelstaaten zu danken und wird ihnen auch von denen, die die Verhältnisse kennen, aufrichtig gedankt. Je länger Preussen zögert, den Rubicon zu überschreiten, desto schwieriger wird es werden.

Bismarck's Spiel ist klar. Er will den Frieden brechen, aber die Schuld des Friedensbruches Anderen zuschieben.

In Augsburg hat man sich bemüht, ihm dieses Spiel zu verderben. Er ist moralisch gezwungen, wenn überhaupt, bald loszuschlagen. Denn in Preussen steht der Staat still, wenn die Armee, welche 3 Procent der Bevölkerung absorbirt, mobilisirt ist. Auch wird es nicht möglich sein, von den Kammern den *nervus rerum gerendarum* zu erhalten, solange der Krieg nicht erklärt ist.

Was Italien anlangt, so besteht, wie ich höre, kein eigentlicher Vertrag, wohl aber eine Punctation, wonach sich Italien verpflichtet, Oesterreich anzugreifen, sobald Preussen angegriffen hat; Preussen jedoch soll nur verpflichtet sein, den Krieg zu eröffnen, falls Italien angegriffen würde, nicht, wenn es selbst angreift. Ist diese Version richtig, so handelt es sich um das bekannte Messer, welches keinen Stiel hat und dem die Klinge fehlt. Da Oesterreich den Italienern nicht den Gefallen thun wird, sie anzugreifen, und Preussen sich nicht verpflichtet hat, die Italiener zu unterstützen, falls diese die Thorheit begehen, den Frieden zu brechen, so ändert diese Punctation nichts an der Hauptsache, nämlich dass Preussen aus freien Stücken die Verantwortlichkeit des Bruches auf sich nehmen muss, falls es überhaupt in Deutschland zum Bürgerkriege kommen soll. Oesterreich kann gar nicht mehr daran denken, in Deutschland Krieg anzufangen, seitdem es sich hinter dem XI. Artikel verschanzt hat. Will also Bismarck den Krieg, so muss er das *odium* des Friedensbruches auf sich nehmen oder vielmehr seinen König bestimmen, dies zu thun. Wird ihm dies gelingen? *That is the question.*

Die bisherigen Erfahrungen gestatten nicht, diese Frage zu bejahen. Aber Biarritz? könnte man fragen. Sollte Bismarck, wie Cavour in Plombières, von dem Kaiser Napoleon bindende schriftliche Versprechungen erlangt haben? In diesem Falle würde es ihm freilich leichter sein, seinen König mit sich fortzureissen. Nach Allem jedoch,

was ich von Augenzeugen höre, scheint Napoleon in Biarritz den preussischen Minister kühl genug aufgenommen zu haben. Man erzählt u. A., man habe am zweiten Tage nach seiner Ankunft Bismarck vor der kaiserlichen Villa ungeduldig auf- und abwandeln sehen. Er hatte sich vorher genau nach der Stunde erkundigt, zu welcher der Kaiser auszugehen pflege. Er wünschte ihm zufällig zu begegnen. Nach langem Harren riss ihm die Geduld und er fragte den Polizei-Commissär: „*L'Empereur ne sort donc pas aujourd'hui?*"

— „*L'Empereur?! mais il y a une heure qu'il est sorti par la petite porte*" . . . .

Die in dem vorstehenden Berichte berührte Hauptfrage, ob der König von Preussen seinem Minister folgen oder diesen fallen lassen werde, beschäftigte damals alle Cabinete. Man war unter dem Eindrucke, Graf Bismarck übe auf seinen Monarchen einen persönlichen Zauber aus, der schwinden werde, falls es gelänge, den Minister aus Berlin zu entfernen. Alle von London und Petersburg aus bisher versuchten Bemühungen, die Gunst zu erschüttern, deren sich Bismarck Allerhöchsten Ortes erfreute, waren vergeblich gewesen. Bin ich recht unterrichtet, so kam Fürst Gortschakoff zuerst auf den Gedanken, einen Congress in Scene zu setzen, lediglich um den preussischen Monarchen zu isoliren. La Marmora seinerseits wünschte den Congress, um Zeit zu gewinnen. Liessen sich die Verhandlungen bis zum 8. Juli hinziehen, so war das von Barral unterzeichnete dreimonatliche Schutz- und Trutzbündniss abgelaufen und Italien hatte freie Hand, die von Napoleon am 5. Mai gemachten Eröffnungen ohne alle Rücksicht auf Preussen zum Gegenstande fernerer Verhandlungen zu machen. England, welches entschieden die Aufrechterhaltung des Friedens wünschte, betrachtete gleichfalls den Congress als ein Mittel, um Zeit zu gewinnen und Oesterreich aus seiner gefährlichen Lage zu retten. Ich habe daher allen

Grund anzunehmen, dass Lord Russell und Lord Clarendon, obgleich fest überzeugt, dass es an eigentlichen Berathungsgegenständen fehlte, Gortschakoff's Plan gekannt und gebilligt haben. Dieser Plan war: am Tage, an welchem man telegraphisch von der Abreise Bismarck's nach Paris unterrichtet sein würde, einen Adjutanten des Czaren nach Berlin zu senden mit einem kaiserlichen Handschreiben, in welchem Alexander II. seinen Oheim beschworen haben würde, die Abwesenheit Bismarck's zu benutzen, um diesen zu entlassen. Betrachtete man doch überall in Europa diesen Minister als den einzigen Friedensstörer, dessen Entfernung allein genügen werde, um die Kriegsgefahr allenthalben zu beseitigen. Eine ähnliche Pression sollte gleichzeitig von London aus auf den König geübt werden und rechnete man dabei auf den kronprinzlichen Hof, der ebenfalls zu den Gegnern Bismarck's gehörte. Eine solche Verabredung wird heute kaum glaublich erscheinen. Diejenigen jedoch, welche die Zustände in Berlin im Mai 1866 genau kennen, werden sich daran erinnern, dass Graf Bismarck damals nahezu Alles gegen sich hatte: seinen König und den Kronprinzen, den preussischen Landtag und die preussische Landwehr, Deutschland und die neutralen Mächte Europas.

Die Nachricht, dass die Einladungen zu dem Congress abgehen sollten, hatte ich telegraphisch, sowie in einem amtlichen Berichte zur Kenntniss meines Hofes gebracht. Diesen Bericht ergänzte ich durch das nachstehende Privatschreiben an den Freiherrn von Beust.

London, den 21. Mai 1866.

Zur Rechtfertigung meines gestrigen Telegrammes, dessen Schlusssatz erst durch meinen Bericht Nr. 49 vom 19. d. verständlich geworden sein wird, beehre ich mich, zwei nicht unwichtige Unterredungen wiederzugeben, die ich gestern Nachmittag gehabt habe.

Trotz der gleichzeitigen Anwesenheit des russischen und des österreichischen Botschafters in Pembroke Lodge ist es

mir gelungen, dem Premier-Minister einige zeugenfreie Augenblicke abzugewinnen.

Mein Hauptzweck war, einige Gewissheit zu erlangen über die in meinem vorgestrigen Berichte chiffrirte Nachricht.

Lord Russell bestätigte mir zunächst, die Einladungen zu dem Congresse würden heute oder morgen abgehen. Man hoffe bis dahin von Petersburg die Annahme zweier Amendements zu erhalten, welche man hier vorgeschlagen und denen Frankreich beigestimmt habe. Lord Russell sagte mir, der deutsche Bund werde eine Einladung erhalten. Es scheint jedoch, die Mitwirkung des Bundesbevollmächtigten solle nur für die Frage der Elbherzogthümer und der Bundesreform in Anspruch genommen werden. Nach den bisherigen Auslassungen scheine das Wiener Cabinet nicht geneigt, der Einladung zu folgen. Lord Russell leugnete nicht, dass es eine harte Zumuthung für Oesterreich sei, auf einem Congresse zu erscheinen, in welchem die Abtretung Venetiens gegen eine nicht näher bezeichnete, ungenannte Compensation besprochen werden solle. Er bekannte jedoch offen, die englische Regierung könne sich in der italienischen Frage nicht auf Seiten Oesterreichs stellen.

Deutschland anlangend war Lord Russell unseres Lobes voll wegen unserer Haltung der preussischen Sommation gegenüber. Die Bundesabstimmung vom 9. hat seinen vollsten Beifall[1]). Weniger erbaut haben ihn die gestrigen Nachrichten aus Frankfurt[2]). Ich kenne dieselben nur aus dem „Observer“, dessen Telegramme hier beiliegen. Lord

[1]) Der Bundestag beschloss am 9. Mai mit neun Stimmen gegen fünf in Folge der am 27. April an Sachsen gerichteten Sommation beruhigende Erklärungen von Preussen zu fordern.

[2]) Die Mittelstaaten beantragten am 19. Mai am Bundestage allgemeine Abrüstung. Der in Frankfurt tagende Abgeordnetentag beschloss am 20. Mai nach einer stürmischen Sitzung Neutralität und Parlament.

Russell war in dem gleichen Falle. Was diese Mediation solle, könne er nicht fassen. Dass wir den Gasteiner Vertrag als rechtswidrig verdammten, sei ganz richtig. Oesterreich sei jedoch seitdem auf den Bundesstandpunkt zurückgetreten und habe dies in seiner Depesche vom 26. April unumwunden erklärt. Der Premier-Minister war daher der Ansicht, der Bundestag müsse diese Thatsache anerkennen und klar aussprechen, dass Oesterreich Recht, Preussen Unrecht habe.

In völliger Unkenntniss über die Bamberger und die letzten Frankfurter Beschlüsse konnte ich nur hervorheben:

1. dass Oesterreich im Einverständnisse mit der Bundesmajorität den XI. Artikel als bindend anerkannt habe. Wir müssten daher ebenso wie Oesterreich daran festhalten, dass jeder Krieg zwischen zwei Bundesgliedern unbedingt verboten sei;

2. dass, so befriedigend auch die österreichische Depesche vom 26. April sei, eine bestimmte Erklärung Oesterreichs, sich vom Gasteiner Vertrage loszusagen, dem Bunde nicht vorliege. Ebensowenig habe der k. k. Präsidialgesandte einen Bundesbeschluss im Sinne der Majorität beantragt. Beides erkläre sich aus dem Wunsche, Preussen keinen Vorwand zu einem *casus belli* zu geben. Das hindere jedoch nicht, dass, in den Augen des Bundes, Oesterreich, solange es die obgedachte bestimmte Erklärung nicht abgegeben, wie Preussen auf dem illegalen Boden des Gasteiner Vertrages stehe.

Lord Russell bemerkte *ad* 1, wenn Oesterreich den XI. Artikel als bindend anerkannt, so habe dagegen Preussen vermieden, sich damit einverstanden zu erklären. Ich konnte dies nur zugeben, bemerkte jedoch, wie die Bundesgesetzgebung kein anderes Mittel als die Bundesexecution besitze, um ein ungehorsames Mitglied zur Befolgung der Gesetze zu zwingen. Bundesexecution gegen Preussen sei aber

nichts anderes als der Krieg, den wir um jeden Preis vermeiden möchten.

„Ich kann mich," warf ich dem Premier-Minister hin, „nicht enthalten zu glauben, England habe es vor zwei Monaten in seiner Hand gehabt, diese unliebsame Verwickelung im Keime zu ersticken. Konnte die englische Regierung dem Könige von Preussen nicht allen Ernstes erklären, wenn derselbe den Elbherzogthümern ihr Recht nicht widerfahren lasse und desshalb den Krieg heraufbeschwöre, so müsse sich England von aller und jeder ausdrücklichen oder stillschweigend in den Verträgen von 1815 ertheilten Garantie lossagen und den preussischen Staat seinem Schicksale überlassen? Sind Sie nicht wie ich davon überzeugt, dass eine solche Erklärung den König bestimmt haben würde, seinen Minister zu entlassen und der Blut- und Eisen-Politik zu entsagen?"

— „*Well,*" antwortete Lord Russell, „*you know, we did not like to interfere, but, after all, I think, it will come to that*" . . . .

Der Premier-Minister vertraute mir darauf an, die Königin habe versucht, durch einen Privatbrief auf den König Wilhelm zu wirken. Dieser Versuch sei jedoch fehlgeschlagen.

Der König habe geantwortet: Er wünsche den Frieden; er habe Alles gethan, um denselben aufrecht zu erhalten, aber die Elbherzogthümer müsse er haben. Denn das wünsche sein Volk. Dieses dränge ihn und er müsse sich fügen. Von allen Seiten höre er, das Volk sei nur desshalb so unzufrieden mit seiner Regierung, weil so viel Geld und Blut für die Befreiung der Herzogthümer verschwendet worden, ohne dass Preussen den geringsten Vortheil davon habe.

Der Premier-Minister schloss diese Analyse mit der Bemerkung: „*I have never seen such a letter. There is not a single word of truth in it.*"

— „Seien Sie versichert,“ erwiederte ich dem edlen Lord, „König Wilhelm war, als er dies niederschrieb, vollkommen von der Wahrheit eines jeden Wortes überzeugt. Sein Antwortschreiben enthält nichts Anderes als das, was ihm täglich wiederholt wird. In Wahrheit will jedoch das Volk den Krieg nicht. Es würde nur darauf ankommen, dem Könige die Dinge darzulegen, wie sie wirklich sind, und Bismarck's Sturz ist gewiss. An der Person liegt nichts, solange es nicht gelingt, den Herren in Berlin klar zu machen, dass Preussen nicht willkürlich den Pflichten entsagen kann, welche die Verträge von 1815, zu denen die Bundesacte gehört, diesem Staate wie allen übrigen auferlegt haben.“

Lord Russell war nachdenkend geworden und murmelte nur, wie im Selbstgespräche, vor sich hin: „*Well, it will come to that, I think, it must come to that*“ . . . .

Vollständige Bestätigung erhielt ich durch den französischen Botschafter, dem ich im engsten Vertrauen diese Unterredung mittheilte. Er kam eben von Windsor und sagte mir, Lord Clarendon, dem er dort begegnet, habe ihm anvertraut, er sei gekommen, um die Königin zu einem ernsten Vorschritte in Berlin zu bewegen. Fürst La Tour d'Auvergne war unter dem Eindrucke, die englischen Minister seien entschlossen, etwas zu thun, da der Augenblick günstig scheine.

„Ils ont mis bien de l'eau dans leur vin à Berlin,“ bemerkte der Botschafter. „Bernstorff, il est vrai, a voulu encore me soutenir hier que la réforme fédérale n'était pas de la compétence de l'Europe, que c'était une question de force et de convenance. Je lui ai répondu que la Prusse n'était pas seule en Allemagne et qu'il y avait des dynasties dont l'indépendance était garantie par des traités européens. En somme, je crois l'Angleterre décidée à exercer une forte pression à Berlin. Le roi ne veut pas la guerre.

Tous ces désordres, causés par l'appel des réserves, l'ennuient. Il ne serait peut-être pas fâché de trouver dans la démarche anglaise le prétexte de se débarrasser de son ministre. Mr. de Bismarck, lui, veut la guerre, mais il est seul à la vouloir et il ne l'aura pas malgré sa convention avec l'Italie. Or, comme les Autrichiens ne commettront pas la folie, d'attaquer les Italiens, cette convention restera lettre morte et il n'y aura pas de guerre en Allemagne."

Bezüglich des Congresses sprach mir La Tour d'Auvergne sehr entschieden die Ansicht aus, Oesterreich werde in seinem wohlverstandenen Interesse gut thun, an der Eröffnung theilzunehmen. Nähme die Discussion dann eine Wendung, die für die österreichischen Bevollmächtigten unangenehm, so könnten sie sich ja immer zurückziehen. *Mais la meilleure tactique serait de venir au congrès pour gagner du temps.*

Der Botschafter theilte mir dann über den Stand der Dinge in Paris Folgendes mit. Er bemerkte ausdrücklich, er verdanke diese Nachrichten Lord Clarendon, denn direct will der französische Botschafter darüber kein Wort von seiner Regierung erhalten haben. Lord Cowley berichtet, Fürst Metternich habe dem Kaiser Napoleon folgenden Vorschlag gemacht:

„Garantissez-nous l'inaction de l'Italie et nous céderons la Vénétie à la France après la guerre avec la Prusse."

Napoleon habe geantwortet:

„Si vous m'aviez dit cela il y a deux mois, tout aurait pu s'arranger. Maintenant il est trop tard, je ne puis et personne ne peut retenir les Italiens."

Metternich habe hierauf die Offerte wiederholt für den Preis der Neutralität Frankreichs. Was sein Kaiser darauf geantwortet, wollte La Tour d'Auvergne nicht wissen.

Auf meine Bemerkung, es könne den Italienern ja nur gesund sein, wenn sie geschlagen würden, auch Frankreich

werde sich darüber nicht zu beklagen haben, erhielt ich die bezeichnende Antwort:

„Je vous l'ai toujours dit, notre position est délicate. Nous avons créé ce royaume. Pour ma personne, je vous ne le cache pas, je le regrette. Cependant cela n'empêche pas que nous sommes obligés de subir les conséquences de notre politique. Et à vous dire vrai, je ne pense pas que l'opinion publique le supporterait, si nous voulions assister, les armes aux bras, à la destruction je ne dis pas du royaume, mais même de l'armée de Victor Emmanuel. D'autre part je suis le premier à reconnaître que les Italiens, si on leur cédait la Vénétie sans guerre, demanderaient le Tyrol, Triest, que sais-je? A l'heure qu'il est ils sont déjà intraitables. La Marmora a lancé une circulaire pour annoncer que l'Italie acceptait le congrès, mais à condition de recevoir la Vénétie et de rester armée jusqu'après avoir obtenu cette cession."

Der Botschafter leugnete kategorisch, dass Theilungsprojecte, die Idee, dem Prinzen Napoleon das Königreich Neapel zuzuwenden, jemals existirt hätten. Es seien dies *cancans*. Lord Cowley, welcher Drouyn de Lhuys seit einigen Tagen boudire, habe in seinen Berichten hie und da Enten fliegen lassen.

Die Hoffnungen der englischen Minister und des französischen Botschafters, eine Pression der Neutralen werde den König von Preussen zur Entlassung Bismarck's bestimmen, erfüllten sich nicht, wie die Folge gelehrt hat. Dass jene Hoffnungen aber nicht allen Grundes entbehrten, ist gewiss, wie aus den Worten hervorgeht, welche Graf Bismarck selbst kurz nach dem Kriege an einen glaubwürdigen Gewährsmann richtete: „Die Oesterreicher zu schlagen, war keine Kunst. Ich wusste, dass sie nicht gerüstet waren und dass ich auf die preussische Armee zählen konnte. Die Schwierigkeit war, meinen König über den

Graben zu bringen. Dass mir dies gelungen, ist mein Verdienst und dafür darf ich den Dank des Vaterlandes beanspruchen".

Wenn man sich in London über die Möglichkeit, den Frieden noch zu erhalten, täuschte, so kann es nicht verwundern, dass man sich auch in Sachsen noch ähnlichen Illusionen hingab. Als Symptom der damaligen Stimmung gebe ich den nachstehenden Brief meines Oheims Friedrich Freiherrn von Friesen. Dieser älteste Bruder meiner Mutter stand damals im siebzigsten Lebensjahre. Er hatte, soviel ich weiss, seit dem Feldzuge von 1815, den er als Freiwilliger mitgemacht, Sachsen nicht verlassen, war in jüngeren Jahren als Geheimer Finanzrath ein tüchtiger, gutgeschulter Beamter und seit 1831 Mitglied der ersten sächsischen Kammer, die ihn zuerst zu ihrem Vice-Präsidenten, dann zu ihrem Präsidenten wählte. Er sprach gut, ohne Phrase, und zeichnete sich als ernster Geschäftsmann und sachkundiger Berichterstatter aus. Der König war ihm sehr gewogen, obgleich er dem Prinzen Johann in den Kammerberathungen häufig opponirt hatte. Er lebte meistens auf dem Lande auf seinem Schlosse Rötha, welches während der Schlacht von Leipzig die drei verbündeten Monarchen und deren Minister, Fürst Metternich, Graf Nesselrode u. A. beherbergt hatte. Als Führer der conservativen Partei genoss Friesen selbst im Lager seiner politischen Gegner verdiente Achtung. Seine eigenartige Auffassung der Sachlage kann als typisch für die höheren Kreise in Sachsen gelten.

Friedrich Freiherr von Friesen an den Verfasser.

Rötha in Sibirien, 2ter Pfingstfeiertag, 21. Mai 1866.

Da leben wir denn immer noch in der Erwartung der Preussen, unserer Beglücker, und sie wollen trotz aller Drohungen noch immer nicht kommen. Ich habe zwar immer gesagt: *chien qui aboie ne mord pas,* und wette noch heute darauf, dass sie nicht anfangen. Aber die Leute ver-

sichern es doch so gewiss, besonders sind die Politiker der Meinung, dass die Gefahr so nahe sei, dass ich am Ende glauben muss, ich habe mich geirrt, wie ich mich schon so oft in meinem Leben geirrt habe. Ich denke nur immer, die Pille vom 5. und 9. Mai, auch die vom 19. war ihnen doch etwas zu bitter, Oesterreichs tapfere Rüstung zu rasch und unerwartet. Freund Schufterle in Italien hat auch noch keine rechte Lust anzubeissen. Im eigenen Lande raisonnirt die Landwehr und Reserve in- und auswendig. Kurz mit der Berliner Speculation auf unsere Feigheit und Dummheit will es diesmal nicht recht glücken, ausgenommen in Leipzig. Doch wie gesagt, ich irre mich, meine Kurzsichtigkeit schaut die Dinge ganz schief an, ich stehe auf einem viel zu niedrigen Standpunkte und vermag es nicht, mich zu der Alles überwindenden Glorie der Pickelhaube emporzuschwingen. Ich glaube nun einmal, es kommt dieses Mal noch nicht zum Klappen. Eigentlich ist es recht Schade darum, ich hätte es gewünscht, aber unsere Zeit liebt nun einmal die entscheidenden Resultate nicht, sonst hätte mir so ein Jena gar nicht so übel gefallen. Indessen denke ich, moralische Niederlagen sind auch etwas werth, und wenn so eine nach der anderen kommt, wenn sich das Ding ein Paar Mal wiederholt, so kriegen wir die Grossmacht an der Spree am Ende doch auch noch kurz und klein. Es geht langsam und ist langweilig, aber Geduld ist auch eine Tugend. Nur aushalten und festbleiben, nur ja nicht nachgeben, der Ruhigste gewinnt die Partie. Soviel steht fest, mit Preussen muss es anders werden, so kann es nicht bleiben. Doch für jetzt genug.

Morgen gehe ich nach Dresden zum Landtag und freue mich, den König und Beust zu sehen; sie haben sich einzig benommen. Auch der vielgeschmähte Bund, mit Respect zu sagen, hat sich dieses Mal ganz gut aus der Affaire gezogen.

Wo unsere Armee eigentlich steht, weiss ich nicht; bei uns ist es mäuschenstill. Wer weiss, ob nicht vielleicht ein Paar Schlachten gewesen sind und wir haben es nicht erfahren.

Nun aber, lieber Karl, komme ich ganz beschämt und zerknirscht auf Dein so sehr gelungenes Werk [1]). Es ist unverantwortlich, dass ich Dir noch nicht dafür gedankt habe, aber es hat mich wahrhaft entzückt und ich lasse Deinem Scharfsinne, der Gewandheit Deines Styles und Deinem beharrlichen Fleisse alle Gerechtigkeit widerfahren. Ich habe es mit Wonne gelesen und danke Dir wahrhaft dafür, nur Schade und Jammer, dass Sachsen bei so vielen Kräften seine Stellung nicht besser benutzt hat. Das Buch hat viel Sensation gemacht, auch die superklugen Münchener „Politischen Blätter“ haben es ehrenvoll erwähnt. Am meisten ist mir O. Klopp's Urtheil werth, nur bin ich neuerlich etwas irre an diesem geworden und weiss nicht recht, was ich von ihm und seiner „Nordsee-Zeitung“, überhaupt von Hannover, denken soll. Auch der kleindeutsche Droysen ist bekehrt worden, wenigstens ist ihm ein neues Licht aufgegangen. Die Professoren mit ihrem Gustav Adolph, Friedrich dem Grossen, ihrer sogenannten protestantischen Freiheit, ihrer Antipathie gegen Oesterreich sind freilich sehr schwer zu curiren. Das Vorurtheil sitzt im deutschen Spiessbürger und im Freimaurerthum zu fest und zu tief. Ich denke aber doch, es wird besser, nur langsam und die Geduld nicht verlieren.

Unterdessen wird doch auch Napoleon immer um ein Jahr älter. Wenn nur Oesterreich Zeit und Kraft gewinnt, dann werden auch sein Ansehen und seine Macht wieder wachsen. Und das hoffe ich gewiss trotz Auxerre und

---

[1]) „Die Geheimnisse des sächsischen Cabinets“. Stuttgart, 2 Bände 1865—66.

Bismarck. Im Handel und Wandel hängt man die Flügel gewaltig. Schadet auch nichts, wenn auch die Bourgeoisie einmal ein bischen zappeln muss, sie ist so zu übermüthig geworden. Oesterreich und Deutschland gehen nicht unter. Wir halten unsere Fahne hoch.

Nachschrift.

Dresden, den 23. Mai 1866.

Als ich gestern schon nach Dresden unterwegs war, erhielt ich Contreordre wegen des aufgeschobenen Landtages und wegen des Congresses, setzte aber dessen ungeachtet meine Reise hierher fort und öffne das Couvert noch einmal, um einige Zusätze hinzuzufügen.

Oesterreich hat den Congress zur Zeit noch nicht angenommen. Man erwartet aber die Nachricht von seiner Antwort heute oder morgen. Ich fürchte nur, man wird ihm Venedig abringen. Für Preussen kommt der Congress ganz gelegen, er hilft ihnen allenfalls noch mit Ehren aus der Klemme. Bleibt der Congress ohne Resultat, so ist der Krieg allerdings gewiss.

Soeben hat mir Herr von Soden die vor zwei Stunden vom König von Württemberg gehaltene Rede bei Eröffnung seiner Kammern vorgelesen. Sie ist kräftig und schön und enthält ganz unser Programm.

Auch am sächsischen Hofe scheint man am Vorabende des Krieges den Optimismus getheilt zu haben, der sich in dem vorstehenden Schreiben kundgiebt. Als Beleg hebe ich aus zwei anderen Familienbriefen nachstehende Auszüge hervor:

Hermann Freiherr von Friesen an den Verfasser.

Pillnitz, den 29. Mai 1866.

. . . . . Der Landtag ist gestern durch den König in Person eröffnet worden. Die Thronrede wird Dir bereits be-

kannt sein. Der Enthusiasmus, mit welchem dieselbe aufgenommen wurde, konnte im „Dresdener Journal" nur dürftig angedeutet werden. Man kann sich überhaupt von der Begeisterung, die hier und im ganzen Lande für unsere Sache herrscht, nicht leicht einen Begriff machen. Hier sind es namentlich die Mittelklassen, die am lebhaftesten für unsere Regierung Partei nehmen. Wenn es nach meinem Schneider und Schuhmacher ginge, so wäre schon längst losgeschlagen worden. Noch ist Polen nicht verloren!

Von Berlin wird zuverlässig gemeldet, der König habe bei Tafel laute Klage darüber geführt, dass man ihm ungerechte Beschuldigungen aufbürde. Und nun sage man sogar, er habe ein Bündniss mit Italien abgeschlossen. Hiernach glaubt man, dass kein förmlicher Tractat bestehe und dass das Einverständniss nur auf Zusicherungen beruhe, welche Bismarck ohne Vorwissen seines Königs gegeben hätte.

Derselbe an denselben.

Pillnitz, den 31. Mai 1866.

. . . . Was Du mir über die Bemühungen, dem König von Preussen die Augen zu öffnen, schreibst, stimmt mit Nachrichten überein, die auch hier circuliren. Allerhöchsten Orts will man noch nicht recht daran glauben. Jedenfalls scheint aus diesen Gerüchten hervorzugehen, dass die antibismarckische Partei reellere Fortschritte macht als bisher. Ich habe sogar beklagen hören, dass es doch zum Congresse kommt, weil dadurch diese Bestrebungen sistirt, wenn nicht früstrirt werden könnten.

Ich habe vergessen, Dir zu schreiben, dass sich unser Allergnädigster Herr vor einiger Zeit mit Genugthuung über die deutsche Replik ausgesprochen hat, die Du dem italienischen Gesandten auf seine taktlose Aeusserung be-

züglich des verfehlten Attentats auf Bismarck ertheilt hast. Ich habe diese hübsche Geschichte nur von dem König.

In der Aufstellung der preussischen Truppen ist eine grosse Veränderung eingetreten. Alles, was von Torgau aus bis gegen Halle auf dem linken Elbufer stand, ist auf das rechte herübergezogen worden. Jetzt liegen von Mühlberg aus bis an die böhmische Grenze bei Görlitz und Zittau drei bis vier Armeecorps dicht beieinander. Bei Zeitz steht nur noch ein Armeecorps. Bei Wurzen und Dahlen soll die Grenze ziemlich entblösst sein. Auch unsere Truppen haben sich seit gestern dem rechten Elbufer zugewendet.

Man fragt sich, wie Preussen eine so massenhafte Aufstellung nur noch vierzehn Tage wird aushalten können, ohne loszuschlagen.

An demselben 31. Mai, an welchem mir mein Onkel schrieb, fasste das k. k. Cabinet folgenschwere Entschliessungen. Man befolgte leider die Taktik nicht, welche mir La Tour d'Auvergne ganz richtig als die beste bezeichnet hatte. Mein nachstehender Brief an Beust meldet das Eintreffen der österreichischen Antwort, an welcher das Congress-Project scheiterte.

London, den 3. Juni 1866.

Donnerstag, den 31. Mai, war dem k. k. Botschafter der Courier telegraphisch angekündigt worden, welcher Tags darauf die Antwort Oesterreichs auf die Einladung zum Congresse überbringen sollte. Im Telegramme war bereits die Substanz dieser Antwort dahin formulirt worden: Oesterreich nehme die Einladung an, aber unter der Bedingung, dass weder von einem *agrandissement territorial* noch von einer *augmentation de puissance* einer der zum Congresse geladenen Mächte die Rede sein werde.

Der am 1. in Wien expedirte Courier ist, nachdem er die

für Paris bestimmte Expedition dort abgegeben, heute Abend in Chandos House eingetroffen.

Die Expedition besteht aus der telegraphisch bereits bekannten „Antwort“; aus einer reservirten Depesche, in welcher diese Antwort motivirt wird und aus einer Anzahl die deutsche Frage betreffender Schriftstücke, welche Apponyi noch nicht gelesen hatte, als ich ihn kurz nach Eintreffen des Couriers aufsuchte.

Der Botschafter bezeichnete die reservirte Depesche als ein Schriftstück, in welchem der Standpunkt des k. k. Cabinets in klarer und würdiger Sprache dargelegt werde. Mensdorff erinnert daran, wie Oesterreich nie einen Zweifel darüber habe bestehen lassen, als könne von einer Abtretung Venetiens die Rede sein. Um seine Friedensliebe zu bethätigen, habe der Kaiser darein gewilligt, an den Berathungen des Congresses theilzunehmen. Man verhehle sich nicht, dass die gestellte Bedingung das Congressproject zum Scheitern bringen könne. Jedenfalls sei es Ehrensache für Oesterreich, von vornherein etwaige Illusionen abzuschneiden Erachte man die aufgestellte Bedingung als gleichbedeutend mit einer Weigerung, so liege darin der Beweis, dass man beabsichtigt habe, Oesterreich zu Abtretungen zu bewegen, für welche man keine Compensationen zu bieten habe. Von solchen Abtretungen könne keine Rede sein. Es sei daher besser, gar nicht zusammen zu kommen, als gleich in der ersten Sitzung die Unvereinbarkeit der gegenseitigen Standpunkte zu constatiren.

In der That ist die Reserve so gefasst, dass die Neutralen gezwungen sind, Farbe zu bekennen. Haben dieselben Compensationen zu bieten oder besteht die Absicht, Venetien als ein selbständiges Königreich, Italien als einen Staatenbund im Sinne von Villafranca zu constituiren, so könnte die Conferenz noch immer stattfinden.

In Paris ist die schriftliche Erwiederung erst gestern ein-

gegangen. Eine definitive Entschliessung darüber liegt noch nicht vor. Drouyn de Lhuys verweist telegraphisch einfach auf die österreichische Expedition, ohne sich darüber auszusprechen. Lord Russell erblickt darin ein Symptom, dass man in Paris die Conferenz bereits aufgegeben habe. In demselben Sinne äusserte sich auch Lord Clarendon gegen mich, als ich ihn aufsuchte, um ihm die von ihm sehr beifällig aufgenommene Aufklärung über die Eröffnung unseres Landtages zu geben. Der edle Lord betrachtet auch das Vorgehen Oesterreichs in Frankfurt als gleichbedeutend mit einer Ablehnung des Congresses. Preussen erkläre den österreichischen Antrag für einen *casus belli* und motivire diese Auffassung aus dem Gasteiner Vertrage. Ohne Oesterreich, bemerkte Clarendon, sei selbstverständlich an keine Conferenz zu denken.

Fürst La Tour d'Auvergne erblickt gleichfalls in der österreichischen Antwort eine Weigerung. Wenn er dabei bedauert, dass man sich so spät darauf besonnen, so hat dies keinen rechten Sinn. Hier wenigstens hat Oesterreich bezüglich Venetiens nie eine andere Sprache geführt.

Am Wunderbarsten war die Schlussfolgerung, welche der französische Botschafter aus diesem Allen zog:

„*C'est la guerre,*“ sagte er, „*la guerre en Italie. Car la Prusse est si peu disposée à se battre qu'elle finira par se soumettre purement et simplement à la Diète.*“

Einer meiner deutschen Collegen hat Lord Russell gefragt, ob Oesterreich durch seine Erwiederung des englischen Premiers Sympathien verscherzt habe. Die Antwort lautete: „*Well, I am not prepared to say that.*“

Viertes Kapitel.

London.

Juni 1866.

Zur Charakteristik Rouher's und Drouyn de Lhuys'. — Offenes Schreiben des Kaisers Napoleon an den letzteren, Frankreichs Neutralität betreffend. Privatbrief vom 13. Juni 1866: Unterredung mit Mr. Ch. Villiers; Belgien könnte Anlass zu einem Bruche zwischen England und Frankreich geben; Eindruck des kaiserlichen Schreibens an Drouyn de Lhuys. — Politik der kleineren deutschen Höfe. — Hermann Freiherr von Friesen an den Verfasser, Pillnitz 12. Juni 1866: Stimmung am Vorabende des Krieges; Vorbereitungen und Gerüchte. — Oesterreichs Mobilisirungsantrag am 14. Juni zum Beschluss erhoben. — Der preussische Gesandte erklärt den Bundesvertrag für erloschen. — Vertraulicher Bericht vom 14. Juni 1866: Die „Times" über das Schreiben Napoleon's vom 11. Juni; Veränderte Sprache des französischen Botschafters; Er beschuldigt Oesterreich, den Gasteiner Vertrag verletzt zu haben und spottet über das Bundesrecht; Lord Clarendon glaubt, Preussen werde gezwungen sein, die Herzogthümer zu räumen. — Privatbrief vom 15. Juni 1866: Brunnow's friedliche Illusionen; Gerüchte über Bayern; Russische Siege in Bokhara. — Hermann Freiherr von Friesen an den Verfasser, Pillnitz 15. Juni 1866: Abschieds-Diner an den Landtag; Enthusiasmus für den König; Audienz des preussischen Gesandten. — Privatschreiben vom 16. Juni 1866: Stimmung in London; Bundesbeschluss; Hannover. — Vertraulicher Bericht vom 19. Juni 1866: Umschlag der öffentlichen Meinung in Folge der Besetzung Sachsens und Hannovers; Kritik des Herzogs von Cambridge; Gespräch mit dem Prinzen von Wales; Niederlage des Ministeriums; Kriegserklärung am Jahrestage von Waterloo.

Napoleon III. war es ergangen wie dem deutschen Kaiser Otto III. Als dieser schöne Knabe *(pulcher puer)*, wie die zeitgenössischen Chronisten ihn nennen, sich die Kaisergruft in Aachen öffnen liess, wollte er das Schwert Karl des Grossen ergreifen. Es war jedoch zu schwer, er konnte es nicht schwingen. Während der achtzehnjährigen Regierung des Utopisten Louis Napoleon sind die Geschicke Frankreichs niemals

staatsmännisch geleitet worden. Auf dem unfruchtbaren Boden des zweiten Kaiserreiches konnten mitten unter frivolen Ränken und Intriguen nur Schlingpflanzen und Lianen, keine Eichen oder Palmen gedeihen. Wer das bezweifelt, lese die unlängst veröffentlichte Privat-Correspondenz Thouvenels [1]). Dieser gute Stylist galt für den fähigsten Minister, den Napoleon III. besessen. Aus seinen Privatbriefen ergiebt sich, dass sich Thouvenel über alle grossen Fragen, die während seiner Amtsführung an ihn herantraten, getäuscht hat: über Italien wie über Mexiko, über Amerika wie über Europa. Napoleon I. hatte doch wenigstens einen genialen, wenn auch charakterlosen Staatsmann in seinem Dienste gehabt. Wie wenig ihm das geholfen, lehrt die Geschichte. Denn als Napoleon I. Talleyrand von den Geschäften entfernte, rächte sich dieser und conspirirte mit Foucher und Metternich gegen den Gewalthaber, bis er dessen Sturz herbeiführte. Vielleicht liegt in dieser Erfahrung der Hauptgrund für die Vorliebe Napoleon's III. für mittelmässige Minister, die seinen Idiosynkrasien schmeichelten und seine Schwächen ausnutzten.

In Paris hatte die Antwort Oesterreichs, an welcher der Congress scheiterte, verstimmt. Kaiser Napoleon scheint sich wirklich eingebildet zu haben, er werde die Karte Europas am grünen Tische nach Gutdünken umgestalten können, ohne zum Schwerte zu greifen. Von seinen Ministern waren Rouher und Drouyn de Lhuys in jener Zeit die einflussreichsten. Ersterer, ein gewandter Advocat und Kammerredner, schwärmte für Italien und war damals ganz preussisch. Von der grossen Politik hatte Rouher nur dunkele Ahnungen. Seinen Kaiser übersah er. Er wusste, wie krank dieser war, wie unschlüssig und unzuverlässig. Rouher, vom Grafen Goltz geleitet, hatte sich einreden lassen, Preussen wolle nichts als die Elbherzogthümer und eine Consolidirung seiner Macht im Norden Deutschlands. Graf Bismarck werde nichts thun, ohne sich vorher mit Napoleon zu

---

[1]) Thouvenel, Le Secret de l'Empereur. Paris 1889. 2 vols.

verständigen und das Reformproject sei eine rein innere deutsche Angelegenheit, die Frankreichs Interessen nicht berühre. Erschreckt durch die wachsende Opposition gegen die abenteuerliche Politik seines Kaisers, eine Opposition, die in Thiers einen gewandten Führer gefunden hatte, war Rouher ganz davon überzeugt, dass die Lücken, welche der mexikanische Feldzug in die Reihen der französischen Armee gerissen, dass insbesondere die Erschöpfung des Materials, die Schwächung der Marine und die Entblössung der französischen Festungen der Regierung die Nothwendigkeit auferlegten, in strengster Neutralität dem drohenden Kriege zuzusehen. Sein heftigster Gegner im Conseil war Drouyn de Lhuys, ein Staatsmann zweiten Ranges, der von der Agronomie mehr verstand, als von der auswärtigen Politik. Indessen war derselbe jetzt zum vierten Male Minister des Auswärtigen, auch als früherer Botschafter mit dem diplomatischen Dienste praktisch vertraut und sonach seinem Collegen fachmännisch überlegen. Er schrieb gut, besass eine gewisse Suada und Routine, galt aber nicht eben für wahrheitsliebend. Seine Sachkenntniss imponirte dem Kaiser.

Drouyn de Lhuys hatte die italienischen Velleitäten seines Herrn von vornherein nicht getheilt, die Gefahr, welche das Nationalitätsprincip für Frankreich haben musste, ebenso gut durchschaut wie Thiers und früher als seine Landsleute erkannt, dass nicht Oesterreich, sondern Preussen der Gegner sei, welchen das zweite Kaiserreich am meisten zu fürchten habe. Daher galt er für österreichisch. Seine Sympathien waren jedoch sehr platonischer Natur und beschränkten sich auf wohlfeile Phrasen, die nichts kosteten und wenig einbrachten. Drouyn de Lhuys war übrigens ebenso wie Rouher von der Nothwendigkeit überzeugt, still zu sitzen. Nur war die Neutralität, die er befürwortete, wohlwollender für Oesterreich als für Preussen. Er hoffte beide Gegner würden sich in einem langen, blutigen Kriege gegenseitig erschöpfen und dann dem Kaiser Napoleon freiwillig das Schiedsrichteramt übertragen. Hätte dasselbe ohne

Betheiligung Frankreichs am Kriege ausgeübt werden können, so würde dies dem Minister des Auswärtigen ganz recht gewesen sein. Das Scheitern des Congresses verstimmte ihn daher und er trachtete für die durch die Verhältnisse gebotene Neutralität Frankreichs einen Preis zu erlangen. Fest überzeugt, dass Preussen, wenn es Oesterreich und das übrige Deutschland gegen sich habe, unterliegen müsse und dann, um sich zu retten, Frankreichs Intervention mit Gebietsabtretungen bezahlen werde, begünstigte Drouyn de Lhuys die persönliche Politik des Kaisers Napoleon und begnügte sich, Preussen unter der Hand zum Kriege zu ermuthigen gegen das Versprechen, nichts abzuschliessen ohne Frankreich. Oesterreich aber wurde mit der Eroberung Schlesiens geködert, welches Napoleon als Compensation für Venetien in Aussicht stellte. Oesterreich entschloss sich in der letzten Stunde, die Abtretung Venetiens an Frankreich gegen Zusicherung des obgedachten Aequivalents und der Neutralität zu versprechen. Es kam in Wien ein Vertrag zu Stande, welcher am 9. Juni paraphirt, am 12. unterzeichnet wurde. Derselbe macht Esterhazy's Diplomatie nicht mehr Ehre, als die Convention von Gastein. Ich habe nie Gelegenheit gehabt, den Vertrag vom 12. Juni zu lesen. Ich weiss nur, dass Beust denselben als das unglaublichste Actenstück dieser Art, welches ihm je vorgekommen, bezeichnete. Kaum hatte der Kaiser Napoleon diese Verschreibung Venetiens und des Festungs-Vierecks in der Tasche, als er es an der Zeit fand, seinen Kammern das Programm zu enthüllen, welches er sich vorgezeichnet. Er that dies in einem offenen Schreiben an Drouyn de Lhuys vom 11. Juni [1]), welches Rouher im *Corps législatif* vorlesen musste. Das praktische Resultat dieser kaiserlichen, stark verclausulirten Neutralitätserklärung war ein doppeltes. In Deutschland erblickte man darin das Symptom eines geheimen Einverständnisses mit Preussen, welchem dadurch ein Freibrief ertheilt

---

[1]) Siehe Anhang Nr. XII.

wurde, alle verfügbaren Truppen aus seinen westlichen Provinzen nach Sachsen und Böhmen zu werfen. Wie erfolgreich dieser Freibrief benutzt worden, ist bekannt. In England rief dagegen das Programm Napoleon's, dessen Macht man gewohntermassen überschätzte, eine wahre Bestürzung hervor. Man erkannte darin nicht bloss eine Ermuthigung Preussens, loszuschlagen, sondern man witterte allerhand Hintergedanken für die Umgestaltung der Karte Europas.

Am 13. Juni richtete ich den nachstehenden Brief an Beust.

London, den 13. Juni 1866.

Sie werden hoffentlich diese Expedition noch in Dresden erhalten. Es ist jedenfalls die letzte vor dem Ausbruche des Krieges. Hier glaubt man, Preussen werde morgen sofort nach Karolyi's Abreise Sachsen besetzen. Ist es Benedek's Plan, wie man hier wissen will, uns zunächst preiszugeben, den Feind nach Böhmen zu locken, dort zu schlagen und nach Berlin zu verfolgen, so bitte ich mir zu telegraphiren, wohin ich schreiben soll.

Charles Villiers, Clarendon's Bruder, bestätigte mir gestern Abend, dass man sich hier allen Ernstes auf einen Bruch mit Frankreich gefasst mache. Belgien werde wahrscheinlich die Veranlassung geben. Er wollte zuerst mit der Sprache nicht recht heraus. Aber Kinglake, der sich am vergangenen Sonntage bei mir das Material zu seiner vorgestrigen Rede geholt, hatte mich *au fait* gesetzt. Ich konnte daher Villiers, natürlich ohne Namen zu nennen, beweisen, dass seine Redensarten, England habe in Asien und Amerika grössere Interessen als in Europa, nicht verfingen.

Ich sagte ihm:

„Ich lebe lange genug in diesem Lande, um die dreissig Personen zu kennen, welche hier die öffentliche Meinung machen. Das sind die Heizer, die das unterirdische Feuer unterhalten, das Wasser zum Kochen bringen, mit einem

Worte den Dampf erzeugen, der Euere Regierungsmaschine treibt. Sind diese dreissig Männer darüber einig, dass eine Frage vorliegt, welche das britische Interesse berührt, so ist vierundzwanzig Stunden später ganz England davon überzeugt und die Zeitungen aller Parteischattirungen posaunen diese Entdeckung in die Welt. Verschonen Sie mich daher mit Redensarten, die nur erfunden sind, um die Niederlage dem Publicum zu verbergen, die Palmerston's vorjährige Kriegspolitik im Schoosse seines eigenen Cabinets erlitten hat."

Als mich Villiers unterrichtet sah, wurde er aufrichtiger.

„Man hat hier," bemerkte er, „keinen Zweifel darüber, dass Napoleon schon seit Jahren mit Bismarck unter einer Decke spielt. Goltz' Opposition gegen seinen Chef ist eine abgekartete Komödie. Goltz ist die Mittelsperson, sehr gern gesehen in den Tuilerien. Die Rheinprovinzen zu nehmen, ist nicht Napoleon's Absicht. Er weiss, dass man dort nicht französisch werden will. Wir glauben jedoch, Bismarck würde zur Errichtung eines zu neutralisirenden Staates am Rheine die Hand bieten. Dann käme die belgische Frage auf das Tapet und diese könnte das Signal zu unserem Bruche mit Frankreich geben. Wir können nicht länger bezweifeln, dass Napoleon damit umgeht, Neapel von Italien loszureissen, sich selbst Genuas und der Insel Sardinien zu bemächtigen, um das Mittelmeer in einen französischen See zu verwandeln."

Ich erinnere daran, dass mir La Tour d'Auvergne vor wenigen Tagen von Enten sprach, welche Lord Cowley ausbrüte, da er seit einiger Zeit Drouyn de Lhuys boudire. Ich muss jedoch gestehen, dass mich das heute morgen bekannt gewordene offene Schreiben Napoleon's an Drouyn de Lhuys vom 11. d. sehr in dem Verdachte bestärkt hat, dass sich Preussen mit ähnlichen französischen Zusicherungen

in den Kampf stürzt wie Italien, mit einem Worte, dass jede dieser beiden Mächte nur zu gewinnen, nichts zu verlieren hat. Was soll das heissen, dass Preussen bessere geographische Grenzen erhalten soll? Auch die Wiederholung, Frankreich müsse sich vergrössern, falls eine andere Grossmacht dies thue, ist nicht eben beruhigend. Kurz, die kaiserliche Zuschrift ist unheimlich und hat mich an die Worte erinnert, mit denen Sie im April 1859 eine denkwürdige Unterredung resümirten, welche Sie damals mit dem Kaiser Napoleon hatten: „*Il nous a mis dedans.*“

Einen Sonnenstrahl von Hoffnung könnte man darin erblicken, dass Frankreich und Bayern die preussischen Unterthanen in Oesterreich in ihren Schutz zu nehmen abgelehnt haben.

Wäre es nicht besser, unsere Correspondenz über Frankfurt zu dirigiren, da Preussen bereits einen österreichischen Courier angehalten und ihm die Depeschen abgenommen hat, die er dem General Gablenz überbringen sollte?

Wie wohl begründet die in diesem Briefe ausgesprochene Vermuthung war, dass sich Preussen und Italien mit der Zuversicht in den Kampf stürzten, nur zu gewinnen, nichts zu verlieren zu haben, ist seitdem sattsam bekannt geworden. Am Schlagendsten geht dies aus dem vertraulichen Berichte hervor, welchen der italienische Gesandte in Paris, Chevalier de Nigra, im Juni 1866 an den Prinzen Carignan gerichtet hat. Dieses merkwürdige Schriftstück enthüllt das französisch-italienische Intriguenspiel *ab ovo* und wirft auf die Genesis des preussisch-italienischen Bündnisses noch helleres Licht als La Marmora's Aufzeichnungen. Namentlich tritt die Rolle, welche der Kaiser der Franzosen in dieser Angelegenheit persönlich gespielt hat, grell hervor. Die Nemesis, die ihn ereilte, wird nach dem Stu-

dium dieser Pièce allen Unbefangenen nur um so gerechter erscheinen müssen [1]).

In der Zwischenzeit hatte ich aus Pillnitz mehrere Briefe erhalten. Am 4. Juni hatte man mir geschrieben, der Grossherzog von Baden sei im tiefsten Incognito direct von Karlsruhe eingetroffen und habe mit dem Könige wie mit dem Minister von Beust längere Unterredungen gehabt. Er sei dann nicht, wie man erwartet, nach Berlin, sondern über Weimar nach Karlsruhe zurückgekehrt. Ueber den Zweck dieser Reise wurde das strengste Geheimniss bewahrt. In den Umgebungen des Königs vermuthete man jedoch, dass es sich um einen Vermittelungsversuch gehandelt haben könnte, welchen die damals noch in Baden weilende Königin Augusta inspirirt. Diese Vermuthung zeigte sich als unbegründet. Der Grossherzog hatte einfach am Vorabende der Entscheidung sich mit dem ihm eng befreundeten Könige Johann aussprechen wollen. Es ist ein denkwürdiges Zeichen der Zeit, dass der Grossherzog von Baden in jener Krisis gegen seinen Schwiegervater, den König von Preussen, Stellung nahm und wie Sachsen, Bayern, Hannover, Württemberg, beide Hessen u. s. w. offen für Oesterreich Partei ergriff. Der Grund lag einfach darin, dass Preussen nothgedrungen keine Verständigung, sondern Unterwerfung der deutschen Fürsten verlangte und dass diese für ihre ihnen durch das Bundesrecht gewährleistete Unabhängigkeit nur bei Oesterreich Schutz zu finden hofften. Leider hatte jedoch Oesterreich selbst den bundesrechtlichen Standpunkt verlassen, die ungesetzliche Gasteiner Convention unterzeichnet und war erst in der elften Stunde, als es zu spät war, auf den Boden des geschriebenen Rechtes zurückgekehrt.

---

[1]) Der Chevalier de Nigra sandte mittelst Schreibens vom 8. Februar 1877 den italienischen Originaltext dieses vertraulichen Berichts an die Redaction des „Courrier d'Italie" zur sofortigen Veröffentlichung. Eine französische Uebersetzung giebt: Rothan, La politique française en 1866. Paris 1879. pp. 423—436.

Am sächsischen Hofe war man auf Alles gefasst, wie der nachstehende Privatbrief beweist.

Hermann Freiherr von Friesen an den Verfasser.

Pillnitz, den 12. Juni 1866.

Deine beiden Briefe habe ich richtig erhalten und den Ausschnitt aus dem „Punch“ den Majestäten, sowie Beust mitgetheilt [1]).

Uebermorgen, Donnerstag, ist Landtagsschluss und allgemeines Stände-Diner hier in Pillnitz. Ob die Kanonen nicht an diesem Tage schon in unserer Nähe brummen werden, ist aber dennoch nicht mit Gewissheit anzunehmen. Gestern um zwölf Uhr Mittags war mein Allergnädigster Herr noch sehr sicher, wiewohl ich ihm einige Symptome mittheilte, wonach ein Einbruch der Preussen in Sachsen wahrscheinlich sei. Nach einer Unterredung mit dem Kronprinzen und dem General Fabrice berief er um drei Uhr Nachmittags den auf seinem Landgute weilenden Oberhofmarschall, der die Königin nach Regensburg begleiten soll. Der König kam nicht zur Tafel und telegraphirte der Königin von Dresden die Gründe seines Nicht-Erscheinens. Heute früh war Seine Majestät soweit beruhigt, dass er mir den Befehl für die grosse Tafel, welche Donnerstag stattfinden

---

[1]) Das bekannte Londoner Witzblatt „Punch“ brachte in seiner Nummer vom 9. Juni 1866 einen *„Contrasts to the King of Prussia“* überschriebenen humoristischen Artikel, in welchem die Haltung des Königs von Sachsen gerühmt, ein Paragraph seiner letzten Thronrede citirt und gesagt worden war: *„He acts as well as talks, indeed, like a true Briton, and may be said to be a Saxon and something more, inasmuch as he shows himself equal to an Anglo-Saxon of the genuine type.“* Diese populäre Huldigung schloss mit einigen sarkastischen Bemerkungen über den jungen König von Bayern, der sich mit Richard Wagner in seine Berge geflüchtet und lange vergebens von seinen Ministern mit der Mobilisirungs-Ordre gesucht worden sei.

soll, wiederholte. Du siehst hieraus, dass wir keineswegs sicher für die nächsten Tage sind.

Noch immer hält man hier an der Meinung fest, dass der erste Zusammenstoss an der schlesisch-böhmischen Grenze stattfinden werde. Damit stimmt auch überein, dass die preussischen Truppen jede Grenzverletzung gegenüber von Sachsen vermeiden. Man scheint sich jenseits noch immer zu schmeicheln, dass ein Krieg mit Oesterreich denkbar, ohne dass sich der deutsche Bund daran betheilige. Darum vermeidet man jeden Schein der Feindseligkeit gegen Sachsen. Dieser Wahn wird sofort schwinden, sobald Oesterreich den in den nächsten Tagen zu erwartenden Mobilisirungsantrag am Bundestage stellt. Dann sind freilich Kräfte genug an der Grenze vereinigt, um das Land kriegerisch zu besetzen, und eine Occupation von Dresden ist nicht unwahrscheinlich.

Bevor mich diese Zeilen erreichten, war in Frankfurt die Entscheidung erfolgt. Wie bekannt hatte Oesterreich am 11. Juni die Mobilisirung sämmtlicher Armeecorps des deutschen Bundes mit Ausschluss der preussischen beantragt, Tags darauf seinen Gesandten von Berlin abberufen und trotz der Einsprache des preussischen Bundestags-Gesandten die Abstimmung auf den 14. festgesetzt. Eine Majorität von neun Stimmen gegen sechs erhob den Mobilisirungsantrag zum Beschlusse, und Savigny verliess den Saal, nachdem er den Bundesvertrag für erloschen erklärt hatte.

An diesem verhängnissvollen 14. Juni schrieb ich an Beust, welchen mein Brief in Dresden schon nicht mehr erreichte. Dieser Bericht ist lehrreich, weil er beweist, dass die französische Regierung damals ganz in das preussische Fahrwasser gerathen war. La Tour d'Auvergne, der mir noch wenige Tage vorher die Ueberzeugung ausgesprochen hatte, Preussen werde nachgeben und in Deutschland werde es nicht zum Kriege kommen, änderte nunmehr seine Sprache nach Massgabe des offenen

Schreibens, welches sein Kaiser am 11. Juni an Drouyn de Lhuys gerichtet hatte. Obgleich es sich nur um eine akademische Discussion handelt, erläutert dieselbe doch die beiderseitigen Standpunkte, aus deren Antagonismus der *casus belli* sich ergab.

London, den 14. Juni 1866.

Die beifolgende „Times" bringt ausser nicht uninteressanten Correspondenzen aus Paris, Wien, Berlin und Jüterbog einen Leitartikel, der Beachtung verdient. Ew. Excellenz finden darin ziemlich genaue Andeutungen über den Eindruck, welchen das Schreiben des Kaisers Napoleon an Herrn Drouyn de Lhuys vom 11. d. hier hervorgerufen hat. Viele möchten in diesem Briefe einen an Preussen gerichteten *avis au lecteur* erblicken. Wie dem auch sei, jedenfalls liegt darin eine Rechtfertigung der Reserven, von welchen Oesterreich sein Erscheinen auf dem aufgegebenen Congresse abhängig gemacht hatte.

Die Sprache, welche La Tour d'Auvergne mir gegenüber gestern Abend geführt, lässt keinen Zweifel über die übele Laune, die man in Paris wegen des zu Boden gefallenen Conferenz-Projectes empfindet. Auch verhehlt man nicht die Ungeduld über die Langsamkeit, mit welcher sich der Krieg in Deutschland engagirt. Man hatte offenbar in Paris gehofft, General Gablenz werde den Kampf auf einem uns ungünstigen Terrain aufnehmen.

Ich erinnerte den Botschafter daran, dass mir die Ereignisse Recht gegeben. Hatte ich ihm doch vor zwei Monaten schon vorausgesagt, Oesterreich werde die Frage der Elbherzogthümer dem Bundestage unterbreiten. Er hatte mir damals geantwortet, die Würde einer Grossmacht werde dies nicht gestatten. An diesen Vorgang erinnernd fragte ich, warum die Ehre es Preussen nicht gestatten sollte, diesem Beispiele zu folgen und so noch heute den Krieg zu vermeiden.

— „Jamais,“ antwortete der Botschafter, „la Prusse ne le fera. Elle gardera ce qu'elle tient. Le Slesvig, du reste, n'appartient pas à la Confédération.“

„Aber Holstein,“ warf ich ein, „ist Bundesland und gegen dieses hat Preussen Gewalt gebraucht.“

— „C'est l'Autriche qui a violé le traité de Gastein et celui de Vienne.“

„Das ist die Theorie des Grafen Bismarck. Wir theilen diese Ansicht nicht. In unseren Augen hat Preussen zuerst das Bundesgebiet verletzt. Glücklicherweise hat der Conflict vermieden werden können; dadurch bleibt noch immer eine Chance für das friedliche Einschreiten des Bundes offen.“

— „Je regrette de vous voir souffler à la guerre.“

„Sie wissen sehr gut, dass wir nicht daran denken. Wir wollen, was wir immer gewollt haben: den Frieden; einen ehrenvollen, gerechten und dauernden Frieden.“

— „Sans vous l'Autriche n'aurait jamais pris l'attitude qu'elle a prise. Vous l'avez encouragée.“

„Wenn wir dazu beigetragen haben, Oesterreich zu bewegen, das gute Recht anzuerkennen, so können wir uns dazu nur Glück wünschen.“

— „Il s'agit bien du droit fédéral. Il y a des conventions entre deux grandes puissances et l'Autriche était tenue à les respecter.“

„Unserer Ansicht nach ist dies geschehen. Sollte Oesterreich jedoch Verbindlichkeiten übernommen haben im Widerspruch mit dem Bundesrechte, so würden dieselben null und nichtig sein. Weder der Friedensvertrag von Wien, noch die Gasteiner Convention können den deutschen Bund binden, noch seine älteren Rechte schmälern.“

— „Libre à vous de le dire, mais personne ne partage votre avis.“

„Verzeihen Sie, ganz Deutschland ist dieser Ansicht, wie die grosse Mehrzahl der Unterthanen des Königs von

Preussen. Und Sie würden auch dieser Meinung sein, wenn England einen Vertrag mit Oesterreich abgeschlossen hätte, in welchem über die Rechte eines Dritten, z. B. Frankreichs, verfügt worden wäre."

— „Oh! la France saura bien faire respecter ses droits."

„Und Deutschland gleichfalls, wie der Londoner Vertrag beweist, der annullirt worden ist, nachdem man erkannt, wie ungerecht es war, über die Rechte eines Dritten ohne dessen Beistimmung zu verfügen."

— „Comme je regrette que l'on vous ait jamais permis de soutenir cette thèse!"

Um gerecht zu sein, muss man anerkennen, dass La Tour d'Auvergne unsere Auffassung des Londoner Vertrages niemals getheilt und dass er die Politik, die seine Regierung vor zwei Jahren befolgt, immer getadelt hat.

Das hindert nicht, dass die Logik der Thatsachen, eine Logik, die die Franzosen so gern anrufen, für uns war in dieser Discussion, die ich weder gesucht noch provocirt hatte.

Wenn der französische Botschafter der Meinung ist, die Besetzung Holsteins durch preussische Truppen entscheide thatsächlich die Rechtsfrage, so freue ich mich hinzufügen zu können, dass Lord Clarendon diese Auffassung durchaus nicht theilt. Der erste Staats-Secretär für das Auswärtige hat vorgestern Abend einem meiner deutschen Collegen gesagt: „Seien Sie versichert, Preussen ist trotz der Besetzung Holsteins weniger als je in der Lage, die Annexion der Herzogthümer durchzusetzen. Mit Ausnahme des Kieler Hafens vielleicht, wird Preussen sich genöthigt sehen, Alles aufzugeben."

Die Zeitungen hatten verbreitet, der österreichische Antrag werde die Mehrheit nicht erhalten und die Stimmen würden sich theilen. Der Telegraph hat soeben diese Prophezeiung widerlegt, da der Antrag des Präsidial-Ge-

sandten mit neun gegen sechs Stimmen zum Beschlusse erhoben worden ist.

Am Tage, an welchem der Krieg begann, hegte man auf der russischen Botschaft in London noch immer Friedenshoffnungen. Ich schrieb darüber an Beust privatim folgende Zeilen:

London, den 15. Juni 1866.

Das gestrige Votum des Bundestages hat hier gewaltig imponirt und wird hoffentlich auch jenseits des Kanals zum Nachdenken anregen.

Brunnow glaubt noch immer an die Erhaltung des Friedens in Deutschland. Er betonte mit grosser Entschiedenheit, Oesterreich und Preussen hätten eingesehen, wie sehr die Entfremdung ihrem beiderseitigen Interesse schade. Von einem praktischen Erfolge dieser Annäherung wusste er jedoch nichts zu sagen.

Der Geheimnissvolle sieht sehr schwarz. Der Mann ist ganz auseinander und wird alt. Er sieht Gespenster und schreibt, Pfordten, der Oesterreich hasse, werde nächstens sterben. Dann falle der Münchener Hof Montgelas'schen Reminiscenzen anheim und gerathe ganz in die Abhängigkeit der französisch-preussischen Partei.

Die Zeitungen halten den Bund für gesprengt.

Der heute telegraphisch signalisirte „Constitutionnel"-Artikel verdient Beachtung.

In den russischen Siegen in Central-Asien erblickt die „Times" nur einen Grund mehr für England, auf dem freundschaftlichsten Fusse mit Russland zu beharren.

An demselben Tage war bekanntlich, wie in Hannover und Kassel, auch in Dresden das preussische Ultimatum überreicht worden. Aus Pillnitz gingen mir darüber die nachstehenden, vom Telegraphen überholten Notizen zu:

Hermann Freiherr von Friesen an den Verfasser.

Pillnitz, den 15. Juni 1866.

Das Landtags-Diner am gestrigen Tage ist brillant ausgefallen. Schon beim Eintritt in den Saal begrüsste der König die versammelten Stände mit einigen Worten des Dankes für ihren Eifer. Bei der Tafel fügte der König dem üblichen Toast auf das Landeswohl und die getreuen Stände noch folgende Worte hinzu: „Auf das getreue Zusammenhalten zwischen Fürst und Ständen, wie sich dieses auf dem soeben geschlossenen Landtage so glänzend bewährt hat."

Das vom Präsidenten der ersten Kammer ausgebrachte Hoch wollte nicht enden.

Nach der Tafel kam zu allseitiger Befriedigung das Telegramm über den Bundesbeschluss vom gestrigen Tage. Savigny's „würdevolle Haltung" erregte allgemeine Heiterkeit [1]). Bei der Entlassung der Stände erschallte wider alles Herkommen ein neues Hoch auf den König, welches auf dem Dampfschiffe mehrfach wiederholt wurde. Der König war ergriffen und durch den Ausdruck dieser loyalen Gesinnung ermuthigt.

Ich freue mich, gegen den Wunsch des zeitweilig abwesenden Oberhofmarschalls Seiner Majestät den Gedanken zu diesem Abschiedsdiner suppeditirt zu haben.

---

[1]) Selbstverständlich konnte in diesem ernsten Augenblicke die Erklärung des preussischen Bundestags-Gesandten die Heiterkeit der Stände nicht erregen. Es handelte sich dabei lediglich um die Person. Savigny, der Sohn des bekannten Rechtslehrers und Justizministers, hatte mehrere Jahre in Dresden verlebt, zuerst als Legations-Secretär, später als Gesandter. Ueber seine diplomatische Befähigung erlaube ich mir kein Urtheil. In der Gesellschaft belächelte man seine Affectation, seine Taktlosigkeiten und breitspurigen Parvenu-Manieren. „Würdevolle Haltung" hatte man jedoch niemals an ihm wahrgenommen.

Wir erwarten nun stündlich die Entscheidung.

Die Armee ist concentrirt, und auf dem böhmischen Bahnhofe stehen die Waggons bereit, um Artillerie und Munition sofort über die Grenze zu schaffen. Unter diesen Umständen habe ich anheimgegeben, für die eventuelle Abreise der Königin ein Dampfboot bereit zu halten, da auf die Bahn kaum zu rechnen sein dürfte.

Der Kronprinz ist sehr thätig und hat sich, wie ich höre, in hohem Grade die Sympathien der Offiziere und Mannschaften erworben. Der Kriegsminister Rabenhorst ist, wie ich gestern wahrnehmen konnte, darüber verletzt, dass ihm das Ober-Commando nicht zugefallen ist.

Während ich Dir schreibe, ist der König auf Grund eines eingegangenen Telegrammes nach Dresden gefahren, um dem preussischen Gesandten eine von diesem nachgesuchte Particular-Audienz zu ertheilen. Um was es sich handelt, habe ich noch nicht erfahren können.

Die Königin ist so sehr gegen die Abreise, dass sie noch keinen Befehl zum Einpacken gegeben hat. Der König besteht darauf. Für den Fall der Abreise ist Prag als erstes, Regensburg als zweites Ziel bestimmt.

Die verwittwete Königin Marie und die Prinzessin Amélie verbleiben in Dresden.

Tags darauf erhielt ich von der sächsischen Gesandtschaft in Wien folgendes Telegramm:

Vienne, le 16 juin 1866.

D'ordre du Ministre Beust je vous prie de lui adresser vos rapports à Prague via Munich.

Könneritz.

Ich schrieb sofort nach Prag:

London, den 16. Juni 1866.

Den Empfang des Wiener Telegrammes bekennend, melde ich, dass ich noch gestern an Sie nach Dresden geschrieben habe, aber so, dass man meinen Brief lesen kann. Die Postverbindungen sind gestört. Ich weiss nur, dass Löbau und Zittau von den Preussen besetzt sind. Merck telegraphirt aus Hamburg an Schleiden: „Die Preussen sind in Sachsen eingerückt. Der Bund wird einschreiten."

Die Stimmung ist hier vortrefflich. Wie schon angedeutet, zieht sich ein Gewitter zusammen, welches nach manchen Zwischenfällen in Paris einschlagen muss, wenn man dort nicht rechtzeitig einlenkt. Der russische Sieg in Bokhara würde im vorigen Jahre noch ein Halloh ohne Gleichen hervorgerufen haben. Heute erblickt man darin nur eine Veranlassung mehr, mit Russland zu gehen.

Die Bundesabstimmung hat hier Eindruck gemacht, wie die Anlagen beweisen. Hannover hat, wie Sie wissen werden, trotz der Bennigsen'schen Adresse festgehalten. Die Truppen, in deren Mitte sich der König und sein Kronprinz nach Göttingen begaben, haben den Bundesbeschluss mit Jubel begrüsst.

In Stettin ist Alles für die Einschiffung des Königs von Preussen vorbereitet, falls das Kriegsglück ihm nicht günstig sein sollte. Er würde sich dann unter Preisgebung Berlins nach Königsberg begeben, *si fabula vera est.*

Ein mysteriöses Reuter'sches Telegramm aus Paris besagt, man erblicke in dem Bundesbeschlusse eine Verletzung der Artikel 54 und 63 der Bundesacte.

Die für Oesterreich und dessen Verbündete anfangs so günstige Stimmung des englischen Publicums sollte nur zu schnell umschlagen. Die Energie und die Sicherheit, mit welchen der grösste Stratege unserer Tage den Feldzug eröffnete

imponirten den Engländern um so mehr, als sie die Langsamkeit der österreichischen Bewegungen nicht zu begreifen vermochten. Man hatte allgemein geglaubt, die, wie man sich einbildete, der preussischen weit überlegene österreichische Armee werde sofort die Offensive ergreifen, um in den Ebenen Sachsens, wie im Jahre 1813, die Entscheidungsschlachten zu schlagen, welche dem Sieger den Weg nach Berlin öffnen sollten. Diese Enttäuschung theilte man auch in Paris, und man kann es aussprechen, dass der moralische Eindruck für die österreichischen Waffen ein höchst verhängnissvoller war. In den Augen des Auslandes war die Campagne für Preussen gewonnen, als sie kaum begonnen hatte.

Ein vertraulicher Bericht, den ich an Beust nach Prag richtete, wird dies bestätigen:

London, den 19. Juni 1866.

Sie kennen mein sächsisches Herz zu gut, als dass ich nöthig hätte, den Eindruck zu schildern, welchen die erschütternden Nachrichten der letzten Tage hervorbringen mussten. Möge Gott unsern Allergnädigsten Herrn und sein schwergeprüftes Land schützen und schirmen!

Die unblutigen Erfolge der preussischen Waffen, namentlich die seit gestern Abend bekannte Besetzung Dresdens, haben hier auf alle Freunde unserer Sache den niederschlagendsten Eindruck geübt. Man begreift nicht, dass Oesterreich nicht einmal den Versuch gemacht hat, diesen mehr politisch als militärisch wichtigen Schachzug zu verhindern. So entschieden auch die öffentliche Meinung auf unserer Seite war, so ist der Engländer doch zu sehr Sklave der Gewohnheit, um nicht sein Urtheil nach dem Erfolge zu bemessen.

Es bedarf nicht der Versicherung, wie lästig in Zeiten wie die jetzigen die Erfüllung geselliger Pflichten erscheint. Nur die Erwägung, dass man es mir als Muthlosigkeit aus-

legen könnte, wenn ich mich nicht nach wie vor in den Salons zeigte, hatte mich veranlasst, dem glänzenden Feste beizuwohnen, welches gestern Abend zu Ehren des Prinzen und der Prinzessin von Wales in Dudley House stattfand.

Ich kam spät und trat in den Saal, als der Herzog von Cambridge im Begriffe stand, denselben zu verlassen.

„Schlechte Nachrichten!“ rief er mir zu. „Die Preussen sind in Dresden. Ich begreife die Oesterreicher nicht.“

— „Auf das Preisgeben einer offenen Stadt wie Dresden waren wir gefasst. Die Stadt ist strategisch nicht wichtig genug, um nutzlos für ihre Vertheidigung Blut zu vergiessen. Wir haben uns auf die k. k. Armee zurückgezogen und halten meines Wissens die sächsisch-böhmischen Bergpässe besetzt.“

„Dass Sie sich vor der Uebermacht zurückgezogen, ist ganz in der Ordnung. Aber die Oesterreicher kommen immer zu spät. Sie unterschätzen den moralischen Eindruck, den es hier und namentlich in Paris machen muss, wenn man sieht, dass die Preussen in Deutschland die Herren spielen und ungestraft thun, was sie wollen.“

— „Aber bedenken Sie nur, mein gnädigster Herr, dass der Friedensbruch vorgestern erst erfolgt ist und dass erst an demselben Tage der Bund Oesterreich und Bayern ermächtigt hat, zu handeln. Ist es nicht begreiflich, wenn Benedek, bevor er die Offensive ergriff, seine Verbindung mit der bayerischen und der sächsischen Armee vorerst hat herstellen wollen? Unsere Stärke ist das Bundesrecht. Wenn wir es vertheidigen wollen, dürfen wir nicht damit anfangen, es zu verletzen.“

„Ach was Bundesrecht! Jetzt gilt es zu handeln, rasch und entschlossen zu handeln. An Benedek's Stelle wäre ich eingerückt, nachdem der erste preussische Soldat die sächsische Grenze überschritten, und hätte Dresden geschützt *coûte que coûte.*“

Der entrüstete *Commander in chief* der britischen Armee liess mir keine Zeit, etwas zu erwiedern. Er wandte sich an den k. k. Botschafter, um diesen mit Vorwürfen zu überhäufen über die Langsamkeit der österreichischen Bewegungen.

Aus dem Regen kam ich in die Traufe. Kaum hatte ich die Frau vom Hause begrüsst, als der Prinz von Wales mir zurief:

„Sie sind nicht mehr Minister! Die Preussen sind in Dresden. Da, lesen Sie selbst.“

Er reichte mir dann ein Bündel Reuter'scher Telegramme, die eben erst eingegangen und die ich, nach Hause zurückgekehrt, bei mir vorfand.

„Sie sehen, Sie sind nicht mehr Minister,“ wiederholte der Prinz.

— „Euere Königliche Hoheit werden mich hoffentlich noch als solchen anerkennen, da ich der Königin mein Abberufungsschreiben noch nicht überreicht habe. Freilich haben wir momentan den Besitz einer offenen Stadt aufgegeben, um uns ungeschwächt auf die k. k. Armee zu repliiren.“

„Sie haben ganz Recht gehabt,“ bemerkte der Prinz ganz herzlich, „ganz Recht. Ihre brave Armee nicht nutzlos geopfert, und vorzüglich ganz Recht, d i e Seite erwählt zu haben, die Sie ergriffen. Hoffentlich erhalten wir bald bessere Nachrichten.“

Weder die Engländer noch die Franzosen sind sehr bewandert in der Geographie Deutschlands. Es muss daher einen schlechten Eindruck machen, wenn sie in den Zeitungen lesen, dass die Preussen zwei Königreiche in zwei Tagen erobert haben.

Hoffentlich hat sich das Blatt gewendet, bevor diese Zeilen Sie erreichen. Der Bundesbeschluss vom 14. hatte hier so überrascht, dass man die Oesterreicher mit Zuversicht binnen acht Tagen in Berlin zu sehen hoffte.

Lord Bloomfield scheint die Stärke der k. k. Nordarmee überschätzt zu haben. Es machte daher einen um so niederschlagenderen Eindruck, als er am Sonntag telegraphirte, bei der numerischen Ueberlegenheit der Preussen müsse Benedek die Bayern abwarten.

Darin mag der Herzog von Cambridge ganz Recht haben: Man legt in Oesterreich viel zu wenig Werth auf den moralischen Effect.

Während wir in Deutschland noch der Schlachten harren, die über unsere Zukunft entscheiden sollen, hat gestern Nacht im Unterhause eine zwar unblutige, aber nicht minder entscheidende Schlacht stattgefunden. Das Ministerium ist unterlegen. Von beiden Seiten waren die grössten Anstrengungen gemacht worden. 624 Mitglieder, eine in dieser Session unerhörte Anzahl, haben an der Abstimmung Theil genommen. Das Amendement, welches Lord Dunkellin gegen die Reform Bill eingebracht, indem er vorschlug, in Burgflecken den Wahlcensus nicht nach der Hausrente, sondern nach der Höhe der Abgaben zu bemessen, ward mit 315 gegen 304 Stimmen, also mit einer Majorität von 11 gegen die Regierung angenommen.

Das in diesem Augenblicke tagende Conseil wird darüber entscheiden, ob die Minister diese Abstimmung als eine Niederlage auffassen und zurücktreten [1]). Lord Clarendon, den ich bei dem Lever gesehen, meinte, er sei in den Händen seiner Collegen, ihm aber scheine die Gelegenheit vortrefflich, den Gegnern die Verantwortlichkeit der Bildung eines neuen Ministeriums zu überlassen.

Soeben geht die Nachricht ein, dass Preussen und Italien gestern, am Jahrestage der Schlacht von Waterloo, Oester-

---

[1]) Am 27. Juni erklärten Lord Russell im Oberhause und Mr. Gladstone im Unterhause, dass das Ministerium seine Entlassung genommen habe.

reich den Krieg erklärt haben. Eine glänzendere Rache für Waterloo konnte Napoleon III. kaum nehmen.

Als der badische Gesandte in Berlin seinen Instructionen gemäss anzeigte, dass der eigene Schwiegersohn des Königs von Preussen die Neutralität aufgebe und den Bamberger Beschlüssen beitrete, soll ein höherer Beamter des Ministeriums ausgerufen haben: „So haben wir denn nur zwei Alliirte, den Grossherzog von Mecklenburg-Schwerin und — Garibaldi!"

Fünftes Kapitel.

Wien.

Juli 1866.

Telegraphische Berufung des Verfassers in das sächsische Hauptquartier. — Der Sieg von Custozza. — Hermann Freiherr von Friesen an den Verfasser, Dresden 23. Juni 1866: Durchmarsch des 7. und 8. preussischen Armeecorps; Schlechte Verpflegung; Zuvorkommendes Benehmen der Generale: Ungefähre numerische Stärke der preussischen Streitkräfte; Nachrichten und Gerüchte aus Böhmen. — Zweitägiger Aufenthalt in Paris. — Unterredung mit Drouyn de Lhuys. — Wien. — Unterredung mit Graf Mensdorff. — Lord Bloomfield. — Fürstin Eleonore Schwarzenberg. — Dunkele Gerüchte über die Schlacht von Sadowa. — Ankunft des Königs von Sachsen in Wien. — Kaiser Franz Joseph. — Beust's erste Eindrücke. — Das Conseil in Schönbrunn. — Cession Venetiens an Frankreich. — Benedek's Telegramm. — Feldherrnblick des Kronprinzen von Sachsen. — Bedenkliche Stimmung der Wiener Bevölkerung. — Apathie des Landes. — Aufopfernde Verpflegung der Verwundeten. — Das Lazareth der Fürstin Schwarzenberg. — Beust's Mission nach Paris. — Rückkehr nach London.

Mitten in einer solchen Krisis, fern von der Heimath und dem Schauplatze entscheidender Ereignisse, zur Unthätigkeit verdammt zu sein, war nicht erfreulich. Mit Jubel begrüsste ich daher die Berufung in das sächsische Hauptquartier, welche am 22. Juni telegraphisch erfolgte.

Telegramm.

Baron de Beust à Comte Vitzthum.

Prague, le 22 juin 1866.

Passage complet de l'armée effectué en présence du roi. Il réside à Prague en contact avec l'armée. Le roi calme et ferme. L'esprit de l'armée admirable. Venez aussitôt

ici. Dites que vous reviendrez. Le 14. à Francfort nous avons voté avec la Bavière simplement pour mobilisation de quatre corps d'armée, excluant également les conditions des deux grandes puissances, ce qui rend mensongères les assertions que ce vote impliquait une déclaration de guerre contre la Prusse.

Am 24. erhielt ich nachträglich noch die telegraphische Weisung, über Paris zu gehen.

An diesem Tage hatten die Italiener die Thorheit begangen, den Mincio zu überschreiten und waren mit blutigen Köpfen heimgeschickt worden. Was auch La Marmora in seiner mehr erwähnten Schrift sagen möge, sein Verhalten in jenen Tagen beweist, dass er kein Feldherr war. Er hatte, von dem sehr begreiflichen Ehrgeiz getrieben, die Hauptarmee unter dem Könige zu commandiren, seine Portefeuilles niedergelegt. Ricasoli war an seiner Stelle zum Minister-Präsidenten, Visconti-Venosta zum Minister des Auswärtigen ernannt worden. Die berühmte Usedom'sche Note vom 17. Juni, in welcher die „Stoss in das Herz"-Politik verkündet und den Italienern strategische Rathschläge ertheilt wurden, erreichte La Marmora, als er schon nicht mehr Minister war. Er steckte die Note ungelesen in die Tasche, verletzt darüber, dass man sich in Berlin herausnehme, ihm Rathschläge zu ertheilen. Hätte er die letzteren befolgt, so würde die italienische Armee, obgleich sie mehr als zweimal soviel Combattanten zählte, als die österreichische, ihrem Schicksale ebenso wenig entgangen sein. Den Po überschreiten und das Festungs-Viereck hinter sich liegen lassen, wäre eine wagehalsige Unternehmung gewesen. Aber was hinderte den italienischen General, den Angriff der Oesterreicher ruhig abzuwarten? Wusste er doch durch Nigra, dass der Erzherzog Albrecht die Absicht habe, einer Schlacht auszuweichen, so lange als möglich. Die Wahrheit ist, dass La Marmora seine Truppen nicht in der Hand hatte, und sich ebenso wenig auf die Frei-

schärler, als auf seinen Rivalen, den unbotmässigen Cialdini, verlassen konnte. Beide hatten verabredet, wenn La Marmora über den Mincio, werde Cialdini über den Po gehen, und umgekehrt. La Marmora ging über den Mincio, aber Cialdini hütete sich wohl, den Po zu überschreiten. Die Oesterreicher kannten das Terrain, auf welchem Radetzky schon den König Carl Albert auf das Haupt geschlagen, wie ein Manövrirfeld. Sie hatten, ohne vom Feinde bemerkt zu sein, die Etsch überschritten, und als La Marmora's Colonnen über den Mincio debouchirten, fanden sie den Erzherzog zu ihrem Empfange bereit. Die zweite Schlacht von Custozza war mindestens ebenso glorreich als die erste.

Bevor ich London verliess, hatten die Zeitungen bereits viele Details über diese Waffenthat gebracht. Ich schrieb darüber an meine Mutter:

London, den 25. Juni 1866.

Dein Brief erreichte mich gerade vor Thorschluss mitten im Einpacken. Ich gehe morgen und schreibe Dir noch von hier aus, da ich nicht weiss, ob die Postverbindungen von dem Orte, wohin ich berufen bin, nicht unterbrochen sind.

Ich hatte immer gewünscht, in der Stunde der Gefahr dort zu sein, wo unsere Fahne weht, und bin glücklich, dass man meiner gedacht hat.

Die Siegesbotschaft aus Verona hat uns Alle elektrisirt. Der Erzherzog bewährt sich als der ächte Sohn seines Vaters. „Ein Schlachten war's und keine Schlacht zu nennen." Die Hauptarmee, vom König Victor Emanuel selbst geführt, hat kaum vierundzwanzig Stunden Zeit gehabt, sich auf dem österreichischen Ufer des Mincio umzusehen. Custozza wurde mit Sturm genommen; 2000 Gefangene, Kanonen die Fülle, fielen dem Sieger in die Hände. Der Geist des Helden von Aspern jubelt über dieses umgekehrte Solferino.

Ich freue mich, Dich ruhig und friedlich hinter den Kanonen zu wissen.

Aus Dresden gingen mir über die Eröffnung des Feldzuges einige Notizen zu, die ich hier aufnehme, da dieselben von einem zuverlässigen Augenzeugen stammen.

Hermann Freiherr von Friesen an den Verfasser.

Dresden, den 23. Juni 1866.

Der französische Gesandte hat, wie der englische und russische, den Befehl erhalten, Seine Majestät den König zu begleiten. Er reist morgen oder übermorgen ab. Mit dieser Gelegenheit kann ich Dir daher unbefangen schreiben, was mit der Post nicht möglich sein würde.

Alle meine Nachrichten beruhen auf eigener Anschauung, insofern ich nicht das Gegentheil bemerke.

Seit dem 18. d. haben wir das achte preussische Armeecorps einrücken, das siebente durchmarschiren sehen. Die Truppen hatten durchgängig sehr starke Märsche gemacht und waren im höchsten Grade ermüdet. In Folge des Mangels an Provisionen war eine regelmässige Verpflegung bisher nicht möglich. Wenn das so fortgeht, so werden wir mit verhungerten Soldaten zu kämpfen haben. Dazu kommt, dass der Geist der Truppen ein muthloser ist. Ueberall der grösste Widerwille gegen diesen Krieg. Sie schimpfen ohne Rückhalt auf Bismarck und ihren König, natürlich auch auf Beust als zweiten Urheber des Conflicts. Ueber die obersten Militärbehörden können wir nicht klagen. Das Benehmen des commandirenden Generals Herwarth von Bittenfeld gegen die Mitglieder der Landes-Commission war ebenso zuvorkommend, als das des Generallieutenants von der Mülbe, der ihm jetzt mit dem mühsam zusammengestoppelten zehnten Armeecorps nachgekommen ist. Auch der

Civil-Commissär von Wurmb hat den besten Willen gezeigt, Beschwerden abzuhelfen. Der im ersten Anlauf erfolgten Wegnahme der öffentlichen Kassen in Leipzig, Wurzen, Bautzen und Meissen werden vor der Hand nicht fernere Gewaltmassregeln folgen, weil die in Function gelassene Landesbehörde mit dem Civil-Commissär einen Vertrag abgeschlossen hat. Trotz dieser rücksichtsvollen Haltung der Generale fehlt es nicht an Gewaltthätigkeiten, die an Garibaldi's Freischaaren erinnern. Das Stärkste ist der Excess in Laubegast. Rechtzeitig gewarnt, hatte Frau von Beust ihre Villa verlassen, als mehrere Offiziere dort einquartiert zu werden verlangten. Der Weinkeller wurde erbrochen. Der Bestand war von geringem Belang, genügte aber, um die Herren in Trunkenheit zu versetzen. Sie zerbrachen dann einige Meubles, verübten anderen Unfug und liessen beim Ortsrichter ein mit ihren Unterschriften versehenes Document zurück. Der commandirende General hat der Frau von Beust sein Bedauern ausgesprochen und ihr jede Genugthuung zugesagt, die sie nur verlangen könnte.

Was die numerische Stärke anlangt, so scheinen allerdings zwischen Spree, Elbe und Oder ungeheuere Massen aufgestellt zu sein. Alle zehn Armeecorps der preussischen Armee befinden sich auf dieser ausgedehnten Gefechtslinie. Die Ersatz- und Landwehr-Bataillone, welche als Besatzung der ausgedehnten und zahlreichen Festungen erforderlich, sind selbstverständlich nicht einbegriffen. Man berechnet dieselben zwar nur auf 120000 Mann, ich glaube jedoch, sie sind auf 150000 Mann anzuschlagen. Ferner ist abzurechnen Alles, was in Hannover, Kassel und Darmstadt agirt und am Rhein zurückgeblieben ist, ebenso die Truppen, die in Thüringen bereit stehen müssen, um den Durchbruch der Bayern zu verhindern. Dazu dürften im Ganzen mindestens 80000 Mann erforderlich sein. Es würde hiernach an der nominellen Stärke der zehn Armeecorps ein

Betrag von beiläufig 230 000 Mann abgehen. Wäre es nun wahr, dass Preussen 600 000 Mann auf den Beinen hat, so beliefe sich die Stärke der activen Armee auf 370 000 Mann. Und das möchte ich denn doch bezweifeln. Soviel ist gewiss, dass von den angesagten Truppen kaum 75 Procent wirklich kamen. Die Bataillone und Schwadronen sind übrigens von sehr verschiedener Stärke. Ich habe keine Schwadron gesehen, die über 120 Pferde gehabt hätte. Die Bataillone schwanken zwischen 560 und 1000 Mann.

Die Hoffnungen, welche ich auf diese Thatsachen gründe, würden noch mehr Halt gewinnen, wenn wir nur annähernd wüssten, welche Streitkräfte den Preussen in Böhmen gegenüberstehen. Darüber hat aber von Hause aus das undurchdringlichste Geheimniss geherrscht. Dass die Oesterreicher keinen Schritt gethan haben, um die Occupation von Sachsen zu verhindern, hat diejenigen, welche unseren Bundesgenossen Schwäche und Unentschlossenheit vorwerfen, in ihrer Meinung nur bestärken können. Ich hatte gehofft, es würden von Teplitz aus mindestens Demonstrationen erfolgen. Gewiss ist, dass die Preussen noch bis zum 20. d. einen kräftigen Offensiv-Stoss von dieser Seite erwartet haben. Andrerseits hört man unter den dürftigen Nachrichten, die aus Böhmen hierher gelangen, Aeusserungen, welche auf die festeste Zuversicht kriegerischer Erfolge schliessen lassen. Man könnte sonach annehmen, diese Erscheinungen beruhten auf einem wohldurchdachten Operationsplane.

Der *tidal train* brachte mich am 26. Juni über Folkestone und Boulogne so rasch nach Paris, dass ich denselben Abend noch im Salon der Fürstin Metternich zubringen konnte. Alles war dort in freudigster Erregung über die Siegesnachricht aus Italien. Man erzählte, in allen Kreisen der Bevölkerung sei der Jubel über die Niederlage der Italiener allgemein, am entschiedensten aber in den Kasernen. Die Soldaten hätten dieselben

durchaus illuminiren wollen zu Ehren der österreichischen Armee. Auf den kaiserlichen *Italianissimo* soll dies den tiefsten Eindruck gemacht haben.

Am anderen Morgen ging ich zu Drouyn de Lhuys, der mich zu Tisch lud. Nach dem Diner besprachen wir im Garten des Quai d'Orsay die Lage der Dinge. Falsche Siegesnachrichten aus Böhmen hatten den französischen Minister in eine gehobene Stimmung versetzt. Das Thema einer österreichisch-französischen Allianz wurde besprochen und das Gespenst der deutschen Republik als die Folge der Blut- und Eisenpolitik heraufbeschworen. Erzherzog Albrecht war der Held des Tages, und der französische Minister ergoss sich in Lobeserhebungen über denselben. Drouyn de Lhuys, wie sein Kaiser, rechneten damals unbedingt auf einen entscheidenden Sieg Oesterreichs und hofften denselben für Frankreich ausbeuten zu können.

Nachdem ich Metternich meine Unterredung mit Drouyn de Lhuys mitgetheilt, verliess ich am 28. Juni Abends Paris, um mich zunächst nach München zu begeben. Die Zeitungen widerlegten unterwegs die in Paris coursirenden böhmischen Siegesnachrichten. Im Gegentheil waren die österreichischen Truppen, soweit ich urtheilen konnte, überall zurückgedrängt worden. In München erfuhr ich, dass der directe Eisenbahnverkehr mit Prag durch die Militärzüge unterbrochen sei. Ich entschloss mich daher, nach Wien zu gehen, in der Hoffnung, von dort leichter mein Reiseziel, das sächsische Hauptquartier, zu erreichen.

Als ich am 30. früh in Wien eintraf, konnte ich nur constatiren, dass auch von dort die Eisenbahnverbindung mit Prag unterbrochen war. Mein nächster Gang war nach der Staatskanzlei. Seit Weidlingau, seit Jahresfrist, hatte ich meinen alten Freund Mensdorff nicht gesehen und es drängte mich, von ihm zu erfahren, wie die Dinge in Wahrheit lagen. Ich werde den Eindruck nie vergessen, welchen der vortreffliche General auf mich machte. Sein grosses Vorzimmer, welches unter

Schwarzenberg immer von Menschen wimmelte und *la salle des pas perdus* genannt wurde, war leer. Der Thürhüter war förmlich erstaunt, dass jemand den Minister sprechen wolle. Ich fand Mensdorff auf dem Sorgenstuhle, auf welchem ich den alten Fürsten Metternich und den Fürsten Felix Schwarzenberg gesehen hatte. Ein Bild der Verzweiflung! Es war herzzerreissend, diesen hochsinnigen Patrioten und treuen Diener seines Kaisers im Vorgefühle der Katastrophe in solchem Zustande zu sehen.

„Wir haben schlechte Nachrichten vom Kriegsschauplatze,“ sagte er leise vor sich hin wie im Selbstgespräche, nachdem er mich mit gewohnter Herzlichkeit begrüsst hatte. „Unsere braven Truppen müssen überall der Uebermacht weichen und werden zurückgedrängt. Das preussische Schnellfeuer verblüfft und demoralisirt. Gablenz, der die Wirkungen des Zündnadelgewehrs in Holstein beobachtet, hatte uns vor demselben gewarnt und dringend gebeten, Hinterlader anzuschaffen. Es war zu spät. Man improvisirt nicht über Nacht eine neue Bewaffnung für eine grosse Armee. Es geht damit wie mit dem eisernen Ladestock Friedrich's II. im siebenjährigen Kriege.“

Vergebens suchte ich den General zu trösten. Ich hob hervor, welchen tiefen Eindruck in London wie in Paris der Sieg des Erzherzogs Albrecht gemacht und wie fest die öffentliche Meinung beider Länder für Oesterreich Partei ergriffen habe.

„Ja, wenn wir den Erzherzog mit seiner siegreichen Armee nur in Böhmen hätten! Ich war immer gegen dieses Frontmachen nach beiden Seiten. Dass wir die Sympathien der Neutralen für uns haben, ist schön und gut, aber auf dem Schlachtfelde sind einige gut geführte Brigaden und gut bediente Batterien mehr werth als alle Sympathien Europas. Die Bayern, trotz aller Zusicherungen, die uns der General von der Tann gemacht, lassen uns im Stiche in der Stunde der Entscheidung.“

— „Pfordten,“ fiel ich ein, „hat mir nie Vertrauen eingeflösst. Dieser Professor möchte den Montgelas spielen. Er hat mir im vorigen Jahre auf das Feierlichste versichert, sobald der erste preussische Soldat die sächsische Grenze überschreite, würden 100 000 Bayern zur Abwehr in Sachsen einrücken. Das war am Vorabende von Gastein.“

„O! sprechen Sie mir nicht von Gastein. Ich habe nicht vergessen, was Sie mir in Weidlingau sagten. Es ist so gekommen, wie Sie vorausgesehen. Ich war gegen diese Separatverhandlungen, aber ich bin nicht durchgedrungen.“

— „Erlauben Sie mir nur,“ konnte ich nicht umhin, zu bemerken, „eine einzige Frage. Warum, da Sie gegen diese unheilvolle Convention waren, haben Sie Ihr Portefeuille nicht Ihrer Ueberzeugung geopfert? Der Kaiser hätte dann einen tapferen General mehr dem Feinde gegenüber, und ein solcher ist jetzt mehr werth als alle Minister.“

„Sie haben gut reden,“ erwiederte Mensdorff. „Sie sind nicht Soldat.“

Es wäre grausam gewesen, dieses Thema weiter auszuführen. Ich habe mehrere Jahre später, als Mensdorff nicht mehr Minister war, Gelegenheit gehabt, dasselbe mit ihm durchzusprechen. Er trat schliesslich meiner Ansicht bei, dass in Zeiten wie die jetzigen der passive militärische Gehorsam nicht unbedingte Pflicht eines Ministers sein könne. Ist doch ein treuer Diener seinem Herrn die volle Wahrheit und das Opfer seiner Stellung schuldig, falls ihm eine Massregel zugemuthet wird, die nach seiner Ueberzeugung dem Monarchen oder dem Staate gefahrdrohend ist.

Nachdem ich noch in der Staatskanzlei einige Bekannte besucht, welche die Niedergeschlagenheit ihres Chefs theilten, ging ich zu Lord Bloomfield. Der britische Botschafter, über dessen Optimismus Clarendon einige Wochen vorher geklagt hatte, vermochte heute keinen anderen Trost zu bieten als die Worte: *let us hope for the best.* Lady Bloomfield hat in ihren „*Remi-*

niscences of the Court and Diplomatic Life“ (London 1883) Auszüge von Briefen veröffentlicht, welche ihr Gemahl in jener Zeit an sie gerichtet. Ueber den Besuch, welchen ich am 30. Juni dem edlen Lord machte, schreibt er am 1. Juli: „Vitzthum called on me yesterday. He is going to see his King, and is in very low spirits about everything, and well he may be.“

Da der directe Eisenbahnverkehr mit Prag eingestellt war, so telegraphirte ich am 1. Juli an Beust, um anzufragen, ob ich etwa versuchen solle, über Regensburg das Hauptquartier zu erreichen. In Antwort erhielt ich die Weisung, den König in Wien zu erwarten, wo er nächstens einzutreffen gedenke.

Die Damen der vornehmen Welt waren selbstverständlich mitten im Sommer nicht in Wien, sondern in Ischl oder auf ihren Schlössern. Nur die Fürstin Eleonore Schwarzenberg hatte sich ganz in der Nähe der Hauptstadt, in Dornbach, etablirt, wo sie einen reizenden Landsitz besass. Ich hatte die Fürstin zu Ende der vierziger und anfangs der fünfziger Jahre viel, zu Zeiten täglich gesehen. Sie war damals die tonangebende Schönheit Wiens. Sie hielt gastfrei Haus in ihrem mit Kunstschätzen aller Art geschmückten Palais am Mehlmarkt. Ihre Feste waren die glänzendsten jener Tage, und der junge Kaiser fehlte dabei niemals. An Geist und sprudelndem Witz war ihre Schwägerin, die Fürstin Louise Schönburg, der Fürstin Lori vielleicht überlegen. Sonst aber war sie gewiss die geistreichste Frau jener exclusiven Gesellschaft. Ereignisse, wie ich sie in Wien miterlebt: die Märztage, der Sturz Metternich's, die Thronbesteigung des jungen Kaisers, die Siege des alten Radetzky, das Ministerium Schwarzenberg, der plötzliche Tod des Fürsten Felix, graben sich fest in das Gedächtniss. Hat man Alles dies gemeinschaftlich durchlebt, so wird man sich nicht leicht fremd. Die Fürstin empfing mich am 2. Juli, liebenswürdig wie immer, als hätten wir uns gestern gesehen. Und doch waren mehr als zwölf Jahre vergangen, seitdem ich sie nicht begegnet.

Die Muthlosigkeit, welche in Wien herrschte, war nicht bis nach Dornbach gedrungen. Fürstin Eleonore war, so zu sagen, mit der k. k. Armee verwachsen. Ihr einziger Sohn diente in derselben und sie hatte Schwäger, Vettern und Verwandte von allen Graden in den meisten Regimentern. An den Sieg der Preussen konnte und wollte sie nicht glauben, so klar sie auch die politischen Fehler erkannte, welche zu der gegenwärtigen Krisis geführt hatten.

In den Morgenstunden des 3. Juli coursirten Gerüchte über den Beginn der Entscheidungsschlacht. Anfangs lauteten die Nachrichten nicht ungünstig, und man weiss, dass die Oesterreicher bis gegen 1 Uhr Fortschritte gemacht hatten. Ja, man erzählt, der am Tage vorher bei der Armee eingetroffene König von Preussen habe schon daran gedacht, den Befehl zum Rückzuge zu geben. Moltke und Bismarck hätten jedoch diesen Entschluss verhindert, da ersterer das rechtzeitige Eintreffen der von Blumenthal geführten Armee des Kronprinzen mit Gewissheit versprochen. Graf Bismarck, vollkommen überzeugt, dass ein Rückzug Niederlage bedeutet haben würde, soll in jenem kritischen Augenblicke ausgerufen haben: „dann attackire ich mit dem ersten besten Cavallerie-Regimente und lasse mich todt schiessen, denn dann ist Alles verloren.“

Wie dem auch sei, von alledem wusste man in Wien nichts, als im Laufe des Nachmittags ein Extrablatt der „Wiener Zeitung“ den Beginn der Schlacht der zagenden Bevölkerung verkündete. Der alte Könneritz und ich, wir klopften den Tag über an alle Thüren, um einige sichere Nachrichten zu erhalten. Vergebens; weder auf der General-Adjutantur noch in der Staatskanzlei war jemand zu finden, der uns über den Gang der Schlacht hätte aufklären können. Das letzte Telegramm, von welchem wir erfuhren, lautete: „Schlacht unentschieden, naht ihrem Ende.“

In dieser Ungewissheit befanden wir uns in der Nacht am 4. Juli früh zwei Uhr im Wartezimmer des Bahnhofes, um den

König Johann zu empfangen. Derselbe hatte zwei Tage vorher sich mit schwerem Herzen von seiner Armee getrennt, war mit Postpferden nach Brünn gefahren und hatte erst von dort aus einen Extrazug benutzen können. Als handelte es sich tief im Frieden um die Begrüssung eines verwandten Souveräns, waren im Wartesaale die in Wien weilenden Erzherzoge und die Spitzen der Behörden versammelt.

Der Statthalter von Nieder-Oesterreich, Graf Chorinsky, theilte uns zuerst die Nachricht von dem Verlust der Schlacht mit, aber in vagen Ausdrücken, die den Umfang der Katastrophe nicht ahnen liessen.

Von dem Kaiser selbst sollte ich die erste bestimmte Nachricht davon erfahren. Seine Majestät kam von Schönbrunn eine Viertelstunde vor dem Eintreffen des Zuges. Im Gewühl der Wartenden bemerkte er mich, reichte mir die Hand und fragte, woher ich käme. Ich beantwortete die Frage und fügte hinzu, ich könne der Wahrheit gemäss versichern, dass in London wie in Paris die Sympathien zu den Fahnen Seiner Majestät ständen. Mit einem Ausdrucke des tiefsten, tragischen Schmerzes erwiederte der schwer geprüfte Monarch: „Ach! wenn wir diesen Sympathien nur besser entsprochen hätten!“

Einen wunderbaren Gegensatz bot das freudige Lächeln, mit welchem König Johann, nichts Arges ahnend, seinen Kaiserlichen Neffen begrüsste. Unterwegs war ihm keine Nachricht weder von dem Beginne noch von dem Ausgange der Schlacht zugekommen.

Der Kaiser fuhr mit seinem Gaste nach Schönbrunn. Beust stieg in meinen Fiaker, da ich ihm in dem Hôtel, welches ich bewohnte, Zimmer bestellt hatte. Während der Fahrt gab ich ihm die erste Nachricht von dem Verluste der Schlacht. „Der arme deutsche Michel!“ das waren seine ersten Worte, „der wird d'ran glauben müssen, dem wird das Fell schön über die Ohren gezogen werden!“

Beust wurde bereits in früher Morgenstunde nach Schönbrunn berufen. In der Absicht, mich beim Könige melden zu lassen, fuhr

ich gegen elf Uhr ebenfalls hinaus. Im Schlosse herrschte noch einige Verwirrung in Folge der nächtlichen Ankunft, und als ich nach den Gemächern des Königs fragte, riss ein allzu dienstfertiger Lakai zwei Thürflügel auf. Vor mir sassen an einem grünen Tische der Kaiser, der König, Mensdorff, Beust und Moritz Esterhazy. Der König winkte lächelnd über das Versehen des Dieners und ich verschwand, um das Ende dieses Conseils abzuwarten. Die Berathung dauerte nicht lange. Esterhazy, mit dicken Actenstössen unter dem Arme, war der erste, der mir, indem er einen wehmüthigen Blick gen Himmel sandte, schweigend die Hand drückte. Der König empfing mich sofort und war prächtig wie immer in seiner Ruhe und Ergebung. „Nur den Kopf oben behalten! Nur den Muth nicht verlieren!“ waren die Worte, mit denen er mich begrüsste. „Gott Lob!“ sagte er, „meine Söhne sind unverletzt!“ Dann theilte er mir mit, die Berathung, in welche ich so unerwartet hineingefallen war, habe Venetien gegolten, welches man nicht direct an Italien, aber an Frankreich zu cediren beschlossen habe. Ferner habe der Kaiser dem Grafen Mensdorff befohlen, sich sofort zur Armee zu begeben, um über deren Zustand einen wahrheitsgetreuen Bericht zu erstatten.

Als ich nach dieser Audienz mit Beust nach Wien zurückfuhr, konnte ich nicht umhin, zu fragen, warum man sich denn mit der Cession Venetiens gar so beeilt habe? Ob es denn nicht vortheilhafter gewesen, den höchst zweideutigen Napoleon aus dem Spiele zu lassen und Venetien als Unterhandlungsobject in der Hand zu behalten, um in directer Verhandlung günstigere Friedensbedingungen zu erlangen und diese Provinz lieber an Preussen als an Frankreich zu cediren? Ich erhielt zur Antwort, Esterhazy habe sich auf den Vertrag vom 12. Juni berufen und man hoffe, durch die schnelle Erfüllung des dort gegebenen eventuellen Versprechens den Kaiser der Franzosen, wenn nicht zu einer bewaffneten Intervention, so doch zu einer Demonstration zu bestimmen.

Von dem „Verrathe“ Bayerns war damals allgemein die Rede. Das Nicht-Erscheinen der bayerischen Truppen auf dem Schlachtfelde war allerdings um so unverantwortlicher, als der Bundestag Bayern geradezu beauftragt hatte, gemeinschaftlich mit Oesterreich Sachsen zu schützen. Das konnte mich jedoch nicht hindern, mit dem bayerischen Gesandten Grafen Bray, der für die Haltung seiner Regierung nicht verantwortlich war, im Casino zu speisen und nachher mit diesem alten Collegen, den ich von Petersburg her kannte, nach Schönbrunn zu fahren. Dort begegneten wir Könneritz, der den armen Grafen Bray mit den heftigsten Vorwürfen über die „niederträchtige“ bayerische Politik überhäufte.

Das von der „Wiener Zeitung“ veröffentlichte Telegramm des Feldzeugmeisters Benedek versetzte Wien in allgemeine Bestürzung. Denn jetzt erst liess sich der Umfang der Katastrophe errathen. Das Telegramm lautete:

Hohenmauth, am 4. Juli 1866, 3 Uhr Morgens.

Nach mehr als fünfstündigem, brillantem Kampfe der ganzen Armee und der Sachsen in der theilweise verschanzten Stellung von Königgrätz mit dem Centrum in Lippa gelang es dem Feinde, sich unbemerkt in Chlum festzusetzen. Regenwetter hielt den Pulverdampf am Boden, so dass er jede bestimmte Aussicht unmöglich machte. Hierdurch begünstigt, gelang es dem Gegner bei Chlum in unsere Stellung vorzudringen. Plötzlich und unvermuthet von dort aus in Flanke und Rücken heftig beschossen, wankten die nächsten Truppen und ungeachtet aller Anstrengungen konnte es nicht gelingen, dem Rückzuge Einhalt zu thun. Derselbe erfolgte anfangs langsam, nahm jedoch an Eile zu, je mehr der Feind drängte, bis Alles sich über die Kriegsbrücken der Elbe, sowie nach Pardubitz zurückzog.

Der Verlust ist noch nicht zu übersehen, ist aber gewiss sehr bedeutend.

Dies war der erste Bericht, welcher in Wien über die Schlacht veröffentlicht wurde, die die Besiegten Sadowa, die Sieger Königgrätz tauften. Seitdem sind die Berichte des österreichischen, des preussischen und des sächsischen Generalstabes darüber erschienen, und diese fachmännischen Darlegungen entheben mich der Versuchung, mich auf das mir unbekannte strategische Gebiet zu verirren[1]). Nur soviel sei bemerkt, dass sich der Feldherrnblick des Kronprinzen von Sachsen schon an diesem Tage bewährte. Während man im k. k. Hauptquartier noch gegen Mittag des 2. Juli der gemüthlichen Auffassung huldigte, man könne in der eingenommenen Stellung den ermüdeten Truppen einige Tage Erholung gönnen, hatte man im sächsischen Lager schon die nöthigen Dispositionen getroffen, einem umfassenden Angriffe zu begegnen. Der Kronprinz hatte einen Generalstabs-Offizier, meinen jüngsten Bruder Ernst, als Parlamentär zu den Vorposten der Armee des Prinzen Friedrich Karl gesendet. Die Unterredung, welche Ernst mit dem preussischen Major des Generalstabes Unger gehabt, hatte jeden Zweifel beseitigt über den am darauffolgenden Tage zu gewärtigenden Angriff. Abends 7½ Uhr ging die betreffende Meldung des Kronprinzen gleichzeitig mit mehreren anderen dem Feldzeugmeister Benedek zu, und jetzt erst wurden die Dispositionen zur Schlacht getroffen. Dieselben gelangten erst um Mitternacht an das sächsische Corps, welches bereits unerwartet dieser Weisungen die nöthigen Vorbereitungen getroffen hatte. Der Kronprinz hätte gewünscht, seine Truppen etwas weiter vorzuschieben und die Höhen von Hradek zu besetzen. Im k. k. Hauptquartier fand man diese Stellung zu exponirt, genehmigte jedoch auf dringende Vorstellungen S. K. Hoheit die Haupt-

---

[1]) Im Anhange Nr. XV gebe ich einen Privatbrief, den mein Bruder Ernst, der als Generalstabs-Offizier die Schlacht von Sadowa und den Rückzug mitgemacht, kurz nach seinem Eintreffen in Wien an mich gerichtet hatte. Diese flüchtige Aufzeichnung wird das Bild der Sachlage einigermassen vervollständigen.

aufstellung des sächsischen Corps bei Problus. Der österreichische Generalstabsbericht erkennt es als ein Glück an, dass der Kronprinz dies erreichte, da sonst die feindliche Armee eine Stunde früher auf den Höhen von Problus erschienen und die Lage des kaiserlichen Heeres verschlimmert worden wäre. Hätte man dem sächsischen Ameecorps gestattet, die Höhen von Hradek zu besetzen, wie der Kronprinz vorgeschlagen, so würde zwar die Aufstellung der k. k. Armee strategisch in der Hauptsache nicht verbessert worden und der Ausgang der Schlacht wahrscheinlich derselbe geblieben sein. Das achte österreichische Armeecorps jedoch, welches beinahe vernichtet wurde, würde kaum so schwere Verluste erlitten haben.

Wie dem auch sei, der fluchtähnliche Rückzug der k. k. Armee rief in dem sonst so lebensfrohen Wien eine höchst bedenkliche Stimmung hervor. Nicht gegen den äusseren Feind, aber gegen die eigene Regierung und den früher so populären, unglücklichen Benedek richtete sich der Ingrimm der Bevölkerung. Mehrere alte Bekannte, die ich damals begegnete, Graf Mailath, der Geschichtsschreiber, Graf Louis Karolyi, welchem kurz darauf die Verhandlungen in Nikolsburg anvertraut wurden, theilten meine Besorgnisse über die Folgen dieser Stimmung. Morier, damals Secretär der britischen Botschaft, Lumley, der, zum britischen Gesandten am sächsischen Hofe ernannt, einen Tag zu spät gekommen war, um sein Beglaubigungsschreiben in Dresden zu überreichen, und Andere waren im höchsten Grade verwundert über die sorglose Apathie, die sich überall im Lande kundgab. Die Engländer begriffen nicht, dass sich in Böhmen keine Freischaaren bildeten, dass die herrschaftlichen Förster nicht die Bauern aufriefen, um einen Guerrillakrieg im Rücken der eingedrungenen preussischen Armee zu entzünden. Zum Selbstdenken und zum Selbsthandeln hatte Metternich die Unterthanen seines Kaisers freilich nicht erzogen, und ein gesammt-österreichisches Nationalgefühl war aus den Stürmen von 1848 nicht hervorgegangen.

Der einzige Lichtblick in dieser schweren, schwülen Zeit war die aufopfernde Thätigkeit der Frauen. Mehrere Vereine hatten sich sofort gebildet, um den zahlreichen Verwundeten die nöthige Pflege angedeihen zu lassen. An der Spitze stand die Fürstin Schwarzenberg, welche auf die erste Nachricht von der verlorenen Schlacht Dornbach verlassen und ihr Palais am Mehlmarkt bezogen hatte. Alle verfügbaren Räume desselben wurden zu einem Lazarethe verwendet. Die Fürstin selbst überwachte mit unermüdlichem Eifer die nöthigen Vorkehrungen. Sie fuhr selbst auf den Bahnhof, um die ersten Verwundeten, die eintrafen, zu empfangen und für deren Unterbringung zu sorgen. Bekannte und Unbekannte lud sie in ihr gastfreies Haus. Ich sah dort u. A. den Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn von Brandenstein, Schwager meines Onkels Hermann Friesen. Dieser tapfere General hatte sich in den italienischen Feldzügen Radetzky's ausgezeichnet und war pensionirt, als der Krieg ausbrach. Er meldete sich sofort zum Wiedereintritt, erhielt ein Commando und wurde schwer blessirt. Auch der Oberst des sächsischen Garde-Reiterregiments, Ludwiger, befand sich unter den Pflegebefohlenen der Fürstin. Graf Tassilo Festetics, der ein Armeecorps commandirt und ein Bein in der Schlacht verloren hatte, war ein alter Freund des Schwarzenberg'schen Hauses und wurde wie ein Sohn desselben gepflegt. Die vornehme Weltdame hatte sich in eine barmherzige Schwester verwandelt und Tag und Nacht sorgte sie für ihre Verwundeten. Ich habe sie mehrmals auf ihrem Rundgange begleitet und es war rührend mitanzusehen, wie wohlthuend auf die Leidenden die Erscheinung der hohen Frau wirkte. Was ich am meisten bewunderte, war ihre Engelsgeduld. Ich war einmal bei ihr, als sich die Vorsteherin eines der Vereine melden liess. Die Dame, Gattin eines der damaligen Staatsminister, war voll guten Willens, aber kindisch unerfahren. Ich hatte mich zurückziehen wollen, die Fürstin bat mich jedoch zu bleiben, und so wurde ich Zeuge der Unterredung. Die kleinsten Details, ganz un-

nöthige Fragen wurden mit bewunderungswürdiger Ruhe und Sanftmuth eingehend beantwortet. Als ich die Fürstin Eleonore, nachdem uns die Dame verlassen, über ihre Geduld beglückwünschte, sagte sie einfach: „Was wollen Sie, Verstand kann ich den Leuten nicht geben, aber wenn sie Herz zeigen, kann man sie brauchen und darf sie nicht vor den Kopf stossen.“ Sie klagte drei Tage nach der Schlacht, dass es an Raum fehle, die so zahlreichen Verwundeten unterzubringen. Ich fragte, ob sie nicht an die Reitschule gedacht in dem Schwarzenberg'schen Garten in der Vorstadt?

„Eine schöpferische Idee!“ rief die Fürstin. „Mein Schwager, der Cardinal, liebte es dort, von Niemand gesehen, seine Pferde zu tummeln. Jetzt werden wir einige hundert Betten aufschlagen lassen. Die Luft ist gut und meinen Kranken wird es besser gehen als in den Militär-Hospitälern.“

Am 8. Juli eröffnete mir Beust, der König wünsche, ich möge bald auf meinen Posten zurückkehren. Kurze Zeit darauf kam Graf Esterhazy und bat den Minister, ihn zum Kaiser zu begleiten. Aus der Burg zurückgekehrt, theilte Beust Könneritz und mir mit, man wolle ihn nach Paris senden, um zu sehen, was von dem Kaiser Napoleon zu erlangen sein könnte. Ich durchschaute sofort die eigentliche Absicht dieser Mission, deren Erfolglosigkeit mir nicht zweifelhaft sein konnte. Die Absicht war: Beust aus Wien zu entfernen. Esterhazy wollte sich offenbar nicht in die Karten blicken lassen und er hatte nicht ohne Eifersucht bemerkt, wie sehr sein Kaiser geneigt war, den Rath des Königs einzuholen.

Ich begnügte mich hinzuwerfen, der sächsische Staatsminister könne unmöglich eine so delicate Mission annehmen, ohne durch ein kaiserliches Handbillet beglaubigt und gedeckt zu sein.

Könneritz, der Zeichen von Altersschwäche zu geben anfing, schrie laut auf, eine solche Zumuthung werde der Kaiser nicht erfüllen.

Ich erwiederte sehr ruhig: „dann würde ich an des Ministers Stelle nicht von der Seite des Königs weichen, dessen Genehmigung auf jeden Fall unabweisbar ist.“

Am anderen Morgen fuhren wir, Beust und ich, nach Schönbrunn; er, um dem Könige zu melden, was sich am Abende vorher in der Burg zugetragen, ich, um mich bei Seiner Majestät zu verabschieden. Auf dem Wege stellte ich Beust alle Bedenken vor, die gegen die Annahme der ihm zugedachten Mission sprachen. Namentlich machte ich geltend, er werde jedenfalls zu spät kommen. Denn sei Napoleon zum Handeln entschlossen, so müsste dieser Entschluss schon auf die erste Nachricht von der Schlacht von Sadowa greifbar hervorgetreten sein. Da davon nichts bekannt, so sei die Erfolglosigkeit der Mission vorauszusehen. Beust erwiederte, der Hauptgesichtspunkt, der ihn leite, sei, in Paris vielleicht etwas für Sachsen zu erlangen, wenn auch für Oesterreich kaum etwas zu erreichen sein würde. Ich beschwor ihn, keinesfalls ohne schriftliche Beglaubigung zu reisen und den König zu ersuchen, seine Genehmigung nur dann zu ertheilen, wenn diese Bedingung erfüllt werde.

Zwei Stunden darauf erhielt Beust das gewünschte kaiserliche Handschreiben und wir verliessen an demselben Abende die Kaiserstadt.

Drittes Buch.

Vae Victis!

Juli bis October 1866.

Erstes Kapitel.

Paris und London.

Juli 1866.

Militärische Lage vor Wien. — Beust's geheime Sendung. — In München Anordnungen wegen Sicherstellung des sächsischen Staatsschatzes. — Erfolglose Verhandlungen Beust's. — Napoleon's Unentschlossenheit und Machtlosigkeit. — Drouyn de Lhuys' Entlassungsgesuch. — Beust's Abreise. — Verhandlungen mit Rothschild. — Rückkehr nach London. — Englischer Ministerwechsel. — Privatbrief vom 24. Juli 1866: Erste Unterredung mit Lord Stanley; Passivität der englischen Regierung; Gründe gegen diesen Quietismus; Der französische Botschafter über die Sachlage; Pöbelaufläufe. — Seeschlacht von Lissa. — Stimmung in Dresden. — Privatbrief vom 27. Juli 1866: Bitte um Nachricht über den Stand der Verhandlungen; in London coursiren nur Gerüchte. — Vertraulicher Bericht vom 27. Juli 1866: Notizen über den hannoverschen Staatsschatz und die einschlagenden Rechtsverhältnisse. — Vertraulicher Bericht vom 29. Juli 1866: Russlands preussenfreundliche Haltung; Frankreich die einzige Macht, welche einschreiten könnte, wird jedenfalls bis nach der Ausstellung von 1867 ruhig bleiben; Disraeli über die Gründe von Englands Passivität; Des französischen Botschafters Rath, die Rückkehr des Königs nach Sachsen zu beschleunigen; Italien. — Die Kapitulation von Langensalza. — Privatbrief vom 31. Juli 1866: Unterredung mit dem Herzog von Cambridge über Hannover.

Als wir Wien verliessen, hatte sich die geschlagene österreichische Armee bei Olmütz gesammelt und marschirte allmählich nach der Hauptstadt. Der Kronprinz von Sachsen führte

sein kleines Corps in bester Ordnung mitten durch die aufgelösten italienischen und ungarischen Bataillone hindurch. Die sächsische Armee hatte nach dem Zeugnisse der Gegner sich tapfer geschlagen, viele brave Offiziere und Mannschaften, aber keine Kanone verloren und nur ein demontirtes Geschütz auf dem Schlachtfelde zurückgelassen. Die Sachsen bezogen in der Nähe Wiens die ihnen angewiesenen Standquartiere, und der Kronprinz erstattete seinem kaiserlichen Freunde einen wahrheitsgetreuen Bericht über das Ereigniss vom 3. Juli. Der Erzherzog Albrecht, nach Wien berufen, wurde stündlich erwartet. Man dachte ernstlich an die Fortsetzung des Krieges, da man wusste, wie schwer die Verluste gewesen waren, welche die siegreiche preussische Armee auch ihrerseits erlitten hatte. Es war davon die Rede, das kaiserliche Hoflager nach Ofen zu verlegen und in der Umgegend von Wien eine zweite Schlacht anzunehmen, sobald der Erzherzog Albrecht das Ober-Commando übernommen haben würde.

Die geheime Mission, welche der Kaiser Franz Joseph dem Freiherrn von Beust zur Wahrung der eng verbundenen Interessen Oesterreichs und Sachsens anvertraut hatte, entsprach der Sachlage. Der deutsche Bund war gesprengt, der XI. Artikel der Bundesacte hatte den Krieg nicht verhindert. Der Krieg löst alle Vertragsverbindlichkeiten. Wenn die Existenz des Staates auf dem Spiele steht, ist jeder sich selbst der nächste. Man wusste, dass sich Napoleon III. beeilt hatte, die Cession Venetiens anzunehmen, und bestrebt gewesen war, im „Moniteur“ [1]) Kapital daraus zu schlagen. Man wusste noch nicht, dass er wenige Tage darauf diese Ueberstürzung bereut hatte [2]), da die Italiener über die Schmach wehklagten, dieses Geschenk aus

---

[1]) Siehe Anhang Nr. XIII.

[2]) Bekanntlich dachte man allen Ernstes in Paris daran, die Cession Venetiens rückgängig zu machen. Siehe darüber den in den Tuilerien gefundenen Brief Rouher's an den Kaiser Napoleon in den *Papiers et Correspondance de la Famille Impériale.* Paris 1872. vol. II, p. 228—232.

französischen Händen annehmen zu müssen, und entschlossen schienen, mit oder ohne Frankreichs Einwilligung den Krieg fortzusetzen. Es war jedenfalls wünschenswerth, genau zu wissen, welche Haltung der Kaiser der Franzosen einzunehmen gedenke, da dieselbe für die Entschliessungen Oesterreichs und Sachsens massgebend sein musste. Nahm Napoleon für Oesterreich Partei und entschloss er sich, mindestens eine Observations-Armee an den Rhein zu senden, so konnte an Fortsetzung des Krieges gedacht werden. Wenn nicht, nicht. Beust's Sendung war daher eine Frage an das Schicksal und konnte zur Klärung der Situation beitragen. In der verzweifelten Lage, in welcher man sich befand, mussten alle im Frieden massgebenden Bedenken schwinden. Hart freilich war es, diesen doppelzüngigen Napoleon gewissermassen als Schiedsrichter anzurufen.

Zeit war nicht zu verlieren. Beust ersuchte mich daher, an seiner Stelle in München die nöthigen Anordnungen zu treffen wegen der Sicherstellung des dorthin gesendeten sächsischen Staatsschatzes. Der Geheime Finanzrath, welcher mit dieser Angelegenheit betraut war, wurde telegraphisch nach dem Bahnhof entboten, und Beust stellte mich ihm als den *alter ego* des Ministers vor. Am 10. Juli früh in München eingetroffen, war mein erster Gang nach dem Gebäude, wo die Schätze des „Grünen Gewölbes“, die Kronjuwelen und die Baarbestände des Finanz-Ministeriums untergebracht waren. Das Gebäude glich einem Schuppen, die Fenster entbehrten der Eisengitter und die zu ebener Erde liegenden Koffer und Kisten der nöthigen Sicherheit. Als ich dem Geheimen Finanzrath mein Erstaunen darüber aussprach, erwiederte er gemüthlich: „Bis hierher sind wir ganz glücklich gekommen mit einem Extrazuge, der uns direct von Dresden hierher gebracht hat.“

— „Im Frieden,“ bemerkte ich, „war dies freilich nicht schwer. Aber wissen Sie denn nicht, dass wir mitten im Kriege sind, dass man sich bei Kissingen schlägt und die Preussen Aschaffenburg besetzt haben? Morgen oder übermorgen können

die Vorposten hier in München sein und den Staatsschatz für Kriegsbeute erklären. Ich bitte daher, sofort nach Bern zu telegraphiren und falls, wie zu erwarten, der Bundesrath die Ueberführung dieser Kisten und Kasten nach dem neutralen Gebiete der Schweiz gestattet, dafür zu sorgen, dass Tag und Nacht ein Extrazug bereit steht, um sie von hier nach Zürich zu bringen." Der Beamte machte grosse Augen, erfüllte jedoch pünktlich diese Weisungen. Die bejahende Antwort aus Bern liess nicht lange auf sich warten, und jetzt entstand die Frage, ob es nicht möglich sein sollte, die grosse Anzahl der einzelnen Colli einigermassen zu verringern. Es standen in dem gedachten Gewölbe eine ganze Reihe kleiner Fässer, die wie Spiritusfässer aussahen. Ich fragte, was das sei, und erhielt zur Antwort: „Oh! das sind Thaler. Wir haben, soviel wir konnten, in Gold umgesetzt, aber Eine Million Thaler ist übrig geblieben und die haben wir *in natura* mitgenommen."

In der Absicht, dieses *impedimentum* zu beseitigen, erkundigte ich mich bei dem Correspondenten des Hauses Rothschild und erfuhr, dass ein Courier desselben gerade eingetroffen und im Begriffe sei, in wenigen Stunden nach Paris zurückzureisen. Ich sandte daher mit diesem Courier die obgedachten Spiritusfässer an den mir wohlbekannten Baron James von Rothschild mit der Bitte, dieselben *rue Laffitte* zu deponiren, wo ich nächstens selbst eintreffen würde.

Am 12. Juli früh war ich in Paris. Wie zu erwarten, hatte Beust nichts ausgerichtet. Der in den Tuilerien sehr gern gesehene Fürst Reuss, Heinrich VII., war ihm zuvorgekommen und hatte die preussischen Friedensbedingungen bereits mitgetheilt. Beust hat in seinen Memoiren den physischen und moralischen Zustand geschildert, in welchem Napoleon III. sich damals befand. Der Donnerschlag von Sadowa hatte alle seine Berechnungen durchkreuzt. Er war krank, unschlüssiger denn je und lallte nur wie ein Kind: „*Je ne suis pas prêt.*" Drouyn de Lhuys vermochte an dem Gemüthszustande seines Herrn

nichts zu ändern und sprach von Friedensbasen und Präliminarien.

Die volle Wahrheit über die Vorgänge jener Tage habe ich erst nach dem Rücktritte Drouyn de Lhuys' einige Monate später erfahren. Nach dem Sturze des zweiten Kaiserreiches bestätigte und ergänzte mir der französische Minister die Version, welche sich aus einem meiner Privatbriefe weiter unten ergeben wird. Herr Drouyn de Lhuys versicherte, Alles aufgeboten zu haben, um seinen Kaiser am 5. Juli zum Handeln zu bewegen. Nicht den Eintritt in den Krieg, auf welchen man gar nicht vorbereitet gewesen, wohl aber eine ernste Demonstration habe er, der Minister, damals vorgeschlagen.

„Nach allen unseren Nachrichten,“ sagte Drouyn de Lhuys, „war die Armee des Siegers von Sadowa dermassen erschöpft, dass es genügt haben würde, eine französische Armee von nur 100 000 Mann an unseren Grenzen zusammenzuziehen, um uns zu gestatten, bei den Friedensverhandlungen das grosse Wort zu führen. In dem stürmischen Conseil vom 4. wollte der Marschall Randon, der Kriegsminister, nicht in der Lage sein, mehr als 40 000 Mann an den Rhein zu schicken. Ich schlug daher vor, wenigstens die Kammern sofort zu berufen und von ihnen eine Anleihe von 500 Millionen Franken zu verlangen. Das würde in Frankreich sowohl als im preussischen Hauptquartiere den gewünschten Eindruck nicht verfehlt haben. Der Kaiser genehmigte den Gedanken und es wurde beschlossen, das Decret, die Berufung der Kammern betreffend, solle am nächsten Morgen im „Moniteur“ erscheinen. Nach dem Conseil waren meine Gegner, insbesondere Prinz Napoleon, der von Vielen der böse Genius des zweiten Kaiserreichs genannt worden, Rouher und La Valette, thätig und es gelang ihnen, den Kaiser umzustimmen. Als ich am anderen Morgen das verabredete Decret im „Moniteur“ nicht fand und statt dessen die taktlose Note über die Annahme der Cession Venetiens, eilte ich zu Seiner Majestät und überreichte ihm meine Entlassung. Ich wollte die

Verantwortlichkeit für eine Politik, die ich weder verstehen noch billigen konnte, nicht übernehmen. Der Kaiser jedoch, der damals sehr leidend war, beschwor mich dringend, noch einige Zeit im Amte zu bleiben, um die Schwierigkeit seiner Lage nicht durch einen Ministerwechsel noch zu verschärfen. Er ersuchte mich zugleich, Benedetti in das preussische Hauptquartier zu schicken und ihn anzuweisen, mit grösster Vorsicht zu vermitteln. Die Aufforderung des Petersburger Cabinets zu einem gemeinsamen Proteste gegen den von Preussen beabsichtigten Umsturz der deutschen Bundesverhältnisse unter Berufung auf einen europäischen Congress kam zu spät und konnte von mir auf Befehl des Kaisers nur ablehnend beantwortet werden.“

Dass die Lage Napoleon's damals eine höchst kritische, konnte mir, der ich bei diesen Verhandlungen nicht betheiligt war, nicht entgehen.

Wir speisten, Beust und ich, täglich bei Metternich, und nach Tisch fanden sich im Garten die wenigen Intimen des Hauses ein, die noch in der Stadt waren. Der Marquis de Galliffet, der für einen der schneidigsten Cavallerie-Offiziere galt, gehörte zu diesen Freunden des Hauses. Er sagte mir unumwunden: „*C'est nous qui avons été battus à Sadowa bien plus que l'Autriche. Et si nous laissons faire, si nous donnons le temps à Monsieur de Bismarck de refaire son armée, qui doit avoir diablement souffert, nous sommes perdus et c'est nous qui paierons les pots cassés.*“

Noch aufrichtiger war eine geistreiche Pariserin, die zu den Intimen der Kaiserin Eugenie gehörte und im Geheimniss war. Sie sagte mir: „*C'est ce gros Rouher qui entrave tout. C'est le croque-mort du second empire; vous allez voir. C'est lui qui empêche l'Empereur d'agir et qui lui fait oublier qu'il est un Napoléon. Beust en est pour ses frais. Savez-vous ce que dira l'histoire? C'est un peu leste, mais c'est vrai. Je vous dirai cela à l'oreille: Quand la vertueuse Autriche se décida enfin à accorder*

ses faveurs à Napoléon III., elle trouva un Abélard . . . . après l'opération."

Am 14. Juli brachte ich Beust, nach seiner letzten Entrevue mit Drouyn de Lhuys, auf den Bahnhof, wo Metternichs seiner harrten, um von ihm Abschied zu nehmen.

Der Minister hatte mich beauftragt, die Verhandlungen mit dem Hause Rothschild zu Ende zu führen und am 16. telegraphirte er mir noch aus München, ich möge die Ankunft des Geheimen Finanzraths abwarten, der Befehl erhalten habe, sich nach Paris zu begeben. Das Telegramm war an Seebach gerichtet und schloss mit der chiffrirten Nachschrift: „*situation militaire s'améliore*".

Als der erwartete sächsische Beamte endlich eintraf, zeigte es sich, dass er, der französischen Sprache kaum mächtig, es mir überlassen musste, die an sich höchst einfache Sache zu erledigen. Der alte Baron James hatte uns die harten Thaler in Franken umrechnen wollen, was natürlich ganz unnöthige Commissionskosten verursacht haben würde. Ich bestand daher darauf, die bewusste Million Thaler *in natura* zu deponiren und deren Rückgabe in derselben Geldsorte zu verlangen. Baron Rothschild meinte, das sei kein Geschäft und er kenne nur Franken. — „Und ich nur Thaler," antwortete ich. Dann versuchte er uns einzuschüchtern, indem er fragte, was denn werden solle, wenn Preussen Beschlag auf die sächsischen Kassen lege? — „Oh!" erwiederte ich, „das hat gute Wege; dem ist bereits vorgebeugt. Eintretenden Falles aber würde ich Sie einfach an den Ursprung und an die Traditionen Ihres Hauses erinnern. Als der Kurfürst von Hessen, von Napoleon vertrieben, seinen Schatz Ihrem Vater anvertraute, dachte dieser nicht daran, den König Jerôme von Westphalen mit diesen Geldern zu bereichern, sondern er stellte nach dem Friedensschlusse dem Kurfürsten das anvertraute Gut zurück. Der König von Sachsen beweist Ihnen dasselbe Vertrauen, und ich bin sicher, dass Sie es nicht täuschen werden."

Damit schloss diese Unterhandlung zu allseitiger Zufriedenheit und ich konnte am 22. Juli nach London zurückkehren[1].

Dort hatte inzwischen ein Ministerwechsel stattgefunden. Lord Derby hatte vergebens an mehrere liberale Thüren geklopft, aber weder die Abdullamiten noch Lord Clarendon hatten sich bereit gefunden, zur Bildung eines Coalitions-Ministeriums die Hand zu bieten. Lord Derby war daher genöthigt gewesen, ein reines Tory-Cabinet zu reconstituiren, welches, wenn nicht schwächer, so doch mindestens ebenso schwach war als das über die Wahlreform gefallene liberale Cabinet. Malmesbury hatte aus Gesundheitsrücksichten das Foreign Office abgelehnt und nur die Sinecure des Siegelbewahrers (*Lord Privy Seal*) angenommen. *Faute de mieux* musste der Premier seinem ältesten Sohne, Lord Stanley, das Auswärtige Amt übertragen. Dieser besass als Redner eine Stellung im Unterhause und eine gewisse Popularität im Lande, um die auswärtige Politik hatte er sich jedoch bisher wenig gekümmert. Er gehörte zu den Ministern, von denen der alte Brunnow sagte: je weniger sie von der Politik verstehen, desto lieber sind sie mir.

Ueber meine erste Begegnung mit dem neuen Minister berichtete ich in dem nachstehenden Privatbriefe an Beust.

London, den 24. Juli 1866.

Ich beehre mich, meine vorgestern erfolgte Rückkehr auf meinen Posten zu melden.

Gestern ging hier die erste Nachricht von der Annahme der Friedenspräliminarien ein. Ich habe also durch die Verhandlung mit Rothschild nichts versäumt.

Was die Hinterlader anlangt, so schreibe ich darüber an den Kriegsminister. Die 20,000 Stück, die derselbe kommen

---

[1]) Hiernach wird das in den Friesen'schen „Erinnerungen“ über diese Transaction Bemerkte zu berichtigen sein. Die fragliche Million Thaler ist ohne meine Dazwischenkunft und ohne allen Anstand der sächsischen Staatskasse zurückgestellt worden.

lassen wollte, werden in Amerika leichter zu beschaffen sein als in England.

Wie die britische Regierung die politische Lage auffasst, hat mir Lord Stanley in der ersten Unterredung, die ich mit ihm hatte, klar dargelegt. Ich suchte ihn heute auf. Er empfing mich sehr freundschaftlich, ja herzlich, gab mir jedoch nicht die geringste Hoffnung auf Englands Verwendung zu unseren Gunsten.

„Die militärische Lage," bemerkte er, „dominirt die politische. Nach allen unseren Nachrichten mussten wir annehmen, dass eine zweite Schlacht eine noch empfindlichere Niederlage für Oesterreich herbeiführen würde als die erste. Ich habe daher dem Grafen Apponyi mündlich und Lord Bloomfield schriftlich nur wiederholen können, unserer Ansicht nach werde Oesterreich besser fahren, wenn es die Bedingungen annehmen wollte, welche die französische Vermittelung bietet. Mit dieser Mediation haben wir nichts zu schaffen. Ist sie erbeten oder nur acceptirt worden? ich weiss es nicht, es ist uns auch vollkommen gleichgültig. Weder Russland noch England haben einen Antheil daran. Wir haben also völlig freie Hand. Ob wir einen Congress beschicken würden? das wissen wir noch nicht. Mir scheint es bedenklich, wenn unser Bevollmächtigter nur darum hingehen sollte, um gutzuheissen, was die Anderen beschliessen. Denn die Fragen, um die es sich handelt, sind uns gleichgültig, berühren Englands Interessen nicht direct, und wir sind von vornherein entschlossen, nichts zu thun, um unsere Ansichten durchzusetzen."

Ich habe versucht, diesen insularen Quietismus bestthunlich zu bekämpfen. Nachdem ich zuvörderst constatirt, dass die französische Mediation angenommen, nicht nachgesucht worden, hob ich hervor, wie undenkbar es erscheine, dass England, ohne sich völlig zu effaciren, ein völkerrechtliches europäisches Arrangement, wie das von 1815,

ohne sein Zuthun umstossen lassen könne und werde. Ohne England sei kein Congress möglich. Käme es dazu, so würde die Erhaltung des Friedens an sich schon Englands Interesse sein. Der Friede könne jedoch nur dauernd erhalten und befestigt werden, wenn an die Stelle der alten Verträge, welche England mitunterzeichnet, neue abgeschlossen würden. Für das britische Reich sei es gewiss nicht gleichgültig, ob ein dauernder Friede oder ein blosser Waffenstillstand zu Stande käme. Eine reine Säbelherrschaft könne in Deutschland nichts Dauerndes schaffen. Die *terreur bleue* des Augenblicks sei eine vorübergehende Erscheinung, es handele sich darum, das deutsche und europäische Gleichgewicht auf neuen Grundlagen herzustellen. Diese Grundlagen beruhten in Deutschland auf der Achtung der bestehenden Stammesunterschiede und historischen Dynastien. Ein übermächtiges Preussen werde bald einen neuen Krieg unvermeidlich machen. Die französische Nation sei schon heute so eifersüchtig auf die preussischen Waffenerfolge, dass der Kaiser Napoleon *nolens volens* über kurz oder lang zum Schwerte werde greifen müssen.

Die Rede, welche Lord Russell vorgestern im Cobden Club gehalten, hat gestern im Oberhause eine Discussion hervorgerufen, welche den besten Commentar zu der sehr reservirten Sprache Lord Stanley's liefert.

Der französische Botschafter behauptet, die englischen Staatsmänner seien über Nacht ganz preussisch geworden. Der Erfolg sei Alles. Er giebt den Rath, der König möge ja acceptiren, was sich aus dem Schiffbruche noch retten liesse.

Die Ruhe Londons ist gestern in bedenklicher Weise gestört worden. Es handelte sich um ein Meeting im Hyde Park zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts. Die Regierung hatte die Gitter schliessen lassen. Der Pöbel aber zertrümmerte dieselben, drang in den Park und konnte nur

mit Mühe durch die herbeigerufenen Truppen daraus vertrieben werden. Es war ein förmlicher Aufstand, der heute noch fortdauert.

Die ersten Nachrichten von dem glänzenden Siege, welchen der österreichische Admiral Tegetthoff am 20. Juli bei Lissa über die italienische Flotte errungen hatte, erregten mitten in den Pöbelaufständen das allgemeine Interesse. Es war das erste Mal, dass Panzerschiffe in europäischen Gewässern einen ernsten Kampf bestanden hatten. Politisch blieb dieser Sieg für Oesterreich ebenso unfruchtbar, wie der von Custozza.

Aus Dresden erhielt ich von befreundeter Hand folgende lakonische Notizen:

Dresden, den 26. Juli 1866.

.... Die Stimmung ist hier sehr verschieden, die Bevölkerung im Allgemeinen sehr patriotisch. Einzelne höhere Beamte, namentlich die Feinde Beust's, rühmen sich Recht behalten zu haben. Man habe, auch ohne Geld und Menschen zu opfern, billiger das erreichen können, was man erreicht habe. Manche, die früher ganz sächsisch dachten, sagen jetzt, der Sieger habe Recht. Ueber die „Schwäche“ und „Blindheit“ der Regierung wird stark losgezogen.

Nach Königstein sind die Befehle wegen Einhaltung der strengsten Neutralität ergangen. Hoffentlich werden nun auch hier die nicht sehr beträchtlichen Schanzarbeiten eingestellt.

Die Handdarlehen gehen gut ein. Staat und Stadt haben bedeutende Opfer zu bringen. Was mit Geld auszugleichen, ist zu verschmerzen, andere Dinge wiegen schwerer.

Preussische Offiziere rühmen die Tapferkeit unserer Armee und die Führung des Kronprinzen.

Aus Wien fehlten inzwischen alle directen Nachrichten und

jede Möglichkeit, coursirende Gerüchte zu controliren. Ich schrieb daher an Beust:

London, den 27. Juli 1866.

Ueber den Stand der Verhandlungen war gestern Abend weder auf der österreichischen, noch auf der französischen Botschaft, noch endlich im Auswärtigen Amte das Geringste bekannt. Man erzählt, Preussen verlange Leipzig, Hessen und die südlichen Theile Hannovers. Fürst La Tour d'Auvergne versicherte, von alledem nichts zu wissen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet Sie als die Seele der kleinen Coterie, welche den Kaiser Franz Joseph zum Widerstande reize, und fügt hinzu, die Haltung des sächsischen Commandanten von Königstein und der Civilbehörden zwinge Preussen, jetzt andere Saiten in Sachsen aufzuziehen.

Ich frage mich, ob es nicht an der Zeit wäre, den löblichen Eifer des Generals von Nostitz zu mässigen und den Königstein zu neutralisiren. Bernstorff darüber zu fragen, habe ich Bedenken getragen, um so mehr als er keinen Einfluss hat. Ich habe ihn noch nicht gesehen, höre aber, dass er eine sehr gemässigte Sprache führt. Preussen, sagt er, denke nicht mehr daran, das deutsche Parlament zu berufen. Man werde sich damit begnügen, Norddeutschland zu constituiren.

Lady Paget, geborene Hohenthal, die ich vorgestern sah, hat auf der Reise von Kopenhagen einen preussischen Diplomaten begegnet, der ihr versichert hat, man werde von jeder Mediatisirung absehen, den norddeutschen Fürsten sogar ihre Diplomatie lassen und nur die militärische Führung beanspruchen.

Hier ist man, wie gesagt, ganz preussisch. Pikirt über die Cession Venetiens und die ausschliessliche französische Mediation, hofft man in der norddeutschen Grossmacht ein

Gegengewicht gegen Frankreich gefunden zu haben. Von Congress ist noch immer keine Rede.

So unerquicklich der hiesige, durch schmachvolle Pöbel-Aufläufe noch dazu getrübte Aufenthalt, so erhalte ich doch von allen Seiten den Rath, auf dem hiesigen Posten auszuharren so lange als möglich, da man uns sonst sofort zu den Todten werfen würde.

Könnten Sie mir durch den englischen Courier ein Wort zugehen lassen, so wäre dies eine grosse Wohlthat, da man in Chandos House nach wie vor ohne alle directe Nachricht ist.

Die hiesigen Freunde Oesterreichs sind alle für Fortsetzung des Kampfes.

In Zeiten, wie die damaligen, musste sich die Diplomatie nothgedrungen oft um Dinge kümmern, die ihr sonst fern liegen.

Ein kleiner Theil des sächsischen Staatsschatzes war in Paris in Sicherheit gebracht worden. Die Frage, was aus den Kostbarkeiten in München werden solle, lag nahe, und Beust hatte mich in Paris beauftragt, Erkundigungen darüber einzuziehen, ob man diese Gelder und Juwelen in London sicher deponiren könne. Das Ergebniss dieser Erkundigungen meldete ich in dem nachstehenden Schreiben, welches gleichzeitig mit dem obigen nach Wien abging.

London, den 27. Juli 1866.

Wie bekannt, hat die k. hannoversche Regierung ihren Staatsschatz — angeblich 19 Millionen Thaler — auf einem Bremer Schiffe glücklich herübergebracht. Der Geheime Finanzrath K. ist mit der Verwaltung dieser Summen betraut worden. Diesem in seinem Fache ausgezeichneten Beamten verdanke ich die nachstehenden Notizen.

Die Grossartigkeit der hiesigen Handelsverhältnisse erleichtert selbstverständlich die Unterbringung und sichere De-

ponirung bedeutender Summen. Andrerseits ist es jedoch sehr schwierig, sich auf dem hiesigen Terrain materiell zurecht zu finden. Namentlich ist es fast unmöglich, darüber sichere Auskunft zu erhalten, in wie weit die factisch im Besitze des Landes befindliche Regierung derartige Deposita hier rechtlich inhibiren lassen könnte. K. hat sich durch Depôts unter fremden Namen an verschiedenen Orten zu helfen gesucht, die Baarbestände in englisches Gold umgesetzt und dafür auf eigene Gefahr sichere Wechsel gekauft. Er hofft dadurch grössere Summen erforderlichen Falles schnell ohne grosse Unkosten flüssig machen zu können und inzwischen einen Zinsgenuss von 6% bis 6½% zu erzielen, solange die hiesige Bank ihr Disconto von 10% festhält. Er verhehlt sich jedoch nicht, dass diese Operationen gewagt sind. Bisher ist es ihm noch nicht gelungen, sich über die eventuell einschlagenden, internationalen Rechtsfragen genaue Kenntniss zu verschaffen. Die im Bereiche der City untergebrachten Summen können durch ein einfaches *attachment*, die im West End deponirten durch eine Inhibition bei den *Courts of Equity* der Verfügung des *bona fide* Besitzers temporär entzogen werden. Wer den barbarischen Zustand und den schleppenden Gang der kostspieligen britischen Justiz kennt, wird einem Processe vor den *Courts of Equity* thunlichst ausweichen.

Ich kann daher kaum dazu rathen, auf den hiesigen Platz zu reflectiren und muss an der Ueberzeugung festhalten, dass die neutrale Schweiz grössere Freiheit der Bewegung, wenn auch vielleicht geringere Sicherheit darbieten würde.

Am 26. Juli wurden bekanntlich in Nikolsburg die Friedenspräliminarien unterzeichnet. Die an demselben Tage telegraphisch bekannt gewordene Nachricht veranlasste mich, meine Beobachtungen in einem ausführlicheren vertraulichen Berichte an den Minister von Beust zusammenzufassen.

London, den 29. Juli 1866.

Mehrere Unterredungen, welche ich im Laufe der Woche mit Politikern aller Parteischattirungen gehabt, haben mich nur in der Ueberzeugung bestärken können, dass England für die Erhaltung des Gleichgewichtes in Deutschland nicht das Geringste thun wird. Das jetzige Cabinet, schwach, ohne Zukunft, gleich in den ersten Dämmerungsstunden von den Demagogen schonungslos auf der Strasse angegriffen, wird sein voraussichtlich kurzes Interregnum durch eine völlige Unthätigkeit nach aussen zu verlängern streben und seinen Ruhm darin suchen, sich ganz zu effaciren. Disraeli's Phrasen: *„England has outgrown Europe"; „England is an Asiatic power"* werden von der Presse verspottet, schmeicheln aber dennoch der Tagesmeinung. Lord Stanley's Schweigen und Geschehenlassen entsprechen jedenfalls mehr dem Geschmacke des heutigen Engländers, als Lord Russell's Schreibseligkeit. Man war es müde, diesen Minister — der übrigens heute für Graf Bismarck schwärmt — aller Welt unerbetene und selten befolgte Rathschläge ertheilen zu sehen.

Baron Brunnow sagt mir wie jedem, der es hören will, Russland werde, in dankbarer Erinnerung an die Haltung Preussens in dem Krimkriege und während der polnischen Wirren von 1863, — komme, was da wolle — die Waffen gegen seinen alten Bundesgenossen nicht ergreifen.

Die einzige Macht, welche Preussen einen Damm entgegensetzen könnte, ist und bleibt daher Frankreich. Der rechte Augenblick dazu ist offenbar versäumt. Pariser Optimisten, namentlich in hohen Finanzkreisen, versicherten mir zwar, Kaiser Napoleon werde in einem, höchstens zwei Monaten Preussen den Krieg erklären, um demselben nicht Zeit zu lassen, sich in seinen neuen Eroberungen festzu-

setzen. Besser Unterrichtete glauben jedoch, Napoleon III. werde nichts unternehmen, solange nicht Italien pacificirt und die Industrie-Ausstellung vorüber sei. Dieser Ansicht war z. B. der Senator Heeckeren, Freund La Guéronnière's und Mitarbeiter an dem von der Kaiserin Eugenie begünstigten Blatte „La France". Die Abrechnung mit Preussen würde hiernach frühestens im Herbst 1867 erfolgen können. Bis dahin kann Manches geschehen, ganz abgesehen von dem Gesundheitszustande des Kaisers der Franzosen. Die Aufregungen der letzten Wochen sollen den alternden Cäsar sehr mitgenommen haben.

Dennoch giebt es kein anderes Argument, mit dem man die insulare Lethargie bekämpfen kann, als die Gefahr eines Krieges, in welchen England verwickelt werden könnte.

„Wenn Ihr Euch jetzt," sagte ich Disraeli, „mit Frankreich verständigen könntet, um im Verein mit dieser Macht eine Pression auf den Sieger zu üben, so wäre es vielleicht noch möglich, die preussische Regierung zu einem Dauer verheissenden Frieden zu bestimmen und die Interessen Gesammtdeutschlands zu wahren. Eine Lösung, welche die Geschichte und die bestehenden Stammesunterschiede ignoriren, die Dynastien, die Träger und Repräsentanten dieser Stämme entwurzeln sollte, würde die föderativen Grundlagen zerstören, auf welchen das deutsche Reich, wie der deutsche Bund beruhten. Eine solche Lösung würde nur ein Provisorium und nicht Das schaffen, was England wünscht: eine starke, Frankreich ebenbürtige Macht in Mittel-Europa. Ein Gross-Preussen, welches die jenseits der ganz willkürlichen Mainlinie liegenden deutschen Staaten ausschlösse, würde zu stark und zu schwach zugleich sein, um die conservative Aufgabe zu erfüllen, welche England im Auge hat. Ueber lang oder kurz müsste dann ein Conflict mit Frankreich unvermeidlich sein. Kaiser Napoleon dürfte sich so

bald zwischen eine seinen Thron bedrohende Revolution oder einen Krieg mit der preussischen Militärmacht gestellt sehen. Er würde voraussichtlich den letzteren wählen. Dann könnte eine Wiederholung des eben Erlebten zu gewärtigen sein: ein kurzer Feldzug, eine grosse Entscheidungsschlacht. Siegte Frankreich, wie bei Jena, so geriethe Deutschland wie damals mittelbar oder unmittelbar unter französische Herrschaft. Würde dann die Reihe nicht an England kommen? Wäre es nicht weise, jetzt durch einen dauernden Frieden Kriegen vorzubeugen, denen man schwerlich würde ausweichen können, falls man die Vernichtung Oesterreichs geschehen liesse?"

Die Antwort lautete:

„*Que voulez vous? We do not care.* Die Stimmung des englischen Volkes ist für unbedingte Nicht-Einmischung. Das jetzige Cabinet ist genöthigt, eine weit reservirtere Haltung zu beobachten, als unsere unmittelbaren Vorgänger. Wir wissen nur noch aus den Zeitungen, was in der Welt vorgeht. Wir werden nicht gefragt, und die „Times" ist über die Friedenspräliminarien ebenso gut unterrichtet als Lord Derby. Wir können uns nur freuen, wenn man uns in Ruhe lässt. Wir schweigen und sehen zu. Ihr Deutsche mögt Euch unter einander verständigen, wie es Euch gut dünkt. Wir waschen uns die Hände. Oesterreich hat die Thorheit begangen, sich in den dänischen Krieg zu mischen und jetzt sich in Frankreichs Arme zu werfen. *Habeat sibi!* Und sollte Kaiser Napoleon ganz Deutschland erobern, was kümmert es uns? Es ist uns namenlos gleichgültig, was aus Deutschland wird. Unsere Hauptinteressen liegen in Asien, nicht mehr in Europa. Antwerpen ist auf dem Festlande vielleicht der einzige Punkt, der uns nahe geht. Kaiser Napoleon weiss es und er ist zu klug, nicht darauf Rücksicht zu nehmen. Wenn es uns zu bunt wird, so öffnen wir die Schleusen im Orient und reichen Russland gegen

Frankreich die Hand in Constantinopel. Sie sagen, das Nicht-Interventionsfieber sei eine Krankheit. Möglich; aber was wollen Sie? Wir müssen diese Krankheit durchmachen, wie die Masern. Wir werden schwerlich daran sterben. Die See ist unser Schutz. Vor Invasionen werden uns unsere Panzerschiffe und unsere *Volonteers* schirmen.“.

Unter diesen Umständen hat man ohne alle Aufregung erfahren, Frankreich habe nach Unterzeichnung der Präliminarien und des vierwöchentlichen Waffenstillstandes erklärt, seine Mediation sei hiermit erschöpft. Es wird bekannt sein, dass Benedetti instruirt ist, keinem der Betheiligten seine guten Dienste vorzuenthalten, sich aber weder an den Verhandlungen, noch an der Unterzeichnung irgend eines Actes zu betheiligen. Frankreich übernimmt nicht die geringste Garantie und behält völlig freie Hand. Russland scheint den Congress wieder in Anregung gebracht zu haben, doch ist diese Idee weder hier, noch in Paris auf dankbaren Boden gefallen. Wenn Russland das zu treffende Abkommen europäisch besiegeln lassen möchte, so empfindet Frankreich dafür nicht die geringste Neigung.

Die momentane Durchführung des Mainlinien-Programmes scheint sonach unvermeidlich. Für uns tritt daher die Frage heran, ob es nicht an der Zeit sei, den passiven Widerstand aufzugeben und eine directe Verständigung mit dem Sieger anzustreben.

Nach zuverlässigen Andeutungen ist ein Anschluss Sachsens an den Südstaaten-Bund nicht zu erreichen. Dagegen glaubt man, die Integrität des Landes sei sicher gestellt. Preussen werde auf eine förmliche Mediatisirung verzichten und sich mit der obersten militärischen Leitung begnügen.

Der König von Hannover soll, wie ich höre, erklärt

haben, lieber seiner Krone entsagen, als solche Bedingungen annehmen zu wollen.

Ich verdanke diese Notizen grossentheils dem französischen Botschafter, mit welchem ich heute Nachmittag eine längere Unterredung hatte. Fürst La Tour d'Auvergne äusserte sich ungefähr, wie folgt:

„Mauvaise politique, que celle que le Roi de Hanovre paraît vouloir adopter. Si j'avais un conseil à donner au Roi de Saxe, je lui dirais: Personne ne peut savoir, si la paix qu'on va conclure, sera durable. Mais en tout cas il faut être là, pour pouvoir profiter des éventualités de l'avenir. Il ne faut pas quitter la partie avant de l'avoir entièrement perdue. Il faut faire bonne mine à mauvais jeu, rentrer à Dresde aussitôt que possible et sous les meilleures conditions qu'on pourra obtenir. Pourquoi le Roi n'enverrait-il pas son Prince Royal au quartier général du vainqueur? Le Roi Guillaume est très sensible à de pareilles attentions. Il serait peut-être encore temps d'obtenir du Roi de Prusse directement des concessions qui lieraient son ministre."

Völlig unbekannt mit Allem, was in den letzten vierzehn Tagen in Wien, Schönbrunn und Nikolsburg vorgegangen, vermag ich nicht zu beurtheilen, ob diese wohlgemeinten Rathschläge auf die Sachlage passen.

Der französische Botschafter hat offenbar an die historische Parallele der Jahre 1805 und 1806 gedacht. Nach der Schlacht von Austerlitz kam der Friede von Pressburg, der das deutsche Reich auflöste. So wird der bevorstehende Friedensschluss den deutschen Bund und die Stellung Oesterreichs in demselben unzweifelhaft vernichten. Nach Austerlitz kam Jena. Im Jahre 1806 hatte Sachsen Preussen Heeresfolge geleistet, war mit demselben geschlagen worden, erlangte aber trotzdem im Frieden von Posen die Königskrone und einen Länderzuwachs.

Nachschrift.

London, den 30. Juli 1866.

Die heutige „Times“ bezweifelt die Möglichkeit, auf der Grundlage der in Nikolsburg unterzeichneten Präliminarien zu einem wirklichen Frieden zu gelangen.

Mit Italien soll man keineswegs im Reinen sein. Die dortige revolutionäre Partei knirscht vor Wuth über die Misserfolge der Armee und der Flotte. Der kurze Krieg hat das Land von dem Drucke der Freischaaren nicht befreien können. In Paris ist man nicht ohne Besorgniss. Man bereitet sich darauf vor, Garibaldi in Rom zu empfangen. Die dortige französische Garnison könnte nöthigenfalls binnen achtundvierzig Stunden verstärkt werden. Man glaubt sie jedoch schon jetzt stark genug, um jeden Angriff der Freischaaren abzuweisen. Ausser Venetien soll das Cabinet von Florenz zum Lohne für seine Niederlagen Istrien, Triest, Süd-Tyrol und die Rückerstattung der Kriegskosten verlangen!

Hier dauern die *Reform-Meetings* fort. Der Abschaum der Bevölkerung ist in Gährung und wird durch Massenzuzüge aus Manchester und Birmingham verstärkt. Die Regierung hat die Sache von vornherein verfahren. Jetzt sind umfassende Vorkehrungen getroffen. Die Truppen sind wieder consignirt, und der Herzog von Cambridge hat drei Regimenter aus Aldershot hierher beordert. Aengstliche Gemüther halten eine Pariser Juni-Schlacht *en miniature* in den Strassen Londons nicht für unmöglich, falls der Pöbel sich zu Raub und Plünderung verleiten lassen sollte. Ich glaube, es wird bei Reform-durstigen Reden bleiben, höchstens könnte Mr. Walpole sich genöthigt sehen, das Ministerium des Innern energischeren Händen zu überlassen.

Der Parlamentsschluss dürfte am 10. August stattfinden, das ministerielle *Whitebait-Dinner* nächsten Sonnabend.

Der König von Hannover hatte seine in aller Eile bei Göttingen zusammengezogene Armee nach Langensalza geführt. Schlecht unterrichtet, verlor man dort kostbare Zeit und überschätzte die schwachen Streitkräfte, auf welche man gestossen war. Ein siegreiches Gefecht, welches die Hannoveraner am 27. Juni bestanden, wurde von ihnen abgebrochen und konnte die Kapitulation nicht verhindern, welche die mit Uebermacht herbeigeeilten preussischen Generale am 29. Juni dictirten. Die Armee streckte die Waffen; für den König und den Kronprinzen war freier Abzug ausbedungen worden. Anstatt die Ereignisse auf neutralem Boden abzuwarten, begab sich der König Georg bald darauf nach Wien, ein unglücklicher Gedanke, der Preussen verletzte und Oesterreichs Verlegenheiten vermehrte. Wie übel berathen der Welfenkönig damals war, beweist das harte Schicksal, welches ihn traf. Er wusste, dass die Königin, seine Gemahlin, mit ihren Töchtern, welche in Hannover zurückgeblieben waren, mit dem ganzen Lande in der Gewalt des Feindes sich befanden, und dennoch that er nichts, um den Sieger zu versöhnen. Ich hatte ohne mein Zuthun Gelegenheit, einen Blick in diese traurigen Verhältnisse zu werfen und richtete darüber an Beust ein vertrauliches Schreiben, welches hier folgen möge:

London, den 31. Juli 1866.

S. K. H. der Herzog von Cambridge beehrte mich heute Morgen mit einem einstündigen Besuche. Er hatte mich schon gestern vergebens aufgesucht, und ich hatte ihn ebenfalls in Gloucester House nicht getroffen.

Sein Zweck war, sich über die Vorschritte auszusprechen, welche er zu Gunsten des Königs von Hannover gemacht und noch zu machen beabsichtigt.

Im Einverständnisse mit seinem königlichen Vetter hat der Herzog, da jener es nicht selbst thun wollte, privatim an den Kaiser Napoleon geschrieben. Dieser hat in den freundschaftlichsten Ausdrücken jede Einmischung in diese

Angelegenheit abgelehnt. Napoleon III. betont seine wärmsten persönlichen Sympathien für Hannover, bedauert jedoch nichts thun und nichts rathen zu können, da England ihn in diesem Vermittelungsgeschäft völlig im Stiche gelassen habe. Der Herzog hat das kaiserliche Antwortschreiben sowohl Lord Derby als Lord Stanley mitgetheilt. Von beiden sei jedoch nichts zu erlangen gewesen, als das Zugeständniss, England werde, trotz des russischen Drängens, dem Congresse ausweichen und so eine europäische Sanction des Geschehenen verhindern. Dass England hierbei nicht allein steht, sondern im Einklange mit Frankreich handelt, welches ebenfalls den Congress nicht will, bestätigte mir der Herzog. Lord Derby hat hinzugefügt, die neuesten Nachrichten lauteten sehr ungünstig für Hannover. Ein Privatbrief des dem dortigen königlichen Hause sehr ergebenen britischen Gesandten Sir Charles Wyke giebt über die vom Premier-Minister erwähnte ungünstige Wendung näheren Aufschluss. Seine Königliche Hoheit hatte die Güte, mir einige Stellen aus diesem ihm durch den gestrigen Courier zugegangenen vertraulichen Schreiben vorzulesen.

Sir Charles schreibt: Die Reise des Königs und des Kronprinzen nach Wien habe den König Wilhelm sehr verletzt und harte Massregeln hervorgerufen. Der Hausminister Malortie sei entlassen. Der preussische Commissar Hardenberg habe die Verwaltung der königlichen Domänen übernommen und wolle alle Revenüen einziehen bis zur Herausgabe der in London deponirten Staatsgelder. Adressen, welche einfach die Annexion des Königreiches an Preussen verlangten, mehrten sich. Die Königin sei bedeutet worden, sich nach Berlin zu wenden wegen der zu ihrer Hofhaltung nöthigen Gelder. Sir Charles habe dem Könige gerathen, sich nach der Schlacht von Langensalza nach Pyrmont zu begeben. Leider sei dieser Rath nicht befolgt worden.

Nach des Herzogs Ansicht würde es kein Bedenken ge-

habt haben, unmittelbar nach Langensalza nach Wien zu gehen. Nachdem man den rechten Augenblick versäumt, hätte die nutzlose Reise vermieden werden sollen. „Ich bin," fügte Seine Königliche Hoheit hinzu, „bereit, Alles zu thun, was in meinen Kräften steht, aber nach Wien kann ich jetzt nicht gehen; es würde auch nichts helfen. Die Königin Victoria ist machtlos. Sehr betrübt über das Geschehene, sucht sie Trost in der Erinnerung, dass Prinz Albert die jetzige Krisis, die Hinfälligkeit der Bundeseinrichtungen und die Schutzlosigkeit der Bundesfürsten immer vorausgesehen und vorausgesagt habe."

Unter diesen Umständen theilt Seine Königliche Hoheit die Auffassung, die mir der französische Botschafter bezüglich Sachsens entwickelt hatte. Der Herzog tadelt die Absendung eines hannoverschen Adjutanten in das preussische Hauptquartier, wo derselbe nicht empfangen worden. Man habe den Kronprinzen hinsenden, sich aber vorher über dessen Annahme versichern sollen. Der Kronprinz sei freilich noch nicht Mannes genug, um die Verhandlungen selbst zu führen, aber etwas müsse geschehen und bald geschehen, um eine directe Verständigung einzuleiten. „Es ist eine ganz falsche Politik, zu boudiren," bemerkte Seine Königliche Hoheit. „Man muss die Thatsachen nehmen, wie sie sind, und zu retten suchen, was noch zu retten ist, solange Preussen noch nicht Zeit gehabt hat, die Bevölkerung für eine *annexion pure et simple* zu gewinnen. Vielleicht liesse sich die diplomatische Vertretung noch retten, die Verfügung über die Armee wird jedoch aufgegeben werden müssen."

Der Herzog glaubt, es werde dem König Georg kaum möglich sein, hier als Herzog von Cumberland zu leben. Im House of Lords werde man ihm seinen Sitz nicht verweigern, aber wovon solle er leben? Eine Dotation für ihn zu erlangen, sei unmöglich.

Nach langem Hin- und Herreden und nachdem mich der Herzog wiederholt gefragt hatte, was er für seinen königlichen Vetter thun könne, gab ich anheim, den heute nach Wien abgehenden englischen Courier zu benutzen, um durch Lord Bloomfield's Vermittelung den König Georg zu einem Rendez-vous in Rumpenheim zu bestimmen. Gelinge dies, so möge der Herzog seinen Weg über Vichy nehmen. Dort könne ihm der Kaiser Napoleon vielleicht mündlich Aufklärungen geben, die sich nicht schreiben liessen. Endlich möge er sich vom König Georg für die directe Verhandlung mit dem König von Preussen bevollmächtigen lassen. Als eventuell erbberechtigter Agnat könne er dann mehr als jeder andere hoffen, günstige Bedingungen zu erzielen.

Ich habe allen Grund zu glauben, dass der Herzog in diesem Sinne heute nach Wien schreiben wird. Vielleicht könnten Sie, ohne Lord Bloomfield oder dem Grafen Platen ahnen zu lassen, dass Sie etwas davon wissen, auch Ihrerseits auf den König von Hannover wirken. Alles, was der Herzog erreichen kann, würde uns gleichzeitig zu Gute kommen.

Ich habe übrigens Seiner Königlichen Hoheit im engsten Vertrauen den Entwurf des Privatschreibens mitgetheilt, welches Se. Majestät der König an die Königin Victoria aus Schönbrunn am 6. d. Mts. gerichtet hat. Der Herzog hat diesem Schriftstück seinen vollen Beifall geschenkt.

Fürst La Tour d'Auvergne ist für wenige Wochen nach Vichy abgereist. Dort werden voraussichtlich wichtige Berathungen stattfinden. Ausser Herrn Drouyn de Lhuys hat auch der Minister des Innern, Marquis de La Valette, Befehl erhalten, dem Kaiser nach jenem Badeorte zu folgen. Von Vichy aus soll auch am 15. das Lager von Châlons inspicirt werden.

Der Herzog von Cambridge geht heute nach Goodwood,

kehrt aber Freitag hierher zurück. Etwaige telegraphische Mittheilungen würden sonach, unter meiner Chiffre befördert, ohne Zeitverlust an Seine Königliche Hoheit gelangen.

Seit vierzehn Tagen ohne alle directe Nachricht von meinem Chef, vermuthete ich, derselbe werde den Waffenstillstand benutzt haben, um einen Abstecher nach Dresden zu machen. Da mir aber daran liegen musste, den vorstehenden Bericht ohne Zeitverlust in den Händen des Königs zu wissen, so schrieb ich mit demselben Courier an den k. sächsischen Gesandten in Wien:

London, den 31. Juli 1866.

Die beiliegende Expedition sende ich Ihnen offen für den Fall, dass unser Chef den Waffenstillstand zu einem Ausflug nach Dresden benutzt haben sollte. Ich weiss nichts von ihm seit seinem Telegramm aus München, tappe ganz im Finstern, muss aber wünschen, dass der Inhalt meiner letzten Berichte ohne Zeitverlust zur Kenntniss Sr. Majestät des Königs gebracht werde.

Der Geheimnissvolle schreibt, er habe in Wien für den Frieden *à tout prix* gewirkt und wolle jetzt hierher kommen. Wenn es gewünscht wird, könnte ich ihm einige Lichter aufstecken. Für jetzt bin ich jedoch ganz im Dunkeln über Alles, was in Nikolsburg vorgegangen ist und vorgeht.

Zweites Kapitel.

London.

August 1866.

Privatbrief vom 3. August 1866: Besorgnisse über panslavistische Intriguen; Das britische Seerecht und die Pariser Declaration von 1856. — Memorandum vom 7. August 1866: Darlegung der Weltlage und der Eventualitäten der Zukunft, um zu beweisen, dass es für Sachsen vortheilhafter, dem norddeutschen Bunde anzugehören als dem süddeutschen. — Herr von Könneritz an den Verfasser, Wien 5. August 1866: Graf Hohenthal's Sendung nach Berlin. — Minister von Beust an den Verfasser, 4. August 1866: Näheres über die Sendung Hohenthal's. — Aufzeichnung vom 27. Juli 1866, die Nikolsburger Verhandlungen betreffend. — Napoleonische Definition der Integrität Sachsens. — Zur Charakteristik der napoleonischen Diplomatie.

Während man nicht ohne Ungeduld auf den Ausgang der Nikolsburger Verhandlungen harrte, stiegen in den Köpfen der leitenden englischen Staatsmänner Bedenken und Befürchtungen auf, an welche man anfangs nicht gedacht hatte. Die unbedingte Passivität, welcher die englische Regierung huldigte, verbarg vor den Augen des Publicums Gefahren, die sich Eingeweihte nicht verheimlichen konnten. Namentlich waren es die durch die Pariser Declaration von 1856 im internationalen Seerecht eingeführten Neuerungen, welche die Bedenken der Tories im Hinblick auf einen möglichen Krieg momentan hervorriefen. Vertrauliche Unterredungen, die ich über diesen wichtigen Punkt mit einflussreichen Mitgliedern beider Häuser gehabt, bildeten das Substrat des nachfolgenden Schreibens, welches noch heute von einigem Interesse sein dürfte, da der nächste grosse Seekrieg zu jenen unbekannten Grössen gehört, welche sich jeder Berechnung entziehen.

London, den 3. August 1866.

Die „Times“ fährt fort, mit gewohntem Cynismus die Schüler Cato's, zu verspotten, die sich noch für die *victa causa* interessiren. Das City-Blatt erblickt in der Mainlinie die Lösung des deutschen Problems, die ideale Befriedigung aller Einheitsbestrebungen. Und doch regt sich in gewissen politischen Kreisen ein Schamgefühl über die allzu bescheidene Rolle, welche das britische Reich in der gegenwärtigen Krisis zu spielen verurtheilt scheint. Es tritt dabei die Befürchtung in den Vordergrund, Graf Bismarck könnte, ohne es selbst zu ahnen, zum Werkzeuge nicht nur der deutschen, sondern auch der russischen Demokratie werden. Die welterschütternden Orakelsprüche der letzteren in der „Moskauer Zeitung“ fangen an, dem Petersburger Cabinet selbst unheimlich zu werden. Die Panslavisten scheinen nach Ansicht jener Politiker, nachdem der Caucasus unterworfen, der Weg nach Central-Asien durch die Vernichtung des Khans von Bokhara offen gelegt ist, nicht übel Lust zu haben, zur Abrechnung mit dem „kranken Mann“ am Bosporus zu schreiten. Zur Erreichung dieses Zweckes habe man vor Allem den Westen Europas beschäftigen und die Aufmerksamkeit von den Donaufürstenthümern ablenken wollen. Durch die geheime Unterstützung Preussens habe Russland dreierlei mit einem Schlage erreicht: die Vernichtung der Einheitsbestrebungen Deutschlands, die Lahmlegung Oesterreichs, dessen Opposition an der unteren Donau man gefürchtet, endlich die Erschütterung des *prestige* Louis Napoleon's. In Petersburg halte man die Rolle des letzteren als *„arbitre des destinées de l'Europe“* für ausgespielt nach dem jüngsten Fiasco. Betreibe Russland jetzt den Congress, so geschehe dies nur, um die Ohnmacht der Westmächte officiell zu constatiren und sich so an ihnen wegen des Krimkrieges zu rächen.

Die englischen Politiker, welche mir das obstehende Raisonnement entwickelten, datiren die Ohnmacht Englands von dem Tage, an welchem Lord Clarendon und Lord Cowley auf dem Pariser Congresse von 1856 die sogenannte „*Déclaration de Paris*“ bezüglich gewisser seerechtlicher Bestimmungen unterzeichnet haben. Die *Déclaration* habe England förmlich entmannt. Durch Annahme des Grundsatzes: „Frei Schiff, frei Gut“ habe England dem *droit de visite* entsagt und zugleich auf das Recht verzichtet, Kaperbriefe auszugeben. Trotz aller Befestigungen und trotz seiner Panzerschiffe sei Grossbritannien dadurch auf seinem eigenen Elemente wehr- und machtlos geworden.

Unter diesen Umständen habe Lord Derby die Politik seiner Vorgänger adoptiren und völkerrechtswidrige Raubzüge *(buccaneer expeditions)* geschehen lassen müssen, trotz seiner festen Ueberzeugung, dass Englands Grösse, ja seine Existenz auf der Vertheidigung des Völkerrechts beruhe. Aber, fragt man, sollte es denn kein Mittel geben, diese philanthropische Selbstverstümmelung Alt-Englands zu heilen? Hat Lord Derby nicht in seiner denkwürdigen Rede vom Jahre 1856 die Folgen der Clarendon'schen Politik vorausgesagt? Hat der jetzige Premier nicht den Muth gehabt, an die Worte Pitt's erinnernd, gegen dieses „auf dem Altar des russischen Ehrgeizes dargebrachte Opfer“ zu protestiren? Hat er seinen Landsleuten damals nicht zugerufen: „Heute läutet Ihr die Glocken zur Feier des Pariser Friedens, die Zeit wird kommen, wenn Ihr darüber die Hände ringen werdet!?“ (You are now ringing the bells, the time will come, when you will wring your hands.) Und als man neulich im Unterhause einen Ministerwechsel für unmöglich erklärte, weil Lord Clarendon jetzt im Auswärtigen Amte nicht zu ersetzen sei, hat Mr. Disraeli nicht mit beredten Worten an jene Pariser Sünden erinnert? Hat er nicht ausgerufen: „Was? Ein Minister sollte nicht zu er-

setzen sein, der als Bevollmächtigter einer siegreichen Macht mit einem Federstriche Englands Seerecht preisgegeben!?"

Die Agitation, welche sich auf die oben angedeuteten Prämissen stützt, hat unter der Hand eine grössere Bedeutung angenommen, als man im Publicum ahnt. Ich habe Grund zu glauben, dass man sich im Schoosse des Cabinets allen Ernstes mit der Frage beschäftigt, ob es nicht an der Zeit sei, sich offen von der Pariser Declaration loszusagen? Die Popularität des Ministeriums würde durch einen solchen Entschluss nur gewinnen können. Jedenfalls wäre die Lossagung eine That von weltgeschichtlicher Bedeutung, das Signal zu einer Politik, die den Tory-Traditionen besser entsprechen würde als die jetzige.

Wenn es wahr ist, dass England nicht mehr beissen kann, so darf man es Lord Derby allerdings nicht verdenken, wenn er es verschmäht, zu bellen wie Lord Russell.

Noch immer ohne alle directe Nachricht von meiner Regierung, hatte ich inzwischen aus anderen Quellen die in Nikolsburg am 26. Juli unterzeichneten Präliminarien[1]) erhalten und daraus ersehen, dass Sachsens Integrität gewahrt und dessen Eintritt in den Norddeutschen Bund stipulirt worden war. Es war mir ebenfalls nicht unbekannt geblieben, dass Beust diese letztere Bedingung bekämpft hatte. Ich hatte weder seine Vorliebe für Bayern, noch seine Illusionen getheilt über den realen Werth der vollen Souveränität der Mittelstaaten. Mir war, namentlich seit 1850, der deutsche Bund wie ein Hühnerhof erschienen, in welchem eine Anzahl gut genährter Hennen und Küchlein dem Schutze zweier Kampfhähne anvertraut waren. So lange die letzteren sich vertrugen, konnten die friedliebenden Hühner die Phäaken-Existenz führen, über welche Graf Bismarck gespottet hatte. Von dem Augenblick

---

[1]) Siehe Anhang Nr. XVI.

an aber, als der kleine streitlustige Bantam dem grossen Calcutta-Hahn den deutschen Hühnerhof streitig machte, war es mit der Phäaken-Existenz der übrigen Insassen vorüber. Schutz- und machtlos flatterten sie umher, und die ihnen garantirte volle Souveränität wurde zu einer Chimäre, wenn nicht gar zu einer Bürde. Die Schlacht von Sadowa hatte mit einem Schlage langjährigen Eifersüchteleien ein Ziel gesetzt. Es galt jetzt, sich in die vollendeten Thatsachen und in die daraus entspringenden neuen Verhältnisse bestthunlich zu schicken. Illusionen wie Recriminationen hatten jeden praktischen Werth verloren. Es lag mir vor Allem am Herzen, unserem edlen hochverehrten König den Uebergang möglichst zu erleichtern. Aus der Ferne konnte ich dies nur mit meiner Feder thun. Ich entwarf daher eine Denkschrift, um die Frage zu beleuchten, ob es für den König von Sachsen vortheilhafter sei, dem norddeutschen oder dem süddeutschen Bunde anzugehören? Ich sprach mich sehr entschieden für die erstere Alternative aus, und suchte meine Ansicht zu begründen, indem ich ein Bild der damaligen Weltlage entwarf und eine Wahrscheinlichkeitsrechnung über die Eventualitäten der Zukunft hinzufügte. Da diese Wahrscheinlichkeitsrechnung im Ganzen und Grossen die Probe der Ereignisse bestanden hat, so nehme ich keinen Anstand, die obgedachte Denkschrift hier aufzunehmen. Der Leser wird sich bald davon überzeugen, dass es sich nicht um eine specifisch sächsische Arbeit handelt, welche heute von keinem Interesse sein würde. In Wien, mitten in der Verwirrung einer vor kurzem erst geschlagenen Armee und den widersprechenden Gerüchten über eine noch schwebende Verhandlung, war es rein unmöglich, Gegenwart und Zukunft so klar zu überblicken als in London, wo man das Gesammtbild der europäischen Halbinsel immer vor Augen hat. Ich hatte daher nicht zu fürchten, Eulen nach Athen zu tragen, wenn ich am 7. August 1866 meinem Könige die nachstehende Denkschrift übersandte.

Memorandum.

Ist es für den König von Sachsen vortheilhafter, dem norddeutschen oder dem süddeutschen Bunde anzugehören? Diese Frage könnte heute als eine müssige erscheinen. Der V. Artikel der Nikolsburger Präliminarien lässt dem Könige von Sachsen keine Wahl. Seine Majestät kann hiernach die Integrität seines von Preussen militärisch besetzten Landes nur wahren durch den Beitritt zu dem norddeutschen Bunde unter den mit dem Sieger zu verabredenden Bedingungen. Gerade der Umstand jedoch, dass dieser Beitritt nicht freiwillig, sondern auf Grund eines zwischen Preussen und Oesterreich abzuschliessenden Friedenstractates zu erfolgen haben wird, bietet unleugbare Vortheile. Die Erkenntniss derselben wird das Opfer militärischer Abhängigkeit erleichtern und den Eintritt in den norddeutschen Bund als ein geringeres Uebel erscheinen lassen im Vergleiche mit dem, welches der Beitritt zu dem nur in unsicheren Umrissen skizzirten Südbunde bieten würde.

Vielleicht liegt ein gewisser Trost darin, sich der Gründe bewusst zu werden, welche sich für diese Behauptung anführen lassen, wenn man die Interessen des Königshauses und des Landes leidenschaftslos und objectiv in das Auge fasst.

Alle denkenden Politiker, in Wien wie in Berlin, in Petersburg wie in London und Paris, sind darüber einig, dass, wenn in Prag auf der Nikolsburger Grundlage ein Friedenstractat zu Stande kommt, die daraus hervorgehenden staatlichen Einrichtungen den Stempel des Provisoriums tragen werden. „*On ne fera que du provisoire*," damit tröstet sich Kaiser Napoleon in Vichy über seine diplomatische Niederlage. Graf Bismarck selbst, wenn die officiösen preussischen Blätter seine Gedanken richtig wiedergeben, betrachtet die Mainlinie nur als eine Gefechtsstellung, hinter welcher Preussen Zeit finden soll, das im Fluge Errungene

einigermassen zu verdauen und zu befestigen. Dieser Realpolitiker macht sich keine Illusionen. Er weiss, dass Preussen die über die österreichische Sorglosigkeit und mattherzige bayerische Achselträgerei errungenen Erfolge gegen innere wie äussere Feinde siegreich zu vertheidigen haben wird, bevor von einem Definitivum, von einem dauernden Frieden die Rede sein kann.

Oesterreich, falls es sich jetzt zum Frieden entschliesst, wird nicht so bald in der Lage sein, den Kampf wieder aufzunehmen. Die Heilung der durch den jetzigen Krieg geschlagenen Wunden; die Reorganisation des Staates auf ganz neuen Grundlagen; der Ausgleich mit Ungarn; die Herstellung des Staatscredits; die Reform der Armee und des Beamtenstandes — Alles dies sind Riesenaufgaben, welche vor allen Dingen Zeit erfordern. Die Resignation auf dem Felde der grossen Politik ergiebt sich daher von selbst, wie die Verzichtleistung auf jede politische und militärische Offensive.

Auch von Russland und England hat das siegreiche Preussen vorläufig nichts zu fürchten; dort paralysirt die Furcht vor einer Wiederherstellung Polens jeden diplomatischen Widerstand, hier die Hoffnung, in dem erstarkten Preussen ein Gegengewicht gegen Frankreich zu finden.

Weit verbreitet dagegen ist die Ansicht, dass ein Zusammenstoss mit Frankreich, vielleicht schon binnen Jahresfrist, die unvermeidliche Folge des jetzigen Krieges sein müsse.

Der Schleier, welcher die preussisch-französischen Verabredungen von 1865 verhüllte, ist bekanntlich gelüftet worden. Wie in Plombières, hat sich der ränkesüchtige Kaiser der Franzosen auch in Biarritz in seinen eigenen Netzen gefangen. Die Erfolge des Zündnadelgewehres waren wider die Abrede. In Paris hatte man auf den Sieg Italiens und nach einem langen erschöpfenden Kriege

auf die Niederlage Preussens gerechnet. Zur Rettung des letzteren sollte dann der *médiateur* erscheinen. In Gemässheit der *convention secrète,* mit welcher Oesterreich düpirt worden war, hätte Preussen vielleicht Schlesien verloren, Hannover und Hessen aber jedenfalls erhalten. Als *courtage* hätte sich der Makler nach Einigen Luxemburg, nach Anderen das linke Rheinufer und Belgien ausbedungen. Alles dies ist in den Brunnen von Sadowa gefallen, Frankreich leer ausgegangen, die Armee von Neid und Eifersucht erfüllt und die Nation über die unvorhergesehene Wendung erbittert. Die rhetorischen Erfolge, welche Thiers dem von Freund und Feind verspotteten Rouher abringen wird, würden den Kaiser Napoleon kaum bewegen, seine Krone ein drittes Mal auf das Spiel zu setzen. Die Unzufriedenheit des Landes jedoch und die gereizte Stimmung der Truppen im Lager von Châlons werden zum Nachdenken anregen.

Für den kaiserlichen Hazardspieler wird der psychologische Augenblick erst dann eintreten, wenn er sich nach genauer Abwägung des Für und Wider wird sagen müssen, dass der Friede seinem Throne gefährlicher ist als der Krieg. Letzterer könnte in diesem Falle einmal über Nacht ausbrechen. Um seine Existenz zu retten, hätte ein geschlagenes Preussen sich vielleicht zu Gebietsabtretungen oder zu Grenzregulirungen herbeilassen können. Die siegreiche norddeutsche Grossmacht würde ihren Nimbus verlieren, wollte sie dergleichen Insinuationen auch nur anhören. Sachverständige vermuthen, eine grosse Entscheidungsschlacht werde, wie im jetzigen Kriege, den Feldzug beendigen. Mag nun Preussen diese Schlacht gewinnen oder verlieren, in beiden Fällen wird es für Sachsen vortheilhafter sein, dem norddeutschen Bunde angehört zu haben.

Vor allen Dingen kommen wir über die Verlegenheiten hinweg, welche die süddeutschen Staaten vor Ausbruch

eines solchen Krieges erwarten. Preussen würde dieselben im Namen Deutschlands, Frankreich zur Rettung ihrer eigenen Existenz und Selbständigkeit zum Eintritt in einen solchen Krieg drängen. Es ist wohl nicht gewagt vorauszusehen, dass der Druck der öffentlichen Meinung und das Nationalgefühl ihrer eigenen Kammern den Souveränen von Bayern, Württemberg und Baden keine Wahl lassen werden. Dieselben werden gezwungen sein, zu Preussen in ein ähnliches Verhältniss zu treten wie Sachsen. Immerhin würden jene freiwillig, scheinbar wenigstens, Heeresfolge leisten, während Frankreich wissen würde, dass Sachsen dazu genöthigt gewesen.

In einem preussisch-französischen Kriege ergeben sich für die Südstaaten überhaupt nur drei Möglichkeiten. Sie können sich Preussen anschliessen, sie können sich mit Frankreich verbünden, oder sie können neutral bleiben. In jedem der drei Fälle lässt sich ihre Stellung zum Sieger eventuell wie nachstehend charakterisiren:

Erste Eventualität: Preussen siegt.

Dann ist der Bonapartismus vernichtet, Frankreich unabsehbaren inneren Krisen preisgegeben, Preussen die leitende Grossmacht nicht nur in Deutschland, sondern in Europa, der König von Preussen, wenn er sonst will, Kaiser von Deutschland.

In welcher Stellung befinden sich die Südstaaten dem Sieger gegenüber *le lendemain de la victoire?*

1. Falls der Sieg mit Hülfe der Südstaaten im Namen der deutschen Einheit erfochten ist?

Dann wird Preussen voraussichtlich durch den eigenen Ehrgeiz, wie durch das deutsche Nationalgefühl moralisch gezwungen werden, der Zwitterstellung des Südwestens ein Ende zu machen; und Bayern, Württemberg und Baden treten nach dem Kriege ganz in dasselbe Verhältniss zur

Vormacht, in welchem Sachsen vor dem Kriege gestanden. Die wirkliche oder verschleierte Mediatisirung vollzieht sich unter ähnlichen Bedingungen. In diesem Falle ist es sonach für das Definitivum gleichgültig, zu welcher Staatengruppe Sachsen während des Provisoriums gehört hat.

2. Wie stellt sich das Verhältniss, falls der Sieg gleichzeitig über die mit Frankreich verbündeten Südstaaten erfochten werden muss?

Dann haben diese jedenfalls weniger Schonung zu gewärtigen als Sachsen, welches auf der Seite des Siegers gestanden. Sollte sich in diesem Falle eine Mediatisirung nicht vermeiden lassen, so würde sich dieselbe für die Privatvermögensverhältnisse des königlichen Hauses in der denkbar günstigsten Weise vollziehen und dem Lande jedenfalls die Kriegskosten erspart bleiben.

3. Falls Preussen über Frankreich siegt und die Südstaaten während des Krieges neutral geblieben?

Dann würde sich das Definitivum unter dem Drange des Nationalgefühles wahrscheinlich wie im ersten Falle gestalten. Und sollten sich Bayern, Württemberg und Baden nicht freiwillig unterwerfen, so würde das Endresultat dasselbe sein, nur dass sie die Verantwortlichkeit für einen neuen Bürgerkrieg und die Kriegskosten zu tragen haben würden.

Zweite Eventualität: Frankreich siegt.

Der Norddeutsche Bund zerstiebt, die Grossmacht Preussen erlebt ein zweites Jena, Deutschland tritt aus der Phase der preussischen Vergewaltigung in die der französischen Bevormundung.

In welcher Stellung befinden sich die Südstaaten zum Sieger?

1. Falls der Sieg mit Hülfe der Südstaaten erfochten ist?

Dann siegt der Particularismus über die Einheitsbestrebungen, und Sachsen befindet sich in derselben Lage wie Bayern und Württemberg. Frankreich kann Deutschland nicht annectiren und würde es in seinem Interesse finden, lebensfähige Mittelstaaten, nach Befinden unter Mediatisirung der kleineren, auf föderativen Grundlagen zu einem neuen Rheinbunde zu constituiren.

2. Falls der französische Sieg über die mit Preussen verbündeten Südstaaten gleichzeitig erfochten worden?

Dann haben diese von Seiten des Siegers weniger Schonung zu erwarten als Sachsen, weil deren Bündniss mit dem Besiegten ein freiwilliges gewesen.

3. Falls die Südstaaten ihre Neutralität bewahrt haben?

Dann werden letztere ebenso wenig wie Sachsen der zeitweiligen Bevormundung des Siegers entgehen.

Es ergiebt sich aus dieser Wahrscheinlichkeitsrechnung, dass die mehr oder weniger imaginäre Selbständigkeit den Mitgliedern des machtlosen Südstaaten-Bundes im Falle eines preussisch-französischen Krieges keine Vortheile gewähren würde, welche das ungefragt mit dem Norden vereinigte Sachsen nicht theilte.

Wie aber gestaltet sich das Verhältniss, falls der Friede gewahrt bleibt, falls Europa dem siegreichen Preussen die nöthige Zeit gönnt, um seine Eroberungen zu verdauen und praktisch zu consolidiren? Eine europäische Sanction wird freilich nicht zu erlangen sein, da die russische Congress-Idee bereits als gescheitert zu betrachten ist.

Dem Grafen Bismarck wird das wenig verschlagen. Politiker, welche die Tuilerien-Stimmungen vor und während des letzten Krieges richtiger beurtheilt haben, als die officielle österreichische Diplomatie, wollen an die Wahrschein-

lichkeit einer nahe bevorstehenden französischen Schilderhebung gegen Preussen nicht glauben Sie sagen:

„Alles Kokettiren des k. k. Cabinets mit Paris wird zu nichts führen, als zu neuen Luftschlössern der Fata Morgana. Napoleon würde sich nur dann zu einem Feldzuge gegen Preussen entschliessen,

1. wenn er auf die moralische Unterstützung Englands rechnen könnte, wie sie ihm Palmerston während des italienischen Krieges von 1859 gewährte;
2. wenn der ihm jetzt feindselige, und gegen Oesterreich nach wie vor laue, russische Hof ein Offensiv-Bündniss mit Frankreich abschlösse; und
3. wenn Italien, völlig befriedigt, seine Verbindung mit Preussen gänzlich aufgäbe. Man möge nicht vergessen, dass der Kaiser der Franzosen sein verzogenes Kind, Italien, politisch und persönlich fürchtet und wegen Roms noch immer berücken zu können glaubt.“

„Aber wie wäre an die Vollbringung so herkulischer Arbeiten zu denken? England ist preussisch. In Petersburg ist man vor Allem antibonapartistisch. Man fürchtet dort, Polens wegen, Preussen wie Frankreich, und wird desshalb aus der jetzigen Amphibien-Stellung kaum heraustreten. Nein! Grundsätze gelten nichts mehr, die Interessen Alles! Daran ist Louis Napoleon Schuld. Ihm zutrauen, dass er sich auf eigene Faust — von England und Russland isolirt, unaufhörlich beargwohnt und im Stillen gehasst — in die Gefahr eines deutschen Nationalkrieges stürzen werde, heisst ihn nicht kennen. Dazu fehlt es ihm an politischem Muth. Auf die Länge wird sich freilich den Ereignissen in Deutschland gegenüber seine persönliche Willkürherrschaft nicht erhalten lassen. Aber das sagt er sich noch nicht. Noch zittern die Mittelklassen vor dem

Socialismus und der rothen Republik. Diese Angst fristet dem zweiten Kaiserreich das Leben."

Ist diese Auffassung begründet, so würde der Factor eines auswärtigen Krieges von der Berechnung vorläufig ausgeschlossen sein. Es hiesse sich Selbsttäuschungen hingeben, wollte man dem süddeutschen Bunde, selbst wenn er durch Sachsen verstärkt worden wäre, die geringste Lebensfähigkeit zutrauen. Ja, es könnte für Bayern und Württemberg eine Periode innerer Drangsale eintreten, welche deren Schicksal nicht eben beneidenswerth erscheinen lassen würde. Die Autonomie Bayerns und Württembergs bleibt, wie die Dinge liegen, eine kostspielige Illusion. Innerhalb des norddeutschen Bundes wird Preussen im eigenen Interesse revolutionären Bestrebungen zu begegnen wissen. Die Südstaaten werden jedoch auch ohne Graf Bismarck's Zuthun immer Agitationen ausgesetzt bleiben, solange sie nicht weise genug sind, dem Instinkte des Volkes folgend, ihren Eintritt in den Nordbund zu erwirken.

Abgesehen davon würden die materiellen Interessen, die Rücksicht auf unseren Handel und unsere Industrie unseren Anschluss an den todtgeborenen Südbund nahezu unmöglich gemacht haben. Eine Kündigung des Zollvereins, mit welcher Preussen droht, würde Sachsen kaum ertragen. Es ist abzuwarten, ob dieses *compelle* nicht schon ausreichen wird, um den Widerstand zu brechen, welchen Herr von der Pfordten der südwestlichen Agitation entgegenzustellen gedenkt, die auf Beseitigung der Mainlinie gerichtet ist. Soviel scheint gewiss, die Erfahrungen des letzten Krieges berechtigen nicht zu der Hoffnung, dass es Bayern und Württemberg gelingen werde, ihre Selbständigkeit zu vertheidigen, nachdem sie dies trotz des Schutzes, welchen ihnen der Bund und Oesterreich gewährten, nicht vermocht haben. Die Rolle, welche sie gespielt, dürfte die kühnsten Erwartungen des Grafen Bismarck noch übertroffen haben.

So kann denn der sächsische Patriot immerhin einen Trost darin finden, dass Sachsen die Wahl, sowie eine unerquickliche Uebergangsphase erspart werden soll.

London, den 7. August 1866.

Am Tage, nachdem die Denkschrift vom 7. August abgegangen war, erhielt ich endlich die ersten directen Nachrichten von meinem Chef. Sein eigenhändiger Brief vom 4. August bildete den Einschluss des nachstehenden Privatschreibens:

R. von Könneritz, k. sächsischer Gesandter in Wien, an den Verfasser

Wien, den 5. August 1866.

Der Minister ist gestern auf zwei Tage zu seiner Familie nach Gmunden gereist und hat mir die Beilage zur Weiterbeförderung hinterlassen. Nehmen Sie mit dieser Zusendung einige Zeilen von mir in den Kauf.

Zunächst meinen schönsten Dank für Ihre Briefe, wovon der letzte [1]) Ihrer reichhaltigen Expedition vom 31. v. Mts. beigeschlossen war. Sämmtliche Berichte sind sofort in Schönbrunn vorgelegt worden. Ich habe sie selbst dahin überbracht, und die Allerhöchste Aufmerksamkeit besonders auf jenen geleitet, welcher die Unterredung mit dem H. v. C[ambridge] betrifft. Was darauf geschehen, ist mir unbekannt, wahrscheinlich wird Sie der Anschluss darüber belehren. Den Verkehr mit dem Geheimnissvollen scheint der Chef vorerst sistiren zu wollen, so wenigstens äusserte er sich, als ich ihm die betreffende Stelle Ihres Briefes vorlas.

Dass Graf Hohenthal hier war, werden Sie erfahren haben. Seine Sendung nach Berlin besteht zunächst darin, in Erfahrung zu bringen, wie man sich dort die Union mit

---

[1]) Siehe Seite 267.

Sachsen denkt, und unter welchen Modalitäten das freundschaftliche Verhältniss beliebt werden möchte. Da werden die Schwierigkeiten für uns erst beginnen. Ich brauche sie Ihnen nicht aufzuzählen. Wir werden die gerettete Territorial-Integrität mit anderen Opfern zu bezahlen haben, deren Tragweite sich noch nicht übersehen lässt. Die Occupation des Landes ist in den Händen des Feindes ein *compelle*, welches er bei den Verhandlungen ausgiebig zu benutzen gedenkt.

Der nächste englische Courier überbringt Ihnen ausführliche Mittheilungen. Es liegt schon Alles bereit dazu.

Die Königin und die Prinzessinnen sind gestern in Schönbrunn angekommen und ich verlasse Sie, um dahin zu eilen.

Das diesem Briefe beigeschlossene Billet Beust's ist, wie die meisten seiner Autographen, unleserlich. Er selbst vermochte nach einiger Zeit häufig seine Handschrift nicht mehr zu entziffern.



Die ersten Zeilen des Billets vom 4. August sind deutlich und lauten:

„In Erwiederung Ihres Briefes die vorläufige Mittheilung, dass Sie mit dem nächsten englischen Courier Abschrift verschiedener Schriftstücke erhalten. Absichtlich unterliess ich bisher jede Instruction, da auf Ihrem Platze doch nichts zu machen ist als Beobachtung, die Sie vortrefflich leisten, und man unseren sogenannten Intriguen auf Schritt und Tritt nachgeht."

Es folgt dann eine unleserliche Stelle, aus welcher nur soviel zu ersehen, dass der Minister den Rath des französischen Botschafters in London [1]) insofern bereits befolgt habe, als er den Grafen Hohenthal nach Berlin gesandt, um das dortige

[1]) Siehe Seite 261.

Terrain zu sondiren. Es sei dies geschehen, da in Nikolsburg nur Demüthigungen zu holen gewesen sein würden, der Adjutant des Königs von Hannover nicht angenommen und Pfordten anfangs auch nicht vorgelassen worden. Da aber Graf Bismarck einen der österreichischen Bevollmächtigten gefragt, ob Sachsen nichts von sich verlauten lasse, so habe man den Zeitpunkt für Hohenthal's Sendung für gekommen erachtet. Derselbe sei Ueberbringer eines königlichen Handschreibens. Am Schlusse folgt noch ein Citat aus Schiller's Fiesco: „Weisst Du nicht, dass Andreas weisse Haare hat und Genua glücklich ist?" ein Citat, welches der letzten Zeile als Motto dient: „Das ganze Land verlangt laut nach seinem König Johann."

Die angekündigten Schriftstücke trafen erst einige Tage später, am 10. August, ein. Das einzige, welches geschichtlichen Werth hat und desshalb hier folgen mag, ist eine Aufzeichnung ohne Ueberschrift und Unterschrift, welche wahrscheinlich dazu bestimmt war, die in Dresden zurückgebliebenen Minister über die Nikolsburger Verhandlungen zu unterrichten. Selbstverständlich konnte darin von den Hauptschwierigkeiten nicht die Rede sein, welche Graf Bismarck vorerst zu überwinden gehabt hatte. Dieselben waren erwachsen aus den Ansprüchen der preussischen Militärpartei, welche die österreichische Monarchie zerstückeln und u. A. Böhmen annectiren wollte. Eingedenk des französischen Sprichwortes: *qui trop embrasse, mal étreint*, widerstand der preussische Staatsmann diesen unpolitischen Prätensionen. Man erzählt sogar, er habe damals allen Ernstes seine Entlassung angeboten, falls man der Stimme weiser Mässigung kein Gehör schenken wolle. Wie dem auch sei, Gebietsabtretungen würden von Oesterreich nicht zugestanden worden sein. War doch der Kaiser Franz Joseph schon bereit, die Verhandlungen abzubrechen und den Kampf fortzusetzen, wenn der König von Sachsen durchaus darauf bestände, in den süddeutschen anstatt in den norddeutschen Bund zu treten. Diese

Thatsache ergiebt sich aus dem eben erwähnten Schriftstück vom 27. Juli, welches lautet:

„Nachdem in Folge der verabredeten fünftägigen Waffenruhe die österreichischen Bevollmächtigten sich am 22. Juli nach Nikolsburg begeben hatten, traf Minister von der Pfordten am selbigen Tage hier ein. Obschon auf Grund einer von Prag aus mit hier gepflogenen Correspondenz man sächsischer Seits Oesterreich gegenüber die Betheiligung an den bevorstehenden Verhandlungen beanspruchen durfte, so schien es doch nicht zweckmässig einen Anspruch geltend zu machen, den Preussen jedenfalls verweigert haben und Oesterreich zu schwach gewesen sein würde, zu unterstützen. Auch Herr von der Pfordten begab sich ohne Einladung, ja ohne Gewissheit der Zulassung dahin; sein Erscheinen war jedoch Preussen gegenüber dadurch motivirt, dass er die Frage des gleichzeitigen Waffenstillstandes für das VII. und VIII. Bundes-Armeecorps zu verhandeln beauftragt war.

Unter diesen Umständen kam es nur darauf an, vorbehältlich der eigenen Freiheit für spätere Verhandlungen, zwei wesentliche Punkte durch Oesterreich, Frankreich und Bayern zu erhalten, einmal die Integrität des Territoriums und dann die Zutheilung Sachsens zum süddeutschen Bunde. In letzterer Beziehung ist von den genannten drei Seiten in der That viel Eifer aufgewendet worden, namentlich wohl desshalb, weil man sich allseits davon überzeugt zu haben schien, dass man selbst dabei das grösste Interesse habe. Allein hier trat preussischer Seits ein ganz entschiedener Widerspruch entgegen und nachdem Oesterreich seinerseits alle an ihn gestellten Forderungen zugestanden, stand die Sache auf dem Abbruch wegen dieses Punktes.

Am Morgen des 26. Juli, also am Tage vor dem Ablauf der Waffenruhe, erbat sich der Kaiser vom König eine

Erklärung, wobei der Kaiser sich folgendermassen aussprach: Er werde, wenn der König es verlange, die Verhandlungen abbrechen und den Krieg fortsetzen, die Aussichten für einen nachhaltigen Widerstand seien jedoch keine günstigen.

Wäre die Frage umgekehrt gestellt worden in der Weise, dass der Kaiser erklärt hätte, Er sei entschlossen die Verhandlungen abzubrechen und den Krieg fortzusetzen, sofern der König nicht das Gegentheil vorziehe, so würde der König nicht gezögert haben, sich dem muthigen Entschlusse des Kaisers anzuschliessen. Wie aber die Frage gestellt war, konnte der König unmöglich die unberechenbare Verantwortung allein auf sich nehmen und hatte dabei noch überdies in Betracht zu ziehen, dass ein Widerstand, der nicht aus eigener Ueberzeugung und eigenem Willen hervorgeht, wenig hoffen lässt.

Dem entsprechend wurde denn auch die Erklärung abgegeben, jedoch auf alle Weise versucht, die Frage wegen des nord- und süddeutschen Bundes für Sachsen offen zu halten. Der französische Botschafter legte nochmals telegraphisch seiner Regierung die Nothwendigkeit dieser Offenhaltung vor, indem Sachsen dem süddeutschen Bund allein einen Halt geben könne und im Falle es nicht dazu gehöre, darauf angewiesen sei, denselben zur Auflösung zu bringen. Auch aus der Staatskanzlei ergingen Telegramme nach Nikolsburg, damit die Frage offen gehalten werde, sie kamen aber zu spät und waren höchst wahrscheinlicher Weise von dem preussischen Feldtelegraphen — einen anderen gab es nicht — zurückgehalten worden.

So traurig nun der ganze Verlauf und Ausgang ist, so darf man sich immer noch Glück wünschen. Die Garantie der Integrität ist viel werth gegenüber den Ansprüchen auf Gebietsabtretung, die Preussen in Hannover, den beiden

Hessen, ja selbst in Bayern erhebt und welche weder durch Oesterreich noch durch Frankreich ernstlich beanstandet worden. Wir haben dieses Zugeständniss auch nicht der preussischen Generosität — denn es waren sehr erhebliche Gebietsabtretungen von Sachsen in Frage —, sondern allein Oesterreich und Frankreich zu danken, welche in diesem Punkte sehr fest blieben.

Was die Zutheilung zum süddeutschen Bunde betrifft, so wäre es, wie wir uns nicht verhehlen konnten, schon keine leichte Aufgabe gewesen, diese Combination im eigenen Lande durchzuführen, doch wäre dies bei richtiger Benutzung der Sachlage wohl erreicht worden; allein was wir nach der Kenntniss der Tendenzen des Landes für unmöglich erklären mussten, war das Unternehmen, den vom Lande ersehnten Frieden für diese Combination auf's Spiel zu setzen, sobald dies — wie geschehen — in unsere Hand gelegt war. Uebrigens ist es wohl mehr als zweifelhaft, ob der süddeutsche Bund zu einem dauernden Leben gelangt.

Freilich sind wir nun im Ungewissen über die Gestaltung des norddeutschen Bundes. Bleibt es bei dem von Preussen in Frankfurt vorgelegten Reformproject, so wäre das Mögliche geleistet, da wir nach der Niederlage das erhalten, was uns vor dem Kriege angeboten wurde. Es wird dies bei den weiteren Verhandlungen sich zeigen, die leider noch die Anforderung grosser finanzieller Opfer in Aussicht stellen. Ob diese Verhandlungen am Besten direct oder in Gemeinschaft mit anderen Regierungen zu führen sein werden, wird sich erst in den nächsten Tagen übersehen lassen.

Wien, den 27. Juli 1866.

Das Studium dieses Actenstückes konnte mich nur in der Ueberzeugung bestärken, welche ich in meinem Memorandum

vom 7. August freimüthig dargelegt hatte. In der That bot die preussische Hegemonie Schutz gegen äussere und innere Feinde, während die bayerische, von welcher Niemand etwas wissen wollte, nicht den geringsten Rückhalt gewährt haben würde. Ich hatte die süddeutschen Trauben, nicht weil sie unerreichbar, für sauer erklärt, sondern weil sie in Wahrheit ungeniessbar waren.

Wenn der König von Sachsen seine Krone und den Territorialbestand seines Landes aus der Katastrophe von Sadowa gerettet hat, so hat er dies zunächst sich selbst und in zweiter Linie dem Kaiser von Oesterreich zu danken. Denn hätte die sächsische Armee am Tage, wo es galt, nicht mit der österreichischen gefochten, so würde Sachsen dem Schicksale Hannovers, Kurhessens und Nassaus kaum entgangen sein. Der ritterliche Kaiser Franz Joseph musste es jedoch für eine Ehrensache betrachten, den einzigen deutschen Bundesgenossen, welcher ihm in der Stunde der Gefahr zur Seite gestanden, nicht preiszugeben. Desshalb, und nur desshalb, bezeichneten die österreichischen Bevollmächtigten in Nikolsburg die Erhaltung der Integrität Sachsens als eine *conditio sine qua non* und erlangten dieses Zugeständniss. Benedetti, als er den Ernst dieser österreichischen Forderung erkannte, mag in demselben Sinne gewirkt haben. Seine Instructionen jedoch, die Präliminarien, welche Drouyn de Lhuys am 14. Juli nach Wien telegraphirte, enthalten kein Wort über die Integrität Sachsens. Nur von der Integrität Oesterreichs, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches, ist in diesen Präliminarien die Rede. Indirect entschieden dieselben jedoch im vornhinein den Eintritt Sachsens in den Norddeutschen Bund. Nachdem Preussen dieses Zugeständniss seitens der vermittelnden Macht erlangt hatte, mussten selbstverständlich die Bemühungen Oesterreichs, Sachsen dem süddeutschen Bunde zuzuweisen, scheitern. Wir bemerken dies ausdrücklich, da Beust unter dem Eindrucke, Sachsen gerettet

zu haben, Paris verliess, nachdem er am Tage seiner Abreise, am 14., noch eine längere Besprechung mit Drouyn de Lhuys gehabt hatte. Mit welchem Erfolge, ergiebt der Text der Präliminarien [1]), welche der französische Minister an demselben 14. Juli zur Mittheilung an beide kriegführende Mächte festgestellt hatte.

Wie leichtfertig Kaiser Napoleon persönlich die sächsische Frage behandelte, ist, ganz abgesehen von anderen Nachrichten, aus seinem in den Tuilerien aufgefundenen Briefe an Rouher vom 26. August 1866 sattsam bekannt. Die *ipsissima verba* dieses kaiserlichen Handschreibens lauten:

„*D'un autre côté, je crois que la Prusse soulève bien des chicanes à la Saxe. Ne vaudrait-il pas mieux, que la Prusse s'annexât la Saxe, pays protestant, et placer le roi de Saxe sur la rive gauche du Rhin, pays catholique?*“ [2])

Diese echt napoleonische Idee, welche sich der Kaiser der Franzosen von der Integrität Sachsens machte, war nichts als eine Reminiscenz aus dem Jahre 1814, deren Ausführung weder den Interessen der Dynastie, noch den Wünschen des sächsischen Volkes entsprochen haben würde.

Charakteristisch ist auch die Art und Weise, wie das Zugeständniss des kaiserlichen Vermittlers für die Einverleibung Hannovers, Hessens, Nassaus und Frankfurts erlangt wurde. Graf Goltz hatte am 19. Juli in einer Unterredung mit Drouyn de Lhuys einige Gebietsabtretungen verlangt, welche die Continuität zwischen den östlichen und westlichen Provinzen Preussens herstellen sollten. Es handelte sich um beiläufig 300,000 Seelen, um das Minimum der preussischen Forderung. Der französische Minister zeigte sich schwierig, sprach von der Nothwendigkeit

---

[1]) Siehe Anhang Nr. XIV.

[2]) Benedetti, Ma Mission en Prusse. Paris 1871. p. 196—197 giebt den kaiserlichen Brief *in extenso*.

einer europäischen Sanction und betonte, wie jede preussische Erwerbung auf dem rechten Rheinufer Frankreich nöthigen werde, eine entsprechende Compensation auf dem linken zu fordern. Graf Goltz erklärte, sein König werde in keine Gebietsabtretung willigen, liess jedoch Drouyn de Lhuys keine Zeit, die Befehle seines Kaisers einzuholen, sondern fuhr sofort nach St. Cloud und bewog Napoleon III., in das Maximum der preussischen Forderungen: Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt, ohne Weiteres zu willigen. So erlangte der preussische Botschafter die Annexion eines Ländergebietes von 4 500 000 Einwohnern, während ihm die officielle französische Diplomatie das Zugeständniss von nur 300 000 Seelen verweigert hatte. Am 22. Juli, also kurz vor der Eröffnung der Nikolsburger Verhandlungen, hatte Graf Bismarck dieses Zugeständniss Napoleon's in der Tasche, und die österreichischen Bevollmächtigten, von Benedetti ganz zu schweigen, sahen sich bei Beginn der Verhandlungen einer abgemachten, von dem französischen Vermittler genehmigten Stipulation gegenüber. Da weder die hannoverschen, noch die kurhessischen und nassauischen Truppen bei Sadowa mitgefochten, lag kein Grund vor, den Krieg fortzusetzen, um die französische Concession rückgängig zu machen.

Rothan, der diese Goltz'sche Verhandlung ausführlich erzählt [1]), erinnert mit Recht daran, wie Kaiser Napoleon schon im Jahre 1862 in ähnlicher Weise den Piemontesen zu den Marken und Legationen verholfen hatte. Thouvenel protestirte mit tönenden Phrasen gegen diese Beraubungen des Papstes, Talleyrand drohte in Turin mit der Ungnade seines Kaisers, und Gramont gab Pius IX. und seinen Cardinälen die Zusicherung, Frankreich werde diese Annexionen nicht dulden. Victor Emanuel aber lachte die französischen Diplomaten aus, da Cialdini aus dem Munde Napoleon's die Genehmigung zu diesen Erwerbungen mit dem Zusatze: „*Fa presto*“ erlangt hatte.

---

[1]) Rothan, la Politique française en 1866. Paris 1879. p. 272.

Dieser Zwiespalt zwischen der geheimen persönlichen und der amtlichen Politik des zweiten Kaiserreiches musste nothwendig zu dem Schiffbruche führen, den wir im Jahre 1870 erlebt haben. Zu verwundern ist nur, dass diese Taschenspielerkünste die Welt so lange getäuscht haben.

Drittes Kapitel.

London.

August 1866.

Privatbrief vom 9. August 1866: Die französische Compensationsforderung; Die italienischen Prätensionen. — Vertraulicher Bericht vom 10. August 1866: Unterredungen mit Baron Brunnow, Lord Stanley, Baron Baude u. A. über die französische Forderung und die Sachlage; Pacification Italiens. — Privatbrief vom 11. August 1866: Ankündigung des vorstehenden Berichtes; Lord Stanley überzeugt, Preussen werde die französische Forderung ablehnen; Manteuffel's Sendung nach Petersburg; Luftveränderung empfohlen. — Genehmigung einer Vorbesprechung mit dem Grafen Bernstorff. — Zur Charakteristik desselben. — Vertraulicher Bericht vom 11. August 1866: Anregung der Frage, ob die direct in Berlin angeknüpften Verhandlungen zwischen Sachsen und Preussen nicht durch eine Vorbesprechung erleichtert werden könnten; Bernstorff betont die Schwierigkeit, ist jedoch dazu bereit; Rückblicke auf die Ereignisse; Anerkennung der Haltung Sachsens, seines Königs und seiner Armee; Beust's Bemühungen für Erhaltung des Friedens; Nachschrift: Napoleon's Boutade. — Gerüchte von der Entlassung Beust's und von der Bevollmächtigung Friesen's für die Friedensverhandlungen. — Privatbrief vom 14. August 1866: Vorbereitung einer Reform-Bill; Kriegsbefürchtungen; Feindliche Stimmung der englischen Minister gegen Frankreich; Nachrichten aus Osborne. — Privatschreiben an Graf Bernstorff vom 17. August 1866: Provisorium oder Definitivum?; Die Mainlinie eine französische Chimäre; Ein norddeutsches Oberhaus; Prinz Albert's Prophezeiungen. — Privatbrief vom 18. August 1866: Annäherung Preussens an Frankreich; Luxemburg; Belgien. — Graf Bernstorff an den Verfasser, Brighton 23. August 1866: Eingang des Schreibens vom 17.; Vertrauliche Mittheilung der darin hingeworfenen Ideen an den Grafen Bismarck.

Inzwischen war in Berlin ein Ereigniss eingetreten, welches die englische Regierung und die in London beglaubigten Diplomaten einige Tage lang in Spannung und Aufregung versetzte. Ich schrieb darüber privatim an Beust:

London, den 9. August 1866.

Ew. Excellenz sage ich meinen verbindlichsten Dank für die verehrten Zeilen vom 4. d. und das gestrige Telegramm. Ich werde die Ermächtigung mit Vorsicht benutzen, da ja gestern eine allem Anscheine nach entscheidende Wendung eingetreten ist.

„Frankreich hat in Berlin die Wiederherstellung der Grenzen von 1814 verlangt.“ So lautet das Telegramm, welches der Senator Merck aus Hamburg chiffrirt an den hiesigen hanseatischen Minister-Residenten Schleiden gerichtet hat.

Lord Stanley wollte zwar officiell von dieser wichtigen Nachricht nichts wissen, gab aber zu, Andeutungen erhalten zu haben, welche auf die Richtigkeit derselben schliessen lassen.

Manteuffel's Sendung nach Petersburg giebt auch zu denken. Der Congress ist bekanntlich ganz in den Brunnen gefallen. Graf Bismarck hatte denselben ganz abgelehnt. Hier hatte man drei Bedingungen gestellt, an welchen das Project sofort scheitern musste:

1. Betheiligung aller kriegführenden Mächte;
2. Herbeiziehung aller schwebenden Fragen;
3. Bindendes Engagement, kraft dessen sich jede Macht im Voraus verpflichten sollte, sich den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen.

Was nun geschieht? Hier — Nichts. Wird das siegreiche Preussen den Handschuh aufheben? oder wird es den Frieden durch Concessionen erkaufen, welche sein *prestige* bei der nationalen Partei in Deutschland ganz zerstören würden? Darüber werden die nächsten Tage entscheiden.

England wird vorläufig ruhig zusehen und neutral bleiben, falls es zum Kriege kommen sollte.

Bernstorff's kurze Villegiatur in Richmond ist vorüber. Sie wollten morgen nach Brighton, später vielleicht nach Karlsbad gehen. Ich werde nach Befinden in Brighton Seeluft schöpfen.

In Vichy sind so grosse Schwankungen, dass der französische Geschäftsträger nicht mehr weiss *à quel Saint se vouer*. Ueber die unerwartete Rückkehr des Kaisers Napoleon nach Paris ist der hiesigen französischen Botschaft nur ein nichtssagendes Telegramm zugegangen. Einige glauben, der *coup* sei abgekartet und erinnern an die Unterredung, welche Graf Bismarck vor dem Kriege mit dem Prinzen Friedrich von Hessen gehabt hat. Da dieser sich an Napoleon gewendet, so wird man in Paris wissen, welcher Werth der Boutade zuzuschreiben ist, die man damals dem preussischen Minister-Präsidenten in den Mund legte: „*Si l'Empereur Napoléon me fait des difficultés, je lui flanque quelque chose sur le Rhin, mais je garde Cassel et Hanovre*". Wird das siegreiche Preussen dem Folge geben können? *That is the question.*

Warum die preussische Thronrede in Paris so verletzt hat, werden Sie aus der beiliegenden „Times"-Correspondenz entnehmen.

Das k. k. Cabinet hat sich unbegreiflicherweise hier einen neuen *refus* geholt. In einem Telegramm vom 7. wurde Apponyi angewiesen, die englische Regierung zu ersuchen, im Interesse des Friedens dem Florentiner Cabinet zu empfehlen, seine Prätensionen auf Süd-Tyrol und Istrien aufzugeben, zugleich aber auch in Berlin die Auflösung des Bündnisses mit Italien zu befürworten. Die nur gedachten italienischen Prätensionen verhindern bekanntlich den Abschluss eines Waffenstillstandes. Der Antrag ist gestern gestellt und, wie vorauszusehen, ablehnend beantwortet worden. Wie ich im Foreign Office höre, will man sich damit begnügen zu schreiben, *que le cercle de Triest n'était*

pas d'un intérêt européen; telegraphiren wolle man nicht, und wird man so jedenfalls zu spät kommen. Was Preussen anlange, so bedürfe es keiner Einwirkung von hier, da man in Berlin ohnehin geneigt sei, sich von Italien loszusagen.

Lord Stanley ist über die Berliner Nachricht, wie gesagt, sehr betroffen und ängstlich. Er verhehlt jedoch nicht, dass England — komme, was da wolle, — seine Neutralität bewahren werde.

Am Tage darauf hatte ich Zeit gehabt, mich besser über den Eindruck der französischen Ueberraschung zu orientiren, und ich richtete daher den nachstehenden ausführlicheren, vertraulichen Bericht an meinen Chef. Dieser Bericht dürfte noch heute von einigem Interesse sein, da die Urtheile verschiedener Personen über den französischen Zwischenfall darin stenographisch wiedergegeben worden sind. Merkwürdig ist namentlich die grundverschiedene Auffassung, welche sich auf der russischen und auf der französischen Botschaft kund gab.

London, den 10. August 1866.

Wie bereits gemeldet, hat der französische Botschafter, Herr Benedetti[1]), in Berlin am 7. d. Mts. Namens seiner Regierung die Wiederherstellung der Grenzen von 1814 gefordert und ist kurz darauf nach Paris abgereist. Obgleich die Entscheidung über diesen unerwarteten Zwischenfall wahrscheinlich erfolgt sein wird, bevor dieser vertrauliche Bericht Ew. Excellenz zugeht, will ich doch nicht versäumen, die widersprechenden Urtheile zusammenzustellen, welche ich seit gestern über dieses Ereigniss vernommen.

---

[1]) Benedetti selbst giebt den 5. als den Tag an, an welchem er dem Grafen Bismarck den französischen Conventions-Entwurf übersandt haben will. Es ist bekannt, dass letzterer ausser Saarlouis und Landau auch die Festung Mainz für Frankreich forderte.

Der Erste, der mir die Nachricht brachte, war der in deutschen Angelegenheiten immer gut unterrichtete hanseatische Minister-Resident, Herr Schleiden. Er war sehr entschieden der Ansicht, Preussen, als siegreiche deutsche Vormacht, könne und werde sich diesem Ansinnen nun und nimmermehr fügen. Herr Schleiden hat sich auch Lord Stanley gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen.

Sir Anthony Rothschild, dem ich kurz darauf begegnete, versicherte im Gegentheil, die Pariser Börse, ein sehr sicherer Barometer, deute auf das schönste Wetter. Frankreich habe seine Forderungen so ermässigt, dass Preussen keine Schwierigkeiten machen und diese bescheidene Rechnung bezahlen werde.

Lord Stanley, den ich Abends sprach, schüttelte über den Rothschild'schen Optimismus den Kopf und meinte, die Woche werde nicht vergehen ohne sehr ernste Complicationen. „Noch weiss ich nichts Bestimmtes,“ bemerkte der edle Lord, „aber mein Eindruck ist, Preussen wird ablehnen.“

Heute Morgen kam zuerst der Geheimnissvolle. Er wollte die Nachricht nicht glauben; da ich sie ihm aber bestätigte, liess er sich also vernehmen:

„Graf Bismarck wird die Zumuthung ablehnen; er kann nicht anders, er muss. Er wird sich sofort an das deutsche Parlament wenden und einen Nationalkrieg entzünden, dem Frankreich — wenn es demselben nicht ausweicht, wie ich glaube — nicht gewachsen ist. Auf keinen Fall darf sich Oesterreich verleiten lassen, jetzt auf Frankreichs Seite zu treten. Hätte Napoleon am 5. Juli seine Mediation mit 100000 Bajonetten unterstützt, *à la bonne heure!* Jetzt ist es zu spät. Denn jetzt ergreift Napoleon die Waffen nicht für Oesterreich, nicht für das Recht, nicht für das europäische Gleichgewicht, sondern für kleine, durchaus selbstsüchtige Zwecke. Oesterreich würde sich moralisch ver-

nichten, wenn es sich mit dem Fremden gegen deutsche National-Interessen verbünden wollte, nachdem es im entscheidenden Augenblicke so schnöde im Stiche gelassen worden. Oesterreich muss neutral bleiben, *faire le mort,* falls sich die Gelegenheit nicht benutzen lassen sollte zur Wiederaufrichtung der alten Triple-Allianz mit Russland und Preussen. In einem deutschen Nationalkriege zieht Napoleon den Kürzeren. Schon bei Solferino wäre er geschlagen worden, hätte er es mit preussischen Generalen zu thun gehabt. Unterliegt er jetzt, so ist Oesterreich, wenn es mitgeschlagen wird, unwiederbringlich für immer verloren. Siegte er, so überlässt er, nachdem er Deutschland verkleinert, seinen Bundesgenossen dem *odium* der deutschen Nation. Vergesse man in Wien ja nicht, dass man nach den gemachten Erfahrungen weder hier in London, noch in Petersburg von einer Allianz mit Napoleon hören will. Kaiser Alexander hat es ihm nicht vergessen, dass Frankreich in Stuttgart den Thron der Bourbons in Neapel förmlich garantirt hatte. Oesterreich hat am 4. Juli eine noch peinlichere Erfahrung gemacht."

Baron Brunnow, den ich eine Stunde darauf aufsuchte, legte der französischen Forderung keine Bedeutung bei. Nur Eines hat den russischen Botschafter überrascht: die Mässigung des Kaisers der Franzosen. Eine so bescheidene *carte à payer* werde Graf Bismarck um so bereitwilliger saldiren, als dies grossentheils auf Kosten Bayerns geschehen würde. Saarlouis und Landau mit 150000 Einwohnern, *bagatelle!* Niemand habe geglaubt, dass Preussen so wohlfeilen Kaufes loskommen werde. Die Sache sei offenbar längst abgemacht.

Als ich einige bescheidene Zweifel darüber äusserte, ob die siegreiche preussische Armee — vom deutschen Volke ganz zu schweigen — die Abtretung deutschen Gebietes

und deutscher Festungen an Frankreich gleichgültig hinnehmen werde, erhielt ich die cynische Antwort:

„Bah! Revolution? Daran ist nicht zu denken. Ueberwundener Standpunkt! Verfallen Sie nur nicht in den Fehler der *hommes de la veille.* Dass Frankreich nicht leer ausgehen werde, wer hat daran gezweifelt? Heute gilt das Recht des Stärkeren. Wenn Preussen Kassel und Hannover behält, warum sollte Frankreich nicht Saarlouis und Landau verlangen? Abgemachte Sache, glauben Sie mir. Nur keine Illusionen! Um das *qu'en dira-t-on* kümmern sich Politiker wie Bismarck und Louis Napoleon lange nicht mehr."

Damit beschäftigt, diese Orakelsprüche der praktischen Staatsweisheit, für welche die „Times" die Formel: „Zündnadelgewehr ist König (*needle-gun is King*)" erfunden, mir einigermassen zurechtzulegen, begegnete ich Lord Stanley. Der edle Lord fühlt sich an Lord Clarendon's Schreibtische noch immer nicht recht heimisch und bemüht sich vergebens, sein verrostetes Französisch wieder blank zu putzen.

„Nun?" fragte ich den Staatssecretär des Auswärtigen, „Ihre gestrigen Ahnungen scheinen sich ja nicht zu bestätigen. Preussen gewährt, wie ich höre, die französischen Forderungen." . . . . .

— „Gewährt? Verwirft, wollen Sie sagen. Das wenigstens schreibt man mir aus Berlin, doch ist es noch nicht officiell."

Der französische Geschäftsträger aber äusserte sich, wie folgt:

„Tout le monde n'a fait que des bêtises. Nous les premiers. Je n'ai pas encore d'instructions. Demain je serai probablement forcé de trouver charmant ce que nous venons de faire. Aujourd'hui je ne sais rien, je puis donc vous dire franchement ce que je pense. L'Empereur a fait une grande faute le 5 Juillet. Ce jour-là il aurait dû dire: ‚Me voici. J'ai derrière moi 700,000 baïonnettes et la

France. Je veux la paix, une paix équitable et solide. Voici mes bases. Celui qui ne les accepte pas, aura affaire à la France.‘ — Il ne l'a pas dit. Il a préféré une médiation comme pourrait la faire un Roi de Bavière ou un Grand-duc de Darmstadt. Libre à lui. Le passé est passé. Une fois qu'il s'était condamné à un rôle aussi humble, il fallait n'en pas sortir et dire à la Prusse: ‚Vous vous agrandissez; je ne vous en empêche pas, mais je vous préviens que je ne sanctionne rien, que vous ne faites que du provisoire et que la France se reserve sa liberté d'action pleine et entière.‘ — Si au contraire il pensait que le moment était venu de parler, voici, selon moi, ce qu'il aurait dû dire: ‚Vous vous amusez à organiser une Allemagne unitaire, vous absorbez 20 millions d'habitants. Cela ne me convient pas. Je demande des compensations qui permettent à la France de vous laisser faire. Je veux le Rhin; si vous ne me le donnez pas de gré, mes canons rayés le réclameront.‘ — C'eût été un langage que la France aurait compris. Mais demander Saarlouis et Landau avec 150,000 habitants, c'est tout simplement ridicule. Un grand Seigneur n'accepte pas des sols. Vous allez voir l'effet que cela produira chez nous. C'est se moquer de la France, dira-t-on. Lord Stanley me dit que Bismarck refuse. C'est ce qui pourrait nous arriver de mieux. Du reste, tout cela n'est que du provisoire et ne nous empêchera pas de régler nos comptes avec Messieurs les Prussiens dans un an ou deux. L'Empereur n'est pas la France."

Baron Baude [1]) ist ein zu eifriger Katholik, um ein guter Bonapartist zu sein. Ich bitte, seine vertraulichen Aeusserungen streng zu secretiren, dieselben sind bezeichnend für

---

[1]) Derselbe, welcher später unter Thiers als Botschafter der französischen Republik bei Pius IX. beglaubigt wurde.

die Stimmung, die jetzt in Frankreich herrscht. Sie werden den Commentar dazu in Forcade's Monatsbericht der „Revue des deux Mondes“ vom 1. August, sowie in der Philippika Paradol's finden, welche dem „Courrier de Dimanche“ das Leben gekostet hat.

Für die hiesigen Minister ist die Sache ernst genug. Trifft auch Lord Derby ebenso wenig wie Lord Stanley der geringste Vorwurf, so wird die Opposition nicht verfehlen, sie beide dafür verantwortlich zu machen, wenn Frankreich das Signal zu einem Weltkriege giebt, dem England auf die Länge kaum fremd bleiben könnte.

Für den unbefangenen Beobachter ist der Zeitpunkt bezeichnend, welchen Napoleon gewählt hat, um seine Forderung zu stellen. Hätte er den Abschluss der schwebenden Verhandlungen abgewartet oder wäre er gleich nach der Schlacht von Königgrätz mit dieser Grenzregulirung hervorgetreten, so hätte der weitverbreitete Verdacht, es handele sich um Einkassirung eines vor dem Kriege ausgestellten Wechsels, gerechtfertigt erscheinen können. Jetzt ist es augenscheinlich, dass der alternde Cäsar, nur um der wachsenden Flut innerer Verlegenheiten zu entgehen, diese Forderung gestellt hat. Er hoffte so ohne Krieg das verletzte Nationalgefühl der Franzosen beschwichtigen zu können und rechnete darauf, Preussen werde ihm den Lohn seiner Mässigung nicht vorenthalten. Der kranke Mann von St. Cloud hat die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Mit dieser halben Massregel hat er die Franzosen nicht befriedigt und das deutsche Nationalgefühl herausgefordert. Trotz der momentanen Verlegenheit, in welcher sich Graf Bismarck befinden mag, kann ihm doch im Grunde nichts willkommener sein, als diesen Anlass zu benutzen, um der deutschen Nation zu beweisen, dass Preussen jetzt die einzige Macht ist, welche uns vor äusseren Feinden zu schützen vermag. Die äussere Gefahr wird die Parlaments-

wahlen beschleunigen und die Lösung aller inneren Fragen im bundesstaatlichen Sinne erleichtern. So macht Kaiser Napoleon den König Wilhelm zum Dictator Deutschlands, mehr noch, als die Schlacht von Königgrätz diesen dazu gemacht hatte.

Ein höherer französischer Offizier sagte mir soeben, man könne in Paris nicht annehmen, dass Preussen eine so bescheidene Forderung ablehnen werde. Geschähe dies jedoch wider alles Erwarten, so würde Frankreich trotzdem den Krieg nicht erklären, vielmehr *„par des relations aigrelettes“* Preussen *sur le qui vive* erhalten, es nöthigen seine Armee mit Einschluss der Landwehr nicht zu entlassen, um so den Gegner mürbe zu machen und Deutschland durch fortdauernde Kriegsbereitschaft mehr auszusaugen, als durch einen kurzen Feldzug.

Wird dieses System befolgt, so werden die Bundesgenossen Preussens am schlechtesten dabei fahren, da die spartanische Armee von den Heloten erhalten werden müsste.

Charakteristisch war die Bemerkung des Franzosen: „Vous sentez bien que nous ne leur laisserons pas le temps d'organiser la landwehr dans les pays annexés ou absorbés. Il faudrait dix ans pour cela. Car dans le reste de l'Allemagne il n'y aura qu'en dix ans des hommes de trente ans qui à vingt auront appris le service. Pour le moment nous n'avons affaire qu'à la landwehr prussienne. Eh bien! si Mr. de Bismarck est assez fou pour refuser, nous verrons dans quel état sera sa landwehr l'année prochaine après qu'on aura été forcé de la tenir sous les armes pendant une douzaine de mois.“

Was die Berliner Verlegenheiten vermehren könnte, ist der Umstand, dass es Frankreich endlich gelungen, die Italiener zu beschwichtigen. Aus „strategischen Rücksichten“ räumt Victor Emanuel die österreichischen Gebietstheile, deren Besetzung den Waffenstillstand bisher unmöglich gemacht hatte.

Ricasoli wird oder ist entlassen. Der unbequeme toskanische Baron hatte sich mit dem Prinzen Napoleon überworfen. Der gefügigere La Marmora soll jetzt als Hauptrathgeber seines Königs fungiren. Garibaldi ist krank, schachmatt und entmuthigt. Er predigt Frieden, da er mit dem verhungerten, schlechtbewaffneten Gesindel nichts anfangen kann, dessen Führer er war. Um die Disciplin in der Armee einigermassen wiederherzustellen, sollen der Kronprinz Humbert und der General Sistori arretirt worden sein. Man zittert vor den Enthüllungen des Kriegsgerichtes, welches Cialdini und Persano verlangen. Italien wäre sonach bis auf Weiteres *hors de cause.*

Das schwache englische Ministerium fürchtet man in St. Cloud nicht, ebensowenig Russland. Gortschakoff, über die Fortschritte Preussens erschreckt, soll sich an Bismarck's Verlegenheiten weiden und auch seinerseits eine *carte à payer* vorbereiten. Es handelt sich nicht um das beinahe germanisirte Grossherzogthum Posen — wie die Moskauer Zeitung fabelt —, sondern um Danzig, den Kornhafen Warschau's, welchen man als Compensation für Kiel beanspruchen möchte.

Nachschrift.

Beim Durchlesen dieses Berichtes sehe ich, dass ich noch eine Bemerkung des oben citirten französischen Militär-Attachés nachzutragen habe. Ich hatte seine Rodomontaden mit einem „*trop tard*“ beantwortet. Der französische Offizier, weit entfernt, die Auffassung Baude's zu theilen, erwiederte darauf mit naiver Aufrichtigkeit: „Si nous faisons la guerre, nous la faisons pour nous et non pour les autres. Si nous étions entrés en campagne le 5 Juillet, nous eussions eu sur le dos les contingents de tous les petits États allemands.“ . . . .

— „Comment, sur le dos?“ —

„Mais comme alliés, parbleu! Il n'y a rien de plus embarassant dans la grande guerre que des alliés faibles. C'est ce qui nous a gêné et perdu dans la guerre de Sept ans. Nous préférons être seuls et conserver l'unité du commandement. On sait alors à quoi s'en tenir et on n'a pas de ménagements à prendre ni pendant ni après la guerre."

Der vorstehende Bericht konnte selbstverständlich der Post nicht anvertraut werden. Ich begnügte mich, in folgendem Privatbriefe den Minister darauf vorzubereiten:

London, den 11. August 1866.

Ew. Excellenz erhalten durch den nächsten Courier ein vollständiges Bild der verschiedenen Auffassungen, welchen der französische Schachzug hier begegnet. Nach Ausfertigung meines vertraulichen Berichtes habe ich gestern Abend noch Gelegenheit gehabt, Lord Stanley zu sehen, der immer noch unter dem Eindrucke ist, Bismarck werde ablehnen. Positive Nachricht über die erfolgte Ablehnung habe er noch nicht, die jüngsten Berichte stellten dieselbe jedoch in nahe Aussicht.

Berliner Privatbriefe vom 8. d. Mts. melden Hohenthal's Ankunft und dessen erste Auslassungen, denen ich nur vollsten Beifall schenken kann.

Ueber den ersten Eindruck der Pariser Bombe heisst es in einem dieser Briefe:

„Bismarck a été très doux et passablement ému. Il a essayé de se rabattre sur la Belgique et le Luxembourg. Mais Benedetti a coupé court en demandant, si ces pays appartenaient à la Prusse."

Manteuffel's Sendung nach Petersburg soll damit zusammenhängen. Nach der Sprache, die Brunnow hier führt, zu urtheilen, wird er das dortige Terrain nicht günstig finden, da man auch dort auf eine Abschlagszahlung rechnet.

Die „Times“ weiss nichts. Die „Saturday Review“ bringt einen Artikel, den ich Ihnen nicht vorenthalten will, da Sachsens darin in sehr anständiger Weise gedacht wird.

Die „Morning Post“ veröffentlicht die Circulare vom 4. d. Mts. an die Bundesgenossen Preussens. Der Vertragsentwurf scheint unverfänglich, da er ausdrücklich auf das Savigny'sche Bundesreform-Project vom 10. Juni Bezug nimmt. Der Accent liegt auf Artikel IV, welcher nicht zu umgehen sein wird. Es liesse sich jedoch ein *modus vivendi* denken, vielleicht durch Vermittelung des Grossherzogs von Baden oder des Fürsten von Hohenzollern. Letzterer hat einen Sohn verloren, einen anderen nützlich verwendet und könnte vielleicht unter gewissen Eventualitäten in seine frühere Stellung zurückkehren. Könnten unsere jungen Herrschaften nicht einen Ausflug nach Baden-Baden unternehmen, die Kronprinzessin, um ihre Tanten, die Prinzessin Georg um ihre Schwester Doña Antonia zu besuchen? Wäre ich ihr Arzt, so würde ich *a change of air* empfehlen. Die Luft von Laxenburg und Hetzendorf ist voll politischer Miasmen, welche in der gegenwärtigen Jahreszeit der Gesundheit schaden könnten.

Die in meinem Berichte vom 10. August erwähnte Pacificirung Italiens hatte sich, wie bekannt, erst vollzogen, nachdem Oesterreich einen Theil seiner nach Wien beförderten Süd-Armee wieder zurückgesandt und allen Ernstes gedroht hatte, die nach Süd-Tyrol vorgeschobenen italienischen Streitkräfte anzugreifen. Die ganz unerhörte Prätension der Italiener, den Waffenstillstand auf Grund des *uti possidetis* abzuschliessen, war trotz der Fürsprache Napoleon's österreichischerseits energisch zurückgewiesen worden. Nach Abschluss des Waffenstillstandes wurde zunächst zwischen Oesterreich und Frankreich über die Cession Venetiens am 24. August zu Wien ein Tractat unterzeichnet, welcher den definitiven österreichisch-italienischen Friedensvertrag vor-

bereitete, dessen Unterzeichnung gleichfalls in Wien am 3. October 1866 erfolgte [1]).

Lange bevor mich die erste Nachricht von Hohenthal's Sendung nach Berlin erreichte, hatte ich privatim angefragt, ob es dem Könige genehm sein würde, wenn ich in London das Terrain für eine directe Verhandlung vorbereitete und zu diesem Zwecke den damals in Richmond weilenden preussischen Botschafter Grafen Bernstorff aufsuchte?

An demselben 8. August, an welchem ich durch die obengegebenen Briefe des Freiherrn von Beust und des Herrn von Könneritz die erste Notiz von der beabsichtigten Mission Hohenthal's erhielt, ging auch die telegraphische Antwort auf meine Anfrage ein.

Baron de Beust à Comte Vitzthum.

Vienne, le 8 août 1866.

Promenades Richmond fortement approuvées. Utilisez mon paquet tout en le tenant enfermé.

Man sieht, dass die Absicht des Ministers dahin ging, gleichzeitig in Berlin und in London die directe Verhandlung anzuknüpfen. Unter *„paquet"* war die oben erwähnte Expedition einiger Schriftstücke zu verstehen, welche mich erst am 10. erreichte.

Albrecht Graf Bernstorff war bekanntlich der unmittelbare Amtsvorgänger des Grafen Bismarck und hatte sein Minister-Portefeuille wieder mit dem Botschafterposten in London vertauscht, welchen er schon früher bekleidet. Ich kannte ihn seit Jahren von Wien her, wo er unter dem Ministerium des Fürsten Schwarzenberg als preussischer Gesandter beglau-

[1]) Siehe Anhang Nr. XIX.

bigt war. Er war ein Ehrenmann durch und durch, der treueste Gatte und der beste Vater, ein peinlich gewissenhafter Beamter und ein hochsinniger deutscher Patriot. Wenn Busch in seinen Aufzeichnungen hervorhebt, die Breite seiner Berichte habe nicht immer dem Geschmacke des Reichskanzlers entsprochen, so erklärt sich dies aus der Eigenart des Botschafters. Er besass weder die Energie, noch die Genialität seines Nachfolgers. Englische Staatsmänner unterschätzten vielleicht seine geistige Kraft und klagten zuweilen über seine Pedanterie. In der That galt er im geselligen Umgange für etwas schwerfällig und empfindlich, da er Kleinigkeiten, wie die verspätete Rückgabe einer Visitenkarte, allzu ernst zu nehmen geneigt war und Mühe hatte, sich in dem grossartigen Zug des englischen Lebens zurechtzufinden. Ich war immer vortrefflich mit ihm ausgekommen und hatte mich seiner nur zu loben. Er besass Güter im Herzogthume Lauenburg und war daher sehr eifrig bemüht, dieses Land sowie die Elbherzogthümer Dänemark zu entreissen. In der diplomatischen Campagne von 1864, als es galt, das gute Recht Deutschlands gegen die Vorurtheile und Ränke Lord Palmerston's zu vertheidigen, hatte ich den preussischen Botschafter nach Kräften unterstützt, und er hatte mir das nicht vergessen. Ich wusste zwar, dass sein persönlicher Einfluss in Berlin gering war. Das konnte mich jedoch nicht abhalten, die guten Beziehungen, die ich immer mit ihm unterhalten, in der verzweifelten Lage, in welcher wir uns befanden, thunlichst zu verwerthen. Galt es doch, Alles aufzubieten, um die Friedensverhandlungen rasch zum Abschlusse zu bringen, denn vorher war an eine Rückkehr des in Schönbrunn residirenden königlichen Hofes nach Dresden, sowie an die Erlösung des Landes von der preussischen Occupation und von einer Handel und Wandel lähmenden Zwangslage nicht zu denken.

Nachdem ich die erbetene Ermächtigung erhalten, suchte ich Bernstorff auf und erstattete dem Minister von Beust nachstehenden vertraulichen Bericht über unsere erste Unterredung:

London, den 11. August 1866.

Graf Bernstorff begiebt sich übermorgen mit seiner Familie nach Brighton. Es war daher keine Zeit zu verlieren. Ich habe gestern, von der mir unter dem 8. ertheilten Ermächtigung Gebrauch machend, die *quaestio an* gestellt. Es geschah dies in einer freundschaftlichen Unterredung in Gegenwart der Gräfin Bernstorff[1]).

Ich hob Alles hervor, was sich sagen liess zu Gunsten der Idee, hier, auf diesem neutralen objectiven Boden, die Grundlinien einer Verständigung aufzusuchen, welche die in Berlin direct anzuknüpfenden Verhandlungen vorbereiten könnten. Ich hätte, fügte ich hinzu, den Gedanken zu einer Zeit privatim angeregt, als mir von der Berufung des Grafen Hohenthal und dessen Absendung nach Berlin noch nichts bekannt gewesen, und die Ermächtigung, der Idee Folge zu geben, sei mir mit den Worten *„fortement approuvé“* telegraphisch ertheilt worden.

Der Botschafter schien überrascht, ich darf wohl sagen, angenehm überrascht. Er versicherte mir, er werde für seine Person mit wahrem Vergnügen Alles thun, um dazu beizutragen, das Verhältniss zwischen beiden Regierungen zu gegenseitiger Befriedigung zu regeln. Er verhehlte mir jedoch nicht, Graf Bismarck werde kaum eine so wichtige Verhandlung aus der Hand geben wollen. Der Minister-Präsident würde sofort den Verdacht hegen, Sachsen hoffe in London günstigere Bedingungen zu erlangen als in Berlin. Dies allein würde — von persönlichen Gründen ganz abgesehen — hinreichen, um ihn misstrauisch zu machen.

„Es handelt sich,“ erwiederte ich, „keineswegs um die Verlegung der Verhandlung nach London oder Brighton.

---

[1]) Anna Gräfin Bernstorff, geb. von Könneritz, die Tochter des kgl. sächsischen Oberkammerherrn und ehemaligen Gesandten in Paris.

Graf Hohenthal wird dieselbe in Berlin weit besser führen als ein anderer. Es handelt sich einfach um eine Vorbesprechung zwischen zwei alten Freunden und langjährigen Bekannten. In der für Sachsen so ungünstigen Sachlage und mit einem Staatsmanne, der mit den deutschen Verhältnissen so vertraut ist wie Sie, durch diplomatische Künste Vortheile erringen zu wollen, wäre kindisch. Von Finassiren kann keine Rede sein. Was ich wünsche, ist eine ruhige und leidenschaftslose Erörterung der Grenzlinien, innerhalb welcher sich die eigentliche Verhandlung, die Graf Bismarck selbstverständlich ganz in der Hand behält, bewegen könnte. Hierzu scheint Brighton geeigneter als Berlin. Mitten im Landtage und den Vorbereitungen zu einem deutschen Parlamente, mit mehreren wichtigen Negotiationen im Zuge, wird es bei dem besten Willen an Lust und Musse fehlen, diese Angelegenheit ruhig durchzusprechen, Einwände und Gegenvorschläge zu prüfen, kurz dem *audiatur et altera pars* dasjenige Recht einzuräumen, welches jeder Staatsmann anerkennen wird, der einen Dauer verheissenden Neubau aufzuführen beabsichtigt."

Alles dies ward zugegeben. Ich fügte ferner hinzu, die Ereignisse hätten uns auf den Boden der Bernstorff'schen Depesche vom 3. December 1861 zurückgeführt. Der Autor dieses, wie die Folge gelehrt, prophetischen Schriftstückes werde am besten seinen von uns damals bekämpften Ideen eine praktische Gestaltung geben können.

„Wir sind," sagte ich, „ehrliche Leute. Aus ehrlichen Gegnern können ehrliche Bundesgenossen werden. Im Interesse des Siegers wird es jedenfalls sein, dem geschlagenen Feinde goldene Brücken zu bauen, dem schwächeren Nachbar eine loyal acceptirte Frontveränderung zu erleichtern und einem so hochgeachteten Monarchen wie König Johann unnöthige Demüthigungen zu ersparen. Kein deutscher Staat kann eine bessere Garantie für die Zukunft gewähren

als die, welche in der Achtung gebietenden Persönlichkeit des Königs von Sachsen liegt. Hat er doch zu einer Zeit, als eine Spaltung Deutschlands drohte, durch Uebernahme der undankbaren Mission nach Baden-Baden den Beweis geliefert, dass er nie daran gedacht, Preussens Stellung in Deutschland zu verkennen oder zu verkümmern."

Graf Bernstorff versicherte mit ungeheuchelter Wärme, Niemand lasse dem erhabenen Charakter des Königs Johann bereitwilliger Gerechtigkeit widerfahren als König Wilhelm, und wiederholt habe Se. Majestät dies auch in der letzten Zeit ausgesprochen.

Der Botschafter fuhr dann ungefähr so fort: „Seitdem ich in Wien unter Fürst Schwarzenberg die dortigen Zustände studirt, konnte es mir nicht zweifelhaft sein, dass über lang oder kurz ein Krieg unvermeidlich sein würde. Das Verhältniss war unhaltbar. Auf friedlichem Wege war keine Ausgleichung möglich. Ich schätze mich glücklich, dass ich für die Herbeiführung des Krieges nicht verantwortlich bin; aber er musste kommen. Auch davon war ich, ohne alle Ueberschätzung sei es gesagt, fest überzeugt, dass ein solcher Krieg keinen anderen Ausgang haben werde, als den, welchen wir eben erlebt. Ich habe es daher beklagt, dass Sachsen eine Politik befolgte, welche es in einer gegebenen Zeit nothwendig auf die Seite des Besiegten führen musste. Aber das muss ein jeder anerkennen, dass die politische Haltung der sächsischen Regierung dem Gegner nur die höchste Achtung einflössen konnte, so fest ich auch von vornherein überzeugt war, dass die Orientirung auf einem Irrthum beruhte und den Interessen des Landes und der Dynastie nicht entsprach. Mit seltenem Muthe, mit einer in Deutschland beispiellosen Energie und Consequenz hat Sachsen seinen Standpunkt vertheidigt bis zuletzt, tapfer, mit den Waffen in der Hand auf dem Schlachtfelde, wo die Entscheidung gefallen. Die Schlagfertigkeit und die

Tüchtigkeit der sächsischen Armee findet nirgends aufrichtigere Anerkennung, als in den Reihen der unserigen. Die Regierungen der übrigen Bundesstaaten haben dagegen eine politische Schwäche und Unsicherheit gezeigt, die auf gleicher Höhe stehen mit ihren negativen militärischen Leistungen."

Ich sprach darauf die Hoffnung aus, die alte Erfahrung werde sich bewähren, dass sich zwischen Armeen, die sich auf dem Schlachtfelde achten gelernt, leicht ein gutes kameradschaftliches Verhältniss herstellen lasse.

Hatte der Botschafter anfangs Bedenken getragen, die Initiative gewissermassen zu ergreifen und sich selbst als Unterhändler anzubieten, so schwand dasselbe im Laufe des Gesprächs. Ich habe alle Ursache zu glauben, dass unserer Unterredung in der Privat-Correspondenz gedacht werden wird, welche Graf Bernstorff mit seinem königlichen Herrn unterhält. Mit welchem Erfolge? das ist abzuwarten. Eine ablehnende Antwort dürfte bei den persönlichen Schwierigkeiten, die Graf Bernstorff mit anerkennenswerther Offenheit betonte, weder überraschen noch entmuthigen.

Ausdrücklich hob der Graf zuletzt noch hervor, es scheine in Berlin noch gar nichts darüber festzustehen, wie man sich das Verhältniss denke; er wenigstens wisse gar nichts darüber. Jedenfalls könnten wir die Frage im Allgemeinen durchsprechen, und er werde sich sehr freuen, mich in Brighton zu sehen.

Die Frage, ob Ew. Excellenz die Verhandlungen leiteten, konnte ich nur bejahen. Es fiel dabei die Bemerkung, wie die Wahl des Grafen Hohenthal zur Anknüpfung der Verhandlung jedenfalls dem Versuche einer directen Verständigung zwischen Ihnen und dem Grafen Bismarck vorzuziehen sei. Hier unterbrach die Gräfin Bernstorff das Gespräch und erwähnte, man habe ihr neulich geschrieben, Ew. Excellenz hätten Alles aufgeboten, um den Frieden

aufrecht zu erhalten. Ich bestätigte dies und bemerkte: „Jedem, der die Acten kennt, können die Verleumdungen der Kreuz-Zeitung nur komisch erscheinen. Es ist ein abgeschmacktes Märchen, wenn man erzählt, Herr von Beust habe zu einem Kriege gedrängt, bei welchem Sachsen nichts zu gewinnen, Alles zu verlieren hatte. Im Gegentheil hat die sächsische Regierung allen ihren Einfluss aufgeboten, um den österreichischen Bundesantrag vom 11. Juni zu verhindern und die Beschickung des Congresses zu empfehlen. Jetzt haben wir die traurige Genugthuung zu sehen, wie sehr uns die Ereignisse allenthalben Recht gegeben haben."

Wir trennten uns mit einem: „Auf Wiedersehen in Brighton."

Nachschrift:

Die Bemerkung des Grafen Bernstorff, mehr als Preussen hätten sich Oesterreichs Bundesgenossen über das k. k. Cabinet zu beschweren, liess ich unerwiedert. Den Vorwurf, Oesterreich, obgleich selbst unvorbereitet, habe seine Bundesgenossen zum Kriege genöthigt und dann bei den Friedensverhandlungen im Stiche gelassen, hat Kaiser Napoleon allerdings neulich auch dem Fürsten Metternich zu hören gegeben. Die Selbsttäuschungen der österreichischen Generale boten den Stoff zu dieser Boutade, mit welcher der Kaiser der Franzosen seine eigene Passivität am 5. Juli zu beschönigen versuchte.

„Vous m'aviez toujours dit," rief er, „que vous aviez 600 000 hommes sous les armes. Nous savons maintenant que Benedek n'a jamais eu plus de 170 000 combattants, y compris ces pauvres Saxons. L'Archiduc en avait tout au plus 80 000, ce qui fait 250 000 pour tout potage. C'est la moitié ou à peu près la moitié de ce que vous vous imaginiez d'avoir."

Kurz nach Absendung dieses Berichtes kam mir gerüchtweise zu Ohren, Graf Bismarck habe verweigert, mit Beust zu verhandeln, dieser habe seine Entlassung eingereicht, und Staatsminister Richard Freiherr von Friesen sei in Gemeinschaft mit dem Grafen Hohenthal mit der Friedensverhandlung in Berlin betraut worden. Es verlautete zugleich, man denke in gewissen Kreisen in Wien daran, Beust an die Spitze der Geschäfte zu berufen. Um Gewissheit über diese vagen Gerüchte zu erhalten, schrieb ich privatim an Beust und fügte einige Notizen hinzu, welche für die damalige Stimmung des englischen Ministeriums bezeichnend sind und darum hier folgen mögen:

London, den 14. August 1866.

. . . . Ich habe Grund zu glauben, dass sich die jetzigen Minister officiell auf die Einbringung einer neuen Reform Bill, im Stillen auf den Krieg vorbereiten. Als ich Disraeli neulich hinwarf, der Krieg scheine das einzige Mittel, die jetzige Regierung im Amte zu erhalten, erhielt ich ein unzweideutig beifälliges Lächeln zur Antwort. Lord Derby und Lord Stanley bleiben in der Stadt, was eben nicht auf *fair weather* deutet. Der Hass gegen die Franzosen geht so weit, dass Derby verweigert hat, einen ihm besonders empfohlenen französischen Agenten zu empfangen, der herübergekommen war, weil man in Paris Lord Cowley's Berichterstattung nicht traut. Derby hat geantwortet, er wolle mit Franzosen nichts zu thun haben, und ist dabei geblieben, auch nachdem Disraeli daran erinnert, dass Palmerston diesen Agenten mehrfach benutzt habe. Disraeli, der, wie Malmesbury, bisher ganz französisch war und persönlich mit dem Kaiser Napoleon in Verkehr stand, sagte mir: „Napoleon ist fertig. Er kann den Krieg mit Preussen gar nicht führen und ist, ganz abgesehen von seiner Krankheit, die auf seine geistigen Fähigkeiten den nachtheiligsten Einfluss übt, im Innern so ernstlich bedroht, dass wir bald

das Ende der Tragikomödie des zweiten Kaiserreiches erleben werden."

Das hindert nicht, dass man in Belgien sehr besorgt ist, *et il y a de quoi.*

Mein portugiesischer College, Graf Lavradio, war neulich in Osborne. Er hat die Königin sehr betrübt und gedrückt gefunden. Ueber Sachsen hat sie ihm die schönsten Dinge gesagt. Lavradio fügte hinzu, *que Bernstorff avait été profondément touché de ma visite.*

Apponyi's sind heute nach der Schweiz. Ich bin auf den alten Brunnow und die Franzosen reducirt. Letztere schwatzen viel, wie Sie aus meinem Berichte vom 10. entnommen haben werden. Ob es zum Handeln kommt? über kurz oder lang sehr wahrscheinlich, aber kaum für den Augenblick.

Die Lage des Königs von Sachsen war eine höchst peinliche. So lange Seine Majestät mit der Königin, den Prinzen und Prinzessinnen in Schönbrunn und Laxenburg verweilte, wurde der sächsische Hof in Berlin als Feind betrachtet. Und doch war an eine Rückkehr in das von Preussen besetzte Land nicht zu denken, solange der Friede nicht unterzeichnet und dadurch die Möglichkeit gegeben war, die in der Nähe Wiens liegende Armee nach Sachsen zurückzuführen. Die Zeit war also kostbar, und es drängte mich, die eingeleiteten Vorbesprechungen mit Bernstorff in Fluss zu bringen. Ein Unwohlsein machte es mir unmöglich, die Fahrt nach Brighton zu unternehmen. Ich griff daher zur Feder und richtete an den preussischen Botschafter den folgenden ganz vertraulichen Privatbrief.

London, 3 Hobart Place, den 17. August 1866.

Lieber Graf!

Ein leichtes Unwohlsein hat mich bisher abgehalten, Sie bei diesem abscheulichen Wetter in Brighton aufzusuchen.

Gestatten Sie mir meinen Stubenarrest zu benutzen, um eine Vorfrage schriftlich anzuregen, von deren Beantwortung Vieles abhängt.

Arbeitet man jetzt in Berlin an einem Provisorium oder an einem Definitivum? *That is the question.* Soll, mit anderen Worten, nur ein temporäres Fachwerk aufgeführt oder sollen Grundlagen zu einem Staatsbau gelegt werden, auf welchen unsere Enkel noch fortbauen können?

Ich errathe die Motive, welche eine weise Selbstbeschränkung bewogen, zunächst Nord-Deutschland bis zum Main zu reorganisiren. Aber innerhalb und ausserhalb Deutschlands wird es kaum einen denkenden Politiker geben, welcher die Mainlinie für mehr als eine Gefechtsstellung, den Südstaatenbund für etwas Anderes als eine französische Chimäre ansieht.

Sollte die Hauptaufgabe hiernach nicht darin bestehen, zu verhindern, dass die jetzt in Fluss gebrachten Elemente zu einer Form erstarren, welche die Angliederung des Südens erschweren würde? Gilt es nicht dem Norddeutschen Bunde gleich von vornherein die nöthige Elasticität zu wahren, damit dessen Ausdehnung auf den Süden — wenn die Stunde gekommen — sich ohne Krieg, ohne Erschütterung, wie von selbst, vollziehen könne?

Gerade in dieser Beziehung könnte die dem Königreiche Sachsen zu gewährende Stellung von grosser Wichtigkeit für die Zukunft werden. Je rücksichtsvoller an das Bestehende angeknüpft, je schonender für die Erhaltung derjenigen Selbständigkeit gesorgt wird, welche sich mit den obersten Bundeszwecken verträgt, desto rückhaltloser würde der Anschluss der Dynastie und des Landes, desto leichter würden später Angliederungen, auf analogen Grundlagen, gemeinschaftlich zu erwirken sein.

Die Gefahren, welche ein auf Grundlage des nicht eben übertrieben conservativen Wahlgesetzes von 1849 zu be-

rufendes Parlament mit sich führt, brauche ich Ihnen nicht erst darzulegen. Diese Gefahren bedrohen nicht bloss die Rechte der schwächeren Bundesfürsten, sondern auch die der Krone Preussen und das monarchische Princip überhaupt.

Mag auch die Constituante — durch ein festes Programm eingeschränkt, und zunächst nur für bestimmt formulirte Fragen *ad hoc* berufen — sich anfangs als ein dienstwilliges Werkzeug brauchen lassen, so liegt doch in solchen Versammlungen, wenn sie ohne Gegengewicht in das Leben treten, etwas Unberechenbares, und das Unberechenbare ist *now-a-days*, wo die politische Atmosphäre mit demokratisch-socialistischen Miasmen geschwängert ist, immer gefährlich.

Das Gegengewicht — werden Sie mir erwiedern — liegt in der siegreichen preussischen Armee. Bis auf einen gewissen Punkt mögen Sie Recht haben. Aber es ist dies doch immer nur ein künstliches, kein natürliches, kein normales Gegengewicht. Denn: „auf Bajonette kann man sich stützen, aber nicht setzen."

Das normale Gegengewicht einer vielköpfigen demokratischen Versammlung kann nur in einer anderen, quantitativ gleichen, qualitativ verschiedenen Versammlung liegen: dem Volks- oder Staaten-Hause muss ein Fürsten-Haus gegenüber gestellt werden. Dass ein solches, falls es bestände, die Wiederherstellung eines allseits befriedigenden Rechtszustandes, die Ausgleichung widerstreitender Interessen, die Erhaltung aller der Erhaltung würdiger Institutionen erleichtern, dem neuen Bunde einen festen Halt geben und zugleich allen demokratischen Ueberflutungen einen unerschütterlichen Damm entgegensetzen würde, brauche ich Ihnen nicht nachzuweisen.

„Aber es besteht eben nicht," werden Sie antworten.

Ich sage: Es besteht, sobald der König von Preussen es nur will. In diesem Augenblicke ist Ihr Allergnädigster Herr omnipotent in Deutschland. Nur von ihm hängt es

ab, ohne Weiteres ein Fürsten-Haus in das Leben zu rufen, welches, an wirklicher Macht, an Ansehen und Reichthum dem britischen *House of Lords* überlegen, den Fürsten und dem monarchischen Princip Garantien bieten würde, welche kein Bundestag, keine Diplomaten-Versammlung, keine Armee gewähren könnten.

Man lege einfach das Zahlenverhältniss des Wahlgesetzes von 1849 zu Grunde und stelle den Satz auf: Die deutschen Fürsten haben so viele Vertreter in das Fürsten-Haus zu ernennen, als die Völker Abgeordnete in das Volks- oder Staaten-Haus wählen.

Jeder Bundesfürst müsste das Recht haben, selbst zu erscheinen oder sich durch einen Prinzen seines Hauses vertreten zu lassen und ausserdem auf je 100,000 Einwohner einen (sei es erblichen, sei es lebenslänglichen, sei es für eine Parlamentssession bevollmächtigten) Peer zu ernennen. Ausserdem könnten die Chefs der früher reichsunmittelbaren Häuser berufen werden. Es würde sich eine völlig gerechte Stimmenvertheilung hieraus von selbst ergeben. Die Einwohnerzahl der preussischen Monarchie in runder Summe zu 20 Millionen angenommen, so hätte der König von Preussen 200 Mitglieder für das Oberhaus zu ernennen, also gerade zehnmal so viele als z. B. der König von Sachsen, Allerhöchstwelchem auf 2 Millionen 20 Peers-Creirungen gebührten.

Dieser imposanten, aus 300 bis 400 Mitgliedern bestehenden Versammlung könnten die Functionen des obersten Bundesgerichts um so unbedenklicher übertragen werden, als die Fürsten es ohnehin im eigenen Interesse nicht versäumen würden, einen Theil ihrer Vertreter aus Rechtskundigen zu wählen.

Wie ganz anders würde eine solche Versammlung auf das Volk und dessen Vertreter wirken können, als z. B. das preussische Herrenhaus!

Für die Krone Preussen läge aber die sichere Gewähr in einer solchen, die Solidarität der bestehenden Fürstenmacht verkörpernden Versammlung, da ja die überwiegende Mehrzahl aus preussischen Mitgliedern bestehen wird; ein Verhältniss, welches sich auch nicht ändern würde, wenn die Südstaaten beiträten.

Es liegt aber insofern Gefahr im Verzuge, als eine solche durchaus monarchisch-aristokratische Institution nur als eine von vornherein gegebene denkbar ist; denn von dem jetzt zu berufenden Parlament ist kaum zu erwarten, dass es zu einer solchen Schöpfung die Hand bieten würde, noch ist dies zu wünschen. Würde doch der souveränen Volks-Theorie dadurch eine Concession gemacht, welche mit der fürstlichen Würde schwer zu vereinigen, noch der erhabenen Stellung des norddeutschen Oberhauses entsprechend wäre.

Ich bitte Sie, diese Ideen als ganz persönliche betrachten zu wollen, da ich noch keine Gelegenheit gehabt habe, dieselben meiner Allerhöchsten Regierung vorzutragen. Sollten Sie finden *that there is something in it,* so könnten wir das Thema weiter durchsprechen, und es gelänge vielleicht eine praktische Form zu finden, um den Gedanken unseren beiderseitigen Regierungen zu empfehlen.

Jedenfalls werden Sie in dieser flüchtigen Aufzeichnung mein Bestreben erkennen, mich auf dem Boden der Thatsachen zurecht zu finden. Es wird mir dies vielleicht leichter wie Anderen, da mich der verstorbene Prinz Albert längst auf den nun eingetretenen Umschwung vorbereitet hatte. Da wir Diplomaten nicht Politik zu machen, sondern die Politik unserer Regierungen zu vertheidigen haben, so ist es freilich meine Pflicht gewesen, dem Verstorbenen öfter zu widersprechen als beizustimmen. Aber nachrühmen muss ich ihm, dass die Ereignisse seinem objectiv-prophe-

tischen Blicke in vielen Punkten in überraschender Weise Recht gegeben haben.

Aufrichtigst der Ihrige

Vitzthum.

Tags darauf benutzte ich eine sich darbietende Courier-Gelegenheit, um dieses Privatschreiben abschriftlich zur Kenntniss meiner Regierung zu bringen. Es geschah dies in einem vertraulichen Schreiben, welches ich an den Freiherrn von Beust richtete:

London, den 18. August 1866.

Ew. Excellenz wollen aus dem in Abschrift hier beiliegenden vertraulichen Privatschreiben an den Grafen Bernstorff, welches heute nach Brighton abgeht, des Näheren entnehmen, wie ich den Ihnen bereits angedeuteten Gedanken ausgeführt und verwerthet habe.

Ich wusste, dass sich Bernstorff's persönliche Auffassungen den unserigen näherten.

Es bedarf keiner weiteren Ausführung, um zu zeigen, dass ein Fürsten-Haus wie dasjenige, welches mir vorschwebt, die Interessen der Krone Sachsen nachhaltiger vertreten würde, als ein Bundestag unter Preussens Vorsitz. Würden doch die Abstimmungen des jeweiligen Gesandten in Berlin dictirt werden.

Es lag aus den dem Grafen Bernstorff angedeuteten Gründen Gefahr im Verzuge, und es war unmöglich, ein so vertrauliches Schriftstück der Neugier der französischen und österreichischen Postbeamten preiszugeben. Ich entschloss mich daher zur Absendung, auf Ihre Nachsicht rechnend. Schaden kann die Anregung auf keinen Fall. Auch habe ich ausdrücklich betont, dass es sich um rein persönliche, von meiner Regierung noch nicht genehmigte Gedanken handelt.

Alle Anzeichen deuten darauf, dass sich zwischen Berlin

und Paris eine Annäherung vorbereitet, welche die hiesige Selbstsucht aus Illusionen aufrütteln könnte, deren Tragweite sich der sorglosen Kurzsichtigkeit des jetzigen Ministeriums entzieht. Die Theorie, welche man jetzt in Paris predigt, lautet: Frankreich und Preussen seien Militärstaaten auf demokratischer Grundlage, welche dieselben Ziele verfolgten. Diese Ziele gestatteten jeder dieser beiden Mächte einen besonderen Spielraum, ihre Allianz würde dadurch nur fester und dauernder werden, während Meinungsverschiedenheiten über secundäre Fragen in der Gemeinsamkeit der obersten Interessen ihre Ausgleichung finden würden.

Luxemburg ist die brennende Frage des Augenblicks. Belgien erscheint in zweiter Linie bedroht. Darüber ist Lord Stanley amtlich beruhigt worden, ebenso Leopold II. Ich glaube aber zu wissen, dass der König der Belgier durch diese unaufgefordert erhaltene Beruhigung sehr beunruhigt worden ist[1]). Im Foreign Office, wo man sich gern in Friedensträumen wiegt, erblickt man in der preussischen Armee eine Schutzwehr. Die „hölzernen Wälle“ Alt-Englands verfaulen in den Häfen, während die eisernen Unsummen kosten und sich den Lords der Admiralität noch in sehr fragwürdiger Gestalt zeigen.

Der Versuch, die Berliner Friedensverhandlungen durch einen freundschaftlichen Gedankenaustausch mit dem Grafen

[1]) Nach Benedetti fällt in diesen Monat August die Verhandlung über Belgien. Man weiss, dass der französische Botschafter dem Grafen Bismarck einen eigenhändigen Conventions-Entwurf überreichte, welcher im Jahre 1870 bestens verwerthet wurde. Dieser Conventions-Entwurf war jedoch nicht Benedetti's Werk, sondern stammte aus dem Cabinet des Kaisers Napoleon, wie die in den Tuilerien aufgefundene undatirte, aber offenbar im August 1866 dictirte Note beweist. Siehe dieselbe in „Papiers et Correspondance de la Famille Impériale“. Paris 1870, vol. I pp. 16—17. Siehe übrigens über diese „dilatorische Verhandlung“ die actenmässigen Erläuterungen des „Reichsanzeigers“ vom 21. October 1871.

Bernstorff zu beschleunigen, blieb erfolglos. Ich will daher gleich hier den Brief einschalten, welchen ich in Antwort auf den meinigen vom 17. d. M. erhielt.

Graf Bernstorff an den Verfasser.

Brighton, 6 Sussex Square, den 23. August 1866.

Lieber Graf!

Ich muss Sie um Entschuldigung bitten, Ihnen nicht früher auf Ihren Brief vom 17. h. geantwortet zu haben. Aber einerseits war ich anderweitig beschäftigt, andrerseits befinde ich mich wirklich in Verlegenheit, auf den Inhalt Ihres Schreibens einzugehen. Dasselbe enthält Manches, womit ich einverstanden sein könnte, aber das vermag, wie ich Ihnen bereits mündlich gesagt, auf den Gang der Verhandlungen schwerlich einzuwirken, welche in Berlin geführt werden, und nun, wie ich vermuthe, durch die Ankunft des Ministers Freiherrn von Friesen und die Rückkehr des Grafen Hohenthal in vollen Gang gekommen sind.

Graf Bismarck hat sich inzwischen auch in einer Ihnen ohne Zweifel bekannten Rede ausgesprochen, welche einige der von Ihnen angeregten Fragen beantwortet.

Ich habe übrigens demselben von den von Ihnen hingeworfenen Ideen vertraulich Kenntniss gegeben, wodurch ich keine Indiscretion begangen zu haben glaube, und wodurch ich demselben Gelegenheit verschafft habe, das in ihnen selbst liegende innere Gewicht an entscheidender Stelle zur Geltung zu bringen.

Sollten Sie Lust haben, die schöne Seeluft zu athmen, so werden wir uns immer sehr freuen, Sie hier zu sehen.

Ganz der Ihrige

Bernstorff.

Eine Indiscretion hatte ich dem Grafen Bernstorff nicht vorzuwerfen, doch hätte ich gewünscht, bevor die von mir hingeworfenen Ideen vertraulich zur Kenntniss des Grafen Bismarck gebracht wurden, dieselben vorerst mit dem Botschafter durchsprechen zu können. Hätte der frühere preussische Staatsminister sich bestimmt gefühlt, Aehnliches seinerseits anzuregen, so würde seine Stimme vielleicht mehr Gehör gefunden haben, als die meinige. Graf Bismarck war damals weder in der Stimmung, noch hatte er Zeit, auf überwundene Gegner zu hören.

Die Idee eines deutschen Oberhauses tauchte, wie bekannt, nach der Schlacht von Sedan in Versailles wieder auf, wurde aber auch damals verworfen. Man zog es vor, in der allgemeinen Wehrpflicht das Gegengewicht gegen das vor dem Kriege von 1866 zugestandene allgemeine Stimmrecht zu suchen. Man erblickte in der preussischen Disciplin und in der siegreichen deutschen Armee das zuverlässigste Gegengift gegen demokratisch-socialistische Bestrebungen.

Wir gehören nicht zu den blinden Verehrern des sogenannten parlamentarischen Systems. Die Art und Weise, wie dasselbe auf dem Festlande, namentlich in Frankreich, gehandhabt wird, kann nur abschreckend wirken. Vergessen darf man dabei nicht, dass in dem einzigen Lande, wo das Parlament seit zwei Jahrhunderten den massgebenden Factor einer monarchischen Regierung bildet, der Schwerpunkt nur scheinbar im Unterhause, in Wahrheit im Oberhause gelegen hat. Denn auf diesem beruht die eigentliche Gewähr für den Bestand der Krone und der Verfassung. Bei alledem ist England thatsächlich eine aristokratische oder, wie Disraeli sich ausdrückte, eine venetianische Republik mit einem erblichen Dogen, dessen persönlicher Einfluss auf die Staatsgeschäfte beschränkter ist, als man in Deutschland vertragen würde. Wenn man hier mit dem Einkammersystem bisher ausgekommen und die Krone gefahrlos einem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstage gegenüberstellen konnte, so ist dies nicht den Institutionen,

sondern der Persönlichkeit des eisernen Kanzlers zu danken, dessen Autorität selbst von seinen Gegnern wechselnden und schwankenden Majoritätsregierungen vorgezogen wird. Wie die Dinge nun einmal liegen, müssen Alle, die überhaupt das Reich wollen, eine über allen Parteien erhabene, thatkräftige Centralgewalt wollen. Befindet sich doch das Deutsche Reich seinen inneren und äusseren Feinden gegenüber fortwährend in einer Zwangslage, aus welcher sofort die Existenzfrage hervortreten würde, wenn der Wille des Kaisers nicht jederzeit den widerstrebenden Elementen zum Heile des Ganzen Halt zu gebieten im Stande wäre.

Viertes Kapitel.

London.

August und September 1866.

Beust's Entlassung. — Zur Charakteristik Beust's und Friesen's. — Privatschreiben vom 21. August 1866: Agenten-Nachrichten aus Berlin über den Stand der Friedensverhandlungen; Unterredung mit dem Herzog von Cambridge über die hannoversche Frage. — Vertraulicher Bericht vom 26. August 1866: Unterredung mit dem preussischen Botschafter; Graf Bernstorff's politisches Glaubensbekenntniss; Das Programm von Kremsier; Die darauf gestützte Verabredung mit dem Fürsten Schwarzenberg; Neue Formulirung des preussischen Programmes im Jahre 1861; Die identischen Noten; Rechberg's Ablehnung; Gedankenaustausch über die jüngsten Ereignisse und die Sachlage; Gereizte Stimmung gegen Preussen in Paris; Grund derselben. — Die geheimen Militär-Conventionen mit den Südstaaten. — Privatbrief vom 28. August 1866: Ungünstiger Eindruck des k. Handschreibens an Freiherrn von Beust; Hofnachrichten; Das englische Ministerium. — Privatbrief vom 29. August 1866: Die Spannung zwischen Preussen und Frankreich; Eine Idee Talleyrand's aus dem Jahre 1804; Ausdehnung des Bundes auf den Süden dringend zu wünschen. — Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen Oesterreich und Preussen, und zwischen Bayern und Preussen. — Vertraulicher Bericht vom 3. September 1866: Unterredung mit dem Herzog von Cambridge über Deutschland und Hannover; Der hanseatische Minister-Resident Dr. Geffcken über die Lage der Dinge in Berlin; Rücktritt des Herrn Drouyn de Lhuys; Napoleon's Schreiben an La Valette vom 12. August; Zur Charakteristik des Marquis de Moustier; Stand der Friedensverhandlungen in Berlin. — Hermann Freiherr von Friesen an den Verfasser, Dresden 3. September 1866: Stimmung in Dresden; Prinz Friedrich Karl's Besprechungen mit dem Justiz-Minister. — R. von Könneritz an den Verfasser, Wien 5. September 1866: Klagen über den Gang der Friedensverhandlungen. — Zur Charakteristik des Herrn von Könneritz.

Inzwischen hatte der Freiherr von Beust seine Entlassung eingereicht, welche der Sachlage entsprach und huldreichst angenommen wurde. Da ich in London, nicht in Wien, sonach

nicht Augenzeuge jenes Vorganges war, so habe ich dem nichts hinzuzufügen, was die beiden zunächst betheiligten Staatsminister Beust und Friesen in ihren Denkwürdigkeiten darüber berichtet haben. Nur sei bemerkt, dass die Friesen'sche Version mit einiger Vorsicht aufzunehmen ist. Zwischen den Zeilen dieser „Erinnerungen“ liest man eine gewisse Bitterkeit heraus, welche diejenigen nicht verwundern wird, die beide Männer gekannt haben. Beide waren gewissenhafte, rechtschaffene Staatsbeamte und treue Diener ihres Herrn, an Geist, Temperament und Charakter jedoch grundverschieden. Jeder von beiden hatte eine hohe Meinung von sich und war von der Wichtigkeit seiner amtlichen Stellung erfüllt. Daraus erklärt sich Friesen's Empfindlichkeit und bureaukratische Eifersüchtelei. Ihre Auffassungen und Neigungen waren schwer in Einklang zu bringen. Beust war leichtlebig — seine Feinde sagten leichtsinnig — wie ein Schmetterling, Friesen schwerfällig und schwermüthig wie ein Maulwurf, der eine *médecin tant mieux*, ein Schüler Demokrit's, der andere *médecin tant pis*, eine Epigone Heraklit's. Jener kokettirte mit seinem kleinen Fusse, componirte Walzer, warf mit Witzworten um sich und tändelte gern mit schönen Frauen, dieser that sich viel auf seine vermeintliche Aehnlichkeit mit Napoleon I. zu Gute, sammelte wohlfeile Bilder — ein alter Hagestolz, der keinen Spass verstand. Kannte ersterer aus eigener Anschauung Wien und Berlin, London und Paris, so hatte letzterer von europäischer Politik, wie von Allem, was jenseits der sächsischen Grenzpfähle vorging, nur sehr dunkele Vorstellungen. Als Finanzminister schwärmte Friesen natürlich für den Zollverein, welcher Sachsens materielle Interessen schützte. Beust dagegen unterschätzte vielleicht die Thatsache, dass wir seit unserem Eintritt in den Zollverein in die preussische Machtsphäre gerathen waren und dass Sachsens Handel und Industrie ihren Schwerpunkt in Berlin gefunden hatten.

Beust hatte mir bereits am 17. August telegraphisch seine Entlassung mitgetheilt, aber erst am 21. gingen mir die amt-

lichen Schriftstücke darüber zu. Ich übergehe dieselben, da das königliche Handschreiben aus den Zeitungen, wie aus Beust's Denkwürdigkeiten bekannt ist.

In meiner Rückäusserung gab ich meinem Bedauern, einen so liebenswürdigen Chef zu verlieren, Ausdruck und fügte noch einige vertrauliche Notizen hinzu, die hier folgen mögen, weil sie immerhin einiges Interesse für die Geschichte haben:

London, den 21. August 1866.

.... Unter diesen Umständen nehme ich keinen Anstand, ein Schreiben im Original zu übersenden, welches der aus Paris und Berlin zurückgekehrte Dr. G. [1]) gestern Abend an mich gerichtet. Es enthält dasselbe einige Andeutungen über die obschwebenden Verhandlungen in dem bekannten, ungeniessbaren Style.

Beherzigungswerth erscheint der Wink, die Verhandlungen nicht zu übereilen, da sich nach Vollzug der Einverleibungen die Leidenschaften an massgebender Stelle calmiren und die auf Frankreich zu nehmenden Rücksichten günstig für uns zu verwerthen sein würden.

Als Resumé des G.'schen Briefes dürfte sich herausstellen:

1. Dass noch keine endgültigen Entschlüsse über Sachsen gefasst sind.

2. Dass man in Berlin die Abdication des Königs fürchtet und sich gewissermassen schämt, einen so allgemein verehrten und geliebten Herrn von Haus und Hof vertrieben zu haben. Man würde in der Hoffnung, einen solchen Schritt abzuwenden, zu Concessionen geneigt sein, die man S. K. Hoheit dem Kronprinzen heute kaum gewähren dürfte.

3. Auch über die Höhe der zu fordernden Kriegskosten

---

[1]) Dr. G., ein geborener Sachse und früherer sächsischer Staatsdiener, war vor und während des Krieges von 1866 als preussischer Agent in Paris verwendet worden.

scheint nichts festzustehen. Als Maximum sind 20 Millionen Thaler, als Minimum 10 Millionen genannt worden.

4. Nach G.'s Beobachtungen scheint ein Arrangement denkbar, welches der Armee eine gewisse Sonderstellung gewährleisten würde. Sollte nicht General von Fabrice der Mann sein, der hier noch retten könnte, was zu retten ist?

5. Dass das active und passive Gesandtschaftsrecht bewahrt werden könnte, ist nach der Anlage nicht unwahrscheinlich.

Der Herzog von Cambridge ist nach langem Bedenken gestern über Paris und Strassburg nach Regensburg abgereist, wo eine Zusammenkunft mit dem König von Hannover stattfinden soll.

Wie mir S. K. Hoheit vorgestern anvertraut, beabsichtigte er den König zur Abdication zu Gunsten des Kronprinzen zu bewegen. Ich erlaubte mir anheimzugeben, sich auf der Durchreise in Paris vorerst Gewissheit darüber zu verschaffen, ob ein solcher Act noch Aussicht habe, etwas zu ändern. Wie ich höre, hat sich der Herzog noch vor seiner Abreise vom Gegentheil überzeugt. Seine Briefe an den König und Kronprinzen von Preussen sind unbeantwortet geblieben. Ein Besuch in Berlin *à l'improviste* sollte in Regensburg gemeinschaftlich überlegt werden. Ich fürchte, es kommt Alles zu spät.

Am 25. August konnte ich endlich den Grafen Bernstorff in Brighton aufsuchen. Die Unterredung, welche ich mit ihm hatte, gab mir die überraschendsten Aufschlüsse über den Ursprung der damaligen Krisis. Das preussische Programm, welches, mit eiserner Consequenz durchgeführt, sich heute ganz übersehen lässt und in dem deutsch-österreichischen Bündnisse von 1879 seinen Abschluss gefunden hat, datirt hiernach von 1848 und beruht auf dem ministeriellen Programm des Fürsten

Schwarzenberg. Die von dem Grafen Bernstorff hervorgehobene Thatsache einer Verabredung, die er als preussischer Gesandter in Kremsier mit dem Fürsten Schwarzenberg getroffen, ist meines Wissens bisher niemals bekannt geworden. Die Auslassungen des Grafen Bernstorff hierüber werden daher nicht nur für den denkenden Politiker, sondern namentlich für den Geschichtsforscher, der den Causalnexus der Ereignisse zu studiren hat, von besonderem Interesse sein.

Nach dem Rücktritte des Freiherrn von Beust hatte der Cultus-Minister von Falkenstein, der in Dresden geblieben und Mitglied der vom Könige eingesetzten obersten Landes-Commission war, die Leitung des auswärtigen Ministeriums interimistisch übernommen. So lange der König jedoch im Auslande weilte, konnte von einer amtlichen Berichterstattung nach Dresden nicht die Rede sein. Der k. sächsische Gesandte in Wien wurde daher beauftragt, die eingehenden Privatbriefe und vertraulichen Berichte seiner Collegen Seiner Majestät zu unterbreiten. Erhaltener Weisung zufolge adressirte ich daher meine Correspondenz an Herrn von Könneritz und schrieb ihm am 26. vertraulich, wie folgt:

London, den 26. August 1866.

Eine mehr als zweistündige Unterredung, welche ich gestern in Brighton mit dem k. preussischen Botschafter gehabt, hat mich über den Stand der jetzt in Berlin obschwebenden Verhandlungen nicht aufgeklärt.

Ich theilte dem Grafen Bernstorff zunächst den Erlass vom 17., das Entlassungsgesuch des Freiherrn von Beust und die huldreiche Antwort Sr. Majestät des Königs vertraulich mit.

Die einzige Bemerkung, zu welcher die Lectüre Anlass bot, war, es sei zu bedauern, dass persönliche Verstimmungen und Recriminationen Privat-Existenzen zerstörten; doch sei dies bei einer Krisis, wie die jetzige, nicht zu ändern.

„Ueber persönliche Opfer," erwiederte ich, „wird man hinwegkommen, wenn die Krisis nur zum Heile des Gesammt-Vaterlandes ausschlägt. Ich kann jedoch nicht leugnen, dass der Verlauf der Dinge gerade in dieser Beziehung den deutschen Patrioten mit bangen Ahnungen und Zweifeln erfüllen muss. Man scheint an entscheidender Stelle zu übersehen, dass wir Deutsche keine Franzosen, dass der demokratische Cäsarismus mehr für romanische als für germanische Völker passt, dass das verletzte Rechtsgefühl der Nation Heilmittel erheischt, welche die Militärherrschaft nicht bieten kann. Die Revolution wird die preussische Regierung unterstützen, so lange es noch einen Fürsten in Deutschland giebt, den man verfolgen kann. Dann kommt die Reihe an den Einzigen, der übrig bleibt. Wie Saturn, verzehrt die Revolution ihre Kinder. Heute schon verkünden es die Demagogen laut genug, ein Haupt sei schneller abgeschlagen als dreissig. Die Säbelherrschaft führt zur Pöbelherrschaft, diese wiederum zum Militär-Despotismus. — ein falscher Zirkel, keine Lösung des deutschen Problems."

„Ich gestehe Ihnen ganz offen," erwiederte der Amtsvorgänger des Grafen Bismarck, „ich bin dahin gekommen, Alles dem deutschen Nationalgefühl unterzuordnen, Alles! Einer Nation anzugehören, welche, wenn nicht edler und mächtiger, allen übrigen in der Welt ebenbürtig ist, und trotzdem fortwährend vom Auslande verhöhnt zu werden, — das war nicht zu ertragen. Sich in das Gesicht sagen lassen zu müssen, die deutsche Nation sei eine politisch entmannte (*châtrée*), wie mir das Lord Clarendon so oft wiederholt hat, und es nicht in Abrede stellen zu können, — das war nicht länger auszuhalten, das musste endlich aufhören. Und gäbe es wirklich kein anderes Mittel, der deutschen Nation die ihr in der Welt gebührende Machtstellung zu verschaffen, als die Republik, nun wohl! ich nehme keinen Anstand es auszusprechen, dann ist mir die

Republik lieber als der frühere Jammer. Nennen Sie das revolutionär? Nach Belieben. Es ist mein Glaubensbekenntniss. Ich bin siebenundfünfzig Jahre alt und habe so manches conservative Vorurtheil meiner Jugend abgestreift. Als ich in das öffentliche Leben eintrat, hatte ich die Wahl. In Dänemark hätte ich vielleicht schneller Carrière machen können. Mein Grossvater hatte dort ein gutes Andenken hinterlassen. Mein Vater besass in Lauenburg die Güter, die ich heute besitze. Aber ich wollte dem Auslande nicht dienen, und ich trat mit dem vollen Bewusstsein in den Dienst des preussischen Staates, dass dieser der einzige sei, welcher berufen, Deutschland die zersplitterte und verlorene Machtstellung zurückzuerobern.“

„Um die gegenwärtige Krisis zu verstehen, muss man sich an das Programm von Kremsier erinnern, an das Programm des Fürsten Schwarzenberg, der denn doch ein ganz anderer Mann war wie alle seine Nachfolger. Auf dieses Programm, welches auf dem Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland fusste, waren die vier Punkte gegründet, über welche ich selbst mit dem Fürsten übereingekommen war. Hiernach sollte Preussen allein die Reorganisation des deutschen Bundes übernehmen und dann ein Schutz- und Trutzbündniss mit Oesterreich schliessen. Das ist unser Programm noch heute. Wir haben stets daran festgehalten. Kaum jedoch hatte Oesterreich mit Hilfe Russlands Ungarn unterworfen und in Novara die italienische Revolution besiegt, als den Herren in der k. k. Staatskanzlei der Kamm schwoll. Als ich im December 1861 unser altes Programm neu formulirte, protestirte man dagegen in den „identischen Noten“. Ich habe damals trotz der scharf gehaltenen amtlichen Erwiederung die Hand zur Verständigung geboten und dem Grafen Rechberg vertraulich in diesem Sinne geschrieben. Man hat mich keiner Antwort gewürdigt. Als ich aus dem Ministerium schied,

habe ich Herrn von Werther vorausgesagt, man werde in Wien noch bereuen, sich mit mir nicht verständigt zu haben, mit meinem Nachfolger werde dies schwieriger sein. Graf Bismarck hat bewiesen, dass ich mich nicht getäuscht. Die Thatsache, dass ich sein Vorgänger gewesen, legt mir doppelte Vorsicht auf. Ich schreibe offen, was ich für wahr halte, aber auf die Organisation des Errungenen kann ich weniger Einfluss nehmen als ein Anderer. Die Ereignisse haben mich übrigens Lügen gestraft. Ich hielt eine Verständigung mit unseren Kammern für unmöglich. Die fast einstimmig angenommene Adresse beweist, dass ich mich in diesem Punkte geirrt. Dass wir so schnelle und so entscheidende Erfolge auf dem Schlachtfelde erringen würden, habe ich auch nicht geglaubt. Das hat Niemand geglaubt. Das ist eine providentielle Fügung. Daran habe ich jedoch nie gezweifelt, dass wir schliesslich siegen würden. Nicht leugnen will ich, dass ich den Ausschluss des Südens sehr bedauere. Ich finde, offen gestanden, dass die Regierungen in München und Stuttgart viel zu gut, die Völker zu schlecht wegkommen. Auch bin ich mit den von Ihnen hingeworfenen Ideen so sehr einverstanden, dass ich dieselben der ernstesten Erwägung empfohlen habe. Die Gründe, welche uns bewogen haben, vorläufig an der Mainlinie festzuhalten, sind ernster Natur. Lord Stanley hat mir nicht verschwiegen, dass die Ueberschreitung der Mainlinie einen Krieg mit Frankreich und mit Russland provociren würde. Ich gestehe Ihnen, dass ich Russland ebensowenig fürchte wie Frankreich. Ich bin überzeugt, die eine wie die andere Macht wird es sich zweimal überlegen, Deutschland anzugreifen."

Ich erlaubte mir den Grafen daran zu erinnern, wie ich schon vor vierzehn Tagen ihm gesagt, Kaiser Napoleon hätte dem Grafen Bismarck keinen grösseren Dienst leisten können, als mit jener Compensationsforderung hervorzutreten, deren Ablehnung Preussen in der öffentlichen Meinung

Deutschlands mehr genützt habe als die Schlacht von Königgrätz. Trotzdem sei von dem von ihm so betonten deutschen Standpunkte aus der Zweifel berechtigt, ob Graf Bismarck deutsche oder nur specifisch preussische Politik treibe. Nicht überraschen dürfe es, wenn man die bisherige Ausnutzung des Sieges in letzterem Sinne interpretire. Ja sogar vom preussischen Standpunkte aus könnte wohl die Frage gestattet sein, ob die Entwurzelung deutscher Dynastien im wohlverstandenen Interesse der Krone Preussen nicht besser unterblieben wäre. Der Ausschluss Oesterreichs habe die Machtstellung Deutschlands jedenfalls geschwächt, nicht gestärkt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ selbst habe dies verkündigt, und zwar in der Absicht, um Frankreich zu beruhigen. Wie solle nun das Vertrauen auf Preussens Beruf, Deutschland neu zu gestalten, aufkommen, wolle man jetzt den Süden zu einer unhaltbaren Sonderstellung verdammen und immer über unvermeidliche Reibungen klagen, bevor man auch nur versucht habe, die Stellung Sachsens innerhalb des Norddeutschen Bundes auf annehmbaren Grundlagen zu regeln. „Das sind Factoren,“ bemerkte ich, „welche nur zu neuen Umwälzungen, zu Krieg und Revolutionen führen können, nicht zu einer nach allen Seiten hin Achtung gebietenden Machtstellung, welche die deutsche Nation mit dankbarer Begeisterung begrüssen würde. Will man nicht versöhnen und kann man es nicht, so wird man nur Wind säen und Sturm ernten.“

Ich muss es dem Botschafter nachrühmen, dass er diese freimüthige Kritik mit gespanntester Aufmerksamkeit angehört und nur schwach zu bekämpfen versucht hat.

Der Ausschluss des Südens, bemerkte er, sei temporär und motivire sich durch das *qui trop embrasse, mal étreint.* Die Annexionen von Hannover und Hessen seien durch die geographische Lage geboten. Auch wolle er nicht leugnen, dass der welfische Souveränitätsschwindel gerade desshalb

die preussische Galle habe überlaufen lassen, weil eben diese geographische Lage Hannover hätte darüber belehren müssen, dass es nur mit Preussen gehen könne. Seit Jahren habe man sich über kleinliche Nörgeleien zu beschweren gehabt. Er selbst erinnere sich, im Jahre 1861 schon dem hannoverschen Gesandten in Berlin gesagt zu haben: „Nehmen Sie sich in Acht! Das wird einmal ein Ende mit Schrecken nehmen.“

Wir trennten uns in aller Freundschaft. Ich hatte absichtlich alle Detailfragen vermieden und den Wunsch vorangestellt, wir möchten vergessen, dass er Preussen, ich Sachsen in England verträte, und uns nur daran erinnern, dass wir Beide Deutsche seien. Hätte ich doch das Glück, einem Herrn zu dienen, an dessen hochherzig-deutscher Gesinnung weder Freund noch Feind zu zweifeln wage.

Es ist unverkennbar, dass die gereizte Stimmung, welche sich in den letzten Tagen in Paris gegen Preussen zeigt, im höchsten Grade nachtheilig auf unsere Berliner Verhandlung einwirkt. Es möchte daher doppelt gerathen sein, Zeit zu gewinnen und die Entscheidung über die Hauptpunkte beiden Monarchen offen zu halten. Der günstigste Augenblick für eine Zusammenkunft dürfte Anfang September sein. Nach den Zeitungen soll Graf Bismarck beabsichtigen, sich um jene Zeit nach Biarritz zu begeben. Nach Pariser Nachrichten hat die veränderte Sprache der dortigen tonangebenden Journale keine andere Bedeutung, als die Missstimmung der Redactionen über die eingestellten oder abgeminderten preussischen Subventionen. So soll z. B. das „Journal des Débats“ während des Krieges 1000 Franken täglich bezogen haben, jetzt nur ebensoviel monatlich erhalten. In St. Cloud herrscht tiefes Schweigen und sehr schlechte Laune. Geht Drouyn de Lhuys, um Benedetti Platz zu machen, so dürfte eine Verständigung Chancen haben. Eine solche würde uns nur zu Gute kommen können, so bedenklich dieselbe auch den Cabineten

von London und St. Petersburg erscheinen würde. Sollte aber Graf Bismarck gar nicht nach Biarritz gehen oder unverrichteter Sache heimkehren, so würden die „strategischen Rücksichten“ Alles überwiegen und die Kriegsbereitschaft vielleicht schwerer auf Deutschland drücken als der Krieg selbst.

Als ich den Grafen Bernstorff in Brighton sprach, konnten wir, weder er noch ich, eine Ahnung davon haben, dass Graf Bismarck bereits für die Ueberbrückung der Mainlinie Sorge getragen hatte. Wenn, wie Bernstorff meinte, die süddeutschen Regierungen zu mild behandelt worden, so beweisen die geheimen Militär-Conventionen mit Bayern und Württemberg, wie theuer jene Milde bezahlt worden ist. Denn thatsächlich waren die Könige von Bayern und Württemberg schon 1866 als preussische Vasallen zur Heeresfolge verpflichtet worden. Für Sachsen hätte darin ein grosser Trost gelegen. Das Geheimniss wurde jedoch anfangs streng gewahrt und Pfordten hütete sich wohl, uns gegenüber den Schleier zu lüften.

Wenige Tage darauf schrieb ich an Könneritz:

London, den 28. August 1866.

Aus der beifolgenden Berliner Correspondenz der „Times“ wollen Sie entnehmen, dass die Gewaltmassregeln, unter welchen Sachsen noch immer leidet, durch die Veröffentlichung des k. Handschreibens an den Freiherrn von Beust motivirt werden. Offen gestanden, ich hätte gewünscht, diese Veröffentlichung wäre erst nach Abschluss der gegenwärtigen Verhandlung erfolgt. Wenn Unbefangene, z. B. der alte Brunnow, der erhabenen Gesinnung, welche sich in jeder Zeile dieses huldreichen Schriftstückes ausspricht, vollsten Beifall schenken, so ist dies von den preussischen Ministern nicht zu erwarten. Ich sehe sehr schwarz in unsere nächste Zukunft und beneide Friesen und Hohenthal nicht um ihre dornenvolle Aufgabe.

Die Königin Victoria ist nach vierundzwanzigstündigem Aufenthalte in Windsor am vergangenen Donnerstag nach Balmoral gereist und glücklich dort eingetroffen. Prinz und Prinzessin von Wales, ebenso wie Prinz Alfred, sind auch in Schottland. Der Herzog und die Herzogin Christian von Schleswig-Holstein, kaum von ihrer Hochzeitsreise heimgekehrt, begeben sich ebenfalls nach Balmoral. Die Königin gedenkt dieses Jahr länger als gewöhnlich in den Hochlanden zu verweilen und erst in den letzten Tagen des October wieder in Windsor zu sein. General Peel, der Kriegsminister, begleitet Ihre Majestät.

Für das Ministerium sind die Aussichten schlecht genug. Man glaubt, Lord Derby werde sich nicht länger, als bis Ende Februar im Amte behaupten können. Ja, Einige halten es sogar für möglich, der alte Lord Russell könne wieder an das Ruder kommen. Mir erscheint dies sehr unwahrscheinlich. Die Reformbewegung geht unterdessen ihren Gang. Ein Monster-Meeting in Birmingham hat unter Bright's Mitwirkung gestern stattgefunden. Viele glauben, England, dessen Ansehen im Auslande völlig geschwunden, gehe Zuständen entgegen, wie wir sie in den einst so mächtigen Niederlanden vor Augen sehen. Wer denkt heute, wo über Luxemburg wie über eine *res nullius* zwischen Berlin und Paris verhandelt wird, noch an die Rolle, die die Generalstaaten vor einem Jahrhunderte spielten?

Gleichzeitig richtete ich folgende Zeilen an meine Mutter:

London, den 28. August 1866.

Ich kann dieses Jahr gar keine Pläne machen. Es wäre indiscret, um Urlaub zu bitten, solange die Verhandlungen noch schweben. London ist entsetzlich einsam und öde. Alle, die etwas thun, sind abwesend. Es ist also gar nichts

zu thun. Man glaubt kaum mehr in Europa zu sein auf dieser Insel, die sich mehr und mehr vom Verkehr mit dem Festlande abschliesst.

In diesen traurigen Zeiten sieht man die Hand vor den Augen nicht. Nebel, überall Nebel. Aber hinter den Nebeln glänzt und leuchtet die Sonne, wenn wir sie auch nicht sehen, wir blinden Menschenkinder. Es wird wohl wieder einmal Tag werden, aber für jetzt tappen wir im Finstern. Du hast ganz Recht!

Bedenkliche Nachrichten, die mir aus Berlin und Paris über den Gang unserer Verhandlung zugingen, veranlassten mich, an eine Idee Talleyrand's aus dem Jahre 1804 zu erinnern.

London, den 29. August 1866.

Wir leiden unter der Spannung, welche in diesem Augenblicke zwischen Paris und Berlin besteht. Ich sehe keine Hoffnung, wenn es nicht gelingt, diese Spannung zu heben. Liesse Frankreich seine Compensationsforderung fallen und zugleich seine Opposition gegen die Ausdehnung des Bundes auf den Süden, so würde sich dadurch einige Aussicht auf Erhaltung des Friedens eröffnen. Preussen könnte dann, wie Friedrich Wilhelm IV. wünschte, in Deutschland aufgehen und bedürfte nicht mehr einer so straffen militärischen Organisation des Nordens. Steht im nächsten Jahre dagegen ein Krieg mit Frankreich bevor, so schwindet vor dieser Gefahr jede Rücksicht. Möchte man sich doch in Paris daran erinnern, dass Talleyrand dem Könige von Preussen im Jahre 1804 nicht bloss Hannover, sondern auch die deutsche Kaiserkrone in der Ferne gezeigt hat. Schon in der Aufzeichnung vom 27. Juli ist es angedeutet worden, dass Sachsen das dringende Interesse hat, den Ausschluss des südwestlichen Deutschlands zu verhindern. Auch Oesterreich würde gut daran thun, wie die Sachen nun einmal

liegen in Deutschland, die Aufnahme nicht-preussischer Elemente eher zu begünstigen als zu verhindern.

Am 1. September veröffentlichte der preussische „Staats-Anzeiger“ den zu Prag am 23. August 1866 unterzeichneten Friedens-Vertrag zwischen Oesterreich und Preussen [1]). Man erfuhr zugleich, dass die Auswechselung der Ratificationen des preussisch-bayerischen Friedensvertrages erfolgt sei. Aber noch immer schwebten unsere Verhandlungen, und Hohenthal schrieb mir am 1. September in Verzweiflung, dieselben hätten noch gar nicht begonnen. Ich will den Leser mit den Einzelheiten dieser Negotiation, deren Knotenpunkt die Militär-Convention bildete, nicht ermüden, um so weniger, als ich keinen Antheil daran hatte und meine Aufgabe nur darin bestand, dem im Auslande weilenden König Johann dasjenige zu melden, was von den Tagesereignissen in meinen Gesichtswinkel fiel.

Am 3. September benutzte ich den englischen Courier, um den nachstehenden vertraulichen Bericht nach Schönbrunn gelangen zu lassen.

London, den 3. September 1866.

Der Herzog von Cambridge ist vor wenigen Tagen aus Deutschland zurückgekehrt und im Begriff, nach Schottland abzureisen. S. K. Hoheit hat mich heute mit einem längeren Besuche beehrt und mir mit tiefstem Bedauern von der Trostlosigkeit der deutschen Zustände gesprochen.

König Georg lebe in Illusionen (*in a fool's paradise*) und wolle noch immer nicht an den Verlust seiner Krone glauben. Die Abdication zu Gunsten des Kronprinzen sei durch den Grossherzog von Oldenburg angeregt worden. Von Berlin habe man jedoch nicht die leiseste Andeutung darüber empfangen, ob ein solcher Act die Einverleibung des Landes

---

[1]) Siehe Anhang Nr. XVII.

verhindern würde. Der König von Hannover habe daher keine Veranlassung gehabt, dieser oldenburgischen Insinuation Folge zu geben.

Der Herzog hat weder den Kaiser Napoleon gesehen, noch einen Versuch gemacht, den König von Preussen zu sprechen.

Seine hessischen Vettern in Rumpenheim seien davon durchdrungen, nur die Ausdehnung des Bundes auf den Süden würde einige Chancen bieten, den preussischen Uebermuth zu mildern. Die Vergewaltigung sei zu heftig, um zu dauern. Die Furcht vor Frankreich überwiege jedoch den Preussenhass.

Der Herzog glaubt, ein grosser Krieg im Spätherbst 1867 werde nicht zu vermeiden sein. Frankreich rüste allen Ernstes und Kaiser Napoleon sei offenbar schon nicht mehr in der Lage, dem Kriege ausweichen zu können.

An das Zeitungsgerücht von einer Verbindung zwischen dem Könige der Hellenen und der Prinzessin Louise glaubt S. K. Hoheit nicht; ebensowenig an die angebliche Mission Gladstone's nach Athen, um sich über die Stabilität des griechischen Thrones zu unterrichten.

Sir Charles Wyke, der frühere Gesandte in Hannover, scheine an Mr. Lumley's Stelle für Dresden bestimmt, falls Sr. Majestät dem Könige das Gesandtschaftsrecht verbleibe.

Der neuernannte hanseatische Minister-Resident Dr. Geffcken ist gestern Abend direct von Berlin hier eingetroffen. Er hat am Freitag, 31. August, sein Abberufungsschreiben überreicht und aus dem eigenen Munde des Königs von Preussen zu vernehmen gehabt, wie Seine Majestät sich selbst noch keine Vorstellung machen könnte über die Gestaltung der Dinge in Deutschland. Der hanseatische Diplomat fügte hinzu, das deutsche Parlament werde täglich nebelhafter. Graf Bismarck gestehe offen, bei der in Sachsen und Hannover herrschenden Stimmung sei an Par-

lamentswahlen noch lange nicht zu denken. Auch die liberale Partei des preussischen Landtages fange an stutzig zu werden und sich zu fragen, ob sie sich nicht schliesslich zwischen zwei Parlamenten, wie zwischen zwei Stühlen, unsanft niedersetzen werde.

Die gestern eingetretene Entlassung des Herrn Drouyn de Lhuys ist bekanntlich durch das Schreiben, welches Kaiser Napoleon am 12. August an seinen Minister des Innern. Marquis de La Valette, gerichtet hatte, motivirt worden [1]). Zweck dieses Schreibens war, den Minister des Innern zu beauftragen, die öffentliche Meinung über die an Preussen gestellte Compensationsforderung aufzuklären. Herr Drouyn de Lhuys, heisst es in dem kaiserlichen Schreiben u. A., habe für gut befunden, einen Conventions-Entwurf nach Berlin zu senden, um eine unbedeutende Grenzregulirung zu bereinigen. Der Kaiser habe nie die Absicht gehabt, die Grenzen von 1814 zu fordern und bedauere, dass diese Sache in die Oeffentlichkeit gedrungen. Der Marquis möge daher falschen Gerüchten durch die Tagespresse widersprechen und betonen lassen, wie es weit mehr im Interesse Frankreichs liege, *d'aider l'Allemagne à se constituer de la manière la plus favorable à nos intérêts et à ceux de l'Europe,* als unbedeutende Gebietserweiterungen zu erstreben. Die kaiserliche Kundgebung, welche Herrn Drouyn de Lhuys die Verantwortlichkeit für den in Berlin versuchten *coup d'épée dans l'eau* aufbürden möchte, liess diesem Minister keine Wahl: er musste auf seiner Entlassung bestehen.

---

[1]) Siehe das kaiserliche Schreiben in: Benedetti, Ma Mission en Prusse. Paris 1871. p. 181—182. Als dasselbe in einer englischen Zeitung veröffentlicht wurde, protestirte Drouyn de Lhuys energisch gegen die Behauptungen des Kaisers Napoleon, der Conventions-Entwurf sei ohne Vorwissen Sr. Majestät und im Widerspruche mit den Rathschlägen Benedetti's dem preussischen Gouvernement überreicht worden. Siehe das Schreiben des Herrn Drouyn de Lhuys an Napoleon III. vom 12. October 1867 in: Rothan, La politique française en 1866. pp. 371—73.

Zum Nachfolger war ursprünglich auf Rouher's Vorschlag Benedetti ausersehen. Dieser lehnte jedoch zu allgemeiner Ueberraschung aus Gesundheitsrücksichten ab und scheint den Marquis de Moustier empfohlen zu haben. Benedetti wünscht letzteren in Constantinopel zu ersetzen. Nach einem Privatschreiben Rouher's an Benedetti hat der Kaiser diesen Vorschlag sofort genehmigt. Rouher bedauert dies; er hätte gewünscht, Seine Majestät möchte noch einmal entschieden in Benedetti dringen, um diesen zur Uebernahme des Portefeuilles zu bewegen. Moustier braucht drei Wochen Zeit, bevor er in Paris sein kann. La Valette wird daher interimistisch das Ministerium des Auswärtigen übernehmen müssen.

Ueber die Persönlichkeit des neuen, wie man behauptet, völlig principienlosen Ministers brauche ich Ew. Excellenz nichts zu sagen. Sie werden sich seiner und seines kurzen Aufenthaltes in Wien erinnern. In Berlin scheint der Marquis de Moustier nicht im besten Andenken zu stehen. Sein Name figurirt in bekannten Scandalen, u. A. auch in jener Bestechungsgeschichte, welche während des Krimkrieges zu Tage kam. Es handelte sich dabei um wichtige Berichte des damaligen Militär-Attachés in Petersburg, die den Vertretern der Westmächte in die Hände fielen. In Constantinopel scheint Moustier eine gute Stellung zu haben. Er hat jedoch Russland so verletzt, dass Kaiser Alexander, als er die Kaiserin Eugenie in Schwalbach besuchte, gegen die damals beabsichtigte Versetzung des russenfeindlichen Marquis nach Petersburg protestirte. Moustier gilt endlich für den entschiedensten Gegner der weltlichen Gewalt des Papstes. Die Ernennung wird daher weder in Petersburg noch in Berlin, ebensowenig wie im Vatican einen guten Eindruck machen. Energisch, thätig und zu Allem zu brauchen, könnte jedoch der neue Minister in die gegenwärtige gewitterschwüle Situation passen und als dienst-

williges Werkzeug, sei es für, sei es gegen den Grafen Bismarck, zu brauchen sein.

Wenn man den gemässigten und staatsmännischen Fürsten La Tour d'Auvergne übergangen, so deutet dies darauf hin, dass man in St. Cloud entschlossen ist, die September-Convention von 1864 auszuführen und im December Rom, wie Graf Sartiges unablässig droht, wirklich zu räumen.

Nachschrift.

Dr. Geffcken hat mir über den Stand unserer Friedensverhandlungen in Berlin sehr unerquickliche Andeutungen gemacht. Dieselben werden durch einen mir heute zugegangenen Privatbrief des Grafen Hohenthal bestätigt und vervollständigt. Vielleicht liegt darin die Erklärung des Gerüchtes, dessen der Herzog von Cambridge gedachte, nach welchem S. Majestät der König sowie der Kronprinz der Krone zu Gunsten des Prinzen Georg zu entsagen beabsichtigen sollen. Gott verhüte einen solchen Entschluss! Trotz der harten Geduldsprobe ist doch nach Andeutungen, die ich heute erhalte[1]), noch Hoffnung vorhanden. Die Erfolglosigkeit der Mission des Freiherrn von Brenner darf nicht entmuthigen. Wenn das königliche Schreiben an König Wilhelm, wie die diesseitige Note vom 21. v. Mts., noch unbeantwortet geblieben sind, so ist dies eher ein gutes als ein schlechtes Zeichen. Wir können durch Aufschub der Entscheidung nur gewinnen.

Zwei Briefe, ein optimistischer aus Dresden und ein pessimistischer aus Wien, gingen kurz nach Absendung dieses vertraulichen Berichtes ein, und konnten mich nur darin be-

[1]) U. A. hatte mir ein früherer College, damals Secretär der britischen Botschaft in Berlin, ein ermuthigendes Wort des Grafen Bismarck mitgetheilt: Bismarck said that the King of Saxony was the only man in Germany fit to be a King, and afterwards added, after King William I.

stärken, dass es an der Zeit gewesen, einige Trostworte nach Schönbrunn gelangen zu lassen.

Hermann Freiherr von Friesen an den Verfasser.

Dresden, den 3. September 1866.

Dein überaus interessanter Brief vom 24. August ist mir durch Gruner's Vermittelung richtig zugegangen und hat mich in hohem Grade erfreut. Was Du über die dringende Nothwendigkeit der baldigen Rückkehr Ihrer Majestäten nach Dresden schreibst, ist mit meiner Ansicht ganz übereinstimmend. Auch habe ich nicht versäumt, an geeigneter Stelle diese Meinung geltend zu machen. Nach einigen Andeutungen, die ich erhalten habe, scheint man auch in Wien von dieser Nothwendigkeit überzeugt zu sein.

Ueber die hiesige Stimmung kann ich Dir kaum etwas mittheilen, da sich dieselbe in unserem gedrückten Zustande hebt und senkt. Was mich anlangt, so vertraue ich auf die Einsicht und Festigkeit unseres Herrn.

Möglicherweise kann die Anwesenheit des Prinzen Friedrich Karl von Preussen in Dresden einen günstigen Einfluss auf unsere Angelegenheiten üben. Details lassen sich darüber nicht mittheilen. Es hat zwischen ihm und dem Justiz-Minister, mit welchem der Prinz vor Jahren in Bonn viel verkehrt hatte, ein vertraulicher Gedankenaustausch stattgefunden. Zu grosser Genugthuung muss es uns gereichen, dass auch er die ausserordentliche Tüchtigkeit und Bravour unserer kleinen Armee ausdrücklich anerkannt hat.

Vor Allem müssen wir hier dahin wirken, dass Furcht und Ungeduld nicht allzusehr überhand nehmen. Das ist bei der Neigung der meisten Menschen, auf Nebendinge und Kleinigkeiten mehr zu achten als auf Hauptsachen, nicht immer eine leichte Sache, um so mehr, da uns ein öffentliches Organ nicht zu Gebote steht.

Von Wien schrieb man mir:

R. von Könneritz an den Verfasser.

Wien, den 5. September 1866.

Ich begreife sehr wohl, bester Graf, dass Sie mit Sehnsucht und Ungeduld Nachrichten von hier erwarten. Dies darf Sie aber in der Ueberzeugung nicht irre machen, dass Ihre Briefe und Berichte mit grossem Interesse gelesen und besprochen werden. Wenn formelle, eingehende Antworten nicht erfolgen, so liegt dies in der augenblicklichen Situation, die uns von Berlin von Tag zu Tag peinlicher und unheimlicher gemacht wird. Dorthin wendet sich die ganze Aufmerksamkeit, die ganze Thätigkeit unseres Herrn. Bei alledem geht es nicht vorwärts; wir machen Zugeständnisse auf Zugeständnisse — bald wird der Vorrath erschöpft sein — ohne irgend einen Erfolg zu vernehmen. Was heute mit Mühe und Noth als leise Nüance der Besserung in der Berliner Stimmung aufgefasst werden könnte, verschwindet morgen unter den Kundgebungen gesteigerten Misstrauens. Hierzu löst ein Vorwand den anderen ab. Bald ist es die fremde Einmischung, bald das Schreiben des Königs an den Minister Beust, womit jenes angebliche Misstrauen motivirt wird; dann machen die sächsischen Paraden in Wien, die niemals stattgefunden haben, wie die intimen Beziehungen zwischen den hiesigen Höfen den schlechtesten Eindruck. Kurz es wird Alles ausgenutzt, um die uns auferlegten Bedingungen als berechtigte hinzustellen. Gehen wir die hier nur beispielsweise unter vielen anderen hervorgehobenen Vorwürfe ein Bischen durch. Fremde Einmischung brauchten wir gar nicht zu provociren, sie ist die natürliche Folge der durch die Präliminarien geschaffenen Situation. Frankreich und Oesterreich haben das Recht und die Verpflichtung, die loyale Durchführung der für Sachsen getroffenen

Stipulationen zu überwachen. Die Voraussetzung, dass die Mächte durch die mühsam durchgesetzte Integrität eine blosse Redensart zum Vertrags-Artikel erheben wollten, wäre ein Attentat auf den gesunden Menschenverstand. Widersprüche geniren den Grafen B. nicht sehr. Als Pfordten anfangs klagte und fragte, warum man gerade Bayern so harte Bedingungen stelle, antwortete der preussische Minister, für Bayern interessire sich kein Mensch. Uns gegenüber argumentirt er umgekehrt.

Bezüglich des königlichen Handschreibens war ich für meine Person ganz Ihrer Ansicht. Der König verfügte aber die sofortige Veröffentlichung gerade aus Rücksicht auf Preussen, um den Verdacht fortgesetzter geschäftlicher Beziehungen mit Beust abzuschneiden. In redlicher Ueberzeugung, seit vielen Jahren mit einer Politik einverstanden, die sich aus dem Bundesverhältniss ergab, hat Seine Majestät keinen Augenblick angestanden, dies unter Anerkennung langjähriger treuer Dienste offen auszusprechen. Anstatt in dieser gewissenhaften Offenheit und in der edlen Loyalität eine Bürgschaft für die Zukunft zu finden, macht man einen Prätext zu den absurdesten Verdächtigungen daraus.

Der königlichen Familie die Intimität mit dem hiesigen Hofe zum Vorwurf machen zu wollen, jetzt, wo Preussen die Rückkehr nach Sachsen unmöglich macht, gehört zu dem Extremsten auf dem Felde der Vorwände.

Um solche Dinge drehen sich nun die vorläufigen Besprechungen in Berlin. Selbst die Verlängerung des Waffenstillstandes war in Frage gestellt und der König hat sich mit schwerem Herzen dazu entschlossen, den Königstein zu räumen und den preussischen Truppen zu übergeben. Das einzige materielle Object, das bei den Verhandlungen selbst verwerthet werden sollte, ist daher, bevor diese selbst begonnen, zum Opfer gefallen. Wir wissen zur Stunde noch

nicht, ob dieser königliche Entschluss die Aufgabe unserer Bevollmächtigten erleichtern wird. Doch lassen alle Anzeichen darauf schliessen, dass die Berliner Machthaber den Annexions-Gedanken mit unbarmherziger Beharrlichkeit verfolgen und zu diesem Zwecke kein Mittel scheuen. Von günstigen Bedingungen ist nicht die Rede, nur von einigermassen anständigen, wodurch die Rückkehr der königlichen Familie in das Land ermöglicht werden kann. Der König, davon können Sie überzeugt sein, - wird bis zur äussersten Grenze der Nachgiebigkeit gehen. Wo aber ist diese Grenze? Da treten so ernste Erwägungen ein, so ungemein zarte Rücksichten kommen zur Sprache, dass die reiflichste Ueberlegung kaum einen bestimmten Rath zu formuliren wagt. Glücklicherweise besitzt unser Allergnädigster Herr die schönste aller Eigenschaften, den Muth, der in ausserordentlichen Verhältnissen durch das reinste Gewissen eingegeben wird.

Ueber die eigentliche Bedeutung des Ministerwechsels in Paris fehlen noch Aufklärungen. In der Ernennung Benedetti's nach Constantinopel ist der leitende Gedanke schon deutlicher zu erkennen.

Viele Sachsen kommen und gehen. Das Bild, welches sie von Dresden entwerfen, ist höchst betrübend. Es hilft nichts, wir müssen die furchtbare Krisis durchmachen und uns täglich Muth und Geduld einreden.

Das war der letzte eigenhändige Brief, den ich von meinem früheren Chef erhalten sollte. Beinahe zwanzig Jahre vorher hatte ich unter seiner Leitung meine Wiener Lehrjahre begonnen. Ich kannte ihn also durch und durch und wusste, dass er nicht der Mann war, sich in seinem schon vorgerückten Alter in den eingetretenen Umschwung zu fügen. Er hatte immer Alles durch die Brille der Wiener Salons gesehen und sein seniler Pessimismus war nicht danach angethan, dem Könige die

schwere Prüfung zu erleichtern. Glücklicherweise besass dieser in seiner geistigen Frische und gottergebenen Seelenruhe Rathgeber, die alle übrigen entbehrlich machten. Der arme alte Könneritz erlag dagegen den Aufregungen jener Tage. Ein Schlaganfall warf ihn auf das Krankenlager und machte ihn zu jeder Arbeit unfähig. Er vegetirte noch einige Jahre, zeigte sich noch wie ein Schatten seiner selbst in der Wiener Gesellschaft, sollte aber das Ende des deutsch-französischen Krieges nicht mehr erleben.

Fünftes Kapitel.

London.

September 1866.

Privatbrief vom 10. September 1866: Die Motive des französischen Ministerwechsels; Rathlosigkeit in St. Cloud; Der englische Friedensjubel verstummt; Lord Stanhope als Botschafter in Paris in Frage. — Privatbrief vom 11. September 1866: Die Hannoverschen Majestäten in England erwartet; Luxemburg; Canada; Orient; Mexiko. — Privatbrief vom 13. September 1866: Mexiko; Conflicte zwischen Regierung und Kammer in Berlin; Luxemburg; Belgien; Englands Friedensliebe. — Nachrichten über die Verhandlungen in Berlin. — General von Fabrice. — Vertraulicher Bericht vom 18. September 1866: Die Circular-Depesche des Marquis de La Valette; Friedensseligkeit der City; Krankheit Napoleon's; Gährungsprocess der europäischen Allianzen; Orient. — Mr. Disraeli an den Verfasser, 15. September 1866: Einladung nach Hughenden Manor. — Besuch in Hughenden Manor. — Zur Charakteristik von Mr. und Mrs. Disraeli. — Anekdoten. — Lady Jersey und ihr Salon. — Vertraulicher Bericht vom 25. September 1866: Hofnachrichten; Disraeli's Auslassungen über die Sachlage; Oesterreich, Preussen, Frankreich, Hannover und Sachsen; Gesundheitszustand des Kaisers Napoleon und des Grafen Bismarck; Privatbrief der Königin Victoria über Belgien; Hannover und die braunschweigische Erbschaft.

Aus dem Privatschreiben des Herrn von Könneritz vom 5. September hatte ich zu entnehmen gehabt, dass man in Wien über den in Paris eingetretenen Ministerwechsel aufgeklärt zu sein wünsche. Ich zog daher einige Erkundigungen ein und war in der Lage, am 10. über die wahren Gründe, welche den Rücktritt des Herrn Drouyn de Lhuys veranlasst, einige vertrauliche Notizen einzumelden:

London, den 10. September 1866.

Fürst La Tour d'Auvergne würde wahrscheinlich der Nachfolger des Herrn Drouyn de Lhuys geworden sein, hätten seine mit anerkennungswerthem Freimuthe jederzeit

an den Tag gelegten religiösen Ueberzeugungen den Gedanken gerade jetzt aufkommen lassen können. Denn die römische Frage drängt zu Entscheidungen, welche mit den Principien dieses beharrlichen Gegners der September-Convention nicht in Einklang zu bringen sein werden. Der Botschafter dürfte übrigens nur auf kurze Zeit auf seinen hiesigen Posten zurückkehren. Wenigstens sagt man, der Marquis de Moustier sei nach einem kurzen ministeriellen Interregnum für London, der Marquis de La Valette für das Auswärtige, und Fürst La Tour d'Auvergne entweder für das Hausministerium oder für das Innere bestimmt, falls sich die Combination La Valette realisirt. Es ist endlich notorisch, dass der Fürst, kein Bewunderer der mattherzigen Politik des Herrn Drouyn de Lhuys, diesem Minister, namentlich in deutschen Fragen, sehr unumwunden opponirt hat. Jedenfalls hat der Austriacismus des Entlassenen Oesterreich mehr geschadet als genützt. Es muss jedoch hervorgehoben werden, dass der Rücktritt des Herrn Drouyn de Lhuys den ehrenwerthesten Grund hat. Denn aus zuverlässiger Quelle höre ich, er habe bereits am 5. Juli seine Entlassung eingereicht, weil er im Conseil mit seinem Antrage auf sofortige bewaffnete Intervention nicht durchgedrungen. Der Kriegs-Minister erklärte damals, er sei so wenig vorbereitet, dass es unmöglich, auch nur 100 000 Mann an die Grenze vorzuschieben. Auf Bitten des Kaisers behielt der Minister des Aeusseren zwar sein Portefeuille, bestand aber jetzt um so mehr auf seiner Entlassung, als er, nach Ablehnung der Compensationsforderung, anderweit mit einem Antrage auf eine energische Haltung Preussen gegenüber im Conseil unterlag. Der schon erwähnte kaiserliche Brief an La Valette[1]) bot nur den Vorwand.

---

[1]) Das kaiserliche Schreiben vom 12. August 1866 an La Valette findet sich u. A. in: Benedetti, Ma Mission en Prusse. Paris 1871. p. 171—172.

Uebrigens ist der Friedensjubel, mit welchem der französische Ministerwechsel im hiesigen Auswärtigen Amte begrüsst wurde, schon verstummt. Lord Stanley hält den Ausbruch des Krieges im Herbst 1867 oder spätestens im Frühjahr 1868 für unvermeidlich. Auch lassen die französischen Rüstungen, namentlich die hier in England angeordneten umfassenden Pferdeankäufe, kaum einen anderen Ausgang der Krisis erwarten.

In St. Cloud soll eine ganz unerhörte Rathlosigkeit herrschen. Was der kranke Kaiser Napoleon möchte, ist. ohne Krieg Zeit gewinnen und die Dinge in der Schwebe erhalten. Das Geheimniss der jetzigen französischen Politik ist, dass man in Wahrheit keine Politik hat. Wie weiland Kaiser Max auf der Martinswand, so steht Napoleon heute vor Abgründen, pfadsuchend, unschlüssig und von Gott und aller Welt verlassen. Der hiesige französische Geschäftsträger gesteht diese verzweifelte Lage unverhohlen ein. Baron Baude ist nur im Zweifel darüber, wo die peinlichste Verlegenheit zu suchen sei: in Rom oder in Mexiko, in Deutschland oder im Orient?

Die Vedette an der unteren Donau fängt an, den Russen wie den Engländern bedenklich zu werden. Zu diesen äusseren Complicationen treten die inneren, deren Gefahren durch die letzte Missernte empfindlich gesteigert worden sind.

Die Zeitungen senden Lord Stanley nach Balmoral. Bisher verlautet jedoch nichts von der Absicht, diesen Staats-Secretär dorthin zu berufen. Vielmehr soll Lord Derby den General Peel ablösen und Mr. Disraeli später den ersteren ersetzen.

In der Verzweiflung soll man Lord Stanhope bewogen haben, Lord Cowley's Erbschaft in Paris anzutreten. Diese Wahl fällt allgemein auf. Als Schriftsteller bekannt, ein *homo novus* in der Diplomatie und ohne alles Gewicht im

eigenen Lande, hat Lord Stanhope geringe Aussicht, die dornenvolle Stellung eines britischen Botschafters in Paris auszufüllen und zu behaupten.

In den darauf folgenden Tagen konnte ich hinzufügen:

London, den 11. September 1866.

Man sagt, die Hannoverschen Majestäten würden nun bald hier eintreffen und ihren dauernden Aufenthalt hier nehmen. Man erwartet, die Königin werde dem Herzog von Cumberland eine dessen Range entsprechende Residenz — vielleicht das jetzt leer stehende Schloss Claremont — anbieten. Auch die Verhandlung über das Privatvermögen des blinden Königs hat die britische Regierung in die Hand genommen. Lord A. Loftus schreibt, Graf Bismarck habe ihm versichert, es werde dem König Georg noch immer so viel bleiben als dem reichsten englischen Peer. Der britische Botschafter bittet jedoch, diese Schätzung nicht *au pied de la lettre* zu nehmen, da der preussische Premier von den Vermögensverhältnissen der britischen Aristokratie nur dunkele Begriffe habe. Jedenfalls würde dafür gesorgt werden, dem Könige ein dem Range eines englischen Prinzen entsprechendes Einkommen zu sichern.

Ueber die ernsten Verwickelungen, zu welchen die Luxemburger Frage Anlass giebt, versichert der hiesige niederländische Gesandte nichts zu wissen. Mit gewohntem Gleichmuth behandelt Lord Stanley diese Frage. Seiner Ansicht nach würde der König der Niederlande am besten thun, Limburg zu behalten und Luxemburg dem Könige von Preussen abzutreten. In Paris fährt man fort, namentlich seit der Besetzung von Mainz durch preussische Truppen, die Luxemburger Frage sehr ernst in das Auge zu fassen.

In Canada sind bedenkliche Verwickelungen noch immer

zu befürchten. Monk hat durch den transatlantischen Telegraphen einen Hilferuf hierher gesandt. Die Colonie ist durch die Fenier, welche sich in grosser Anzahl an der Grenze sammeln, bedroht. Ein Transportschiff mit Truppen an Bord ist bereits abgegangen; zwei andere folgen. Auch sollen 10 000 Hinterlader nebst Artillerie nach Canada expedirt werden.

Kandia und die orientalischen Wirren halten Brunnow, der nach Brighton wollte, in der Stadt zurück. Er verkehrt täglich mit Lord Stanley, dessen Indolenz den routinirten russischen Diplomaten zur Verzweiflung bringt.

In Mexiko geht es so schlecht, dass Kaiser Maximilian sich *à l'heure qu'il est* schon eingeschifft haben dürfte.

Mit beispielloser Aufrichtigkeit fährt der französische Geschäftsträger fort, seiner eigenen Regierung die unglaublichsten Dinge nachzusagen: „*Ils sont dans une fichue position à Paris,*“ versicherte er mir heute. „*Mon nouveau chef durera tout au plus deux mois.*“

Die Kaiserin Eugenie soll Moustier freilich nicht gewogen sein.

London, den 13. September 1866.

Die von den Zeitungen angekündigte Circulardepesche des Marquis de La Valette war gestern hier noch nicht eingegangen. Man wusste nur, dass sie unter der Feder und von keiner grossen Bedeutung sein soll.

Trotz der im heutigen „Moniteur“ veröffentlichten neuen Convention mit Mexiko wird diese Angelegenheit als *une affaire manquée et abandonnée* bezeichnet. Man vermuthet hier, Kaiser Maximilian werde nächstens wieder in Miramar eintreffen.

Die Conflicte, welche in Berlin zwischen der Regierung und der zweiten Kammer mitten im Siegesrausche eingetreten sind, geben der „Times“ zu einem nüchternen Commentar Anlass, den ich Ihnen nicht vorenthalten will.

Die Luxemburger Frage ist offenbar ein Stein des Anstosses. In Paris nimmt man die Sache ernster, als man in Berlin eingesteht.

Die Drohungen gegen Belgien, welche in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu lesen waren, sind den englischen Staatsmännern schwer auf die Nerven gefallen. An ein Heraustreten Englands aus seiner Passivität ist jedoch nicht zu denken.

„Je früher wir alle unsere Colonien los werden,“ sagte mir Sir Anthony Rothschild gestern, „desto besser für England. Wir wollen Frieden um jeden Preis. Alle unsere Staatsmänner sind dabei interessirt. Nehmen Sie z. B. Lord Derby. Er verdankt sein Einkommen von 120 000 Pfund Sterling dem Umstande, dass sich seine Güter in Irland und Lancastershire mit Fabriken und Fabrikstädten bedecken. Wie sollte er einer kriegerischen Politik das Wort reden? Und so sind sie Alle. Was kümmern uns Deutschland, der Orient, Belgien? Ueberwundener Standpunkt!“ . . . .

So gehört es heute in Holland zu den überwundenen Standpunkten, dass die Generalstaaten dermaleinst Ludwig XIV. und der spanischen Weltmacht Widerstand geleistet haben.

Der ministerielle „Standard“ hält heute der Unabhängigkeit Hannovers eine charakteristische Leichenrede, bezeichnet jedoch die fromme Antwort, welche die hannoversche Deputation in Berlin erhalten hat, als Blasphemie.

Während mir von Wien die Nachricht von der schon erwähnten ernsten Erkrankung des Herrn von Könneritz zuging, erhielt ich von dem Grafen Hohenthal aus Berlin die erste Kunde von einer günstigen Wendung der Dinge.

Gleichzeitig schrieb mir mein jüngster Bruder einen ausführlicheren Brief über die endlich angeknüpften, directen Ver-

handlungen in Betreff der sächsischen Armee. Derselbe hatte den General Fabrice nach Berlin begleitet. Wie ich schon im August dem Minister Beust vor dessen Rücktritte anheimgegeben, hatte man sich endlich entschlossen, den General von Fabrice, der als Generalstabs-Chef des Kronprinzen sich in der letzten Campagne ausgezeichnet, nach Berlin zu entsenden. Fabrice gehörte keiner alten sächsischen, sondern einer mecklenburgischen Familie an und hatte eine Preussin, eine Gräfin von der Asseburg, zur Gemahlin. Er hatte daher Verbindungen mit Preussen, galt für einen tüchtigen Offizier, wurde jedoch mit Recht oder Unrecht zu den politischen Gegnern Beust's und des Kriegs-Ministers Rabenhorst gezählt. Gerade dies hatte mich veranlasst, die Aufmerksamkeit auf diesen noch jungen, ehrgeizigen, aber vorurtheilsfreien Militär zu lenken. Er passte in die damalige Situation und wurde auch von den preussischen Generalen, den Grafen Moltke und Roon, ja selbst von dem Grafen Bismarck sehr liebenswürdig empfangen. Seine Aufgabe war keine leichte, da man anfangs Ansprüche erhob, welche, wenn man darauf bestanden, die völlige Auflösung unserer kleinen Armee zur nothwendigen Folge gehabt hätten. Die preussischen Generale hoben nicht mit Unrecht hervor, man könne dem Feinde, dessen Land man besetzt halte und dessen Armee noch im Auslande liege, nicht Concessionen machen, welche man den Bundesgenossen Preussens verweigert habe. Fabrice erwiederte darauf, der König von Sachsen sei im Norddeutschen Bunde der einzige Fürst, der ein ganzes Armee-Corps stelle und daher für dieses eine Sonderstellung beanspruchen müsse, welche geschichtlichen Traditionen entsprechen und den guten Geist der Truppen erhalten würde. Nach langen Discussionen rettete General Fabrice, was in dieser Beziehung zu retten war, und die preussischen Heerführer haben es am Tage von St. Privat nicht zu bereuen gehabt, der sächsischen Armee eine ihrer militärischen Ehre entsprechende Sonderstellung gelassen zu haben.

In Wien herrschte noch trotz des in Prag kaum erst ab-

geschlossenen „ewigen“ Friedens eine Animosität gegen den Sieger, welche unsere Verhandlung erschwerte. Auch die ersten dunkelen Gerüchte von Beust's Eintritt in den österreichischen Staatsdienst machten in Berlin böses Blut und die sächsischen Bevollmächtigten litten begreiflicherweise unter dieser übelen Laune.

Am politischen Himmel war inzwischen das Meteor der schon erwähnten Circular-Depesche des Marquis de La Valette erschienen [1]). Ich schrieb über den ersten Eindruck, den diese wunderliche Pièce hervorrief, vertraulich Folgendes nach Wien:

London, den 18. September 1866.

Die Circular-Depesche des Marquis de La Valette wird von der „Times“, wie die Anlage beweist, sehr beifällig besprochen.

Ich werde morgen einer freundschaftlichen Einladung Disraeli's namentlich desshalb folgen, weil ich in Hughenden Manor — dem in anderthalb Stunden zu erreichenden Landsitze des Schatzkanzlers — mehrere seiner Collegen, wie er mir schreibt, versammelt finden werde. Es wird sich dort Gelegenheit bieten, die sehr dürftigen Anschauungen der verödeten Metropole über Stimmungen und Verstimmungen des Cabinets aus unmittelbaren Quellen zu vervollständigen.

Nur soviel kann ich über die neueste französische Manifestation schon jetzt sagen, dass dieselbe in diplomatischen Kreisen den Eindruck einer Komödie macht, deren Geheimniss den Zuschauern bereits bekannt ist. Ich lasse es jedoch dahingestellt, ob *le secret de la comédie* wirklich in der momentanen Wehrlosigkeit Frankreichs zu suchen ist, wie man aus einem der Schlussparagraphen herauslesen könnte. *In cauda venenum.*

---

[1]) Siehe Anhang Nr. XVIII.

In der City herrscht die von der „Times“ getreulich abgespiegelte Friedensseligkeit. Ich konnte mich davon in einer Unterredung überzeugen, die ich gestern mit einem der intelligentesten hiesigen Handelsfürsten — so nennt man die semitischen Barone hier — gehabt habe. Das Gespenst einer preussisch-französisch-italienischen Triple-Allianz stört die Geschäftswelt nicht in ihrem aufrichtigen oder erheuchelten Friedensjubel. „Wir haben längst die Erfahrung gemacht,“ bemerkte der Millionär, „dass zwei oder drei grosse Bankhäuser eine Zeit lang zusammengehen können, um den Markt zu beherrschen. Solche Associationen brechen jedoch, kaum gebildet, zusammen und führen nur zu unvermeidlichen Rivalitäten. So wird es auch mit dem Compagnie-Geschäft gehen, welches jetzt in Berlin und Paris betrieben wird und nur auf vier, noch dazu recht kranken Augen beruht.“

Ueber den bedenklichen Gesundheitszustand des Kaisers Napoleon sind aus der *rue Laffitte* vertrauliche Nachrichten eingegangen, welche diejenigen bestätigen, die mir im Auswärtigen Amte mitgetheilt worden. Die Aerzte murmeln von Zuckerkrankheit (*diabète*), bezeichnen es jedoch als unbegründet, dass die unter dem Namen *Bright's disease* bekannte, unheilbare Nierenkrankheit in greifbaren Symptomen bereits hervortrete.

Kaiser Napoleon scheint die Reise nach dem entfernten Biarritz aufgegeben zu haben. Er dürfte früher als gewöhnlich nach Compiègne übersiedeln. Das wäre nicht unwichtig. Nach Privatnachrichten soll Graf Bismarck, der auch leidender ist, als die Zeitungen sagen dürfen, für den 21. in Ostende Quartier bestellt haben. Von Ostende ist Compiègne schneller und unbemerkter zu erreichen, als Biarritz von Berlin.

Der Gährungsprocess der europäischen Allianzen bekundet sich in diesem Augenblicke in widersprechenden Symptomen.

Frankreich beglückwünscht Preussen officiell zur Zerreissung des russischen Bündnisses und zu der durch die preussischen Waffen wiederhergestellten Unabhängigkeit Deutschlands. Dagegen begegnen sich England und Russland in dem Wunsche, einem mit dem eben beendeten Kriege in sehr engem Zusammenhange stehenden Wiederausbruche orientalischer Wirrsale entschlossen vorzubeugen. Die „Times"-Nachricht, England habe der Pforte das Opfer der Insel Kreta angesonnen, ist, wie ich aus sicherer Quelle weiss, aus der Luft gegriffen. Man hat der Pforte, welche von den jetzigen Ministern nicht so verzogen wird wie zu Lord Palmerston's Zeiten, den Rath gegeben, die Kandioten durch weise Concessionen zu beschwichtigen, gleichzeitig aber in Athen ein sehr ernstes Wort gesprochen. Da letzteres von zweien der drei Schutzmächte kommt, so ist alle Hoffnung vorhanden, dass es gelingen werde, hellenische Annexionsgelüste im Keime zu ersticken.

Die Beziehungen zwischen der russischen Botschaft und dem Auswärtigen Amte werden täglich intimer. Da Baron Brunnow in der Stadt bleibt, so ist es hoch an der Zeit, dass der k. k. Botschafter auf seinen hiesigen Posten zurückkehrt. Er wird in den nächsten Tagen erwartet.

Am 19. September traf ich in Hughenden Manor ein. Ich hatte die nachstehende Einladung dankbar angenommen und freute mich, einige Tage Landluft schöpfen zu dürfen.

Mr. Disraeli an den Verfasser.

Hughenden Manor, September 15th.

My dear Comte,

It will give Mrs. Disraeli, and myself, very great pleasure indeed, if you will come to us on Tuesday, the 18th, and stay with us until towards the end of the week.

You will meet Lord and Lady Cranborne, the Duke of Buckingham, and some others.

Yours sincerely

D.

Hughenden Manor in der Grafschaft Buckinghamshire ist ein Landhaus, welches sich mit den Prachtschlössern der Herzoge von Bedford, Westminster u. A. nicht vergleichen lässt. Anmuthig gelegen, comfortabel, wenn auch ohne Luxus eingerichtet, bot dieses Heim des Schatzkanzlers alle Annehmlichkeiten des englischen Landlebens. Die Besitzer erinnerten bereits an Philemon und Baucis. Philemon stand zwar erst in seinem zweiundsechzigsten Lebensjahre, aber Baucis war zehn bis fünfzehn Jahre älter. Sie waren schon seit dreissig Jahren verheirathet und niemals hatte die kleinste Wolke den Himmel dieses ehelichen Glückes getrübt. Mrs. Disraeli war eine noch junge, wohlhabende Wittwe, als sie sich, von den ersten Romanen des jungen Schriftstellers bezaubert, in diesen verliebte und ihm Herz und Hand anbot. Für den mittellosen Literaten israelitischer Herkunft war die Mitgift, die ihm seine Frau zubrachte, der Schlüssel in das Unterhaus. Ihr verdankte er die Möglichkeit, auf dem Felde der Politik seine Talente zu entwickeln. Er hat es ihr nie vergessen. Als man ihn einmal fragte, ob er es nicht bereue, eine Frau geheirathet zu haben, die um so vieles älter sei als er selbst, gab er die schöne Antwort: „Euere Frage beweist nur, dass Ihr nicht wisst, was Dankbarkeit ist.“ Disraeli hat seine Race nie verleugnet und in seinen Romanen deren geistige Ueberlegenheit überschwänglich gefeiert. Er rühmte sich, seine Voreltern hätten das gelobte Land lange vor des Kaisers Tiberius Regierung verlassen und sich zunächst in Portugal, dann in Venedig angesiedelt. Er pries sich glücklich, dass sonach der Fluch des Pontius Pilatus: „Sein Blut komme über euch und euere Kinder!“ die Disraelis nicht getroffen habe. Er wuchs jedoch als Jude auf und wurde erst in

seinem dreizehnten Lebensjahre getauft. Er sprach übrigens nie von seinen religiösen Ueberzeugungen nach der Maxime, die er dem Helden seines letzten Romans „Endymion“ in den Mund gelegt hat: „Ein weiser Mann spricht nie von seiner Religion.“ Als er zuerst in der Londoner Gesellschaft auftrat, behing er sich gern mit Ketten und Ringen und fiel durch seine excentrische Tracht auf. Bekannt sind die grünen Sammethosen, mit denen er bei dem Dichter Bulwer Lytton erschien, als dieser ihn zum ersten Male zum Frühstück geladen. Die einzigen Gäste ausser Disraeli waren Sir Henry Bulwer, der Bruder des Hausherrn und spätere Lord Dalling, und Mr. Cockburne, welcher Lord Chief Justice werden sollte und zu den geistreichsten Männern seiner Zeit gehörte. Das Frühstück wurde bald zum Turnier, in welchem Witz den Witz bekämpfte. Nachdem die beiden Brüder allein geblieben, fragte der ältere, wer sich wohl am meisten durch sprudelnden Geist und Humor ausgezeichnet habe. Nach einigem Ueberlegen antwortete Henry Bulwer: meiner Ansicht nach der Mann mit den grünen Sammethosen.

Im Jahre 1837 wurde Benjamin Disraeli in das Unterhaus gewählt, nicht ohne Mühe. Seine Jungfernrede war ein unglückliches Debüt, welches er selbst als *„failure“* bezeichnet[1]). Seine Gegner, die Radicalen, zischten und schrieen, um ihn nicht zu Worte kommen zu lassen. In den Zwischenpausen gelang es ihm jedoch, einige Sätze dem Hause zuzurufen, welche Echo auf den ministeriellen Bänken fanden. Namentlich machten die letzten Worte des jungen Redners Sensation. Mit Donnerstimme rief er, den Lärm übertönend: „Ihr wollt mich heute nicht anhören; nun wohl! ich sage Euch, die Zeit wird kommen, wenn dieses Haus mir bereitwillig das Ohr leihen wird.“ Auf Sir Robert Peel, den Führer der conservativen

---

[1]) Siehe Lord Beaconfield's Correspondence with his Sister. London 1886. p. 78—79.

Partei, der sich Disraeli angeschlossen, machten diese Worte, sowie der Muth, den der junge Redner bewiesen, den tiefsten Eindruck. Als sich Peel später von seiner Partei trennte, um die Korngesetze durchzubringen, fand er in Disraeli einen unbarmherzigen Gegner. Der Kampf jedoch, den letzterer mit dem hervorragendsten Staatsmanne jener Tage aufnahm, trug viel dazu bei, die Tories zu bewegen, den jüdischen Abenteurer, wie man ihn nannte, zu ihrem Führer im Unterhause zu wählen.

Als ich nach London kam, hatte Disraeli kaum erst als Schatzkanzler in dem kurzen, ersten Ministerium Lord Derby's auf den Regierungsbänken debütirt. Lord Derby hatte sich genöthigt gesehen, sich mit Neulingen zu umgeben. Als man ihn mit Erstaunen fragte, ob er das Schatzamt wirklich Disraeli zu übertragen gedenke, antwortete der edle Lord: „Warum nicht? Ich werde ihm Haar und Nägel etwas verschneiden, und so wird er mustergültig werden (*we will cut his nails and hair, and he will pass muster*).

Ich kam bald in vertrauten Verkehr mit Disraeli. Dass die Whigs ihn noch immer einen Abenteurer schalten, konnte mich nicht irre machen. Seine lebhafte Einbildungskraft, sein Humor und die philosophische Tiefe seines Geistes zogen mich mehr an, als Lord Palmerston's fossile Rodomontaden und Lord Russell's senile Geschwätzigkeit und Vielschreiberei. Was ich besonders in dem Führer der Conservativen schätzte, war seine sich immer gleich bleibende Liebenswürdigkeit. Er besass einen wunderbaren Gleichmuth. Mitten unter den leidenschaftlichsten Angriffen seiner Gegner blieb er kühl und sein steinernes Gesicht verzog keine Miene. Er theilte diese Eigenschaft mit dem alten Fürsten Metternich, auf dessen Zügen Niemand zu lesen vermochte, was in ihm vorging. Disraeli's parlamentarische Beredsamkeit war vielleicht nicht immer gleichwerthig, aber immer eigenartig. Er erzeugte Ideen, und darin lag seine Ueberlegenheit über die meisten seiner Gegner. Wenn ich in *the speaker's gallery*, von welcher aus wir den Debatten des Unter-

hauses folgten, eintrat, wusste ich auf den ersten Blick, ob Disraeli zu sprechen beabsichtige. Er hatte sich dann sorgfältiger gekleidet wie gewöhnlich, und trug anstatt einer dunkelen eine weisse Weste unter seinem Ueberrock. Das war ein untrügliches Zeichen. Zuweilen freilich nahm die Debatte eine Wendung, welche ihn nöthigte, seine ursprüngliche Absicht aufzugeben und seine Rede auf den nächsten Tag zu verschieben. Er war immer kampfbereit und sprach stets aus dem Stegreif, so sorgfältig er auch vorher seine Reden meditirte.

Mrs. Disraeli war eine treffliche Frau, gutherzig und bescheiden wie keine. Die Welt spottete oft über die Naivität, mit welcher sie ihre Bewunderung für ihren „Dizzy“ bekannte, seine weiche Haut und seine schönen Locken pries. Aber die Welt wusste nicht, welches tapfere Herz und welche tiefe Liebe sich hinter dieser kindlichen Naivität verbargen. Sie war so aufgeregt, wenn ihr Mann sprechen sollte, dass sie es nicht über sich bringen konnte, in der vergitterten Damenloge des Unterhauses der Debatte beizuwohnen. Sie fürchtete eine Ohnmacht und hielt sich fern, um den Gatten nicht etwa zu stören. Sie fuhr jedoch jedesmal mit ihm nach dem Westminster Palast zu den Sitzungen. Einmal, als er gerade eine wichtige Rede zu halten hatte, kam sie etwas zu spät. Disraeli wartete schon auf sie im Wagen. Sie sprang hinein in aller Eile, der Diener schlug den Schlag zu und klemmte den kleinen Finger der armen Frau ein. Sie, um ihrem Manne jede Aufregung zu ersparen, verbiss den Schmerz und verblieb mit dem eingeklemmten Finger, eine Viertelstunde lang wenigstens, ohne die geringste Klage. Erst nachdem Disraeli, nichts Arges ahnend, ausgestiegen und sich von ihr verabschiedet hatte, stiess sie einen Schmerzensschrei aus, der den Diener bewog, den eingeklemmten Finger zu erlösen. Ohnmächtig ward die tapfere Frau nach Hause gebracht. Ich erzählte diesen Zug der Königin in Osborne am Tage, als Disraeli sich zum ersten Male Ihrer Majestät als Premier-Minister vorgestellt hatte.

Die Glanzperiode Disraeli's habe ich leider nicht mehr in London erlebt. Er hatte mir immer vorausgesagt, er werde versuchen, die leidige Wahlreformfrage zu lösen, und sobald er Aussicht haben werde, einige Jahre im Amte zu bleiben, durch eine muthige auswärtige Politik *(a spirited foreign policy)* an die leider vergessenen Traditionen Lord Chatham's und Pitt's wiederanzuknüpfen. Er hat Wort gehalten, wenigstens Alles gethan, was sich thun liess, um dem commerciellen Indifferentismus und der beschränkten Selbstsucht seiner Landsleute entgegenzuwirken. Man hat ihm vorgeworfen, Theater-Coups zu lieben. Aber in einer Zeit, wie die jetzige, sind oft solche Ueberraschungen unabweislich, um die Massen patriotisch zu erregen und den kleinbürgerlichen Egoismus daran zu erinnern, dass grosse Reiche nicht bloss durch Kriege und Revolutionen untergehen, sondern auch in Reichthum und Genusssucht verfaulen können. Der Ankauf der Suez-Actien, die Erwerbung der Insel Cypern, die indische Kaiserkrone, welche er der Königin Victoria erwirkte, sind Acte, die der Geschichte angehören. Ebenso ist es unleugbar, dass der Earl of Beaconsfield, indem er sich nach dem Frieden von San Stefano zum Kriege mit Russland rüstete und indische Truppen herbeirief, dem Ehrgeiz der Slawophilen eine heilsame Lection ertheilt hat. Wenn Russland damals vorzog, den Berliner Congress zu beschicken, anstatt sich in einen unabsehbaren Weltkrieg zu stürzen, so hatte es dazu triftige Gründe. Wer u. A. die Briefe gelesen hat, welche der damalige General-Adjutant des Czaren, Fürst Emil von Sayn-Wittgenstein, im Jahre 1877 aus dem russischen Hauptquartiere geschrieben, der weiss, in welchem Zustande die russischen Truppen damals waren. Beiläufig sei bemerkt, dass, wenn sich Fürst Gortschakoff über Demüthigungen beklagt hat, die er vom Berliner Congresse heimgebracht, es höchst ungerecht war, den „ehrlichen deutschen Makler“ dafür verantwortlich zu machen. Denn der Berliner Congress hat nur die Abkommen sanctionirt, welche das Petersburger Cabinet vor dem Kriege

mit Oesterreich, nach San Stefano mit England abgeschlossen hatte.

Kehren wir zu den Zeiten zurück, als Mr. Disraeli noch keine Grafenkrone trug. Ich wählte in der Regel den Sonntag, um dem Vielbeschäftigten eine müssige Stunde abzugewinnen. Regnete es, so empfing er mich in seinem Arbeitszimmer im zweiten Stock, und wir schwatzten ungestört *de omnibus rebus et quibusdam aliis.* Bei schönem Wetter machten wir einen Spaziergang im Hyde Park. Disraeli's Haus lag dicht bei einem der Eingänge, Grosvenor Gate. Auch traf ich ihn öfter bei dem Baron Lionel Rothschild, wo Disraeli fast jeden Sonntag speiste. Am häufigsten sah ich ihn im Salon der Lady Jersey, dem einzigen seit Lady Granville's Tode, in welchem man jeden Abend ungeladen Bekannte traf.

Lady Jersey war eine ganz eigenartige Erscheinung in der Londoner Gesellschaft. Ihr Vater, Graf Westmoreland, hatte die einzige Tochter des reichen Bankier Child entführt und sich mit dieser von dem berühmten Schmied in Gretna Green trauen lassen. Child hatte das flüchtige Paar verfolgt und beinahe ereilt, als Westmoreland die Postpferde des Verfolgers niederschoss und diesen dadurch so lange aufhielt, bis die Trauung nach damaligen Gesetzen rechtsgültig vollzogen war. Der Bankier rächte sich, indem er seinen Schwiegersohn und dessen männliche Nachkommenschaft enterbte und sein bedeutendes Vermögen seiner Enkelin, der nachmaligen Lady Jersey, vermachte. Das Bankhaus ging unter Leitung von Vertrauensmännern *(trustees)* fort, und Lady Jersey musste alljährlich einmal in dem Comptoir erscheinen, um den Jahresabschluss und die nöthigen Vollmachten zu unterzeichnen. Das bedeutende Einkommen, welches ihr das Bankgeschäft gewährte, hatte sie zu einer der reichsten Erbinnen Londons gemacht. Lord Jersey begünstigte in seiner Jugend den Turf als ein grosser Pferdeliebhaber und Züchter. Er gehörte Zeit seines Lebens, wie seine Frau, zu den entschiedensten Anhängern der Tory-Partei. In dieser politischen Richtung

wurde das Ehepaar noch bestärkt, nachdem Lady Jersey's Bruder, Lord Burghersh, später Earl of Westmoreland, eine Nichte des Herzogs von Wellington geheirathet hatte. Nach der Schlacht von Waterloo besuchte Lady Jersey den „eisernen Herzog“ in Paris, hielt in London glänzendes Haus und galt während der Regentschaft und Regierung Georg's IV. für die Königin der Mode *(Queen of the fashion).* Es war die Zeit der exclusiven Almack-Bälle, der Brommel's und d'Orsay's. Als König Wilhelm IV. nach seinem Regierungsantritt sich mit der Königin Adelheid zum ersten Male in Hyde Park zeigte, kreuzte der königliche Wagen die Equipage der Lady Jersey. Diese grüsste selbstverständlich, die Königin bemerkte es und der König rief: „Lady Jersey hat Dich gegrüsst? Nun, dann ist Dein Weg gemacht.“

Als ich nach London kam, hatte die Königin der Mode ihr Scepter längst niedergelegt. Sie war alt geworden, hatte eine ihrer Töchter, Sarah, dem Fürsten Nikolas Esterhazy vermählt, dem Sohne des Fürsten Paul, des langjährigen österreichischen Botschafters in London. Die jüngste Tochter des Hauses, Lady Clementine Villiers, von den Intimen „Lady Clem“ oder „Clemmy“ genannt, war unvermählt geblieben. Sie war schön, liebenswürdig und hochgebildet, hatte viele Freier abgewiesen, u. A. einen königlichen Prinzen, da sie eine morganatische Heirath unter ihrer Würde fand. Lady Clementine, die alle lebenden Sprachen mit gleicher Leichtigkeit wie ihre eigene sprach, war der Magnet, der in dem Salon ihrer Mutter die auserwählte Gesellschaft Londons vereinigte. Nach dem Tode ihres Gemahles und dieser Lieblingstochter ging Lady Jersey nicht mehr in die Welt. Sie empfing aber jeden Abend zwanzig bis dreissig Personen.

Ihr Salon war das Hauptquartier der Tories und die leidenschaftlichste von Allen war die Frau vom Hause. Bei allen ihren Schwächen hatte sie die seltene Gabe, die widerstrebendsten Elemente zeitweilig zu versöhnen und ihre Avant-Soirées

immer harmonisch zu gestalten. Disraeli war ein gefeierter Gast, nur schalt ihn die alte Dame zuweilen, weil er ihrer Ansicht nach viel zu weit nach links gerathe und den Radicalen Concessionen mache, die der Herzog von Wellington nicht gebilligt haben würde.

In Hughenden Manor begegnete ich damals auch Lord Cranborne, heute Marquis von Salisbury.

Wir machten einige Ausflüge und besuchten mehrere Parks in der Umgegend. Mein Hauptvergnügen war jedoch, mit dem Hausherrn seine Autographen zu durchmustern. Er hatte seit Jahren die an ihn eingegangenen eigenhändigen Briefe hochgestellter Persönlichkeiten in einem alten Schreibtische verwahrt. Sehr zahlreich und zuweilen sehr interessant waren die Briefe des Königs Leopold I. Auch fehlten lange eigenhändige Schreiben des Prinzen Albert nicht, wie denn beinahe alle Staatsmänner, die seit dreissig Jahren eine Rolle gespielt, zu dieser Sammlung beigetragen hatten. Des alten Fürsten Metternich *billets de matin* wurden besonders hoch geschätzt.

Ueber die Tagespolitik erfuhr ich wenig Neues. Disraeli, der immer ein warmer Freund Oesterreichs gewesen, zuckte die Achseln und meinte, diese Macht müsse vor der Hand ganz ausserhalb aller Berechnung bleiben. Dagegen sprach er mit der grössten Geringschätzung von Louis Napoleon, den er früher als Flüchtling im Hause der Lady Blessington oft gesehen hatte. Dem Kriege mit Preussen werde der Kaiser der Franzosen weder entgehen können, noch gewachsen sein. Der englische Staatsmann sah den Sturz des zweiten Kaiserreiches mit seltener Klarheit voraus und hatte nur den einen Wunsch, England in das bevorstehende continentale Imbroglio nicht verwickelt zu sehen.

In dem nachstehenden vertraulichen Berichte habe ich das Wesentliche aus den Auslassungen des Schatzkanzlers zusammengestellt.

London, den 25. September 1866.

Die Königin wird erst Ende nächsten Monats in Windsor erwartet. Von dort begiebt sie sich nach kurzem Aufenthalt nach Osborne, um bis nach Weihnachten zu verbleiben.

Seit dem 21. d. ist Lord Derby in Balmoral, wo ihn am 3. k. Mts. Sir Stafford Northcote ablösen wird.

Es ist von einem nahe bevorstehenden Besuche des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin von Preussen die Rede.

Prinz und Prinzessin von Wales haben Abergeldie verlassen. Dieses ganz in der Nähe von Balmoral liegende Schloss ist jetzt dem Herzoge und der Herzogin von Aumale zur Verfügung gestellt worden. Der Thronerbe und seine Gemahlin werden zunächst den Herzog und die Herzogin von Sutherland in Dunrobin Castle mit einem Besuche beehren und sich dann nach Sandringham begeben. Dort wird die Königin von Dänemark erwartet. Möglicherweise begiebt sich der Prinz von Wales nach Petersburg, um der Vermählung der Prinzessin Dagmar mit dem Grossfürsten Thronfolger beizuwohnen. Die Prinzessin von Wales dürfte jedoch kaum ihren Gemahl begleiten, da erneute Hoffnungen die weite Reise in gegenwärtiger Jahreszeit bedenklich erscheinen lassen.

Mein kurzer Aufenthalt in Hughenden Manor hat mir Gelegenheit geboten, mich mit dem Schatzkanzler über die Sachlage auszusprechen. Bei aller Liebenswürdigkeit war Disraeli als Minister selbstverständlich in seinen Aeusserungen reservirter, als er als Führer der Opposition zu sein pflegte.

In dem folgenden Resumé habe ich die Hauptpunkte mehrerer Unterredungen zusammengefasst.

Disraeli betrachtet die überwältigenden Ereignisse der letzten Monate im Allgemeinen mit der bekannten insularen Gleichgültigkeit. Die so gewaltsame Action lasse mit Be-

stimmtheit eine Reaction voraussehen. Die Circulare des Marquis de La Valette sei ein *testimonium paupertatis.* Worte und Phrasen könnten die Thatsache der diplomatischen Niederlage nicht verschleiern, welche der Urheber des letzten Krieges, Louis Napoleon, erlitten. Der moralische Bankerott dieses Gewalthabers sei offenkundig. Er gehöre nun einmal zu denen, die, um ihr Leben zu fristen, fortwährend zum Handeln verurtheilt seien. Wer, wie Napoleon III., immer handeln müsse, sei gezwungen, künstlich Gelegenheiten zu schaffen, um dieselben zum eigenen Vortheile auszunützen. Bei diesem Spiele könnten falsche Berechnungen nicht ausbleiben. In der Action mache Jeder Fehler, der Eine mehr, der Andere weniger. Durch jahrelanges Glück habe dieser Kaiser die Franzosen daran gewöhnt, ihn persönlich für Alles verantwortlich zu machen. Jetzt sei die Ebbe eingetreten. In Mexiko wie in Deutschland sei Alles anders gekommen, als er gewünscht und geglaubt. Die Folgen würden nicht ausbleiben.

Deutschland anlangend, so habe freilich Niemand in Europa die Schwäche und die Unfähigkeit der österreichischen Regierung voraussehen können. Man müsse in Wien in Trugschlüssen und Selbsttäuschungen eingeschlafen gewesen sein, sonst lasse sich weder das Geschehene noch die Anarchie erklären, welche heute noch in den Central-Organen dieses gewaltigen Reiches vorzuwalten scheine. Eine solche Rath- und Thatlosigkeit sei unerhört in der Geschichte.

Der König von Hannover, bemerkte Disraeli, werde bei der Königin Victoria auf keine allzu warme Aufnahme rechnen dürfen. Sir Charles Wyke berichte zwar fortwährend von der Abneigung der Hannoveraner gegen die preussische Herrschaft, aber was könne das helfen? Preussen sei über Nacht die erste Militärmacht des Continents geworden. Ueber diese Thatsache sei nicht hinwegzukommen. Vielleicht würde die preussische Regierung

im eigenen Interesse weiser handeln, wenn sie grössere Mässigung in der Ausnutzung des unerwarteten Sieges zeigen wollte. Das ändere jedoch nicht, dass Graf Bismarck heute Herr der Lage sei. Weder in Frankreich noch in Russland sei vorläufig an Widerstand zu denken. Das Beste, was Sachsen thun könne, sei daher, ein halbwegs leidliches Abkommen zu treffen, welches dem Könige gestatte, baldmöglichst in sein Land zurückzukehren und die Ereignisse abzuwarten.

Nach den Aeusserungen des Schatzkanzlers scheint übrigens die Verständigung zwischen England und Russland nicht so weit gediehen zu sein, als man hier geglaubt hat. Die russischen Koketterien mit Amerika haben offenbar Misstrauen erregt. Das Erscheinen des Sternenbanners an der Küste von Kandia ist nicht danach angethan, John Bull übergrosses Vertrauen einzuflössen. Baron Brunnow ist nach Brighton gegangen. Er scheint dort den Ausgang des Kampfes abwarten zu wollen, der auf dem klassischen Boden des alten Kreta jetzt ausgebrochen ist. Im Auswärtigen Amte sind darüber bis jetzt nur spärliche Nachrichten eingegangen; die letzten lauten günstig für die türkisch-egyptischen Waffen.

Lord Stanley äussert sich, obgleich mit gewohnter Zurückhaltung, beifällig über die französische Circular-Depesche. Er schliesst daraus, dass der Friede bis zum nächsten Frühjahre gesichert scheine, und mehr dürfe man nicht verlangen.

Seit mehreren Tagen circuliren dunkele Gerüchte über den Gesundheitszustand des Kaisers der Franzosen, wie über den des Grafen Bismarck. Die Gehirnnerven Beider sollen so angegriffen sein, dass man in Paris von einer Regentschaft, in Berlin von einem Ministerwechsel murmelt. Gewisse Zeitungen gehen so weit, Herrn von Savigny schon als den Nachfolger des Grafen Bismarck zu bezeichnen.

Wenn die Reise Napoleon's nach Biarritz, die bereits aufgegeben war, dennoch unternommen worden, so erklärt man es sich auf verschiedene Weise. Die Einen sagen, die Kaiserin Eugenie habe mit einer abenteuerlichen Pilgerfahrt nach Rom gedroht, falls die September-Convention zur Ausführung gelange; der Hauptzweck des kurzen Aufenthaltes in Biarritz sei, dieses Abenteuer zu verhindern. Andere behaupten, diese Luftveränderung sei von den Aerzten nur desshalb dringend empfohlen worden, um gewisse Einflüsse zu neutralisiren, die sich während der Abwesenheit der Kaiserin wiederum geltend gemacht hätten. Die „Times" in ihrem gestrigen Leitartikel deutet auf Beides hin. Fürst Metternich wird, wie Graf Goltz, dem Kaiser nach Biarritz folgen. Das „Mémorial diplomatique" verkündet, Graf Bismarck habe neuerdings wieder den Entschluss gefasst, in dem Pyrenäen-Seebade Stärkung zu suchen. Ob diese Nachricht sich bestätigt, lasse ich dahin gestellt. Gewiss ist, dass Lord A. Loftus berichtet, die Gesundheit des preussischen Minister-Präsidenten sei sehr angegriffen.

Der französische Geschäftsträger hofft, Graf Bismarck werde vermeiden, sich jetzt in Frankreich zu zeigen. Die Missstimmung gegen seine Person lasse unliebsame Auftritte befürchten. Diese Missstimmung des französischen Volkes beschränkt sich übrigens nicht bloss auf den preussischen Premier. Darüber darf der officiöse Beifall nicht täuschen, welchen die Tagespresse der La Valette'schen Circulare spendet. Ja, man fürchtet sogar, die französische Regierung könne sich dadurch verleiten lassen, dem Satze: *que les petits États ont la tendance de disparaître*, eine Nutzanwendung zu geben, die in Belgien schwer empfunden werden würde. Die Vertrauensseligkeit, welche Lord Stanley in dieser Beziehung zur Schau trägt, verhindert das Misstrauen nicht, mit welchem man von den französischen Beruhigungen Act genommen hat. Die Königin

soll sich in einem Privatschreiben sehr entschieden zu Gunsten Belgiens ausgesprochen haben. Die Anwesenheit Derby's in Balmoral dürfte dazu benutzt werden, in dieser Frage allen Eventualitäten der Zukunft gegenüber vollen Einklang zwischen der Krone und den Ministern herzustellen. In dieser Beziehung wird auch dem Umstande einige Bedeutung beigelegt, dass der Herzog von Aumale, der politisch Bedeutendste der Prinzen von Orleans, gerade jetzt in den Hochlanden verweilt.

Die Königin soll gewünscht haben, König Georg möge das Anerbieten des Herzogs von Braunschweig, den Kronprinzen von Hannover zu adoptiren, annehmen. Die Verhandlung ist, wie ich höre, gescheitert. Der König weigert sich, in der zugesicherten braunschweigischen Erbfolge einen Ersatz für die hannoversche Krone zu erblicken. Ein Familien-Arrangement ist noch immer möglich, so sehr dasselbe auch durch die Abneigung des Königs Georg gegen eine directe Verständigung mit Preussen erschwert wird.

Der k. k. Botschafter ist aus der Schweiz hierher zurückgekehrt. Graf Apponyi beabsichtigt, sich im November nach Ungarn zu begeben, wo die Vermählung seiner Tochter mit dem Erben des Hauses Borghese vollzogen werden soll.

Die heutige „Times" spendet den obschwebenden Verhandlungen zwischen Sachsen und Preussen den angebogenen Leitartikel. Derselbe trägt wiederum die altkluge, schlechtunterrichtete Präpotenz zur Schau, mit welcher das City-Blatt continentale Angelegenheiten zu besprechen liebt. Hoffentlich macht der baldige Abschluss der Berliner Verhandlungen dergleichen unliebsame, wenn auch im Grunde wohlgemeinte Commentare überflüssig.

Sechstes Kapitel.

London.

September und October 1866.

Der k. sächsische Gesandte von Bose an den Verfasser, Wien 24. September 1866: Ersetzung des Herrn von Könneritz; Bismarck's Erkrankung verzögert die Verhandlungen. — Vertraulicher Bericht vom 28. September 1866: Unterredung mit dem Herzog von Cambridge über Hannover; Günstige Wendung der sächsischen Friedensverhandlungen; Napoleon's Gesundheitszustand. — Privatbrief vom 30. September 1866: Mr. Henry Reeve's Auffassung der Sachlage. — Vertraulicher Bericht vom 2. October 1866: Hofnachrichten und Reiseprojecte; Englands günstige Finanzlage; Rüstungen und Küstenbefestigungen; Gerüchte über eine Reform Bill der Tories. — In Paris Dezember-Sitzung: Armee-Reorganisation und Mexiko. — Vertraulicher Bericht vom 3. October 1866: Die Illusionen des französischen Geschäftsträgers. — Der König von Sachsen in Karlsbad. — Privatbrief vom 8. October 1866: Ausflug nach Paris; Beust's Berufung durch die Zeitungen bekannt; Anerbieten, wenn nöthig, nach Karlsbad zu kommen; Kaiserin Charlotte; Cowley; König Wilhelm. — Vertraulicher Bericht vom 9. October 1866: Widerlegung der Illusionen des französischen Geschäftsträgers; *Apaisez!* die Losung, *Laissez faire!* das Schiboleth der französischen Politik; Napoleon's Gesundheit; Von Frankreich nichts zu Gunsten der sächsischen Verhandlungen zu erwarten, ebensowenig von Oesterreich; Werther; Beust; Bismarck's Erkrankung. — Privatbrief vom 12. October 1866: Napoleon's Gesundheitszustand; Streitigkeiten im französischen Cabinet; La Valette nach Biarritz; Moustier mit der Kaiserin Eugenie ausgesöhnt; Römische Frage; Moustier's orientalische Politik; Zusammengehen mit England; Eventualitäten nach Napoleon's Tod; Englische Reform-Krisis. — Mr. Disraeli an den Verfasser, Hughenden Manor, 16. October 1866: Dank für die Mittheilung von Moustier's Programm; Napoleon's Gesundheit erregt vorläufig keine Besorgnisse. — Herr von Bose an den Verfasser, Karlsbad 15. October 1866: Gründe, welche die Berufung nach Karlsbad unmöglich machen; Stand der Verhandlungen; Der König. — Vertraulicher Bericht vom 16. October 1866: Die „Times“ über den Frankfurter Protest; Der Bankerott des Bonapartismus in Frankreich; Aussichten der Zukunft; Annäherung Frankreichs an England. — Unterzeichnung des Friedens-Vertrages am 21. October. — Rückkehr des Königs nach Dresden. — Schlusswort.

Inzwischen hatte in Wien die Erkrankung des Herrn von Könneritz einen temporären Ersatz nöthig gemacht. Der nach

Schluss des Frankfurter Bundestages dienstfrei gewordene sächsische Gesandte von Bose wurde daher berufen und schrieb mir:

Der k. sächsische Gesandte von Bose an den Verfasser.

Wien, den 24. September 1866.

Mein alter Freund!

Du wirst zu Deiner nicht geringen Ueberraschung durch Circulare erfahren, dass ich seit gestern an Könneritz' Stelle die Führung der Auswärtigen Angelegenheiten übernommen habe, insoweit sie unter den obwaltenden Umständen ohne Concurrenz des Ministers Falkenstein, der das Ministerium interimistisch übernommen hat, erledigt werden müssen. Da Ihr Alle auf Eueren Posten nöthig seid, ich mich aber auf dem *pavé* befinde, so hat dieser Umstand wohl meine Wahl bestimmt. Meine Functionen erlöschen natürlich mit der Rückkehr des Königs nach Sachsen. Wann diese erfolgt, scheint mir nach Allem, was ich seit meiner vierundzwanzigstündigen Anwesenheit hier erfahren, noch immer etwas nebelhaft. Selbst die Militär-Convention ist neuerdings allerlei Schwierigkeiten begegnet, doch steht zu hoffen, dass dieselben jetzt als beseitigt zu betrachten sind, nachdem man unsererseits bis an die äussersten Grenzen gegangen ist, d. h. Alles zugestanden hat, was mit der Ehre und Würde des Königs und der Armee vereinbar war. Sobald etwas in dieser Beziehung feststeht, werde ich es Dir mittheilen, denn ich weiss aus eigener Erfahrung, wie peinlich gerade in diesem Augenblicke gänzliche Unkenntniss ist. Die Krankheit des Grafen Bismarck hat auf unsere eigentlichen Friedensverhandlungen hemmend und störend gewirkt.

Die mir in diesem Briefe angekündigte Circulare brachte mir die Weisung, meine für den König bestimmten vertraulichen

Berichte, wie bisher, an die k. Gesandtschaft in Wien zu adressiren.

Die Krankheit des Grafen Bismarck wurde mir gleichzeitig auch von mehreren anderen Correspondenten als die Hauptursache, welche die Friedensverhandlung verzögerte, bezeichnet. In diesen Briefen, welche zu wenig historischen Stoff enthalten, um sie hier wiederzugeben, wurde übereinstimmend die weise Mässigung des leitenden preussischen Ministers gerühmt.

Die nachfolgenden, für den König bestimmten, unter Bose's Adresse ausgefertigten, vertraulichen Meldungen werden kaum einer Erläuterung bedürfen.

London, den 28. September 1866.

S. K. Hoheit der Herzog von Cambridge. vorgestern aus Schottland zurückgekehrt, hat mich gestern mit seinem Besuche beehrt.

Der Herzog beklagt den verlängerten Aufenthalt des Königs von Hannover in Wien und glaubt, Seine Majestät werde hier zwar freundlich aufgenommen, aber nicht eingeladen werden. Wenn man in Balmoral die Uebersiedelung nicht wünsche, so sei der Grund davon in der Abneigung gegen eine Familienheirath zwischen so nahen Verwandten zu suchen. In Berlin scheine man geneigt, die Privatvermögens-Verhältnisse ebenso anständig zu ordnen, als die des Kurfürsten von Hessen. Wenn aber König Georg, nachdem er die braunschweigische Succession für den Kronprinzen abgelehnt, die Initiative zu einer directen Verhandlung mit Preussen nicht ergreife, so stehe auch der Verlust seines Privatvermögens zu befürchten. Sir Charles Wyke schreibe sehr trostlos aus Hannover. Die Königin scheine weit mehr geneigt als ihr Gemahl, die Dinge zu sehen, wie sie nun einmal sind. Sie beklage Illusionen, welche durch loyale Kundgebungen nutzlos bestärkt würden.

Lord Stanley beglückwünschte mich vorgestern Abend

mit ungewohnter Wärme über die günstige Wendung, die unsere Berliner Verhandlung genommen habe.

Die heutigen Zeitungen melden, S. Majestät der König sei gestern in Prag, Staatsminister von Friesen in Dresden eingetroffen, in der Absicht, sich nach der böhmischen Hauptstadt zu begeben. Trotz der entmuthigenden Orakelsprüche der Zeidler'schen Provinzial-Correspondenz hoffe ich daher auf den nahe bevorstehenden Abschluss des Friedenswerkes. Ein Privatbrief aus Berlin vom 14. d. hat mich bereits darauf vorbereitet.

Ueber die Gesundheitsverhältnisse des Kaisers Napoleon circuliren täglich widersprechende Gerüchte. Am Glaubwürdigsten erscheint, dass es sich um ein Steinleiden handelt, ähnlich dem, welchem der König der Belgier Leopold I. nach einer schmerzhaften Operation erlegen ist. Kurz vor seiner Abreise soll Napoleon eine zweistündige Ohnmacht gehabt haben, die grosse Besorgniss erregte. Nélaton ist berufen worden. Dieser berühmte Chirurg soll Symptome einer vorgerückten Rückenmarksschwindsucht entdeckt und die Zuckerkrankheit für ein secundäres Uebel erklärt haben. Pessimisten glauben, der Kaiser der Franzosen könne eines Morgens todt im Bette gefunden werden. Er ist, nur um die Kaiserin und das Publicum zu beruhigen, nach Biarritz gegangen.

In Berlin würde man gerade jetzt diesen Todesfall beklagen. In Brüssel scheint man bestürzt über diese Nachrichten, da man die Orleans fürchtet, mit denen der dortige königliche Hof nicht im besten Einvernehmen stehen soll.

Die Sage geht, Fürst Gortschakoff und Graf Bismarck würden in Biarritz erwartet. Ueber den Gesundheitszustand des Letzteren hat man im Auswärtigen Amte bedenkliche Nachrichten. Lord Stanley sagte mir geradezu, Graf Bismarck werde sich aufreiben, wenn er sich nicht eine Zeit lang völlige Ruhe gönnen wolle.

London, den 30. September 1866.

Mr. Henry Reeve — ein alter Bekannter des Freiherrn von Beust, ein Vertrauter Palmerston's und Clarendon's, ein Mann von ausgesprochener liberaler Färbung, der lange in Deutschland gelebt und mehrjähriger Correspondent der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ war, — gehört zu den Persönlichkeiten, welche einen massgebenden Einfluss auf die hiesige öffentliche Meinung üben.

Ich hatte Reeve seit dem Monate Mai nicht begegnet und es war mir interessant, seine Auffassung der Sachlage zu vernehmen.

Mr. Reeve beklagte zunächst die Blindheit des Chef-Redacteurs der „Times“, welcher durch seine Beräucherungen des momentanen Erfolges die öffentliche Meinung gründlich irre geführt habe. Sich einbilden, dass mit dem Triumph der Gewalt über das Recht Englands Interesse gedient werde, sei geradezu kindisch. In Europa habe England nur ein Interesse: die Aufrechterhaltung des Friedens. Jeder Continentalkrieg schwäche Englands Machtstellung. Die Bismarck'sche Politik streue aber den Samen unabsehbarer Kriege aus. In Deutschland herrsche das Schwert. Das Recht sei allenthalben verletzt. Die Willkürherrschaft sei, bei Lichte betrachtet, Anarchie. Dass sich aus dem jetzigen Chaos ein neuer Rechtszustand bilden werde, stehe zu hoffen; dass dies ohne Krieg möglich, sei undenkbar. Die preussisch-französische Allianz sei eine Möglichkeit, stehe aber nur auf vier Augen, beruhe, mit anderen Worten, lediglich auf der politischen Wahlverwandtschaft zwischen Napoleon und Bismarck. Vollziehe sich diese Allianz der beiden mächtigsten Militärstaaten der Jetztzeit, so werde sich dieselbe nothwendig ein Object suchen müssen. Dieses Object sei ein doppeltes. Einmal: Vernichtung der österreichischen Monarchie, deren deutsche Provinzen seit dem

Prager Frieden in dasselbe Verhältniss zu Preussen getreten seien, in welches der Tractat von Zürich Venetien Italien gegenüber gebracht hatte; Böhmen, Mähren, Tyrol u. s. w. seien deutsche Venetien geworden. Dann: völlige Losreissung Preussens von Russland. Das sei, was La Valette unter „Allianzen-Freiheit" verstehe. Als Gewähr und Beweis dafür, dass Preussen in europäischen Fragen aufgehört, Vasall des Czaren zu sein, werde Louis Napoleon die Wiederherstellung Polens verlangen, d. h. die Vertreibung Russlands aus der strategischen Position, welche ihm der Besitz des Warschauer Plateaus gewähre. Zunächst würde sich daher die Allianz, falls sie zu Stande käme, in einem Doppelkriege gegen Oesterreich und Russland manifestiren müssen.

Reeve bemerkte, die orientalische Frage bleibe dabei ausserhalb der Berechnung, es sei jedoch nicht zu vergessen, dass Preussen bereits unter französischer Connivenz indirect von den Donaufürstenthümern Besitz ergriffen habe. Sollten Preussen und Frankreich aus einem solchen Kampfe siegreich hervorgehen, so würden nach Ansicht des englischen Publicisten Gibraltar, Malta und Helgoland dem Nationalitäten-Principe verfallen, und diese Stützpunkte der europäisch-maritimen Machtstellung Englands ohne Schwertstreich verloren gehen können, wie die jonischen Inseln. Es sei daher offenbar nicht im Interesse des britischen Reiches, eine monströse Allianz sich bilden zu lassen, welche den Continent dem Cäsarismus unterwerfen würde. Bei der jetzt vorherrschenden Friedensstimmung und unter dem jetzigen schwachen Gouvernement sei jedoch nur zu hoffen, dass ein Todesfall diese Pläne rechtzeitig durchkreuze. Louis Napoleon sei schwer erkrankt; Graf Bismarck desgleichen. Der Tod des Kaisers würde Frankreich in einen Bürgerkrieg stürzen. Orleanisten, Republikaner und Bonapartisten würden um die Herrschaft ringen. Wer auch

siege, werde gezwungen sein, durch äussere Kriege seine Herrschaft zu befestigen. Der Gegner sei gegeben: die über Nacht emporgestiegene norddeutsche Grossmacht. In einem solchen Kriege werde England wahrscheinlich auf Frankreichs Seite stehen. Falls dieser Krieg nicht noch zu Lebzeiten Louis Napoleon's ausbreche, liege für Deutschland die Hauptgefahr in dem Kopfzahl-Parlament. Denn dieses könnte leicht dazu verleitet werden, gestützt auf die preussische siegreiche Armee, *tabula rasa* zu machen. Lasse sich der König von Preussen die Kaiserkrone durch die Revolution aufdrängen, so sei er, oder wenigstens sein Nachfolger, verloren. Eine solche Krone werde nicht sicherer auf seinem Haupte sitzen wie diejenige, die er selbst dem Könige von Hannover genommen. Eine blosse Säbelherrschaft könne nur zur Republik führen.

London, den 2. October 1866.

Der Prinz und die Prinzessin von Wales werden etwa acht Tage in Marlborough House zubringen, wo der König und die Königin von Dänemark in den nächsten Tagen erwartet werden.

Die Mitglieder des letzten Cabinets scheinen sich grossentheils in Italien Rendez-vous gegeben zu haben. Mr. Gladstone und Lord Clarendon gehen nach Rom, Lord Russell nach Venedig. Das Gerücht, nach welchem Lord Clarendon in Biarritz erwartet werden soll, entbehrt der Begründung. Dass auch Graf Bismarck diese Reise aufgegeben, wird versichert mit dem Beifügen, er werde ein englisches Seebad besuchen, was sehr zweifelhaft erscheint. Fürst Gortschakoff sollte Petersburg heute verlassen, um nach Biarritz zu gehen.

Die Elasticität der britischen Finanzen hat sich in dem Resultate des letzten Quartals wieder glänzend bewährt. Trotz Krieg und Handelskrisis sind die Voranschläge des

Staatseinkommens beinahe überall bedeutend überschritten worden. Ueberraschend namentlich sind die Ergebnisse der *income tax.* Vor wenigen Jahren noch galt der Erfahrungssatz, dass jeder Penny der Einkommensteuer am Schlusse des Jahres einen Reinertrag von einer Million Pfund Sterling abwerfe. Jetzt ist der Nationalwohlstand so gestiegen, dass ein Penny vom Pfunde nicht weniger als £ 1 400 000 ergeben hat. Die von Mr. Gladstone so stark reducirten Eingangszölle haben in den verflossenen zwölf Monaten £ 21 621 000, die Accise £ 20 255 000 eingetragen. Beide Steuern werden bei der jährlich in riesigen Proportionen wachsenden Einfuhr kaum empfunden, und die Steuerpflichtigen zahlen diese Milliarde Franken mit einer Leichtigkeit, wie dies die Angehörigen keines anderen Staates zu thun vermöchten. Das Tory-Ministerium wird, wie ich höre, die überaus günstige Finanzlage zu verwerthen wissen. Ohne Sang und Klang wird zu Wasser und zu Lande gewaltig gerüstet. Die von Lord Palmerston geplanten Küstenbefestigungen sollen energisch in Angriff genommen und durch eiserne Schutzwehren vervollständigt werden. Das Hauptaugenmerk ist nach wie vor auf die Reorganisation der Marine gerichtet. In allen Arsenalen herrscht grosse Thätigkeit. Man hofft vor Ablauf des Jahres die alten 68-Pfünder auf der gesammten Flotte durch sogenannte *Woolwich guns* zu ersetzen. England rüstet allen Ernstes zum Kriege, und man hofft von den Ereignissen nicht überrascht zu werden.

Inzwischen predigt Mr. Bright offen die Revolution, „das Recht der Gewalt“, wie er es nannte, als er das Monster-Meeting von Manchester mit seinen Reden elektrisirte. Das Gerücht, die Minister bereiteten eine Reform Bill vor, welche das allgemeine Stimmrecht *(manhood suffrage)* gewähren werde, bedarf der Bestätigung. Die neuesten Enthüllungen über die mit schamloser Aufrichtigkeit einge-

standenen Wahlbestechungen haben allerdings die Achtung vor den bestehenden Gesetzen stark erschüttert. Wollen die Tories als Reformer auftreten, so sind sie gezwungen, Lord Russell und Gladstone zu überbieten. Sonst sind sie von vornherein verloren. Es geht damit, wie mit den sibyllinischen Büchern.

In Paris bereitet man sich auf eine December-Sitzung des *Corps législatif* vor. Es soll sich um die Armee-Reorganisation und um Mexiko handeln, in letzterer Beziehung namentlich um das Schicksal der Inhaber mexikanischer Fonds. An unliebsamen Debatten wird es nicht fehlen, aber es ist jedenfalls das Weiseste, was die Minister thun konnten, diesen Finanzscandal der Kammer zur Entscheidung zu überlassen.

Der beiliegende „Times"-Artikel ist in der Absicht geschrieben, Belgien und die Schweiz zu beruhigen, heuchelt Vertrauen, schliesst jedoch mit einer Drohung, oder mindestens mit einem sehr deutlichen *avis au lecteur*.

London, den 3. October 1866.

Der französische Geschäftsträger hat mich heute aufgesucht, um mich über den Stand unserer Verhandlungen zu befragen. Ich habe ihm in sehr allgemein gehaltenen Ausdrücken das Wenige mitgetheilt, was ich darüber weiss.

„Je vous demande cela," bemerkte Baron Baude, „parce qu'il me revient de Paris que l'empereur songerait à se servir soit de la question de Saxe, soit de celle du Luxembourg, pour rentrer dans la question allemande. Les défaillances de notre politique doivent être uniquement attribuées à la maladie de l'empereur. La circulaire de Mr. de La Valette a eu le plus déplorable effet. On comprend la nécessité de virer de bord. Cette pièce était faite pour calmer les estaminets de province. On y trouve peut-être des phrases assez bien tournées qui vaudraient un

accessit de rhétorique à l'auteur. Mais s'il y a rhétorique, la logique fait défaut. Et la France est un pays logique avant tout. Jamais on ne lui fera comprendre pourquoi on lui demande des hommes et de l'argent, afin de réorganiser l'armée, s'il est vrai, comme Mr. de La Valette l'affirme, que nous n'avons qu'à nous féliciter de l'agrandissement de la Prusse. On n'obtiendra rien du Corps législatif si l'on ne change pas de langage. Mr. de Bismarck s'est un peu trop hâté en se donnant l'air de croire à notre alliance. Patience! Il en est de même de la question romaine. Mr. Ricasoli s'est débarrassé du général La Marmora en l'exilant à Paris comme ambassadeur. Mais il ne s'est pas débarrassé encore de la dette. Tant que l'Italie n'aura pas réglé cette question épineuse à la satisfaction du Saint-Siège, nous ne quitterons pas Rome. La Convention de Septembre ne saurait nous lier tant que l'Italie ne l'aura pas exécutée en tout point."

Mir war zu Ohren gekommen, Frankreich habe sich über die orientalische Frage mit England verständigt. Die feste und fast drohende Sprache, welche der Marquis de Moustier in Athen geführt hat, lässt kaum einen Zweifel darüber, dass Frankreich die Ausdehnung der auf der Insel Kandia ausgebrochenen Revolution zu verhindern entschlossen ist. Um jedoch Baude nicht durch eine gar zu directe Frage in Verlegenheit zu setzen, warf ich ihm die Auslassung Reeve's hin, ohne diesen zu nennen. Ich bemerkte, ein wohlunterrichteter englischer Politiker habe mir versichert, England werde sich, was auch die „Times" sagen möge, auf Frankreichs Seite stellen, falls es zu einem französisch-preussischen Kriege käme.

Baude zeigte nicht die geringste Ueberraschung über diese mit der Tagesmeinung im grellsten Widerspruche stehende Aeusserung.

„Oh! pour cela," antwortete er, „nous n'en doutons pas!

Ces gens-ci ne se sépareront jamais de nous, quoi qu'il arrive. Si, le 5 juillet, le „Moniteur" avait annoncé que l'empereur acceptait la médiation armée à la tête de 400 000 baïonnettes, nous aurions pu arranger vos affaires sans faire marcher un seul homme, et les Anglais auraient été les premiers à nous applaudir. Maintenant le moment est passé, mais, quoi qu'il arrive, l'Angleterre ne se séparera pas de nous."

Das mag keine Illusion sein. Ich möchte jedoch stark bezweifeln, dass Napoleon daran denkt, sich jetzt mit der deutschen Frage irgendwie zu beschäftigen, *de rentrer dans la question allemande,* wie Baude sagte. Ich weiss wohl, dass die französischen Generale sich bewusst sind, bei Sadowa eine Niederlage erlitten zu haben, welche der österreichischen gleichkommt, aber die Armee vermag die Krankheit des Kaisers nicht zu heben und solange er krank ist, kann er nicht zu Pferde steigen.

Inzwischen hatte sich der König von Sachsen nach Prag, und von da nach Karlsbad begeben, um seinem Lande und dem Sitze der Friedensverhandlungen näher zu sein. Ueber letztere schrieb mir Bose von Prag aus am 3. October, und ich erhielt am 4. die Weisung, von nun an nach Karlsbad zu berichten. Dies geschah zunächst in einem Privatbriefe, den ich der Post anvertraute und desshalb zum Theil chiffrirte.

London, den 8. October 1866.

Von meinem dreitägigen Ausfluge nach Paris zurückgekehrt, fand ich hier Deinen Brief vom 3. d. Mts. vor. Die Nachricht, über welche ich mich ausschweigen soll, ist inzwischen ausgeplaudert worden, hat den schlechtesten Eindruck in Berlin gemacht und in Biarritz erschreckt. Ich bemerke dies ausdrücklich, da man behaupten wollte, man

sei in Biarritz entzückt und die Sache sei zwischen Wien und Paris verabredet.

In Paris ist am 5. ein Autograph des Kaisers an Moustier eingegangen mit der Losung: *apaisez*, *apaisez* nach Innen und nach Aussen.

Ich habe in diesen Tagen Vieles gehört, was sich nicht wohl schreiben lässt. Das Wenige, was angedeutet werden kann, erhältst Du morgen mit dem englischen Courier über Wien. Ich war versucht, mich selbst als Courier zu expediren, um mündlich Vortrag erstatten zu können, habe es aber unterlassen, um mich nicht dem Vorwurfe eines *excès de zèle* auszusetzen. Sollte die Entscheidung bei Eingang dieser Zeilen noch immer so nebelhaft sein, wie sie Dir am 3. erschienen, so bitte ich meine alternden Knochen nicht zu schonen und mir zu telegraphiren. In einer Stunde kann man mehr sagen, als sich in einem Tage schreiben lässt, und das Beste, oder, wenn Du willst, das Schlimmste kann man mit der Post gar nicht schreiben.

Die Geisteskrankheit der Kaiserin Charlotte wird bekannt sein.

Cowley hat sich bewegen lassen, bis zum nächsten Sommer noch in Paris auszuhalten. Die Schwierigkeit, einen Nachfolger für ihn zu finden, ist somit vorläufig überwunden.

König Wilhelm geht nach Baden. Sollte dort eine Entrevue, die jetzt mehr denn je zu wünschen wäre, nicht zu ermöglichen sein?

Die Nachricht, über welche ich mich ausschweigen sollte, war die Berufung Beust's in den österreichischen Staatsdienst. Dieselbe hatte bereits in Gastein etwa vierzehn Tage nach seiner Entlassung stattgefunden, doch hatte der neuernannte Minister des Aeusseren den Kaiser Franz Joseph ersucht, die Ernennung bis zum Abschlusse der sächsischen Friedensverhandlungen geheim zu halten. Die beiden Audienzen jedoch, welche Seine

K. K. Majestät in Ischl und in Prag Beust ertheilte, hatten die Aufmerksamkeit der Tagespresse erregt und das sorgsam gehütete Geheimniss verrathen.

London, den 9. October 1866.

Die Unterredung, welche ich in der Anlage zu skizziren versucht habe, hatte mich doppelt begierig gemacht zu untersuchen, ob die Vermuthung, dass sich ein *revirement* in der französischen Politik vorbereite, begründet sei. Ich habe diesen Bericht [1]), den ich auf das Strengste zu secretiren bitte, absichtlich für den heute abgehenden Courier aufgespart, einestheils um den französischen Geschäftsträger nicht zu compromittiren, anderentheils um etwaige Illusionen nicht aufkommen zu lassen.

Alles, was ich gesehen und während meines kurzen Ausfluges an Ort und Stelle gehört, konnte nur meine Zweifel bestärken, die ich bereits am 3. d. ausgesprochen. „*Apaisez*" so lautet, wie schon gestern angedeutet, die neueste Losung; „*Laissez faire*" ist das Schiboleth der französischen Politik dem siegreichen Preussen gegenüber, welches man fürchtet und darum zu gewinnen und zu schonen trachtet. Ob dieses Gewährenlassen, welches sich möglicherweise auch über die Mainlinie hinaus erstrecken dürfte, auf einer *arrière-pensée* des Hasses oder der Liebe beruht, das wussten die intimsten Freunde Napoleon's nicht zu sagen. Kaiserin Eugenie arbeitet unablässig gegen die preussische Strömung, so unablässig und beharrlich, dass Fürst Metternich es nicht für nöthig erachtet hat, sich nach Biarritz zu begeben, sobald es sich herausstellte, dass Graf Bismarck diese Reise aufgegeben. Was jedoch der Einfluss der Kaiserin vermag, oder vielmehr nicht vermag, das hat Oesterreich am 5. Juli erfahren. Die vertraulichen Privatbriefe der hohen Frau

---

[1]) Siehe Seite 376—378.

sprechen über den Gesundheitszustand ihres Gemahls keine übertriebene Besorgniss aus. Die Krankheit und die dadurch motivirte Apathie sind jedoch Thatsachen, welche die Situation dominiren. Die Notizen, welche ich neulich gegeben, beruhen auf einem vertraulichen Briefe Nélaton's an Leopold II., dessen Vater den berühmten Chirurgen in ähnlicher Lage gebraucht und königlich honorirt zu haben scheint. Ich bemerke übrigens ausdrücklich, dass sich Nélaton wohl hütet, seine Befürchtungen in Paris selbst laut werden zu lassen. Dies erklärt, warum vortrefflich Unterrichtete, wie Fürst Metternich, an eine nahe bevorstehende Auflösung durchaus nicht glauben, so entschieden sie auch jene Unentschlossenheit und Theilnahmslosigkeit zugeben, welche wir anfangs Juli schon constatiren konnten. An einen Entschluss oder gar an eine Unternehmung ist, solange dieser Zustand dauert, nicht zu denken.

„Wie klein ist Napoleon geworden," soll König Wilhelm neulich im vertraulichen Gespräche hingeworfen haben, — „wie klein! Niemand fürchtet sich mehr vor ihm, wir am allerwenigsten."

Von dieser Seite ist also nichts zu hoffen, was einen günstigen Einfluss auf unsere Verhandlung üben könnte, von Seite Oesterreichs — den besten Willen vorausgesetzt — noch weniger. Der unfreundliche Empfang, welchen der sentimentale, auf seine persönliche Stellung in den Wiener Salons eitle Baron Werther bei seiner Rückkehr gefunden; die Umtaufung gewisser k. k. Regimenter; die Rückgabe ihrer Inhaberrechte seitens der Erzherzoge, welche preussische Regimenter besassen; der durch diese Massregeln angeblich motivirte Rücktritt des Grafen Mensdorff — Alles dies sind Nadelstiche, welche ohne unsere Schuld die Verhandlungen erschweren. Hierzu kommt noch der vorzeitige Jubel der Wiener Presse über die vermeintlich erzielten annehmbaren Bedingungen des nunmehr ver-

worfenen Entwurfes zu der Militär-Convention. Endlich hat die von der Wiener und Berliner Correspondenz der heutigen „Times“ besprochene Berufung des Freiherrn von Beust in den österreichischen Staatsdienst in Berlin den schlechtesten Eindruck hervorgebracht. Man soll nämlich dem Könige und namentlich dem Kronprinzen von Preussen eingeredet haben, diese Berufung sei das Werk unseres Durchlauchtigsten Kronprinzen [1]. Am Schlimmsten für uns ist die Krankheit des Grafen Bismarck, welcher an einer solchen Nervenaufregung leidet, dass man ihm jedes, auch das gleichgültigste Telegramm vorenthält. Denn der unerwartete Erfolg hatte diesen Staatsmann versöhnlich gestimmt. Entschlossen, mit der Kreuzzeitungs-Partei zu brechen, sucht er seinen Stützpunkt in der nationalen Partei und bekämpft im Interesse Deutschlands die Uebertreibungen des preussischen Particularismus. So weitgehend seine Pläne, so kostspielig das Netz seiner in Böhmen, Mähren und Ungarn angeknüpften geheimen Verbindungen auch sein mögen, so zweifellos sein geheimes Einverständniss mit Bayern und Württemberg — von Baden ganz zu schweigen —, so entschlossen ist er doch, sich vorläufig mit dem Erworbenen zufrieden zu stellen und allseits zu versöhnen. „Unsere Offiziere,“ hat Graf Bismarck noch neulich dem Herrn von Dalwigk hingeworfen, „haben das Talent, sich überall verhasst zu machen. Das muss anders werden.“ Mit dem Grafen Bismarck würde es weit leichter gewesen sein sich zu verständigen, als mit dem charakterlosen, schwerfälligen und kleinlichen Savigny, der zwar den Vortrag bei seinem Könige jetzt hat, aber ohne allen Ein-

---

[1] Der k. sächsische Hof war bekanntlich an der Berufung Beust's ganz unbetheiligt. Man mochte sich in Wien daran erinnert haben, dass der sächsische Minister der Einzige gewesen, welcher die Folgen der Gasteiner Convention acht Tage vor deren Unterzeichnung vorausgesehen und vorausgesagt hatte.

fluss ist. Auch hätten europäische Gesichtspunkte, — nicht bloss deutsche, am wenigsten sächsische — wenn von unseren Bevollmächtigten betont, auf den einzigen preussischen Staatsmann, der einen europäischen Blick hat, Eindruck zu machen nicht verfehlt.

Der Obersthofmeister des Herzogs von Meiningen begiebt sich heute nach Balmoral, um den Regierungsantritt des Herzogs Georg anzuzeigen. Die Herzogin ist eine Nichte der Königin, ein Umstand, welchem Herr von Uechtritz die Auszeichnung, in den sonst für die Diplomatie unzugänglichen Hochlanden empfangen zu werden, zu danken hat.

Der beifolgende Leitartikel der „Times“ bestätigt die kriegerischen Regungen, über welche ich unlängst geschrieben.

Ich vervollständigte den vorstehenden vertraulichen Bericht und schrieb privatim an Bose:

London, den 12. October 1866.

Nach übereinstimmenden Nachrichten aus Biarritz ist der Gesundheitszustand des Kaisers Napoleon bedenklicher geworden. Er sollte schon am 10. d. abreisen, war aber zu schwach. Man hofft jedoch, er werde im Laufe der nächsten Woche so weit sein, um die Reise zu vertragen.

Inzwischen hat sich La Valette nach Biarritz begeben, wahrscheinlich in Folge der Streitigkeiten, die im Schoosse des Cabinets ausgebrochen sein sollen. Wider alles Erwarten hat sich der neuernannte Minister des Auswärtigen in wenigen Stunden mit der hohen Frau, die ihm nicht günstig war, so ausgesöhnt, dass er als das Werkzeug der Kaiserin Eugenie betrachtet werden kann. Namentlich dürfte er in der römischen Frage den national-italienischen Velleitäten Rouher's und La Valette's die Spitze bieten. Dies ist hochwichtig, weil dadurch gewisse Hoffnungen derer

gestärkt werden, die in dem Marquis de Moustier einen energischeren Drouyn de Lhuys erblicken möchten. Der Erste, welchen der Marquis in Paris besuchte, war Richard Metternich; dieser rühmt die guten Manieren und angenehmen Formen des neuen Ministers. Dessen Programm in der orientalischen Frage hat die Genehmigung des Kaisers Napoleon erhalten. Es lautet, wie ich aus guter Quelle höre:

„Se tenir strictement dans la ligne du *statu quo* absolu; conseiller et soutenir constamment la Porte, qui tiendra encore pendant plusieures générations, pour le moins; ne contribuer en rien à créer des événements dans l'Empire ottoman, et si des événements arrivent, les apaiser, les étouffer ou les laisser tomber d'eux-mêmes; dans ce but se lier particulièrement avec l'Angleterre et effacer toute dissidence avec elle puisqu'au fond elle suit en Orient la même politique conservatrice que la France et ne demanderait pas mieux que de s'entendre avec le gouvernement de l'Empereur en tout ce qui regarde les affaires de la Turquie."

Moustier scheint hiernach an der Wiederaufrichtung der westmächtlichen Allianz arbeiten und gegen Russland Stellung nehmen zu wollen. Nächst Goluchowski's Ernennung zum Gouverneur von Galizien dürfte in diesem neuesten französischen Programm der Grund zu suchen sein, warum Gortschakoff jetzt mit Berlin kokettirt.

Rouher und La Valette möchten nun, um Moustier's römischer Politik entgegenzuarbeiten, die Ernennung Benedetti's zum Botschafter in Florenz durchsetzen. Benedetti würde jedoch Constantinopel vorziehen.

Die Gesundheitsfrage dominirt fortwährend die Situation. Es giebt Leute, die glauben, Napoleon III. werde den November nicht überleben. Was dann werden soll, weiss Niemand. Das Wahrscheinlichste ist eine Periode parlamentarischen Gouvernements.

Ich hatte Disraeli in Hughenden Manor anvertraut, ich würde mich wahrscheinlich auf einen Tag nach Paris begeben, um mich dort über die Gesundheit des Kaisers der Franzosen, wie über Moustier's Programm einigermassen zu orientiren. Der Schatzkanzler hatte mich ersucht, ihm das Resultat meiner Beobachtungen nicht vorzuenthalten. Ich schrieb ihm daher vertraulich einige Worte über beide Punkte, namentlich auch in der Absicht, mir selbst Gewissheit darüber zu verschaffen. Disraeli bestätigte indirect Moustier's orientalisches Programm, schenkte jedoch Nélaton's pessimistischer Diagnose keinen Glauben. Lord Cowley hatte davon nichts erfahren.

Mr. Disraeli an den Verfasser.

Private.

Hughenden Manor, October, the 16th. 1866.

My dear Count,

1000 thanks for your note, which was most interesting. Our confidential despatches do not however confirm that part of it, which relates to the Emperor's health; in the contrary, we are assured, that, so far as the course of nature is concerned, we may safely reckon on ten years.

Yours sincerely

D.

Napoleon III. starb bekanntlich am 9. Januar 1873; sonach hat sich weder die Prognose der englischen Regierung, noch die Nélaton's bestätigt. Die Aerzte hatten sich jedoch über die Natur des Uebels nicht getäuscht.

Mein Wunsch, dem Könige mündlich über die Sachlage Bericht zu erstatten und mich selbst über den Stand der Friedensverhandlungen zu unterrichten, konnte nicht erfüllt werden. Bose schrieb mir darüber:

Karlsbad, den 15. October 1866.

Gestern sind drei Deiner Berichte über Berlin und Wien hier eingegangen, ebenso ist Dein Privatbrief, worin Du jene ankündigst, richtig eingetroffen. Der Inhalt aller dieser Schriftstücke ist höchst interessant, und ich kann mir sehr wohl denken, dass das, was Du nicht hast schreiben können, nicht das minder Interessante ist. Dich hierher zu berufen, war leider nicht ausführbar, denn da Du nicht ungesehen hierher kommen konntest, so hätte Dein Erscheinen in Berlin wieder zur Folge gehabt, dass man uns Gott weiss welche Intriguen angedichtet hätte. Es musste unterbleiben, da uns Alles daran liegt, jeden Vorwand fern zu halten, den man in Berlin benützen könnte, um unseren guten Willen zu bezweifeln, uns zu dem Oberhaupte des neuen Bundes gut zu stellen.

Die Verhandlung in Berlin hat sich in den letzten Tagen bestimmter gestaltet. Es ist möglich, dass wir am Vorabende des Abschlusses stehen, aber ebenso möglich, dass wieder neue Hindernisse auftauchen, die dann wieder mühsam bekämpft werden müssen. Die äusserste Vorsicht ist mir zur Pflicht gemacht, desshalb wirst Du es mir nicht als Mangel an Vertrauen auslegen, wenn ich über den Inhalt der Bedingungen, die wir übrigens noch keineswegs im vollen Umfang kennen, Stillschweigen beobachte.

Besonders dankbar bin ich Dir für dasjenige, was Du über die persönlichen Intentionen des Kaisers Napoleon berichtest. Es stimmt so ganz mit dem überein, was mir von anderer Seite zugekommen ist, dass ich um so mehr in der Ansicht bestärkt werde, nichts zu thun, was unsere Stellung compromittiren könnte. Dein richtiger Blick und Deine genaue Kenntniss der Verhältnisse und massgebenden Persönlichkeiten ist mir Bürgschaft dafür, dass Dein Urtheil der wirklichen Sachlage entspricht.

S. Majestät der König ist gern hierher gegangen, und seine liebenswürdige Heiterkeit verlässt ihn nicht. Die Zahl der Sachsen, die hierher kommen, ist ziemlich gross. Es bietet dies eine erwünschte Gelegenheit, dass der König ihnen selbst auseinandersetzt, wie nicht er es ist, der den Abschluss verzögert.

Ich benutzte die nächste sich darbietende Courier-Gelegenheit, um mein Urtheil über den bevorstehenden Bankerott des zweiten Kaiserreiches noch einmal zu motiviren. Für Deutschland war es vielleicht ein Glück, dass Kaiser Napoleon die Katastrophe noch erleben sollte, die ihn vier Jahre später ereilte. Für den an Geist und Körper gebrochenen Monarchen, wie für Frankreich wäre es vielleicht glücklicher gewesen, hätte jener schon im November 1866 die matten Augen geschlossen.

Die Ereignisse haben die Kritik bestätigt, welche ich damals meinem Könige nach Karlsbad sandte, um der Illusion vorzubeugen, als sei für Sachsen irgend etwas aus Paris zu erwarten.

London, den 16. October 1866.

Anknüpfend an den Protest der Stadt Frankfurt, brachte die „Times“ gestern einen Leit-Artikel, in welchem die preussische Politik zum ersten Male seit der Schlacht von Sadowa einer, obschon sehr wohlwollenden, Kritik unterzogen wird. Graf Bismarck wird beschuldigt, auf halbem Wege stehen geblieben zu sein, und daran gemahnt, die nationale Aufgabe über den preussischen Egoismus nicht zu vergessen. Die deutsche Kaiserkrone wird dem Könige von Preussen als die natürliche Consequenz seiner Erfolge gezeigt, daran jedoch die Erwartung geknüpft, er werde dann die vertriebenen Dynastien wiedereinsetzen und von den deutschen Fürsten nur die zum Heile Gesammt-Deutschlands unabweislichen Opfer verlangen. Diese Sprache ist

nen und bezeichnet eine Wandelung der öffentlichen Meinung. Jetzt erst beginnt man hier hinter den preussischen Erfolgen die deutschen Schwierigkeiten zu entdecken und zu ahnen, wie gefährlich diese letzteren über kurz oder lang der Krone Preussen selbst werden könnten.

Der dem Publicum durch Revuen und Spazierfahrten verheimlichte, bedenkliche Gesundheitszustand des Kaisers Napoleon hat die Blicke der Eingeweihten nicht ohne Besorgniss auf die Zukunft Frankreichs gelenkt. Man kann sich nicht verhehlen, dass sein Tod jetzt wie ein politisches Gottesurtheil unter verhängnissvollen Umständen eintreten würde. Wie Robespierre die Freiheit und Gleichheit; Napoleon I. die Macht und den Ruhm; die Bourbons das Legitimitäts-Princip; Louis Philippe die Bourgeoisie, so hat Louis Napoleon den Cäsarismus gründlich compromittirt. Ein jeder zerstörte sein Lebensprincip durch Missbrauch und Uebertreibung. Die Niederlagen, welche die persönliche Politik in Polen, Mexiko, Deutschland und Italien erlitten, sind nicht danach angethan, das redselige, wankelmüthige und in seiner Nationaleitelkeit tief verletzte Volk mit dem jetzigen System wiederauszusöhnen. Diejenigen jedoch, welche eine neue Revolution und die Vertreibung der Bonaparte als unmittelbar bevorstehend betrachten, vergessen, dass die *beati possidentes* des Central-Telegraphen im Ministerium des Innern ein Machtmittel besitzen, mit welchem innere Krisen leichter zu überwinden sind als früher. Kaiserin Eugenie hat seit Jahren allen halbwegs wichtigen Conseil-Sitzungen beigewohnt. Man sagt, der Herzog von Magenta sei bereit, ihr seinen Degen zu leihen, wie der Marquis de Moustier ihr wider ihr eigenes Erwarten seine Feder zu Füssen gelegt hat. So beruht denn die Hoffnung der Bonapartisten auf einer Spanierin und auf zwei versöhnten Legitimisten. Hebt die grollende Armee den *Prince Impérial* auf den Thron, so wird die Regentin noth-

gedrungen handeln müssen, um die Prätorianer in guter Stimmung zu erhalten. Der Tod Louis Napoleon's könnte daher das Signal werden zu einer Revolution oder zu einem Kriege. Kommt es nicht zu letzterem, so erscheint erstere und ein parlamentarisches Regiment unvermeidlich. Das benachbarte Deutschland würde von solchen inneren oder äusseren Krisen nicht unberührt bleiben. Jedenfalls stehen wir am Vorabende grosser Erschütterungen. Welches auch die Abmachungen sein mögen, die jetzt getroffen werden, überall arbeitet man, bewusst oder unbewusst, an nur provisorischen Lösungen.

Wir sind am Ziel.

Privatbriefe Hohenthal's und Bose's vom 21. October benachrichtigten mich von der an diesem Tage in Berlin erfolgten Unterzeichnung des Friedenstractates [1]), welcher meiner Mission am k. grossbritannischen Hofe ein Ende machte.

König Johann hatte am 23. October Karlsbad verlassen, um sich nach Teplitz zu begeben und dort die Auswechselung der Ratificationen abzuwarten. Am 26. kehrten Ihre Majestäten, von einer unabsehbaren Volksmenge mit Jubel begrüsst, nach Pillnitz zurück. Die Friedensbedingungen waren hart, der Brei wurde jedoch nicht so heiss gegessen, als Savigny denselben gekocht hatte. Die Zeit wurde der beste Arzt. Unter des weisen Königs Leitung fand sich Sachsen bald in das neue Bundesverhältniss. Sachsen war keine preussische Provinz geworden, sondern ein kerndeutscher Staat geblieben. Das Provisorium des Norddeutschen Bundes dauerte wenige Jahre. Nach einem siegreichen Nationalkriege, an welchem alle Stämme Deutschlands begeisterten Antheil genommen, hob König Wilhelm das Defini-

[1]) Siehe Anhang Nr. XX.

tivum des neuen deutschen Reiches in Versailles aus der Bluttaufe. Die Mainlinie verschwand und die Könige von Bayern und Württemberg traten zum deutschen Kaiser in dasselbe Verhältniss wie der König von Sachsen.

Als König Albert seinem Vater in der Regierung folgte, hatte er bereits als Kronprinz das Feldherrntalent, welches er bei Sadowa gezeigt, in den blutigen Tagen von St. Privat, Beaumont und Sedan, sowie in den mörderischen Gefechten vor Paris glänzend bewährt. Er hatte sich auf dem Felde der Ehre den Marschallstab und unsterbliche Lorbeeren errungen. König Albert hat seitdem auch während der inneren Krisen, welche ein doppelter Regierungswechsel und das dreimonatliche Interregnum eines todkranken Kaisers dem Reiche auferlegt, seine Treue und Hingebung dem deutschen Vaterlande bewiesen.

Das sächsische Volk feiert heute das achthundertjährige Bestehen seines angestammten Herrscherhauses mit der Enthüllung des dem unvergesslichen Könige Johann errichteten Denkmals.

Sachsen hat seine Eigenart inmitten der Begeisterung bewahrt, welche seine täglich an Zahl und Wohlstand zunehmende Bevölkerung für Deutschlands Macht und Grösse erfüllt. Und so können wir denn diese Aufzeichnungen aus einer sturmbewegten, aufregenden Zeit mit den Worten schliessen, welche der grosse britische Dichter in dem Schauspiele „Ende gut, Alles gut“ seinem Könige von Frankreich in den Mund legt:

Gut scheint jetzt Alles, mög' es glücklich enden,
Und bittres Leid in süsse Lust sich wenden.

Anhang

I.

Grundzüge eines deutschen Reichsverfassungsentwurfs von dem Prinzen Albert von Sachsen-Coburg.

Buckingham-Palace März 28. 1848.

Deutschland soll aus einem Staatenbunde ein Bundesstaat werden, das ist die Aufgabe, die gelöst werden muss. Soll diese Lösung heilbringend und dauernd sein, so muss sie aus dem jetzigen Thatbestande entwickelt und der Ausgangspunkt der ganzen deutschen Geschichte werden. Sie darf nicht eine gemachte Theorie sein, sondern die endliche Darstellung eines von dem deutschen Volke seit lange geahndeten und ersehnten Zustandes, in welchem zugleich alle Bedingnisse und Erfordernisse „des Staates" überhaupt auf das genügendste befriedigt werden. Wir haben in Deutschland verschiedene, individuelle Völker, in sich vollkommene Staaten, Dynastien, Kronen, die alle vereinigt werden sollen. Die Individualitäten der Völker durch eine über denselben Leisten schlagende Centralisation zu verflachen und zu verwischen, wäre sündlich [1]), denn in der Eigenthümlichkeit und Gesetzlichkeit derselben besteht die vielseitige Lebenskraft und Lebensfrische des deutschen Volkes. Die Kronen und Dynastien, die mit der Persönlichkeit dieser Staaten Eins sind, dürfen nicht verletzt oder erniedrigt werden, wenn die von ihnen dargestellte Persönlichkeit und Executivmacht der einzelnen Staaten nicht zerstört werden soll; aber beide, Staaten und Völker, sollen als ein Ganzes politisch zusammengefasst und lebendig dargestellt werden. —

---

[1]) Die im Original roth, hier schwarz angebrachten Striche und Andreaskreuze (X), sowie die Randbemerkung *„optime"* rühren, wie das folgende zweite Actenstück ergibt, von dem Könige Friedrich Wilhelm IV. von Preussen her.

Ich denke mir die Lösung so:

Die Fürsten des deutschen Bundes zusammen mit den vier Bürgermeistern der freien Städte bilden einen Fürstentag und wählen aus ihrer Mitte — auf Lebenslänge oder eine Anzahl von Jahren (10?) einen deutschen Kaiser. X

optime Die Stände der verschiedenen deutschen Staaten wählen aus der Mitte je ihrer beiden Kammern eine nach Einwohnerzahl und Bedeutung der einzelnen Staaten abgemessene Zahl ihrer Mitglieder und beschicken damit einen deutschen Reichstag.

Ein Reichsgericht, dem ein nicht entfernbarer Kanzler vorsitze, bilde ein oberstes Gericht, zusammengesetzt aus den juristischen Facultäten der deutschen Universitäten, entscheidend in allen Fragen zwischen den verschiedenen einzelnen Staaten, zwischen den einzelnen Regierungen und ihren Ständen, so wie in allen deutschen Successions- und Regentschafts-Fragen, auch Theilungen und Erbfällen.

Dem Kaiser

fällt die Repräsentation Deutschlands zu. In seinem Namen werden alle Reichsgeschäfte getrieben. Er besetzt mit dem Fürstentage die Stellen. Er eröffnet an der Spitze des Fürstentages den jedesmaligen Reichstag. Er kann die Anträge des Fürstentages abschlagen und ein Reichsbeschluss wird nur durch seine Sanction rechtskräftig. Er kann sich gelegentlich durch einen andern Fürsten vertreten lassen. Seine Minister sind der Minister des Aeussern und die beiden Vorsitzer einer Handelskammer und eines Kriegsrathes. Diese Minister sind dem Reichstage verantwortlich. Das Ministerium des Auswärtigen hat mit den fremden Gesandten zu verhandeln und in ausserordentlichen Fällen Botschafter an fremde Höfe zu schicken. —

Die deutsche Handelskammer, zusammengesetzt aus Dienern der einzelnen Staaten, hat unter sich das deutsche Zoll-, Schifffahrts-, Strassen-, Eisenbahn-, Posten- und Verkehrs-Wesen. —

Der deutsche Kriegsrath, gebildet aus den Generälen der verschiedenen Armeen, leitet die Organisation des aus den Truppen der verschiedenen einzelnen Staaten zusammengesetzten deutschen Heeres, an der Spitze dessen in Kriegszeiten ein Bundesfeldherr steht. Desgleichen stehen unter dem Kriegsrathe die deutschen Festungen und (in Aussicht) die deutsche Flotte. —

Den Fürstentag

bilden die deutschen Souveräne selbst, oder die sie vertretenden Prinzen ihrer Häuser. Er hat ein Veto gegen die Beschlüsse des Reichstages und gegen die Besetzung von Aemtern durch den Kaiser.

Er besetzt unter Vorsitz des Kaisers die drei Reichskammern. Er hat die von dem Kaiser an den Reichstag zu machenden Anträge zu sanctioniren. Er stimmt nach Majorität, doch so, dass die Fürsten grösserer Staaten eine verhältnissmässig grössere Stimmenzahl haben. Jeder Fürst kann durch Procuration abstimmen. Der Fürstentag erwählt mit dem Kaiser den Bundesfeldherrn für den Fall und die Dauer eines Krieges.

Der Reichstag

versammelt sich alle drei Jahre. Die ihn bildenden Abgeordneten (Reichsboten?) der beiden Kammern der verschiedenen Staaten sitzen und verhandeln zusammen, stimmen aber in zwei jenen Kammern entsprechenden Curien. Ein jedes Mitglied spreche von seinem Sitze aus. Der Reichstag stimmt durch Majorität, so dass zur Entscheidung die Uebereinstimmung beider Curien nothwendig ist. Die Zahl der Mitglieder sei nicht zu gross. Nicht über 50 in der ersten, nicht über 150 in der zweiten Kammer, zusammen 200. — Ein Reichstagsmarschall, von dem ganzen Reichstage aus der ersten Curie erwählt, führe den Vorsitz.

So haben wir denn: einen Kaiser als Repräsentanten und Personificirung deutscher Einheit und als obersten Handhaber der executiven Gewalt. Seine Würdigkeit verbürgt durch die Wahl von und aus 27 souveränen Häuptern, auf die andererseits ein Theil des Glanzes der aus und von ihnen gekürten Würde zurückfällt. Ferner, als Gliederung der executiven Gewalt, ein „verantwortliches Ministerium" in den Vorsitzern der drei Reichskammern und einen Bundesfeldherrn, dessen Tüchtigkeit durch das Augenblickliche und Zeitweilige seiner Wahl verbürgt wird. Ferner einen Fürstentag als unmittelbarer Theilnehmer sowohl der executiven Gewalt, als repräsentativen Bedeutung des Kaisers, der durch diese nothwendige Theilnahme den ungeschwächten Fortbestand der Macht und Hoheit aller deutschen Kronen vollkommen sichert. Dann einen Reichstag als Ausdruck des Gesammtwillens des ganzen deutschen Volkes, doch so zusammengesetzt, dass zugleich die Individualität eines jeden einzelnen deutschen Volkes und Staates durch Entsendung der „Reichsboten" aus seinen eigenen Ständen vollkommen vertreten ist. Endlich haben wir ein oberstes Reichsgericht als Ausdruck der gesammten deutschen, juristischen Weisheit, durch seine Unabsetzbarkeit allen äusseren Einflüssen enthoben.

Die Befugniss aller dieser Behörden erstreckt sich natürlich nur auf Angelegenheiten allgemein deutscher Bedeutung — die näher zu bestimmen sein werden, — ohne in das Gesetzgebungs- und Verwaltungsgebiet der einzelnen Staaten einzugreifen.

(gez.) Albert.

II.

Eigenhändige Bemerkungen des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preussen zu dem Entwurf des Prinzen Albert.

Bemerkungen.

Potsdam, April 1848.

Von allen Verfassungsprojecten für Teutschland entspricht dieser, des geistreichen und klugen Prinzen am Meisten meinen Ansichten. In Einzelheiten kann ich jedoch auch diesem Projecte nicht beipflichten. Was in demselben meine besondere Zustimmung hat, habe ich roth angestrichen. Was ich vom Uebel halte mit schwarzem Andreaskreuz bezeichnet. Als actives Bundeshaupt mundet mir „der Kaiser" nicht. Ein Kaiser auf Zeit gewählt ist eine Monstruosität, gegen die ich geradezu protestire. Sollte das Bundes-Oberhaupt wirklich nur auf Zeit gewählt sein, (was ich vom Uebel halte) so darf der Kaisername nicht an ihm verschwendet und geschändet werden. Er heisse Regent. Aber auch dem lebenslänglichen Oberhaupt kann man, wie ich unten zeigen will — um Oesterreichs Willen — nicht den Kaiser-Titel geben.

Teutsche Nazion hat ein 1000jähriges Recht, dass sein Haupt das „unbestrittene Erste Haupt" der Christenheit sey. Es ist aber nicht denkbar, dass der Erbe von 30 Römischen Kaisern, der Oesterreich. Erbkaiser nemlich, diesem gekührten Oberhaupte den Rang cedirt. Ja es ist gar nicht einmal zu fordern. Gewiss, wie etwas gewiss sein kann, ist es aber, dass der Russische Kaiser, dieser Gattung teutschen Kaisers den Rang nun und nimmermehr gibt. Aus dem allen weiss ich einen ganz leichten, ja für die teutsche Sache

erspriesslichen Ausweg. Erkenne man als Ehren-Haupt teutscher Nation, den Römischen Kaiser wieder an. Erneuere man die Römische Kaiserwürde, u. wie sie bis zum J. 1806 unauflöslich mit dem Königreich der Teutschen verbunden war, verbinde man sie unauflöslich mit dem Erbkaiserthum Oesterreich — wenn man will *pro honoris causa.* Man lasse ihm aber auch gewisse bezeichnende Ehren. Ich bin ganz für das Kühren des besondern Teutschen Reichs-Oberhauptes. Nenne man dasselbe, wenn es wie ich zu Gott hoffe auf Lebenszeit gekührt und dann — ächt teutsch — auch als die, von Gott eingesetzte höchste Reichsobrigkeit anerkannt wird, (und nicht *à la polonaise* als Spielball der Magnaten-Ambizionen betrachtet wird) — nenne man dasselbe „König der Teutschen" — wie vor Alters. Ich wünsche, dass die Könige des Bundes (die ihrem Titel, den Curfürstl. wieder gesellen sollten), den Wahl-Act allein begehen; demnächst aber die übrigen souverainen Fürsten zur Zustimmung auffordern. Beydes die Sache weniger Stunden, die Könige u. Grossherzoge etwa im s. g. Conclave des BartholomäusDoms zu Frankfurt, die Fürsten im Chor. Darauf wende man sich an den Röm. Kaiser u. ersuche ihn ehrfurchtsvoll, die Wahl zu bestätigen. Das kann durch einen bevollmächtigten Erzherzog in derselben Minute geschehen. Dann aber werde wie vor Alters der Dom dem Volke geöffnet und seine Acclamazion vollende die Wahl. Bald darauf werde der ,,teutsche König" gesalbt und gekrönt (eben wie auch der Römische Kaiser bei seinem erbl. Regierungs-Antritt) und zwar, wenn er Römisch-catholisch ist, durch den Erzbischof von Cöln, der Reichs-Erzkanzler würde — ist er Evangelisch, durch einen zu ernennenden Erzbischof von Magdeburg, Primas Germaniae.

Durch diese Einrichtung der Röm. Kaiserwürde auf das Haupt des Oesterreich. Erbkaisers wird Oesterreich dem teutschen Reich erst gewiss, Oesterreich wird für immer Teutschland gewonnen und mit ihm die schönsten, ersten Länder Teutschlands, dem neuen (alten) Reiche gesichert — (Tyrol, Vorarlberg, Ober- und Nieder-Oesterreich, Steyermark, Kärnthen, Krayn und Istrien). — Trägt Oesterreich nicht die höchste Krone, so ist an ein Beugen desselben vor dem teutschen WahlOberhaupte unmöglich zu denken, wenn es jemals wieder einigermaassen zu sich kommt. Und wer wollte daran verzweifeln? — Der Fürstentag scheint mir ein ungemein gesunder Gedanke zu sein. Nur denke ich ihn mir gegliedert, ähnlich dem alten Reichstag, in ein Collegium der Könige und Grossherzoge, der Herzoge, der Fürsten. Durch die mediatisirten Fürsten und Grafen (theils viritim, theils in Bänken getheilt) verstärkt, würde der Fürstentag alle 3 Jahr das teutsche Oberhaus des Reichstags bilden, dessen Unterhaus, das Haus oder die Curie der Reichsboten wäre. Nur empfehl' ich auf's dringendste, dass bei der Stellung des Ober- zum Unterhause nie ver-

gessen werde, dass souveraine Fürsten seinen Kern bilden und unter ihnen 2 Grossmächte [dass sich Gott erbarme.]

Auch die Präcisirung der verantwortlichen Ministerien spricht mich gar sehr an. Ob dem Oberhaupte, zumal wenn's der König der Teutschen ist, nicht etwas mehr freie Hand gelassen werden kann, lass' ich dahin gestellt. Ich fordere aber unter gewissen, namentlich kriegerischen und rebellischen Zuständen die Diktatur für den teutschen König. — Vergessen habe ich meinen förmlichen Protest gegen das Zusammen-Deliberiren des Fürsten- und Reichsboten-Hauses. Das thut nimmer gut und setzt die höchsten Herren möglicherweise Avanieen aus, die vermieden werden müssen. Die Einzwängung in 50 Fürsten und 150 Reichsboten ist ungerecht und giebt ohne Weiteres jederzeit einen Reichsboten-Sieg. Unter den Reichsboten wünsch' ich die Reichsritterschaft vertreten zu sehen mit Assessoren des übrigen teutschen Adels; dann aber Abgeordnete der Städte und Landgemeinen, die aber nicht gezwungen sein müssen, aus ihrem Gremio zu wählen, deren Wahl ganz frei sei.

Ich will hier vor der Hand meine Bemerkungen schliessen und empfehle dieselben auf's Wärmste dem Leser.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

III.

Ein Lösungsversuch des deutschen Problems aus dem Jahre 1861.

1) Das Reichsgebiet würde das bisherige Bundesgebiet nebst allen mit diesem zu einer unauflöslichen staatlichen Einheit verbundenen Königreichen, Ländern, Provinzen und Territorien umfassen, welche der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen ausserhalb Deutschland besitzen.

Es treten also der Kaiser von Oesterreich, in seiner Eigenschaft als König von Ungarn, als König von Galizien, als König von Lombardo-Venetien u. s. w., und der König von Preussen, als Landesherr der Provinzen Ost- und West-Preussen und als Grossherzog von Posen, für jedes einzelne Kronland, ganz in dasselbe Verhältniss zur Reichs-Central-Gewalt, in welches der Erstere als König von Böhmen, als gefürsteter Graf von Tyrol u. s. w., der Zweite als Herzog von Schlesien, als Herzog zu Sachsen u. s. w., und in dasselbe Verhältniss, in welches zugleich die Könige von Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, sowie jeder einzelne souveräne Bundesfürst bis zum Fürsten Liechtenstein herab, zu der Reichs-Central-Gewalt zu treten haben würden.

Alle bestehenden Territorialabgrenzungen der einzelnen Kronländer, alle Titel, Rechte und Ehrenrechte der einzelnen Landesherren würden erhalten, alle Regierungen blieben in Kraft, und nur der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen würden darauf bedacht sein müssen, in jedem einzelnen ihrer Landeshoheit unterworfenen Kronlande selbständige Provinzial- oder Landstände einzuführen, mit verantwortlichen Ministerien die Landesangelegenheiten derselben zu leiten und, sei es nun in eigener Person oder durch in jedem Kronlande einzusetzende Statthalter, ihre Landeshoheit auszuüben.

Alles was nicht ausdrücklich zu einer Reichsange-

legenheit erklärt worden, hätte im Zweifel als Landesangelegenheit zu gelten.

2) Reichsangelegenheiten würden sein:

A. Heer, Flotte, Festungen.

B. Die auswärtigen Angelegenheiten, unbeschadet des den einzelnen Landesherrn vorbehaltenen activen und passiven Gesandtschaftsrechts für Familiensachen.

C. Die Zoll- und Handelsangelegenheiten. Das Reich würde selbstverständlich Ein Zoll- und Handelsgebiet bilden; alle Ausgangs- und Einfuhr-Zölle flössen direct in die Reichs-Kasse, unter der Controle des Reichstags.

D. Das öffentliche Rechtswesen. Alle Differenzen zwischen den einzelnen Landesherren als solchen, sowie alle Differenzen zwischen den Landesherren und ihren betreffenden Landtagen würden durch das Reichsgericht in letzter Instanz zu entscheiden sein.

E. endlich Alles, was das Gesetz in Zukunft dafür erklären würde.

3) Die Regierungsform ist die parlamentarisch-monarchische.

Die souveränen Fürsten und freien Städte des deutschen Bundes übertragen die Executivgewalt im Reiche dem Kaiser von Oesterreich und dieser übernimmt, nachdem Er der Oesterreichischen Kaiserkrone entsagt, die nach dem Rechte der Erstgeburt im Habsburg-Lothringischen Mannesstamm zu vererbende Deutsche Kaiserkrone.

Sollte das Haus Habsburg-Lothringen im Mannsstamm erlöschen, so geht die erbliche Kaiserkrone an das Königlich Preussische Haus über. —

Während der Minderjährigkeit des Kaisers führt der König von Preussen die Regierung als Reichs-Vicar. —

Ihm steht ein Regentschafts-Rath zur Seite, gebildet durch die Könige von Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg und denjenigen Erzherzog, welcher in den Habsburg-Lothringischen Erblanden die Regentschaft führt.

Der Kaiser führt den Titel: „S. K. K. Apostolische Majestät der Kaiser von Deutschland"; in den vollen Titel sind die Haupttitel aller deutschen Souveräne mit einzufügen.

Der Kaiser wird in Frankfurt a/M. gekrönt, nachdem er im Hause der Fürsten den Eid auf das Reichs-Grund-Gesetz geleistet.

Der älteste Sohn des Kaisers führt den Titel „König von Ungarn und Böhmen".

4) Der Reichstag würde zu bilden sein aus dem Hause der Fürsten und dem Hause der Staaten.

5) Das Fürstenhaus ist gegeben; es würde zu bestehen haben

aus allen souveränen Deutschen Fürsten und den obersten Magistratspersonen der vier freien Städte.

An diese hätten sich die vormals Reichsunmittelbaren und diejenigen Mitglieder des hohen Adels von Ungarn, Polen und Lombardo-Venetien anzuschliessen, welche den Erstern im Range gleichstehen.

Hiernächst würde das Recht der Ernennung von erblichen Pairs zwischen den gegenwärtigen Souveränen und der Krone dergestalt zu theilen sein, dass Jeder Landesherr für je Einmalhunderttausend Seelen des seiner Landeshoheit unterworfenen einzelnen Kronlands aus den Bewohnern dieses Letzteren Einen erblichen Pair (Reichsfürsten, Reichsgrafen oder Reichsfreiherrn) zu ernennen das Recht hätte.

Endlich aber würden in das Fürstenhaus die ersten Präsidenten der höchsten Gerichte der einzelnen Reichsländer für die Dauer ihrer Amtsthätigkeit zu berufen sein.

Die Berufung der Reichsunmittelbaren in den Fürstenrath, dem sie früher angehört haben, stellt sich als die einfache Erfüllung einer Pflicht dar, welche sich nicht abweisen lässt, wenn an das geschichtlich Gewordene angeknüpft werden soll. Und ebensowenig lässt sich die Aufnahme des ihnen gleichstehenden Adels in den ehemals selbstständigen Königreichen demselben versagen, wenn von ihm ein herzlicher Anschluss an das deutsche Reich erwartet werden soll.

Es würde dadurch, — sollten alle Fürsten, was ihrem Interesse kaum entsprechen dürfte, den Maximalsatz der einem Jeden gebührenden Pairs-Ernennungen gleichzeitig erschöpfen — die Gesammtzahl der Bevölkerungen der einzelnen Reichs- oder Kron-Länder auf 70 Millionen angenommen — die Möglichkeit eines Fürstenhauses von 700 Mitgliedern erwachsen.

Das Britische Oberhaus zählt bekanntlich aus einer Bevölkerung von 27 Millionen 464 Pairs; obige Maximalzahl würde also durchaus nicht ausser Verhältniss zur Kopfzahl stehen.

Zu fernerer Beruhigung Derer, welchen die Ziffer zu hoch gegriffen erscheint, verdient hervorgehoben zu werden, dass man im Britischen *House of Lords* freilich die ängstliche Usance unserer deutschen Kammern nicht befolgt; Urlaubsgesuche kommen bekanntlich nicht zur Sprache; die Fragen, in welchen *proxies* (Stimmenübertragungen) zulässig, sind normirt; abgesehen davon gilt aber der Grundsatz, dass der Abwesende sich eben für die Dauer seiner Abwesenheit seines Stimmrechts begiebt, oder vielmehr auf die Ausübung desselben verzichtet, und es sich selbst zuzuschreiben hat, wenn die Partei, der er angehört, in Folge seines Nicht-Erscheinens geschlagen werden sollte. Es giebt Pairs in England, welche nie das Oberhaus betreten, Andere, die nur auf besondere Einladung des Partei-Chefs

für diese oder jene Abstimmung nach London kommen und vielleicht nur Ein Mal im Jahre auf wenige Minuten im entscheidenden Augenblicke das Haus besuchen. —

Das Haus ist bekanntlich so vollkommen souverän innerhalb seiner Mauern, dass es die Hofrangordnung nicht anerkennt; wenigstens nur unter gewissen Reserven und Modifikationen; so rangirt z. B. strenggenommen ein nachgeborener Königlicher Prinz, welcher nicht Bruder, Sohn oder Neffe des Souveräns ist, nach dem Datum seines Herzogs-Patents. Die Geschäftsleitung wird formell von dem Lord Chancellor geübt. Er hat aber nicht einmal das Recht des Ordnungsrufes. — Auch darüber entscheidet die Majorität. —

Die Fürsten würden in ihrem wohlverstandenen Interesse handeln, wenn sie in der Regel in Person zu erscheinen, sich zum Gesetz machten. Nur den Königen und vielleicht Denen, die Königliche Ehre geniessen, müsste nachgelassen sein, sich, aber nur durch einen volljährigen Prinzen Ihres Hauses, permanent im Fürstenhause vertreten zu lassen. Dem Kaiserlichen und den fünf Königlichen Kronprinzen würde selbstverständlich die Pairie *ipso jure* gebühren. —

Scheinbar würde allerdings dem Kaiser, als Landesherrn über 35 Millionen, ein grosses Uebergewicht im Pairshause eingeräumt, wenn das Ernennungsrecht nach der Kopfzahl normirt wird. Immerhin würde aber seine Macht im Vergleiche zu anderen constitutionellen Monarchien sehr beschränkt sein, da ja z. B. in England die Krone das ausschliessliche und unbeschränkte Recht der Pairsernennung ausübt; ein Recht, welches der Kaiser von Deutschland, wenn er im Voraus verpflichtet würde, nur die Hälfte des für das Oberhaus festgesetzten Maximalsatzes selbständig zu besetzen, mit den geborenen Pairs seines Reichs theilt und schon durch die Annahme eines Maximalsatzes überhaupt wesentlich beschränkt.

Ob für Reichsfürstliche Ernennungen, welche vom Kaiser auf Vorschlag des Landesherrn in Zukunft zu erfolgen haben würden, ein Minimalsatz des auf den Grundbesitz basirten Einkommens zu fixiren wäre, könnte Gegenstand der Erwägung werden.

Was die rechtsverständigen Mitglieder des Fürstenhauses betrifft, so würden dieselben die den Britischen sogenannten *law-lords* entsprechende Kategorie rechtskundiger Autoritäten vertreten, welche die activen Mitglieder des Reichsgerichts abgeben. Denn das Fürstenhaus müsste natürlich, wie das *House of Lords,* das höchste Gericht des Reiches bilden.

Der Vorsitz könnte als erbliches Ehrenrecht der Krone Preussen übertragen werden und der König von Preussen sein Reichs-Erz-Marschall-Amt durch einen von Ihm zu ernennenden, dem Britischen Lord-Kanzler entsprechenden Reichs-Marschall ausüben. Letzterer könnte als Reichssiegelbewahrer nicht nur dem Fürsten-

hause, sondern auch dem Reichsgericht präsidiren und müsste zugleich Mitglied des Reichs-Ministeriums sein.

6) Das Staatenhaus würde hervorzugehen haben aus den Ständeversammlungen der einzelnen Staaten, Kronländer oder Provinzen.

In jeder dieser in ihren nationalen und sonstigen Eigenthümlichkeiten möglichst unabhängig zu constituirenden politischen Einheiten wird das Verhältniss zwischen dem Landesherrn und Unterthanen auf verfassungsmässigem Wege zu ordnen sein; die Executivgewalt, in allen Landesangelegenheiten durch einen oder mehrere verantwortliche Minister ausgeübt, ist ebenfalls in allen innern Fragen völlig unabhängig vom Reichsministerium und dem Reichstage.

Nur dürfen Steuern, vom Reichstage verwilligt, Umlagen und Matrikularbeiträge von den Landständen nicht verweigert werden. Irrungen zwischen Fürst und Volk entscheidet das Reichsgericht, das Fürstenhaus, in letzter Instanz, welches selbstverständlich auch die Execution verhängt und durch Reichstruppen vollstreckt, natürlich auf Kosten der Landeskasse.

Officielle Bevölkerungslisten sind aber sowohl wie die Landesverfassungen selbst im Reichs-Archive zu deponiren; mit dem zu erlassenden Reichsgrundgesetze unverträgliche Bestimmungen der Einzelverfassungen müssen entfernt werden, aber dafür übernimmt auch die Reichs-Central-Gewalt die Garantie dieser Letztern.

Die einzelnen Ständeversammlungen jedes Staates oder Kronlandes würden dann und zwar so viele Abgeordnete in das Staatenhaus zu wählen haben, als das betreffende Land Einmalhunderttausend Seelen zählt; also gerade so viele, als der betreffende Landesherr *Pairs* oder Reichsräthe zu creiren das Recht hat. Der zu Wählende müsste zwar das active und passive Wahlrecht in dem Staate oder Kronlande haben, welches er repräsentirt, er brauchte jedoch nicht nothwendig Mitglied der Ständeversammlung zu sein, welche ihn wählt.

Auf diese Weise erhielten wir ein Staatenhaus, welches nur 40 und einige Mitglieder mehr haben würde, als das Britische Unterhaus, welches 654 enthält. Ein Unterhaus von 700 Mitgliedern lässt sich jedenfalls noch übersehen und leiten, würde aber eine weit imposantere Versammlung abgeben, als z. B. die der Paulskirche.

Die Feststellung des Reichshaushaltes durch das jedes Jahr von beiden Häusern zu votirende Finanzgesetz würde die Hauptaufgabe dieses, natürlich mit allen sonstigen Attributen des Britischen Unterhauses auszurüstenden Centralorgans der unter der Deutschen Kaiserkrone vereinigten Völker abgeben.

Die Ausgangs- und Eingangszölle würden die directen Einnahmen der Reichskasse bilden. Ueberstiegen die Ausgaben die Einnahmen, so würde das Deficit entweder durch Anleihen oder durch Umlagen zu decken sein.

Tagegelder dürften, aus der Reichskasse wenigstens, keinenfalls an die Abgeordneten zu zahlen sein. Wer sich um die Ehre, im Staatenhause zu sitzen, bewirbt, sollte äusserlich unabhängig genug sein, um dieser patriotischen Pflicht unentgeltlich nachzukommen.

Voraussichtlich würden sich bald zwei grosse Parteien bilden, die der Centripetalen und die der Centrifugalen. Aber jedenfalls wäre eine Arena geschaffen, weit genug, um den besten Kräften der Nation und der Nationalitäten offenen und freien Spielraum zu gönnen.

7) Was das Reichs-Ministerium betrifft, so erscheint es den Verhältnissen entsprechend, bei dessen Zusammensetzung die Trias-Idee nicht aus dem Auge zu verlieren, und wäre es nur, um so die Krone und das Reich vor der Dictatur eines ehrgeizigen Premier-Ministers zu schützen, der versucht wäre, auf die Majorität im Staatenhause gestützt, die Executiv-Gewalt in seiner Hand factisch zu concentriren, wie dies in England zuweilen der Fall ist.

Wir glauben dem Kaiser natürlich das eigentliche Ernennungsrecht der Räthe der Krone wahren zu sollen, könnten uns aber daneben ein Vorschlagsrecht der übrigen Fürsten gar wohl denken.

Der Bildungsprozess eines neuen Ministeriums würde dadurch freilich etwas complicirt, eine gewisse Garantie gegen zu häufigen und unmotivirten Wechsel aber geboten werden. Dass jeder Reichsminister Mitglied eines der beiden Häuser sein müsste, und dass die einzelnen Portefeuilles so gleichmässig wie möglich auf jedes der beiden Häuser zu vertheilen sein würden, versteht sich von selbst.

Wir würden es trotz des sonach etwas enggezogenen Kreises der zu Ministerposten überhaupt Tauglichen und Möglichen, nicht undenkbar halten, dass ein dreiköpfiges Ministerium vielleicht dem Zwecke besser entsprechen könnte, als das absolut einköpfige der Engländer.

Dem Kaiser gebührte natürlich die Wahl des ersten Ministers, des Reichskanzlers; auf Vorschlag der Krone Preussen würde dann die Wahl des Reichsmarschalls, des Justizministers des Kabinets, — siehe oben — erfolgen; während das Vorschlagsrecht für den dritten Haupt-Minister, den Schatz-Kanzler, den übrigen Fürsten eingeräumt werden könnte, ein Recht, welches sie durch einen der vier Könige von Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, im Turnus, auszuüben hätten.

Der Reichskanzler würde nächst den Geschäften des Premiers zugleich, in der Regel wenigstens, die auswärtigen Angelegenheiten zu leiten haben.

Diese drei Haupt-Minister könnten sich dann über die Vervollständigung des Kabinets verständigen. —

Ja, es liesse sich sogar eine weitere Benutzung der Trias-Idee

praktisch denken, wenn man davon ausginge, dass in jedem der 3 Haupt-Departements immer zwei mit dem Ministerium wechselnde Unterstaatssekretäre und ein permanenter, d. h. von Ministerkrisen unberührt bleibender anzustellen sein würden. Es könnte dann der permanente Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei auf Vorschlag der Krone Preussen; der permanente Rath im Reichsmarschallamte auf Vorschlag der übrigen Fürsten, eines der 4 Könige; der permanente Unterstaatssekretär im Schatzamte direct vom Kaiser ernannt werden; während die Ernennung der mit dem Ministerium wechselnden, immer je einem der beiden Häuser angehörigen Unterstaatssekretäre dem Chef des Ministeriums überlassen bliebe.

Wir wagen über die praktische Ausführbarkeit dieses Gedankens keine Vermuthung, geben ihn aber zum Beweis, wie leicht sich auf parlamentarischem Boden rechtliche Ausgleichungen darbieten.

8) Das Kriegswesen würde natürlich einer durchgreifenden Reorganisation zu unterwerfen sein und bis zu deren Durchführung die bestehenden Militär-Einrichtungen in Kraft zu bleiben haben. Die Forderung eines einheitlichen Commandos, einer einheitlichen militärischen Organisation ist eine nothwendige Consequenz der monarchischen Gestaltung, welche wir für das Reich vindicirt haben.

Wir sind, wie schon im ersten Abschnitte angedeutet, von der Nothwendigkeit durchdrungen, neben der Conscription, auf ein stets schlagfertiges Kaiserliches Heer, welches aus geworbenen Truppen gebildet werden müsste, das grösste Gewicht zu legen.

Dieses geworbene Heer wollen wir das Reichsheer im Gegensatz zu den in den einzelnen Staaten zu übenden Landwehren nennen. In letztere treten alle Conscriptionspflichtigen mit möglichst kurzer Dienst- und Uebungszeit ein.

Alle Offiziere, auch die der Landwehren, ja auch die Cadres der letzeren, würden dem Reichsheere angehören.

Alle jetzt in der Bundesarmee dienenden Offiziere könnten so grossentheils im Kaiserlichen Heere Verwendung finden. Den ausgedienten Soldaten des Reichsheeres könnte, falls sie zur Landwehr commandirt würden, Unteroffiziersrang gegeben werden.

Alle Landesherren erhielten einen entsprechenden Rang in dem Reichsheere, so dass die zu ihren Landwehren commandirten Kaiserlichen Offiziere ihnen militärischen Gehorsam schuldig sein würden.

Der König von Preussen könnte zum General-Feldmarschall, die vier übrigen Könige zu Feldmarschällen *ipso jure,* sobald sie die Regierung antreten, zu ernennen sein.

Auch liesse sich wohl denken, dass einem Jeden, unbeschadet der Disciplin, das Vorschlagsrecht für eine gewisse Anzahl höherer und niederer Offizierstellen eingeräumt würde, etwa nach Maassgabe der von einem Jeden bei seinem Bundescontingente zu besetzenden.

Das Reichsheer und alle Offiziere müssten aus der Reichskasse besoldet werden; nur der Sold und Unterhalt der Landwehren verbliebe der Landeskasse.

Wie das Reichsheer durch steten Wechsel der Garnisonen in Disciplin und in Athem erhalten werden könnte, so müsste der militärische Geist der Landwehren gehegt und gepflegt werden und daraus eine Pflanzschule des Kaiserlichen Heeres erwachsen.

Um einen sofortigen Anfang der Reichsmarine zu haben, würde die Reichskasse die vorhandenen Oesterreichischen und Preussischen Kriegschiffe zu kaufen, sämmtliche Marine-Offiziere und Matrosen in den Reichsdienst zu übernehmen haben.

Alle Festungen, welche für die Vertheidigung des Reichs gegen den äusseren Feind von Bedeutung sind, würden ebenfalls Seiten der Reichskasse zu erwerben sein, das Befestigungssystem aber einer einheitlichen Organisation unterworfen werden müssen.

9) Endlich ist noch des Staatsschuldenwesens zu gedenken, dessen Regelung eine der ersten Aufgaben des Reichstages sein würde.

Wir huldigen der Ansicht, dass ein so gewaltiger Staatskörper wie der, den wir im Auge haben, für die nachfolgenden Geschlechter ein so grosser Segen sein würde, dass es nicht mehr wie billig ist, diesen einen Theil der durch dessen Organisation erwachsenden Kosten, durch Contrahirung von Reichsschulden, aufzubürden.

Wir halten es mit Hilfe des grösseren Credits. welchen sich ein Reich von 70 Millionen unter der Garantie des parlamentarischen Régimes bald zu verschaffen wissen würde, für eine durchaus nicht so schwere Aufgabe, das Schuldenwesen der einzelnen Staaten auf einer gesunden Basis zu reguliren. Zunächst müsste die Oesterreichische und die Preussische Staatsschuld, als solche, durch Vertheilung auf die einzelnen Kronländer und Provinzen getilgt werden. Eine Reichsbank, alle jetzt bestehenden Zettelbanken zu absorbiren bestimmt, mit Filialen in den Hauptstädten, würde zur Erleichterung dieses Geschäfts wesentlich beitragen.

Die Uebernahme des Oesterreichischen und Preussischen Festungs- und Marine-Materials und vielleicht der Ankauf von Staatseisenbahnen und Telegraphen würde gleichfalls das Mittel bieten, einen Theil der Schuldenlast ohne Unbilligkeit auf die Schultern des Reiches zu werfen.

IV.

Das österreichische Promemoria vom 3. August 1863 für Se. Majestät den König von Preussen.

(Zur Begründung des Einladungsschreibens Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph von Oesterreich an die deutschen Fürsten und die Senate der freien Städte zur gemeinsamen Berathung über eine Bundesreform.)

1.

Je unsicherer sich die Lage Europas gestaltet hat, desto unabweislicher tritt an die deutschen Fürsten die Aufgabe heran, Angesichts der inneren und äusseren Gefahren, welche Deutschland bedrohen, sich rechtzeitig einer haltbaren Stellung zu versichern.

Eine solche Stellung kann unter den Verhältnissen, die sich in den letzten Jahren ausgebildet haben, augenscheinlich nicht mehr einfach auf die bestehende Bundesverfassung gegründet werden. Seit lange sind die Bundesverträge von 1815 und 1820 in ihren Fundamenten erschüttert.

Eine Reihe zusammenwirkender Thatsachen hat das Gebäude dieser Verträge allmählich immer tiefer untergraben. Der ganze Gang der inneren Entwicklung Deutschlands während des letzten Jahrzehnts hat auf die Institution des Bundes in ihrer bisherigen Gestalt so ungünstig als möglich eingewirkt. Theils hat die Unfruchtbarkeit aller Bemühungen, durch den Bund die gemeinsamen Interessen zu fördern, den Bund in der allgemeinen Meinung entwerthet, theils haben die Bedingungen, unter welchen die Bundesverträge geschlossen wurden, durch die politischen Ereignisse der Neuzeit folgenreiche Veränderungen erfahren. In Oesterreich wie in Preussen sind neue Staatseinrichtungen geschaffen worden, Einrichtungen, welche auf das Verhältniss beider Monarchien zum Bunde einen mächtigen Einfluss ausüben müssen, bis jetzt aber noch jeder Vermittlung und jedes regelmässigen Zusammenhanges mit dem Orga-

nismus des Bundes entbehren. Auch alle anderen deutschen Regierungen haben wiederholt und feierlich das Bedürfniss einer gründlichen Neugestaltung der Bundesverfassung anerkannt. So hat sich denn in Deutschland unaufhaltsam ein fortschreitender Prozess der Abwendung von dem bestehenden Bunde vollzogen, ein neuer Bund aber ist bis heute nicht geschlossen und das Facit der neuesten deutschen Geschichte ist somit zur Stunde nichts als ein Zustand vollständiger Zerklüftung und allgemeiner Zerfahrenheit. Man denkt in der That nicht zu nachtheilig von diesem Zustande, wenn man sich eingesteht, dass die deutschen Regierungen im Grunde schon jetzt nicht mehr in einem festen gegenseitigen Vertragsverhältnisse zusammenstehen, sondern nur noch bis auf Weiteres im Vorgefühle naher Katastrophen neben einander fortleben.

Die deutsche Revolution aber, im Stillen geschürt, wartet auf ihre Stunde.

Diese Wahrheiten, beklagenswerth wie sie sind, würden doppelt gefährlich sein, wenn man die Augen vor ihnen verschliessen oder sich ihnen, wie einem unabänderlichen Verhängnisse, ohne einen entschlossenen Versuch der Abhilfe unterwerfen wollte. Weise Regierungen werden allerdings nicht freiwillig einen Augenblick der Gefahr und Krisis wählen, um an den Resten einer zwar wankend gewordenen, aber noch nicht durch neue und vollkommene Schöpfungen ersetzten Rechtsordnung zu rütteln. Aber fast wie Ironie müsste es klingen, wollte man den an sich richtigen Satz auf den *status quo* der deutschen Bundesverhältnisse anwenden. Dieser *status quo* ist schlechthin chaotisch. Der Boden der Bundesverträge schwankt unter den Füssen dessen, der sich auf ihn stellt, der Bau der vertragsmässigen Ordnung der Dinge in Deutschland zeigt überall Risse und Spalten, und der blosse Wunsch, dass die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, kann ihnen die dazu nöthige Festigkeit nimmermehr zurückgeben.

Weder Oesterreich noch Preussen, noch die übrigen deutschen Staaten können sich mit irgend einem Grade von Vertrauen auf den Bund in seinem jetzigen Zustande stützen. Je deutlicher sie dies erkennen, desto weniger dürfen sie an der vollen Berechtigung des Verlangens nach einer Reform, durch welche das Bundesprinzip mit neuer Lebenskraft erfüllt würde, zweifeln.

Prüfe man nur mit Unbefangenheit die Stimmen, welche in unsern Tagen diesen Ruf erheben: Sie ertönen heute nicht mehr aus dem Lager der destructiven Parteien, dort wird im Gegentheil jede Hoffnung auf eine gesetzliche Reform der deutschen Bundesverfassung verschmäht und verspottet, denn der Radicalismus weiss, dass seine Ernte auf dem durch keine heilsamere Saat befruchteten Felde reift. Die deutschen Regierungen selbst sind es heute, welche ihr Heil in

der Reorganisation des Bundes erblicken. In den Kammern sind es die gemässigten Parteien, welche zu diesem Ziele mit Ungeduld hindrängen, mit Ungeduld, weil sie fühlen, dass, je länger die Reform hinausgeschoben wird, um so weitergehende Forderungen sich hervorwagen und im Volksgeiste Unterstützung finden werden. Es ist der Trieb der Selbsterhaltung, welcher den Regierungen und den Kammern diese Richtung zeigt. Oesterreich und Preussen aber sollten nicht bloss um ihrer deutschen Verbündeten willen einem so gerechten Verlangen entgegenkommen, sondern auch im eignen Interesse sich daran erinnern, dass sie es sich selbst und der Welt schuldig sind, die grössten Anstrengungen und Opfer nicht zu scheuen, um den Bund, der das Centrum Europas bildet, in lebensfähigem Zustande zu erhalten.

Was Oesterreich betrifft, so ist es sich über diesen Punkt vollkommen klar geworden. Die kaiserliche Regierung ist mit festem Willen, wenn auch mit jener äussersten Vorsicht, die ihren Grundsätzen und Traditionen entspricht, an die Frage der Ausbildung der Bundesverfassung und besonders an die schwierige Aufgabe, die gesetzgebende Gewalt des Bundes zu organisiren, herangetreten. Sie hat den folgenreichen Schritt, die Vertretungen der Einzelstaaten zur Theilnahme an den Bundesangelegenheiten zu berufen, zunächst nur in der Form einer vorübergehenden Massregel, eines erst durch die Erfahrung zu bewährenden Versuchs in Vorschlag gebracht. Erst die Ablehnung ihres Antrags auf eine Delegirtenversammlung *ad hoc* hat sie genöthigt, um so entschiedener ihre Mitwirkung zu einer organischen Reform in Aussicht zu stellen. Seitdem ist Oesterreichs Wort für ein ernstes Streben nach diesem Ziele verpfändet, und der Kaiser fühlt sich gedrängt, dieses Versprechen einzulösen. Der Kaiser hat dem eignen Reiche zeitgemässe Institutionen verliehen. Er erkennt vollkommen an, dass auch die deutsche Nation in ihrer Gesammtheit mit Recht eine Neugestaltung ihrer politischen Verfassung erwartet, und er hält es als Fürst des Bundes für Pflicht, seinen Mitfürsten offen darzulegen, was er in dieser Beziehung für möglich hält und für Seinen Theil zu gewähren bereit ist.

2.

Oesterreichs Reorganisationsvorschläge können nur auf dem mit voller Klarheit und Entschiedenheit festgehaltenen Föderativprinzip beruhen.

Manches hat sich in Europa seit 1815 verändert, aber heute wie damals bietet die durch die Auflösung des deutschen Reiches zur Nothwendigkeit gewordene, durch die europäischen Verträge sanctionirte Bestimmung, dass die deutschen Staaten unabhängig und

durch ein Föderativband vereinigt sein werden, die einzig mögliche Grundlage für die politische Verfassung Deutschlands dar. Man kann dieser Wahrheit nicht direct oder indirect entgegenhandeln, ohne den festen Boden der Wirklichkeit zu verlieren. Man kann nicht von idealen Forderungen oder von Doctrinen, die einem specifischen Interesse künstlich angepasst sind, den Massstab für das Reformwerk entnehmen. ohne die Gegenwart einer ungewissen und von den augenscheinlichsten Gefahren umringten Zukunft zu opfern. Eine dem Bundesprinzip entgegengesetzte Richtung kann man in Deutschlands gemeinsamen Angelegenheiten nicht einschlagen, ohne bei jedem Schritte auf Warnungszeichen zu stossen und am Ende des Weges an einem Abgrunde anzukommen. Monarchische Staaten, zwei Grossmächte unter ihnen, bilden den deutschen Staatenverein. Einrichtungen, wie eine einheitliche Spitze oder ein aus directen Volkswahlen hervorgehendes Parlament, passen nicht für diesen Verein, sie widerstreben seiner Natur, und wer sie verlangt, will nur dem Namen nach den Bund oder das, was man den Bundesstaat genannt hat, in Wahrheit will er das allmähliche Erlöschen der Lebenskraft der Einzelstaaten, er will einen Zustand des Uebergangs zu einer künftigen Unification, er will die Spaltung Deutschlands, ohne welche dieser Uebergang sich nicht vollziehen kann. Solche Einrichtungen wird Oesterreich nicht vorschlagen. Wohl aber hält es den Augenblick für gekommen, wo die Sorge für das Wohl Deutschlands gebieterisch verlangt, dass die Grundlagen, auf welchen der Bund ursprünglich errichtet wurde, verstärkt, und das Föderativprinzip gegenüber der schon dem Begriffe nach durch dasselbe beschränkten Souveränetät der Einzelstaaten mit erhöhter Kraft und Wirksamkeit ausgestattet werde. Der deutsche Bund ist als ein Bund der Fürsten geschlossen, er ist aber auch ausdrücklich als das an die Stelle des vormaligen Reiches getretene Nationalband der Deutschen anerkannt, und er wird sich künftig, um den Bedürfnissen unserer Epoche zu entsprechen, mit Nothwendigkeit, schon durch den Charakter seiner Verfassungsformen der Welt, als ein Bund der deutschen Staaten als solcher, der Fürsten wie der Völker, darstellen müssen. Der Kaiser erblickt daher in der Kräftigung der Executivgewalt des Bundes und in der Berufung der constitutionellen Körperschaften der Einzelstaaten zur Theilnahme an der Bundesgesetzgebung zwei in gleichem Grade unabweisbare und sich zugleich gegenseitig bedingende Aufgaben.

Dieser Ueberzeugung hat die Regierung des Kaisers schon durch die Note an den Grafen von Bernstorff vom 2. Februar 1862, dann wieder durch die obenerwähnte Erklärung in der Bundestagsitzung vom 22. Jänner des gegenwärtigen Jahres Ausdruck verliehen. Die Grundlinien für ihren Reformplan sind somit bereits gezeichnet. Sie wird die Errichtung eines Bundesdirectoriums und die periodische

Einberufung einer Versammlung von Abgeordneten der Vertretungskörper der Einzelstaaten in Vorschlag bringen. Nicht verkennend, dass es starker Gegengewichte bedarf, um gegenüber dieser letzteren Einrichtung das monarchische Prinzip und die berechtigte Selbständigkeit der Einzelstaaten gegen mögliche Uebergriffe sicher zu stellen, neigt sie sich zugleich zu dem Gedanken, dass die beste Garantie dieser Art und ein werthvolles Mittel zur Wahrung der fürstlichen Rechte und der hohen Stellung der deutschen Dynastien in periodischen persönlichen Vereinigungen der Souveräne Deutschlands gefunden werden könnte. Auf den Vorschlag der Errichtung eines Bundesgerichts endlich wird sie unter angemessenen Modificationen gleichfalls zurückkommen.

Dies sind in den wesentlichsten Umrissen die Absichten des Kaisers in Bezug auf die Grundlage einer heilsamen Lösung dieser ernsten Frage. Was aber die Mittel und Wege betrifft, um eine Verständigung der deutschen Regierungen über die Frage der Bundesverfassung herbeizuführen, so begründet mehr als eine Erfahrung die Besorgniss, dass es weder schriftlichen Unterhandlungen der Cabinette, noch auch Conferenzen der Minister gegeben sein würde, die zahlreichen Schwierigkeiten dieses Unternehmens zu bemeistern. Die Frage der Reform berührt so vielfache Interessen, sie eröffnet das Feld der Discussion für so mannigfaltige unvereinbare Wünsche und Meinungen, dass die Summen der hemmenden und störenden Momente, der ängstlichen Zweifel, der unlösbaren Widersprüche leicht in das Unendliche anwachsen und jede Hoffnung auf Erfolg überwuchern würde, wenn man von blossen Unterhändlern, die kein eigenes freies Verfügungsrecht zur Berathung mitbrächten, den Sieg über alle jene Hindernisse und das Gelingen der Einigung erwarten wollte. Die deutschen Fürsten aber in eigener Person, die Träger der Rechte, um die es sich handelt, die höchsten Interessenten an Deutschlands Sicherheit und Wohlfahrt, von deutscher Gesinnung sämmtlich beseelt, werden sich durch unmittelbaren Gedankenaustausch leichter und besser als durch Mittelspersonen über die grosse Aufgabe verstehen. Im Geiste des Kaisers ist daher der Entschluss gereift, die Fürsten Deutschlands und die Magistrate der freien Städte zum Zwecke eines Einverständnisses über die Reorganisation des deutschen Bundes zu einer Zusammenkunft einzuladen, und der Kaiser eröffnet diese Absicht vor allen Anderen dem mächtigsten seiner deutschen Bundesgenossen, dem Könige von Preussen.

3.

Ohne Preussens bundesfreundliche Mitwirkung giebt es für die Aufgabe der Reorganisation des Bundes keinen definitiven Abschluss.

Die Preussischen Bundeslande umfassen ein Drittheil der deutschen Bevölkerung, sie erstrecken sich von den östlichen zu den westlichen Grenzen Deutschlands, die Bundesverträge geben Preussen ein Recht des Widerspruchs gegen jede tiefergreifende Neuerung. Preussens Wille kann daher die Gesammtverfassung Deutschlands factisch und rechtlich hindern. Um für die reine Negation in Deutschland das Feld zu behaupten, bedarf es nicht einmal der Grösse und einflussreichen Stellung der Preussischen Monarchie, selbst minder mächtige Staaten vermögen durch ihre blosse Enthaltung die sehnlichsten Wünsche, die lautersten Bestrebungen ihrer Bundesgenossen zu vereiteln. Preussens Veto hat jedenfalls diese verneinende Kraft. Wird es eingelegt, so kann sich der Bund in seiner Gesammtheit nicht aus seinem gegenwärtigen tiefen Verfalle erheben. Aber die Dinge sind in Deutschland so weit gediehen, dass ein absoluter Stillstand der Reformbewegung nicht mehr möglich ist, und die Regierungen, welche dies verkennen, werden sich zuletzt gezwungen sehen, die Hand an ein Werk der Noth zu legen, indem sie sich zur partiellen Ausführung der beabsichtigten Bundesreform im Bereiche der eigenen Staaten entschliessen, und zu diesem Zwecke unter Wahrung des Bundesverhältnisses ihrem freien Bündnissrechte die möglichst ausgedehnte Anwendung geben.

Kann Preussen einer Eventualität entgegenzugehen wünschen, die eine so gänzliche Entfremdung von seinen deutschen Bundesgenossen in sich schliessen würde? Es ist wahr, die Anschauungen Preussens über Beruf und Bestimmung des deutschen Bundes haben sich in den letzten Jahren nur zu sehr von denjenigen, welche oben dargelegt wurden, unterschieden. Wir blicken in eine Zeit zurück, in welcher nicht Kräftigung und Belebung des Bundesprinzips, sondern dessen Zurückführung auf die Bedeutung eines blossen — an sich unvollkommenen — Allianzverhältnisses als der leitende Gedanke der deutschen Politik Preussens hingestellt wurde. Allein die Ereignisse sind seitdem fortgeschritten, und vielleicht enthält ihr Gang für Preussen mehr als einen ernsten Beweggrund, sich entschieden von Richtungen abzuwenden, welche zu keinem glücklichen Ziele geführt haben. Die Zukunft Deutschlands ist in ein gefährliches Dunkel gehüllt, durch Erinnerungen an die Vergangenheit hat der Kaiser sich daher nicht abhalten lassen wollen, Seine Ansichten über die Mittel, den Blick in diese Zukunft aufzuhellen, vertrauensvoll Seinem erhabenen Verbündeten von Preussen mitzutheilen. Er zählt auf die Weisheit und die Gesinnungsgrösse des Königs, dem unmöglich entgehen kann, wie ganz anders geachtet und gesichert Deutschland seinen Platz unter den Völkern einnehmen, in wie hohem Grade sein Einfluss und seine Machtstellung sich steigern würden, wenn die Verfassung des Bundes in erneuter und den Anforderungen der Zeit ent-

sprechender Gestalt aus einer gemeinsamen Berathung und einem einmüthigen Beschlusse aller deutschen Fürsten hervorginge. Welche Erfahrungen auch die Folgezeit uns vorbehalten möge, dem Kaiser wird es stets zur Beruhigung gereichen, gegenüber dem Könige ausgesprochen zu haben, dass es heute noch von Preussens Entschliessungen abhänge, den deutschen Bund wieder auf die Höhe seiner für die Nation und ihre Fürsten, wie für Europas Frieden so unendlich wichtigen Bestimmung zu heben.

Gastein, den 3. August 1863.

V.

Entwurf einer Reformacte des deutschen Bundes nach den Beschlüssen des Fürstentages,

mit den Abweichungen des ursprünglichen österreichischen Entwurfs, die anmerkungsweise hinzugefügt sind.

Abschnitt I.

Allgemeine Verfügungen.

Artikel 1.

Erweiterung des Bundeszweckes.

Die Zwecke des deutschen Bundes sind: Wahrung der Sicherheit und Machtstelluug Deutschlands nach Aussen, Wahrung der öffentlichen Ordnung im Innern, Förderung der Wohlfahrt der deutschen Nation und Vertretung ihrer gemeinsamen Anliegen. Schutz der Unverletzbarkeit und verfassungsmässigen Unabhängigkeit der einzelnen deutschen Staaten, Schutz des öffentlichen Rechtszustandes in denselben, Gemeinsamkeit der Gesetzgebung im Bereiche der dem Bunde verfassungsmässig zugewiesenen Angelegenheiten, Erleichterung der Einführung allgemeiner deutscher Gesetze und Einrichtungen im Bereiche der gesetzgebenden Gewalt der einzelnen Staaten.

Artikel 2.

Neue Organe des Bundes.

Die Leitung der Bundesangelegenheiten wird von den souveränen Fürsten und freien Städten Deutschlands einem aus ihrer Mitte hervorgehenden Directorium übertragen.

Ein Bundesrath wird aus den Bevollmächtigten der Regierungen gebildet.

Eine Versammlung der Bundesabgeordneten wird periodisch einberufen werden.

Eine Fürstenversammlung wird periodisch zusammentreten.

Ein Bundesgerichtshof wird errichtet.

Abschnitt II.

Directorium und Bundesrath.

Artikel 3.[1])

Bildung des Directoriums.

Das Directorium des deutschen Bundes besteht aus 6 Stimmen:

1) aus dem Kaiser von Oesterreich,
2) aus dem Könige von Preussen,
3) aus dem Könige von Bayern,
4) aus den Königen von Sachsen, Hannover, Württemberg in jährlichem Wechsel durch einen aus ihrer Mitte, insofern nicht eine andere gemeinschaftliche Vereinbarung unter ihnen eintritt:

---

[1]) Ursprünglicher Entwurf: „Das Directorium des deutschen Bundes besteht aus dem Kaiser von Oesterreich, dem Könige von Preussen, dem Könige von Bayern und zweien der am 8., 9. und 10. Bundesarmeecorps betheiligten Souveräne.

Letztere beide Directorialmitglieder werden in der Weise gewählt, dass diejenigen Regierungen, welche zusammen eines der genannten Armeecorps aufzustellen haben, aus ihrer Mitte je ein Directorialmitglied für eine Periode von 6 oder nach Umständen von 3 Jahren wählen und abwechselnd in jedem dritten Jahre die Vertretung eines dieser Corps im Directorium ruht.

Die am Directorium betheiligten Fürsten werden sich in der Regel durch Bevollmächtigte am Bundessitze vertreten lassen, es bleibt jedoch den Souveränen vorbehalten, sich bei wichtigeren Veranlassungen zu vereinigen, um die Befugnisse des Directoriums in Person auszuüben.“ — Dazu die Anmerkung: „Da die obige Bestimmung über die beiden durch Wahl zu besetzenden Stellen im Directorium keine Classe der deutschen Souveräne grundsätzlich von der Wahl ausschliessen soll, so ist erläuternd zu bemerken, dass die vorgeschlagene Texirung auf der Unterstellung beruhe, es werde in Folge der noch schwebenden Verhandlungen über die Reserve-Infanterie-Division des Bundesheeres die Auflösung dieses Truppenkörpers und die Wiedereintheilung der Contingente desselben in die drei gemischten Armeecorps beschlossen werden. Für den Fall des Fortbestehens der Reserve-Division bleibt daher eine Modification des Vorschlags vorbehalten. Ebenso bleibt die Frage offen, wie der Wechsel in der Besetzung jener beiden Stellen in dem Falle einzurichten wäre, wenn statt der gegenwärtig bestehenden drei gemischten Corps deren vier gebildet oder eine andere neue Eintheilung vorgezogen würde.“

5) aus einem durch den Grossherzog von Baden, den Kurfürsten von Hessen, Grossherzog von Hessen, den König von Dänemark als Herzog von Holstein und Lauenburg, den König der Niederlande als Grossherzog von Luxemburg, den Herzog von Braunschweig, die Grossherzoge von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz und den Herzog von Nassau zu wählenden Bundesmitgliede;
6) aus einem durch den Grossherzog von Sachsen-Weimar, den Grossherzog von Oldenburg, die Herzoge von Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Anhalt, die Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Liechtenstein, Waldeck, Reuss ältere Linie, Reuss jüngere Linie, Schaumburg-Lippe und Lippe, den Landgrafen von Hessen-Homburg und die freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg zu wählenden Bundesmitgliede.

Die Wahlen unter 5 und 6 geschehen auf drei Jahre und unter Anwendung des im Artikel 6 der Bundesacte festgestellten Stimmenverhältnisses, insofern nicht unter den unter 5 genannten Staaten eine andere gemeinschaftliche Vereinbarung eintritt.

Die Mitglieder des Directoriums werden sich in der Regel durch Bevollmächtigte am Bundessitze vertreten lassen. Es bleibt ihnen jedoch vorbehalten, sich bei wichtigen Veranlassungen zu vereinigen, um die Befugnisse des Directoriums in Person auszuüben.

Artikel 4.

Bildung des Bundesrathes.

Der Bundesrath besteht aus den Bevollmächtigten der 17 Stimmen des engern Rathes der Bundesversammlung.

Oesterreich und Preussen führen im Bundesrathe je drei Stimmen, so dass die Zahl der Stimmen sich auf 21 erhöht.

Die für das Directorium ernannten Bevollmächtigten werden in der Regel ihre Regierungen auch im Bundesrathe vertreten.

Artikel 5.

Vorsitz im Directorium und im Bundesrathe. Art der Abstimmung. Verhältniss zu den vollmachtgebenden Regierungen. Hülfsbehörden.

Den Vorsitz im Directorium und im Bundesrathe führt Oesterreich. Im Falle der Verhinderung des österreichischen Bevollmächtigten geht der Vorsitz auf Preussen über.

Mit dem Vorsitze sind keine andern Befugnisse, als die zur formellen Erledigung der Geschäfte erforderlichen, verbunden.

Alle Beschlüsse des Directoriums werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit wird die Zahl der Bevölkerung (nach der Bundesmatrikel) der von jeder Stimme vertretenen Staaten, also 1) Oesterreichs, 2) Preussens, 3) Bayerns, 4) der drei Königreiche, 5) der im Artikel 3 unter 5 genannten Staaten, 6) der ebendaselbst unter 6 genannten Staaten, nach den sich gegenüberstehenden drei Stimmen zusammengerechnet und solchergestalt die Majorität entschieden [1]).

Die Beschlüsse des Bundesrathes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, sofern nicht die nachfolgenden Artikel Ausnahmen von diesem Grundsatze anordnen.

Die Directorialbevollmächtigten, sowie die Mitglieder des Bundesrathes sind an die Weisungen ihrer Regierungen gebunden. Doch sind die Regierungen und vorzugsweise die Directorialhöfe verpflichtet, ihre Bevollmächtigten mit thunlichst ausgedehnten Instructionen zu versehen, damit der Gang der Bundesgeschäfte durch den Verkehr zwischen den Bevollmächtigten und ihren Vollmachtgebern so wenig wie möglich aufgehalten werde.

Die Beziehungen zwischen dem Directorium und den einzelnen Regierungen werden durch deren Bevollmächtigte im Bundesrathe vermittelt.

Die Militärcommission ist dem Directorium untergeordnet. Als weitere Hülfsbehörden werden demselben eine Commission für Inneres und Justiz, eine Finanzcommission und eine Commission für Handels- und Zollsachen beigegeben.

Directorium und Bundesrath haben ihren Sitz zu Frankfurt am Main.

Artikel 6.

Allgemeiner Grundsatz, betreffend die Befugnisse des Directoriums und des Bundesraths.

Die vollziehende Gewalt des Bundes wird durch das Directorium ausgeübt.

Das Directorium kann sich bei Ausübung dieser Gewalt des Beiraths des Bundesrathes bedienen, ist aber an dessen Beschlüsse nur in den Fällen gebunden, für welche die nachfolgenden Artikel dies ausdrücklich vorschreiben.

In den Angelegenheiten der Bundesgesetzgebung vertritt das Directorium die Gesammtheit der Bundesregierungen auf Grund der Beschlüsse des Bundesrathes, beziehungsweise der Fürstenversammlung.

---

[1]) Der Satz: „Bei Stimmengleichheit etc. etc.“ fehlt in dem ursprünglichen Entwurf.

Artikel 7.

Auswärtige Verhältnisse.

Die völkerrechtliche Vertretung des Bundes in seiner Eigenschaft als Gesammtmacht steht dem Directorium zu.

Der präsidirende Directorialbevollmächtigte nimmt die Beglaubigungs- und Abberufungsschreiben der fremden diplomatischen Agenten entgegen. Er vermittelt den schriftlichen und mündlichen Verkehr mit denselben auf Grund der Beschlüsse des Directoriums und in dessen Namen.

Das Directorium hat das Recht, zum Zwecke der Unterhandlung über Gegenstände der Bundesthätigkeit diplomatische Agenten jeden Ranges bei auswärtigen Staaten zu beglaubigen. Die Beglaubigungs- und Abberufungsschreiben dieser Agenten, sowie die ihnen zugehenden Instructionen werden von dem präsidirenden Directorialbevollmächtigten im Namen und Auftrag des Directoriums vollzogen.

Verträge mit auswärtigen Staaten über Gegenstände der Bundesthätigkeit können von dem Directorium nur mit Zustimmung der Fürstenversammlung oder, wenn diese nicht vereinigt ist, mit Zustimmung des Bundesrathes ratificirt werden. Sofern solche Verträge den Bereich der Bundesgesetzgebung berühren, kann deren Ratification nur mit Vorbehalt der Zustimmung der Versammlung der Bundesabgeordneten erfolgen.

Artikel 8.

Krieg und Frieden.

Dem Directorium liegt die Sorge für die äussere Sicherheit Deutschlands ob.

Bei Gefährdung der Sicherheit des Bundes, insbesondere wenn derselbe oder ein einzelner Theil des Bundesgebietes mit einem feindlichen Angriffe bedroht ist, hat das Directorium alle durch die Umstände erforderten militärischen Vorsichts- und Vorbereitungsmassregeln anzuordnen [1]).

Er übt zu diesem Zwecke sämmtliche, nach der Bundeskriegsverfassung dem Bunde zustehende Befugnisse aus. Insbesondere kommt es ihm zu, die Kriegsbereitschaft und Mobilmachung des Bundes-

---

[1]) Dieser Absatz lautet in dem ursprünglichen Entwurf: „Ergibt sich die Gefahr eines feindlichen Angriffes auf den Bund oder einen einzelnen Theil des Bundesgebiets, oder wird das europäische Gleichgewicht in einer für die Sicherheit des Bundes bedrohlichen Weise gefährdet, so hat das Directorium alle durch die Umstände erforderten militärischen Vorsichts- und Vorbereitungsmassregeln anzuordnen."

heeres oder einzelner Contingente desselben su beschliessen, für die rechtzeitige Instandsetzung der Bundesfestungen zu sorgen, den Bundesfeldherrn zu ernennen, die Bildung des Hauptquartiers und der Heeresabtheilungen zu veranlassen, eine eigene Kriegskasse des Bundes zu errichten.

Zu einer förmlichen Kriegserklärung des Bundes ist ein im Bundesrathe mit zwei Drittheilen der Stimmen gefasster Beschluss erforderlich.

Ergibt sich die Gefahr eines Krieges zwischen einem Bundesstaate, welcher zugleich ausserhalb des Bundesgebietes Besitzungen hat, und einer auswärtigen Macht, so hat das Directorium den Beschluss des Bundesrathes darüber, ob der Bund sich am Kriege betheiligen wolle, zu veranlassen. Die Entscheidung hierüber erfolgt ebenfalls mit zwei Drittheilen der Stimmen [1]).

Wird das Bundesgebiet durch feindliche Streitkräfte angegriffen, so tritt der Stand des Bundeskrieges von selbst ein.

Das Directorium hat das Recht, Friedensunterhandlungen einzuleiten, und zu diesem Zwecke eigene Bevollmächtigte zu ernennen und mit Instruktionen zu versehen. Es hat jedoch über die Bedingungen des Friedens die Ansicht des Bundesrathes zu vernehmen. Die Annahme und Bestätigung des Friedensvertrages kann nur auf Grund eines mit einer Stimmenmehrheit von zwei Drittheilen gefassten Beschlusses des Bundesrathes geschehen.

In dem Falle des Artikels 45 der Wiener Schlussacte hat das Directorium die zur Behauptung der Neutralität des Bundes erforderlichen Massregeln zu beschliessen.

In Bezug auf Streitigkeiten einzelner deutscher Staaten mit auswärtigen Staaten hat das Directorium die durch die Art. 36 und 37 der Wiener Schlussacte der Bundesversammlung zugewiesenen Befugnisse auszuüben.

Artikel 9.

Innere Sicherheit.

Die Sorge für die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und der Gesetzlichkeit in den einzelnen Bundesstaaten liegt zunächst den betreffenden Regierungen ob.

Das Directorium hat jedoch auch seinerseits darüber zu wachen, dass der innere Frieden Deutschlands nicht gefährdet werde. Treten Fälle von Ruhestörungen ein, so hat das Directorium diejenigen Be-

---

[1]) Nach dem ursprünglichen Entwurf: „mit einfacher Stimmenmehrheit“.

fugnisse auszuüben, welche die Art. 25 bis 28 der Wiener Schlussacte der Bundesversammlung zuweisen [1]).

Artikel 10.

Friede und Eintracht zwischen den Bundesgliedern.

Das Directorium hat für die Erhaltung des Friedens und der Eintracht unter den Bundesgliedern Sorge zu tragen.

Selbsthülfe zwischen Bundesgliedern ist untersagt, und jedem Versuche zu einer solchen hat das Directorium Einhalt zu thun.

Bei Streitigkeiten aller Art zwischen Bundesstaaten hat es seine Vermittlung eintreten zu lassen, und falls der Vergleichsversuch erfolglos ist, die Verweisung an das Bundesgericht zu beschliessen.

Artikel 11.

Bundesgesetzgebung.

Das Directorium übt auf Grund der Beschlüsse des Bundesrathes Namens der deutschen Regierungen das Recht des Vorschlags in Angelegenheiten der Bundesgesetzgebung aus. (Art. 20.)

In gleicher Weise steht demselben die Initiative auch in denjenigen Angelegenheiten zu, in welchen die Erlassung eines gemeinsamen Gesetzes oder die Gründung einer gemeinsamen Einrichtung von der freien Zustimmung der einzelnen Staaten abhängt, die Wirksamkeit des Bundes gegenüber diesen letztern sich somit nur als eine vermittelnde darstellt. (Art. 21.)

Der Bundesrath hat in beiden Fällen die in die Versammlung der Bundesabgeordneten einzubringenden Vorlagen vorzubereiten.

Gesetzesvorschläge, welche eine Abänderung der Bundesverfassung oder einen Zusatz zu derselben enthalten, oder der gesetzgebenden Gewalt des Bundes einen neuen, seither der Gesetzgebung der Einzelstaaten angehörigen Gegenstand überweisen, können im Bundesrathe nur mit Einhelligkeit sämmtlicher 21 Stimmen genehmigt werden [2]).

---

[1]) Statt des letzten Satzes dieses Absatzes heisst es in dem ursprünglichen Entwurf: „Sind Ruhestörungen zu befürchten, so ist es (das Directorium) berufen, auf deren Verhütung hinzuwirken. Sind Unruhen wirklich ausgebrochen, so hat es die zur Wiederherstellung der Herrschaft der Gesetze erforderlichen Massregeln zu ergreifen, wenn die betheiligte Regierung dies beantragt, oder wenn sie die nöthigen Mittel zur Bewältigung der Unruhen entbehrt, oder wenn die Unruhen sich über mehrere Bundesstaaten erstrecken.“

[2]) Ursprünglicher Entwurf: „Gesetzesvorschläge, welche eine Abänderung der Bundesverfassung in sich schliessen, oder auf Kosten des

Vorschläge, durch welche einzelnen Bundesgliedern besondere, nicht in den gemeinsamen Verpflichtungen Aller begriffene Leistungen oder Verwilligungen für den Bund angesonnen werden, bedürfen der freien Zustimmung aller betheiligten Regierungen.

Ueber Religionsangelegenheiten findet kein Beschluss anders, als mit allseitiger freier Zustimmung statt.

Artikel 12.

Bundesexecutive.

Das Directorium hat dafür zu sorgen, dass die Bundesgesetze, die Bundesbeschlüsse, die Erkenntnisse des Bundesgerichtes, die am Bunde vermittelten Vergleiche, die vom Bunde übernommenen Garantieen durch die betheiligten Regierungen vollzogen werden.

Ergeben sich hierbei Hindernisse irgend einer Art, so steht es dem Directorium zu, das Geschäft der Vollziehung unmittelbar von Bundeswegen in die Hand zu nehmen.

Es kann zu diesem Zwecke Commissäre ernennen und denselben, wenn nöthig, eine angemessene Truppenzahl zur Verfügung stellen.

Artikel 13.

Militärangelegenheiten.

Dem Directorium liegt die Handhabung der Kriegsverfassung des deutschen Bundes ob. Es führt die durch diese Verfassung dem Bunde in Bezug auf das Bundesheer, die Bundesfestungen und die Küstenvertheidigung überwiesenen Geschäfte. Es hat sich der genauen und vollständigen Erfüllung der militärischen Bundesverpflichtungen in allen Bundesstaaten zu versichern, auch auf zweckmässige Uebereinstimmung in der Organisation des Bundesheeres hinzuwirken. Es hat sein Augenmerk unausgesetzt dahin zu richten, dass das Heerwesen des Bundes, ohne unnöthige Belastung der Bevölkerungen im Frieden, gekräftigt, vervollkommnet und in einem allen Anforderungen an die Wehrkraft Deutschlands entsprechenden Stande erhalten werde.

Werden zu diesem Zwecke neue gesetzliche Bestimmungen, organische Vorschriften oder Aenderungen der Bundeskriegsverfassung erforderlich, so hat das Directorium dieselben im Bundesrathe in Anregung zu bringen.

Bedarf das Directorium in den Fällen der Art. 9, 10 und 12

Bundes eine neue organische Einrichtung begründen sollen, oder der gesetzgebenden Gewalt des Bundes einen neuen, seither der Gesetzgebung der Einzelstaaten angehörigen Gegenstand überweisen, können im Bundesrath nur mit einer Mehrheit von wenigstens 17 Stimmen genehmigt werden."

der unmittelbaren Verfügung über militärische Mittel, so hat es die Stellung der für den jedesmaligen Zweck am meisten geeigneten Truppenkörper zum Bundesdienste zu beschliessen.

Ist der Zweck dieser Massregel erreicht, so hat die Verwendung zum Bundesdienste wieder aufzuhören.

Die Kosten der Verwendung von Truppen im Bundesdienste hat der Bund, vorbehältlich aller gesetzlich begründeten Ersatzverbindlichkeiten, vorschussweise zu bestreiten.

Die im Bundesdienste stehenden Truppen tragen die Abzeichen des Bundes.

Während gemeinsamer Uebungen, überhaupt während jeder Vereinigung der Contingente mehrerer Bundesstaaten werden gleichfalls diese Abzeichen getragen.

Artikel 14.

Bundesfinanzen.

Das Directorium lässt die aus den Matrikularbeiträgen der einzelnen Staaten gebildete Bundeskasse verwalten.

Es lässt von drei zu drei Jahren nach eingeholter Zustimmung des Bundesrathes den Voranschlag der ordentlichen und ausserordentlichen Bundesauslagen aufstellen und der Versammlung der Bundesabgeordneten zur Genehmigung vorlegen.

Es lässt die von der Versammlung der Bundesabgeordneten genehmigten Matrikularumlagen ausschreiben [1].

Kommt in Betreff des Voranschlags eine Einigung mit der Versammlung der Bundesabgeordneten nicht zu Stande, so ist bis zu einer Verständigung der Voranschlag der vorhergehenden Periode massgebend, insofern die darin enthaltenen Ausgaben nicht ausdrücklich nur für einen vorübergehenden, bereits erreichten Zweck bestimmt sind [2].

Zur Deckung unvorhergesehener Bundesausgaben kann das Directorium mit Genehmigung des Bundesrathes und der Versammlung der Bundesabgeordneten, oder wenn letztere nicht vereinigt ist, unter Vorbehalt der Rechtfertigung vor derselben, ausserordentliche Matrikularumlagen ausschreiben.

Es lässt den Rechenschaftsbericht über die abgelaufene dreijährige Periode des Bundeshaushalts der Versammlung der Bundesabgeordneten vorlegen.

---

[1] Ursprünglicher Entwurf: „austheilen".

[2] Dieser Absatz fehlt in dem ursprünglichen Entwurf.

Artikel 15.

Verhältniss zur Versammlung der Bundesabgeordneten.

Dem Directorium steht die Einberufung, Eröffnung, Vertagung, Auflösung, Schliessung der Versammlung der Bundesabgeordneten zu. Zur Einberufung ausserordentlicher Sitzungen derselben bedarf dasselbe jedoch der Zustimmung des Bundesrathes.

Das Directorium hat vor der Versammlung der Abgeordneten die Gesammtheit der Bundesregierungen zu vertreten; insbesondere wird es die vom Bundesrathe genehmigten Gesetzesentwürfe und sonstige Vorlagen einbringen und für die darüber in der Abgeordnetenversammlung zu eröffnende Verhandlung geeigneten Falles Commissäre ernennen. Es ist berechtigt, der Versammlung der Abgeordneten Mittheilungen über allgemeine Bundesangelegenheiten zugehen zu lassen. und deren Ansicht darüber einzuholen.

Nach dem Schlusse der Session der Abgeordnetenversammlung wird es die Ergebnisse der Verhandlungen derselben der Schlussfassung der Fürstenversammlung unterziehen, oder. falls eine solche ausnahmsweise nicht stattfinden sollte, die Schlussfassung im Bundesrathe veranlassen.

Abschnitt III.

Die Versammlung der Bundesabgeordneten.

Artikel 16.

Zusammensetzung der Versammlung.

Die Versammlung der Bundesabgeordneten geht durch Delegation aus den Vertretungskörpern der einzelnen deutschen Staaten hervor.

Sie besteht aus 302 von diesen Körpern gewählten Mitgliedern [1]).

Oesterreich entsendet zum Bunde 75 vom Reichsrathe aus der Zahl seiner, den deutschen Bundesländern angehörigen Mitglieder, oder aus den Mitgliedern der Landtage des Bundesgebietes gewählte Abgeordnete.

Preussen entsendet 75 Abgeordnete aus der Zahl der Vertreter der deutschen Bundeslande im preussischen Landtage.

Bayern entsendet 27 Abgeordnete, Sachsen, Hannover, Württem-

---

[1]) Nach dem ursprünglichen Entwurf nur 300, indem Hessen-Homburg, als keine Landesvertretung besitzend, übergangen und Hamburg nur mit 1 Stimme bedacht war.

berg entsenden je 15, Baden 12, Kurhessen 9, Grossherzogthum Hessen 9, Holstein und Lauenburg 5, Luxemburg und Limburg 4, Braunschweig 3, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz zusammen 6, Nassau 4, Sachsen-Weimar 3, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg-Gotha je 2, Oldenburg 3, Anhalt 2, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Liechtenstein, Waldeck, Reuss ältere Linie und Reuss jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Hessen-Homburg je 1, die freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen je 1, Hamburg 2 Abgeordnete und zwar alle diese Staaten aus der Mitte ihrer Vertretungskörper.

In denjenigen Staaten, in welchen das Zweikammersystem besteht, wählt die erste Kammer ein Drittheil, die zweite Kammer zwei Drittheile der Bundesabgeordneten. Wo die Abgeordnetenzahl nicht durch 3 theilbar ist, wird die betreffende Regierung bestimmen, wie die Zahl der Vertreter unter beiden Kammern zu vertheilen sei.

Artikel 17.

Nähere Bestimmungen über die Art der Bildung der Versammlung.

Die Wahl der Bundesabgeordneten erfolgt in jedem Staate sogleich nach dem Zusammentritte der betreffenden Landesvertretung. Sie erfolgt für die Dauer des Mandats der wählenden Körperschaft, bleibt jedoch nach Ablauf dieses Mandats, oder nach Auflösung der wählenden Körperschaft bis zur erfolgten Neuwahl der nächstfolgenden Versammlung wirksam.

Die persönliche Fähigkeit zur Mitgliedschaft der wählenden Körperschaft entscheidet zugleich über die persönliche Fähigkeit zur Mitgliedschaft der Versammlung der Bundesabgeordneten.

Für je drei Bundesabgeordnete wird ein Ersatzmann gewählt. Diejenigen Wahlkörperschaften, die weniger als drei Bundesabgeordnete zu ernennen haben, wählen je einen Ersatzmann.

Die Landesvertretungen der Einzelstaaten können ihre Abgeordneten zum Bunde nicht an Instructionen binden.

Die Bundesabgeordneten beziehen gleichmässige Tagegelder und Reiseentschädigungen aus der Bundeskasse.

Artikel 18.

Einberufung, Vertagung, Auflösung der Versammlung.

Die Versammlung der Bundesabgeordneten wird regelmässig in jedem dritten Jahre im Monat Mai nach Frankfurt a. M. einberufen. Sie kann vom Directorium mit Zustimmung des Bundesrathes jederzeit zu einer ausserordentlichen Sitzung einberufen werden.

Eine Vertagung der Versammlung kann vom Directorium höchstens für eine Zeit von zwei Monaten ausgesprochen werden. Durch eigenen Beschluss kann sich die Versammlung höchstens auf acht Tage vertagen. Im Falle einer Auflösung der Versammlung wird das Directorium unverzüglich die Bundesregierungen auffordern, die Neuwahlen sobald als thunlich vornehmen zu lassen. Sobald die Neuwahlen erfolgt sind, wird das Directorium zur Wiedereinberufung der Versammlung schreiten.

Die Regierungen werden in der Regel dafür sorgen, dass die Ständekammern der einzelnen Staaten nicht gleichzeitig mit der Versammlung der Bundesabgeordneten tagen.

Artikel 19.

Innere Einrichtung der Versammlung.

Die Versammlung der Bundesabgeordneten wählt ihren Präsidenten, ihre Vicepräsidenten und Schriftführer.

Die Sitzungen der Versammlung sind öffentlich. Die Geschäftsordnung wird bestimmen, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können.

Die Versammlung prüft die Vollmachten ihrer Mitglieder und entscheidet über die Zulassung derselben.

Zur Beschlussfähigkeit der Versammlung ist die Anwesenheit von wenigstens zwei Drittheilen der Mitglieder erforderlich. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, sofern nicht die nachfolgenden Artikel Ausnahmen von diesem Grundsatze anordnen.

Die Versammlung wird mit Genehmigung des Directoriums ihre Geschäftsordnung feststellen.

Artikel 20.

Beschliessende Befugniss der Versammlung.

Der Versammlung der Bundesabgeordneten steht das Recht beschliessender Mitwirkung zur Ausübung der gesetzgebenden Gewalt des deutschen Bundes zu [1].

---

[1]) Ursprünglicher Entwurf: „Der Versammlung der Bundesabgeordneten steht das Recht beschliessender Mitwirkung zur Ausübung der gesetzgebenden Gewalt des deutschen Bundes zu.

Die gesetzgebende Gewalt des Bundes erstreckt sich:

1) auf Abänderungen der Bundesverfassung;
2) auf die bestehenden oder neu zu errichtenden organischen Einrichtungen des Bundes;
3) auf den Bundeshaushalt;

Die gesetzgebende Gewalt des Bundes erstreckt sich:

1) Auf Abänderungen der Bundesverfassung und Zusätze zu denselben.
2) Auf den Bundeshaushalt.
3) Auf Feststellung allgemeiner Grundzüge für die Gesetzgebung der Einzelstaaten, über die Angelegenheiten der Presse und der Vereine, über literarisches und künstlerisches Eigenthumsrecht, über Heimathrecht, Ansässigmachung und allgemeines deutsches Bürgerrecht, über gegenseitige Vollstreckung rechtskräftiger Erkenntnisse, über Auswanderungen, sowie über diejenigen Gegenstände von gemeinsamem Interesse, deren allgemeine Regelung etwa künftig der gesetzgebenden Gewalt des Bundes durch verfassungsmässige Beschlüsse des Directoriums (Art. 11) und der Abgeordnetenversammlung würde übertragen werden.

Gesetzesvorschläge, welche eine Abänderung der Bundesverfassung oder einen Zusatz zu derselben enthalten, oder der gesetzgebenden Gewalt des Bundes einen neuen, seither der Gesetzgebung der Einzelstaaten angehörigen Gegenstand überweisen, können in der Versammlung der Bundesabgeordneten nur mit einer Mehrheit von wenigstens drei Viertheilen der Stimmen angenommen werden.

Wie das Directorium, so besitzt auch die Abgeordnetenversammlung das Recht, Bundesgesetze in Vorschlag zu bringen.

Betreffen solche Vorschläge eine Abänderung der Bundesverfassung, oder einen Zusatz zu derselben, oder die Ueberweisung eines neuen, seither der Gesetzgebung der Einzelstaaten angehörigen Gegenstandes an die gesetzgebende Gewalt des Bundes, so können sie von der Abgeordnetenversammlung nur mit einer Mehrheit von wenigstens drei Viertheilen der Stimmen beschlossen werden.

---

4) auf Feststellung allgemeiner Grundzüge für die Gesetzgebung der Einzelstaaten, über die Angelegenheiten der Presse und der Vereine, über literarisches und künstlerisches Eigenthumsrecht, über Heimathsrecht, Ansässigmachung und allgemeines deutsches Bürgerrecht, über gegenseitige Vollstreckung rechtskräftiger Erkenntnisse, über Auswanderungen, sowie über diejenigen Gegenstände von gemeinsamem Interesse, deren allgemeine Regelung etwa künftig der gesetzgebenden Gewalt des Bundes durch verfassungsmässige Beschlüsse des Directoriums (Art. 11) und der Abgeordnetenversammlung würde übertragen werden.

Gesetzesvorschläge, welche eine Abänderung der Bundesverfassung in sich schliessen oder eine neue organische Einrichtung auf Kosten des Bundes begründen sollen, oder der gesetzgebenden Gewalt des Bundes einen neuen, seither der Gesetzgebung der einzelnen Staaten angehörigen Gegenstand überweisen, können in der Versammlung der Bundesabgeordneten nur mit einer Mehrheit von wenigstens vier Fünfteln der Stimmen angenommen werden.

Wie das Directorium, so besitzt auch die Abgeordnetenversammlung das Recht, Bundesgesetze in Vorschlag zu bringen.“

Artikel 21.

Berathende und vermittelnde Befugniss der Versammlung.

Die Versammlung der Bundesabgeordneten ist gleich dem Directorium berechtigt, in Angelegenheiten, welche dem Bereiche der gesetzgebenden Gewalt des Bundes nicht zugewiesen sind, die Einführung gemeinsamer Gesetze oder Einrichtungen auf dem Wege freier Vereinbarung in Antrag zu bringen.

Um in den einzelnen Staaten zur Ausführung gelangen zu können, bedürfen jedoch die in Angelegenheiten solcher Art von der Abgeordnetenversammlung gefassten Beschlüsse der Zustimmung der betreffenden Regierungen und Vertretungen. (Art. 25.)

Artikel 22.

Recht der Vorstellung und der Beschwerde.

In allen Angelegenheiten des Bundes steht der Versammlung der Bundesabgeordneten das Recht der Vorstellung und der Beschwerde zu.

Abschnitt IV.

Die Fürstenversammlung.

Artikel 23.

Einrichtung der Fürstenversammlung.

In der Regel wird nach dem Schlusse der ordentlichen oder ausserordentlichen Sitzung der Versammlungen der Bundesabgeordneten eine Versammlung der souveränen Fürsten und der obersten Magistrate der freien Städte Deutschlands sich vereinigen.

Der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen gemeinschaftlich erlassen die Einladung zur Fürstenversammlung.

Die nicht persönlich erscheinenden Souveräne können sich durch einen Prinzen ihres oder eines andern regierenden deutschen Hauses als *Alter Ego* vertreten lassen [1]).

---

[1]) Der letzte Satz dieses Artikels in dem ursprünglichen Entwurf: „Zwei Vertretern der deutschen Standesherren wird in der Fürstenversammlung ein Antheil an einer Curiatstimme (anstatt des erloschenen Antheils der beiden Hohenzollern) zugestanden“ — ist in Wegfall gekommen.

Artikel 24.

Stimmordnung.

Die Verhandlungen der Fürstenversammlung tragen den Charakter freier Berathung und Verständigung zwischen unabhängigen und gleichberechtigten Souveränen an sich. Deutschlands Fürsten und freie Städte sind jedoch übereingekommen, die für die Beschlüsse des Bundesrathes geltende Stimmordnung in der Art auch unter sich in Anwendung zu bringen, dass ein Beschluss der Fürstenversammlung nicht aufgehalten werden kann, wenn die bejahenden Stimmen das im Bundesrathe je nach der Natur des Gegenstandes vorgeschriebene Stimmverhältniss erreichen.

Artikel 25.

Gegenstände der Beschlüsse der Fürstenversammlung.

Die Fürstenversammlung nimmt die ihr durch das Directorium unterlegten Ergebnisse der Verhandlungen der Abgeordnetenversammlung in Erwägung.

Sie fasst die endgültigen Beschlüsse über diejenigen Anträge der Versammlung der Bundesabgeordneten, welche nicht der Zustimmung der Vertretungskörper in den einzelnen Staaten bedürfen.

Sie lässt die mit ihrer Sanction versehenen Bundesgesetze sowohl durch das Directorium als in den einzelnen Staaten verkündigen.

Sie pflegt Berathung wegen thunlichster Förderung der Ausführung über diejenigen Anträge der Versammlung den Bundesabgeordneten, über welche der endgültige Beschluss den verfassungsmässigen Gewalten der einzelnen Staaten zusteht. (Art. 11 und 21.)

Sie prüft die Vorstellungen und Beschwerden der Versammlung der Abgeordneten in allgemeinen Bundesangelegenheiten und lässt dem Directorium die betreffenden Entschliessungen zugehen.

Sie kann alle für das Gesammtvaterland wichtigen Angelegenheiten in den Kreis ihrer Berathungen ziehen.

Ueber folgende Gegenstände:

Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund,

Aenderung des Stimmverhältnisses im Bunde bei verändertem Besitzstande der Bundesglieder,

steht die Schlussfassung ausschliesslich der Fürstenversammlung zu.

Abschnitt V.

Das Bundesgericht.

Artikel 26.

Doppelte Eigenschaft des Bundesgerichtes.

Das Bundesgericht entscheidet, im Namen des deutschen Bundes, theils in richterlicher, theils in schiedsrichterlicher Eigenschaft.

Artikel 27.

Richterliche Wirksamkeit des Bundesgerichtes.

Das Bundesgericht in seiner richterlichen Eigenschaft kann angerufen werden:

1) von Bundesregierungen oder von Privatpersonen gegen den deutschen Bund, wenn erstere gegen letzteren Ansprüche aus privatrechtlichen Titeln erheben, und ein besonderer Gerichtsstand hierwegen nicht begründet ist;
2) von Privatpersonen gegen mehrere Bundesglieder, wenn bestritten ist, welche der letztern eine Forderung der erstern zu befriedigen habe;
3) von Privatpersonen gegen[1]) die Civilliste oder den Staatsfiskus eines einzelnen Bundesstaats, wenn wegen der behaupteten, auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Forderung in der Verfassung oder Gesetzgebung des betreffenden Staates kein Gerichtsstand begründet ist; (Revision vorbehalten.)
4) von Privatpersonen behufs der Eröffnung des Rechtswegs gegen eine einzelne Bundesregierung, wenn erstere auf Grund der Verfassung und der bestehenden Gesetze des Landes und nach Erschöpfung der landesgesetzlichen Mittel der Abhülfe, über Verweigerung oder Hemmung der Rechtspflege Beschwerde führen;
5) von Bundesregierungen gegen andere Bundesregierungen, wenn der klagende Theil Befriedigung einer Geldforderung oder Erfüllung eines privatrechtliche Leistungen betreffenden Vertrages oder Schadloshaltung wegen Nichterfüllung eines solchen Vertrages verlangt;
6) in denjenigen Fällen, für welche dem Bundesgerichte, mit Zu-

---

[1]) In dem ursprünglichen Entwurf wird hier vor der Civilliste ausdrücklich noch „der Souverän“ erwähnt.

stimmung des Directoriums und des Bundesrathes, durch die Verfassung oder Gesetzgebung eines Einzelstaates eine richterliche Gewalt besonders übertragen werden sollte.

Endlich tritt

7) in Fällen, wo es sich zwischen zwei oder mehreren Mitgliedern des Bundes um den vorläufigen Schutz des jüngsten Besitzstandes handelt, das Bundesgericht an die Stelle des nach Art. 20 der Wiener Schlussacte zu bezeichnenden obersten Gerichtshofes.

Artikel 28.

Schiedsrichterliche Wirksamkeit des Bundesgerichtes.

Der schiedsrichterlichen Entscheidung des Bundesgerichtes werden vom Directorium nach vergeblich versuchter Vermittlung, auf Verlangen des einen oder des andern der streitenden Theile überwiesen:

1) alle nicht zu der im Artikel 27 unter 5 erwähnten Kategorie gehörigen Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Bundes;
2) Streitigkeiten zwischen Mitgliedern regierender deutscher Familien über Thronfolge, Regentschaft, Regierungsfähigkeit, Vormundschaft, sowie über Ansprüche an das Hausfideicommiss, insofern nicht über das Verfahren in dergleichen Streitigkeiten und deren Entscheidung durch die Verfassung des betreffenden Landes Hausgesetze oder Verträge besondere Bestimmungen getroffen sind; (Revision vorbehalten.)
3) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines Bundesstaates und einzelnen Berechtigten, Corporationen oder ganzen Classen, wenn dieselben wegen Verletzung der ihnen durch die Bundesverfassung (Art. 13 bis 18 der Bundesacte) gewährleisteten Rechte Klage führen;

   soweit das betreffende Rechtsverhältniss nicht vor dem 1. Januar 1863 durch Bundesbeschluss oder durch die einschlägige Landesgesetzgebung geregelt ist.
4) Streitigkeiten zwischen der Regierung und der Landesvertretung eines Bundesstaates über Auslegung oder Anwendung der Landesverfassung, sofern zur Austragung solcher Streitigkeiten nicht schon anderweitig Mittel und Wege gesetzlich vorgeschrieben sind, oder dieselben nicht zur Anwendung gebracht werden können.

Artikel 29.

Sonstige Aufgaben des Bundesgerichtes.

Damit in der Anwendung gemeinsamer deutscher Gesetze über Civil- oder Strafrecht die möglichste Gleichartigkeit bestehe, ist das

Bundesgericht berufen, in Fällen, wo sich bezüglich dieser Anwendung in der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe der Bundesstaaten Verschiedenheiten ergeben, das Directorium, behufs der weiter erforderlichen Veranlassung, auf das Bedürfniss einer authentischen Auslegung oder gesetzlichen Regelung aufmerksam zu machen.

Das Bundesgericht hat dem Directorium auf Erfordern rechtliche Gutachten zu erstatten, insofern es sich nicht um Fälle handelt, in welchen das Bundesgericht demnächst selbst zuständig werden kann.

Artikel 30.

Besondere Bestimmungen.

Wo keine besonderen Entscheidungsnormen vorhanden sind, hat das Bundesgericht nach den in Rechtsstreitigkeiten derselben Art vormals von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, insofern solche auf die jetzigen Verhältnisse der Bundesglieder und auf die Streitsachen selbst noch anwendbar sind, zu erkennen.

Streitigkeiten oder Beschwerden, welche bereits vor Errichtung des Bundesgerichtes durch einen Bundesbeschluss endgültig erledigt worden sind, können nicht von Neuem vor dem Bundesgerichte angebracht werden.

Gegenwärtig in anerkannter Wirksamkeit stehende Verfassungen können durch Klagführung bei dem Bundesgerichte nicht angefochten werden [1]).

Artikel 31.

Zusammensetzung des Bundesgerichtes.

Das Bundesgericht besteht aus einem Präsidenten, zwei Vicepräsidenten und zwölf ordentlichen Beisitzern. Für die schiedsrichterliche Entscheidung in Straffällen zwischen Regierung und Ständen eines Bundesstaates (Art. 28 unter 4) wird das Bundesgericht durch zwölf ausserordentliche Beisitzer verstärkt.

Zwölf ordentliche Mitglieder des Bundesgerichts werden von den Regierungen aus den Mitgliedern der obersten Gerichtshöfe ernannt. Oesterreich und Preussen ernennen je zwei, Bayern einen, die folgenden 14 Stimmen des Bundesrathes in einem der Reihenfolge der Stimmordnung entsprechenden Wechsel sieben ordentliche Beisitzer.

Drei ordentliche Beisitzer des Bundesgerichts ernennt das Directorium mit Zustimmung des Bundesrathes aus der Zahl der ordentlichen öffentlichen Rechtslehrer an den deutschen Hochschulen.

---

[1]) Der letzte Absatz dieses Artikels fehlt in dem ursprünglichen Entwurf.

Das Directorium ernennt ferner mit Zustimmung des Bundesrathes aus der Mitte der fünfzehn ordentlichen Mitglieder des Bundesgerichts den Präsidenten und die beiden Vicepräsidenten.

Alle diese Ernennungen erfolgen auf Lebensdauer.

Die zwölf ausserordentlichen Mitglieder des Bundesgerichts werden von den Regierungen auf Vorschlag und aus der Mitte der Ständeversammlungen auf 12 Jahre ernannt. Die Ernennungen geschehen durch dieselben Regierungen, beziehentlich in derselben Reihenfolge, wie die Ernennungen der ordentlichen Beisitzer.

Wo zwei Kammern einen Bundesrichter zu bezeichnen haben, wechselt in Ermanglung eines Einverständnisses das Recht des Vorschlags zwischen denselben, wobei das Loos den Anfang zu bestimmen hat.

Sollte sich demnächst das Bedürfniss einer Vermehrung der Mitgliederzahl des Bundesgerichts herausstellen, so kann das Directorium, mit Zustimmung des Bundesrathes, eine solche Vermehrung beschliessen. Die Zahl der ausserordentlichen Beisitzer muss alsdann in gleichem Verhältnisse, wie die der ordentlichen, erhöht werden.

Das Bundesgericht hat seinen Sitz zu Frankfurt a. M. Die ordentlichen Mitglieder müssen am Sitze des Bundesgerichts wohnen.

Die Kanzleibeamten des Bundesgerichts werden auf dessen Vorschlag von dem Directorium ernannt.

Die Aufstellung einer Bundesanwaltschaft bleibt vorbehalten.

Artikel 32.

Grundzüge der Verfassung des Bundesgerichts.

Das Bundesgericht wird in mehrere Senate eingetheilt werden, damit eine zweckmässige Vertheilung der Geschäfte in Senats- und in Plenarsitzungen stattfinde, und in den zur richterlichen Entscheidung des Bundesgerichts gehörigen Fällen (Art. 27) ein Instanzenzug hergestellt werde.

Die schiedsrichterlichen Entscheidungen des Bundesgerichts (Art. 28) erfolgen in ordentlicher, und wenn sie Streitigkeiten zwischen Regierung und Ständen eines Bundesstaates betreffen, in ausserordentlicher Plenarsitzung, zu welcher letzteren der Präsident die sämmtlichen ordentlichen und ausserordentlichen Beisitzer einberuft.

Die in den gesetzlichen Formen gefällten Schiedssprüche unterliegen keiner weiteren Berufung und sind sofort vollziehbar.

Artikel 33.

Unabhängige Stellung des Bundesgerichtes.

Die ordentlichen Mitglieder des Bundesgerichts werden für den Bund in Eid und Pflicht genommen und vom Bunde aus der Matri-

kularkasse besoldet. Sie können nach ihrer Ernennung weder Geldbezüge noch Ehrenauszeichnungen von einem einzelnen Bundesgliede erhalten. Gegen ihren Willen können sie nur durch einen Spruch des Bundesgerichts selbst von ihrem Amte entlassen werden. Nach erreichtem 70sten Lebensjahre kann das Directorium sie mit vollem Gehalte in den Ruhestand versetzen.

Die ausserordentlichen Mitglieder des Bundesgerichts, zur Ausübung ihres Amtes einberufen, werden gleichfalls für den Bund in Eid und Pflicht genommen und erhalten vom Bunde Reiseentschädigungen und Funktionsgebühren aus der Matrikularkasse.

Ein Reglement wird die betreffenden Gehalte und Gebühren feststellen.

Artikel 34.

Bundesgerichtsstatut.

Die näheren Bestimmungen über die Verfassung des Bundesgerichts, sowie über das Verfahren vor demselben werden durch ein Statut getroffen werden, welches das Bundesgericht zu entwerfen und dem Directorium zur weiteren Veranlassung vorzulegen haben wird.

Artikel 35.

Wegfall der früheren gerichtlichen Bundeseinrichtungen.

Mit Einführung des Bundesgerichts kommen die seitherigen Bestimmungen über Austrägalinstanz, beziehentlich das Bundesschiedsgericht, auch die Competenz der Bundesversammlung in den im Artikel 29 der Wiener Schlussacte bezeichneten Fällen und der Bundesbeschluss vom 15. September 1842 in Wegfall. Dagegen bewendet es auch fernerhin bei Art. 24 der Schlussacte.

Schlussbestimmungen.

Artikel 36.

Die bestehenden Bundesgesetze behalten ihre Kraft und Gültigkeit, soweit sie nicht durch die vorstehenden Bestimmungen abgeändert werden.

VI.

Bericht
des preussischen Staatsministeriums an den König,
die deutsche Reformfrage betreffend.

Euer Majestät allerhöchsten Befehlen entsprechend, beehrt sich das Staatsministerium, über die von der Kaiserlich Oesterreichischen Regierung angeregte Bundesreformfrage in Nachstehendem allerunterthänigst zu berichten.

Die erste Anregung zu einer dem nationalen Bedürfniss entsprechenden Ausbildung der Bundesverfassung ist von Preussen ausgegangen, ehe die Ereignisse von 1848 hereinbrachen. Die ernsten Erfahrungen, die darauf gefolgt sind, haben weder in den Regenten noch in dem Volke Preussens das Bestreben vermindert, dem berechtigten Verlangen nach Verbesserung der bestehenden Einrichtungen Befriedigung zu verschaffen; aber sie haben die Schwierigkeiten richtiger erkennen lassen und heilsame Lehren gegeben, die zur Vorsicht mahnen müssen in einer grossen Sache. Sie haben auch gezeigt, dass es nicht wohlgethan ist, das vorhandene Mass des Guten zu unterschätzen und das Vertrauen auf bestehende Institutionen zu untergraben, ja, diese selbst zu erschüttern, ehe das Bessere mit Sicherheit in Aussicht steht.

Diese Erwägungen lassen es Eurer Majestät als geboten erscheinen, in Zeiten, welche jedem Theilnehmer des Bundes den Werth der äussern und innern Sicherheit, die ihm dieselbe bisher gewährte, besonders anschaulich machen, die wünschenswerthen Reformen nur mit sorgfältiger Schonung des vorhandenen Masses von Einigkeit und von Vertrauen auf die Bürgschaften der bestehenden Bundesverträge anzustreben. Wir haben aus den uns von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorgelegten Actenstücken ersehen, dass dieselbe Vorsicht von anderer Seite nicht beobachtet, die Aenderung der Bundesverfassung vielmehr aus Gründen verlangt worden ist, deren

Darlegung das Vertrauen auf den Werth und den Bestand der Bundesverträge schwer erschüttern und Zweifel an denselben hervorrufen musste, welche noch heute der Widerlegung harren.

Um so dringender wäre zu wünschen gewesen, dass die Einleitung von Verhandlungen zur Verbesserung und Befestigung der so gelockerten Beziehungen auf Wegen erfolgt wäre, welche einen befriedigenden Abschluss mit möglichster Sicherheit in Aussicht stellten. Unter denselben lag ohne Zweifel der Versuch einer Verständigung Preussens und Oesterreichs über die Grundzüge der zu machenden Vorschläge am nächsten, und konnte das Kaiserlich Oesterreichische Cabinet einer bundesfreundlichen Aufnahme derselben von Seiten Eurer Majestät gewiss sein. Statt dessen ist von Oesterreich einseitig die demnächst in Frankfurt vorgelegte Reformacte ausgearbeitet und über den Inhalt derselben Eurer Majestät vom 3. August d. J. so unvollständige Mittheilung gemacht worden, dass sich darauf ein Urtheil über die Tragweite der Vorschläge nicht begründen liess. Nur die beabsichtigte Form der Verhandlungen war klar und gab Eurer Majestät zuerst zu den gerechten Bedenken Anlass, welche Allerhöchst dieselben gegen das Beginnen des Werkes durch einen schleunigst zu berufenden Fürstencongress in dem Schreiben vom 4. August d. J. an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich ausgesprochen haben.

Nicht wenige Tage einer unvorbereiteten Besprechung, und nicht der edelste persönliche Wille der Fürsten konnten ein Werk zum Abschlusse bringen, dessen Schwierigkeiten nicht allein in den verschiedenen persönlichen Ansichten, sondern in Verhältnissen liegen, welche tief im Wesen der deutschen Nation wurzeln und Jahrhunderte hindurch in wechselnden Formen sich immer von Neuem geltend gemacht haben.

Nichtsdestoweniger haben Eure Majestät Ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, im Interesse eines so grossen Werkes auch auf einen, ohne Preussens Mitwirkung vorbereiteten Versuch desselben einzugehen, und nur den Aufschub der vorgeschlagenen Fürstenversammlung bis zum 1. October d. J. verlangt, ein Aufschub, welcher neben wesentlichen, ausserhalb der Sache liegenden Hindernissen der Betheiligung Eurer Majestät durch die für einen Congress zahlreicher Souveräne nothwendigen geschäftlichen Vorbereitungen bedingt war. Wenn ungeachtet dieses Entgegenkommens Eurer Majestät und nachdem Allerhöchstdero wohlbegründete Weigerung, am 16. August d. J. in Frankfurt zu erscheinen, dem Kaiserlich Oesterreichischen Cabinete bekannt war, die Einladung zu diesem Tage dennoch unter einem der ersten Mittheilung an Eure Majestät vorhergehenden Datum an alle Genossen des Bundes erlassen wurde, so können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, als ob dem Kaiserlich Oesterreichischen

Cabinet von Hause aus nicht die Betheiligung Preussens an dem gemeinsamen Werke, sondern die Verwirklichung des Separatbündnisses als Ziel vorgeschwebt habe, welches schon in der ersten an Eure Majestät gelangten Mittheilung vom 3. August für den Fall in Aussicht genommen wurde, dass Preussen sich den Anträgen Oesterreichs nicht anschliessen werde.

Die letzteren sind auch bis zum heutigen Tage nicht amtlich zur Kenntniss der Königlichen Regierung gelangt; dagegen ist Eurer Majestät durch das von einem Theile der in Frankfurt a. M. versammelt gewesenen Fürsten und den Vertretern der freien Städte an Allerhöchstdieselben gerichtete Schreiben vom 1. September d. J. das von den hohen und höchsten Unterzeichnern dieses Schreibens bedingungsweise angenommene Ergebniss der Frankfurter Verhandlungen mitgetheilt worden.

Diese Mittheilung haben Eure Majestät Ihrem Staatsministerium übergeben, in Ausführung der in Allerhöchstdero Antwortschreiben an die Theilnehmer des Fürstentags d. d. Baden den 20. August ausgesprochenen Absicht, Allerhöchstdero Entschliessungen erst dann feststellen zu wollen, wenn durch geschäftsmässige Bearbeitung der Angelegenheit von Seiten Ihrer Räthe die zu erwartenden Abänderungen der Bundesverfassung in ihrem Verhältnisse zu der berechtigten Machtstellung Preussens und zu den berechtigten Interessen der Nation eingehend geprüft sein würden. Als Ergebniss dieser Prüfung haben sich die gewichtigsten Bedenken herausgestellt, welche der Entwurf für Eure Majestät weder als König von Preussen noch als deutscher Fürst annehmbar erscheinen lassen, wenn nicht Veränderungen mit ihm vorgenommen werden, welche, seine Grundlagen selbst berührend, seinen ganzen Charakter wesentlich verändern. Wie der Entwurf vorliegt, kann unser allerunterthänigster Antrag nur dahin gehen, dass es Eurer Majestät gefallen möge, demselben die Allerhöchste Zustimmung zu versagen.

Die verhältnissmässige Schwäche des Bundes, im Vergleich zu der der deutschen Nation innewohnenden Gesammtkraft, beruht in der Schwierigkeit, die Bundescentralgewalt so zusammenzusetzen und mit solchen Attributionen zu versehen, dass sie kräftig und wirksam sei, zugleich aber die berechtigte Unabhängigkeit der einzelnen Staaten schone und erhalte und der Bedeutung der einzelnen Bundesglieder nach Massgabe ihrer eigenthümlichen und selbständigen Machtverhältnisse Rechnung trage. Diese Schwierigkeit wurzelt in einer tausendjährigen Geschichte des Landes und lässt sich bei dem besten Willen aller Betheiligten weder schnell, noch vollständig überwinden. Sie steigert sich nothwendig in dem Masse, als dem Bunde die Aufgabe gestellt wird, nicht nur, seinem ursprünglichen Zwecke entsprechend, die Sicherheit seiner Teilnehmer und des Bundesgebiets zu gewähr-

leisten, sondern auch in der äussern wie in der innern Politik die Zwecke eines einheitlichen Staatswesens zu erfüllen.

Bis in die letzten Decennien ist es deshalb mit Sorgfalt vermieden worden, die Haltbarkeit des Bundes durch eine Erweiterung seines ursprünglichen Zweckes auf die Probe zu stellen. Man sagte sich mit Recht, dass das Einverständniss der mächtigsten Mitglieder über die Zielpunkte der gemeinsamen Bestrebungen unentbehrliche Grundlage jeder wirksamen Action des Bundes bilde. Und diese Gemeinsamkeit ist um so schwerer herzustellen und festzuhalten, als weder Preussen noch Oesterreich der Freiheit vollständig entsagen können, ihre Stellung zu den Fragen europäischer Politik nach den Interessen der Gesammtheit ihrer Monarchien zu regeln.

Der vorliegende Entwurf löst diese Schwierigkeit durch den einfachen Mechanismus einer Mehrheitsabstimmung im Schoosse des Directoriums und durch eine Erweiterung des Bundeszwecks bis zu dem Masse, dass die Politik jeder dieser beiden Mächte in der durch das Centralorgan des Bundes zu bestimmenden Gesammtpolitik des letzteren aufzugehen habe. In der Theorie ist diese Lösung eine leichte, in der Praxis ist ihre Durchführung unmöglich und trägt den Keim der Voraussetzung in sich, dass das neue Bundesverhältniss in vergleichungsweise kürzerer Zeit als das alte, um uns der Worte des Kaiserlich Oesterreichischen Promemoria zu bedienen, den Eindruck von „Resten einer wankend gewordenen Rechtsordnung machen werde, welcher der blosse Wunsch, dass die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, die nöthige Festigkeit nimmermehr zurückgeben könnte.“

Um einer beklagenswerthen Eventualität vorzubeugen, erscheint es uns unerlässlich, dass der Bund durch eigene Action in die Beziehungen der europäischen Politik nur mit dem Einverständnisse der beiden Grossmächte eingreife und dass jeder der letzteren ein Veto, mindestens gegen Kriegserklärungen, so lange nicht das Bundesgebiet angegriffen ist, zustehe.

Dieses Veto ist für die Sicherheit Deutschlands selbst unentbehrlich. Ohne dasselbe würde je nach Umständen die eine oder die andere der beiden Grossmächte in die Lage kommen, sich der andern, durch eine Majorität weniger Stimmen verstärkten — ja, selbst mit der andern zusammen, sich der Majorität dieser Stimmen unterwerfen zu *sollen* — und doch der Natur der Dinge nach, und ihrer eigenen Existenz halber, sich nicht unterwerfen zu *können*. Man kann sich einen solchen Zustand auf die Dauer nicht als möglich denken. Es können Institutionen weder haltbar sein, noch jemals werden, welche, das Unmögliche von Preussen oder von Oesterreich fordernd — nämlich sich fremden Interessen dienstbar zu machen — den Keim der Spaltung in sich tragen. Nicht auf der gezwungenen oder geforderten

und doch nicht zu erzwingenden Unterordnung der einen Macht unter die andere, sondern auf ihrer Einigkeit beruht die Kraft und die Sicherheit Deutschlands. Jeder Versuch, eine grosse politische Massregel gegen den Willen der einen oder der andern durchzusetzen, wird nur sofort die Macht der realen Verhältnisse und Gegensätze zur Wirksamkeit hervorrufen.

Es wäre eine verhängnissvolle Selbsttäuschung, wenn Preussen sich zu Gunsten einer scheinbaren Einheit Beschränkungen seiner Selbstbestimmung im Voraus auflegen wollte, welche es im gegebenen Falle thatsächlich zu ertragen nicht im Stande wäre.

Der Anspruch jeder der beiden Grossmächte auf ein derartiges Veto ist um so weniger ein unbilliger zu nennen, als die Berechtigung, eine Kriegserklärung zu hindern, verfassungsmässig jeder Minorität beiwohnt, welche ein Drittel der Stimmen auch nur um Eins übersteigt (Art. 40 d. W. Schl.-A.), ein solches Drittel aber, sobald ihm keine der beiden Grossmächte angehört, niemals eine Bevölkerung repräsentiren kann, welche der der preussischen oder österreichischen Bundesländer gleichkäme. Die vier Königreiche, Baden und die beiden Hessen bilden zusammen das an Volkszahl stärkste Drittheil der Plenarstimmen, welches sich ohne Betheiligung einer der Grossmächte combiniren lässt; sie haben zusammen 12 916 000 Einwohner und 25 Stimmen im Plenum, also drei über ein Drittel. Es bestehen 23 Stimmen im Plenum, welche zusammen nur 2 400 000 Einwohner ihrer Staaten vertreten und jeder Kriegserklärung ihr gemeinsames Veto entgegensetzen können. Um wie viel mehr hat Preussen, mit einer Bevölkerung von 14½ Millionen im Bunde, auf dasselbe Recht Anspruch.

Aber nicht bloss da, wo es auf Verhütung von Unternehmungen ankommt, durch welche die Festigkeit des gemeinsamen Bandes in Frage gestellt werden kann, sondern auch in Betreff der Betheiligung an der regelmässigen Thätigkeit des Bundes erscheint es nothwendig, dass die Formen der Bundesverfassung der Ausdruck der wirklichen Verhältnisse und Thatsachen seien.

Preussen ist als deutsche Macht nicht nur Oesterreich ebenbürtig, sondern es hat innerhalb des Bundes die grössere Volkszahl. Die formelle Gleichstellung Preussens und Oesterreichs ist daher schon zu verschiedenen Epochen Gegenstand der Verhandlung gewesen, und bei Gründung der provisorischen Bundescentralcommission, in Folge der Uebereinkunft vom 30. September 1849, haben beide deutsche Grossmächte in völlig gleicher Stellung die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund, Namens sämmtlicher Bundesregierungen übernommen. Auf dem Gebiete, in welchem bisher die Competenz des Bundes sich bewegte, steht der Vorsitz dem Kaiserlich Oesterreichischen Hofe vertragsmässig in Form der geschäftlichen

Leitung der Bundesversammlung zu. Bei neu zu schaffenden Institutionen aber, auf dem Gebiete umfassender Erweiterungen der Attribute und Befugnisse des Bundes und für Organe, welche den Bund wesentlich nach aussen zu vertreten bestimmt sind, kann Preussen eine bevorzugte Stellung Oesterreichs nicht zulassen, sondern erhebt den Anspruch auf eine vollkommene Gleichheit.

Dass es sich in dem Reformentwurfe, ungeachtet der Bezeichnung des Vorsitzes als einer nur formalen Leitung der Geschäfte, nicht um eine unwesentliche Aeusserlichkeit handelt, wird um so mehr einleuchten, wenn man sich erinnert, dass selbst unter den alten Verhältnissen Preussen sich gegen eine ungerechtfertigte Ausdehnung der Bedeutung des Präsidialrechts hat verwahren müssen [1], welche dasselbe zu einem wesentlichen politischen Vorrecht Oesterreichs und zu dem charakteristischen Ausdruck der deutschen Einheit stempeln wollte.

Nach solcher Erfahrung würde die Preussische Regierung nicht der Verständigung ein erlaubtes Opfer — und zwar ein Opfer an Oesterreich, nicht an Deutschland — bringen, sondern ein Unrecht am eigenen Lande begehen, wenn sie bei erweiterter Competenz des Bundes und bei erhöhter Bedeutung der dem Präsidium vorbehaltenen diplomatischen Beziehungen nach aussen auf den Anspruch der Gleichstellung verzichtete.

Indem wir Eurer Majestät die Parität Preussens mit Oesterreich und die Beilegung eines Veto in den oben bezeichneten Grenzen als unseres allerunterthänigsten Dafürhaltens nothwendige Vorbedingungen der Zustimmung zu einer Erweiterung des Bundeszweckes und der Competenz der Bundes-Centralbehörde bezeichnen, verkennen wir nicht, dass damit die Aufgabe einer Vermittlung der divergirenden dynastischen Interessen behufs Erleichterung der einheitlichen Action des Bundes nicht gelöst wird. Den Streit derselben durch die Majoritätsabstimmungen der im Directorium vertretenen Regierungen kurzer Hand zu entscheiden, scheint uns weder gerecht, noch politisch annehmbar. Das Element, welches berufen ist, die Sonderinteressen der einzelnen Staaten im Interesse der Gesammtheit Deutschlands zur Einheit zu vermitteln, wird wesentlich nur in der Vertretung der deutschen Nation gefunden werden können. Um die Institution der letzteren in diesem Sinne zu einer fruchtbringenden zu machen, wird es nothwendig sein, sie mit entsprechenderen Attributionen auszustatten, als diess nach dem Frankfurter Entwurf der Fall sein soll,

---

[1]) Conf. Depesche des Grafen Rechberg an den Kaiserlich Oesterreichischen Gesandten in Dresden vom 5. November 1861 und Anlage dazu; und Depesche des Grafen von Bernstorff an den Freiherrn von Werther vom 2. Februar 1862.

und ihre Zusammensetzung so zu regeln, dass die Bedeutung eines jeden Bundeslandes den seiner Wichtigkeit angemessenen Ausdruck darin finde.

Die ausgedehnten Befugnisse, welche in der Reformacte dem aus wenigen und ungleichen Stimmen zusammengesetzten Directorium, mit und ohne Beirath des Bundesrathes, gegeben werden; die unvollkommene und den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechende Bildung der, an Stelle einer Nationalvertretung vorgeschlagenen „Versammlung von Bundesabgeordneten“, welche durch ihren Ursprung auf die Vertretung von Partikularinteressen, nicht von deutschen Interessen hingewiesen ist, und die auf einen kleinen Kreis verhältnissmässig untergeordneter Gegenstände beschränkte und dennoch vage und unbestimmte Befugniss auch dieser Versammlung — lassen jede Bürgschaft dafür vermissen, dass in der beabsichtigten neuen Organisation des Bundes die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation und nicht partikularistische Bestrebungen zur Geltung kommen werden.

Diese Bürgschaft kann Eurer Majestät Staatsministerium nur in einer wahren, aus direkter Betheiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung finden. Nur eine solche Vertretung wird für Preussen die Sicherheit gewähren, dass es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutschland zu Gute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Organismus von Bundesbehörden kann das Spiel und Widerspiel dynastischer und partikularistischer Interessen ausschliessen, welcher sein Gegengewicht und Correctiv in der Nationalvertretung finden muss. In einer Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Massstab der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervorgeht, wird der Schwerpunkt, so wenig wie ausser Deutschland, so auch nie in einen einzelnen, von dem Ganzen sich innerlich loslösenden Theil fallen; darum kann Preussen mit Vertrauen in sie eintreten. Die Interessen und Bedürfnisse des preussischen Volkes sind wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes; wo dieses Element zu seiner wahren Bedeutung und Geltung kommt, wird Preussen niemals befürchten dürfen, in eine seinen eigenen Interessen widerstrebende Politik hineingezogen zu werden; — eine Befürchtung, die doppelt gerechtfertigt ist, wenn neben einem Organismus, in welchem der Schwerpunkt ausserhalb Preussens fällt, die widerstrebenden partikularistischen Elemente prinzipiell in die Bildung der Volksvertretung hineingebracht werden.

Wir haben uns erlaubt, in Vorstehendem nur die wesentlichsten Mängel hervorzuheben, ohne deren Beseitigung, unseres allerunterthänigsten Dafürhaltens, eine Bundesreform der vorgeschlagenen Art für Preussen nicht annehmbar ist. Auch halten wir eine Kritik der Einzelheiten des vorliegenden Entwurfs für unfruchtbar, so lange eine

Verständigung über jene Hauptpunkte nicht erreicht ist. Wir stellen daher Eurer Majestät allerunterthänigst anheim, über die letzteren zunächst mit Allerhöchstdero Bundesgenossen in Verhandlung zu treten und, sobald Eure Majestät der Geneigtheit begegnen, auf die vorstehend angedeuteten Grundlagen einzugehen, die Kaiserlich Oesterreichische Regierung zu ersuchen, in Gemeinschaft mit Eurer Majestät Regierung Ministerialconferenzen zu anderweiter Feststellung eines demnächst den deutschen Fürsten und freien Städten zur Genehmigung vorzulegenden Reformplanes zu berufen. Von dem Beschlusse der deutschen Souveräne wird es alsdann abhängen, ob sie über Dasjenige, was sie der Nation darzubieten beabsichtigen, die Aeusserung der letztern selbst durch das Organ gewählter Vertreter vernehmen, oder ohne deren Mitwirkung die verfassungsmässige Einwilligung der Landtage jedes einzelnen Staates herbeizuführen versuchen wollen.

Für Eurer Majestät Regierung wird der nahe bevorstehende Zusammentritt des Landtages die Gelegenheit darbieten, die Auffassung der preussischen Landesvertretung in Betreff des Inhaltes der vorliegenden Reformacte und der von der Königlichen Regierung derselben gegenüber vertretenen Grundsätze kennen zu lernen, und wie wir nicht zweifeln, werden die Kundgebungen der preussischen Landesvertretung schon jetzt mit Bestimmtheit erkennen lassen, dass nur solche Aenderungen der bestehenden Bundesverträge auf ihre demnächstige verfassungsmässige Zustimmung zu rechnen haben, vermöge deren die Würde und die Machtstellung Preussens und die Interessen der gesammten deutschen Nation in gleichem Masse ihre Berücksichtigung finden.

Das preussische Volk bildet einen so wesentlichen Bestandtheil des deutschen, und ist in seinen Bedürfnissen und Interessen, wie in seinen Wünschen und Gesinnungen mit der Gesammtheit der deutschen Nation so innig verwachsen, dass die Stimme des preussischen Landtags zugleich die bisher fehlenden Anhaltspunkte für die Beurtheilung der Aufnahme der beabsichtigten Institutionen von Seiten des deutschen Volkes gewähren wird.

Berlin, den 15. September 1863.

Das Staatsministerium:

v. Bismarck. v. Bodelschwingh. v. Roon.
Graf von Itzenplitz. Mühler. Graf zur Lippe.
v. Selchow. Graf zu Eulenburg.

VII.

Erwiderung
Sr. Majestät des Königs Wilhelm I. von Preussen an diejenigen 22 in Frankfurt versammelt gewesenen deutschen Fürsten und Vertreter der freien Städte,

welche Allerhöchstdemselben mittelst Schreibens vom 1. September 1863 den daselbst beschlossenen Entwurf einer Reformacte des deutschen Bundes mitgetheilt hatten.

Berlin, den 22. September 1863.

Durch das Schreiben, welches Euere . . . . in Gemeinschaft mit andern deutschen Fürsten und Vertretern der freien Städte am 1. d. M. an Mich gerichtet haben, sind die in Frankfurt a. M. berathenen Bundesreform-Vorschläge zu Meiner Kenntniss gelangt. Ich habe dieselben der sorgfältigen Erwägung unterzogen, welche ich in Meinem, am 20. v. M. an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich nach Frankfurt gerichteten Schreiben zugesagt hatte. Diese Prüfung hat mir nicht die Ueberzeugung gewähren können, dass die vorgeschlagene Reformacte in ihrer gegenwärtigen Gestalt geeignet sei, einen Abschluss Unserer vieljährigen Bemühungen um die Verbesserung der Bundesverfassung zu bilden. In dem Entwurfe habe Ich nicht den Ausdruck der wirklichen Verhältnisse und Bedürfnisse, deren Berücksichtigung allein einem solchen Werke Leben und Dauer verleihen kann, zu erkennen vermocht.

Ich darf daher nicht zögern, es Eurer . . . ., wenn auch mit Bedauern. auszusprechen, dass Meine Pflichten als König von Preussen und als deutscher Fürst es mir nicht gestatten, den Mir mitgetheilten Entwurf als die Grundlage einer neuen Bundesverfassung anzunehmen.

Ich vermag in eine Erweiterung des bisherigen vertragsmässigen

Bundeszweckes und der Competenz der Bundescentralbehörde nur dann zu willigen, wenn dieselbe mit voller und gerechter Rücksichtsnahme auf das Gewicht Preussens im Bunde und auf die Gesammtinteressen der deutschen Nation erfolgt. In diesem Sinne betrachte Ich als Vorbedingungen Meiner Zustimmung zu einer durchgreifenden Reform der bestehenden Bundesverträge die Verständigung über drei Punkte, mit deren näherer Darlegung bei Eurer . . . . Regierung ich Meinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt habe. Dieselben betreffen:

1. Das Veto Preussens und Oesterreichs mindestens gegen jeden Bundeskrieg, welcher nicht zur Abwehr eines Angriffs auf das Bundesgebiet unternommen wird.

2. Die volle Gleichberechtigung Preussens mit Oesterreich zum Vorsitze und zur Leitung der Bundesangelegenheiten.

3. Eine Volksvertretung, welche nicht aus Delegation, sondern aus directen Wahlen nach Maassgabe der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgeht, und deren Befugniss zu beschliessender Mitwirkung in Bundesangelegenheiten Gegenstand der Verhandlung, aber jedenfalls ausgedehnter zu bemessen sein würden, als in dem vorliegenden Entwurfe einer Reformacte der Fall ist.

Vor einer Verständigung über diese Grundlage kann Ich ein gedeihliches Ergebniss der Erörterung der sonstigen Einzelheiten des Mir mitgetheilten Entwurfes nicht in Aussicht nehmen. Ich habe daher Meinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Auftrag ertheilt, über die ersten zunächst mit der Kaiserl. Oesterreichischen Regierung in Unterhandlung zu treten, in der Hoffnung, dass es Eurer . . . gefallen würde, sobald das erforderliche Einvernehmen angebahnt sein wird, in Gemeinschaft mit Mir die Berufung von Ministerialconferenzen zu veranlassen, welche die definitive Beschlussnahme der deutschen Souveräne vorzubereiten haben würden.

Empfangen etc. (gez.) Wilhelm.

(gegengez.) v. Bismarck.

VIII.

Memorandum.

Beilage zur Depesche des k. k. Ministers des Auswärtigen Grafen Rechberg an den Grafen Karolyi, k. k. Gesandten in Berlin, vom 30. October 1863.

Eine Verhandlung, welche dem Wohle Deutschlands gewidmet ist, muss einem doppelten Gesetze gehorchen. Sie muss stets auf ihren praktischen Zweck gerichtet bleiben und der Geist hoher Versöhnlichkeit muss sie unter allen Umständen leiten.

Die Kaiserliche Regierung verzichtet aus diesem Grunde auf eine ausführliche Beleuchtung derjenigen Sätze, mit welchen das Königlich Preussische Staatsministerium den am 15. September d. J. Sr. Majestät dem Könige erstatteten, dann aber gewissermassen an ganz Deutschland gerichteten Vortrag eingeleitet hat. Die dort niedergelegten Auffassungen gestalten sich nämlich grossentheils zu Vorwürfen über Oesterreichs Verfahren. Theils wenden sich jene Sätze beschwerend gegen die Art der Entstehung der Reformacte, theils zeihen sie die Kaiserliche Regierung eines Mangels an Vorsicht, weil sie angeblich das vorhandene Mass des Guten unterschätzt und durch ihre Sprache dazu beigetragen habe, das Vertrauen auf Werth und Bestand der gegenwärtigen Institutionen des Bundes zu erschüttern. Sogar die Voraussetzung ist dort, freilich in offenem Widerspruche mit den Thatsachen ausgesprochen, als sei dem Kaiserlich Oesterreichischen Cabinet nicht an einer Betheiligung Preussens, sondern an der Verwirklichung eines Separatbündnisses gelegen gewesen. Um diese verschiedenen Ausstellungen auf ihren wahren Werth zurückzuführen, müsste die Kaiserliche Regierung sich in vielfachen Rückblicken in eine nahe und ferne Vergangenheit ergehen. Einer so unfruchtbaren Aufgabe entsagt sie aber um so lieber, je weniger es ihr schwer fallen könnte, derselben auf das vollständigste Genüge zu leisten.

Dagegen muss es ihr sehr nahe liegen, dem Königlich Preussischen Cabinet aus Anlass jener Beschuldigungen eine Frage von wesentlich

praktischer Bedeutung vorzulegen. Worauf gründen die Rathgeber der Preussischen Krone plötzlich den Anspruch, dass Deutschland künftig wieder auf die Haltbarkeit der so oft missachteten und für ungenügend erklärten Bundesverfassung vertrauen solle? Welche Garantie ist uns dafür geboten, dass diese Verfassung fortan wieder in ihrem ganzen Umfange, gegenüber allen Bundesgenossen, in allen ihren Artikeln, in denjenigen, aus welchen Preussen Rechte ableitet, wie in den andern, welche ihm Pflichten auferlegen und seine freie Bewegung beschränken, getreulich werde vollzogen werden? Wie entfernt sind wir von jeder solchen Garantie, nachdem sogar derselbe Vortrag, welcher das Vertrauen in das bestehende Mass der Einigung nicht zu untergraben räth, wenige Seiten später, uneingedenk dieser Mahnung, auseinandersetzt, dass, wenn man die Bundesverfassung nicht ändere, wenn man nicht Preussen ein Recht des Veto einräume, welches es jetzt nicht besitzt, das Unmögliche von Preussen gefordert werde und der Bund der nöthigen Sicherheit beraubt, ja unrettbar der Spaltung verfallen sei! —

Erst wenn das Königlich Preussische Cabinet die obigen Fragen klar und bestimmt beantwortet hätte, könnte es sich, wie uns scheint, in den Augen seiner Verbündeten das Recht erworben haben, sich zum Vertheidiger der Bundesverträge aufzuwerfen.

Wäre diess aber auch der Fall, wäre jedermann in Deutschland überzeugt, dass Wort und Geist der Bundesverträge in Zukunft die unverbrüchliche Regel der Behandlung aller deutschen Angelegenheiten bilden werde, so würde nach unserer Ueberzeugung das Bedürfniss einer Reform der Bundesverfassung demungeachtet noch nicht beseitigt sein. Denn dieses Bedürfniss ist wesentlich dadurch herbeigeführt worden, dass im jetzigen politischen Zustande Deutschlands ohne die Theilnahme eines Vertretungskörpers an den Bundesangelegenheiten, somit auch ohne die Errichtung einer verstärkten Exekutive, der Organismus des Bundes seinen Zweck nicht mehr vollständig erfüllen kann. Mit welchem Grade von Vertrauen man auch immer auf die Geltung des gegenwärtigen Bundesrechts zählen wollte, jedenfalls erscheint es daher als eine vollberechtigte Hoffnung, dass die Königlich Preussische Regierung mit den Bestrebungen ihrer Bundesgenossen die ihrigen vereinigen werde, damit ein so schwieriger und wichtiger Fortschritt sich auf der gesetzlichen Grundlage und mit Achtung aller Rechte vollziehe.

Ist sie einmal hiezu entschlossen, dann wird die Königliche Regierung sicher auch das grosse Gewicht der Gründe, welche gegen die drei von ihr aufgestellten nunmehr näher zu betrachtenden Vorbedingungen sprechen, mit voller Unbefangenheit zu würdigen wissen.

Ein Veto Oesterreichs und Preussens für den Fall eines nicht durch einen Angriff auf das Bundesgebiet veranlassten Bundeskrieges

— formelle Gleichstellung Preussens mit Oesterreich in der Leitung der Bundesangelegenheiten — Schaffung einer aus direkten Wahlen nach dem Massstabe der Bevölkerung hervorgehenden Vertretung — diess sind die dreierlei Anforderungen, welche das Cabinet von Berlin der Frankfurter Reformacte gegenübergestellt hat, ohne sich vor Erlangung dieser Zugeständnisse auf eine Verhandlung über dieselbe einlassen zu wollen.

Ueberblickt man diese Bedingungen, so wird man sofort erkennen, dass jedenfalls nur die letzte derselben unter den Gesichtspunkt einer die Interessen der gesammten deutschen Nation fördernden Reform der Bundesverfassung gebracht werden kann. Die beiden ersteren liegen ihrer Natur nach nicht nur entschieden ausserhalb der Zwecke der Bundesreform, sondern es ist selbst nicht zu verkennen, dass sie sich zu dem Bestreben nach Kräftigung der Bundeseinheit in vollkommenem Gegensatze bewegen. Aus dem Titel der Bundesreform kann daher ihre Berechtigung so wenig wie aus dem geltenden Vertragsrechte abgeleitet werden. Das Königlich Preussische Staatsministerium selbst gibt diess zu erkennen, indem es für jene beiden Forderungen andere Motive, die Rücksichten nämlich auf Preussens eigene Machtstellung und freie Bewegung, anführt. So weit diese Rücksichten berechtigt sind, achtet sie jeder der deutschen Bundesgenossen Preussens. In den Frankfurter Berathungen sind sie sorgfältig beobachtet worden, und auch in der folgenden Darlegung wird ein unparteiisches Urtheil sie nicht vermissen. Immerhin schien es aber wichtig, schon an dieser Stelle hervorzuheben, dass es nicht erworbene Rechte, sondern blosse Ansprüche, nicht nationale, sondern particulare Gesichtspunkte sind, auf welchen zwei der von Preussen aufgestellten Vorbedingungen beruhen. Wir wenden uns nach diesen allgemeinen Betrachtungen zur näheren Würdigung der mehrgedachten drei Punkte.

I. Ein Veto Oesterreichs und Preussens.

Wiederholt erklärt das Königlich Preussische Staatsministerium in seinem Vortrage die Uebereinstimmung zwischen Oesterreich und Preussen für die unentbehrliche Grundlage jeder wirksamen Action des Bundes. Derselbe Vortrag fügt aber sogleich hinzu, dass diese Uebereinstimmung schwer herzustellen und festzuhalten sei, und statt eines Mittels, diese Schwierigkeit zu überwinden, wird für die Zukunft das förmliche Recht verlangt, den Mangel an Uebereinkunft durch ein Veto zu constatiren. Weder Oesterreich noch Preussen — so sagen die Preussischen Minister — können der Freiheit vollständig entsagen, ihre Stellung zu den Fragen europäischer Politik nach den Interessen der Gesammtheit ihrer Monarchieen zu regeln. Ausgehend

von diesem Satze erklären sie es für einen in der Praxis unausführbaren Anspruch, dass die Politik jeder dieser beiden Mächte in der Gesammtpolitik des Bundes nach den Beschlüssen des Centralorganes desselben aufzugehen habe. Durch den Mechanismus einer Mehrheitsabstimmung kann nach ihrer Ansicht die Lösung dieser Schwierigkeit nicht vermittelt werden. Sie ziehen sich desshalb auf die reine Negation des nationalen Bundes zurück, auf ein Veto für beide Mächte.

Hier muss nun zunächst die Thatsache ins Auge fallen, dass das Königlich Preussische Staatsministerium eine Forderung, welche die Kaiserliche Regierung selbst keineswegs für sich erhoben hat, nicht nur im Namen Preussens, sondern auch im Namen Oesterreichs aufstellt. Man zeigt sich also um Oesterreichs Unabhängigkeit von einer gemeinsamen deutschen Politik in Berlin strenger besorgt als in Wien. Offenbar hat man nicht für die Preussische Monarchie allein ein so unbeschränktes Mass der Unabhängigkeit fordern wollen. Ist nicht schon dieser einzige Umstand genügend, um über die Natur dieser Forderung das klarste Licht zu verbreiten? Oesterreich seinerseits begehrt kein Veto. Es steht, wie Preussen, nur mit einem Theile seiner Besitzungen im deutschen Bunde, es ist in Europa eine selbständige Macht, wie Preussen, nur die Anerkennung der Gemeinsamkeit mit Deutschland, nur der Wille, die gesammtdeutschen Interessen als die eigenen zu behandeln, kann für Oesterreich wie für Preussen dem Entschlusse zu Grunde liegen, in Fragen deutscher Politik sich durch die Entscheidungen des Bundes bestimmen zu lassen. Ohne diesen Willen, ohne die Erkenntniss, dass beide grosse Mächte den Kreis der Interessen, für welche sie als solche einzustehen berufen sind, um ihrer Selbsterhaltung willen nicht auf den eigenen Länderumfang beschränken dürfen, dass sie ihn auf das gesammte Deutschland ausdehnen müssen, — ohne diese Erkenntniss und diesen Willen fallen weder Preussens noch Oesterreichs Interessen mit denjenigen Deutschlands zusammen. Es besteht alsdann keine solche Identität, es besteht, wenn die eine der beiden Mächte am Bunde festhält, die andere nicht, keine gerechte Gegenseitigkeit, es können und müssen dagegen die verhängnissvollsten Contraste hervortreten. Sollen diese Contraste künftig zu einer förmlichen Regel des Bundesrechtes erhoben werden? Soll die eine der beiden Mächte ein Veto gegen einen Krieg im Süden, die andere gegen einen Krieg im Norden einlegen dürfen? Und soll in Zukunft nur der nicht-österreichische und nicht-preussische Theil Deutschlands verpflichtet bleiben, einen Gesammtwillen des Bundes in den höchsten deutschen Angelegenheiten anzuerkennen?

Mit vollem Grunde wird übrigens zugleich hervorgehoben werden dürfen, welche starke und zuverlässige Bürgschaft die Bestimmungen der Reformacte dafür gewähren, dass in der Bundesabstimmung

nur das klare und unbestreitbare Interesse Deutschlands zum Ausdrucke gelange. Was der Vortrag vom 15. September über die Stimmverhältnisse im Plenum sagt, ist nicht genau zutreffend, da die Reformacte kein Plenum kennt. Von den 21 Stimmen des Bundesraths der Reformacte haben Oesterreich und Preussen 6, Dänemark und die Niederlande, die präsumtiv ohnehin meist gegen einen Bundeskrieg sein werden, zwei zu führen, es bleiben also 13 rein deutsche Stimmen übrig, und von diesen müssen sich 11 mit den Stimmen der einen Grossmacht vereinigen, wenn gegen die Ansicht der andern eine Kriegserklärung beschlossen werden soll. Dies gewährt wohl mehr als hinlängliche Sicherheit.

Noch eine letzte wichtige Betrachtung möge, ehe der Gegenstand verlassen wird, gegen die Forderung eines Veto geltend gemacht werden. Der ministerielle Vortrag vom 15. September klärt uns nicht darüber auf, ob unter diesem Veto ein blosses Recht der Enthaltung Preussens von einem Bundeskrieg, oder das Recht, solchen Krieg zu untersagen, verstanden werden solle. In der ersten Unterstellung wäre der gewählte Ausdruck nicht genau, in der zweiten könnte sich das Veto jedenfalls nur gegen einen von Bundeswegen zu erklärenden Krieg richten, während es das Kriegs- und Friedensrecht der einzelnen Souveräne diesen nicht entziehen könnte. Es wird aber nicht erst einer besondern Ausführung oder Heranziehung naheliegender Beispiele bedürfen, um zu beweisen, dass es ein System von Separatbündnissen grundsätzlich autorisiren, ja mit Nothwendigkeit hervorrufen hiesse, wenn man den beiden Grossmächten das Recht einräumen wollte, die Entscheidung des Bundes über Krieg und Frieden zu hemmen.

II. Formelle Gleichstellung Preussens mit Oesterreich.

Auch diese zweite Forderung Preussens tritt der Kaiserlichen Regierung in sehr wenig deutlichen Umrissen entgegen. Der mehrerwähnte Vortrag vom 15. September spricht sich nicht darüber aus, ob Preussen für sich allein, oder auch für andere deutsche Regierungen die Theilung der Präsidialrechte oder im Alternat mit Oesterreich verlange. Nur im Allgemeinen wird die formelle Parität Preussens mit Oesterreich, somit der Verzicht der letzteren Macht auf ihren seitherigen Ehrenvorzug im Bunde, als der Ausdruck der wirklichen Verhältnisse und Thatsachen bezeichnet.

Zur Begründung dieses Anspruchs beruft sich der Vortrag des Preussischen Ministeriums zuvörderst darauf, dass innerhalb des Bundes Preussens Volkszahl grösser sei als diejenige Oesterreichs. Hiegegen ist indessen Folgendes zu bemerken. In der Bundesmatrikel ist bis jetzt das behauptete Uebergewicht der Bevölkerung Preussens zu keiner

Geltung gelangt, denn heute, wie zur Zeit der Feststellung der Matrikel, zahlt Oesterreich zur Bundeskasse höhere Beiträge, es stellt zum Bundesheere ein höheres Contingent als Preussen. Würde aber auch die Matrikel revidirt, — wobei sich nach den der Kaiserlichen Regierung vorliegenden genauen Daten kaum ein irgend nennenswerther Unterschied herausstellen würde — so haben doch die Stifter des deutschen Bundes nicht auf Grund der Matrikel dem Kaiser von Oesterreich den Vorsitz übertragen, und schwerlich könnte dem Grundsatze, dass die wirklichen Thatsachen und Verhältnisse zu berücksichtigen seien, eine unrichtigere Anwendung gegeben werden, als wenn man das relative Gewicht Oesterreichs und Preussens in Deutschland ausschliesslich nach der wechselnden Ziffer der im Bunde begriffenen Volkszahl berechnen wollte.

Als einen Vorgang für eine völlig gleiche Stellung der beiden Mächte führen sodann die Preussischen Minister die Uebereinkunft vom 30. September 1849 und die durch dieselbe eingesetzte Oesterreichisch-Preussische Centralcommission an. Aber nicht etwa das Präsidium des Bundes wurde während des damaligen Provisoriums zwischen Oesterreich und Preussen getheilt, sondern diese Mächte allein verwalteten vorübergehend, mit Ausnahme der organischen Fragen, die Angelegenheiten des Bundes, nachdem die übrigen deutschen Staaten nothgedrungen und nur für eine kurze Uebergangszeit in jenes dualistische Interregnum eingewilligt hatten. Und wer hat vergessen, welche wenig glückliche Erinnerungen sich gerade an diese Epoche einer Art von Zweiherrschaft in Deutschland knüpfen? Die Centralcommission trennte sich in Uneinigkeit und das Bundeseigenthum in den Festungen war der letzte Rest der Bundesgemeinschaft, den sie in Deutschland zurückliess.

Wie überaus nahe übrigens die Versuchung liege, den Begriff eines getheilten Präsidiums mit demjenigen eines getheilten dualistischen Bundesregiments zu verwechseln, zeigt der Umstand, dass die Worte des Königl. Antwortschreibens vom 22. September die volle Gleichberechtigung Preussens mit Oesterreich zum Vorsitze und zur Leitung der Bundesangelegenheiten beanspruchen. Der Artikel II. der Reformacte legt ausdrücklich die Leitung der Bundesangelegenheiten in die Hände des gesammten Directoriums, in welchem das Präsidium nur eine geschäftsleitende Stellung einnimmt. Fast unwillkürlich aber gibt die Sprache Preussens der Frage des Präsidiums eine wesentlich andere Bedeutung, als ihr bisher beigelegt und in der Reformacte für die Zukunft bewahrt wurde. Man hat seither das Präsidium, von Oesterreich als ein Ehrenrecht geführt, nur als den Beruf zur rein formalen Leitung der Bundesgeschäfte betrachtet, und Oesterreich selbst hat erklärt, dass es in dem Vorsitze ein eigentlich politisches Vorrecht nicht erblicke. Von den beiden Grossmächten

aus dem Titel ihrer Machtstellung in Anspruch genommen würde es dagegen, solchem Ursprung entsprechend, seinen Charakter ändern, den Dualismus mehr oder minder bestimmt ausprägen und, ohne irgend eine Garantie der Eintracht zu gewähren, das übrige Deutschland in eine mit der Würde der Fürsten wie der Nation schwer zu vereinigende bevormundete Stellung zurückdrängen.

Es dürfte sonach nicht eben leicht sein, für die politischen Folgen einer Theilung des Präsidiums einzustehen. Dass sich aber für eine solche Massregel auch vom Standpunkte geschäftlicher Zweckmässigkeit irgend welche Gründe nicht anführen lassen, dies soll hiemit nur im Vorübergehen angedeutet werden.

Allein das Königl. Preussische Staatsministerium hat in seinem Vortrage auch einen die Rechtsfrage berührenden Einwand erhoben. Es hat geltend gemacht, dass das vertragsmässige Präsidialrecht Oesterreichs sich wohl auf die bestehenden Bundeseinrichtungen, nicht aber auf neu zu schaffende erweiterte Institutionen beziehe. Dieser Einwand erheischt eine kurze Beleuchtung, wiewohl vollkommen anerkannt werden muss, dass die Zustimmung der Königl. Preussischen Regierung zur Reformacte nur von ihrer freien Entschliessung abhänge.

In einem festen und wirksamen Bunde hat die erste Stelle ohne Zweifel höheren Werth, als in einem unwirksamen und lockeren. In diesem Sinne hebt sich in der That durch die Reformacte auch der Werth des Präsidialrechts und es kann nur erfreulich sein, wenn ein solcher Gewinn als die Wirkung der vorgeschlagenen Reform vorhergesehen wird. Was aber speciell die Rechte und den Einfluss des Präsidiums im Verhältniss zu den Rechten und dem Einfluss der Bundesorgane als solche betrifft, so erscheint es mindestens als zweifelhaft, ob die Annahme der Reformacte nicht eher eine Verminderung als eine Vermehrung der ersteren in sich schliessen würde.

Seither war die Bundesversammlung mit ihren Commissionen das einzige Organ des Bundes, Oesterreich hatte daher überall den Vorsitz, wo der Bund als solcher erschien. Dieser Vorsitz konnte sich in einem uncontrolirten Organ vielleicht entschiedener geltend machen, als dies in einem controlirten der Fall wird sein können. Gerade in den neu zu schaffenden Institutionen ist von einem Vorzuge Oesterreichs nicht die Rede, in der Abgeordnetenversammlung und dem Bundesgerichte ist das Anrecht auf das Präsidium für Alle gleich. Oesterreich würde also, wie seither, nur da, wo die Regierungen direct vertreten sind, präsidiren, im Directorium und Bundesrath, wie früher im Plenum und dem engern Rathe der Bundesversammlung. Und auch in diesem Bereiche zeigt die Reformacte nirgends das Bestreben, die Präsidialbefugnisse auszudehnen, sie sucht dieselben im Gegentheile überall auf das strengste formelle Geschäfts-

bedürfniss zu beschränken, das Recht auf Substitution im Vorsitze, welches Preussen seither nicht besessen, bietet sie ihm an, und da, wo die Fürsten persönlich einwirken werden, wo es sich um Berufung der Fürstenversammlung handelt, hat der Kaiser von Oesterreich freiwillig sich erboten, die Initiative mit dem König von Preussen zu theilen.

Im Vergleiche mit dem bestehenden Bundesrechte erscheinen daher die Vorschläge der Reformacte jedenfalls nicht nur als vollständig gerechtfertigt, sondern sie gewähren der Königl. Preussischen Regierung jede neue, mit der Aufrechthaltung des Präsidiums irgend vereinbare Rücksicht. Eine Beeinträchtigung der Machtverhältnisse Preussens schliessen sie sonach in keiner Weise in sich, wohl aber glaubt der Kaiserliche Hof mit vollem Rechte auch seinerseits darauf vertrauen zu dürfen, dass eine Stellung, welche ihm Preussen unmittelbar nach der glorreichsten Episode seiner Geschichte freiwillig antrug, auch heute noch geachtet und unter den ernsten Verhältnissen der Gegenwart nicht als ein Hinderniss der Einigung möge betrachtet werden.

III. Directe Wahlen zur Abgeordnetenversammlung.

Die dritte und letzte Forderung Preussens — diejenige einer direct gewählten und mit ausgedehnteren Befugnissen, als nach der Reformacte, versehenen Volksvertretung —, diese Forderung stellt sich allerdings entschieden und tief eingreifend auf das Gebiet der Bundesreform. Um so gerechtfertigter aber ist das Verlangen, zu wissen, wie man sich Rechenschaft zu geben habe von der Ausführung eines so weitreichenden Gedankens, und ob in demselben auch alle Folgerungen begriffen seien, welche eine solche Verheissung nothwendig bedingt. Der Vortrag des Königl. Preussischen Staatsministeriums vom 15. September befriedigt in keiner Beziehung dieses Verlangen.

Wie sollen die Wahlen eingerichtet werden, aus welchen die Volksvertretung am Bunde unmittelbar hervorgehen soll? Hat man ein einschränkendes, in ganz Deutschland einzuführendes Wahlsystem im Auge? Wie soll ein solches in den verschiedenen Staaten zur verfassungsmässigen Geltung gebracht werden? Sollen Wahlen nach allgemeinem Stimmrecht stattfinden? Ist an eine Erneuerung des Versuches von 1848 gedacht? Soll ein Oberhaus das Correctiv bilden für die Gefahren allgemeiner Wahlen? Und wenn die Befugnisse des Parlaments ausgedehnter sein sollen, als diejenigen der Abgeordnetenversammlung der Reformacte, wird dann nicht auch die Centralgewalt stärker als das Directorium der Reformacte organisirt sein müssen? Ist Preussen darauf vorbereitet, sich einer solchen Centralgewalt,

wenn sie nicht ausschliesslich in seinen eigenen Händen ruht, zu unterwerfen?

Ueber alle diese wichtigen Fragen würde man in dem Vortrage der Preussischen Minister vergeblich irgend eine Auskunft suchen. Nur der gewagten Voraussetzung begegnet man dort, dass der specifisch preussische Standpunkt in einer aus directen Wahlen hervorgegangenen Versammlung sich vollständiger, als in einer Versammlung von Delegirten, mit dem allgemeinen deutschen Standpunkt identificiren würde. Nur einer Nationalvertretung der ersteren Art glaubt desshalb die Königl. Preussische Regierung Opfer bringen zu können, die jedoch nicht näher angedeutet werden. Als gewagt wird jene Voraussetzung wohl nicht mit Unrecht bezeichnet werden dürfen, denn bis jetzt liegt nur eine Erfahrung vor, diejenige von 1848. Damals war Oesterreich in Frankfurt unvollständig, Preussen vollständig und sogar unter Hinzutritt der nicht zum Bunde gehörigen Provinzen vertreten, — und demungeachtet war zwischen Berlin und Frankfurt bald ein so prägnanter Zwiespalt vorhanden, wie ihn eine regelmässig gewählte Kammervertretung hoffentlich niemals herbeiführen würde.

Der Unbestimmtheit der preussischen Forderung gegenüber vermag nun aber die Kaiserlich Oesterreichische Regierung die Vorschläge der Frankfurter Reformacte nur mit um so tieferer Ueberzeugung zu bevorworten. Welcher hohe Gewinn für Alle, wenn Preussen sich dieselben aneignete! Diese Vorschläge greifen allerdings nicht so kühn, wie das Angebot directer Wahlen, in die bestehende Ordnung der Dinge ein, aber sie dürfen den Vorzug beanspruchen, dass sie mit geringerer Gefahr und grösserer Schonung den Zweck, den deutschen Bund zu einer wahrhaft nationalen Institution zu erheben, verfolgen, und dass sie die Zugeständnisse, die sie darbieten, vollständig und in genauer Umgrenzung erkennen lassen. Sie bauen auf den gegebenen Rechtsgrundlagen fort, sie entsprechen der Natur des deutschen Bundes, sie allein ermöglichen eine Centralvertretung, ohne die Grundlagen der Bundesverfassung in Frage zu stellen und das Verfassungsrecht der Einzelstaaten zu durchbrechen, sie gestalten beide harmonisch, indem sie in folgerechter Durchführung des nunmehr in allen deutschen Ländern zur Geltung gekommenen constitutionellen Systems den Landesvertretungen die gebührende Mitwirkung an den Angelegenheiten des Ganzen sichern. Extreme Forderungen, welche sich gegen alle Regierungen wenden, würden in einem direct gewählten Parlament präsumtiv eine stärkere Vertretung finden, schwerlich aber würde ein solches an Patriotismus, an wahrer Erkenntniss der allgemeinen Interessen Deutschlands, an Opferwilligkeit für die Gesammtheit eine Versammlung übertreffen, in welcher die Thätigkeit der gesetzlich constituirten politischen

Körperschaften Deutschlands zu einer einheitlichen und ausgleichenden Action zusammengefasst wäre. Dass endlich für Preussen nicht etwa ein besonderer Grund bestehe, welcher die Annahme des Princips der Reformacte widerrathen könnte, dafür ist wohl der schlagendste Beweis dadurch geliefert, dass vor nicht langer Zeit Graf von Bernstorff schrieb: „Was die erste Begründung einer Volksvertretung im Bunde betrifft, so theilen wir die Ausführungen der Denkschrift des Freiherrn von Beust darin, dass eine solche wohl am besten durch Delegation von Seite der Landtage der einzelnen Staaten würde erfolgen können."

Blickt man nun noch einmal auf die drei von Preussen aufgestellten Vorbedingungen zurück, so wird man das Ergebniss der Prüfung derselben nicht unrichtig in die kurze Formel zusammenfassen können, dass der erste Punkt den Separatismus, der zweite den Dualismus, der dritte den Unitarismus bedeute, dass die drei Punkte sonach weder mit sich selbst, noch mit den Grundlagen der Bundesverfassung im Einklang stehen. Der Kaiserliche Hof darf unter diesen Umständen die Hoffnung für gerechtfertigt halten, dass Preussen, von den vorangestellten Bedingungen absehend, sich bundesfreundlich den Vorschlägen werde zuwenden wollen, welchen bereits 24 deutsche Regierungen in freier Berathung zugestimmt haben und deren Annahme von Seite Preussens auch die letzten Zweifel der noch fehlenden beseitigen würde. Selbst einer an Einhelligkeit grenzenden Stimmenmehrheit steht allerdings die Königl. Preussische Regierung in dieser grossen Frage frei gegenüber, aber gewiss ist der Ausdruck der innigen und tief begründeten Ueberzeugung so vieler ihrer Bundesgenossen geeignet, ihr nicht unbeachtenswert zu erscheinen und auf ihre eigene Entschliessung einzuwirken. Gefiele es ihr, die ihr gebotenen Grundlagen einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und ihren Bundesgenossen klarzulegen, in welchen Punkten sie die Reformacte zu höherer Vollkommenheit gebracht zu sehen wünschte, so würde ihr von allen Seiten die grösste und dankbarste Bereitwilligkeit in Bezug auf solche Wünsche entgegenkommen. Dann würde ein endlicher Abschluss vorbereitet sein und die deutschen Fürsten, den König von Preussen in ihrer Mitte, würden unter dem Beifall der Nation freudig und vertrauensvoll das vollendete Werk besiegeln.

IX.

Friedens-Tractat zwischen Oesterreich, Preussen und Dänemark vom 30. October 1864[1]).

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, Seine Majestät der König von Preussen und Seine Majestät der König von Dänemark haben beschlossen, die am letztvergangenen 1. August unterzeichneten Präliminarien in einen definitiven Friedensvertrag umzuwandeln.

Zu diesem Ende haben Ihre Majestäten zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich:
Den Herrn Johann Bernhard Grafen von Rechberg-Rothenlöwen, und
den Herrn Adolph Maria Freiherrn von Brenner-Felsach.

Seine Majestät der König von Preussen:
Den Herrn Carl Freiherr von Werther, und
den Herrn Hermann Ludwig von Balan.

Seine Majestät der König von Dänemark:
Den Herrn Georg Joachim von Quaade, und
den Herrn Heinrich August Theodor von Kauffmann,

welche sich in Wien zu einer Conferenz vereinigt haben, und nachdem sie ihre in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten ausgetauscht, über die folgenden Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Es soll in Zukunft und für beständig Friede und Freundschaft zwischen Ihren Majestäten dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige

---

[1]) Wir veröffentlichen den deutschen Text dieses Vertrages nach dem Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich vom 27. November 1864, mit Hinweglassung der Titulaturen und Beilagen, welche letztere nur vorübergehende Bestimmuugen enthalten.

von Preussen einerseits und dem Könige von Dänemark andererseits, sowie zwischen deren Erben und Nachfolgern und deren gegenseitigen Staaten und Unterthanen herrschen.

Artikel 2.

Alle zwischen den hohen vertragschliessenden Theilen vor dem Kriege abgeschlossenen Verträge und Uebereinkünfte werden, in soferne dieselben nicht durch den Inhalt des gegenwärtigen Vertrages abgeschafft oder abgeändert werden, hiemit neuerdings in Kraft gesetzt.

Artikel 3.

Seine Majestät der König von Dänemark verzichtet auf alle Seine Rechte auf die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preussen und verpflichtet Sich, die Verfügungen, welche Ihre gnannten Majestäten hinsichtlich dieser Herzogthümer treffen werden, anzuerkennen.

Artikel 4.

Die Abtretung des Herzogthumes Schleswig begreift in sich alle zu diesem Herzogthume gehörigen Inseln, sowie das auf dem Festlande gelegene Territorium. — Um die Abgränzung zu vereinfachen und den Unzukömmlichkeiten ein Ende zu machen, welche aus der Lage der im schleswig'schen Gebiete enclavirten jütländischen Gebietstheile entspringen, tritt Seine Majestät der König von Dänemark an Ihre Majestäten den Kaiser von Oesterreich und den König von Preussen jene jütländischen Besitzungen ab, welche im Süden der südlichen Gränzlinie des Districtes Ribe gelegen sind, als: die jütländische Landesstrecke Mögeltondern, die Insel Amrom, die jütländischen Theile der Inseln Föhr, Sylt und Rœmœ u. s. w.

Dagegen willigen Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen ein, dass ein äquivalenter Theil von Schleswig, der ausser der Insel Aerœ solche Gebietstheile begreift, welche dazu dienen, den Zusammenhang des oben erwähnten Districtes Ribe mit dem übrigen Jütland herzustellen und die Gränzlinie zwischen Jütland und Schleswig auf der Seite von Kolding zu verbessern, — vom Herzogthum Schleswig losgetrennt und dem Königreiche Dänemark einverleibt werde.

Artikel 5.

Die neue Gränze zwischen dem Königreiche Dänemark und dem Herzogthum Schleswig soll von der Mitte der Mündung der Hejls-

minder Bai am kleinen Belt ausgehen, diese Bai durchschneiden und der dermaligen südlichen Gränze der Kirchspiele Hejls, Vejstrup und Taps, und zwar letzterer bis zu dem im Süden von Gejlbjerg und Brænore befindlichen Wasserlaufe folgen, sodann diesem Wasserlaufe entlang, von dessen Einmündung in die Fovs-Aa ausgehend, längs der Südgränze der Kirchspiele Oedis und Vandrup und längs der Westgränze dieses letzteren bis zur Königsau (Konge-Aa) im Norden von Holte gezogen werden. — Von diesem Punkte an wird der Thalweg der Königs-Au die Gränze bis zur östlichen Endlinie des Kirchspiels Hjortlund bilden. — Von hier angefangen soll die Gränze dieser selben Endlinie und deren Verlängerung bis zu dem in Norden des Dorfes Obekjär vorspringenden Winkel und ferner der östlichen Gränze des Dorfes bis zur Gjels-Aa folgen. — Von hier an sollen die östliche Gränze des Kirchspiels Seem und die südlichen Gränzen der Kirchspiele Seem, Ribe und Vester-Vedsted die neue Gränze bilden, welche in der Nordsee in gleicher Entfernung zwischen den Inseln Manœ und Rœmœ fortzulaufen hat.

In Folge dieser neuen Abgränzung werden von einer und der anderen Seite alle gemischten Ansprüche und Rechte sowohl weltlicher als geistlicher Art, welche bisher in den Enclaven, auf den Inseln und in den gemischten Kirchspielen bestanden haben, — als erloschen erklärt. — In Folge dessen soll die neue souveräne Macht in jedem der durch die neue Gränze getrennten Gebiete ihre diesfälligen Rechte in vollem Umfange geniessen.

Artikel 6.

Eine aus Vertretern der hohen vertragschliessenden Theile zusammengesetzte internationale Commission soll beauftragt werden, unmittelbar nach dem Austausche der Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages, an Ort und Stelle die neue Gränzlinie, den Bestimmungen des vorstehenden Artikels gemäss, herzustellen.

Diese Commission soll auch die Kosten des Baues der neuen Strasse von Ribe nach Tondern im Verhältnisse der Ausdehnung des auf beiden Seiten von ihr durchlaufenen Gebietes, zwischen dem Königreiche Dänemark und dem Herzogthume Schleswig zu vertheilen haben.

Endlich wird dieselbe Commission die Vertheilung der liegenden Güter und Capitalien leiten, welche bisher solchen Districten oder Gemeinden, die durch die neue Gränze von einander getrennt werden, gemeinschaftlich angehört haben.

Artikel 7.

Die Bestimmungen der Artikel 20, 21 und 22 des zwischen Oesterreich und Russland am 3. Mai 1815 abgeschlossenen Vertrages,

welcher einen integrirenden Theil der Schlussacte des Wiener Congresses bildet, welche Bestimmungen sich auf die Besitzer gemischter Gründe, auf die von ihnen auszuübenden Rechte, auf die Nachbarschaftsverhältnisse in den von den Gränzen durchschnittenen Grundstücken beziehen, sollen auf die Grundbesitzer, sowie auf jene Grundstücke, welche sich in Schleswig und in Jütland in dem durch die obenerwähnten Bestimmungen der Acten des Wiener Congresses vorgesehenen Falle befinden werden, ihre Anwendung finden.

Artikel 8.

Um eine billige Vertheilung der Staatsschuld der dänischen Monarchie im Verhältnisse zu der bezüglichen Volkszahl des Königreiches und der Herzogthümer zu erzielen, und um zu gleicher Zeit den unübersteiglichen Schwierigkeiten vorzubeugen, welche eine detaillirte Liquidation der gegenseitigen Rechte und Ansprüche darbieten würde, haben die hohen vertragschliessenden Theile die Quote der Staatsschuld der dänischen Monarchie, welche den Herzogthümern zur Last fallen soll, auf die runde Summe von neunundzwanzig Millionen (dänischer) Thaler festgestellt.

Artikel 9.

Jener Theil der Staatsschuld der dänischen Monarchie, welchen in Gemässheit des vorhergehenden Artikels die Herzogthümer zu tragen haben, soll unter der Garantie Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preussen, als Schuld der drei obbenannten Herzogthümer an das Königreich Dänemark, innerhalb eines Jahres, oder wo möglich früher, von der definitiven Organisirung der Herzogthümer an gerechnet, beglichen werden.

Zur Begleichung dieser Schuld können sich die Herzogthümer im Ganzen oder theilweise einer oder der anderen der nachfolgend angeführten Arten bedienen:

1. Zahlung in Baarem (75 preussische Thaler gleich 100 Thalern dänischer Münze).
2. Uebergabe an den dänischen Staatsschatz von uneinlösbaren vierprocentigen, zur innern Schuld der dänischen Monarchie gehörigen Obligationen.
3. Uebergabe an den dänischen Staatsschatz von neuen von den Herzogthümern zu emittirenden Staatsobligationen, deren Werth in preussischen Thalern (30 auf das Pfund gerechnet) oder in Hamburger Mark Banco auszudrücken ist und deren Liquidirung mittelst halbjähriger Zahlung von 3 Procent vom ursprünglichen Betrage der Schuld stattfinden soll, wovon 2 Procent die bei jedem Termine fälligen Interessen dar-

stellen, während der Rest zum Behufe der Amortisirung einzuzahlen ist.

Die obenerwähnte Zahlung der halbjährigen Rate von 3 Procent soll sowohl durch die Staatskassen der Herzogthümer als durch Bankhäuser in Berlin und Hamburg stattfinden.

Die unter 2 und 3 angeführten Obligationen sollen von dem dänischen Staatsschatze zu ihrem Nominalwerthe angenommen werden.

Artikel 10.

Bis zu dem Zeitpunkte, wo die Herzogthümer definitiv jene Summe übernommen haben werden, welche sie in Gemässheit des Artikels 8 des gegenwärtigen Vertrages statt ihres Antheiles an der gemeinschaftlichen Schuld der dänischen Monarchie zu entrichten haben, werden dieselben halbjährig 2 Procent von der genannten Summe, nämlich 580,000 Thaler (dänisches Geld) bezahlen. Diese Zahlung wird auf die Weise bewerkstelligt werden, dass jene Interessen- und Abschlagszahlungen der dänischen Schuld, welche bisher auf die Staatskassen der Herzogthümer angewiesen waren, auch fernerhin durch diese selben Kassen beglichen werden. Diese Zahlungen sollen mit jedem Halbjahre liquidirt werden und für den Fall, dass sie die obgenannte Summe nicht erreichen, werden die Herzogthümer den Restbetrag den dänischen Finanzen in baarem Gelde zurückzuerstatten haben; im entgegengesetzten Falle wird denselben der Ueberschuss gleicherweise in baarem Gelde zurückerstattet.

Die Liquidirung wird zwischen Dänemark und den mit der Oberverwaltung der Herzogthümer beauftragten Behörden auf die im gegenwärtigen Artikel festgesetzte Weise oder mit jedem Quartal, in soferne dieses von beiden Seiten nöthig erachtet würde, stattfinden. Der Gegenstand der ersten Liquidirung werden insbesondere alle Interessen- und Abschlagszahlungen der gemeinschaftlichen Schuld der dänischen Monarchie sein, welche nach dem 23. December 1863 entrichtet worden sind.

Artikel 11.

Die Summen, welche das sogenannte Holstein-Plœn'sche Aequivalent darstellen, der Rest der Entschädigung für die vormaligen Besitzungen des Herzogs von Augustenburg, mit Einschluss der darauf haftenden Prioritätsforderung, und die Domanial-Obligationen von Schleswig und Holstein werden ausschliesslich von den Herzogthümern getragen.

Artikel 12.

Die Regierungen von Oesterreich und Preussen werden sich von den Herzogthümern die Kriegskosten zurückerstatten lassen.

Artikel 13.

Seine Majestät der König von Dänemark verpflichtet sich unmittelbar nach Auswechslung der Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages, alle österreichischen, preussischen und deutschen während des Krieges aufgebrachten Handelsschiffe sammt ihren Ladungen zurückzugeben, ingleichen die österreichischen, preussischen und deutschen Unterthanen gehörigen und auf neutralen Schiffen in Beschlag genommenen Ladungen, endlich alle von Dänemark aus einem militärischen Grunde in den Herzogthümern mit Beschlag belegten Fahrzeuge.

Die vorgenannten Gegenstände werden in dem Zustande herausgegeben werden, in welchem sie sich *bona fide* zur Zeit ihrer Zurückstellung befinden.

Für den Fall, dass die zurückzustellenden Gegenstände nicht mehr vorhanden wären, wird man deren Werth erstatten, und wenn dieselben seit ihrer Beschlagnahme eine namhafte Verringerung des Werthes erlitten haben, so sollen deren Eigenthümer verhältnissmässig entschädigt werden. Desgleichen wird die Verpflichtung anerkannt, die Rheder und die Mannschaft der Schiffe und die Eigenthümer der Ladungen für alle Auslagen und directe Verluste zu entschädigen, von welchen bewiesen wird, dass sie durch die Beschlagnahme der Fahrzeuge verursacht worden, als da sind Hafen- oder Liegegelder, Gerichtskosten, Auslagen für die Erhaltung oder Heimsendung der Schiffe und Mannschaften.

Hinsichtlich der Fahrzeuge, welche nicht *in natura* zurückgestellt werden können, wird als Basis der zuzugestehenden Entschädigung der Werth dieser Fahrzeuge zur Zeit ihrer Beschlagnahme angenommen werden.

In Betreff der havarirten oder nicht mehr vorhandenen Ladungen wird die Entschädigung dafür nach dem Werthe, den sie am Ort ihrer Bestimmung zur Zeit, wo das Fahrzeug daselbst eingetroffen wäre, nach einer Wahrscheinlichkeitsrechnung gehabt hätten, festgestellt werden.

Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen werden desgleichen die von Ihren Truppen oder Ihren Kriegsschiffen genommenen Handelsschiffe, sowie die Ladungen, soweit dieselben Privateigenthum sind, zurückstellen lassen.

Wenn die Rückstellung nicht *in natura* geschehen kann, wird

die Entschädigung nach den obenangeführten Grundsätzen festgestellt werden.

Ihre genannten Majestäten verpflichten sich gleichzeitig den Betrag der von Ihren Truppen in Jütland in klingender Münze erhobenen Kriegscontributionen in Gegenrechnung bringen zu lassen. Diese Summe soll von den Entschädigungen abgezogen werden, welche Dänemark nach den im gegenwärtigen Artikel aufgestellten Grundsätzen zu zahlen hat.

Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, der König von Preussen und der König von Dänemark werden eine Specialcommission ernennen, welche den Betrag der respectiven Entschädigungen festzusetzen hat und in Kopenhagen spätestens sechs Wochen nach Auswechslung der Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages zusammentreten soll.

Diese Commission wird sich bemühen, ihre Aufgabe innerhalb dreier Monate zu erfüllen. Wenn sie nach Ablauf derselben nicht im Stande war, sich über alle ihr vorliegenden Reclamationen zu einigen, so werden die bis dahin noch nicht geordneten einer schiedsrichterlichen Entscheidung unterzogen werden. Zu diesem Zwecke werden Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, der König von Preussen und der König von Dänemark sich über die Wahl eines Schiedsrichters einigen.

Die Entschädigungen werden spätestens vier Wochen nach ihrer definitiven Feststellung gezahlt werden.

Artikel 14.

Die dänische Regierung wird die Rückerstattung aller jener Summen zu tragen haben, welche von den Unterthanen der Herzogthümer, von den Gemeinden, öffentlichen Anstalten und Körperschaften unter dem Titel von Cautionen, Depositen oder Hinterlagen in den öffentlichen Kassen Dänemarks eingelegt worden sind.

Ueberdies sollen den Herzogthümern übergeben werden:

1) Das zur Amortisirung der holsteinischen Kassenscheine zu verwendende Depositum;
2) der zum Bau der Gefängnisse bestimmte Fond;
3) die Fonds für Feuerversicherungen;
4) die Depositenkasse;
5) die Kapitalien, welche von solchen Vermächtnissen herrühren, welche Gemeinden oder öffentlichen Anstalten in den Herzogthümern angehören;
6) die aus besonderen Einnahmen der Herzogthümer herrührenden Kassenbehalte, welche sich *bona fide* in deren Staatskassen zur

Zeit der Bundesexecution und der Occupation dieser Länder befunden haben.

Eine internationale Commission soll mit der Liquidirung der obgedachten Summen, von welchen die aus der besonderen Verwaltung der Herzogthümer hervorgehenden Auslagen abzuziehen sind, beauftragt werden.

Die Antikensammlung zu Flensburg, welche mit der Geschichte Schleswigs in Zusammenhang stand, allein während der letzten Ereignisse grossentheils zerstreut wurde, soll daselbst mit Beihülfe der dänischen Regierung aufs neue zusammengestellt werden.

Desgleichen sollen den dänischen Unterthanen, Gemeinden, öffentlichen Anstalten und Körperschaften, welche Summen unter dem Titel von Cautionen, Depositen oder Hinterlagen in die Staatskassen der Herzogthümer eingelegt haben, dieselben durch die neue Regierung richtig rückerstattet werden.

Artikel 15.

Die Pensionen, welche auf den Specialbudgets des Königreiches Dänemark oder der Herzogthümer haften, werden auch in Zukunft von den betreffenden Ländern ausbezahlt werden. Es wird den Berechtigten freistehen, ihren Aufenthalt, sei es im Königreiche, sei es in den Herzogthümern zu nehmen.

Alle übrigen Civil- und Militärpensionen (mit Einschluss der Pensionen der Beamten der Civilliste Sr. Majestät des verewigten Königs Friedrich VII., Sr. k. Hoheit des verewigten Herrn Prinzen Ferdinand und Ihrer k. Hoheit der verewigten Landgräfin Charlotte von Hessen, geb. Prinzessin von Dänemark, sowie der Pensionen, welche bis jetzt durch das Secretariat der Gnaden (Naades-Secretariat) ausbezahlt worden sind), werden zwischen dem Königreiche und den Herzogthümern nach dem Massstabe der bezüglichen Bevölkerungen vertheilt werden.

Zu diesem Ende ist man übereingekommen, eine Liste sämmtlicher Personen anfertigen zu lassen, deren Werth nach Massgabe der Leibrente in Kapital zu verwandeln und alle Berechtigten zu der Erklärung einzuladen, ob sie den Wunsch hegen, ihre Pensionen zukünftig im Königreiche oder in den Herzogthümern zu erheben.

Im Falle in Folge dieser Wahl das Verhältniss zwischen den beiden Quoten, d. i. jener, welche den Herzogthümern zur Last fällt, und derjenigen, welche bei dem Königreiche verbleibt, dem angenommenen Grundsatze der Bevölkerung nicht entsprechen sollte, wird der Unterschied durch den bezüglichen Theil ausgeglichen werden.

Die Pensionen, welche an die allgemeine Wittwenkasse und an den Pensionsfond für subalterne Militärpersonen angewiesen sind, werden, in soweit diese Fonds reichen, wie in der Vergangenheit

ausbezahlt werden. Was die Zuschussbeträge anbetrifft, welche der Staat zu diesen Fonds zu leisten haben wird, so werden die Herzogthümer davon nach dem Verhältnisse der beiderseitigen Bevölkerungen eine entsprechende Quote übernehmen.

Den Einwohnern der Herzogthümer, welche wohlerworbene Rechte in Bezug auf die Anstalt für Leibrenten und Lebensversicherungen besitzen, die 1842 in Kopenhagen begründet worden ist, bleiben diese Rechte ausdrücklich vorbehalten.

Eine internationale Commission, zusammengesetzt aus Abgeordneten beider Theile, wird sich unmittelbar nach dem Austausche der Ratificationen dieses Vertrages in Kopenhagen zu dem Zwecke versammeln, um die detaillirte Regelung der Bestimmungen gegenwärtigen Artikels vorzunehmen.

Artikel 16.

Die königlich dänische Regierung wird die Zahlung folgender Apanagen übernehmen:

Ihrer Majestät der verwittweten Königin Caroline Amalie,
Ihrer königlichen Hoheit der Frau Erbprinzessin Caroline,
Ihrer königlichen Hoheit der Frau Herzogin Wilhelmine Marie von Glücksburg,
Ihrer Hoheit der Frau Herzogin Caroline Charlotte Marianne von Mecklenburg-Strelitz,
Ihrer Hoheit der verwittweten Frau Herzogin Louise Caroline von Glücksburg,
Sr. Hoheit des Herrn Prinzen Friedrich von Hessen,
Ihrer Hoheiten der Frauen Prinzessinnen Charlotte, Victoria und Amalie von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg.

Die auf die Herzogthümer nach dem Verhältnisse ihrer Bevölkerungszahl entfallende Quote wird der dänischen Regierung von jener der Herzogthümer ersetzt werden.

Die in dem vorgehenden Artikel erwähnte Commission wird auch mit der Feststellung der zum Vollzuge des gegenwärtigen Artikels nöthigen Anordnungen betraut sein.

Artikel 17.

Die neue Regierung der Herzogthümer tritt in alle Rechte und Verbindlichkeiten ein, die aus Verträgen entspringen, welche durch die Verwaltung Sr. Majestät des Königs von Dänemark in Bezug auf Gegenstände des öffentlichen Interesses, die insbesondere die cedirten Lande betreffen, in regelmässiger Weise abgeschlossen worden sind.

Es ist jedoch hiebei selbsverständlich, dass alle Verpflichtungen, welche sich aus solchen Verträgen ergeben, die von der dänischen

Regierung in Bezug auf den Krieg und die Bundesexecution eingegangen worden sind, in der vorgehenden Bestimmung nicht inbegriffen wurden.

Die neue Regierung in den Herzogthümern wird jedes durch Individuen oder moralische Personen daselbst erworbene Recht achten. In einem Streitfalle werden über derlei Angelegenheiten die Gerichte zu erkennen haben.

Artikel 18.

Die aus den abgetretenen Landen gebürtigen Unterthanen, welche der dänischen Armee oder Marine angehören, werden das Recht haben, sofort vom Militärdienst beurlaubt zu werden und nach Hause zurückzukehren.

Es ist jedoch dabei selbstverständlich, dass diejenigen unter ihnen, welche im Dienste Sr. Majestät des Königs von Dänemark verbleiben, desshalb weder ihrer Person noch ihrem Eigenthume nach die mindeste Belästigung erfahren sollen.

Dieselben Rechte und Bürgschaften sind von der einen und anderen Seite den aus Dänemark oder den Herzogthümern herstammenden Civilbeamten zugesichert, welche die Absicht bezeugen werden, die amtliche Stellung zu verlassen, welche sie im dänischen Dienste oder in jenem der Herzogthümer einnehmen, oder die vorziehen sollten, in diesen Bedienstungen zu verbleiben.

Artikel 19.

Jenen Unterthanen, welche auf den durch den gegenwärtigen Vertrag abgetretenen Gebieten ihren Wohnsitz haben, soll vom Tag ab, an welchem die Ratificationen ausgewechselt werden, während der Dauer von sechs Jahren und gegen eine an die competente Behörde im vornhinein abzugebende Erklärung die volle und unbeschränkte Befugniss zustehen, ihre beweglichen Güter abgabefrei in die Staaten Sr. Majestät des Königs von Dänemark auszuführen und sich selbst mit ihren Familien dahin zurückzuziehen, für welchen Fall ihnen die Eigenschaft dänischer Unterthanen aufrechterhalten bleibt. Es steht ihnen frei, ihre in den abgetretenen Gebieten gelegenen unbeweglichen Güter zu behalten.

Derselben Befugniss erfreuen sich auch wechselseitig die dänischen Unterthanen und jene Individuen, welche von den abgetretenen Gebieten herstammen und sich in den Staaten Sr. Majestät des Königs von Dänemark angesiedelt haben.

Jene Unterthanen, welche der gegenwärtigen Bestimmungen theilhaftig werden wollen, dürfen auf Grundlage ihrer freien Wahl von keiner Seite weder an ihrer Person, noch in ihren in den beider-

seitigen Staaten gelegenen Besitzungen beunruhigt werden. Die oben erwähnte Frist von sechs Jahren findet auch auf jene sowohl aus dem Königreich Dänemark, als aus den abgetretenen Gebieten stammenden Unterthanen ihre Anwendung, welche sich zur Zeit der Ratificationsauswechslung des gegenwärtigen Vertrages ausserhalb des Gebietes des Königreiches Dänemark oder jenes der Herzogthümer befinden. Ihre diesfällige Erklärung kann sowohl von der am nächsten befindlichen dänischen Gesandtschaft oder von der obersten Behörde jedweder Provinz des Königsreiches oder der Herzogthümer angenommen werden.

Das Recht des Indigenats, sowohl im Königreiche Dänemark, als in den Herzogthümern, bleibt allen jenen Individuen gewahrt, welche dasselbe zur Zeit der Ratificationsauswechslung des gegenwärtigen Vertrages innehaben.

Artikel 20.

Die Urkunden, welche sich auf Eigenthumsrechte, sowie diejenigen, welche sich auf die Verwaltung und Civiljustiz der abgetretenen Gebiete beziehen und sich dermalen in den Archiven des Königreiches Dänemark befinden, werden den Commissären der neuen Regierung der Herzogthümer ehemöglichst übergeben werden.

Ebenso werden alle jene Bestandtheile der Archive zu Kopenhagen, welche den abgetretenen Herzogthümern gehört haben und von deren Archiven ausgehoben wurden, denselben mit den bezüglichen Verzeichnissen und Protokollen ausgeliefert werden.

Die dänische sowie die neue Regierung der Herzogthümer erklären sich bereit, auf Verlangen der obersten Verwaltungsbehörden sich wechselseitig alle Urkunden und Auskünfte über jene Angelegenheiten mitzutheilen, welche gleichzeitig das Königreich Dänemark und die Herzogthümer betreffen.

Artikel 21.

Der Handel und die Schifffahrt Dänemarks und der abgetretenen Herzogthümer wird gegenseitig in den beiden Ländern die Rechte und Vorrechte der meistbegünstigten Nation geniessen, bis dieser Gegenstand durch besondere Verträge geregelt werden wird.

Die Durchfuhrzollbefreiungen und Erleichterungen, die kraft des Artikels 2 des Vertrages vom 14. März 1857 den auf den Strassen und Canälen, welche sie mit der Ostsee verbinden oder verbinden werden, passirenden Waaren zugestanden worden sind, werden auf die das Königreich und die Herzogthümer auf was immer einem Wege durchziehenden Waaren Anwendung finden.

Artikel 22.

Die Räumung Jütlands von den verbündeten Truppen wird in möglichst kurzer Frist, spätestens aber innerhalb dreier Wochen nach der Auswechslung der Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages bewerkstelligt werden. Die besonderen Bestimmungen, welche auf diese Räumung Bezug haben, sind in einem Protokoll festgestellt, welches einen Anhang des gegenwärtigen Vertrages bildet.

Artikel 23.

Um mit allen ihren Kräften zur Beruhigung der Gemüther beizutragen, erklären und versprechen die vertragschliessenden Mächte, dass kein anlässlich der letzten Ereignisse compromittirtes Individuum, welcher Classe und welchem Stande es immer angehöre, wegen seines Verhaltens oder seiner politischen Ansichten verfolgt, beunruhigt oder in seiner Person oder seinem Eigenthum beanstandet werden wird.

Artikel 24.

Gegenwärtiger Vertrag wird ratificirt werden und die Ratificationen sollen in Wien binnen drei Wochen oder wenn möglich früher ausgewechselt werden.

Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten ihn unterzeichnet und mit dem Insiegel ihrer Wappen versehen.

So geschehen in Wien am 30. Tage des Monats October des Jahres des Heils 1864.

Rechberg.
Brenner.
Werther.
Balan.
Quaade.
Kauffmann.

X.

Convention zwischen Oesterreich und Preussen d. d. Gastein 14. August 1865.

Abtretung des Herzogthums Lauenburg an Preussen und Trennung der bisher gemeinsamen Verwaltung der Herzogthümer Schleswig und Holstein betreffend.

Ihre Majestäten der König von Preussen und der Kaiser von Oesterreich haben sich überzeugt, dass das bisher bestandene Condominium in den von Dänemark durch den Friedensvertrag vom 30. October 1864 abgetretenen Ländern zu Unzukömmlichkeiten führt, welche gleichzeitig das gute Einvernehmen zwischen Ihren Regierungen und die Interessen der Herzogthümer gefährden. Ihre Majestäten sind desshalb zu dem Entschlusse gelangt, die Ihnen aus dem Artikel 3 des erwähnten Tractates zufliessenden Rechte fortan nicht mehr gemeinsam auszuüben, sondern bis auf weitere Vereinbarung die Ausübung derselben geographisch zu theilen. Zu diesem Zwecke haben:

Seine Majestät der König von Preussen Allerhöchst Ihren Präsidenten des Staats-Ministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Otto von Bismarck-Schönhausen, Ritter des Schwarzen Adlerordens, Grosskreuz des St. Stephanordens u. s. w.

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich Allerhöchst Ihren wirklichen Kämmerer, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich bayerischen Hofe Gustav Grafen von Blome, Ehrenritter des souveränen Johanniterordens u. s. w. zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, welche nach Auswechselung ihrer in gehöriger Form befundenen Vollmachten über die nachstehenden Artikel übereingekommen sind.

Artikel 1.

Die Ausübung der von den hohen vertragschliessenden Theilen durch den Artikel 3 des Wiener Friedenstractates vom 30. October 1864

gemeinsam erworbenen Rechte wird, unbeschadet der Fortdauer dieser Rechte beider Mächte an der Gesammtheit beider Herzogthümer, in Bezug auf das Herzogthum Schleswig auf Seine Majestät den König von Preussen, in Bezug auf das Herzogthum Holstein auf Seine Majestät den Kaiser von Oesterreich übergehen.

Artikel 2.

Die hohen Contrahenten wollen am Bunde die Herstellung einer Deutschen Flotte in Antrag bringen, und für dieselbe den Kieler Hafen als Bundeshafen bestimmen. Bis zu Ausführung der desfallsigen Bundesbeschlüsse benutzen die Kriegsschiffe beider Mächte diesen Hafen, und wird das Commando und die Polizei über denselben von Preussen ausgeübt. Preussen ist berechtigt, sowohl zur Vertheidigung der Einfahrt Friedrichsort gegenüber die nöthigen Befestigungen anzulegen, als auch auf dem Holsteinschen Ufer der Bucht die dem Zwecke des Kriegshafens entsprechenden Marine-Etablissements einzurichten. Diese Befestigungen und Etablissements stehen gleichfalls unter Preussischem Commando und die zu ihrer Besatzung und Bewachung erforderlichen Preussischen Marinetruppen und Mannschaften können in Kiel und Umgegend einquartirt werden.

Artikel 3.

Die hohen contrahirenden Theile werden in Frankfurt beantragen, Rendsburg zur Deutschen Bundesfestung zu erheben. Bis zur bundesgemässen Regelung der Besatzungsverhältnisse dieser Festung wird deren Garnison aus Königlich Preussischen und Kaiserlich Oesterreichischen Truppen bestehen, mit jährlich am 1. Juli alternirendem Commando.

Artikel 4.

Während der Dauer der durch Artikel 1 der gegenwärtigen Uebereinkunft verabredeten Theilung wird die Königlich Preussische Regierung zwei Militärstrassen durch Holstein, die eine von Lübeck und Kiel, die andere von Hamburg und Rendsburg behalten. Die näheren Bestimmungen über die Etappenplätze der Truppen, sowie über den Transport und Unterhalt der Truppen werden ehestens durch eine besondere Convention geregelt werden. Bis dies geschehen, gelten die für die Preussischen Etappenstrassen durch Hannover bestehenden Bestimmungen.

Artikel 5.

Die Königlich Preussische Regierung behält die Verfügung über einen Telegraphendraht zur Verbindung mit Kiel und Rendsburg,

und das Recht, preussische Postwagen mit ihren eigenen Beamten auf beiden Linien durch das Herzogthum Holstein gehen zu lassen. Insoweit der Bau einer directen Eisenbahn von Lübeck über Kiel zur Schleswigschen Grenze noch nicht gesichert ist, wird die Concession dazu auf Verlangen Preussens für das Holsteinsche Gebiet unter den üblichen Bedingungen ertheilt werden, ohne dass ein Anspruch auf Hoheitsrechte in Betreff der Bahn von Preussen gemacht werden wird.

Artikel 6.

Es ist die übereinstimmende Absicht der hohen Contrahenten, dass die Herzogthümer dem Zollverein beitreten werden. Bis zum Eintritt in den Zollverein, respective bis zu anderweitiger Verabredung, besteht das bisherige, beide Herzogthümer umfassende Zollsystem unter gleicher Theilung der Revenüen desselben fort. In dem Falle, dass es der Königlich Preussischen Regierung angezeigt erscheint, noch während der Dauer der im Artikel 1 der gegenwärtigen Uebereinkunft verabredeten Theilung Unterhandlungen behufs des Beitritts der Herzogthümer zum Zollvereine zu eröffnen, ist Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich bereit, einen Vertreter des Herzogthums Holstein zur Theilnahme an solchen Verhandlungen zu bevollmächtigen.

Artikel 7.

Preussen ist berechtigt, den anzulegenden Nord-Ostsee-Canal, je nach dem Ergebniss der von der Königlichen Regierung eingeleiteten technischen Ermittelungen, durch das Holsteinsche Gebiet zu führen. In soweit dies der Fall sein wird, soll Preussen das Recht zustehen, die Richtung und die Dimensionen des Canals zu bestimmen, die zur Anlage erforderlichen Grundstücke im Wege der Expropriation gegen Ersatz des Werthes zu erwerben, den Bau zu leiten, die Aufsicht über den Canal und dessen Instandhaltung zu führen und das Zustimmungsrecht zu allen denselben betreffenden reglementarischen Bestimmungen zu üben. Transitzölle oder Abgaben von Schiff und Ladung, ausser der für die Benutzung des Canals zu entrichtenden, von Preussen für die Schiffe aller Nationen gleichmässig zu normirenden Schifffahrtsabgabe, dürfen auf der ganzen Ausdehnung des Canals nicht erhoben werden.

Artikel 8.

An den Bestimmungen des Wiener Friedensvertrages vom 30. October 1864 über die von den Herzogthümern sowohl gegenüber Dänemark als gegenüber Oesterreich und Preussen zu übernehmenden finanziellen Leistungen wird durch die gegenwärtige Ueber-

einkunft nichts geändert, doch soll das Herzogthum Lauenburg von jeder Beitragspflicht zu den Kriegskosten befreit bleiben. Der Vertheilung dieser Leistungen zwischen den Herzogthümern Holstein und Schleswig wird der Bevölkerungsmassstab zu Grunde gelegt werden.

Artikel 9.

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich überlässt die im mehrerwähnten Wiener Friedensvertrage erworbenen Rechte auf das Herzogthum Lauenburg Sr. Majestät dem Könige von Preussen, wogegen die Königliche Preussische Regierung sich verpflichtet, der Kaiserlich Oesterreichischen Regierung die Summe von zwei Millionen und Fünfhunderttausend Dänischen Thalern zu entrichten, in Berlin zahlbar in preussischem Silbergelde vier Wochen nach Bestätigung gegenwärtiger Uebereinkunft durch Ihre Majestäten den König von Preussen und den Kaiser von Oesterreich.

Artikel 10.

Die Ausführung der vorstehend verabredeten Theilung des Condominiums wird baldmöglichst nach Genehmigung dieses Abkommens durch Ihre Majestäten den König von Preussen und den Kaiser von Oesterreich beginnen und spätestens bis zum 15. September beendet sein; das bis jetzt bestehende gemeinschaftliche Ober-Commando wird nach vollendeter Räumung Holsteins durch die königlich preussischen, Schleswigs durch die kaiserlich österreichischen Truppen spätestens am 15. September aufgelöst werden.

Artikel 11.

Gegenwärtige Uebereinkunft wird von Ihren Majestäten dem König von Preussen und dem Kaiser von Oesterreich durch Austausch schriftlicher Erklärungen bei Allerhöchst deren nächster Zusammenkunft genehmigt werden. Zu Urkund dessen haben beide Eingangs genannte Bevollmächtigte diese Vereinbarung in doppelter Ausfertigung am heutigen Tage mit ihrer Namensunterschrift und mit ihrem Siegel versehen.

So geschehen: Gastein, den 14. August Eintausend Achthundert Fünf und Sechzig.

(L.S.) v. Bismarck.

(L.S.) v. Blome.

XI.

Réponse de Napoléon III au maire d'Auxerre, 6 mai 1866.

(Moniteur Universel du 7 mai 1866.)

„Je vois avec bonheur que les souvenirs du premier Empire ne sont pas effacés de votre mémoire. Croyez que de mon côté j'ai hérité des sentiments du Chef de ma famille pour ces populations énergiques et patriotes qui ont soutenu l'Empereur dans la bonne comme dans la mauvaise fortune. J'ai, d'ailleurs, envers le département de l'Yonne une dette de reconnaissance à acquitter. Il a été un des premiers à me donner ses suffrages en 1848; c'est qu'il savait, comme la grande majorité du peuple français, que ses intérêts étaient les miens et que je détestais comme lui ces traités de 1815 dont on veut faire aujourd'hui l'unique base de notre politique extérieure.

Je vous remercie de vos sentiments. Au milieu de vous je respire à l'aise, car c'est parmi les populations laborieuses des villes et de campagnes que je retrouve le vrai génie de la France."

XII.

Lettre de l'Empereur Napoléon III à Mr. Drouyn de Lhuys, ministre des affaires étrangères.

(Moniteur Universel du 13 juin 1866.)

Palais des Tuileries, le 11 juin 1866.

„Monsieur le ministre, au moment où semblent s'évanouir les espérances de paix que la réunion de la conférence nous avait fait concevoir, il est essentiel d'expliquer par une circulaire aux agents diplomatiques à l'étranger les idées que mon Gouvernement se proposait d'apporter dans les conseils de l'Europe et la conduite qu'il compte tenir en présence des événements qui se préparent.

Cette communication placera notre politique dans son véritable jour.

Si la conférence avait eu lieu, votre langage, vous le savez, devait être explicite; vous deviez déclarer, en mon nom, que je repoussais toute idée d'agrandissement territorial tant que l'équilibre européen ne serait pas rompu. En effet, nous ne pourrions songer à l'extension de nos frontières que si la carte de l'Europe venait à être modifiée au profit exclusif d'une grande puissance, et si les provinces limitrophes demandaient, par des voeux librement exprimés, leur annexion à la France.

En dehors de ces circonstances, je crois plus digne de notre pays de préférer à des acquisitions de territoire le précieux avantage de vivre en bonne intelligence avec nos voisins, en respectant leur indépendance et leur nationalité.

Animé de ces sentiments et n'ayant en vue que le maintien de la paix, j'avais fait appel à l'Angleterre et à la Russie pour

adresser ensemble aux parties intéressées des paroles de conciliation.

L'accord établi entre les puissances neutres restera à lui seul un gage de sécurité pour l'Europe. Elles avaient montré leur haute impartialité en prenant la résolution de restreindre la discussion de la conférence aux questions pendantes. Pour les résoudre, je croyais qu'il fallait les aborder franchement, les dégager du voile diplomatique qui les couvrait, et prendre en sérieuse considération les voeux légitimes des souverains et des peuples.

Le conflit qui s'est élevé a trois causes:

La situation géographique de la Prusse mal délimitée;

Le voeu de l'Allemagne demandant une reconstitution politique plus conforme à ses besoins généraux;

La nécessité pour l'Italie d'assurer son indépendance nationale.

Les puissances neutres ne pouvaient vouloir s'immiscer dans les affaires intérieures des pays étrangers; néanmoins les cours qui ont participé aux actes constitutifs de la Confédération germanique avaient le droit d'examiner si les changements réclamés n'étaient pas de nature à compromettre l'ordre établi en Europe.

Nous aurions, en ce qui nous concerne, désiré pour les États secondaires de la Confédération une union plus intime, une organisation plus puissante, un rôle plus important; pour la Prusse, plus d'homogénéité et de force dans le Nord; pour l'Autriche, le maintien de sa grande position en Allemagne. Nous aurions voulu en outre que, moyennant une compensation équitable, l'Autriche pût céder la Vénétie à l'Italie; car si, de concert avec la Prusse, et sans se préoccuper du traité de 1852, elle a fait au Danemark une guerre au nom de la nationalité allemande, il me paraissait juste qu'elle reconnût en Italie le même principe en complétant l'indépendance de la péninsule.

Telles sont les idées que, dans l'intérêt du repos de l'Europe, nous aurions essayé de faire prévaloir. Aujourd'hui il est à craindre que le sort des armes seul en décide.

En face de ces éventualités, quelle est l'attitude qui convient à la France? Devons-nous manifester notre déplaisir parce que l'Allemagne trouve les traités de 1815 impuissants à satisfaire ses tendances nationales et à maintenir sa tranquillité?

Dans la lutte qui est sur le point d'éclater, nous n'avons que deux intérêts: la conservation de l'équilibre européen, et le maintien de l'oeuvre que nous avons contribué à édifier en Italie. Mais, pour sauvegarder ces deux intérêts, la force morale de la France ne suffit-elle pas? Pour que sa parole soit écoutée, sera-t-elle obligée de tirer l'épée? Je ne le pense pas. Si, malgré nos

efforts, les espérances de paix ne se réalisent pas, nous sommes néanmoins assurés, par les déclarations des cours engagées dans le conflit, que, quels que soient les résultats de la guerre aucune des questions qui nous touchent ne sera résolue sans l'assentiment de la France. Restons donc dans une neutralité attentive, et, forts de notre désintéressement, animés du désir sincère de voir les peuples de l'Europe oublier leurs querelles et s'unir dans un but de civilisation, de liberté et de progrès, demeurons confiants dans notre droit et calmes dans notre force.

Sur ce, monsieur le ministre, je prie Dieu qu'il vous ait en sa sainte garde.

Napoléon."

XIII.

Note sur la Cession de la Vénétie à la France.

(Moniteur Universel du 5 juillet 1866.)

Paris, le 4 juillet 1866.

Un fait important vient de se produire.

Après avoir sauvegardé l'honneur de ses armes en Italie, l'empereur d'Autriche, accédant aux idées émises par l'Empereur Napoléon, dans sa lettre adressée le 11 juin à Son ministre des affaires étrangères, cède la Vénétie à l'Empereur des Français et accepte sa médiation pour amener la paix entre les belligérants.

L'Empereur Napoléon s'est empressé de répondre à cet appel et s'est immédiatement adressé aux rois de Prusse et d'Italie pour amener un armistice.

XIV.

Préliminaires de la paix recommandés le 14 juillet 1866 par l'Empereur des Français à l'acceptation de l'Autriche et de la Prusse.

1. Intégrité de l'empire autrichien, sauf la Vénétie.

2. Reconnaissance par l'Autriche de la dissolution de l'ancienne confédération germanique. Elle ne s'opposera pas à une nouvelle organisation de l'Allemagne.

3. La Prusse constitue l'Union du Nord, comprenant les États situés au nord du Main. Elle sera investie du commandement des forces militaires.

4. Les États du Sud sont libres de former entre eux une Union du Midi qui jouira d'une existence internationale indépendante.

5. Les liens nationaux à conserver entre les deux unions seront réglés par une entente commune.

6. Les duchés de l'Elbe seront réunis à la Prusse, sauf les districts nord du Slesvig dont les populations librement consultées désireraient être rétrocédées au Danemark.

7. L'Autriche et ses alliés restitueront à la Prusse une partie des frais de guerre.

Si ces bases étaient adoptées par les parties belligérantes, un armistice pourrait être conclu immédiatement et la voie serait ouverte au retablissement d'une paix solide et durable.

Paris, le 14 juillet 1866.

XV.

Ernst Graf Vitzthum von Eckstädt an den Verfasser.

Wien, den 17. Juli 1866.

Als ich in dem Nachtquartiere vor Olmütz einen freien Moment hatte, benutzte ich ihn Dir zu schreiben in der Meinung, es werde Dir angenehm sein, in dieser ernsten, schweren Zeit ein directes Wort aus der Armee zu hören. Auf die Nachricht, die mir Schönburg brachte, dass ich Dich in Wien treffen würde, habe ich den Brief vernichtet. Leider warst Du schon abgereist, als ich am 13. früh nach Wien kam. Heute bot mir Könneritz an, etwaige Briefe durch die Gesandtschaft zu befördern. Ich benutze diese Gelegenheit und die freie Zeit, die ich gerade habe. Ich bin nämlich seit gestern früh von meinem Corps-Commando getrennt, da mich der Kronprinz befehligt hat, bei dem Feldzeugmeister Graf von Degenfeld (Brückenkopf-Commando) zu verweilen, bis etwa neue Ereignisse die Auflösung dieser Commandostelle herbeiführen. Morgen siedeln wir nach Florisdorf über, um bei einem etwaigen Angriffe in der Nähe zu sein.

Jetzt zu einem Rückblick auf die Ereignisse und schweren Unglücksfälle, die uns betroffen haben. Ich werde mich bemühen, Dir ein möglichst klares und vorurtheilsfreies Bild von dem zu entwerfen, was wir seit vier Wochen erlebt.

Du weisst, dass ich mit vollem Vertrauen in das Feld gezogen, obgleich ich der Meinung war, wir würden von vornherein auf entscheidende Siege nicht rechnen dürfen. Die preussische Armee habe ich niemals unterschätzt, ich hatte jedoch eine hohe Meinung von der österreichischen und besonders von deren Zähigkeit im Unglücke.

Die Gefühle, mit welchen wir am 18. Juni im Gefolge Sr. Majestät die Grenze überschritten, lassen sich nicht beschreiben. Der Moment, wo der König mit den Worten: „Nun denn, meine Herren, mit Gott!“ das sächsische Gebiet verliess, wird mir unvergesslich bleiben.

Am 18. gelangten wir nach Teplitz und traten als Theil der vielgepriesenen Nordarmee unter die Befehle des gefeierten Helden Benedek. Unser Vertrauen auf dessen Führung sollte nur zu bald gelockert werden. Wir marschirten am 20. Juni nach Lobositz, um von dort auf der Eisenbahn nach Pardubitz befördert zu werden. Da die geheimen strategischen Pläne die Nordarmee nun einmal zu einer stricten, todten Defensive verdammten, so war diese Bewegung die einzige zweckentsprechende für unser Corps. War doch die schleunigste Vereinigung der gesammten Nordarmee entschieden anzustreben und durch diesen Eisenbahntransport am schnellsten zu bewirken. Was geschieht? Kaum waren zwölf Züge mit acht Bataillonen und drei Batterien abgelassen, als in der Nacht der telegraphische Befehl einging, den Eisenbahntransport zu sistiren und sämmtliche Truppen von Lobositz und Pardubitz in forcirten Märschen nach Jung-Bunzlau zu dirigiren, um unser Corps mit dem ersten k. k. Armeecorps Graf Clam und der k. k. Reiter-Division Edelsheim zu vereinigen. Diese beiden österreichischen Armee-Abtheilungen traten unter die Befehle des Kronprinzen. Ueber diese liebenswürdige Courtoisie des Kaisers habe ich mich später mit dem Kronprinzen offen ausgesprochen. Er theilte vollkommen die Bedenken, die ich vom militärischen Standpunkte aus dagegen erhob. Denn was war die Bestimmung dieser österreichischen Truppen? Sie sollten dem preussischen Vorrücken als Riegel vorgeschoben, d. h. vier feindlichen Armeecorps geopfert werden, um den Aufmarsch der k. k. Nordarmee zu decken.

Man beschliesst, mit dem Armeecorps des Grafen Clam und der Division Edelsheim die Offensive zu ergreifen, und desshalb wird unser Armeecorps mittelst Nachtmarsches nach Münchengrätz gezogen. Oesterreichische Colonnen erschweren diesen Nachtmarsch. Der Plan war, den 27. Juni von Münchengrätz offensiv gegen Turnau vorzugehen, dieses zu nehmen und dann die Vereinigung mit dem Gros der Armee herzustellen. Da macht sich der berühmte Reitergeneral Edelsheim anheischig, Turnau in der Nacht vom 26. zum 27. mit einem Handstreich zu nehmen. Clam giebt ihm eine Brigade, Edelsheim wird jedoch geschlagen und verliert die einzige Iserbrücke, die uns für den 27. unentbehrlich war. Wir beziehen am 27. bei Münchengrätz eine Defensivstellung, die so stark ist, dass die Preussen nicht versuchen, uns darin zu behelligen.

Am 28. früh, nachdem wir so zwei Tage verloren, beschliesst

der Kronprinz aufzubrechen. Wir marschiren nach Unter-Bautzen. Inzwischen dirigiren sich drei Brigaden des Clam'schen Corps in ungünstigen Rückzugsgefechten und mit bedeutenden Verlusten auf Sobotka. Dorthin meldet Edelsheim aus Gitschin, er könne diese Stadt nicht länger als bis zum morgenden Tage halten, wenn ihm keine Unterstützung gewährt werde. Diese Unterstützung war nicht wohl abzuschlagen, obgleich nur eine Division und die Artillerie-Reserve und nur in forcirten Märschen gegen Mittag in Gitschin eintreffen konnten. Das 3. Reiter-Regiment war der Brigade Ringelsheim zur Verfügung gestellt worden. Nachmittags 1/24 Uhr meldet General Poschacher, dass der Feind mit überlegenen Kräften anrücke. Auf Clam's Antrag erhält unsere zweite Infanterie-Division Befehl, durch Gitschin vorzugehen. Ich hole die Artillerie-Reserve aus ihrem 1 1/2 Stunde entfernten Bivouak. Gegen 5 Uhr stehen die erste Infanterie-Brigade mit ihren Batterien, bald darauf zwei gezogene Batterien der Artillerie-Reserve im Feuer. Die erste Brigade nimmt das von den Preussen besetzte Dorf Diletz und hält darin trotz des furchtbarsten Shrapnel- und Flintenfeuers wacker aus bis gegen 7 Uhr. Da befiehlt der Kronprinz die Räumung, weil die österreichischen Batterien und Bataillone im Centrum ihr Feuer einstellen. Das Gefecht wird abgebrochen und der Rückzug ohne die geringste Verfolgung angetreten. Auf dem linken Flügel kämpfte Ringelsheim, ein tüchtiger General, etwas länger fort, musste jedoch auch bald das Gefecht einstellen. Seine Brigade ist entsetzlich decimirt. Nachdem Clam gemeldet, dass keine seiner Brigaden im Stande sein werde, Gitschin zur Deckung des Rückzuges zu besetzen, wird eine noch intacte sächsische dazu bestimmt.

Der Kronprinz geht mit dem Hauptquartiere in das nächste Dorf zurück, in der Absicht, von dort den nächsten Morgen 1/23 Uhr aufzubrechen. General von Fabrice bleibt mit mir in Gitschin zurück, um die Leib-Brigade zu erwarten. Dort sollten wir die erste Panik erleben. Nach 10 Uhr laufen zwei österreichische Bataillone mit dem Rufe: „Die Preussen kommen!“ über den hell erleuchteten und von Menschen überfüllten Marktplatz. Wir rufen ihnen zu, der Rückzug sei durch fünf sächsische Bataillone gedeckt. Umsonst; Trommeln und Tornister werden weggeworfen und die Soldaten sind in ihrer Flucht nicht aufzuhalten. Auch der Major Prinz Rohan, Ordonnanz-Offizier des Grafen Clam, warnt den General Fabrice im Vorbeireiten und räth ihm, nicht länger zu bleiben, da die Preussen nur 2000 Schritt entfernt seien. Wir versichern ihm, es sei dies ein blinder Lärm. Indessen lassen wir unsere Pferde aufzäumen und der General befiehlt mir, die Leib-Brigade zu suchen. Ich treffe sie im Marsch nach Gitschin und überbringe dem General Stieglitz den Befehl, Gitschin jedenfalls zu besetzen, feindlicher Uebermacht jedoch

keinen energischen Widerstand zu leisten, sondern den Rückmarsch als Arrière-Garde geordnet anzutreten. Die Aufgabe war keine leichte in dunkler Nacht. Major Funcke vom Generalstabe ordnete aber mit vieler Umsicht die Besetzung an. Es zeigte sich bald, dass die Preussen die an der Iser gelegene Vorstadt bereits besetzt hatten, daher entwickelte sich bald ein heftiges Gewehrfeuer. Das Resultat eines einstündigen Gefechtes war, dass die Preussen die von ihnen occupirten Stadttheile räumten, fünf Gefangene und fünfzehn Gewehre in unseren Händen zurücklassend. Nachdem wir dies mit geringen Opfern erreicht, ward der Rückmarsch in vollster Ordnung angetreten. Unsere Truppen haben an diesem Tage ihre Schuldigkeit gethan, die Feuerprobe wacker bestanden.

Ich kam früh ½4 Uhr mit Major Funcke in Gross-Slatin an, fand dort meine anderen Pferde, ward sofort entsendet und traf um 2 Uhr im nächsten Nachtquartier Smidar ein. Die Nachtruhe ward durch einen falschen Lärm gestört, der mich wieder in den Sattel brachte.

Am 1. Juli rückten wir ½3 Uhr aus und marschirten über Nechanitz nach Nieder-Prim. Am 2. Juli hatten wir dort seit unserem Ausmarsche aus Dresden (16. Juni) den zweiten Rasttag. Seit Lobositz war von Quartieren keine Rede, nur Bivouaks mit mangelhafter Verpflegung. Letztere ist mit Ausnahme des Brodes im Allgemeinen zwar gut, aber bei den fortwährenden Dispositions-Aenderungen nicht immer zur Hand. In Folge davon sind die Truppen sehr ermüdet, die Marschdisciplin etwas gelockert, da die Leute factisch nicht mehr fortkönnen.

Den 2. Juli wurde ich als Parlamentär zu den preussischen Vorposten gesendet, eine ganz interessante Sendung.

Florisdorf, den 19. Juli 1866.

Am 3. Juli früh 2 Uhr ward ich geweckt. Es handelte sich um eine Recognoscirung, an welcher wir Generalstabs-Offiziere sämmtlich theilnahmen. Um 1 Uhr Nachts war der Befehl zu jener unheilvollen Schlacht eingetroffen, in welcher Benedek die Nordarmee aufopferte. Wir beritten das Terrain, auf welchem wir einige Stunden später kämpfen sollten. Als ich mich um 6 Uhr bei General Fabrice meldete, rieth er mir, mich noch für eine Stunde schlafen zu legen. Kurze Zeit darauf weckte mich der Kanonendonner. Ich eilte in den Vorsaal, der uns als Kanzlei diente. Es gab noch einige Befehle zu expediren und erst um ½8 Uhr konnte ich meinen braven Fuchs besteigen.

Eine detaillirte Beschreibung der verhängnisvollen Schlacht wirst Du nicht von mir erwarten. Ich kann nur davon berichten, wovon ich Augenzeuge war.

Unsere Cavallerie unter General Fritsch hatte mit einer reitenden Batterie bei Nechanitz bivouakirt. Dieser Ort und das sehr wichtige Debouché waren von zwei Bataillonen besetzt. Bei Lubno stand die erste Infanterie-Division (Schimpff), bei Nieder-Prim die Division Stieglitz und die Artillerie-Reserve. Der vom Kronprinzen ausgegebenen, dem Schlachtbefehle entsprechend entworfenen Disposition gemäss sollte die Division Stieglitz alsbald in eine Reserve-Stellung an den Wald auf der Höhe von Problus rücken, während die dritte Brigade Nieder-Prim und Problus zu besetzen hatte. Die zweite Brigade erhielt Befehl, dem feindlichen Nachdrängen langsam weichend rechts rückwärts von Problus Stellung zu nehmen. General Fritsch sollte Nechanitz nur gegen einen ersten Anprall, nicht gegen einen überlegenen ernsten Angriff halten. Das k. k. achte Armeecorps, wegen Krankheit des Erzherzogs Leopold von General Weber commandirt, war zur Verstärkung unseres, nämlich des linken Flügels der Gesammt-Armee bestimmt, das erste Corps (Clam) und die Division Edelsheim bildeten die Reserven. An unseren rechten Flügel schloss sich Gablenz mit dem zehnten Corps an, ferner das zweite, dritte, vierte und sechste Corps, wovon jedoch zwei Corps als Reserven zurückgehalten wurden. Das erste Corps ist gar nicht, von dem achten Corps nur die Brigade Schulz in das Gefecht eingetreten.

Ich wurde zum General Fritsch entsendet, um ihm über die Lage des Gefechtes zu berichten. Ich traf ihn bei der ersten, von Prinz Georg befehligten Cavallerie-Brigade in einem netten Kugelregen, der jedoch nur geringe Verluste kostete. Zwei oder drei preussische Batterien hatten sich auf dem von Hradek nach Lubno-Nechanitz abfallenden Bergrücken postirt. Es war dies die erste Strafe dafür, dass man uns nicht gestattet hatte, die Höhe von Hradek zu besetzen. Dieser k. k. Armeebefehl sollte noch härter bestraft werden. Unsere Reiterei zog sich langsam, obgleich lebhaft beschossen, hinter Problus zurück, um dort eine gedeckte Aufstellung zu suchen. Zwei unserer gezogenen Batterien waren inzwischen zwischen Problus und Nieder-Prim aufgefahren und unterhielten vier Stunden lang einen scheinbar erfolgreichen Geschützkampf mit den erwähnten preussischen Batterien.

Der Kronprinz mit uns, den Offizieren des Generalstabes, hielt auf dem rechten Flügel unserer Batterien vor Problus und beobachtete den Gang des Gefechtes. Nach mehreren Fehlschüssen hatte endlich eine preussische Batterie die richtige Distance gefunden. Eine in einem Apfelbaume über uns crepirende Granate gab dem Kronprinzen und seiner Suite den wohlgemeinten Rath, eine andere Aufstellung zu wählen. Als wir Problus durchritten, ging schon ein Haus in Flammen auf. Kaum hatten wir auf dem linken Flügel unserer Batterien Aufstellung genommen, erschienen plötzlich preussische

Plänkler, bald darauf Colonnen, welche von der Hradeker Höhe herab sich anschickten, gegen Nieder-Prim zum Angriffe vorzugehen. Unsere Leib-Brigade erhielt Befehl, gegen dieselben vorzurücken, nachdem die Shrapnels einer unserer Batterien die Preussen genöthigt hatten, das freie Feld zu räumen und sich in den nahen Wald zu werfen. Kurz vorher war die Brigade Schulz vom achten österreichischen Armeecorps befehligt worden, zur Sicherung unserer linken Flanke Ober-Prim zu besetzen. Die Bataillone der Leib-Brigade gingen gegen den von den Preussen besetzten Wald vor, warfen dieselben hinaus und setzten sich darin fest. Da benachrichtigt uns Gewehrfeuer in unserer linken Flanke von einer feindlichen Umgehung derselben. Die zweite sächsische Infanterie-Brigade (Friedrich August) wird zur Unterstützung herbeigezogen.

Bis jetzt hatten wir auf unserem Flügel auf einen günstigen Ausgang der Schlacht hoffen dürfen.

Das sich mehr und mehr verstärkende Gewehrfeuer in unserer linken Flanke bestimmte Edelsheim, mit 2500 Pferden und 4 Batterien vorzugehen, um die feindliche Umgehung womöglich zu vereiteln. Es war zu spät. Die österreichische Brigade Schulz räumte Ober-Prim, ohne nennenswerthen Widerstand zu leisten. Das k. k. Regiment Nobili stürzt sich in wilder Flucht auf unsere rückwärtigen Abtheilungen, einzelne momentan mit sich fortreissend. Unser zweites Jäger-Bataillon, auf dessen linken Flügel sich auch eine fliehende Abtheilung wirft, bricht mit soviel Rotten ab als nöthig, um die Oesterreicher vorüberzulassen, marschirt wieder auf und setzt unbeirrt das Gefecht fort. An ein weiteres Halten der Stellung kann nicht gedacht werden, da auch auf dem rechten Flügel der Oesterreicher die preussischen Truppen bedeutende Vortheile erringen und die Panik auch dort mehrere Infanterie- und Reiter-Regimenter ergreift. Nachdem unsere erste Brigade den rückwärtigen Waldsaum besetzt hat, befiehlt der Kronprinz, immer noch unter dem Schutze der Artillerie, die Räumung der brennenden Dörfer Nieder-Prim und Problus.

Hierauf werde ich mit einem Kameraden entsendet, um die Versprengten zu sammeln. Ich veranlasse den Oberstlieutenant von Grünewald mit einer Batterie halten zu bleiben. Dort wird der grösste Theil der Versprengten gesammelt und an die in voller Ordnung sich zurückziehenden sächsischen Divisionen Stieglitz und Schimpff herangezogen.

Ich kehre zu dem an der *queue* der Colonnen haltenden Kronprinzen zurück. Alsbald, gegen 5 Uhr Nachmittags, werde ich wieder entsendet, um den Truppen den Befehl zu überbringen, die Elbe auf den Ponton-Brücken bei Placka oberhalb Königgrätz zu überschreiten.

Inmitten der wilden Flucht, deren Zeuge ich wurde, war es ein

erhebender Anblick, unsere in vollster Ordnung sich zurückziehenden Divisionen zu sehen; ein Anblick, dem die österreichischen Offiziere ihre Bewunderung nicht versagten. Die von allen Seiten nachrückenden Preussen überschütteten uns mit allen möglichen Geschossen.

Nachdem ich den Divisionen den Befehl überbracht, suche ich auf dem Rückwege zum Kronprinzen noch einzelnen zurückgebliebenen Abtheilungen die Richtung nach Placka zu geben und gelange mit ihnen vor Königgrätz. Vor der verschlossenen Festung erwartet mich ein grässliches Bild. Fuhrwerk aller Art: Kanonen, Munitionskarren, Krankenwagen — darunter der unserer Johanniter — sperren alle Strassen. In den Inundations-Gräben wimmelt es von einer Menge ersaufender Pferde, welche den später Kommenden als Brücke dienen. Die Verwirrung lässt sich nicht beschreiben. Um einen Begriff davon zu geben, erwähne ich nur, dass die Besatzung am darauffolgenden Morgen nicht weniger als 190 österreichische Geschütze aus den Gräben gerettet hat. Wie viele Menschen mögen ertrunken sein!

In der Nähe des Bahnhofes fand ich sächsische Infanterie und zwei gezogene Batterien. Glücklich war ich, von den Offizieren zu vernehmen, dass der Kronprinz die Elbe passirt habe. Auf den Wällen der Festung traf ich den General Wimpffen, der mir den nicht eben trostreichen Rath gab: „Sie müssen halt durch die Elbe schwimmen, wie wir, denn die Festung wird nicht geöffnet.“ Da ich unsere Leute dem Ertrinken nicht preisgeben wollte, beruhigte ich mich bei diesem Bescheide nicht, und verlangte zum Festungs-Commandanten geführt zu werden. Dieser liess sich bestimmen, uns die Eingangs- und Ausgangsthore zu öffnen. So konnten wir trockenen Fusses die Elbe passiren. In dunkler Nacht und in dem dichten Gedränge war der Durchmarsch durch die Festung keine angenehme Aufgabe, insbesondere liessen die schmalen, grossentheils geländerlosen Brücken Vieles zu wünschen übrig. Indessen kam ich glücklich durch und fand bald vor Neu-Königgrätz die Bivouaks unserer Infanterie. Etwa 9000—10000 Mann waren durch die Elbe gegangen. Ich war darauf gefasst, viel weniger zu finden und besonders glücklich zu erfahren, dass der Generallieutenant von Schimpff sich auch in diesem Bivouak befand. Ich fand ihn in einem Pferdestalle, machte ihm meine Meldung und bat um Befehle. Er wollte um 4 Uhr aufbrechen und nur bis Holič marschiren in der Hoffnung, dort etwas Verpflegung zu finden.

Schloss Hetzendorf, 24. Juli 1866.

Ich ritt ohne Aufenthalt voraus, um den Kronprinzen zu suchen. Ich musste vermuthen, das Hauptquartier desselben in der Richtung der Brücken von Placka zu finden. Leider hatte jedoch die Inundation der unter Wasser gesetzten Festung zu grosse Fortschritte gemacht. Ich traf um 4 Uhr wieder bei Schimpff ein und versuchte

es in Begleitung einiger Kameraden mein Ziel auf einem Umwege zu erreichen.

Im nächsten Dorfe fanden wir einen Bauer, der uns Kaffee kochte, ein Labsal, denn seit vierundzwanzig Stunden hatten wir nichts genossen. Auch fing ich an müde zu werden und auf dem Pferde einzuschlafen.

Nirgends war etwas von Sachsen zu sehen. Endlich fanden wir auf der Strasse von Costeleč die beiden Batterien, die ich vor Königgrätz verlassen hatte. Ich athmete auf, fand bald den General von Stieglitz mit mehreren Abtheilungen seiner Brigaden und zwei Batterien. In Castolowič ritt ich in das Schloss, bat um Hafer für meinen Fuchs und ging nach Costeleč. Auch dort erfuhr ich nichts vom Kronprinzen. Um 6½ Uhr gelangte ich nach Chočen, wo auch keine Spur vom Hauptquartier zu entdecken war. Ein schlechter Vorspannwagen brachte mich nach Hohenmauth. Vergebens; ich fuhr nach Chočen zurück, schlief einige Stunden und ritt am 5. Juli früh 6 Uhr wieder nach Hohenmauth. Von dort war das Armee-Hauptquartier zeitig aufgebrochen und ich erfuhr, dass ich den Kronprinzen heute in Kronna, morgen in Policka finden würde. Ich wusste genug, um dem General Schimpff entgegenzureiten und ihm diese Meldung zu bringen. Als ich aber bei Zarmsk von einem sächsischen Offizier erfuhr, Welck sei in der Richtung nach Holič geritten, wendete ich rechts um, um die Colonne Stieglitz zu suchen.

In Chočen traf ich einen österreichischen Generalstabs-Offizier, welcher dem General Stieglitz die Etappen des sächsischen Corps bereits bezeichnet hatte. In Folge davon ritt ich mit ihm nach Leitomysl, wo wir nach 7 Uhr eintrafen. Kaum war ich bei General von Senfft eingetreten, als mich der Feldzeugmeister Benedek zu Tisch bitten liess. Ich liess mich entschuldigen, ging aber auf die Operations-Kanzlei, wo ich eine längere Unterredung mit dem k. k. General Baumgarten hatte. Er bat mich bis zum anderen Morgen in Leitomysl zu bleiben, da er mir Befehle an unser Corps mitgeben wollte. Meinen Fuchs, der mich in den letzten sechzig Stunden achtundvierzig getragen, liess ich nach Policka führen. Nachdem ich endlich eine Extrapost erlangt hatte, traf ich am 6. Juli Mittags in Policka beim Kronprinzen ein.

Ich hatte sehr viel zu berichten. Das Erfreulichste war die Anerkennung, ja Bewunderung, welche alle österreichischen Offiziere unseren Truppen zollten und mir einstimmig ausgesprochen hatten. Besonders über den musterhaften Rückzug waren sie des Lobes voll. Doch ein Trost in dieser ernsten, schweren Zeit!

Der Rückzug wurde wegen Verstopfung der Strassen in kleinen Märschen, aber rastlos fortgesetzt. Von Policka aus ohne Befehl gelassen, entwarfen wir selbst unseren Marschplan nach Olmütz. Wir

wählten eine schlechtere Strasse in der Hoffnung, uns von den unerträglichen Fuhrwerks-Colonnen befreit zu sehen. Auf die Meldung davon ging früh ½4 Uhr Befehl mit einem anderen Marschplane ein. Am 7. Juli um 4 Uhr früh sitze ich wieder im Sattel, um der Cavallerie den veränderten Befehl noch rechtzeitig zu bringen. Unsere Bagagen und Colonnen waren um 2 Uhr abmarschirt und nicht mehr zurückzuholen. Das Corps sollte in Zwittau statt in Brüxau bivouakiren. Das Hauptquartier war schon lange in Zwittau eingetroffen und noch immer fehlte die Division Schimpff. Der Kronprinz entsendet mich, um danach zu sehen und ich treffe sie vor der Stadt. Die Strassen waren verstopft, da das k. k. Armee-Commando vier Armeecorps so dirigirt hatte, dass sie auf der einen Strasse zusammentrafen.

Ich fand ein gutes Quartier, sollte aber nicht davon profitiren. Abends 8 Uhr verursachte naher Kanonendonner neuen Lärm. Oesterreichische Trossknechte jagen mit oder ohne Wagen durch die Stadt; umgeworfene Fuhrwerke machen die Strassen kaum passirbar. Die Besetzung der Stadt durch drei Bataillone wird angeordnet und eine Schwadron zum Patrouilliren vorgesendet. Wir ritten hinaus, es fielen noch einige Flintenschüsse, dann war Alles ruhig — kein Feind zu sehen.

Am 8. Juli frühzeitig aufgebrochen, sollten wir in Mährisch-Trübau bivouakiren, verliessen jedoch die uns vorgeschriebene Strasse und gingen nach Türnau. So haben wir uns, von den österreichischen Colonnen befreit, die darauffolgenden Tage verhältnissmässig wohlgefühlt. Am 9. nahmen wir in einer reizenden Gegend auf dem herrlichen alten Deutschmeister-Schlosse Busau Quartier. Am 11. rückte unser Corps in das Lager bei Nimlau in dem Rayon der Festung Olmütz ein. Dort sahen die Truppen der langersehnten Ruhe entgegen. Das Haupt-Quartier wurde in die Erzbischöfliche Residenz in Olmütz verlegt. Lange Rast ward uns nicht gegönnt, denn am darauffolgenden Abende sollte schon der Eisenbahntransport des Corps nach Wien beginnen.

Am 13. früh traf ich in Wien ein, um die nöthigen Vorbereitungen für die Unterbringung der Truppen zu treffen. Ich begab mich sofort in das Nordbahn-Hôtel, wo das Brückenkopf-Commando etablirt war. Die Sachsen sollten bei Stadlau ein Lager beziehen zur Deckung des dortigen Brückenkopfes.

Am 19. Juli fragte der Erzherzog Albrecht den Kronprinzen, ob er mit seinem Corps im Brückenkopf von Stadlau stehen bleiben oder zur operirenden Armee stossen wolle. Natürlich wurde das letztere gewählt, und unsere Truppen rückten am 20. nach Hetzendorf und Umgegend, wo sie seit dem 21. Juni zum ersten Male wieder unter Dach und Fach gekommen sind. . . . . . .

XVI.

Friedens-Präliminarien zwischen Oesterreich und Preussen, d. d. Nikolsburg 26. Juli 1866.

Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen, beseelt von dem Wunsche, Ihren Ländern die Wohlthaten des Friedens wiederzugeben, haben zu diesem Ende und behufs Feststellung von Friedenspräliminarien zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich: Ihren wirklichen Geheimen Rath und Kämmerer, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Aloys Grafen Karolyi von Nagy Karolyi, und Ihren wirklichen Geheimen Rath und Kämmerer, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Adolf Freiherrn von Brenner-Felsach;

Se. Majestät der König von Preussen: Ihren Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Otto Grafen von Bismarck-Schönhausen,

welche, nachdem ihre Vollmachten ausgetauscht und in guter und richtiger Form befunden, über folgende Grundzüge als Basis des demnächst abzuschliessenden Friedens übereingekommen sind:

Artikel 1.

Der Territorialbestand der Oesterreichischen Monarchie, mit Ausnahme des Lombardisch-Venetianischen Königreiches, bleibt unverändert. Se. Majestät der König von Preussen verpflichtet sich, Seine Truppen aus den bisher von denselben occupirten Oesterreichischen Territorien zurückzuziehen, sobald der Friede abgeschlossen sein wird, vorbehaltlich der im definitiven Friedensschluss zu treffenden Massregeln wegen einer Garantie der Zahlung der Kriegsentschädigung.

Artikel 2.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und gibt seine Zustimmung zu

einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des Oesterreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht Se. Majestät das engere Bundesverhältniss anzuerkennen, welches Se. Majestät der König von Preussen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, dass die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt.

Artikel 3.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich überträgt auf Se. Majestät den König von Preussen alle Seine im Wiener Frieden vom 30. October 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig mit der Massgabe, dass die Bevölkerungen der nördlichen Districte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen.

Artikel 4.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich verpflichtet sich, behufs Deckung eines Theiles der für Preussen aus dem Kriege erwachsenen Kosten an Se. Majestät den König von Preussen die Summe von 40 Millionen Thaler zu zahlen. Von dieser Summe soll jedoch der Betrag der Kriegskosten, welche Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich laut Art. 12 des gedachten Wiener Friedens vom 30. October 1864 noch an die Herzogthümer Schleswig und Holstein zu fordern hat, mit fünfzehn Millionen Thalern und als Aequivalent der freien Verpflegung, welche die preussische Armee bis zum Friedensschluss in den von ihr occupirten Oesterreichischen Landestheilen haben wird, mit fünf Millionen in Abzug gebracht werden, so dass nur zwanzig Millionen baar zu zahlen bleiben.

Artikel 5.

Auf den Wunsch Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich erklärt Se. Majestät der König von Preussen Sich bereit, bei den bevorstehenden Veränderungen in Deutschland den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen, indem er sich dagegen vorbehält, den Beitrag Sachsens zu den Kriegskosten und die künftige Stellung des Königreichs Sachsen innerhalb des norddeutschen Bundes durch einen mit Sr. Majestät dem König von Sachsen abzuschliessenden besonderen Friedensvertrag näher zu regeln; dagegen verspricht Se. Majestät der

Kaiser von Oesterreich die von Sr. Majestät dem Könige von Preussen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen, einschliesslich der Territorialveränderungen, anzuerkennen.

Artikel 6.

Se. Majestät der König von Preussen macht Sich anheischig, die Zustimmung Seines Verbündeten, Sr. Majestät des Königs von Italien, zu den Friedenspräliminarien und zu dem auf dieselben zu begründenden Waffenstillstand zu beschaffen, sobald das Venetianische Königreich durch Erklärung Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen zur Disposition Sr. Majestät des Königs von Italien gestellt sein wird.

Artikel 7.

Die Ratifikationen der gegenwärtigen Uebereinkunft werden binnen längstens zwei Tagen in Nikolsburg ausgetauscht werden.

Artikel 8.

Gleich nach erfolgter und ausgetauschter Ratifikation der gegenwärtigen Uebereinkunft werden Ihre beiden Majestäten Bevollmächtigte ernennen, um an einem noch näher zu bestimmenden Orte zusammenzukommen, und auf der Basis des gegenwärtigen Präliminarvertrages den Frieden abzuschliessen und über die Detailbedingungen desselben zu verhandeln.

Artikel 9.

Zu diesem Zweck werden die contrahirenden Staaten nach Feststellung dieser Präliminarien einen Waffenstillstand für die Kaiserlich Oesterreichischen und Königlich Sächsischen Streitkräfte einerseits und die Königlich Preussischen andrerseits abschliessen, dessen nähere Bedingungen in militärischer Hinsicht sofort geregelt werden sollen. Dieser Waffenstillstand wird am 2. August beginnen und die im Augenblicke bestehende Waffenruhe bis dahin verlängert. Der Waffenstillstand wird gleichzeitig mit Bayern hier abgeschlossen und der General Freiherr v. Manteuffel beauftragt werden, mit Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt einen am 2. August beginnenden Waffenstillstand auf der Grundlage des militärischen Besitzstandes abzuschliessen, sobald die genannten Staaten es beantragen. Zu Urkund des Gegenwärtigen haben die gedachten Bevollmächtigten diese Uebereinkunft unterzeichnet und ihr Siegel beigedrückt.

Nikolsburg, den 26. Juli 1866.

Karolyi m. p.
Brenner m. p.

v. Bismarck m. p.

XVII.

Friedensvertrag zwischen Oesterreich und Preussen vom 23. August 1866.

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreieinigkeit!

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und Seine Majestät der König von Preussen. beseelt von dem Wunsche, Ihren Ländern die Wohlthaten des Friedens wiederzugeben, haben beschlossen, die zu Nikolsburg am 26. Juli unterzeichneten Präliminarien in einen definitiven Friedensvertrag umzugestalten.

Zu diesem Ende haben Ihre Majestäten zu Ihrem Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich:

Ihren wirklichen geheimen Rath und Kämmerer, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Adolf Maria Freiherrn von Brenner-Felsach, Commandeur des kaiserl. österreichischen Leopoldordens und Ritter des königl. preussischen rothen Adlerordens I. Classe etc. etc., und

Seine Majestät der König von Preussen:

Ihren Kammerherrn, wirklichen geheimen Rath und Bevollmächtigten Karl Freiherrn von Werther, Grosskreuz des königl. preussischen rothen Adlerordens mit Eichenlaub und des kaiserl. österreichischen Leopoldordens etc. etc.,

welche in Prag zu einer Conferenz zusammengetreten sind, und nach Auswechslung ihrer in guter und richtiger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Artikel sich vereinigt haben:

Artikel 1.

Es soll in Zukunft und für beständig Friede und Freundschaft zwischen Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Seiner Maje-

stät dem Könige von Preussen, sowie zwischen deren Erben und Nachkommen und den beiderseitigen Staaten und Unterthanen herrschen.

Artikel 2.

Behufs Ausführung des Art. 6 der in Nikolsburg am 26. Juli 1866 abgeschlossenen Friedenspräliminarien, und nachdem Seine Majestät der Kaiser der Franzosen durch seinen bei Seiner Majestät dem Könige von Preussen beglaubigten Botschafter amtlich zu Nikolsburg am 29. Juli 1866 hat erklären lassen: „qu'en ce qui concerne le Gouvernement de l'Empereur, la Vénétie est acquise à l'Italie pour lui être remise à la paix,“ — tritt Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich dieser Erklärung auch Seinerseits bei, und gibt Seine Zustimmung zu der Vereinigung des lombardo-venetianischen Königreiches mit dem Königreiche Italien ohne andere lästige Bedingung als die Liquidirung derjenigen Schulden, welche als auf den abgetretenen Landestheilen haftend, werden anerkannt werden, in Uebereinstimmung mit dem Vorgange des Tractates von Zürich.

Artikel 3.

Die Kriegsgefangenen werden beiderseits sofort freigegeben werden.

Artikel 4.

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an, und gibt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des österreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht Seine Majestät das engere Bundesverhältniss anzuerkennen, welches Seine Majestät der König von Preussen nördlich von der Linie des Mains begründen wird und erklärt Sich damit einverstanden, dass die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt, und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird.

Artikel 5.

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich überträgt auf Seine Majestät den König von Preussen alle Seine im Wiener Frieden vom 30. October 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogthümer Holstein und Schleswig mit der Massgabe, dass die Bevölkerungen der nördlichen Districte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen.

Artikel 6.

Auf den Wunsch Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich erklärt Seine Majestät der König von Preussen Sich bereit, bei den bevorstehenden Veränderungen in Deutschland den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfange bestehen zu lassen, indem er Sich dagegen vorbehält, den Beitrag Sachsens zu den Kriegskosten und die künftige Stellung des Königreiches Sachsen innerhalb des norddeutschen Bundes durch einen mit Seiner Majestät dem Könige von Sachsen abzuschliessenden besonderen Friedensvertrag näher zu regeln.

Dagegen verspricht Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich die von Seiner Majestät dem Könige von Preussen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen einschliesslich der Territorialveränderungen anzuerkennen.

Artikel 7.

Behufs Auseinandersetzung über das bisherige Bundeseigenthum wird binnen längstens sechs Wochen nach Ratification des gegenwärtigen Vertrages eine Commission zu Frankfurt a. M. zusammentreten, bei welcher sämmtliche Forderungen und Ansprüche an den deutschen Bund anzumelden und binnen sechs Monaten zu liquidiren sind. Oesterreich und Preussen werden sich in dieser Commission vertreten lassen und es steht allen übrigen bisherigen Bundesregierungen zu, ein Gleiches zu thun.

Artikel 8.

Oesterreich bleibt berechtigt, aus den Bundesfestungen das kaiserliche Eigenthum und von dem beweglichen Bundeseigenthume den matrikularmässigen Antheil Oesterreichs fortzuführen oder sonst darüber zu verfügen; dasselbe gilt von dem gesammten beweglichen Vermögen des Bundes.

Artikel 9.

Den etatsmässigen Beamten, Dienern und Pensionisten des Bundes werden die ihnen gebührenden, beziehungsweise bereits bewilligten Pensionen *pro rata* der Matrikel zugesichert.

Jedoch übernimmt die königl. preussische Regierung die bisher aus der Bundes-Matrikularkasse bestrittenen Pensionen und Unterstützungen für Officiere der vormaligen schleswig-holsteinischen Armee und deren Hinterlassene.

Artikel 10.

Der Bezug der von der k. k. österreichischen Statthalterschaft in Holstein zugesicherten Pensionen bleibt den Interessenten bewilligt.

Die noch im Gewahrsam der k. k. österreichischen Regierung befindliche Summe von 449 500 Thalern dänischer Reichsmünze in vierpercentigen dänischen Staatsobligationen, welche den holsteinischen Finanzen angehört, wird denselben unmittelbar nach der Ratification des gegenwärtigen Vertrages zurückerstattet.

Kein Angehöriger der Herzogthümer Holstein und Schleswig und kein Unterthan Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preussen wird wegen seines politischen Verhaltens während der letzten Ereignisse und des Krieges verfolgt, beunruhigt oder in seiner Person oder seinem Eigenthume beanständet werden.

Artikel 11.

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich verpflichtet Sich behufs Deckung eines Theils der für Preussen aus dem Kriege erwachsenen Kosten an Seine Majestät den König von Preussen die Summe von vierzig Millionen preussischen Thalern zu zahlen. Von dieser Summe soll jedoch der Betrag der Kriegskosten, welche Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich laut Artikel 12 des gedachten Wiener Friedens vom 30. October 1864 noch an die Herzogthümer Schleswig und Holstein zu fordern hat, mit 15 Millionen preussischen Thalern und als Aequivalent der freien Verpflegung, welche die preussische Armee bis zum Friedensschlusse in den von ihr occupirten österreichischen Landestheilen haben wird, mit fünf Millionen in Abzug gebracht werden, so dass nur zwanzig Millionen baar zu zahlen bleiben.

Die Hälfte dieser Summe wird gleichzeitig mit dem Austausche der Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages, die zweite Hälfte drei Wochen später zu Oppeln baar berichtigt werden.

Artikel 12.

Die Räumung der von den königl. preussischen Truppen besetzten österreichischen Territorien wird innerhalb dreier Wochen nach dem Austausche der Ratificationen des Friedensvertrages vollzogen sein. Von dem Tage des Ratifications-Austausches werden die preussischen General-Gouvernements ihre Functionen auf den rein militärischen Wirkungskreis beschränken.

Die besonderen Bestimmungen, nach welchen diese Räumung stattzufinden hat, sind in einem abgesonderten Protokolle festgestellt, welches eine Beilage des gegenwärtigen Vertrages bildet.

Artikel 13.

Alle zwischen den hohen vertragsschliessenden Theilen vor dem Kriege abgeschlossenen Verträge und Uebereinkünfte werden, insoferne dieselben nicht ihrer Natur nach durch die Auflösung des deutschen Bundesverhältnisses ihre Wirkung verlieren müssen, hiermit neuerdings in Kraft gesetzt. Insbesondere wird die allgemeine Cartell-Convention zwischen den deutschen Bundesstaaten vom 10. Februar 1831, sammt den dazu gehörigen Nachtragsbestimmungen ihre Giltigkeit zwischen Oesterreich und Preussen behalten. Jedoch erklärt die k. k. österreichische Regierung, dass der am 24. Jänner 1857 abgeschlossene Münzvertrag durch die Auflösung des deutschen Bundesverhältnisses seinen wesentlichsten Werth für Oesterreich verliere, und die königl. preussische Regierung erklärt sich bereit, in Verhandlungen wegen Aufhebung dieses Vertrages mit Oesterreich und den übrigen Theilnehmern an denselben einzutreten.

Dessgleichen behalten die hohen Contrahenten sich vor, über eine Revision des Handels- und Zollvertrages vom 11. April 1865 im Sinne einer grösseren Erleichterung des gegenseitigen Verkehres sobald als möglich in Verhandlung zu treten. Einstweilen soll der gedachte Vertrag mit der Massgabe wieder in Kraft treten, dass Jedem der hohen Contrahenten vorbehalten bleibt, denselben nach einer Ankündigung von sechs Monaten ausser Wirksamkeit treten zu lassen.

Artikel 14.

Die Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages sollen zu Prag binnen einer Frist von acht Tagen oder wenn möglich früher ausgewechselt werden.

Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und mit dem Insiegel ihrer Wappen versehen.

So geschehen in Prag am 23. Tage des Monats August im Jahre des Heiles Achtzehnhundert sechzig und sechs.

(L.S.) Brenner m. p. (L.S.) Werther m. p.

XVIII.

Circulaire du Marquis de La Valette.

(Moniteur Universel du 17 septembre 1866.)

Paris, le 16 septembre.

Le ministre de l'intérieur, chargé par intérim du portefeuille des affaires étrangères, a adressé la cirulaire suivante aux agents diplomatiques de l'Empereur.

Paris, le 16 septembre.

Monsieur, le Gouvernement de l'Empereur ne saurait ajourner plus longtemps l'expression de son sentiment sur les événements qui s'accomplissent en Allemagne. M. de Moustier devant rester absent quelque temps encore, Sa Majesté m'a donné l'ordre d'exposer à ses agents diplomatiques les mobiles qui dirigent sa politique.

La guerre qui a éclaté au centre et au sud de l'Europe a détruit la Confédération germanique et constitué définitivement la nationalité italienne. La Prusse, dont les limites ont été agrandies par la victoire, domine sur la rive droite du Mein. L'Autriche a perdu la Vénétie; elle est séparée de l'Allemagne.

En face de ces changements considérables, tous les États se recueillent dans le sentiment de leur responsabilité; ils se demandent quelle est la portée de la paix récemment intervenue, quelle sera son influence sur l'ordre européen et sur la situation internationale de chaque puissance.

L'opinion publique, en France, est émue. Elle flotte, incertaine, entre la joie de voir les traités de 1815 détruits et la crainte que la puissance de la Prusse ne prenne des proportions excessives, entre le désir du maintien de la paix et l'espérance d'obtenir, par la guerre, un agrandissement territorial. Elle applaudit à l'af-

franchissement complet de l'Italie, mais veut être rassurée contre les dangers qui pourraient menacer le Saint-Père.

Les perplexités, qui agitent les esprits et qui ont leur retentissement à l'étranger, imposent au Gouvernement l'obligation de dire nettement sa manière de voir.

La France ne saurait avoir une politique équivoque. Si elle est atteinte dans ses intérêts et dans sa force par les changements importants qui se font en Allemagne, elle doit l'avouer franchement et prendre les mesures nécessaires pour garantir sa sécurité. Si elle ne perd rien aux transformations qui s'opèrent, elle doit le déclarer avec sincérité et résister aux appréhensions exagérées, aux appréciations ardentes qui, en excitant les jalousies internationales, voudraient l'entraîner hors de la route qu'elle doit suivre.

Pour dissiper les incertitudes et fixer les convictions, il faut envisager dans leur ensemble le passé tel qu'il était, l'avenir tel qu'il se présente.

Dans le passé, que voyons-nous? Après 1815, la Sainte-Alliance réunissait contre la France tous les peuples, depuis l'Oural jusqu'au Rhin. La Confédératiou germanique comprenait, avec la Prusse et l'Autriche, 80 millions d'habitants; elle s'étendait depuis le Luxembourg jusqu'à Trieste, depuis la Baltique jusqu'à Trente, et nous entourait d'une ceinture de fer, soutenue par cinq places fortes fédérales; notre position stratégique était enchaînée par les plus habiles combinaisons territoriales. La moindre difficulté que nous pouvions avoir avec la Hollande ou avec la Prusse sur la Moselle, avec l'Allemagne sur le Rhin, avec l'Autriche dans le Tyrol ou le Frioul, faisait se dresser contre nous toutes les forces réunies de la Confédération. L'Allemagne autrichienne, inexpugnable sur l'Adige, pouvait s'avancer, le moment venu, jusqu'aux Alpes. L'Allemagne prussienne avait pour avant-garde sur le Rhin tous ces États secondaires, sans cesse agités par des désirs de transformation politique et disposés à considérer la France comme l'ennemie de leur existence et de leurs aspirations.

Si on en excepte l'Espagne, nous n'avions aucune possibilité de contracter une alliance sur le continent. L'Italie était morcelée et impuissante, elle ne comptait pas comme nation. La Prusse n'était ni assez compacte, ni assez indépendante pour se détacher de ses traditions. L'Autriche était trop préoccupée de conserver ses possessions en Italie pour pouvoir s'entendre intimement avec nous.

Sans doute, la paix longtemps maintenue a pu faire oublier les dangers de ces organisations territoriales et de ces alliances, car ils n'apparaissent formidables que lorsque la guerre vient à éclater. Mais cette sécurité précaire, la France l'a parfois obtenue au prix

de l'effacement de son rôle dans le monde. Il n'est pas contestable que, pendant près de quarante années, elle a rencontré debout et contre elle la coalition des trois Cours du Nord unies par le souvenir de défaites et de victoires communes, par des principes analogues de gouvernement, par des traités solennels et de sentiments de défiance envers notre action libérale et civilisatrice.

Si, maintenant, nous examinons l'avenir de l'Europe transformée, quelles garanties présente-t-il à la France et à la paix du monde? La coalition des trois Cours du Nord est brisée. Le principe nouveau qui régit l'Europe est la liberté des alliances. Toutes les grandes puissances sont rendues les unes et les autres à la plénitude de leur indépendance, au développement régulier de leurs destinées.

La Prusse agrandie, libre désormais de toute solidarité, assure l'indépendance de l'Allemagne. La France n'en doit prendre aucun ombrage. Fière de son admirable unité, de sa nationalité indestructible, elle ne saurait combattre ou regretter l'œuvre d'assimilation qui vient de s'accomplir et subordonner à des sentiments jaloux les principes de nationalité qu'elle représente et professe à l'égard des peuples. Le sentiment national de l'Allemagne satisfait, ses inquiétudes se dissipent, ses inimitiés s'éteignent. En imitant la France, elle fait un pas qui la rapproche et non qui l'éloigne de nous.

Au midi, l'Italie dont la longue servitude n'avait pu éteindre le patriotisme, est mise en possession de tous ses éléments de grandeur nationale. Son existence modifie profondément les conditions politiques de l'Europe; mais, malgré des susceptibilités irréfléchies ou des injustices passagères, ses idées, ses principes, ses intérêts la rapprochent de la nation qui a versé son sang pour l'aider à conquérir son indépendance.

Les intérêts du trône pontifical sont assurés par la convention du 15 septembre. Cette convention sera loyalement exécutée. En retirant ses troupes de Rome, l'Empereur y laisse, comme garantie de sécurité pour le Saint-Père, la protection de la France.

Dans la Baltique comme dans la Méditerranée surgissent des marines secondaires qui sont favorables à la liberté des mers.

L'Autriche, dégagée de ses préoccupations italiennes et germaniques, n'usant plus ses forces dans des rivalités stériles, mais les concentrant à l'est de l'Europe, représente encore une puissance de trente-cinq millions d'âmes qu'aucune hostilité, aucun intérêt ne sépare de la France.

Par quelle singulière réaction du passé sur l'avenir, l'opinion publique verrait-elle, non des alliés, mais des ennemis de la France dans ces nations affranchies d'un passé qui nous fut hostile, appelées

à une vie nouvelle, dirigées par des principes qui sont les nôtres, animées de ces sentiments de progrès qui forment le lien pacifique des sociétés modernes?

Une Europe plus fortement constituée, rendue plus homogène par des divisions territoriales plus précises, est une garantie pour la paix du continent et n'est ni un péril ni un dommage pour notre nation. Celle-ci, avec l'Algérie, comptera bientôt plus de 40 millions d'habitants; l'Allemagne 37 millions, dont 29 dans la Confédération du Nord, et 8 dans la Confédération du Sud; l'Autriche, 35; l'Italie, 26; l'Espagne, 18. Qu'y a-t-il dans cette distribution des forces européennes qui puisse nous inquiéter?

Une puissance irrésistible, faut-il le regretter, pousse les peuples à se réunir en grandes agglomérations en faisant disparaître les États secondaires. Cette tendance naît du désir d'assurer aux intérêts généraux des garanties plus efficaces. Peut-être est-elle inspirée par une sorte de prévision providentielle des destinées du monde. Tandis que les anciennes populations du continent, dans leurs territoires restreints, ne s'accroissent qu'avec une certaine lenteur, la Russie et la république des États-Unis d'Amérique peuvent, avant un siècle, compter chacune cent millions d'hommes. Quoique les progrès de de ces deux grands empires ne soient pas pour nous un sujet d'inquiétude, et qu'au contraire nous applaudissions à leurs généreux efforts en faveur de races opprimées, il est de l'intérêt prévoyant des nations du centre européen de ne point rester morcelées en tant d'États divers sans force et sans esprit public.

La politique doit s'élever au-dessus des préjugés étroits et mesquins d'un autre âge. L'Empereur ne croit pas que la grandeur d'un pays dépende de l'affaiblissement des peuples qui l'entourent et ne voit de véritable équilibre que dans les vœux satisfaits des nations de l'Europe. En cela, Il obéit à des convictions anciennes et aux traditions de sa race. Napoléon Ier avait prévu les changements qui s'opèrent aujourd'hui sur le continent européen. Il avait déposé les germes de nationalités nouvelles, dans la péninsule en créant le royaume d'Italie, en Allemagne en faisant disparaître deux cent cinquante-trois Etats indépendants.

Si ces considérations sont justes et vraies, l'Empereur a eu raison d'accepter ce rôle de médiateur qui n'a pas été sans gloire, d'arrêter d'inutiles et douloureuses effusions de sang, de modérer le vainqueur par son intervention amicale, d'atténuer les conséquences des revers, de poursuivre, à travers tant d'obstacles, le rétablissement de la paix. Il aurait au contraire méconnu sa haute responsabilité si, violant la neutralité promise et proclamée, il s'était jeté à l'improviste dans les hasards d'une grande guerre, d'une de ces guerres qui réveillent les haines de races et dans lesquelles s'entrechoquent

des nations entières. Quel eût été, en effet, le but de cette lutte engagée spontanément contre la Prusse, nécessairement contre l'Italie? Une conquête, un agrandissement territorial . . . ! Mais le Gouvernement impérial a depuis longtemps appliqué ses principes en matière d'extension de territoire. Il comprend, il a compris les annexions commandées par une nécessité absolue, réunissant à la patrie des populations ayant les mêmes mœurs, le même esprit national que nous et il a demandé au libre consentement de la Savoie et du comté de Nice le rétablissement de nos frontières naturelles. La France ne peut désirer que les agrandissements territoriaux qui n'altéreraient pas sa puissante cohésion; mais elle doit toujours travailler à son agrandissement moral ou politique, en faisant servir son influence aux grands intérêts de la civilisation.

Son rôle est de cimenter l'accord entre toutes les puissances qui veulent à la fois maintenir le principe d'autorité et favoriser le progrès. Cette alliance enlèvera à la révolution le prestige du patronage dont elle prétend couvrir la cause de la liberté des peuples et conservera aux grands États éclairés la sage direction du mouvement démocratique qui se manifeste partout en Europe.

Toutefois, il y a dans les émotions qui se sont emparées du pays un sentiment légitime qu'il faut reconnaître et préciser. Les résultats de la dernière guerre contiennent un enseignement grave et qui n'a rien coûté à l'honneur de nos armes; ils nous indiquent la nécessité, pour la défense de notre territoire, de perfectionner sans délai notre organisation militaire. La nation ne manquera pas à ce devoir qui ne saurait être une menace pour personne; elle a le juste orgueil de la valeur de ses armées; ses susceptibilités éveillées par le souvenir de ses fastes militaires, par le nom et les actes du Souverain qui la gouverne, ne sont que l'expression de sa volonté énergique de maintenir, hors de toute atteinte, son rang et son influence dans le monde.

En résumé, du point de vue élevé où le Gouvernement Impérial considère les destinées de l'Europe, l'horizon lui paraît dégagé d'éventualités menaçantes; des problèmes redoutables, qui devaient être résolus parce qu'on ne les supprime pas, pesaient sur les destinées des peuples; ils auraient pu s'imposer dans des temps plus difficiles; ils ont reçu leur solution naturelle sans de trop violentes secousses et sans le concours dangereux des passions révolutionnaires.

Une paix qui reposera sur de pareilles bases sera une paix durable.

Quant à la France, de quelque côté qu'elle porte ses regards, elle n'aperçoit rien qui puisse entraver sa marche ou troubler sa prospérité. Conservant avec toutes les puissances d'amicales relations, dirigée par une politique qui a pour signes de sa force la générosité

et la modération, appuyée sur son imposante unité, avec son génie qui rayonne partout, avec ses trésors et son crédit qui fécondent l'Europe, avec ses forces militaires développées, entourée désormais de nations indépendantes, elle apparaît non moins grande, elle demeurera non moins respectée.

Tel est le langage que vous devrez tenir dans vos rapports avec le gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité.

Agréez, etc.

La Valette.

XIX.

Friedens-Tractat zwischen Oesterreich und Italien vom 3. October 1866.

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreieinigkeit!

Nachdem Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und Seine Majestät der König von Italien beschlossen haben, zwischen Ihren respectiven Staaten einen aufrichtigen und dauerhaften Frieden herzustellen: Nachdem Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen das lombardisch-venetianische Königreich abgetreten: Nachdem Seine Majestät der Kaiser der Franzosen seinerseits sich bereit erklärt haben, die Vereinigung des genannten lombardisch-venetianischen Königreiches mit den Staaten Seiner Majestät des Königs von Italien, unter Vorbehalt der Zustimmung der in entsprechender Weise befragten Bevölkerungen anzuerkennen:

So haben Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und Seine Majestät der König von Italien zu ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich:

Den Herrn Felix Grafen Wimpffen, Ihren wirklichen Kämmerer, Gesandten und bevollmächtigten Minister in ausserordentlicher Mission etc. etc.

Seine Majestät der König von Italien:

Den Herrn Louis Friedrich Grafen Menabrea, Senator des Königreiches, Gross-Cordon des savoyischen Militär-Ordens, Ritter des savoyischen Civil-Verdienst-Ordens, Gross-Officier des Ordens der hei-

ligen Mauritius und Lazarus, Besitzer der goldenen Medaille für militärische Tapferkeit, Generallieutenant, General-Commandant des Geniewesens der Armee und Präsident des Waffen-Comités etc. etc.

Welche, nachdem sie ihre bezüglichen Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden haben. über folgende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Vom Tage des Austausches der Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages wird zwischen Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Seiner Majestät dem König von Italien, Ihren respectiven Erben und Nachfolgern, Ihren Staaten und Unterthanen für immerwährende Zeiten Friede und Freundschaft herrschen.

Artikel 2.

Die österreichischen und italienischen Kriegsgefangenen werden von beiden Theilen unverzüglich zurückgegeben werden.

Artikel 3.

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich gibt seine Zustimmung zur Vereinigung des lombardisch-venetianischen Königreiches mit dem Königreiche Italien.

Artikel 4.

Die Grenze des abgetretenen Gebietes wird durch die gegenwärtigen administrativen Grenzen des lombardisch-venetianischen Königreiches bestimmt.

Eine von den zwei vertragschliessenden Mächten eingesetzte Militär-Commission wird beauftragt werden, die Tracirung an Ort und Stelle in möglichst kurzer Frist vorzunehmen.

Artikel 5.

Die Räumung des abgetretenen und im vorhergehenden Artikel bestimmten Gebietes wird unverzüglich nach Unterzeichnung des Friedens beginnen und in möglichst kurzer Frist beendiget werden, gemäss den zwischen den hiezu bestimmten Special-Commissären getroffenen Vereinbarungen.

Artikel 6.

Die italienische Regierung übernimmt:

1) Den Theil des Monte Lombardo-Veneto, welcher im Grunde

der im Jahre 1860 zu Mailand in Vollziehung des Artikels 7 des Zürcher Tractates abgeschlossenen Convention bei Oesterreich verblieb.

2) Die zum Monte Lombardo-Veneto seit dem 4. Juli 1859 bis zum Tage des Abschlusses des gegenwärtigen Vertrages hinzugekommenen Schulden.

3) Eine Summe von fünfunddreissig Millionen Gulden österreichischer Währung in klingender Münze für den auf Venetien entfallenden Theil des Anlehens vom Jahre 1854 und für den Werth des nicht transportablen Kriegsmaterials.

Die Art und Weise der Zahlung dieser Summe von fünfunddreissig Millionen Gulden österreichischer Währung in klingender Münze wird im Einklange mit dem Vorgange des Zürcher Tractates in einem Zusatzartikel festgesetzt werden.

Artikel 7.

Eine Commission, zusammengesetzt aus Abgeordneten Oesterreichs, Italiens und Frankreichs, wird sich mit der Liquidirung der verschiedenen in den zwei ersten Alineas des vorhergehenden Artikels aufgeführten Kategorien befassen, indem sie auf die stattgefundenen Amortisationen und auf die den Amortisationsfond bildenden Güter, Capitalien jeder Art Rücksicht nehmen wird. Diese Commission wird die definitive Regelung der Rechnungen zwischen den contrahirenden Theilen vornehmen, wie auch den Zeitpunkt und die Modalität der Ausführung der Liquidation des Monte Lombardo-Veneto bestimmen.

Artikel 8.

Die Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien tritt in die Rechte und Verbindlichkeiten ein, welche aus den von der österreichischen Verwaltung für speciell das abgetretene Gebiet betreffende Gegenstände des öffentlichen Interesses ordnungsmässig abgeschlossenen Verträgen entspringen.

Artikel 9.

Die österreichische Regierung bleibt verpflichtet, sämmtliche von den Einwohnern des abgetretenen Gebietes, von den Gemeinden, öffentlichen Anstalten und religiösen Körperschaften bei den österreichischen öffentlichen Cassen als Cautionen, Depositen oder Consignationen erlegten Summen zurückzuerstatten.

In gleicher Weise sollen den österreichischen Unterthanen, Gemeinden, öffentlichen Anstalten und geistlichen Körperschaften, welche bei den Cassen des abgetretenen Gebietes Beträge als Cautionen, Depositen oder Consignationen eingezahlt haben, dieselben von der italienischen Regierung pünctlich wieder erstattet werden.

Artikel 10.

Die Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien anerkennt und bestätigt die von der österreichischen Regierung auf dem abgetretenen Gebiete ertheilten Eisenbahn-Concessionen in allen ihren Bestimmungen und für deren ganze Dauer und namentlich die von den unterm 14. März 1856, 8. April 1857 und 23. September 1858 abgeschlossenen Verträgen herrührenden Concessionen.

In gleicher Weise anerkennt und bestätigt die italienische Regierung die Bestimmungen der am 20. November 1861 zwischen der österreichischen Staatsverwaltung und dem Verwaltungsrathe der südlichen Staats-, Lombardo-Venetianisch und Central-Italienischen Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Convention, wie auch die Convention, welche am 27. Februar 1866 zwischen dem kaiserl. Finanz- und Handelsministerium und der österreichischen Südbahn-Gesellschaft abgeschlossen worden ist.

Von dem Momente der Auswechslung der Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages tritt die italienische Regierung in alle Rechte und in alle Verbindlichkeiten ein, welche der österreichischen Regierung aus den vorcitirten Conventionen, soweit dieselben die auf dem abgetretenen Gebiete befindlichen Eisenbahnlinien betreffen, erwachsen sind.

In Folge dessen wird das der österreichischen Regierung bisher zustehende Heimfallsrecht auf diese Eisenbahnen auf die italienische Regierung übertragen.

Die Zahlungen, welche auf die dem Staate von Seite der Concessionäre laut des Contractes vom 14. März 1856 als Aequivalent der Baukosten für die gedachten Eisenbahnen schuldigen Summe noch zu entrichten sind, werden vollzählig an den österreichischen Staatsschatz geleistet werden.

Die Forderungen der Bauunternehmer und Lieferanten, sowie die Entschädigungen für die Boden-Expropriationen, welche von der Zeit herrühren, wo die fraglichen Eisenbahnen auf Rechnung des Staates verwaltet wurden, und welche noch nicht berichtigt worden wären, werden von der österreichischen Regierung, und insoferne die Concessionäre kraft der Concessionsacte hiezu verpflichtet sind, von diesen im Namen der österreichischen Regierung ausgezahlt werden.

Artikel 11.

Es versteht sich, dass die Eintreibung der Forderungen, welche sich auf die Paragraphen 12, 13, 14, 15 und 16 des Contractes vom 14. März 1856 gründen, Oesterreich kein Recht der Controle und Ueberwachung des Baues und Betriebes der im abgetretenen Gebiete

gelegenen Eisenbahnen geben könne. Die italienische Regierung verpflichtet sich ihrerseits alle Auskünfte zu ertheilen, welche diesfalls von der österreichischen Regierung verlangt werden könnten.

Artikel 12.

Um auf die Eisenbahnen Venetiens die Bestimmungen des Artikels 15 der Convention vom 27. Februar 1866 auszudehnen, verpflichten sich die hohen contrahirenden Mächte, ehethunlichst im Einvernehmen mit der österreichischen Südbahngesellschaft eine Convention zum Behufe der administrativen und ökonomischen Trennung der venetianischen und österreichischen Eisenbahn-Gruppen zu stipuliren.

Kraft der Convention vom 27. Februar 1866 soll die vom Staate an die österreichische Südbahngesellschaft zu zahlende Garantie auf Grundlage des Brutto-Erträgnisses der Gesammtheit aller venetianischen und österreichischen Linien, welche das der Gesellschaft dermal concessionirte Netz der österreichischen Südbahnen bilden, berechnet werden. Es ist selbstverständlich, dass die italienische Regierung den verhältnissmässigen Theil dieser Garantie, welcher den Linien des abgetretenen Gebietes entspricht, übernimmt und dass zur Berechnung dieser Garantie das Gesammt-Brutto-Erträgniss der an die gedachte Gesellschaft concessionirten venetianischen und österreichischen Linien wie bisher zur Grundlage genommen wird.

Artikel 13.

Die Regierungen von Oesterreich und Italien, in dem Wunsche, die Beziehungen zwischen ihren Staaten zu erweitern, verpflichten sich, den Eisenbahnverkehr zu erleichtern, und die Errichtung neuer Linien zu begünstigen, um die österreichischen und italienischen Bahnnetze untereinander enge zu verbinden.

Die Regierung Seiner k. k. Apostolischen Majestät verspricht überdiess die Vollendung der Brenner-Linie, welche die Verbindung des Etsch- mit dem Innthale zur Bestimmung hat, soviel als möglich zu beschleunigen.

Artikel 14.

Die Bewohner oder Eingebornen des abgetretenen Gebietes sollen, während des Zeitraumes eines Jahres, vom Tage des Austausches der Ratificationen angefangen, und auf Grundlage einer bei der competenten Behörde abzugebenden vorläufigen Erklärung, die volle und unbeschränkte Freiheit geniessen, ihr bewegliches Eigenthum abgabefrei auszuführen und sich mit ihren Familien in die Staaten Seiner k. k. Apostolischen Majestät zurückzuziehen, in welchem Falle denselben die österreichische Staatsbürgerschaft gewahrt bleibt. Es soll

ihnen freistehen, ihr in dem abgetretenen Gebiete liegendes unbewegliches Eigenthum zu behalten. Dieselbe Freiheit wird gegenseitig den aus dem abgetretenen Gebiete gebürtigen Individuen, welche in den Staaten Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich ansässig sind, zugestanden.

Jenen Individuen, welche von den gegenwärtigen Bestimmungen Gebrauch machen, kann, aus Grund der von ihnen getroffenen Wahl, weder von einer noch der andern Seite an ihrer Person oder ihrem in den betreffenden Staaten liegenden Eigenthum irgend eine Behelligung verursacht werden.

Die Frist eines Jahres wird für jene Individuen, welche aus dem abgetretenen Gebiete gebürtig sind, jedoch im Momente des Austausches der Ratificationen des vorliegenden Vertrages sich ausserhalb des Gebietes der österreichischen Monarchie befinden, auf zwei Jahre ausgedehnt.

Die Erklärung derselben kann von der nächsten österreichischen Mission oder von der Landesstelle was immer für einer Provinz der Monarchie entgegengenommen werden.

Artikel 15.

Die in der österreichischen Armee dienenden lombardo-venetianischen Unterthanen werden sogleich vom Militärdienste entlassen und in ihre Heimath zurückgeschickt.

Es wird ausdrücklich bestimmt, dass denjenigen von ihnen, welche erklären, im Dienste S. k. k. Apostol. Majestät verbleiben zu wollen, diess frei stehe, und dass dieselben aus diesem Grunde weder an ihrer Person noch an ihrem Eigenthume behelligt werden sollen.

Dieselben Bürgschaften werden den aus dem lombardo-venetianischen Königreiche gebürtigen Civilbeamten zugesichert, welche die Absicht an den Tag legen werden, in österreichischen Diensten zu bleiben.

Die aus dem lombardo-venetianischen Königreiche gebürtigen Civilbeamten werden die Wahl haben, entweder in österreichischen Diensten zu bleiben, oder in die italienische Administration einzutreten, in welchem Falle die Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien sich verpflichtet, dieselben entweder in analogen Anstellungen mit denjenigen, welche sie inne hatten, unterzubringen, oder ihnen Pensionen auszusetzen, deren Betrag nach den in Oesterreich giltigen Gesetzen und Bestimmungen festgesetzt werden soll.

Es versteht sich, dass solche Beamte den Gesetzen und Disciplinar-Vorschriften der italienischen Verwaltung unterworfen sein werden.

Artikel 16.

Die Officiere italienischer Abstammung, welche dermal in österreichischen Diensten stehen, sollen die Wahl haben, entweder im

Dienste Seiner k. k. Apostolischen Majestät zu bleiben oder in die Armee Seiner Majestät des Königs von Italien mit dem Range einzutreten, welchen sie in der österreichischen Armee einnehmen, vorausgesetzt, dass sie in der Frist von sechs Monaten von der Auswechslung der Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages angefangen. diesfalls das Ansuchen stellen.

Artikel 17.

Die regelmässig ausbezahlten Civil- und Militär-Pensionen, welche auf die Staatscassen des lombardo-venetianischen Königreiches angewiesen waren, werden wie bisher den Bezugsberechtigten und, nach Umständen, deren Wittwen und Kindern gewährleistet, und in Zukunft von der Regierung Seiner italienischen Majestät ausbezahlt werden.

Diese Bestimmung wird auf jene Civil- und Militär-Pensionisten, sowie auf deren Wittwen und Kinder ohne Unterschied des Ortes ihrer Geburt ausgedehnt, welche ihren Wohnsitz in dem abgetretenen Gebiete beibehalten, und deren Bezüge bis zum Jahre 1814 von der Regierung der damaligen lombardo-venetianischen Provinzen ausbezahlt wurden, sodann aber dem österreichischen Staatsschatze zur Last gefallen sind.

Artikel 18.

Die Archive der abgetretenen Territorien, welche die Eigenthumstitel, die administrativen und civilgerichtlichen Acten, sowie die politischen und historischen Documente der alten Republik Venedig enthalten, werden in ihrer Vollständigkeit den zu diesem Behufe zu ernennenden Commissären übergeben, welchen ebenfalls die dem abgetretenen Gebiete speciell zugehörigen Gegenstände der Kunst und Wissenschaft eingehändigt werden sollen.

Andererseits werden die Eigenthumstitel, die administrativen und civilgerichtlichen Acten, welche die österreichischen Territorien betreffen, und sich allenfalls in den Archiven des abgetretenen Gebietes befinden, vollständig den Commissären Seiner k. k. Apostolischen Majestät übergeben werden.

Die Regierungen von Oesterreich und Italien verpflichten sich, einander, über Ansuchen der höheren Verwaltungsbehörden, alle Documente und Auskünfte mitzutheilen, welche sich auf Geschäfte beziehen, die eben sowohl das abgetretene Gebiet als die angrenzenden Länder betreffen.

Dieselben verpflichten sich auch, authentische Abschriften von historischen und politischen Documenten nehmen zu lassen, welche für die wechselseitig im Besitze der andern contrahirenden Macht

verbliebenen Länder ein Interesse haben und welche im Interesse der Wissenschaft von den Archiven, zu denen sie gehören, nicht getrennt werden können.

Artikel 19.

Die hohen contrahirenden Mächte verpflichten sich, den Grenz-Bewohnern der beiden Länder zur Benutzung ihrer Grundstücke und zur Ausübung ihrer Gewerbe gegenseitig die grösstmöglichsten Zollerleichterungen zu bewilligen.

Artikel 20.

Die Tractate und Conventionen, welche durch den Art. 17 des in Zürich am 10. November 1859 unterzeichneten Friedenstractates bestätigt worden sind, treten provisorisch für ein Jahr in Kraft und werden auf alle Länder des Königreichs Italien ausgedehnt. Im Falle diese Verträge und Conventionen drei Monate vor Ablauf eines Jahres vom Momente der Auswechslung der Ratificationen an gerechnet, nicht gekündigt werden sollten, bleiben dieselben in Kraft, und so fort von einem Jahre zum andern.

Jedoch verpflichten sich die beiden hohen contrahirenden Theile, diese Tractate und Conventionen innerhalb eines Jahres einer allgemeinen Revision zu unterziehen, um darin im gemeinschaftlichen Einverständnisse jene Modificationen eintreten zu lassen, welche als dem Interesse beider Länder angemessen erachtet werden.

Artikel 21.

Die beiden hohen contrahirenden Mächte behalten sich vor, sobald als es thunlich sein wird, in Verhandlungen wegen Abschluss eines Handels- und Schifffahrtsvertrages auf breitester Basis einzugehen, um gegenseitig den Verkehr zwischen den beiden Ländern zu erleichtern.

Bis dahin und bis zu dem in dem vorhergehenden Artikel festgesetzten Termine bleibt der Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 18. October 1851 in Kraft, und wird auf das ganze Gebiet des Königreiches Italien angewendet.

Artikel 22.

Die Prinzen und Prinzessinnen des Hauses Oesterreich, sowie auch die Prinzessinnen, welche durch Heirathen in die kaiserliche Familie eingetreten sind, treten nach Geltendmachung ihrer Ansprüche in den vollen und ungeschmälerten Besitz ihres Privateigenthums, sowohl des beweglichen als des unbeweglichen, ein, und sie können

dasselbe geniessen und darüber verfügen, ohne auf was immer für eine Art in der Ausübung ihrer Rechte gestört zu werden.

Es bleiben jedoch alle im gesetzlichen Wege geltend zu machenden Rechte des Staates und der Privaten vorbehalten.

Artikel 23.

Um mit allen Kräften zur Beruhigung der Gemüther beizutragen, erklären und versprechen Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich und der König von Italien, dass in Ihren beiderseitigen Gebieten volle und gänzliche Amnestie für alle Individuen, welche aus Anlass der auf der Halbinsel bis zu diesem Tage stattgehabten politischen Ereignisse compromittirt sind, gewährt werden wird. Demzufolge darf kein Individuum, welcher Classe und welchem Stande es auch immer angehören mag, in seiner Person oder seinem Eigenthum oder in der Ausübung seiner Rechte wegen seines Verhaltens oder seiner politischen Meinung verfolgt, beunruhigt oder belästigt werden.

Artikel 24.

Der gegenwärtige Tractat wird ratificirt und die Ratificationen werden in Wien binnen einer Frist von 15 Tagen oder nach Thunlichkeit auch früher ausgewechselt werden.

Urkund dessen haben die respectiven Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Wappensiegel beigedruckt.

Geschehen zu Wien, den dritten des Monates October im Jahre des Heils Eintausend achthundert sechzig sechs.

Wimpffen m. p. Menabrea m. p.

XX.

Friedensvertrag zwischen Sachsen und Preussen,

abgeschlossen zu Berlin am 21. October und in den Ratificationen ausgewechselt ebendaselbst am 24. October 1866.

Seine Majestät der König von Sachsen und Seine Majestät der König von Preussen, von dem Wunsche geleitet, die durch den Krieg unterbrochenen gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen herzustellen und für die Zukunft zu regeln, haben behufs Verhandlung eines darüber abzuschliessenden Friedensvertrages zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Majestät der König von Sachsen,

Seinen Staatsminister der Finanzen, Richard Freiherrn von Friesen, Grosskreuz des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens u. s. w.,

und

Seinen Wirklichen Geheimen Rath Carl Adolph Grafen von Hohenthal, Grosskreuz des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens und des Königlich Preussischen Rothen Adler-Ordens 1. Classe u. s. w.,

und

Seine Majestät der König von Preussen,

Seinen Wirklichen Geheimen Rath, Kammerherrn und Gesandten, Carl Friedrich von Savigny, Ritter des Königlich Preussischen Rothen Adler-Ordens 1. Classe, Grosskreuz des Königlich Sächsischen Albrechts-Ordens, Comthur des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens u. s. w.,

welche nach erfolgtem Austausch ihrer in guter Ordnung befundenen Vollmachten über nachstehende Vertrags-Bestimmungen übereingekommen sind.

Artikel 1.

Zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preussen und Seiner Majestät dem Könige von Sachsen, deren Erben und Nachfolgern, deren Staaten und Unterthanen, soll fortan Friede und Freundschaft auf ewige Zeiten bestehen.

Artikel 2.

Seine Majestät der König von Sachsen, indem Er die Bestimmungen des zwischen Preussen und Oesterreich zu Nikolsburg am 26. Juli 1866 abgeschlossenen Präliminar-Vertrages, soweit sie sich auf die Zukunft Deutschlands und insbesondere Sachsens beziehen, anerkennt und acceptirt, tritt für Sich, Seine Erben und Nachfolger für das Königreich Sachsen den Artikeln I. bis VI. des am 18. August d. J. zu Berlin zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preussen einerseits und Seiner Königlichen Hoheit dem Grossherzog von Sachsen-Weimar und anderen Norddeutschen Regierungen andererseits geschlossenen Bündnisses bei und erklärt dieselben für Sich, Seine Erben und Nachfolger für das Königreich Sachsen verbindlich, sowie Seine Majestät der König von Preussen die darin gegebenen Zusagen ebenfalls auf das Königreich Sachsen ausdehnt.

Artikel 3.

Die hiernach nöthige Reorganisation der sächsischen Truppen, welche einen integrirenden Theil der Norddeutschen Bundesarmee zu bilden und als solche unter den Oberbefehl des Königs von Preussen zu treten haben werden, erfolgt, sobald die für den Norddeutschen Bund zu treffenden allgemeinen Bestimmungen auf der Basis der Bundes-Reform-Vorschläge vom 10. Juni d. J. festgestellt sein werden.

Artikel 4.

Inzwischen treten in Beziehung auf die Besatzungs-Verhältnisse der Festung Königstein, die Rückkehr der Sächsischen Truppen nach Sachsen, die nöthige Beurlaubung der Mannschaften und die vorläufige Garnisonirung der auf den Friedensstand zurückversetzten Sächsischen Truppen, die gleichzeitig mit dem Abschlusse des gegenwärtigen Vertrages getroffenen besonderen Bestimmungen in Kraft.

Artikel 5.

Auch in Beziehung auf die völkerrechtliche Vertretung Sachsens erklärt die Königlich Sächsische Regierung sich bereit, dieselbe ihrer-

seits nach den Grundsätzen zu regeln, welche für den Norddeutschen Bund im Allgemeinen massgebend sein werden.

Artikel 6.

Seine Majestät der König von Sachsen verpflichtet Sich behufs Deckung eines Theils der für Preussen aus dem Kriege erwachsenen Kosten und in Erledigung des im Artikel V. des Nikolsburger Präliminar-Vertrages vom 26. Juli 1866 gemachten Vorbehalts an Seine Majestät den König von Preussen die Summe von

Zehn Millionen Thalern

in drei gleichen Raten zu bezahlen.

Die erste Rate ist fällig am 31. Dezember d. J., die zweite am 28. Februar und die dritte am 30. April künftigen Jahres.

Artikel 7.

Seine Majestät der König von Sachsen leistet für die Bezahlung dieser Summe Garantie durch Hinterlegung von Königlich Sächsischen 4procentigen Staatsschulden-Cassenscheinen, Königlich Sächsischen 3procentigen Landschaftlichen Obligationen vom Jahre 1830 oder Königlich Sächsischen zu $3\frac{1}{3}$ % verzinslichen Landrentenbriefen bis zum Betrage der zu garantirenden Summe. Die zu deponirenden Papiere werden zum Tagescourse berechnet und die Garantie-Summe wird um 10 % erhöht.

Artikel 8.

Seiner Majestät dem Könige von Sachsen steht das Recht zu, obige Entschädigung ganz oder theilweise unter Abzug eines Disconto von fünf Procent für das Jahr früher zu bezahlen.

Artikel 9.

Mit erfolgtem Austausch der Ratificationen dieses Vertrages treten, unbeschadet der im Artikel 4 vorgesehenen besonderen Bestimmungen, das Königlich Preussische Militär-Gouvernement für Sachsen, sowie das Königlich Preussische Civil-Commissariat in Dresden ausser Wirksamkeit; auch hört mit demselben Zeitpunkte die an letzteres seither geleistete tägliche Zahlung von 10000 Thalern auf.

Artikel 10.

Die Auseinandersetzung der durch den früheren Deutschen Bund begründeten Eigenthums-Verhältnisse bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Insbesondere behält sich Seine Majestät der König von Sachsen einen Anspruch auf über 200000 Thaler, welche Sachsen anlässlich der Bundes-Execution in Holstein aufgewendet und liquidirt hat, ausdrücklich vor.

Artikel 11.

Vorbehältlich der, auf der Basis der Bundesreform-Vorschläge vom 10. Juni d. J. in der Verfassung des Norddeutschen Bundes zu treffenden Bestimmungen über Zoll- und Handelsverhältnisse sollen einstweilen der Zollvereinsvertrag vom 16. Mai 1865 und die mit ihm in Verbindung stehenden Vereinbarungen, welche durch den Ausbruch des Krieges ausser Wirksamkeit gesetzt sind, unter den hohen Contrahenten, vom Tage des Austausches der Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages an, mit der Massgabe wieder in Kraft treten, dass jedem der hohen Contrahenten vorbehalten bleibt, dieselben nach einer Aufkündigung von sechs Monaten ausser Wirksamkeit treten zu lassen.

Artikel 12.

Alle übrigen, zwischen den hohen vertragschliessenden Theilen vor dem Kriege abgeschlossenen Verträge und Uebereinkünfte werden hiermit wieder in Kraft gesetzt, soweit sie nicht durch die in Artikel 2 erwähnten Bestimmungen und den Zutritt zum Norddeutschen Bunde berührt werden.

Artikel 13.

Die hohen Contrahenten verpflichten sich gegenseitig, die Herstellung einer unmittelbar von Leipzig ausgehenden und dort in directem Schienenanschluss mit der Thüringischen und der Berlin-Anhaltischen Bahn stehenden Eisenbahn — geeigneten Falles unter streckenweiser Mitbenutzung einer der beiden genannten Bahnen — über Pegau nach Zeitz zu gestatten und zu fördern. Se. Maj. der König von Sachsen wird derjenigen Gesellschaft, welche für den im Preussischen Gebiete belegenen Theil dieser Bahn die Concession erhalten wird, diese letztere auch für die auf sächsischem Gebiete gelegene Strecke unter denselben Bedingungen ertheilen, welche in neuerer Zeit den in Sachsen concessionirten Privat-Eisenbahn-Gesellschaften überhaupt gestellt worden sind.

Die zur Ausführung dieser Eisenbahn erforderlichen Einzel-Bestimmungen werden durch einen besondern Staats-Vertrag geregelt werden, zu welchem Behufe beiderseitige Bevollmächtigte in kürzester Frist an einem noch näher zu vereinbarenden Orte zusammentreten werden.

Artikel 14.

Die hohen Contrahenten sind übereingekommen, dass das Eigenthum der Königlich Sächsischen Regierung an der auf Preussischem Gebiete belegenen Strecke der Görlitz-Dresdener Eisenbahn, einschliesslich des antheiligen Eigenthumsrechtes an den Bahnhof in Görlitz mit der Ratification des gegenwärtigen Vertrages auf die Königlich Preussische Regierung übergehen soll.

Dagegen wird die Königlich Sächsische Regierung vorläufig bis zum Ablaufe der im Artikel XIV. des Staats-Vertrages vom 24. Juli 1843 festgesetzten dreissigjährigen Frist und vorbehältlich der alsdann zu treffenden weiteren Verständigung in der Ausübung des Betriebes auf der Strecke von der beiderseitigen Landesgrenze bis Görlitz und in der unentgeltlichen Mitbenutzung des Bahnhofes in Görlitz verbleiben. Sie wird den rechnungsmässigen Reinertrag, welchen der Betrieb auf der gedachten Strecke ergiebt, alljährlich an die Königlich Preussische Regierung abliefern. Die Königlich Preussische Regierung verpflichtet sich, bei der von ihr beabsichtigten Umgestaltung des Görlitzer Bahnhofes dafür Sorge zu tragen, dass der Königlich Sächsischen Bahnverwaltung die zur ungestörten Fortsetzung ihres Betriebes erforderlichen Räumlichkeiten und Bahnhofs-Anlagen in dem, dem Bedürfnisse entsprechenden Masse auch fernerweit verfügbar gehalten werden.

Artikel 15.

Um der Königlich Sächsischen Regierung die in dem Staats-Vertrage vom 24. Juli 1843 für den Fall der späteren Abtretung ihres Eigenthums an der Eisenbahn-Strecke von der Landesgrenze bis Görlitz und ihres Miteigenthums an dem Bahnhofe in Görlitz in Aussicht genommene Entschädigung zu gewähren, wollen Seine Majestät der König von Preussen von der im Artikel 6 des gegenwärtigen Vertrages festgesetzten Kriegskosten-Entschädigung den Betrag von Einer Million Thalern als eine Compensation für die von Seiner Majestät dem Könige von Sachsen im Artikel 14 des gegenwärtigen Vertrages zugestandenen Eigenthums-Abtretungen in Abrechnung bringen lassen.

Artikel 16.

Da nach Artikel 6 unter 10 der Reform-Vorschläge vom 10. Juni d. J. das Postwesen zu denjenigen Angelegenheiten gehört, welche der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt unterliegen, nun aber Seine Majestät der König von Sachsen auf Grund

dieser Vorschläge dem Norddeutschen Bunde beitritt, so verspricht Derselbe auch schon von jetzt an, weder durch Abschluss von Verträgen mit andern Staaten, noch sonst etwas vornehmen zu lassen, wodurch der definitiven Ordnung des Postwesens im Norddeutschen Bunde irgendwie vorgegriffen werden könnte.

Artikel 17.

Die Königlich Sächsische Regierung überträgt der Königlich Preussischen Regierung das Recht zur Ausübung des Telegraphenwesens innerhalb des Königreichs Sachsen in demselben Umfange, in welchem dieses Recht zur Zeit der Königlich Sächsischen Regierung zusteht. Soweit die Königlich Sächsische Regierung in anderen Staaten Telegraphen-Anstalten zu unterhalten berechtigt ist, tritt dieselbe ihre Rechte aus den hierüber bestehenden Verträgen an die Königlich Preussische Regierung ab, welcher die Verhandlungen mit den betreffenden dritten Regierungen über die Ausübung dieser Rechte vorbehalten bleiben.

Den Depeschen Seiner Majestät des Königs von Sachsen, der Mitglieder des Königlichen Hauses, der Königlichen Hofämter, der Ministerien und aller sonstigen öffentlichen Behörden des Königreichs Sachsen bleiben dieselben Bevorzugungen vorbehalten, welche den gleichartigen Königlich Preussischen Depeschen zustehen. Den Eisenbahn-Verwaltungen im Königreich Sachsen bleibt selbstverständlich die Benutzung eines Betriebs-Telegraphen überlassen.

Zur Ausführung sämmtlicher im gegenwärtigen Artikel enthaltenen Bestimmungen werden unmittelbar nach dem Austausch der Ratificationen des Friedensvertrages beiderseitige Commissarien zusammentreten.

Artikel 18.

Seine Majestät der König von Sachsen erklärt Sich damit einverstanden, dass das in Sachsen, wie in der Mehrzahl der übrigen bisherigen Zollvereins-Staaten bestehende Salzmonopol aufgehoben wird, sobald die Aufhebung in Preussen erfolgt, und dass von dem Zeitpunkte dieser Aufhebung ab die Besteuerung des Salzes für gemeinschaftliche Rechnung sämmtlicher betheiligter Staaten bewirkt wird.

Die näheren Bestimmungen bleiben weiterer Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 19.

Seine Majestät der König von Sachsen erklärt, dass keiner seiner Unterthanen, oder wer sonst den sächsischen Gesetzen unterworfen

ist, wegen eines in Bezug auf die Verhältnisse zwischen Preussen und Sachsen während der Dauer des Kriegszustandes begangenen Vergehens oder Verbrechens gegen die Person Seiner Majestät oder wegen Hochverraths, Staatsverraths oder sonst wegen einer die Sicherheit des Staates gefährdenden Handlung oder endlich wegen seines politischen Verhaltens während jener Zeit überhaupt strafrechtlich, polizeilich oder disciplinarisch zur Verantwortung gezogen oder in seinen Ehrenrechten beeinträchtigt werden soll. Die etwa bereits eingeleiteten Untersuchungen dieser Art sollen, einschliesslich der Untersuchungskosten, niedergeschlagen werden.

Se. Majestät der König von Preussen erklärt Sich damit einverstanden, dass nach diesen Grundsätzen auch hinsichtlich derjenigen Verbrechen und Vergehen der oben gedachten Art verfahren werde, welche während jener Zeit in Sachsen gegen die Person Seiner Majestät des Königs von Preussen oder gegen den Preussischen Staat etwa begangen worden sind.

Die aus Sachsen entfernten und etwa noch in preussischer Haft befindlichen Personen sollen, soweit dies nach den Preussischen Gesetzen zulässig ist, aus derselben sofort entlassen werden.

Artikel 20.

Seine Majestät der König von Sachsen erkennt das unumschränkte *jus reformandi* Seiner Majestät des Königs von Preussen in Betreff der Stifter Merseburg, Naumburg und Zeitz an, willigt in die Aufhebung der bisher der Universität Leipzig zugestandenen Berechtigung auf gewisse Canonicate an diesen Stiftern und verzichtet auf alle Rechte und Ansprüche, welche der Königlich Sächsischen Regierung oder der Universität Leipzig aus den Statuten der Stifter oder aus früheren Verträgen und Conventionen, deren etwa entgegenstehende Bestimmungen hiermit ausdrücklich aufgehoben werden, zustehen möchten. Die Entschädigung der Universität Leipzig für die gänzliche Beseitigung ihrer Beziehungen zu den Stiftern, sowie der jetzigen Inhaber *ad dies muneris* übernimmt die Königlich Sächsische Regierung und macht sich anheischig, die Königlich Preussische Regierung gegen alle Entschädigungsansprüche der Universität oder einzelner Facultäten und Professoren an derselben zu vertreten.

Artikel 21.

Seine Majestät der König von Sachsen willigt in die Auspfarrung

1) des bisher in die Sächsische Parochie Stentzsch eingepfarrten Preussischen Filials Werben;

2) des bisher in die Sächsische Parochie Gross-Dolzig eingepfarrten Preussischen Filials Zitzschen;

3) der bisher in die Sächsische Parochie Quesitz eingepfarrten Preussischen Gemeinde Döhlen;

4) der bisher in die Sächsische Parochie Auligk eingepfarrten Preussischen Gemeinden Könnteritz, Minkwitz und Traubitz;

5) der bisher in die Sächsische Parochie Püchau eingepfarrten Preussischen Gemeinde Cossen und

6) der bisher in die Sächsische Parochie Thallwitz eingepfarrten Preussischen Gemeinden Collau und Punitz,

und zwar ohne Entschädigung von Preussischer Seite dergestalt, dass die von den genannten Sächsischen Parochien zu erhebenden Entschädigungs-Ansprüche lediglich von der Königlich Sächsischen Regierung übernommen werden.

Artikel 22.

Insoweit während des Krieges in Sachsen weggenommene im Staatseigenthum befindliche Gegenstände, welche nach den bestehenden völkerrechtlichen Grundsätzen nicht als Kriegsbeute anzusehen sind, noch nicht zurückgegeben sein sollten, werden Seine Majestät der König von Preussen Anordnung treffen, dass deren Zurückgabe alsbald erfolgt. Hierzu gehören insbesondere die auf den Staatseisenbahnen in Beschlag genommenen Locomotiven, Tender, Wagen und Schienen, sowie die auf den Königlichen Hüttenwerken bei Freiberg weggenommenen Vorräthe an edlen Metallen und sonst verkäuflichen Producten. Hinsichtlich der Letzteren ist bei der darüber erforderlichen Auseinandersetzung davon auszugehen, dass das darunter befindliche Werkblei der Königlich Sächsischen Regierung gegen Erstattung des Werthes des darin enthaltenen Bleies zurückgegeben wird.

Artikel 23.

Die Ratification des gegenwärtigen Vertrages erfolgt bis spätestens den 28. d. Mts. und Jahres.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag in doppelten Exemplaren unterzeichnet und ihre Siegel beigedruckt.

So geschehen Berlin, den 21. October 1866.

(L. S.) (gez.) v. Friesen. (L. S.) (gez.) Savigny.
(L. S.) „ Hohenthal.

Personen-Register.

Souveräne und Mitglieder souveräner Häuser siehe unter dem Namen des betreffenden Landes.


UNIVERSITY OF CALIFORNIA IRVINE LIBRARY


UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 631 039 5
UNIVERSITY OF CALIFORNIA IRVINE LIBRARY

